

1. Kongress des KB abgeschlossen S.46



Arbeiterkampf

Jg. 10 Nr. 169 14.1.80 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2,-

Afghanistan/Iran Krieg ums Erdöl?

Die sowjetische Intervention in Afghanistan ist von der bürgerlichen Presse allgemein als schwerste und folgenreichste „Weltkrise“ und „Gefährdung des Weltfriedens“ seit den Kuba- und Westberlin-Krisen der frühen 60er Jahre kommentiert worden. Die Intervention gab den imperialistischen Staaten einen ausgezeichneten Vorwand, um ihre seit längerem ausgearbeiteten Aufmarschpläne für den Nahen und Mittleren Osten zu forcieren und als Notwehrreaktion auf die „sowjetische Aggression“ auszugeben. In rascher Folge wurde bekanntgegeben:

– Die USA werden Pakistan „beschleunigt“ mit Riesenmengen modernster Waffen aufrüsten (31. 12.). Hierzu soll ein internationales Konsortium (unter Einbeziehung anderer NATO-Staaten) gebildet werden (9.1.). Außerdem soll die Waffenhilfe für Pakistan mit China „koordiniert“ werden (7.1.).

– Sadat hat den USA angeboten, Ägypten als Durchgangszone und Basis für militärische Unternehmen im Nahen und Mittleren Osten zu nutzen (8.1.).

Fortsetzung auf Seite 2

NEUJAHRSWÜNSCHE



„Danke gleichfalls!“

(Zeichnung von Opland aus „de Volkskrant“, 3.1.80)

Grüne gründen Bundespartei

Am 12./13.1. gründete ein Delegiertenkongreß der „Sonstigen Politischen Vereinigung (SPV) – Die Grünen“ eine grüne Bundespartei. Nach Beratung und Verabschiedung einer Satzung stimmten rund 80 % der rund 1000 Delegierten dem Gründungsbeschuß zu. Ein Programm soll auf einer weiteren Bundesversammlung im März beschlossen werden. Dort steht auch die Wahl eines neuen Vorstands an. Die Parteigründung war für die Grünen „die Stunde der Wahrheit“. Die neue Satzung enthält einen klaren Unvereinbarkeitsbeschuß, nach dem die Doppelmithgliedschaft mit anderen Parteien verboten ist. Die Grünen wollen damit die Mitarbeit organisierter Kommunisten in ihrer Partei ausschließen. Sie stellen sich damit bewußt gegen ein Grundprinzip der bunten und alternativen Listen in der BRD und Westberlin, die aufgrund der bitteren Erfahrungen mit der Radikalenpraxis in diesem Land eine Unvereinbarkeit mit allen Unvereinbarkeitsbeschlüssen formuliert haben. Die Beschlüsse des Gründungskongresses enthalten eine unüberhörbare Absage an den linken Flügel der Wahlbewegung. Vor

diesem Hintergrund beschlossen die in Karlsruhe anwesenden, aber nicht anerkannten, autonomen Delegierten der Bunten und Alternativen, ihrerseits in Zukunft stärker zusammenzurücken.

Bereits in der Vorwoche der Gründung hatten Herbert Gruhl und andere Repräsentanten der Grünen in Pressestatements für die rechte Stimmung gesorgt. Mit wohlwollender Unterstützung der bürgerlichen Medien formulierten sie öffentlich eine deutliche Abgrenzung nach links. In eben diesem Stil wurde der Kongreß am 12.1. eröffnet. Gruhl und Hasenclever (Vorsitzender des badenwürttembergischen Landesverbandes) beschworen die Delegierten, nicht in „Richtungskämpfe zu zerfallen“, bei der Vertretung ihrer Meinung und Interessen sich „in weisem Verzicht zu üben“ und die Einheit gegen links zu bewahren. Alles andere könne nur „dem Gegner nützen“. Eine Ehrung des verstorbenen Rudi Dutschke, eingeleitet ausgerechnet durch Gruhl, nahm den peinlichen Charakter einer Vermarktung zu

Fortsetzung Seite 4

Buch enthüllt:

F.J. Strauß empfahl Erschießung der RAF-Gefangenen!

Im Herbst 1977, als Hanns-Martin Schleyer entführt worden ist und dann auch noch ein Lufthansa-Jet mit 87 Geiseln an Bord von arabischen Terroristen gekidnappt wurde, um die Forderung der RAF-Terroristen nach Freilassung der in Stammheim inhaftierten Gesinnungsgenossen voranzutreiben, balanciert Strauß an der Grenze vom verbalen Faschismus zur Bereitschaft, entsprechend zu handeln. Zu einer Sitzung des Großen Krisenstabs im Oktober 1977 hat Bundeskanzler Helmut Schmidt auch die führenden Oppositionspolitiker geladen. Schmidt regt Manöverspiele an, er ermuntert die Runde, „an das Exotische“ zu denken. Franz Josef Strauß schaltet aufs exotische Chile, er bringt den Gedanken vor von Repressalien gegen die einsitzenden RAF-Gefangenen. Verkleidet in der Form der Wiedergabe von Volkes Meinung wirft Strauß den Vorschlag in die Diskussion, Standgerichte zu schaffen und für jede erschossene Geisel einen RAF-Häftling zu erschießen.

Der ARBEITERKAMPF wurde vor Gericht gestellt (wegen „Verunglimpfung des Staates“), weil er öffentlich Zweifel an der staatlich verordneten Version, daß die Gefangenen aus der RAF im „Deutschen Herbst“ Selbstmord begangen hätten, geübt hat. Mit den hier zitierten Enthüllungen aus dem STERN-Buch (von Peter Koch) erhalten diese Zweifel neue Nahrung. Wie wird der Staat (konkret auch Strauß) diesmal reagieren?!

Für einen Kongreß der Linken!

Ausgehend von den offenen Diskussionsbeiträgen verschiedener sozialistischer Organisationen auf dem 1. KB-Kongreß bestand bei Delegierten und Gast-Teilnehmern weithin der Wunsch, eine solche Diskussion der Linken in absehbarer Zeit, möglichst noch im Frühjahr 1980, fortführen zu können. Zu diesem Zweck sollte ein offener Kongreß sozialistischer Organisationen, Gruppen und Personen stattfinden.

Erst einen Tag nach dem Kongreß erreichte uns vom Westberliner Bahro-Komitee ein Brief, aus dem hervorgeht, daß Rudolf Bahro einen sehr ähnlichen Vorschlag gemacht hat: Er schlägt vor, „eine ‚Sozialistische Konferenz‘ einzuberufen, an der sowohl die sogenannten undogmatischen Linken als auch die marxistisch-leninistischen Gruppen als auch die interessierten Kräfte aus der SPD teilnehmen sollten“ – d.h. ausdrücklich „eine offene Beratung aller Sozialisten“, ohne Ausgrenzungen. Es sollten, so Bahro, auch einige Vertreter der Grünen eingeladen werden, außerdem Gäste aus dem Ausland. Thema sollte die Ökologiebewegung, ihre näheren und ferneren Probleme und Perspektiven sowie die politischen Schlußfolgerungen für die Zeit bis zur Bundestagswahl sein.

Rudolf Steinke vom Westberliner Bahro-Komitee hat in seinem Begleitbrief den Vorschlag Bahros noch etwas konkretisiert. So spricht er zwar auch immer noch von einer „Sozialistischen Konferenz“, will aber darin „sozialdemokratische Linke, Grüne, AUD, kirchliche Kreise“, Gewerkschaftsvertreter mit einbezogen sehen. Sein Vorschlag beinhaltet Arbeitsgruppen zu zentralen Fragestellungen; „publikums- und medienwirksame Großveranstaltungen“; Bildung einer Kommission für eine entsprechende Abschlusserklärung des Trägerkreises.

Als geeigneten Zeitpunkt schlägt Rudolf Steinke die erste April-Hälfte vor.

Eine „Sozialistische Konferenz“ könnte in der Tat wichtige Impulse für die Entwicklung der westdeutschen Linken geben. Nötig wäre dazu aber unbedingt, daß eine solche Konferenz nicht in den sterilen, traditionellen Formen früherer ähnlicher Un-

ternehmen abläuft. Nötig ist eine Konferenz, bei der tatsächlich (und nicht bloß auf dem geduligten Einladungspapier) ohne Ausgrenzung die unterschiedlichen sozialistischen Gruppierungen gleichberechtigt zu Wort kommen.

In diesem Sinne: Für einen Kongreß der Linken!

Aus dem Inhalt:

aktuell		Frauen	
China: Wieder Urteile gegen Oppositionelle	S.2	Aufruf zum Kongreß gegen den § 218	S.24
C.Kesim, Antifaschist von türkischen Terrorbanden ermordet	S.3	Debatte um die Frage, ob linke Verteidiger Vergewaltiger verteidigen sollen/dürfen	S.25
Wahlen		Schwule – Lesben	
Berichte etc. vom Karlsruher GRÜNEN-Kongreß	S.4-6	19.1. in Köln: Solidaritätsdemo für Schwuso Blömer	S.30
Rechtsradikale im grünen Kostüm	S.6	Internationales	
Kampf gegen AKW und für Umweltschutz		Der MIR zur Lage in Chile	S.36
Tiefbohrungen und Widerstand in Gorleben	S.7	Waffenstillstand in Zimbabwe ...	S.37
Brokdorf: „Wir kommen wieder!“	S.8	Die sowjetische Intervention in Afghanistan	S.38
Das tödliche Erbe – Giftgaslagerstätten in der BRD	S.9-10	Zur Lage in Kampuchea	S.40
Betrieb + Gewerkschaft		Iran: Minderheiten kämpfen für Demokratie und Autonomie	S.41-42
Metall-Tarifrunde: IGM-Führung will 10,5 Prozent	S.11	Zu den Klassenkämpfen in Europa	S.42-45
Weiter Unruhe im Hamburger Hafen	S.11	Westdeutsche Linke und „ML“-Szene	
„ran“-Redakteure entlassen! S.12		Fähig zu trauern? Zum Tode Rudi Dutschkes	S.50-51
GEW-Westberlin gibt nach S.12		„KPD“ vor der Auflösung	S.52
Teilzeitarbeit: Verschärfung der Ausbeutung ...	S.14	Charta der Arbeiterrechte (Polen)	S.56

Krieg ums Erdöl?

Fortsetzung von Seite 1

- Begin hat den USA angeboten, Militärstützpunkte in Israel zu nutzen (8.1.).
- Oman (Arab. Halbinsel), Somalia und Kenia (beide Ostafrika) sind bereit, den USA Militärstützpunkte einzuräumen (9.1.).
- Der Ausbau des Super-Stützpunktes Diego Garcia, der Großbritannien gehört, aber von den USA genutzt wird, soll „beschleunigt“ werden (9.1.).
- Carter hat die erste Rate einer langfristigen „Waffenhilfe“ an Ägypten in Höhe von 350 Mio Dollar gebilligt. Ägypten soll auch modernste Kampfflugzeuge und Panzer erhalten (4.1.).
- Die USA werden China eine auch militärisch nutzbare Satellitenstation liefern (9.1.). Die Kontakte zwischen den Armeen Chinas und der USA sollen „ausgebaut“ werden (8.1.).
- Das Stützpunktabkommen USA-Türkei, das den USA die Benutzung von 26 Stützpunkten in der Türkei sichert und das seit dem Zypern-Krieg (1974) in Frage gestellt war, wurde erneut unterzeichnet. Im Gegenzug erhält die Türkei verstärkte „Militärhilfe“ (12.1.).
- Der sich hier andeutende militärische Aufmarsch hat zum einen die Funktion, die Erdölversorgung der imperialistischen Staaten aus dieser Region für die 80er Jahre sicherzustellen. Dieser Aufmarsch nimmt zwar die „sowjetische Expansion“ zum Vorwand, richtet sich aber in erster Linie gegen die nationalrevolutionären Bewegungen in dieser Region. Denn die Regimes, die die Zufuhr dieses für den Imperialismus so wichtigen Rohstoffs garantieren sollen, sind allesamt sozial höchst instabil. Revolutionäre Umwälzungen in diesen Regionen zeichnen sich ab, sogar schon in solchen „Paradiesen“ neokolonialistischer Friedhofsruhe wie Saudi-Arabien. Die Imperialisten haben für diesen Fall schon Anfang der 70er Jahre, während der damals inszenierten „Ölkrise“, unmissverständlich angekündigt, daß der drohende Verlust „ihrer“ Ölquellen für sie ein Kriegsgrund sein würde.
- Ein zweites Ziel des imperialistischen Aufmarsches im Nahen und Mittleren Osten liegt darin, den militärischen Einkreisungsring gegen

die Sowjetunion zu schließen, die Ausgangspositionen für einen Zugriff auf Indien zu verbessern und die Staaten Indochinas im Zusammenspiel mit China abzuschnüren. In der imperialistischen Propaganda wird immer wieder darauf hingewiesen, daß es jetzt endlich an der Zeit sei, aus der durch das Vietnam-Debakel veranlaßten weltpolitischen „Zurückhaltung“ des US-Imperialismus herauszukommen und wieder offen expansiv und aggressiv in Asien aufzutreten. Die Zeit des „Entspannungs“-Schwindels (der insbesondere als politischer Flankenschutz für den US-Krieg in Indochina diene) sei vorbei; in den 80er Jahren werde es „härter zugehen“.

Diese Reaktionen auf ihre Intervention müßten auch der sowjetischen Regierung vorher bewußt gewesen sein. Was unter diesen Umständen den Ausschlag für das Eingreifen in Afghanistan gegeben hat, ist unklar. Die politische Rechtfertigung des Unternehmens (Ein „Hilferuf“ der Regierung) ist allzu lächerlich und in der Konsequenz verhängnisvoll. Wenn diese Rechtfertigung gelten soll, könnte sich die Sowjetunion in der Tat beispielsweise auch von irgendwelchen Putsch-Offizieren zur „brüderlichen Hilfe“ nach Jugoslawien oder Rumänien einladen lassen. Mit diesem Vorgehen hat die Sowjetunion zudem die moralisch-propagandistische Position des Imperialismus für einen Überfall auf

den Iran erheblich verbessert.

In der BRD machen sich vor allem Politiker der CDU/CSU dafür stark, die sowjetische Intervention in Afghanistan als Vorwand zu nutzen, um endlich die militärischen Expansionsabsichten des BRD-Imperialismus realisieren zu können. Dregger forderte den „Aufbau einer militärischen Präsenz der NATO am Persischen Golf“, denn nur so sei „für den Westen die lebensnotwendige Energie-Zufuhr sicherzustellen“. Weitere neue Einsatzräume der NATO könnten nach Meinung Dreggers der Südatlantik und der Indische Ozean werden. Die westeuropäischen NATO-Staaten könnten, zusammen mit den USA, „in diesen Regionen eine gemeinsame Verantwortung übernehmen“. („Frankf. Rundschau“, 10.1.), beispielsweise durch Beteiligung an der im Aufbau befindlichen „Eingreif-Truppe“ der USA. CDU-„Verteidigungsexperte“ Wörner forderte, die „Sicherung der Rohstoff- und Ölversorgung“ müsse endlich „zu einer zentralen Aufgabe der NATO werden“. Die Begrenzung des Aufgabenbereichs der NATO auf Europa sei „überholt“. Die NATO solle „Schutzgarantien“ für Staaten wie Pakistan, Saudi-Arabien, Ägypten, Israel und die Türkei übernehmen. („Frankf. Rundschau“, 12.1.).

Der Einsatz der Bundeswehr irgendwo in Asien, Afrika oder anderen Teilen der Welt zur Sicherstellung imperialistischer Interessen dürfte demnach in den 80er Jahren Realität werden – verbunden mit dem Risiko, daß auch Mitteleuropa schließlich wieder zum Kriegsschauplatz wird.

In diesem Zusammenhang verdient die imperialistische „Berichterstattung“ über die Vorgänge in Afghanistan besondere Beachtung. Die Nazis hielten es 1939 noch für nötig, einen Haufen SS-Leute in polnische Uniformen zu verkleiden, um sich durch einen Schein-Überfall einen „Kriegsgrund“ zu verschaffen. Heute produziert die imperialistische Presse Phantasie-Meldungen und Kriegshysterie auch ohne Kostümspiele: Von 10.000 „Russen in Afghanistan“ (29.12.79) stieg die Zahl rasch auf 25.000 oder 30.000 (31.12.79), auf 40.000 (3.1.), auf 60.000 (4.1.) und schließlich 100.000 (7.1.), um dann wieder auf

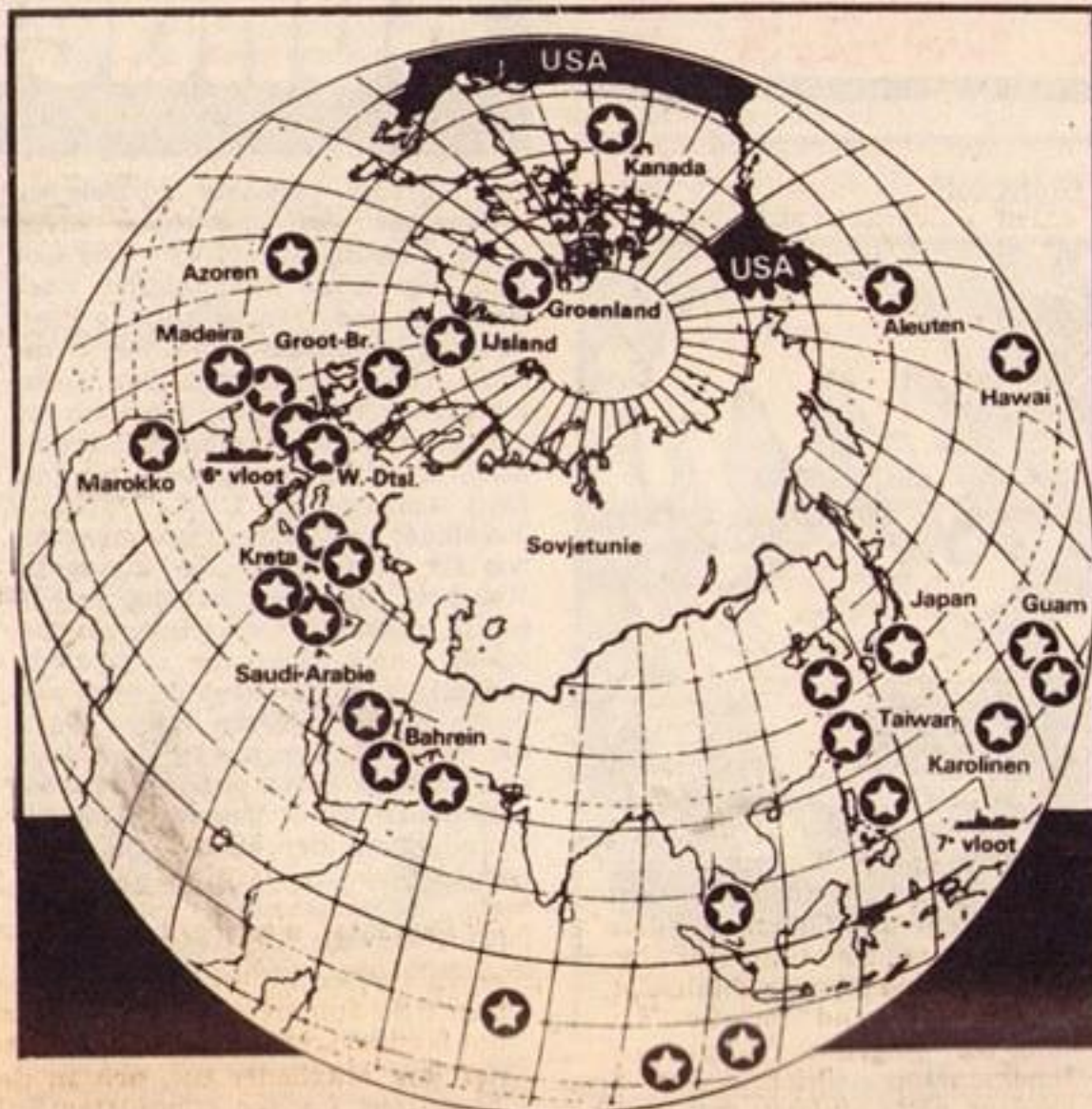
50-85.000 (10.1.) und 50.000 (12.1.) zurückzufallen. Am 31.12.79 begann die bürgerliche Presse, detaillierte Berichte über riesige Schlachten zwischen Sowjettruppen und Moslem-Rebellen überall in Afghanistan zu veröffentlichen. Die Zahl der gefallenen „Rotarmisten“ kletterte rasant von „mindestens 12“ („Bild“, 31.12.79) auf 250 („FAZ“, 2.1.) und plötzlich auf 9600 („Welt“, 7.1.), in der Massenpresse auf 10.000 aufgerundet („Bild“, 7.1.). Besonders die „Bild“ heizte die Hysterie mit bluttriefenden Schlagzeilen an:

- „Russen-Panzer kämpfen Moslems nieder“ (3.1.)
- „Blutbad – Russen und Afghanen sterben“ (4.1.)
- „Schon 200.000 von den Russen getötet?“ (4.1.)
- „Russen erschossen 24 Kinder“ (5.1.)
- „Schon 10.000 Russen gefallen“ (7.1.)
- „Moslems mit Stöcken gegen Sowjet-Panzer – totgewalzt“ (8.1.)

Am 7.1. behauptete die „Bild“: „Die Sowjets metzeln auch Frauen, Kinder und alte Menschen nieder“. Und noch am 11.1. war in der „Bild“ zu lesen, daß die Sowjettruppen in Afghanistan „grauenhafte Massaker“ verübt hätten. „Sie haben zehntausende von Zivilisten bei Massakern ermordet“.

In anderen Tageszeitungen war allerdings schon am 10.1. zu lesen, daß die bisherigen Meldungen insgesamt Phantasieprodukte (aus der Zentrale der „Moslem-Rebellen“ in Pakistan) waren: Die sowjetischen Truppen seien kaum in Kämpfe verwickelt; der Kampf gegen die „Aufständischen“ werde allein von der afghanischen Armee getragen; die Sowjetunion habe nur etwa 200 Tote zu verzeichnen gehabt; Desertationen aus der afghanischen Armee habe es kaum gegeben (Die „Bild“ hatte am 7.1. behauptet, mindestens 30.000 Mann der Armee seien zu den „Aufständischen“ übergelaufen).

Das Beispiel läßt vorausahnen, wie eines Tages mit frei erfundenen Meldungen und Horrorgeschichten über sowjetische „Gemetzelt“ im Nahen oder Mittleren Osten die Hintergrund-Propaganda für einen Einsatz der Bundeswehr in dieser Region aussehen könnte.



US-Stützpunkte rund um die Sowjet-Union (aus: „Die Neue“, 12.1.80)

SPD-Austritte nach dem Parteitag

Nach uns vorliegenden Unterlagen sind nach dem SPD-Parteitag im Dezember 1979 über einhundert Sozialdemokraten aus Protest gegen die Parteitagebeschlüsse vor allem zur Kernenergie und der „Nachrüstung“ ausgetreten. Die SPD selber gibt laut ihrer eigenen Mitgliederstatistik eine Zahl von 320 an. Das ist für SPD-Verhältnisse eine ganze Menge, wenn man bedenkt, daß es selbst bei den massiven Angriffen auf die Politik der Jusos und dem Ausschuß des Juso-Vorsitzenden Benetter nur zu einzelnen Austritten kam, obwohl große Gruppen von Jusos vom Ausschluß bedroht waren. Zu einer kleineren Austrittswelle kam es während der Auseinandersetzung um die Stamkap-Linie bei den Jusos 1973-74, wo in Frankfurt, Bayern und im Ruhrgebiet jeweils etwa 20 Jusos austraten.

Nach unvollständiger Auflistung verteilen sich die Austritte so:

- 29 Mitglieder und Funktionäre aus dem Kreis Groß-Gerau und Rüsselheim, aus Protest gegen „Nachrüstung“ und Atompolitik („Die Neue“, 28.12.79);
- Acht Austritte in Erlangen und Rothenburg, darunter der stellvertretende Vorsitzende des Unterbezirks Erlangen und der Vorsitzende des Unterbezirks Uttenreuth. Für sie ist die SPD zu einem Kanzlerwahlverein abgesackt, außerdem werde der Bau eines Munitionsbunkers im Sebalder Reichswald bei Erlangen durch die SPD geduldet, es gebe auch keine innere Demokratie („UZ“, 29.12.79);
- Der Vorsitzende der Jusos Augsburg trat zusammen mit fünfzehn weiteren Kernkraftgegnern aus, sie wollen künftig bei den Grünen aktiv sein. In einem Schreiben an einen Bundestagsabgeordneten schreiben sie: Sie seien unzufrieden mit dem Berliner Parteitagebeschluss, das Atomprogramm der Bundesregierung fast unverändert zu billigen. „Offensichtlich hat die SPD Angst vor ei-

nem Dialog mit der Bevölkerung, bei dem sie klarmachen muß, daß es auf Grund der Rohstoffverknappung und der zunehmenden Umweltverschmutzung weder möglich noch wünschenswert ist, weiter auf die Wachstumskarte zu setzen ... Der SPD wird ferner Aufrüstung unter dem Deckmantel der Modernisierung vorgehalten. Auch die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der SPD sowie der zunehmende Abbau demokratischer Rechte hätten Anlaß zum Parteiaustritt gegeben. Die früher angestrebte Reformpolitik ist zu einer Politik der Machterhaltung geworden“ („SZ“, 10.12.79).

- in Frankfurt trat die stellvertretende Juso-Vorsitzende aus Protest gegen die Westberliner Beschlüsse zurück („FR“, 13.12.79);
- drei Siegerner Sozialdemokraten, sowie der frühere Ortsvereinsvorsitzende und Stadtrat in Nagold, Rechtsanwalt E. v. Loeper, verließ die SPD ebenfalls unter Hinweis auf die Parteitagebeschlüsse („taz“, 2.1.80);
- der Tübinger Rechtsanwalt K.J. Hemeyer schreibt zu seinem Austritt: „Wo bleibt die Alternative zu der Politik, die wir von der CDU zu erwarten haben? Meint Ihr wirklich, Ihr könntet mit dem Buhmann Strauß Wähler gewinnen? Oder Sozialdemokraten bei der Stange halten? Für wie dumm schätzt Ihr die Öffentlichkeit ein? Für wie unmündig die Sozialdemokraten? Meint Ihr denn, unter Strauß gäbe es weniger Rüstungspolitik, weniger 'Liberalität'? Glaubt Ihr denn, die CDU würde den kalten Krieg wieder auflösen lassen? ... Ich mache da nicht mehr mit. Es gibt eine Art von Opportunismus, die verhängnisvoller ist, als die Orientierung am persönlichen Vorteil. Es ist das Mitmachen, das Weltmachen aus dem Selbstbetrug, die sozialdemokratische Aktivität aus der Illusion der Durchsetzbarkeit demokratisch-sozialistischer Politik in der sozialdemokratischen Partei ...“
- der Stadtrat und Umweltschützer der SPD Dreieich/Hessen, Förster

Dr. Sebastian Leinert, hat mit dem Austritt sein Mandat niedergelegt, ein Nachfolger konnte wegen weiterer Austritte noch nicht gefunden werden („taz“, 20.12.79);

- Holger Barkau aus Nortrop „schreibt zur Begründung seines Schrittes, daß die SPD bei Linken Illusionen und Hoffnungen schürt und dadurch dazu beiträgt, daß diese Linken nicht ihre Politik machen“;
- Uwe Pollmann aus Hiltr tritt aus wegen der Haltung der örtlichen SPD zum Bau der Autobahn A33 und der Arroganz gegenüber der örtlichen BI, die gegen den Bau kämpft („taz“, 20.12.79);
- eine Gruppe von 30 Sozialdemokraten aus Westberlin um U. Wessel, L. Hainz, M. Jänicke, R. Poussat, U. Stehr, W. Woitkowiak verläßt ihre Partei und schreibt dazu: „Auf dem Berliner Parteitag der SPD sind Beschlüsse gefaßt worden, die uns als zum Teil langjährige Mitglieder zum Parteiaustritt veranlassen. Gemeint ist die Billigung einer neuen Runde des atomaren Wettrenns und die Bejahung zusätzlicher atomarer Risiken im Energiebereich. ... Aus Gründen der Selbstachtung und der Effektivität unseres politischen Engagements halten wir es für sinnlos, für erträgliche Lebensbedingungen in einer Partei zu kämpfen, die ihren Handlungsspielraum immer enger definiert, und sich von der CDU/CSU wesentlich nur noch durch ihr Vokabular und taktisches Verhalten unterscheidet. Wir geben somit die Philosophie des kleineren Übels auf, der Unterschied zwischen Strauß und Schmidt ist nicht mehr das einzige politische Entscheidungsproblem unseres Volkes. Er verdeckt vielmehr grundlegendere Alternativen und Zukunftsinteressen. Diese müssen zunehmend außerhalb und gegen die etablierten Parteien verteidigt werden ... In der Diskussion sei deutlich geworden, daß man sich innerhalb der Alternativbewegung einbringen wolle“ („taz“, 10.12.79). Zumindest Teile dieses Kreises sind den Grünen beigetreten.

China Wieder Urteile gegen Oppositionelle

Die politischen Prozesse in China gehen weiter. Das chinesische Sprichwort „Wo Unterdrückung herrscht, da gibt es auch Widerstand“ bestätigt sich wieder einmal.

- Fast gleichzeitig mit dem im Oktober zu 15 Jahren verurteilten „Dissidenten“ Wei Jingsheng hatte am 17.10.79 Fu Yuehua in Peking vor Gericht gestanden. Die 34jährige Frau, früher Arbeiterin, war am 3.4.79 verhaftet worden, nachdem sie an verschiedenen Demonstrationen teilgenommen bzw. solche angeblich organisiert und geleitet hatte. Ausgangspunkte der Aktivitäten von Fu Yuehua war ihre Behauptung, 1972 von einem vorgesetzten Funktionär vergewaltigt worden zu sein. Nachdem eine „Untersuchung“ ergeben hatte, daß die Behauptungen von Fu Yuehua falsch seien, hatte sie jahrelang mit Protestschreiben an die Behörden, an Ministerien und Protestaktionen versucht, den Fall wieder aufzurollen. Im Januar 79 hatte sie sich den aus vielen Teilen Chinas nach Peking kommenden Protestlern angeschlossen. Am 5.6.1.79 habe sie – so heißt es in der Anklage – Protestler dazu „organisiert“, mit großen Plakaten zu einer Demonstration auf dem Tiananmen („Platz des Himmlichen Friedens“) aufzurufen. Am 8.1.79 habe sie Protestler bei einer Demonstration auf dem Tiananmen angeführt; dabei habe sie ein Banner mit der Aufschrift „Gegen Hunger, gegen Verfolgung, für Demokratie, für Menschenrechte“ getragen. Sie habe außerdem eine Verkehrsblockade auf einer Hauptstraße organisiert.

Bei der ersten Verhandlung am 17.10.79 hatte Fu Yuehua neue Beweise für ihren Vergewaltigungs-Vorwurf vorgelegt. Der Prozeß war daraufhin vertagt worden, „um die Beweise zu prüfen“.

Am 24.12.79 wurde der Prozeß fortgesetzt und das Urteil gesprochen. Fu Yuehua wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Vergewaltigungsvorwurf, so heißt es in der Urteilsbegründung, habe nicht bewiesen werden können. Andererseits habe dieser Vorwurf „keinen ernsthaften Schaden verursacht“, so daß Fu Yuehua nicht wegen Verleumdung des Funktionärs verurteilt werden solle. So stütze sich das Urteil allein auf die von Fu Yuehua angeblich organisierten Demonstrationen, mit

denen „die öffentliche Ordnung verletzt“ worden sei. (Nachrichtagentur „Xinhua“, 24.12.79 – nach SWB, 29.12.79).

- Am 5.6. Februar 79 hatten mehrere hundert Demonstranten einen vollen Tag lang eine Eisenbahn-Kreuzung in Shanghai blockiert, bevor sie von der Polizei auseinandergetrieben wurden. Die Demonstranten waren in erster Linie arbeitslose Jugendliche (vgl. AK 149, S.64). Am 10.12.79 standen deswegen drei der Demonstranten vor Gericht. Die Urteile: 9 Jahre, 5 Jahre und 2 Jahre. (Radio Shanghai, 11.12.79 – nach SWB, 15.12.79).

- In der Stadt Fushun (Provinz Liaoning) wurden am 10.11.79 drei Männer verhaftet. Sie hätten, so lautet die Begründung, Wandzeitungen geklebt, „um die Gedanken der Bevölkerung zu vergiften und Unruhe zu stiften“. Sie hätten außerdem zweimal einige hundert Menschen zu einer Demonstration organisiert und dabei für fast neun Stunden der Straßenverkehr lahmgelegt. Sie hätten ZK-Dokumente als „Kuomintang-Politik“ diffamiert (!) und der Polizei Widerstand geleistet. (Radio der Prov. Liaoning, 22.11.79 – nach SWB, 6.12.79).

- Auch die Abrechnung mit den Aktivisten der Kulturrevolution geht weiter. Am 9.11.79 wurde in der Provinz Schekiang ein früherer Bezirksfunktionär der KP zu drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt, da er „Anhänger der Vierer-Bande“ gewesen sei. (Radio der Provinz Schekiang, 18.11.79 – nach SWB, 27.11.79).

Die chinesische Polizei hat in den letzten Monaten große Anstrengungen unternommen, um der zunehmenden Kriminalität, vor allem der Jugend- und Banden-Kriminalität, Herr zu werden. In Peking und anderen Großstädten werden reguläre Armee-Einheiten nachts auf Streife eingesetzt. (Radio der Prov. Schekiang, 22.11.79 – nach SWB, 6.12.79). Zahlreiche Todesurteile wegen Mord, bewaffnetem Überfall u.ä. wurden in den letzten Monaten ausgesprochen und öffentlich ausgeführt. Warnungen vor „Anarchie und Fraktionsbildung“ zeigen überdies, daß drei Jahre nach dem Rechtsputsch vom 6.10.76 auch die politische Lage immer noch nicht unter Kontrolle ist.

C. Kesim, Antifaschist, von türkischen Terrorbanden in Westberlin ermordet

Am 5. Januar überfielen ca. 70 türkische Faschisten der „Grauen Wölfe“ und der fanatischen islamischen Heilspartei (MSP) Flugblattverteiler des türkischen Demokratischen Arbeitervereins in Berlin-Kreuzberg. Diese verteilten Flugblätter gegen einen drohenden Militärputsch in der Türkei.

Aus der nahegelegenen Meylan-Moschee stürmend schlugen die Faschisten, mit Messern, Knüppeln, Ketten und Pistolen bewaffnet, auf die 30 türkischen Demokraten ein. Dabei wurde der Kollege Celalettin Kesim von zwei Angreifern so schwer verletzt, daß er bewußtlos wurde. Er hatte eine tiefe Schnittwunde im Oberschenkel, die eine Hauptschlagader getroffen hatte. Kesim verblutete sozusagen auf offener Straße, da die alarmierte Polizei erst nach 25 Minuten eintraf und mit „erster Hilfe“ begann, als es schon zu spät war. Kesim starb nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. 17 weitere Mitglieder des „Demokratischen Arbeitervereins“ wurden zum Teil schwer verletzt.

Sie blieben trotz ihrer Verletzungen bei Eintreffen der Polizei am Ort des Geschehens, um zu überprüfen, ob die Polizei tatsächlich die notwendigen Ermittlungen aufnimmt. Erst auf Drängen der türkischen Demokraten begaben sich die Polizeibeamten zu der Moschee, in der die Faschisten nach getaner Tat wieder verschwunden waren. Anfänglich lehnten leitende Polizeibeamte es ab, die Moschee zu betreten, dazu brauche man eine Genehmigung, da es sich um ein religiöses Zentrum handle (bei der Verfolgung von Linken kennen wir diese Zimperlichkeiten nicht...).

Schließlich zogen sie sich umständlich die Schuhe aus und verhafteten vier Faschisten in der Moschee. Weitere Beteiligte an dem Überfall waren bereits durch eine Hintertür in der Moschee geflohen, wie Spuren im Neuschnee verriet.

Ali Bayraktar, einer der mutmaßlichen Mörder, der sich zur Behandlung leichter eigener Verletzungen in ein Krankenhaus begeben hatte, wurde dort festgenommen.

Inzwischen (am 11.1.) sind sechs weitere Faschisten in der Meylan-Moschee verhaftet worden.

„Alternative Liste“:
Polizei war Zeuge des Mords!

„Alternative Liste“:
Polizei war Zeuge des Mords!

Auf der Pressekonferenz des Türkischen Arbeitervereins am 9.1. deckte die „Alternative Liste“ (AL) Westberlin auf, daß sie Beweise habe, daß die Polizei den Angriff der türkischen Faschisten beobachtet hat, ohne einzugreifen! Aus dem vertraulichen Be-

richt eines Zeugen, den die AL ausfindig gemacht hat und der zur fraglichen Zeit den Polizeifunk abgehört hat, geht hervor, daß ein Polizeiwagen mit Zivilbeamten vom Kottbusser Tor aus alles beobachtet hat und aus der Zentrale den ausdrücklichen Befehl bekam, nichts zu unternehmen.

Andere Zeugen berichten, daß sie schon einige Zeit vor den Vorfällen Streifenwagen in den Nebenstraßen gesehen haben...

Diese Aussagen werden selbstverständlich vom Landespolizeidirektor Erhard Börner energisch dementiert. Am Kottbusser Tor sei an diesem Tag keine Zivilpolizei eingesetzt gewesen. Die Darstellung Börners auf einer Pressekonferenz war folgende: Der erste Notruf kam um 10,49 Uhr. Es war ein Anwohner, der zunächst „recht lapidar“ meldete, vor dem Supermarkt am Kottbusser Tor würden Türken Zettel verteilen. Andere liefen mit in Zeitungspapier eingewickelten Schlagstöcken (!) auf und ab. Dabei würden sich ca. 70 linke und rechte Türken gegenseitig beschimpfen. Der Anrufer habe Sprüche gehört wie „Graue Wölfe raus“ (!).

Um 10,54 Uhr sei dann ein Wagen der Einsatzbereitschaft dorthin geschickt worden mit dem Auftrag, die Lage zu beobachten und nicht einzugreifen (!), bevor Verstärkung eintreffe. Der Wagen fuhr ohne Blaulicht zum Tatort. Börner meinte auf der Pressekonferenz, „es bestand keine Notwendigkeit, besonders schnell zum Tatort zu fahren, da der Anrufer auch nach mehrmaligem Nachfragen der Beamten keinen Notfall schilderte“ („Spandauer Volksblatt“, 10.1.). Um 11,01 Uhr traf dieser Wagen dann vor dem Supermarkt ein; wenige Minuten zuvor waren Wagen der Bereitschaftspolizei, die sich der Funkbetriebszentrale angeboten hatten, am Ort eingetroffen (nach „Spandauer Volksblatt“, 10.1.).

Obwohl der Polizeipräsident sich mit seinen Ausführungen von dem Vorwurf, die Polizei habe dem Mord zugesehen, reinwaschen wollte, wird aus seinen Ausführungen ersichtlich, in welchem Ausmaß hier Verharmlosung gegenüber den türkischen Faschisten vorliegt. Dieses Naivtun des Polizeipräsidenten liegt darin, daß ja durch den ersten Anrufer bekannt war, daß die „Grauen Wölfe“ mit Schlagstöcken herumlaufen und eine Auseinandersetzung im Gange war. Trotzdem ließen sich die Beamten wal, daß die „Grauen Wölfe“ mit Schlagstöcken herumlaufen und eine Auseinandersetzung im Gange war. Trotzdem ließen sich die Beamten Zeit, es lag ja kein „Notfall“ vor. Der Polizeipräsident hat sich mit seinem eigenen Bericht der gezielten Fahrlässigkeit angeklagt, denn wer die „Grauen Wölfe“ sind, was sie gerade in Westberlin bereits angerichtet haben und wozu sie jederzeit in

der Lage sind, das ist der Polizei hinlänglich bekannt. Dazu kommt, daß am selben Tag eine Demonstration der faschistischen MHP gegen den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan angemeldet war (siehe Kasten), bei der ebenfalls mit aggressiven Handlungen der Faschisten zu rechnen war. Aber: „Die Polizei hat von nichts gewußt“...

Der Leiter der Berliner Staatsschutzpolizei, Ganschow, erklärte: „Wir wehren uns dagegen, als Polizei in politische Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden. Wir sehen seit langem mit Sorge die Entwicklung entgegen. Aber wir können und wollen die politische Artikulation (!) nicht verhindern“ („taz“, 7.1.). An einen Polizeischutz für gefährdete Gruppen sei nicht gedacht, „wir können schließlich nicht alle schützen“.

Da aus den genannten Gründen mit sorgfältigen Ermittlungen der Westberliner Polizei gegen die türkischen Faschisten nicht zu rechnen ist, haben westberliner und türkische Demokraten einen außerparlamentarischen Untersuchungsausschuß ins Leben gerufen, der eigene Untersuchungen anstellen und sie der Öffentlichkeit bekannt machen wird.

Ulrich und die SPD

Während die Kreuzberger SPD immerhin noch die Frage stellte, ob alle notwendigen Maßnahmen getroffen worden seien, um die blutige Tat zu verhindern, und ob beim Staatsschutz eine realistische Einschätzung der Lage bestanden habe („Abend“, 8.1.), bewegt sich die übrige Westberliner SPD und an der Spitze der Innensenator Ulrich, auf der Linie der Gleichsetzung von rechten und linken Türken; diesen Herren geht es nicht um die Feststellung von Taten und Opfern, sondern angeblich um die Unterbindung der Auseinandersetzungen überhaupt.

Kennzeichnend für die Haltung sind u.a. folgende Äußerungen des Innensensors Ulrich: „Der Senat wird es nicht dulden, daß ausländische Mitbürger das Stadtrecht missbrauchen, indem sie ihre innenpolitischen Gegensätze mit Gewalt austragen und damit ein ständiger Unruheherd für die innere Sicherheit und Ordnung der Stadt sind“ („Berliner Morgenpost“, 8.1.).

Ulrich kündigte an, daß generell Ausländer, die bewaffnet sind (mit Holzlaten, Messern usw.) festgenommen werden sollen und oaf.

Ulrich kündigte an, daß generell Ausländer, die bewaffnet sind (mit Holzlaten, Messern usw.) festgenommen werden sollen und ggfs. abgeschoben.

Eine richtige Sicht der Dinge haben hingegen die Westberliner Jungsozialisten: „Bei der Ermordung des türkischen Mitbürgers handelt es sich nicht um eine Auseinandersetzung extremistischer Organisationen. Es handelt sich vielmehr darum, daß rechtsradikale Verbrecher Landsleute angriffen, die Flugblätter verteilten und damit von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machten“ („Abend“, 10.1.).

Ulrich und die Westberliner SPD jedoch sehen keinen Grund, gegen diese rechtsextremistischen Verbrecher etwas zu unternehmen. Selbst nach den letzten Vorfällen meinte Ulrich auf einer Veranstaltung der IG-Metall in Westberlin, er brauche einen konkreten Fall, konkrete Beweise, um sich für ein Verbot der MHP auszusprechen... Interessant sind Äußerungen Ulrichs, die er im Mai 1979 nach dem es kurz zuvor (am 5.5.) zu einer Massenschlägerei zwischen rechten und linken Türken gekommen war, machte: „Wir müssen nüchtern sehen, daß der von uns im Hinblick auf seine politische Überzeugung in den rechts-extremistischen Bereich einzuordnenden Türkisch (Vorsitzender der MHP) „Graue Wölfe“ - AK) noch vor einigen Jahren Ministerpräsident in der Türkei war und bei einer Änderung der politischen Verhältnisse durch eine Neuwahl wieder in die türkische Regierung eintreten könnte. Dann nämlich, wenn die Sozialdemokraten von Bülent Ecevit ihre Mehrheit verlieren“ (aus „Berliner Stimme“). Dieserart Rücksichten, die eng an die wirtschaftlichen Interessen der BRD in der Türkei gekoppelt sind, verraten, weshalb die SPD in Westberlin und anderswo so blind ist auf dem rechten Auge.

Vertreter der demokratischen türkischen Organisationen wiesen angesichts des Mordes an Celalettin Kesim zum wiederholten Male darauf hin, daß den Behörden bekannt sei, daß die islamischen Gebetsstätten den Faschisten nur zur Tarnung dienen.

Den Behörden sei bekannt, daß darin Karate- und Schießübungen abgehalten werden! („Wahrheit“ - Organ der SEW-Westberlin, 10.1.).

Die Westberliner SPD bewegt sich in Sachen MHP/„Graue Wölfe“ politisch deckungsgleich mit der CDU, deren Kreuzberger Abgeordnete sich nach dem Mord an Kesim beklagten, daß ein von ihnen eingebrachter Antrag auf Verbot a l l e r (!) extremistischer Ausländergruppen abgelehnt worden sei („Abend“, 8.1.).

Die Protestbewegung

Der Westberliner DGB forderte den Innensenator auf, endlich Schritte zu ergreifen, die es faschistischen Organisationen unmöglich machen, ihr Unwesen zu treiben. Selbst die Gewerkschaft der Polizei appellierte an Ulrich, gegen terroristische Türkenvereine auf dem Verbotsweg vorzu-



Ali Bayraktar, einer der beiden mutmaßlichen Kesim-Mörder!

gehen („Abend“, 8.1.). Die Westberliner HBV forderte energisch das Verbot faschistischer Organisationen und rief ihre Mitglieder auf, sich an der Trauerfeier für den ermordeten Kollegen zu beteiligen.

Die ÖTV-Betriebsgruppe Kreuzberg schrieb in einer Erklärung: „Die Forderungen demokratischer Organisationen, u.a. auch der ÖTV, nach Verbot dieser faschistischen Organisationen und nach verstärkter Aufklärungsarbeit unter der Jugend und in der Bevölkerung wurden bis jetzt seitens des Senats nicht erfüllt, obwohl die Verfassung von Berlin eine entsprechende Verpflichtung enthält“.

Auch die Westberliner IG-Metall verwies in einer scharfen Erklärung darauf, daß sie schon seit langem die zuständigen Stellen der Stadt vor der „immensen Gefahr der faschistischen völkerverhetzenden Aktivität“ der MHP/Graue Wölfe gewarnt habe. Nach Meinung der IG-M könne die Haltung verantwortlicher Stellen nur dazu führen, die Faschisten zu neuen Taten zu ermutigen.

Der Publizist Jürgen Roth und der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Kirschner sehen das Verhalten der Staatsschutzbehörden gegenüber den „Grauen Wölfen“ und ihren Hintermännern als „öffentliche



Celalettin Kesim, 36 Jahre alt, Berufsschullehrer, ehemaliger Vertrauensmann der IG-Metall, Sekretär und Vorstandsmitglied des Türkischen Zentrums; verheiratet, ein Kind. Seine Frau ist im achten Monat schwanger.

Duldung rechten Terrors“ an. In einer Erklärung heißt es, „der politische Mord an dem türkischen Lehrer Kesim erinnere an die Ereignisse in der Türkei, wo Fanatiker in den letzten Monaten über 200 politische Andersdenkende ermordet hätten. Nun könnten es fanatisierte türkische „Graue Wölfe“ unter den Augen der deutschen Öffentlichkeit wagen, andersdenkende Landsleute zu überfallen und zu ermorden. Trotz zahlreicher Warnungen vor rechtsradikalen Terrorbanden und den von ihnen ausgehenden Gefahren gebärdeten sich die Staatsschutzbehörden in reicher warnungen vor rechtsradikalen Terrorbanden und den von ihnen ausgehenden Gefahren gebärdeten sich die Staatsschutzbehörden in West-Berlin so, als seien die faschistischen Türken extrem harmlos. Es sei an der Zeit, diesem Treiben ein Ende zu bereiten“ („Frankfurter Rundschau“, 8.1.).

Den Höhepunkt des Protestes aller Westberliner Demokraten und Antifaschisten bildete die an die Beerdigung von Kesim anschließende Protestdemonstration am Sonnabend, dem 12.1., die zum Ort des Mordes hinführte. An dieser antifaschistischen Demonstration, zu der 70 Verbände, linke politische Gruppen und Gewerkschaften aufgerufen hatten, beteiligten sich 11.000 Menschen. Immer wieder wurde das Verbot der „Grauen Wölfe“ gefordert.

Ausländerkommission

MHP-Faschisten gegen SU-Einmarsch in Afghanistan

Am 5.1. riefen die Türk-Föderation (MHP) und Teile der türkischen islamischen Zentren in der BRD und im Ausland zu nationalen Protestkundgebungen gegen die „sowjetische Aggression in Afghanistan“ auf (in Westberlin, Hamburg, Hannover, Bonn, Ulm, Frankfurt/M sowie in Wien und Brüssel).

Auf diesen Demonstrationen wurde zur Rache aufgerufen und dazu, Afghanistan aus den Händen der Russen zurückzuerobern. Jeder „aufrichtige Moslem“ solle kommen, um „vereint gegen die hündische Unterdrückung von Seiten der russischen Kommunisten zu protestieren“. Parolen waren u.a.:

„Schweinische Moskauer Kommunisten raus aus Afghanistan“, „Nieder mit den hündischen russischen Unterdrückern“, „Nieder mit den einheimischen Lakaien der Russen“ (aus einem in Westberlin verteilten Flugblatt der Faschisten).

In Hamburg demonstrierten ca. 400 „Graue Wölfe“, die auf der Abschlussskundgebung ihre Hände zum Führerguß erhoben. Auf das sowjetische Aeroflotbüro in Hamburg wurde ein Bombenanschlag verübt.

In Westberlin konnten die türkischen Faschisten trotz der Ermordung von Celalettin Kesim wenige Stunden zuvor, am Nachmittag ungehindert und lediglich von einer Handvoll Polizisten begleitet, demonstrieren und ungehindert zu weiteren Mordtaten aufrufen.

Mit einem Plakat „Tötet alle Juden“ konnte ein türkischer Faschist ohne Schwierigkeiten durch die Westberliner Innenstadt demonstrieren...

An der Demonstration der Faschisten in Westberlin beteiligte sich auch die türkische Gerechtigkeitspartei des neuen Ministerpräsidenten Demirel. Die Gerechtigkeitspartei ist die „Bruderpartei“ der CDU/CSU.

Ausländerkommission



Angriff der „Grauen Wölfe“ und MSP-Fanatiker gegen die Mitglieder der Arbeiter-Jugend Verein e.V. Westberlin am 4.5.1979 am Kottbusser Damm, „Türkenmarkt“.

Grüne gründen Bundespartei

Fortsetzung von Seite 1

Wahlkampfzwecken an. Dann nahm der Kongreß mit dem Bericht der Mandatsprüfungskommission seine Arbeit auf. Demnach haben die Grünen derzeit 10.000 Mitglieder, die durch 1004 Delegierte vertreten wurden.

Bunte und Alternative (autonome) ausgeschlossen

Der Kongreß erlebte die erste Konfrontation, als Alexander Schubart (GLH), Michael Wendt (AL Westberlin) und Henning Venske (Bunte Liste Hamburg) als Sprecher der Bunt- und Alternativen die Anerkennung der autonomen Delegierten forderten, die nach dem Schlüssel der Grünen (1 Delegierter auf 10 Mitglieder) in den bunten und alternativen Listen gewählt worden waren. Insgesamt waren 259 autonome Delegierte anwesend, die den Auftrag hatten, 2600 Mitglieder von bunten und alternativen Listen zu vertreten. Alexander Schubart formulierte den Anspruch der Bunt- und Alternativen auf eine gleichberechtigte Partnerschaft. Anders könne ein wirklich neuer Anfang nicht gemacht werden. Michael Wendt warnte – bei einem Ausschuß dieser Delegierten – vor einer Spaltung in eine grüne und eine autonome bunte Bewegung. Henning Venske erklärte, die Grünen sollten sich „nicht das linke Bein abschneiden“, ohne zu wissen, „auf welchen Krücken ihr der bunten Bewegung davonhumpeln wollt“. Gruhl und Haußleiter (AUD) wiesen diesen Antrag mit dem Hinweis zurück, daß es ja mehrere hundert Mitglieder der Bunt- und Alternativen Liste Hamburg und der AL Westberlin gegeben habe, die in die Grünen eingetreten seien und durch Delegierte vertreten seien. Wer sich geweigert habe einzutreten, solle keine „Sonderansprüche geltend machen“. Haußleiter erklärte, die Grünen seien „jederzeit offen“ für die Zusammenarbeit. An diesem Tag aber zählte für ihn nur die „Solidarität mit der grünen Bewegung“.

Auch Christel Hellmann, Vorstandsmitglied der BL Hamburg und seit einiger Zeit Mitglied der SPV, fiel den Bunt- und Alternativen in den Rücken. Sie distanzierte sich zwar zunächst von Gruhl, griff dann aber das gleiche Argumentationsmuster auf: Die Grünen könnten nur „von innen her verändert werden“, nicht aber „als Block von außen“. Schließlich stimmte nur ein gutes Drittel der Grünen für die Anerkennung der autonomen Delegierten. Mit Mühe und Not erkämpften die linken Grünen das Recht auf eine Beratungspause zusammen mit den Ausgesperrten.

Die linken Grünen das Recht auf eine Beratungspause zusammen mit den Ausgesperrten.

Dieses kleine Stückchen Solidarität zwischen den bunten und alternativen, die Mitglied der SPV geworden waren, und der ausgesperrten Mehrheit ihrer Listen mußte am Vorabend mit großen Anstrengungen erkämpft werden. Erst nach mehrstündiger Debatte hatten sich die bunten Grünen davon überzeugen lassen, daß man nach einem solchen Ausschußbeschuß nicht einfach zur Tagesordnung übergehen könnte, als ob nichts passiert sei. Die autonomen Delegierten beschlossen daraufhin, eine eigene Beratung parallel zur grünen Versammlung durchzuführen. Die bunten Grünen dagegen waren in erster Linie besorgt, daß eine solche Beratung den „ungünstigen Eindruck eines Gegenkongresses“ erwecken könnte. Man einigte sich darauf, zunächst die Entscheidung der Grünen über die Frage der Doppelmemberschaft abzuwarten.

Gegen einen Änderungsantrag der AL Westberlin beschlossen die Grünen, die Satzung vor dem Programm zu behandeln (was dazu führte, daß das Programm überhaupt nicht mehr diskutiert wurde). Als erstes stand eine Präambel zur Satzung auf der Tagesordnung. Die Absicht des rechten Flügels der Grünen war es dabei, eine Reihe von inhaltlichen Fixpunkten festzulegen, mit denen die Partei von sozialistischen Positionen abgegrenzt werden sollte. Mehrere Sprecher betonten, es müsse klar gemacht werden, daß die Grünen keine „Klassenkampfpartei“ sind, Veränderungen „ganz klar im Rahmen des Grundgesetzes“ anstehen und daß die grünen Ziele „weder mit kapitalistischen noch mit kommunistischen Prinzipien“ vereinbar sind. Überraschend wurden nicht die Vorlagen aus der Satzungskommission zur Grundlage der Diskussion gemacht, sondern ein Vorschlag des geschäftsführenden Vorstands der badenwürttembergischen Grünen. Dieser Vorschlag enthält eine extensive Darlegung des sogenannten „3. Weges“ mit eindeu-

tigen Angriffen insbesondere gegen die sozialistische Weltanschauung. Den bunten Grünen gelang es zwar, einige der größten Spitzen herauszubekommen, z.B. die Diffamierung aller Revolutionen; aber schon der Versuch beispielsweise, das Recht auf Widerstand und Notwehr in den Grundsätzen und Verträgen, scheiterte an übergroßen Mehrheiten im Saal. Besonders ehemalige Genossen des KB (heutige Zentrumsgruppe), Mitglieder der „KPD“, die als grüne Delegierte mitreden konnten, bemühten sich redlich, hier und da einige kosmetische Veränderungen anzubringen, ohne die Substanz dieser Aussagen berühren zu können. In dieser Debatte zeigte sich besonders deutlich der kleinbürgerliche Charakter der großen Mehrheit der Grünen: Orientierung auf Reformismus, Leugnung des Klassenkampfes, Angst vor der Basis. In der Schlußabstimmung fand die (kosmetisch veränderte) Präambel eine Zustimmung von zwei Dritteln der Delegierten. Der Rest stimmte zur Hälfte dagegen bzw. enthielt sich der Stimme.

Mit der Debatte über den § 218 der Satzung – Verbot der Doppelmemberschaft – trat der Kongreß in die entscheidende Phase. Vier Alternativen wurden vorgestellt.

Helmut Lippelt (GLU Niedersachsen), der eigentlich einen Unvereinbarkeitsbeschuß mit Mitgliedern anderer Parteien und parteilicher Organisationen vorstellte (Alternative A 1), machte deutlich, daß es die Rechten für ausreichend halten würden, lediglich die Doppelmemberschaft in anderen Parteien zu untersagen (A 2). Peter Sellin (AL Westberlin) setzte sich für eine offene Mitgliedschaft ein (Alternative B 1). Der Vorstand der nordrhein-westfälischen Grünen schlug vor, die Entscheidung den Landesverbänden zu überlassen (Alternative B 2).

Als erster Diskussionsredner trat Rudolf Bahro ans Mikrophon. Er lehnte unter großen Beifall einen Unvereinbarkeitsbeschuß ab, da dies „überflüssig“ sei. „Wer das ernst nimmt, daß es ums Überleben geht, und zwar in einer menschlichen und absehbaren Zeit, wie kann der mit Ausgrenzungsbeschlüssen beginnen?“ Allerdings machte Bahro auch keinen Hehl daraus, daß er es für einen „Fortschritt“ halten würde, „wenn sich zentralistisch organisierte Gruppierungen auflösen würden“. Mit deutlicher Spitze gegen die autonomen Delegierten meinte Bahro, es solle sich „niemand selbst ausschließen“ und erklärte demonstrativ seinen Beitritt zu den Grünen. Trotz des großen Beifalles, den er erhielt, war die Delegiertenmehrheit, die es befürwortete, ihn zu Wort kommen zu lassen, eher knapp als überwältigend gewesen. Für den rechten Flügel der Grünen sprach Olaf Dine aus Bremen. Für einen Erfolg bei Wahlen sei es nötig, dem herrschenden Antikommunismus Tribut zu zahlen. Der Wähler wolle wissen, ob die Grünen von organisierten Kommunisten „fremdgesteuert“ würden. Deshalb sollten alle Mitglieder der Grünen die Brücken zu den Organisationen abbauen, von denen sie herkommen. Bahro habe schließlich auch die „SED und die Gefängnisse hinter sich gelassen“.

Schon während dieser Debatte machte sich eine Umorientierung der linken Grünen auf den nordrhein-westfälischen Vorschlag (B2) bemerkbar, der im Grunde ebenfalls schon Unvereinbarkeitsbeschlüsse akzeptierte. Denn die Forderung, diese Entscheidung den Landesverbänden zu überlassen, bedeutet nichts anderes als UVBs für vier Fünftel der Mitglieder der Grünen: Mit Ausnahme von NRW, Hessen, Hamburg und Westberlin haben alle grünen Landesverbände bereits Doppelmemberschaftsverbote in ihren Satzungen verankert. Besonders demütigend war es z.B., daß Uwe Carstensen im Namen der „KPD“ dies befürwortete: Die „KPD“ akzeptierte es aufgrund ihrer eigenen Fehler, daß einige Verbände der Grünen eine Ausschußpraxis gegenüber Links praktizierten.

Ein erstes Meinungsbild erbrachte, daß die Alternativen A 2 und B 2 zur Stichwahl gestellt werden sollten. Damit verzichteten die bunten Grünen von vornherein darauf, an einer Ablehnung jeglicher UVBs festzuhalten, um wenigstens den NRW-Vorschlag als zweifelhafte „Kompromiß“ durchzubekommen. Die entscheidende Abstimmung war also nur noch eine Wahl zwischen unterschiedlichen Varianten einer Abgrenzungspolitik. Die Rechnung der linken Grünen machte sich jedoch in keiner Weise bezahlt. Mit 548 zu 414 wurde schließlich A 2 angenommen, d.h., es wurde eine Unvereinbarkeit mit Mitgliedschaft in anderen Par-

teien beschlossen. Damit ging der erste Tag zu Ende.

2. Kongreßtag

Den zweiten Kongreßtag begannen die autonomen Delegierten der Bunt- und Alternativen sofort mit einer eigenen Beratung. Eine Erklärung wurde diskutiert, die einen scharfen Protest sowohl gegen die Aussperrung als auch gegen die verabschiedeten Unvereinbarkeitsbeschlüsse enthielt.

Dabei zeigte sich, daß die linken Grünen auch in dieser Situation nicht bereit waren, Konsequenzen zu ziehen, obwohl diese Beschlüsse eindeutig dem Selbstverständnis der Bunt- und Alternativen ins Gesicht schlugen. Ihr Motto war: bis zum Schluß „weiterkämpfen, um das Beste herauszuholen“, wenn es auch nichts mehr zu holen gab. Insbesondere ein Teil der AL Westberlin versuchte, mit allen Methoden der Geschäftsmord- und Verzögerungstaktik zu verhindern, daß die ausgesperrten autonomen Delegierten der Bunt- und Alternativen zu Beschlüssen kommen. An diesem Tag jedoch war der Widerstandswille, der Selbsterhaltungstrieb der Bunt- und Alternativen wiedererwacht. Getagt wurde in einem Nebenraum der Karlsruher Stadthalle, der zeitweilig von über 500 Personen besetzt war. Bahro, Mossmann, Amery, Offe ergriffen das Wort, um in der einen oder anderen Weise das Verhalten der Grünen zu verteidigen. Aber auch Bahro, der dafür plädierte, den Unvereinbarkeitsbeschuß der Grünen nicht zum „Knackpunkt“ zu machen, und der nach wie vor dazu aufrief, den Grünen beizutreten, mußte sich heftigen Widerspruch gefallen lassen. Alexander Schubart wies darauf hin, daß die Ablehnung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse dem Selbstverständnis der außerparlamentarischen Bewegung entspräche. Vom KB wurde Bahro entgegengehalten, er unterschätze die Bedeutung der Radikalenpraxis in der BRD. Im Modell Deutschland sterbe die Freiheit zentimeterweise, und die Grünen hätten ihre Wegstrecke am Vortag ebenfalls zurückgelegt. Die Linken sollten nicht dementsprechend Schritt um Schritt ihre Identität aufgeben. Schließlich ergab die Schlußabstimmung, an der knapp 200 autonome Delegierte teilnahmen, eine große Mehrheit für eine gemeinsame Erklärung, die wir vollständig dokumentieren. Ein Teil der AL Westberlin nahm nicht mehr an der Abstimmung teil. Die Bunt- und Alternativen verabredeten, sich in drei Wochen zu einem Beratungskongreß wiederzutreffen. Dieser soll in NRW oder ersatzweise in Marburg stattfinden. Als mögliche Themen wurden vorgeschlagen:

- Berichte aus den Listen
- Einschätzung und Bewertung der Parteigründung in Karlsruhe
- Bundesweiter alternativer Dachverband
- Parteigründung in Karlsruhe
- Bundesweiter alternativer Dachverband
- Eingreifen der Alternativen in die Bundestagswahlen
- Gemeinsame Zeitungen der bunten und alternativen Listen
- Weiteres Verhalten gegenüber den Grünen.

Kaum jemand nahm mehr von den engagierten Kämpfen der linken Grünen im Kongreßsaal Notiz. Diese setzten sich vehement dafür ein, daß die grünen Landesverbände autonom über Übergangsregelungen in der UVB-Frage bestimmen können bis zur endgültigen Einführung des § 2 (dieser Antrag wurde mehrheitlich befürwortet). Damit hatten sie den entscheidenden § 2 der Satzung schon akzeptiert und stritten nur noch darum, wann er in Kraft treten soll. Allzu offensichtlich war die Parallele zum Verhalten und zur Funktion der Jusos in der SPD. Dennoch machten sie auf diese Weise klar, daß sie – koste was es wolle – bei den Grünen bleiben werden. Sie werden nicht zugeben, daß ihr Konzept (Beinflussung der Grünen durch massenhafte linken Eintritt) gescheitert ist. Denn sie haben ihr Konzept mittlerweile geändert. Es lautet heute in der Tat: Dabeisein ist alles! Ihre Wege werden sich nun auf längere Sicht von denen der Bunt- und Alternativen trennen.

Der Schluß des Kongresses nahm noch einmal hektische Formen an. Die Programmdiskussion und die Vorstandswahlen konnten nicht mehr laufen. Gruhl schlug vor, bis zu einem eigens einzuberufenden Programmkongreß das Europaprogramm der Grünen zur Grundlage zu machen. Dagegen stand der Vorschlag Haußleiters, dem sich auch die linken Grünen anschlossen, die Offenbacher Präambel zu verabschieden. Gruhl setzte sich mit deutlicher Mehrheit durch. Der Vorstand wurde bis zum nächsten Kongreß (Ende März) im Amt bestätigt. Abschließend wurde ein ausdrücklicher Gründungsbeschuß gefaßt (80% Mehrheit).

Öffentliche Erklärung der autonomen Delegierten der Bunt- und Alternativen zum Gründungskongreß der Grünen

Der Gründungskongreß der Grünen in Karlsruhe hat durch seine Beschlüsse zum Ausschuß der autonomen Bunt- und Alternativen vom Kongreß und zur Doppelmemberschaft deutlich gemacht, daß eine Zusammenarbeit von Grünen, Bunt- und Alternativen auf der Grundlage der Gleichberechtigung nicht möglich ist. Im Gegenteil, es besteht die Gefahr, daß die Bunt- und Alternativen in die gleiche Rolle gedrängt werden, wie sie die Jusos in der SPD spielten und daß die grüne Partei selbst mehr und mehr den Part eines ökologisch orientierten, bürgerlichen Wahlvereins spielen wird.

Die Bunt- und Alternativen Listen haben, entsprechend ihrem Beschuß vom Frankfurter Beratungskongreß, autonome Delegierte für den Karlsruher Gründungskongreß einer grünen Partei gewählt, weil

- nur durch einen Zusammenschluß der SPV die Grünen und der Bunt- und Alternativen Listen wirklich ein neuer politischer Anfang mit Aussicht auf Massenunterstützung möglich ist,
- nur durch einen Zusammenschluß der SPV die Grünen und der Bunt- und Alternativen Listen wirklich ein neuer politischer Anfang mit Aussicht auf Massenunterstützung möglich ist,
- ein Zusammenschluß gleichberechtigter Partner in der Logik der bisherigen Vorbereitung des Gründungskongresses liegt, nachdem es den Offenbacher Kongreß der Grünen, Bunt- und Alternativen, die gemeinsame Programmkommission und die gemeinsame Satzungskommission gegeben hat.

Eine Mehrheit des Gründungskongresses hat die gleichberechtigte Teilnahme der autonomen bunten und alternativen Delegierten abgelehnt. Sprecher der Grünen haben vorgebracht:

- den Mitgliedern der bunten und alternativen Listen habe es freigestanden, der SPV die Grünen beizutreten und sich dort an den Delegiertenwahlen zu beteiligen. Wir weisen dieses Argument zurück. Nur durch die Wahl autonomer Delegierter, die durch imperatives Mandat an die Vertretung alternativer und bunter Positionen auf dem Gründungskongreß gebunden sind, ist sichergestellt, daß die Bunt- und Alternativen ihre Positionen gleichberechtigt einbringen. I.d. ist es unzutreffend, daß in allen Bezirks- und Landesverbänden der SPV die grünen Mitgliedern bunter und alternativer Listen die Aufnahme gestattet worden wäre. So ist z.B. Mitgliedern der Alternativen Liste Bremen die Mitgliedschaft in der SPV mit dem Hinweis auf ihre Mitgliedschaft in der Alternativen Liste Bremen verweigert worden.
- Den Bunt- und Alternativen Listen sei bisher ausreichend Gelegenheit gegeben worden, an der Vorbereitung des Gründungskongresses mitzuwirken. Wir weisen auch dieses Argument zurück. Die Mitarbeit von wenigen Mitgliedern bunter und alternativer Listen in der gemeinsamen Programm- und Satzungskommission kann nicht die gleichberechtigte Teilnahme auf dem Gründungskongreß ersetzen.
- Der Bundeswahlleiter würde Einwendungen erheben, wenn auch autonome Delegierte der Bunt- und Alternativen Listen an der Gründung der Partei mitwirken würden. Auch dieses Argument ist unzutreffend. Der Bundeswahlleiter hat nichts, aber auch gar nichts über die Gründung einer neuen Partei zu befinden. Für die Gründung einer neuen Partei gilt vielmehr der Satz, daß sie „frei“ ist, d.h. diejenigen, die die Partei gründen, bestimmen autonom, wie die Gründungsprozedur vonstatten gehen soll.

Die autonomen Delegierten der Bunt- und Alternativen Listen bezweifeln die Glaubwürdigkeit des Anspruchs des Karlsruher Gründungskongresses, ein Zusammenschluß all derjenigen zu sein, die für eine neue radikalökologische und radikaldemokratische Politik mit Parlamentswahlbeteiligung stehen. Sie sehen auch in diesem Beschuß einen Schlag gegen die Bürgerinitiativen, aus denen sich die Bunt- und Alternativen Listen gebildet haben.

Wir sind enttäuscht, aber nicht entmutigt. Wir sehen uns in unserer Auffassung bestärkt, weiter in unseren Listen und zwischen unseren Listen zusammenzuarbeiten. Trotz unserer Kritik an der grünen Parteigründung, wie sie in Karlsruhe vollzogen wurde, werden wir jede Möglichkeit suchen, die inhaltliche Auseinandersetzung und die praktische Zusammenarbeit weiterzuführen, um sie in unserem Sinne zu ändern und zu öffnen. Der Beschuß, daß in der zukünftigen Partei der Grünen Mitglieder anderer Parteien nichts zu suchen haben, steht im direkten Gegensatz zu den Prinzipien von Offenheit und Vielfalt, unter denen die Bunt- und Alternativen Listen angetreten sind. Angesichts der gravierenden Bedrohungen für das Leben und alle Menschen, die sich in den Stichworten „Atomstaat“, „weltweite Kriegsgefahr“, „Giftkatastrophen“ u.a. ausdrücken, müssen alle demokratischen und ökologischen Kräfte ohne jede Ausgrenzung an der Formulierung einer grundlegenden Alternative zusammenarbeiten. Der am 12.1. 1980 gefaßte Beschuß verbietet konkret den Mitgliedern der formalen Partei „Alternative Liste Berlin“, wie den Mitgliedern von SPD, FDP, KPD, KB, EPF usw. die Mitarbeit in den Grünen.

Der § 2 der Satzung ist für uns nicht nur formal unvereinbar, sondern er zerreißt den politischen Konsens zwischen Grün und Bunt. Inhaltlich führt er beim Versuch, eine politische Alternative zu finden, die gleiche Praxis der Gesinnungsschnüffelei wie bei den gewerkschaftlichen UVB's und der Berufsverbotspraxis der etablierten Parteien wieder ein. Eine Sonderregelung für die AL Berlin (weil diese ja eigentlich eine Wählergemeinschaft sei) ist für uns in diesem Zusammenhang nicht akzeptabel. Wir werden den Beschuß in unserer künftigen politischen Praxis nicht akzeptieren und weiterhin mit allem Nachdruck gegen jede Form von Unvereinbarkeitsbeschlüssen kämpfen.

Karlsruhe, den 13.1.1980

Autonome Delegierte, Bunter und Alternativer Listen
(bei ca. 200 anwesenden autonomen Delegierten mit weniger als 20 Gegenstimmen angenommen, ein Teil der westberliner AL-Delegierten hat nicht an der Abstimmung teilgenommen.)

Vor Karlsruhe:

„Der faule Zahn muß raus“!

Von der „Gretchenfrage an die Grünen“ schrieb der „Vorwärts“ (SPD-Parteiorgan) schon Mitte Dezember und stellte fest: „Am Bündnis mit kommunistischen Gruppen scheiden sich die Geister“. Vor der Parteigründung in Karlsruhe wurde von den grünen Parteistrategen ein wahres Trommelfeuer losgelassen, um die Abgrenzung von linken Positionen und die Ausgrenzung von Kommunisten durchzupauken. Offen wurde andernfalls mit der Spaltung gedroht. Auch innerhalb der Grünen wurde durch Rundschreiben deutlich gemacht, welche Beschlüsse die Vorstandsgrünen von der Basis erwarten.

Auch der „Stern“ hatte das Thema erkannt: „Das Grün ist aber auch der Tarnmantel, in dem die K-Gruppen ins Bonner Parlament schlüpfen wollen, um dort Klassenkampf statt Umweltschutz zu predigen“, heißt es im Vorspann eines mehrseitigen Artikels zur grünen Gründung (vom 10.1.1980).

Für Gruhl sei nun „die Grenze der Kompromissbereitschaft erreicht: Einmal muß Schluß sein. Es gibt auch für mich einen Punkt, wo ich hinschmeiße. Das werde ich in Karlsruhe deutlich machen. Es hat keinen Sinn, daß wir nach links alle Türen öffnen und dafür alle Wähler auf der anderen Seite verlieren“ (ebenda).

Im „Spiegel“ (24.12.79) machte Gruhl deutlich, daß dies ein riskantes Manöver ist: Gruhl wisse, schrieb der „Spiegel“, „daß sich seine Bewegung in einer Zwickmühle befindet. Einerseits könnte zuviel Rot die Wähler der Mitte verprellen, andererseits fürchten die Parteigründer, daß eine endgültige Absage an Linksaßen die Grünen am Ende auszehren könnte. Denn der Großteil der 18- bis 24-jährigen ist ebenso wie die Wähler dieser Altersgruppe (das Hauptwählerpotential für die Grünen - Anm. AK) absolut allergisch gegen Abgrenzungshysterie“. Doch genau diese Abgrenzung sollte auf jeden Fall durchgezogen werden: „Wenn wir in der Bundespartei die Roten reinnehmen, können wir in Bayern gleich zumachen“, erklärte der bayrische Vorstandsvorsitzende der Grünen, Resch (der sich wegen undemokratischer Alleingänge dort schon weidlich unbeliebt gemacht hat).

In der Hamburger „Morgenpost“ (vom 8.1.) erklärt Bauer Springmann, es wäre „ehrlich und sauber, wenn die ‚grünen Grünen‘ und die ‚roten Grünen‘ sich trennen und die Wähler unmißverständlich ihre vorwiegend ökologischen oder primär sozialistischen Ziele deutlich machen“. Wenn das nicht durchkomme, „gehe ich raus ... Es gibt Dinge, die sind unvereinbar, und dazu gehören Ökologie und Klassenkampf“, erläuterte er im „Stern“ (s.o.).

Die Grünen werden zu bunt - Krach vor dem Bundeskongreß

p./AFP, Bonn

Noch vor dem konstituierenden Kongreß der Grünen, die sich am Wochenende in Karlsruhe als Bundespartei organisieren wollen, hat sich die Kraftprobe um die Mitgliedschaft von Kommunisten weiter zugespitzt. Die Landespartei Rheinland-Pfalz der Grünen sowie 15 Kreisverbände haben gestern behauptet, daß eine große Anzahl der Delegierten ihr Delegiertenmandat auf „zum Teil undemokratische und zum Teil manipulative“ Art erlangt haben. Daher würde der Kongreß die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse „der inzwischen etwa 12 000 Mitglieder“ der Grünen nicht widerspiegeln.

Zusammen mit dieser Erklärung verbreitete der rheinland-pfälzische Landesverband gestern ein Flugblatt, in dem vor dem „grünen Selbstmord durch rote Ideologen“ gewarnt wird. Das ökologische Zentralanliegen der Grünen werde von ideologisch gefärbten Randthemen verdrängt. Die Roten hätten die Grünen um ihren guten Ruf gebracht. Kommunisten und andere Pseudökölogen müßten ebenso wie Rechtsextremisten auf ihre eigenen Organisationen verwiesen werden.

Anders sieht die Ostberliner „Weltbühne“ die Frage: „Unter der Deckfarbe Grün verbergen sich Antikommunisten aller Schattierungen, schwarze, rosarote und auch braune“, heißt es in ihr.

Schwarz, Grün, Rot

Die großen Parteien sehen wegen der „Grünen“ schwarz. Die „Grünen“ selbst sehen rot.

Ein Landesverband und 15 Kreisverbände sagen jetzt schon, der Bundeskongreß am Wochenende in Karlsruhe sei in seiner Zusammensetzung manipuliert. Die Delegierten aus mehreren Landesverbänden spiegeln weniger die Mitgliedschaft, sondern mehr die „Zustände an den deutschen Universitäten wider“. Ein Flugblatt warnt vor „grünem Selbstmord durch rote Ideologen“. Wenn diese Entwicklung nicht gestoppt werde, sei die Chance ein für allemal vertan, „das politische Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik zu ändern und parlamentarisch für die Zukunft unseres Volkes zu wirken“. Die Leute haben recht, wenigstens in diesem einen Punkt. Cap.

Ähnlich äußerte sich Olaf Dinne im „Stern“ vom 10.1.: „Wir haben denen (gemeint sind „die Leute vom KB“) ganz klar gesagt, wir lassen uns nicht funktionalisieren ... Wir haben in Bürgerinitiativen gut mit K-Leuten zusammengearbeitet. Aber in einer

politischen Partei - nein. Die versuchen sofort, etwas anderes daraus zu machen. Wenn sie ins Parlament wollen, können sie ja selbst kandidieren“. „Zum Knall kommt es bestimmt. Das ist wie mit einem eitrigen Zahn. Der muß raus, und je länger man wartet, desto schlimmer wird es“. Nachträglich gab Dinne sogar zu, daß die BGL zur Bremer Wahl in Wirklichkeit gar keine einheitliche Liste angestrebt hat: „Wären wir zusammengegangen, wären wir mit Sicherheit unter fünf Prozent geblieben“.

Heinz Brandt äußerte sich aus „linker“ Sicht ähnlich (am 24.12. in der „Frankfurter Rundschau“): „Der Zug für solche stalinistischen Mätschen ist abgefahren“. Gemeint sind „die sturen Kader der K-Sekten (vorne DKP, KPD und KB)“, die „von ihren Politbüro patriarchen auf die grüne Wiese entsandt werden, um sich dort ‚basidemokratisch‘ emporzuranken“.

Ähnliche Töne wurden in internen Rundschreiben angeschlagen: Im Namen einer Gruppe der angeblich „liberalen und sozialen Mitte der Grünen“ schrieb Georg Otto in einem vierseitigen Rundschreiben („Klarer Kurs: Grün! - Ein Wort zur Lage der Grünen“) vom 1.1.: „Schluß mit den unsinnigen Abgrenzungen gegen Menschen. Grenzen wir uns dagegen gegen die alten Systeme ab, die uns immer stärker in die ökologisch-ökonomische und politische Krise hineinziehen. Dann kommen jene doch gar nicht zu uns, die weiter an den alten politischen Vorstellungen kleben. Wer dennoch zu uns kommt, entweder wird er sehr bald grün oder aber kann auf der Grundlage inhaltlicher Abgrenzung sehr schnell ordnungsgemäß ausgeschlossen werden“.

Ähnliches schreibt der niedersächsische Landesvorstand (der bisher bei einigen Buntten als linker Flügel der Grünen galt) in seinem Rundbrief 1/1980: „Der Streitpunkt Doppelmitgliedschaft war ja hinreichend bekannt und die Schwierigkeiten eines Programms, das allseitig Konsens finden würde, war ja auch nicht ganz neu. Darum haben wir uns auf die Prämisse konzentriert und die dann auch mit großer Mehrheit angenommen. Keiner von uns hatte den geringsten Zweifel, daß mit dieser Prämisse kapitalistische und auch kommunistische Systeme ausgeschlossen seien. Noch erkannten nicht alle, daß damit eine inhaltliche Abgrenzung vollzogen war, die jeden formalistischen Abgrenzungsbeschuß überflüssig machte“.

Der Bundesvorstand betrieb die „Einstimmung“ auf Karlsruhe etwas anders. Für ihn war in einem Brief an alle grünen Delegierten vom 3.1. das „Raumproblem“ von besonderer Bedeutung: „Der Tagungssaal

umfaßt 964 Plätze, ca. 950 Delegierte werden kommen und es haben sich ca. 120 Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen angekündigt ... Leider werden außer 40 Helfern keine zusätzlichen Mitglieder einen Platz finden!“ Für die autonomen Delegierten bunter und alternativer Listen gelte das natürlich auch. So „leid“ es dem Bundesvorstand tat, aber bei 1.200 möglichen Sitzplätzen müßten die Tische just für 950 Delegierte und 150 Pressevertreter auseinanderzusammengerückt werden.

Doch bei diesem Vorstandsmänuver hatte man fast die Rechnung ohne die Grüne Basis gemacht: Von daher setzte eine Protestflut ein, ja Kreisverbände drohten, gegebenenfalls keine Delegierten zu entsenden. So fand man noch schnell einen anderen Saal für 800 Gäste, wo sie per Übertragung dem „Jahrhundertereignis“ (Gruhl) zuhören dürfen, der Rest der Stadthalle ist an die Bundeswehr vermietet.

Streit um die grünen Hamburger Delegierten

Am 24.12. schlug der GLU-Landesverband Hamburg mit einem (halb-) offenen Brief an den Bundesvorstand „Nur zur Verbreitung innerhalb der Grünen bestimmt!“ zu. Die GLU bemängelte die Delegiertenwahl durch die neu in die Grünen eingetretenen Mitglieder der Buntten Liste. Sowohl mit formalen Argumenten (Wahlverfahren, angeblich nicht ordnungsgemäße Ladung aller Mitglieder) als auch mit Beschwörungen und Gerüchten wird gegen die 25 Delegierten Stimmung gemacht: „Eine Mehrheit (in Karlsruhe) für die Anerkennung der Frankfurter Beschlüsse vom 14. - 16.12.“ würde „den politischen Selbstmord DER GRÜNEN bedeuten“. In einem weiteren Schreiben (vom 2.1.80) heißt es dazu sogar: „Die Forderung zum Klassenkampf und das uneingeschränkte Streikrecht sind unserer Meinung nach abgegriffene Gewerkschaftsfor-

derungen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die überwunden werden muß“. In faschistoider Manier wird ausgeführt, daß die „partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Schichten ... den unsinnigen Verteilungskämpfen ein Ende setzen“ müsse - das wohlgerneht zur „Begründung“ der Ablehnung der Hamburger Grünen Delegierten aus der Buntten Liste! Ein „großer Teil“ von ihnen sei, so die Antragsteller Tessin, Behrenz und Böhmecker (GLU-Vorstand), „als aktive Mitglieder des kommunistischen Bundes in Hamburg bekannt“. Auf einer beigefügten Liste sind die Namen derer aufgeführt, die die GLU als KB- (bzw. „KPD“-) Mitglieder enttarnt zu haben glaubt. Außerdem werden einige - für die GLU anstößige und teilweise offensichtlich „redaktionell bearbeitete“ - Diskussionsbeiträge der Bunte-Liste-Vollversammlung vom 18.12. „zitiert“: „...Freunde, ihr braucht nur das dreckige SPV-Papier zu unterschreiben ...“, „... es muß doch bloß der taktische Schritt vollzogen werden, in die SPV einzutreten, und wir können mitmischen, und die Bunte Liste bestimmt, was in Karlsruhe geschieht ...“. Der grüne Bundesvorstand hat diese „Anregung von der Basis“ sogleich aufgegriffen und auf seiner Sitzung vom 29./30.12. beschlossen, die Hamburger Delegierten nicht anzuerkennen bzw. der Mandatsprüfungskommission diese Nichtanerkennung zu „empfehlen“. Nach energischem Protest der betroffenen Delegierten, der Hamburger Bezirksverbände der Grünen und der „TAZ“ hat die Mandatsprüfungskommission die 25 Delegierten dann schließlich doch noch anerkannt.

Nicht unerwähnt bleiben sollte, daß hier die gleichen Kräfte aus Hamburg der grünen Vorstands-Ausgrenzungspolitik zur Hilfe eilen, die seinerzeit - während und nach dem Hamburger Wahlkampf 1978 - weitgehend sogar in den Reihen der Grünen wegen ihrer Zusammenarbeit mit Neonazis in Mißkredit geraten waren.

Anzeige - Bunte Liste Dokumentationsfilm

Liebe Freundinnen und Freunde

Endlich ist er da!!! - der Film, der noch einmal zeigt, wie die „Bunte Liste/Wehrt Euch“ entstanden ist, vom wem sie getragen wurde und mit welchen Schwierigkeiten sie während des Wahlkampfes zu den Bürgerschaftswahlen 1978 in Hamburg zu kämpfen hatte. Der Film zeigt, welche Einschätzung wir damals zur GAZ bzw. GLU hatten, die uns vor nicht allzu langer Zeit noch als „Kommunisten, Schwule und Verbrecher“ abqualifiziert haben. Der Film kann u.E. in der momentanen Diskussion um eine Kandidatur zu den Bundestagswahlen 1980 mit dazu beitragen, daß eine von der Basis getragene Plattform und Programmaussage für die Bundestagswahl gefunden wird.

Also bestellt!!!:

BUNTE LISTE - DOKUMENTATIONSFILM

BUNTE LISTE - DOKUMENTATIONSFILM

18B/s, Farbe, 30 Min., Spende 30,- bei:
IF-Filminitiative Hamburg
Großheidestraße 27
2000 Hamburg 60 oder Tel. 040/27 68 87 von 18.00 - 20.00 Uhr

Ökologische Charta zur Abgrenzung

Neben der in der Satzung verankerten Abgrenzungspolitik gegenüber Kommunisten und anderen linken Organisationen werden verschiedene Initiativen zur „ökologischen“, sogenannten „inhaltlichen“ Abgrenzungspolitik unternommen. So verbreitet August Hausleiter, der lange als Gegner einer formellen Unvereinbarkeitsbeschuß-(UVB)-Politik auftrat, ein Papier mit der Überschrift: „Die Grünen verhindern Unterwanderung“. Darin wird nicht nur die Auflösung aller Doppelmitgliedschaften bis zum 30.4.1980 gefordert, sondern auch ein Katalog für Mitglieds- bzw. Rauschmißkriterien verbreitet; es heißt dazu:

- „2. Die klare Abgrenzung erfolgt vom Inhalt her. Dazu besitzen die Grünen eindeutige Kriterien:
 - a. Keine Gewaltanwendung außerhalb des in der Verfassung verankerten Widerstandsrechts;
 - b. keine industrielle Produktionssteigerung („Wachstum“) in der über-industrialisierten BRD;
 - c. Ablehnung von Atomkraftwerken und Atomrüstung in West und Ost;
 - d. Ablehnung des gewaltsamen Klassenkampfes in der BRD;
 - e. Vorrang der Ökologie vor der Ökonomie;
 - f. zentral gesteuerte Kadergruppen verstoßen durch ihr Auftreten gegen die Grundhaltung der basidemokratischen Grünen“.
- Damit hofft Hausleiter, „jede Unterwanderung der Grünen durch linksreaktionäre oder rechtsreaktionäre Trittbrettfahrer und Kadergruppen unmöglich“ zu machen. Ein nahezu wortgleicher Katalog wurde bereits in Niedersachsen in den Landesverband als Antrag eingebracht (noch nicht abgestimmt).

Reaktionäre ökologische Charta?

Mit Rundschreiben, bzw. offiziellem Grünen Kopf sammeln Springmann und W. Heidt, beide bekannt für ihre braunen Kontakte, Unterschriften für eine „Charta der ökologischen Alternative“. Damit soll das „Gespenst“ und der „Nebel“ der Doppelmitgliedschaftsdebatte durch eine „authentische grüne Position“ entschleiert werden. Es ist schon wert, ihre „fundamentale Alternative“ in der „kapitalistische wie kommunistische Prinzipien keinen Spalt breit“ Platz haben sollen, kennenzulernen. In Springmanns Vorschlag heißt es: „Die Grünen sind Menschen, welche in ihrem eigenen Lebensstil das einseitig profitorientierte Zweckdenken, die Überschätzung des Lebensstandards, Hetze, Streß, Entfremdung, - all diese Folgeerscheinungen eines materialistischen Zeitgeistes ersetzen wollen durch ein von neuen geistigen und sittlichen Werten erfülltes Leben auf grundsätzlich ökologischer Basis. Insbesondere bemühen sie sich daher aus sozialer und religiöser Verantwortung um partnerschaftliches Verhalten gegenüber Mitmenschen ...“

Als Partei, als „parlamentarisches Werkzeug“ soll neben den außerparlamentarischen Aktivitäten ein „gleiches Umdenken und Umschwenken“ der Gesamtgesellschaft bewirkt werden. „Der Grünen Partei, allem anderem übergeordnetes Ziel ist daher das Überwinden der auf Natur- und Menschenausbeutung beruhenden kapitalistischen sowie kommunistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme“.

me. Daher haben die diesen veralteten antiökologischen Strukturen zugrundeliegenden Ideologien ebenso wenig Platz bei den Grünen, wie die sich daran entzündenden in Personal- und Gruppenhaß ausartenden Rechts-Links-Konfrontationen (Schmidt-Strauß-Kampagne, Rock-Gegen-Rechts usw. usw.)“ (Es folgt ein Bekenntnis zu den Eckpfeilern und dem Grundgesetz der BRD).

Partnerschaft und zum Wohle des Ganzen

Ähnlich lautet es in einem Entwurf des Baden-Württembergischen Landesvorstands zur Satzung (ebenso, bloß ausführlicher lautet ihr Programmentwurf):

6. Die Methode der politischen Arbeit der Grünen ergibt sich aus dem neuen Geist, der sie trägt: aktive Toleranz ist gewaltfrei, dialogisch und partnerschaftlich bestimmt.
7. Nur durch die Bereitschaft für eine Evolution in diesem Sinne können Revolutionen, Kriege und Zerstörungen in Zukunft verhindert werden. Die grüne Alternative ist der umfassende Ausdruck dieser Bereitschaft. Sie steht jenseits aller traditionellen Ideologien. Indem sie für den Schutz des Lebens und die Freiheit des Menschen kämpft, sind ihre Bemühungen ausschließlich auf das Wohl des sozialen Ganzen gerichtet.

Allesamt sind dies Versuche, die kleinbürgerlich reaktionären 3. Weg-Ideologien, die in den Gründerorganisationen der Grünen weit verbreitet sind, als verbindliche Grundlage der grünen Partei festzuschreiben, um damit antikapitalistische Positionen auszugrenzen.

Anzeige GLH-Broschüre

RADIKALDEMOKRATISCHE UND RADIKAL-ÖKOLOGISCHE BEWEGUNG IN DER BRD

BERATUNGSKONGRESS für ALTERNATIVE, BUNTE, GRÜNE, BI's, LINKE

14. - 16. 12. 79 FRANKFURT, UNI, GRAFSTR.

zu bestellen über:

GRÜNE LISTE HESSEN
Stadtgruppe Frankfurt
c/o E. Groepler
Eckenheimer Landstr. 67
6000 Frankfurt

ERGEBNISSE

Stellungnahmen zur Wahl

1. Stellungnahme der BBA

Spaltung der BI-Bewegung?

Da die in der BBA (Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomenergieanlagen) zusammengeschlossenen anti-AKW-BI's nur in Ausnahmefällen, nie aber insgesamt Stellung bezogen haben zur Herausbildung der Grünen Partei, konnte in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, die Bremer Grüne Liste bzw. die Alternative Liste seien ein Ausdruck der Bremer Basisbewegung. So konnte es passieren, daß Initiativen, die den Grünen immer skeptisch gegenüberstanden, an ihren Straßenständen Glückwünsche zu ihrem Einzug in die Bürgerschaft entgegennehmen konnten. Am 21.12.79 hat nun der Delegiertenrat der BBA folgende Erklärung verabschiedet:

„Die BBA ist ein Zusammenschluß von 20 Stadtteilinitiativen in Bremen und arbeitet seit 1976 gegen den Bau von Atomenergieanlagen. In ihrem politischen und praktischen Widerstand vor Ort hat die BBA die Erfahrung machen können, daß die Stärke der Bürgerinitiativbewegung gerade in ihrer Unabhängigkeit gegenüber den politischen Parteien und dem Staatsapparat besteht. Nur die Vereinigung von Kräften unterschiedlicher Weltanschauung und Vielfalt in den praktischen Formen des Widerstands hat uns zu Erfolgen geführt. Durch die Gründung einer bundesweiten Grünen Partei entsteht die Gefahr der Spaltung der anti-AKW-Bewegung. Mit der Orientierung auf die vom herrschenden Staatsapparat in den einschlägigen Gesetzen vorgeschriebenen Formen des Widerstands, die sich in der vom politischen Gegner und seiner Justiz eingeführten und jetzt von den Grünen übernommenen Formel „gewaltfrei“ ausdrückt, wird eine zentrale Erfahrung des erfolgreichen Kampfes der außerparlamentarischen Bewegung negiert. Diese besteht gerade darin, sich nicht an die Gewaltinterpretation des Polizei- und Staatsapparates zu binden, sondern - in besonderen Fällen - über den immer enger werdenden Legalitätsspielraum hinaus Widerstand zu praktizieren. Brokdorf, Wyl und Gorleben zeigen, wie als Bürgerinitiativen Widerstand zu praktizieren. Brokdorf, Wyl und Gorleben mögen hier als Beispiele stehen. Indem die Grüne Partei die Formel „gewaltfrei“ für sich übernimmt, setzt sie sich der Gefahr aus, auch gegen ihren Willen zur Propaganda gegen außerparlamentarische Initiativen benutzt zu werden. Es besteht die Gefahr, daß die Grünen dem Staat und den bürgerlichen Parteien die Argumente liefern, die anti-AKW-Bewegung in akzeptable und kriminelle Positionen zu spalten. Eine zusätzliche Gefahr liegt darin, daß mit der Gründung einer bundesweiten Partei der Widerstand, dessen Stärke sich außerhalb der Parlamente entwickelt hat, nun mit einer Orientierung auf den Parlamentarismus kanalisiert und dadurch geschwächt wird. Die Grünen sollten alle Formen des

Widerstands als berechtigt anerkennen, um eine Spaltung von der Frage der Widerstandsform zu vermeiden. Erste Anzeichen einer Spaltung werden bereits sichtbar: der Satzungsversuch der Grünen läßt eine Doppelmitgliedschaft in anderen politischen Vereinigungen und den Grünen nicht zu, womit gerade die außerparlamentarisch arbeitenden Gruppen/Parteien getroffen werden. Hier wird die seit Jahren von der bürgerlichen Öffentlichkeit von uns verlangte Distanzierung von linken Gruppen/Parteien vorgenommen und somit ein wesentliches Element der Stärke der anti-AKW-Bewegung, der Vielfalt ihrer politischen Strömungen, negiert. Ein solches Vorgehen fördert die Spaltung der anti-AKW-Bewegung. Die Gründung des Bremer Landesverbandes bestätigt bereits unsere Befürchtungen. Die Gründung geschah hinter verschlossenen Türen, die Doppelmitgliedschaft ist bereits definitiv ausgeschlossen. Praktisch betroffen davon sind die Mitglieder kommunistischer Gruppen. Bisher hat eine punktuelle Zusammenarbeit mit den Grünen stattgefunden. Wir werden auch in Zukunft die Möglichkeiten der Zusammenarbeit erproben. Dazu sind innerhalb der BBA die Meinungen geteilt. Wir wollen nicht als außerparlamentarischer Arm von Parlamentsfraktionen gesehen werden. Die Grünen könnten die Zusammenarbeit ihrerseits befördern, indem sie auf eine Abgrenzungspolitik gegenüber Kommunisten und auf die offensive Festlegung auf „Gewaltfreiheit“ verzichten.

Widerstand zu praktizieren. Brokdorf, Wyl und Gorleben mögen hier als Beispiele stehen. Indem die Grüne Partei die Formel „gewaltfrei“ für sich übernimmt, setzt sie sich der Gefahr aus, auch gegen ihren Willen zur Propaganda gegen außerparlamentarische Initiativen benutzt zu werden. Es besteht die Gefahr, daß die Grünen dem Staat und den bürgerlichen Parteien die Argumente liefern, die anti-AKW-Bewegung in akzeptable und kriminelle Positionen zu spalten. Eine zusätzliche Gefahr liegt darin, daß mit der Gründung einer bundesweiten Partei der Widerstand, dessen Stärke sich außerhalb der Parlamente entwickelt hat, nun mit einer Orientierung auf den Parlamentarismus kanalisiert und dadurch geschwächt wird. Die Grünen sollten alle Formen des

aus „taz“ vom 10.1.80

2. Atomexpress Göttingen

In der letzten Nummer des Atomexpress aus Göttingen sind „die Grünen“ ein Hauptthema. Selbstkritisch wird eingeräumt, daß man sich viel zu spät um das Thema Wahlen gekümmert habe. Der Arbeitskreis schlägt für das Frühjahr ein Treffen von BIs zum Thema Wahlen vor. Die Mehrheit des Arbeitskreises hält generell eine Wahlbeteiligung auf Bundesebene für falsch, ja schädlich. Ohne im Bundestag etwas durchsetzen zu können, würden die Grünen „als demokratisches Deckmännchen erhalten müssen, sozusagen als Vertreter jener unbeherrschbaren Bevölkerungsgruppe“ gegen AKWs. Durch eine Wahlbeteiligung würde dem Parlamentarismus „Vorschub geleistet“. Schon von daher sind für den Atomexpress die Grünen „(mindestens) ein Schritt zurück“. Zum anderen befürchten sie zu

Recht, daß Gruhl und Co. in die Rolle des damaligen BBU-Chefs Wüstenhagen wachsen könnten. So wird (u.a.) Georg Otto zitiert, der erklärt, wer wolle, daß die Form von Widerstandsaktionen von den Betroffenen selbst gewählt werden müsse, „sich und seine Gruppe von selbst ausschließt“.

An dem Gründungsfieber der Grünen, ihrer Abgrenzungspolitik gegen Kommunisten und den Bunten/Alternativen Listen, an der Vorstandspolitik, die mißliebige Beschlüsse nicht anerkennt und den politischen Festhalten vorschreiben will, wird festgemacht, daß die Grüne Partei „ihren Anspruch der Basisdemokratie ... schon verloren hat“. Der Artikel endet mit der Warnung des aus dem GLU/NRW-Vorstand zurückgetretenen Reinhold Engelhardt: „Die Gefahr entsteht, daß sich eine Apparatepartei herausbildet. Dagegen müssen wir wachsam sein“.

„Nationalrevolutionäres“ Tarn - Blatt in Rheinland - Pfalz

Wie aus internen Papieren hervorgeht, wittern „Solidaristen“ und „Nationalrevolutionäre“ derzeit vermehrte Chancen, in der grünen Bewegung zu landen.

Ein neues, ganz auf „grün“ gemachtes Blättchen illustriert die Anstrengungen dieser Leute: Von einem Siegfried Bublies wird in Koblenz (andere Adresse: Ludwigshafen) eine Zeitschrift „wir selbst“ herausgegeben. Untertitel: „Zeitschrift für Nationale Identität“.

Garniert von den üblichen Themen wie „nationaler Befreiungskampf“ und „Sozialismus und Nationalismus“, die zum ideologischen Grundstock dieser Ecke gehören, findet sich ein Artikel: „Nationale Frage - kein Tabu mehr?“, wo hoffnungsvoll über das neu erwachte „nationale Interesse“ in Teilen der Alternativ-Bewegung, bei der „KPD“ und bei dem „ehemaligen Studentenführer Rudi Dutschke“ (dessen Photo das Titelbild der Nummer vom Dezember 79 ist) berichtet wird. Außerdem hat das Nazi-Blättchen Olaf Dinne von der Bremer Grünen Liste interviewt - der allerdings vorsichtig genug war, sich keine Statements zur „Nationalen Frage“ entlocken zu lassen.

Anscheinend mischt der „wir selbst“-Kreis bei den Grünen in Rheinland-Pfalz mit. Daß in der rheinland-pfälzischen grünen Szene braune Aktivisten herumwirbeln, ist seit geraumer Zeit bekannt. „wir selbst“ bringt einen Bericht von der „Gründungsversammlung der GRÜNEN in Rheinland-Pfalz“ und fügt einen eigenen Kommentar hinzu, in dem dringend geraten wird, „die Frage nach nationaler und sozialer Befreiung“ zur Sache der neuen Partei zu machen.

Interessant ist, daß die beiden Vorstandsmitglieder der Grünen in Rheinland-Pfalz, von deren Wahl „wir selbst“ berichtet, Gert Dittmann (AUD-Landesvorsitzender) und Winfried Tschapke („Volksbewegung der Vernunft und Verantwortung“), nicht gerade Neulinge im Kontaktfeld von Grün bis Braun sind: So gehören sie einem am 15.10.78 in Lahnstein gebildeten „Landeskoordinationsausschuß Rheinland-Pfalz“ an, der auf grün-braune Sammlungsbestrebungen des Kreises um Dr. Bruker zurückging. Bruker (zur Erinnerung: langjährig WSL-Aktivist, im Vorstand der rechtsradikalen „Bruderschaft Salem“, seit Jahren

im „Wissenschaftlichen Beirat“ der rassistischen „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ des Neonazis Jürgen Rieger, usw.) hat in letzter Zeit insbesondere versucht, zusammen mit dem Mediziner Hans Kaegelmann, der als Kontaktstelle zu dem Nazi-Aktivist Schönborn bekannt ist, eine „Volksbewegung der Vernunft und Verantwortung“ aufzufuzieren. Davon ausgehend hat er zu Walter Thal („Deutsche Bewegung für Demokratie“) und seiner braunen Zeitschrift „Volk und Umwelt“ gute Beziehungen aufgebaut. Thals Blatt (Nr. 1+2/79) berichtet über das Meeting in Lahnstein, wo Bruker, Thal, Kaegelmann und verschiedene Vertreter bzw. Mitglieder von AUD, FSU, 5%-Block u.a. anwesend waren. Vertreten waren laut Thals „Volk und Umwelt“ auch die GLU (Vorsitzende verschiedener Landesverbände), die GAZ (Mitglieder aus Rheinland-Pfalz), die Rheinland-Pfälzischen „Jungen Nationaldemokraten“ und die von Schönborn geleitete „Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte“.

Antifa-Kommission
KB Hamburg

Anmerkung zur „Erklärung“ W. Heidts

Wlfried Heidt hat den AK aufgefordert, die „Schweineerei“ des Artikels aus AK 167 wenigstens durch Abdruck seiner „Erklärung“ geradezurücken. So weit, so gut. Was die Sache angeht, bestreitet Heidt jedoch im Wesentlichen nicht, was im AK stand. Nun will er zwar den Kaegelmann kennen, dessen „Denken und Wollen“ ihm offenbar noch immer genauso wenig anstößig vorkommt wie das Walter Thals, den er ja nun auch kennengelernt hat. Keineswegs aber will er als Vertreter des „Achberger Kreises“ in Koblenz gewesen sein. „Volk und Umwelt“ schreibt: „Es wurde beschlossen, daß zur Fortführung des Gesprächs in Gortow die Herren Gerhard Müller, Wilfried Wiechert, Walter Thal, Hans Kaegelmann und Wlfried Heidt für

den jeweiligen Bereich und Umkreis ihrer Organisationen einladen“. Beschlossen wurde nämlich, das Treffen in Koblenz am 26.27.11.79 in Gortow fortzusetzen. Und dort, heißt es in „VuU“ weiter, sollten „Teilnehmer, die vor Eintreffen des Reisebusses im Haus des Gastes in Gortow sind, (...) sich bitte bei Herrn Wlfried Heidt“ melden. Hat sich das „Volk und Umwelt“ alles aus den Fingern gesogen - oder war das Interesse Heidts an dem Kaegelmann/Thal-Kreis doch nicht ganz so flüchtig? Tatsache ist, daß ein Mann wie Thal (oder wie Kaegelmann) schließlich nicht irgendwen zu einem Treffen einlädt, sondern gezielt an die Grüne Bewegung Anschluß sucht. Und Tatsache ist auch, daß es schon „Berührungspunkte ge-

geben hat. Zu erinnern ist an die Verhandlungen, die 1978 um eine Wahlgemeinschaft „Europa 2.000 - Liga für freie Völker“ liefen, wo neben Schönborn, der AKON u.a. auch Thals DBD beteiligt war - und der Landesvorsitzende der GLU-Hessen. Zu jüngsten Kontakten dieser Art siehe diesen AK („Nationalrevolutionäres“ Tarn-Blatt in Rheinland-Pfalz), wo die Namen Thal und Kaegelmann wieder mal auftauchen. Der „Achberger Kreis“ und sein Vertreter Heidt täten gut daran, einmal klipp und klar zu sagen, was sie von derlei Aktivitäten halten.

Antifa-Kommission
KB-Hamburg

ERKLÄRUNG

In veröffentlichten und nicht veröffentlichten Äußerungen von Leuten, die bei den GRÜNEN, BUNTEN oder ALTERNATIVEN eine Rolle spielen, kommt insbesondere dann, wenn sie übereinander sprechen, immer wieder eine Haltung zum Ausdruck, die sich in nichts unterscheidet von der üblichen Machte, die typisch ist für die heutige Politik- und Medienzene.

Egal ob „Arbeiterkampf“, „Tageszeitung“, irgendwelche Verbandskorrespondenzen oder -rundbriefe: Was da oft steht bezeugt das pure Gegenteil von Wahrheitsliebe, Korrektheit und Ausgeglichenheit der Information, das Gegenteil von Interesse an partnerschaftlichem Dialog. Da scheinen oft Leute am Werk, die ganz genau wissen, daß die Leser noch immer leichtgläubig sind und sich meist absolut nicht vorstellen können, daß dasjenige, was da schwarz auf weiß gedruckt steht, nichts anderes als Erfindungen, Verdrehungen, Halbwahrheiten, glatte Lügen sind - schlicht und einfach geistige Umweltvergiftung übelster Sorte.

Da wird nun drauflosphantasiert, diffamiert, denunziert, manipuliert, intrigiert, da wird - genau wie bei Springer - alles schlicht unterdrückt, was den Leuten, die die Macht über die Informationsinstrumente haben, nicht in den Kram paßt. Ausdrücken was der Vorratsschrank, die man antreibt, in Wege steht, scheint die Parole zu heißen. Man baut auf die leider richtige Vermutung, daß immer etwas hinter den Kulissen bleibt, das man anschwärzt. Diese Leute wissen auch ganz genau, daß man sich als von solcher Brunnenvergiftung Betroffener wirkungsvoll nicht zur Wehr setzen kann; denn wenn man denunziert, dann entscheiden schließlich sie, was Eingang findet in die Spalten ihrer Gazetten.

Bevor ich an zwei Beispielen demonstrieren möchte, wie das gemacht wird, will ich alle Freunde und Mitarbeiter der GRÜNEN, die die Hoffnung noch nicht aufgegeben haben, daß aus dieser politischen Initiative doch noch die Alternative werden könnte, die auch einen neuen Stil des Umganges miteinander entwickelt, sehr herzlich bitten, sich so schnell wie möglich von allem Kräftchen zu trennen, die schon mächtig am Werk sind, den „alten Sumpf“ hinter einem grünen Deckmantel zu produzieren. Noch ist es Zeit dazu. Am 31. Januar ist es zu spät.

1. Beispiel: Die taz behauptet am 28.11.79 in ihrem Bericht (K.u.) über die Landesversammlung der Grünen/Baden-Württemberg - es ging dabei u.a. auch um eine Erörterung der Präambelfrage - die Versammlung habe sich „die Achberger Präambel mit großer Mehrheit von Hals“ geschafft. - Was ist die Wahrheit?

a) Eine Achberger Präambel hat überhaupt nicht zur Abstimmung gestanden. b) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. c) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. d) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. e) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. f) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. g) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. h) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. i) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. j) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. k) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. l) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. m) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. n) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. o) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. p) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. q) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. r) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. s) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. t) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. u) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. v) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. w) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. x) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. y) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt. z) Der von der Mehrheit gedruckte Präambeltext entspricht zu 90% seinem Inhalt.

2. Beispiel: Der „Arbeiterkampf“ berichtet in seiner Nr. 167 (26.11.79) auf Seite 2 von einer „Neuen Sammlung“ von Grünen - Braunen. Er übernimmt dabei ungeprüfte Behauptungen eines von Walter Thal herausgegebenen „allbraunen Blattes“ („Volk und Umwelt“). Dieses Blatt behauptet, daß an einem Treffen in Koblenz am 16.12.79, - um „Strategisches und Taktisches für die Bundestagswahl 1980 zu verhandeln“ - neben älteren Organisationen, die für den AK sandt und sonders „braun“ sind, auch der „Achberger Kreis“, die Aktion Dritter Weg und Die Grünen Baden-Württemberg beteiligt gewesen seien und schließlich wird u.a. auch mein Name genannt - „Wlfried Heidt, der wir sich merken sollte“. - Was ist die Wahrheit?

a) Ein Treffen in Koblenz hat stattgefunden. b) Ich habe - auf Einladung von Herrn Kaegelmann - als Person, weder als „Vertreter“ dieser noch als Vertreter jener Organisation - an dem Treffen teilgenommen. Ich habe teilgenommen, weil ich vermutet habe, daß da Menschen zusammenkommen würden, die aus Enttäuschung über die Entwicklungen bei den GRÜNEN Pläne für eine rivalisierende Wahlinitiative schmiedeten. Mich interessierte, was das für Leute sind. Mein Anliegen war, ihnen klar zu machen, daß sie auf die Entwicklungen bei den GRÜNEN nur Einfluß nehmen können, wenn sie Mitglieder werden und sich aktiv in die Arbeit einschalten. In diesem Sinne habe ich in der kurzen Zeit meiner Teilnahme an dem Treffen gesprochen. Soweit ich verstanden habe, was die anderen Anwesenden politisch denken und wollen, lag alles innerhalb des Selbstverständnisses der GRÜNEN (ökologisch, basisdemokratisch, sozial, gewaltfrei). Einige waren der Ansicht, daß sich die GRÜNEN von allen kommunistischen und sozialistischen Richtungen distanzieren sollten (dieser Ansicht sind ja auch viele Mitglieder der GRÜNEN). Ich habe dagegengestellt die Idee von der EINHEIT IN DER VIelfalt auf der Basis jenes Grundkonsens, der ja von den GRÜNEN bereits für die Europa-Wahl erarbeitet wurde. Ich habe außerdem dargestellt, daß meine Kritik an der augenblicklichen Entwicklung der GRÜNEN nicht konsequent verfolgen, wodurch die große Chance, wegzukommen von den unseligen Schematismen, die politische Welt noch immer nach den Ideologien des 19. Jahrhunderts einzuteilen, historisch verspielt werden könnte. Wer für die Politik des Lebens eintritt, muß 1980 jede rivalisierende Wahlbeteiligung ablehnen. Sachliche Kritik an der Entwicklung der GRÜNEN muß durch entsprechende Mitarbeit im konstruktiven „werden“ werden. Das war meine Position in Koblenz. c) Mein Rat wird wahrscheinlich nicht hindern, daß es zu rivalisierenden Wahlbeteiligungen kommen wird. Am 29. Januar wird auf einem „Bürgerkongress“ in Kassel die Wahlinitiative ADB - Alternative Demokratische Bürgerbewegung, ein Bündnis von ca. zwei Dutzend z.T. mitgliederstarken Organisationen vorgestellt. Die ADB wird sich als „grün“ ohne „rot“ zu profilieren versuchen. Jeder kann sich ausmalen, was das im Lager der GRÜNEN bewirken wird. Die organisatorische Konzeption der ADB entspricht übrigens - soweit ich die Sache verstanden habe - sehr viel mehr der Idee einer „Partei neuen Typs“ (dezentralistisch, föderalistisch, partnerschaftlich, ohne Führungsspitze usw.) als alles, was wir inzwischen bei den GRÜNEN produziert haben. Die ADB wird, wie ich vermute, in der Tat „Einheit in der Vielfalt“ praktizieren - mit einer entscheidenden Einschränkung, wodurch sie die Sache insgesamt selbst wieder aufhebt: Zuerst gegen alle etablierten Richtungen, aber eben „Vielfalt ohne rot“.

Und nun meine Frage an die Genossen von „Arbeiterkampf“: Wie auch an Jan Kuhnert von der GLU/Hessen, der in einem Brief an den Bundesvorstand der GRÜNEN die gleichen schwachsinnigen Behauptungen kolportiert hat - als seien ADB, Achberger Kreis, Die Grünen BW usw. und ich persönlich inzwischen bei „braunen Grünen“ gelandet - warum sie einfach ungeprüft weiterverbreiten, was da von irgendeiner Seite an Dummheiten in die Welt gesetzt wird? Seid ihr, Freunde, auch an Verwirrung interessiert? Seht doch mal offen und ehrlich, was euch nicht paßt und laßt die Finger weg von Intrigieren! Und: Gebt wirklich gleichberechtigte Meinungs- und Informationsfreiheit in euren Blättern, damit die Leser sich ein eigenes Urteil bilden können, wenn es unterschiedliche Standpunkte gibt.

So wie alle Dinge bisher gelaufen sind, ist nicht damit zu rechnen, daß die Ange-sprochenen diese Erklärung in ihren Blättern abdrucken werden. Ich bitte darum alle, die dieses Blatt in die Hand bekommen und die unter „Alternativ“ eben auch Wahrheitsliebe, Freiheit und Interesse für Anderende (aktive Toleranz) und solidarischen Umgang unter Partnern verstehen, dafür zu sorgen, daß es unter den GRÜNEN verbreitet wird. Es gibt für mich keine andere Möglichkeit, die vermeintlichen Unbeherrschten zurückzuweisen.

Auf Dauer werden für mich die GRÜNEN nur dann die Alternative sein, wenn sie die politische Organisation jener sind, die Ernst machen damit, kein „falsch Zeugnis“ zu reden wider ihren Nächsten und bei dem nicht mehr aus Mitleid, Rivalität, Eitelkeit und Ehrgeiz manipuliert, intrigiert, polemisiert, diffamiert und diskreditiert wird, wenn wir das nicht schaffen, ist alles für die Katastrophe vorbestimmt. Wlfried Heidt

Achberg, den 3. Dezember 1979



Dem Landesvater -
sein treues Volk?

Prozeßtermine:

Am 17.1. findet um 9.00 Uhr beim OLG Lüneburg die erste Berufungsverhandlung des Blockadeprozesses gegen das Ehepaar von Blottnitz statt.

Am 31.1. findet in Hannover ein Prozeßtermin gegen Wolfgang Gießler statt!

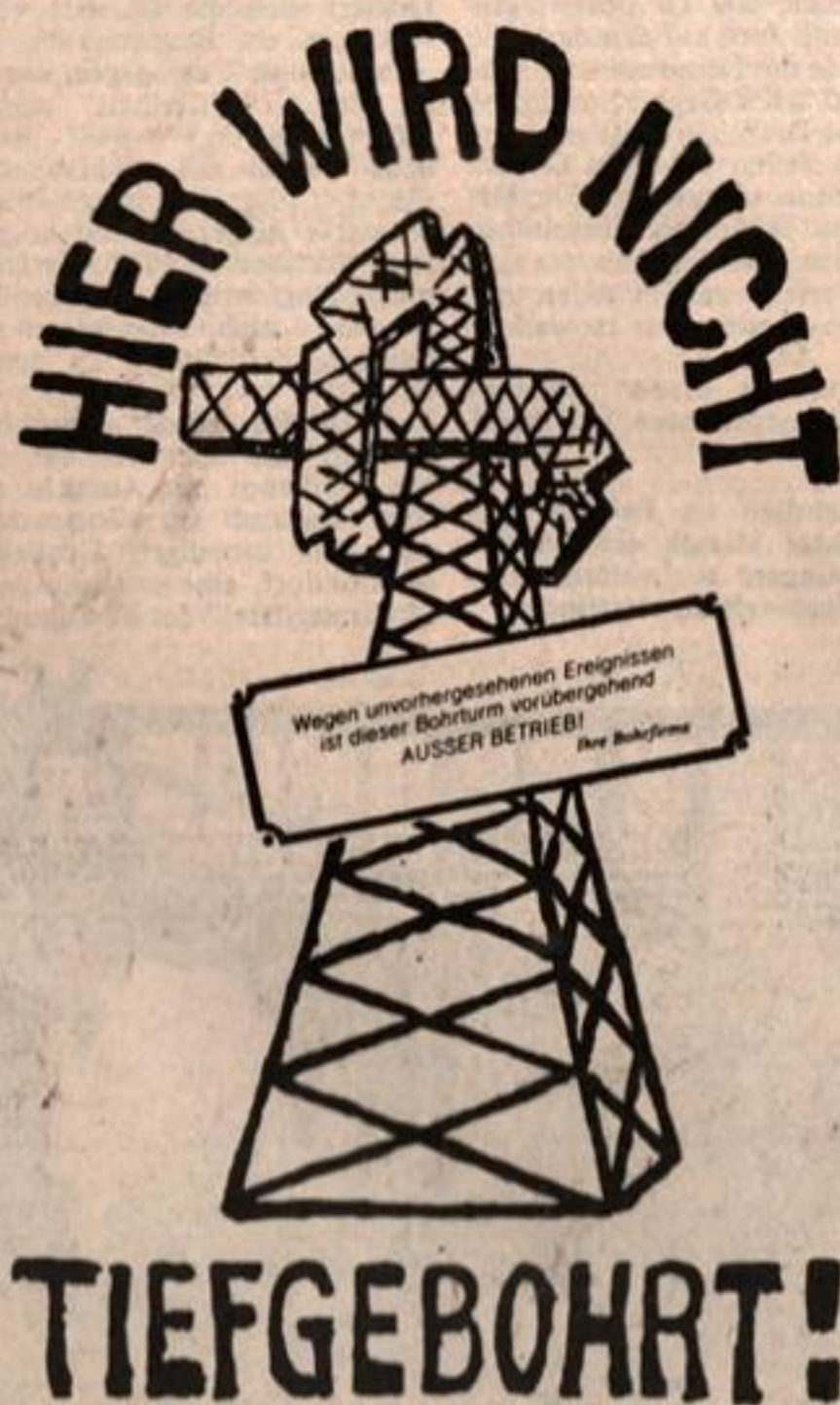
Ebenfalls am 31.1. um 8.00 Uhr im Amtsgericht Hannover, Volgersweg 1, Raum 364, findet der Prozeß gegen Axel Gaiette wegen seiner Äußerungen im Grohnde-Prozeß als Verteidiger von Wolfgang Gießler statt.

Um rege, engagierte Teilnahme wird gebeten!

Um rege, engagierte Teilnahme wird gebeten!



Der PTB-Chef startet die Tiefbohrungen



TIEFBOHRBEGINN!

Die mutwillige Zerstörung des Gorleben-Salzstocks begann am 4. Januar 1980 um 16 Uhr. Per Bombendrohung konnte zuvor eine 3-stündige Verzögerung erzielt werden und spontan versammelten sich immerhin 200 Demonstranten, darunter mehrere Landwirte mit „geschmückten“ Treckern, zu einer Protestkundgebung.

Damit es bei dieser Protestform bleibt, wurden über Jahre hinweg Polizeistrategien und -aufmarschpläne erörtert, wurde das Wendland von BGS und Bullenhundschaften besetzt und wurde schließlich für (nach offiziellen Angaben) 1 Mio. Mark etwa 40.000 qm Wald abgeholzt, und inmitten der Freifläche eine Betonburg, mit Burggraben, Schießscharten und Beleuchtungsmasten errichtet. SPD und FDP haben sich somit ein Denkmal für die 80er Jahre errichtet – die für die Sicherung verantwortliche Betreibergesellschaft, die Technische Physikalische Bundesanstalt (PTB) ist eine Bundesbehörde.

Eine Tiefbohrung kostet insgesamt 5 Mio. Mark und dauert 3 Monate. Nach heutigen PTB-Schätzungen werden mindestens 5 Bohrungen in über 2000 m Tiefe erforderlich sein. Diesem Aufwand steht die wissenschaftlich mehrfach erhärtete Tatsache gegenüber, daß dieser Salzstock für eine sichere Atommüllendlagerung völlig ungeeignet ist:

– ein Gutachten der Technischen Universität Braunschweig besagt,

– ein Gutachten der Technischen Universität Braunschweig besagt,

daß dieser Salzstock zu 20% aus Carnellit (einem besonderen Steinsalz) besteht, welches sich ab 110 Grad Wärme auflösen beginnt – hochaktiver Atom Müll entwickelt jedoch eine Wärme von mindestens 400 Grad;

– die von Prof. Grimmel vorgelegte Studie über den Gorleben-Salzstock ist nach wie vor unwiderlegt. Demnach ist das Gebiet um Gorleben „tektonisch instabil“, d.h. erdbebengefährdet. Noch heute sind über dem Salzstock Erdkrustenbewegungen in Form von Hebungen und Senkungen nachzuweisen, die einen plötzlichen Grundwassereinbruch in Salzkavernen zu Folge haben können. Die letzten größeren Erdbeben fanden erst vor 570 Jahren statt (zum Vergleich: nach 24 000 Jahren wird Plutonium immer noch zu 50% strahlen).

Vom Öko-Institut Hannover wurden im letzten Jahr umfangreiche tektonische Messungen durchgeführt, die die Grimmel-Studie untermauern. In diesem Zusammenhang erklärte der Wissenschaftler:

„In den USA existieren für die Benennung eines Standortes für Atommüll drei Prüfungsstufen. Anhand dieser Prüfungsstufen hätte der gesamte norddeutsche Raum nicht einmal die erste Stufe überspringen können. Hier ist man am Ende der dritten Stufe angekommen, und das ist nicht akzeptabel“ (EJZ, vom 10.1.79).

Grundwasserrinnen am Salzstock

Grundwasserrinnen am Salzstock

Bereits die ersten 7 hydrogeologischen Bohrungen (ca. 200 m tief) haben zu katastrophalen Ergebnissen geführt.

Die Wissenschaftler der Atomlobby stellten noch auf dem Gorleben-Hearing an einen „sicheren“ Salzstock folgende Anforderungen: „Da Grundwasser das einzige Transportmedium in einem geologischen System ist, welches Radionuklide in die Biosphäre zurücktransportieren könnte, muß die geologische Formation, welche das Endlager enthält, dieses sicher vom zirkulierenden Grundwasser abschließen. Salzformationen erfüllen diese Anforderung. Das Innere von Salzformationen hat keine Verbindung zum Grundwasser außerhalb des Salzstockes“ („Rede-Gegenrede-Stellungnahmen der DWK zu Thesen der Kritiker“, S. 94).

Unter der Überschrift „Grundwasserrinnen am Salzstock“ berichtete die Hannoversche Allgemeine am 11.12.79 über die PTB-Erkenntnisse nach den ersten 7 Bohrungen.



Demnach besitzt zwar der Salzstock einen existenziellen Entscheidungscharakter.

Demnach besitzt zwar der Salzstock wie erwartet eine „schützende Tonschicht“. Leider hat jedoch die letzte Eiszeit in dieser Tonschicht „Rinnen“ und „Löcher“ hinterlassen. Diese könnten, so PTB-Sprecher Dr. Viehl „im ungünstigsten Fall ... dazu führen, daß Grundwasserströme das Salz ablaugen. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß die Rinnen den Gipskern, der den Salzstock abdichtet, nicht erreichen“ (HAZ, vom 11.12.79).

Sehr wissenschaftlich! Während sogar nach Ansicht der CDU-orientierten Pressekorrespondenz „Rundblick“ die ersten Bohrergebnisse „zur Skepsis zwingen“, erklärt der PTB-Sprecher den „ungünstigsten Fall“ für nicht so wahrscheinlich, wie den günstigsten, und gelangt so zu der Schlussfolgerung, daß es „keine eindeutigen Hinweise darauf gibt, daß der Salzstock (...) ungeeignet ist“ (HAZ, 11.12.79). Diese Äußerungen belegen den kaum zu überbietenden Zynismus einer Bundesbehörde, die sich bei einer für kommende und jetzige Generationen

existenziellen Entscheidung nicht durch potentielle Risiken beeindrucken läßt, sondern solange ihren Zweckoptimismus aufrechterhält, bis „eindeutige“ Hinweise auf Nichteignung eines Salzstockes vorliegen.

Die „Festung“ reicht!

Die Widerstandsdiskussion innerhalb der BI-Lüchow-Dannenberg und der bäuerlichen „Notgemeinschaft“ konzentriert sich derzeit auf die Frage, mit welchen Mitteln die Einrichtung der 2. Tiefbohrstelle verhindert werden kann. Zur Einrichtung der Bohrstelle 1002 werden erneut 40.000 qm Wald gerodet werden. Hinzu kommt, daß der Weg zur Bohrstelle asphaltiert werden muß und die Entscheidung hierüber seitens der Realgemeinde Gorleben noch nicht gefällt wurde. Es wird seitens der BI jedoch nicht ausgeschlossen, daß noch im Januar mit dem Fällen des Waldbestandes begonnen wird.

Ein Genosse aus Lüneburg

Gorleben-Widerstandsdiskussion:

Spaltung an der „Gewaltfrage“?

Böse Überraschungen erlebten die auswärtigen AKW-Gegner auf dem letzten Trebeler Treffen am 3./4. II. (dies ist ein seit dem Hannover-Treffen unregelmäßig tagender Koordinationskreis ansässiger und auswärtiger Gorleben-Gegner). Die Gutsbesitzerin U.v. Blottnitz – nach eigenen Angaben Sprachrohr aller Gorleben-Landwirte – lehnte vorläufig eine weitere Zusammenarbeit mit auswärtigen Gruppen ab. Der Grund: diese würden Bauplatzbesetzungen und Sprengstoffanschläge planen, durch Diffamierung von Vorstandsmitgliedern der BI Lüchow-Dannenberg bewußt die Spaltung der AKW-Gegner betreiben, sowie für das während der Bonner Großdemonstration gegenüber der BI-Vorsitzenden M. Fritzen ausgesprochene „Redeverbot“ verantwortlich sein. Letzteren Vorfall nahm ebenfalls Herr Fritzen zum Anlaß, um einen – an zahlreiche Zeitungen verschickten Artikel – mit der Überschrift: „Keine Zusammenarbeit mit Kommunisten“ zu versehen. Dieser gipfelt in der Forderung: „Die gewaltlosen Atomgegner müssen sich daher von den gewaltbefahenden Atomgegnern trennen und den kommunistischen Vorwurf, ‚Spalter‘ zu sein (...) gelassen auf sich nehmen.“ Als Dritter wandte sich O. Klauke als Vertreter der „Grünen“ und Landwirt gegen „Sabotageaktionen“, da diese die Möglichkeit gefährden, daß die „Grünen bei den nächsten Kommunalwahlen (1981)

90% der Bevölkerung hinter sich bringen. O. Klauke: „Wenn weiterhin Bohrlöcher verstopft, Reifen zerschnitten würden etc., dann seien die ‚Auswärtigen‘ für ihn nichts anderes als bezahlte Polizeiganten und verkappte Atomförworter“ (Nach: Atomexpress Nr. 17).

Wesentlicher Hintergrund für diese Angriffe ist die von den bürgerlichen Parteien, der Pro-BI und aufgeheizten „Bürgergruppen“ inszenierte Programmschere gegen „auswärtige“, „ungewaschene“ und „gewalttätige“ Atomgegner, die unmittelbar nach Beginn der Tiefbohrarbeiten einsetzte. Diese Kampagne – die übrigens mit dem Ruf nach noch härterer Gangart durch die Polizei verknüpft war – konnte sich stützen auf das traditionell konservative Bewußtsein bei der ländlichen Bevölkerung sowie auf die seit Jahren frei erfundene Propaganda der Landesregierung bezüglich „auswärtiger Chaoten“ und „Gewalttäter“, vor denen die friedliche Bevölkerung zu schützen sei. Gleichzeitig appellierten, insbesondere die bürgerlichen Parteien, an das seriöse und gewaltfreie Selbstverständnis der BI Lüchow-Dannenberg – aus allen Röhren wurde eine deutliche Distanzierung von „Gewaltakten“ gefordert (s. AK 163).

Die Aktivisten innerhalb der BI-Lüchow-Dannenberg, die in hervorragender Zusammenarbeit mit auswärtigen Gruppen die Widerstandskämpfe nach Tiefbohrbeginn gestützt und vielfach auch organisiert

hatten, konnten in dieser schwierigen Zeit (entgegen der Stimmung der „schweigenden Mehrheit“ der BI) einen Distanzierungsbeschluss verhindern. Um so berechtigter war die Empörung dieser BI-Basis sowie der auswärtigen Gruppen über das eigenmächtige Vorgehen einzelner BI-Vorstandsmitglieder, die eine demokratisch verabschiedete BI-Erklärung im Sinne einer Distanzierung ummodellten bzw. anlässlich eines Seminars mit Bullenoffizieren als BI-Vertreter Distanzierungs- und Distanzierungserklärungen an die Öffentlichkeit gaben (s. AK 164). Doch nachdem es mit den gemeinsamen Blockadeaktionen im Landkreis nicht mehr weiterging, sah es anders aus. Die berechnete Kritik auch auswärtiger Gruppen wurde in Trebel als „Spaltung“ und in der Folgezeit seitens des „Göttinger Freundeskreises der BI-Lüchow-Dannenberg“ als eine „Suche nach Sündenböcken“ aufgrund allgemeiner Frustration diffamiert (Erklärung, vom 13.11.79).

„Anti-AKW-Telegramm“ kontra „Atomexpress“

Der Trebeler Schock wurde von den die Trebeler Treffen dominierenden Gruppen (Hamburger Autonomie und Göttinger AK gegen Atomenergie) unterschiedlich verdaut. I. d. „Anti-AKW-Telegramm“ Nr. 20 gab es in Trebel selbst 3 Schlussfolgerungen:

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

- 1) Gorleben fallenzulassen und in Brokdorf oder Ahaus „einen eigenen Widerstand aufzubauen“.
 - 2) In Gorleben bleiben, aber „nicht um die BI kümmern“, stattdessen eigene Widerstandsaktionen planen.
 - 3) Jede Möglichkeit ausnutzen, um im Landkreis (auch im Rahmen von BI-Sitzungen etc.) die Auseinandersetzung weiterzuführen.
- Im „Anti-AKW-Telegramm“ selbst wird auf die „Lösung“ Nr. 2 orientiert, also auf die Notwendigkeit, im Landkreis „eigene Aktions- und Informationsstrukturen aufzubauen“. Der BI wird pauschal eine Stellvertreterpolitik sowie „Alleinvertretungsanspruch des Widerstands“ vorgeworfen. Die mangelnde Mobilisierungsfähigkeit der BI nach Tiefbohrbeginn wird auf das „Führungsprinzip“ der BI, bzw. deren „zentralistischen Aufbau“ zurückgeführt, der eine Aktivierung der BI-Mitglieder verhindere.

Diese Position wird ebenfalls von einer starken Minderheit im Göttinger AK gegen Atomenergie, sowie von der BI Umweltschutz Düsseldorf unterstützt. Letztere fordert die Gründung von „Gorleben Aktions-

gruppen“, deren wesentliche Aufgabe die Planung und Durchführung von Aktionen im Landkreis und durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit „Zurückdrängung des dominierenden BI-Einflusses“ sein soll. Sie hofft, daß sich der Einfluß der „Aktionsgruppen“ „sehr schnell vergrößern wird“ (Gorleben-Papier, Seite 14).

Im Unterschied hierzu kritisiert der Göttinger AK im „Atomexpress Nr. 17“ die Haltung, „die schwierige Situation gegen die Tiefbohrungen sei vor allem auf das Fehlverhalten einiger BI-Vorstandsmitglieder zurückzuführen“. Stattdessen wird hier vollkommen richtig von den objektiven Bedingungen (Druck auf die BI, Kriminalisierungsdruck, Programmhetze etc.) im Landkreis ausgegangen. Der „Atomexpress“ fordert sowohl von Einheimischen wie Auswärtigen mehr Verständnis für die Lage des anderen und konkrete Überlegungen, welche Widerstandsaktionen gemeinsam angegangen werden können.

„Ein völlig gewaltloses Verhalten führt nach Golgatha oder nach Auschwitz“

Mit den Uelzener Gorleben-Prozessen ist erneut deutlich geworden,

daß die Herrschenden die „Gewaltfrage“ immer zu ihren Gunsten auslegen. Dies hat die Diskussion um die „gewaltfreie“ Ideologie offensichtlich positiv beeinflusst. Nach seiner schlimmen Aufforderung zur Spaltung (s. oben) hat Herr Fritzen inzwischen eine 2. Erklärung verschickt. Darin heißt es zum Thema Gewalt: „Letztendlich kann man es schon als Gewalt auslegen, wenn ich einen in Gedanken versunkenen Spaziergänger dadurch erschrecke, daß ich ihn plötzlich nach der Uhrzeit frage. Darauf läuft etwa das Bundesgerichtsurteil hinaus, auf Grund dessen unsere Bauern in Uelzen verurteilt werden. Ein völlig gewaltloses Verhalten führt nach Golgatha oder nach Auschwitz.“ Ebenso bemerkenswert ist eine Erklärung der Emigrantengruppe (dies ist eine der Ortsgruppen der BI Lüchow-Dannenberg, bestehend aus Hamburgern mit Zweitwohnsitz im Landkreis), die ebenfalls die Uelzener Verurteilungen als Beweis für die Gefährlichkeit des „gewaltfrei“-Begriffs anführt, da dies „eine allgemeine Kriminalisierung von Atomgegnern begünstigt“. Weiter heißt es in dem ersten, an die BI-Mitglieder gerichteten Teil dieser Erklärung: „Wir machen die Beurteilung von Aktionen nicht von dem Kriterium 'Gewalt oder nicht' abhängig, sondern davon, ob sie zumindest von einem Teil der örtlichen Bevölkerung verstanden werden können und geeignet sind, den Widerstand insgesamt zu verbreitern.“ (... Wir wollen hier noch einmal aus den oben genannten Gründen und weil ein einheitliches Ver-

ständnis darüber einfach nicht existiert, dafür plädieren, den Begriff überhaupt nicht zu benutzen. Wir lassen uns damit nur immer wieder auf eine Diskussion ein, die uns von Staat, Polizei und Presse allzugen aufgezungen wird. Wir sollten uns unvoreingenommen (soweit wie möglich) mit den Argumenten unserer auswärtigen Freunde auseinandersetzen, auch wenn nicht alle Kritik begründet erscheint. Der Erfolg unseres Widerstandes in Gorleben wird immer auch von der bundesweiten Unterstützung abhängen. Wir werden auch in Zukunft wieder Aktionen planen, bei denen wir darauf angewiesen sein werden, möglichst viele zu sein. Und es wird für uns dann wieder auf die Hilfe von Atomgegnern ankommen, die nicht im Landkreis wohnen“ (aus: „Gorleben aktuell“ Nr. 10, S. 19f.).

Im 2. Teil ihrer Erklärung wendet sich die Emigrantengruppe ausdrücklich „an alle Gorleben-Gegner aus der Bundesrepublik“. Hier wird im wesentlichen versucht, die im Gegensatz zu städtischen BIs andersgeartete Struktur der BI Lüchow-Dannenberg transparent und auf die tatsächlich vorhandenen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der BI aufmerksam zu machen: „Ein großer Teil unserer Mitglieder, die zu bestimmten Fragen deshalb weniger Interesse zeigen, weil sie keine Erfahrungen mit Langhaarigen, Linken, Demonstrationen und der Polizei haben, machen dafür an anderen Stellen ebenso notwendige Arbeit (BI-Büro, Info-Stände, Unterschriftenlisten, Auseinandersetzungen mit Kommunalpolitikern etc.) Wenn sich

in der Vergangenheit Einzelne in unserer BI in wenigen, aber für uns sehr wichtigen Fällen über gemeinsame Beschlüsse hinweggesetzt haben, so waren wir darüber wirklich sauer. Wir wissen jedoch auch, daß hinter unseren scheinbar unberechenbaren öffentlichen Äußerungen echte inhaltliche Differenzen stehen. Es wird auch in Zukunft immer wieder Meinungsverschiedenheiten innerhalb unserer BI geben und öffentlich zum Ausdruck kommen; das sollte jeder akzeptieren können.

Uns scheint es wichtig – und das würde eine neue Qualität unserer Öffentlichkeitsarbeit bedeuten, daß, wo offizielle BI-Standpunkte sehr umstritten sind, die jeweiligen Gruppen oder Einzelmitglieder auch ihre Gegenmeinungen offen darstellen, was wir hiermit bereits begonnen haben. Wir sind uns in der BI inzwischen einig, daß dies möglich sein muß, ohne daß das eine Spaltung bedeutet oder als solche ausgelegt werden kann.“

Und abschließend heißt es in dieser Erklärung: „Ungeachtet aller hier behandelten Schwierigkeiten steht die Einrichtung der nächsten Tiefbohrstelle bevor. Wir müssen dazu kommen, wieder miteinander darüber zu reden, wie der Widerstand weitergehen soll, wenn wir die Seite der Betreiber nicht stärken wollen.“

Dem ist nur hinzuzufügen, daß massenhaftes Erscheinen auf dem nächsten Trebeler Treffen am 26. Januar, Beginn 14 Uhr in den Trebeler Bauernstuben erwünscht ist.

Ein Genosse aus Lüneburg

Ein Bürger hat kein Recht, gehört zu werden

Inzwischen ist die Urteilsbegründung gegen den Bauern Tiedtke bekanntgeworden. Dies ist ein derartiger Skandal, daß wir hier wichtige Grundsatzurteile festhalten wollen. Die einzige Beweisgrundlage für die Verurteilung war die Zeugenaussage einer Kriminalbeamtin, daß Tiedtke in einer Kneipe nach einigen Runden Korn und Bier zugegeben habe, den Trecker seines Vaters bei der Blockade gegen die Ausfahrt der Brunnenbaufirma gefahren zu haben. Tiedtke selbst hatte im Prozeß nur allgemeine Aussagen zu seiner AKW-Gegnerei gemacht. Da die Blockade die Brunnenbaugesellschaft „veranlassen“ sollte, „die Ausfahrt der Bohrgeräte zu unterlassen“, sei dies „Gewalt im Sinne des § 240 StGB“ und außerdem „Nötigung“. Es sei sogar unbedeutend, ob die Traktoren „auf Aufforderung weggefahren worden wären“ (das war nämlich auch nicht gefordert worden). Zu dem erklärten Anliegen der Landwirte, ihrer Meinung zum WAA-Bau damit Gehör zu verschaffen, sagt das Urteil: „Ein allgemeines verfassungsmäßiges Recht des Bürgers von sämtlichen öffentlichen Stellen und Behörden vor jeglicher Maß-

nahme gehört zu werden, ... existiert nicht und kann auch gar nicht wünschenswert sein, weil dadurch die Tätigkeit der Organe ... in ganz unerträglicher Weise erschwert und zum Nachteil des Ganzen behindert würde“.

Weiterhin wird zu Demonstrationen erklärt: „Der von der Verfassung gewährte Spielraum für die Auseinandersetzung mit Worten duldet keine Erweiterung auf tätliches Verhalten“, selbst wenn es nur durch die Gruppe geschieht. Der „unfriedliche“, tätliche Charakter wird dabei allein aus der Tatsache der Behinderung der Ausfahrt für die Bohrfahrzeuge hergeleitet.

Trotz seiner Aussage, daß er sich durch die WAA bedroht fühle, könne der Angeklagte keinen „Verbotsirrtum“ ableiten, er sei „bei gehöriger Gewissensanstrengung durchaus in der Lage gewesen ..., durch vernünftige und sachgemäße Überlegung zu dem Ergebnis zu kommen, daß sein Verhalten rechtswidrig war“. Daß die Blockade friedlich geplant war – könne zwar als strafmildernd gelten, aber nicht mehr.

AKW-Nein-Kommission

Brokdorf: „Wir kommen wieder!“



Nachdem es nunmehr (nach dem Gerichtsurteil zum AKW Brokdorf) nur noch eine Frage des genauen Termins ist, wann in Brokdorf weitergebaut werden soll, demonstrierten am 23.12.79 mit 25 Traktoren vorneweg gut 3.000 AKW-Gegner am AKW-Gelände in Brokdorf – für die kurze Mobilisierung und den ungünstigen Termin ein erstaunlicher Auftakt.

Bürgermeister Sachse erklärte stellvertretend für die abgewiesenen Kläger: „Der Weg von der Straße in den Gerichtssaal, auf dem ich um der Rechtsstaatlichkeit willen mit meiner Gemeinde vorangehen bin, ist uns nun im Bereich der Bundesrepublik wohl für alle Zeiten verwehrt. Damit ist der juristische Kordon der Gerichte um das Kernenergieprogramm der Industrie und der Regierung geschlossen und wird da-

mit die mißtrauischste Gruppe unserer Bevölkerung vollauf bestätigt, die da sagt: Ihr könnt hundertmal im Recht sein, die da oben legen Euch am Ende doch auf den Bauch!“

Am Rande der Demonstration versuchten 200 AKW-Gegner, nachdem sie den Nato-Draht zur Seite geräumt hatten, mit Seilen (- wie in Grohnde -) den Zaun einzureißen. Die Polizei griff mit Tränengas, Chemischer Keule die Demonstranten an, die sich mit dem Werfen von Grassoden und was sonst vorhanden war, zu wehren suchten.

„Wir kommen wieder“ versprochen die Demonstranten bei ihrem Abzug.

Voraussichtlich im Februar soll in der Wilster Marsch ein Treffen aller AKW-Gegner zur weiteren Planung und Vorbereitung stattfinden.

PEINLICH:

In ihrer Pressemitteilung „Grüne Liste betont Gewaltfreiheit“ distanziert sich die GL-SH von den Aktionen am Bauzaun; die Aktion „Auswärtiger“ sei gegen das „Prinzip der Gewaltfreiheit“ und „einfach unrealistisch“, weil „die staatliche Gewalt mit zehnfacher Übermacht die Industrie-Interessen schützt“; hingegen würden „gewaltfreie Aktionen und Widerstandsformen... langfristig... erfolgreich“ sein können – nicht zu vergessen die Beteiligung der Grünen an den Wahlen.

Nach der gerade gemachten Erfahrung, daß auch vor den Gerichten überhaupt nur Aussicht auf Erfolg bestand im Zusammenhang mit den damaligen Großaktionen in Brokdorf, eine geradezu peinliche „Lehrmeisteri“ der Bewegung.



Anzeige

Anzeige



NEU! GORLEBEN AKTUELL Nr. 10

aus dem Inhalt:

- Die Betroffenen berichten:
- Polizeigewalt gegen bäuerlichen Widerstand
 - Interview mit Horst Wiese
 - Bauernklärung zum Gorleben-Prozeß
 - Urteilsbegründung (Gorleben-Prozeß) im Wortlaut
 - Lilo Wollny über die Gorleben-Frauen
 - Zwischenlager in Gorleben?
 - Ist ein Trockenlager gefährlich?
 - Erklärung der Emigrantengruppe der BI Lüchow-Dannenberg

Bestellungen an:
Günther Harms, Sültenweg 57, 2120 Lüneburg
Preis: 1,- DM

Das tödliche Erbe

Giftgaslagerstätten in der BRD

Bei Grafenwöhr wurden hundert Liter Kampfstoff gefunden und im Fall Schlierling gab sogar ein ehemaliger SS-Mann den entscheidenden Hinweis auf die Gifgaslagerstätte. Solche Meldungen häufen sich, nachdem das Nachrichtenmagazin „Stern“ am 8.11.79 eine Lagerkarte veröffentlichte, wonach vor 1945 an mehr als 70 Orten im damaligen Deutschland Kampfgase produziert oder gelagert wurden, davon allein 25 Orte in der Bundesrepublik (s. AK 167).

Ähnlich wie bei NS-Prozessen schleppen sich die Ermittlungen über mögliche Lagerstätten hin. Während die Giftfässer vor sich hinrotten, sind heute — 35 Jahre danach — noch nicht einmal Archiv-Materialien auf mögliche Giftgasstandorte hin untersucht worden. Im Bundesarchiv Koblenz zum Beispiel ruhen bisher unbekannte Dokumente über frühere Lagerstätten, die bis Mai 1945 existiert hatten. Auf der anderen Seite stellte Innenminister Baum mit großem Pomp das neue Computersystem „In-fuchs“ vor, das genaue Auskünfte über die Wirkung giftiger Chemikalien geben soll und für Katastrophenfälle Tag und Nacht besetzt wird (FR, 9.1.1980). Mit einer parlamentarischen Anfrage hat der SPD-Bundtagsabgeordnete Axel Wernitz dieses für die Bundesregierung politisch peinliche Thema erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Er will wissen, wieviele Sprengkörper mit Giftkampfstoffen vor dem 8. Mai 1945 produziert und wieviele solcher Granaten seit Kriegsende vernichtet wurden. Ferner möchte Wernitz wissen, wieviele Kampfstoffe für die SS hergestellt wurden und wo die Giftstoffe geblieben sind, die in den Konzentrationslagern nicht mehr eingesetzt wurden.

Zugleich forderte er eine „gründliche und zügige“ Durchforstung sämtlicher in Frage kommenden Archive in Bund, Länder, Gemeinden, Wirtschaftsunternehmen, sowie im Ausland (FR, 14.11.79).

Die Gaskriegsproduktion

Die Gaskriegsproduktion

„Der strategische und taktische Nutzen der Gaskriegsführung war im Oberkommando der Wehrmacht umstritten. Dazu kamen die völkerrechtlichen Barrieren des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925, das die Anwendung von (Kampfgasen) ... und bakteriologischen Kriegsmitteln verbot.“ So versucht der bundesdeutsche Militärhistoriker Franz Seidler – er ist Professor für Sozial- und Militärgeschichte an der Bundeswehrhochschule München – in der Süddeutschen Zeitung vom 6.12.79, den Eindruck zu erwecken, als hätten Skrupel die Nazis am Giftgaseinsatz gehindert. Schon zu Zeiten der Weimarer Republik waren solche Verträge für Deutschland nicht einmal das Papier wert, auf denen sie geschrieben wurden.

Obwohl 1918 der Versailler Friedensvertrag unterzeichnet worden, der eine militärische Rüstung generell untersagte und die Genfer Konvention im April 1929 ratifiziert wurde, mächten eine Reihe von Unfällen die tatsächliche Kriegsproduktion deutlich.

- 1921 explodiert bei der BASF eine Anlage zur Herstellung von Sprengstoffen, die 561 Arbeiter tötete (1).
- 1927 explodiert in Berlin-Dahlem ein privates Kampfstofflabor der Reichswehr (2).
- 1928 wird bei der Giftgasfirma Stoltzenberg, die seit ihrer Gründung 1923 Kontakte zur Reichs-

wehr unterhielt, durch einen Unfall der Kampfstoff Phosgen frei. In Hamburg-Wilhelmsburg sterben 10 Menschen und über 300 werden verletzt (3).

Aber nicht nur Explosionen zeugten von der Kriegsproduktion in Deutschland. In Thüringen fand 1930 das erste Manöver der Reichswehr statt, in dem der Gaskrieg geprobt wurde. Parallel hierzu wurde die Bevölkerung ab Oktober 1931 mit der regelmäßig erscheinenden Zeitschrift „Gasschutz“ auf einen möglichen chemischen Krieg vorbereitet.

Unter den Nazis wurde diese von der Reichswehr der Weimarer Republik eingeleitete Kampfstoff-Rüstung weiter forciert. Am 8. Oktober berichtete der britische Journalist Gillian in der Londoner Zeitung „Sunday Referee“, unter der Überschrift „Deutschlands geheime Arsenale“, daß der Berliner Schering-Konzern an der Giftgasproduktion beteiligt war. „Schering, der stark auf den britischen Markt angewiesen war, erhob daraufhin Verleumdungsklage und strebte einen Prozeß an. Diese Klage wurde nach einem Hinweis der deutschen Botschaft vom 14. März, „daß ein Prozeß im Falle seiner Durchführung sich zu einer großen publizistischen Sensation entwickeln dürfte“, zurückgezogen (4).

Ein Jahr später, am 30. Juni 1934, hatte der britische Journalist Steed in der Zeitung „The Nineteenth Century and after“ enthüllen können, daß die Kriegsrüstung in Deutschland soweit ging, daß u. a. einige Dutzend Orte in Nordfrankreich für Gasluftangriffe vorgesehen waren (5)! Während bei Kriegsausbruch die Voraussetzungen geschaffen waren, kam es dennoch zu keinem größeren Gaseinsatz.

Standen anfänglich die Nachteile für die faschistische Blitzkriegsstrategie – durch lange Seßhaftigkeit der Kampfstoffe bestand Gefahr für die eigenen Soldaten – einem Giftgasersatz entgegen, hatten gegen Ende des Krieges die einseitig auf Angriff ausgerichtete Politik sich bemerkbar gemacht: Die Stückzahl für die „Volks-gasmasken“ war zu gering (diese waren zudem noch wirkungslos, da sie nur 20 Minuten gasfreies Atmen zuließ), um einen Gaskrieg auch abzuwehren zu können.

Nach vereinzelt Giftgaseinsätzen der deutschen Wehrmacht gegen sowjetische Partisanen im Osten hatte der britische Premierminister Churchill nach einer Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter Maiskis und einer Rücksprache mit Stalin in einer Rundfunkrede am 11. Mai 1942 o.ä. erklärt: „Ich möchte hier ganz eindeutig feststellen, daß wir uns gegenüber der unprovozierten Anwendung von Giftgas gegen unsere russischen Verbündeten genauso verhalten werden, als wäre es gegen uns selbst eingesetzt worden ... Da wir über unsere Hunnen kennen, haben wir es nicht verabsäumt, in einem beachtlichen Maße Vorbereitungen zu treffen“ (6). Der „Völkische Beobachter“ dementierte unter der Schlagzeile „Die Bilanz eines demagogischen Whisky-Säufers“ einen Tag später diese Giftgaseinsätze.

Diese Drohungen animierten die hitler-Faschisten noch, ihre Gaskriegsrüstung zu beschleunigen. Im März 1944 erhielt das Gasschutzprogramm die höchste Dringlichkeitsstufe. Und im Dezember 1944 führten deutsche Ärzte unter Leitung von Professor Haase Versuche an KZ-Gefangenen durch, denen kampfstoffversuchtes und anschließend gefiltertes Trinkwasser verabreicht wurde (7). Nach dem Vorrücken der Al-

ließ am 4. Februar 1945 das Oberkommando der Wehrmacht unter dem Codewort „Zunft“ folgenden dem Codewort „Zunft“ folgenden Befehl: „Alle Mittel und Wege sind zu erschöpfen, um die Vorräte an Kampfstoffen und -munition vor Feindbedrohung abzufahren ... Der Führer erwartet, daß bei Aufbieten aller Mittel ein rechtzeitiger Abtransport gelingen muß“ (8).

Damit wollten die Nazis verhindern, daß die neuartigen und im Ausland noch nicht bekannten Spitzenkampfstoffe in Feindeshand gerieten und die gesamte völkerrechtswidrige Giftgasproduktion bekannt würde. Daß hiermit der Gaskrieg aus Vernunftgründen endgültig für die Zukunft beendet wurde, wie der Militärhistoriker Seidler in der Süddeutschen Zeitung weismachen will, ist keineswegs der Fall. Daß insbesondere die Spitzenkampfstoffe Tabun und Soman bis Kriegsende durchweg Teil im Planungskonzept Hitlers blieben, zeigte sich u.a. daran, daß die Kampfstoffproduktion erst im März 1945 auf Grund von Rohstoffmangel eingestellt wurde. Noch anlässlich der Bombardierung Dresdens in der Nacht zum 14. Februar 1945 erwog Hitler aus der Genfer Konvention auszutreten, „um dem Gegner damit zu bekunden, daß wir entschlossen sind, mit allen Mitteln bis zum äußersten um unser Dasein zu kämpfen“ (9).

Wahllose Vernichtung von Kampfstoffen nach dem 2. Weltkrieg?

„Niemand weiß, wo die Kampfstoffbestände der Deutschen Wehrmacht hingekommen sind. Lagerkartellen, Vernichtungsunterlagen, Protokolle, Transportpapiere und ähnliches findet man nur sporadisch. Sie wurden bei Kriegsende befehlsmäßig vernichtet. So bleibt es dem Zufall überlassen, an welchen Stellen Überreste auftauchen.“

So jedenfalls sieht es der Militärhistoriker Seidler in der Süddeutschen Zeitung vom 6.12.79.

Als nach Kriegsende die Arsenale geöffnet wurden, hatten die USA 146.000 Tonnen, gefolgt von Deutschland mit 70.000 und Großbritannien mit 35.000 Tonnen Kampfstoff gelagert. Im damaligen Deutschland wurden nach letzten Angaben - 1. Dezember 1944 - knapp 6 Millionen Granaten mit Kampfstoffen gefüllt.

Da der Transport und die Vernichtung von Giftgasen in den letzten Kriegstagen nicht immer geklappt hatte (der Umschlagplatz für Kampfstoffe in Lossa, hier lagerten 20.000 Tonnen, wurde am 8. April '45 von US-Flugzeugen bombardiert), verschwanden nach Kriegsende zahlreiche Materialien bei den Alliierten Siemächten.

Sie waren mehr an einer Auswertung statt Vernichtung dieser Unterlagen interessiert.

Die Dokumente über die geheimen Probewürfe von Giftgasbomben bis zu einem Gewicht von 500 Kilogramm in der Raubkammer bei Breloh wurden nach Kriegsende den britischen Behörden übergeben und sind seitdem spurlos verschwunden (10). Auch die Beweismaterialien gegen IG-Farben Direktoren, die die Menschenversuche mit Zyklon B in Auschwitz zum Thema hatten, verschwanden gleich kistenweise und waren für die Anklage nicht auffindbar (11).

Insgesamt wurden nach Kriegsende rund 25.000 Tonnen Kampfstoffe verbrannt oder in der Nord- oder



NIEMAND WEISS, wo die Kampfstoffbestände der deutschen Wehrmacht aus dem Zweiten Weltkrieg hingekommen sind. Unsere Karte zeigt die ursprünglichen Produktions- und Lagerstätten.

Ostsee von den Siegermächten „vernichtet“. Unter anderem war auch der Kriegschemiker Dr. Hugo Stoltzenberg von den Alliierten mit der Vernichtung beauftragt gewesen und hatte gleich einiges für seinen Hamburger Betrieb abgezweigt (12).

Es bleibt zu berücksichtigen, daß ein Teil der Unterlagen tatsächlich von den Alliierten wegen ihrer politischen Bedeutung in deren Hände verschwanden, jedoch ist die seit nunmehr über 30jährige Weigerung, bestehende Archive überhaupt nach möglichen Lagerstätten zu durchforsten, wie es der SPD-Abgeordnete jetzt in einer Anfrage an die Bundesregierung fordert, nur noch mit der hierzulande sattsam bekannten Vergangenheitsbewältigungs in NS-Prozessen zu vergleichen.

Giftgaslager bleiben unangetastet!

Dieselbe verantwortungslose Leichtfertigkeit, die die Bundesregierung beim „Auffinden“ von Lagerstätten an den Tag legt, herrscht auch dann vor, wenn es um das Bergen bekannter Giftgaslager geht.

„Wir beobachten die Entwicklung natürlich weiter“, war der lapidare Kommentar der Bundes-Behörden in punkto Giftgasgranaten im Dethlinger Teich bei Munster (13).

Unter dem Fall des Giftgasplatzes Raubkammer bei Munster konnte das niedersächsische Innenministerium die Gefährdung, die von den Giftgasgranaten ausgeht, nicht leugnen, erklärte jedoch, daß „der langsame Zerfall dieser Munition ... in dem sandigen Gelände möglicherweise zu günstigeren Ergebnissen als die weitere Bergung solcher Munitionsteile“ führt (14).

Statt diese Giftgranaten zu bergen, ist man von seiten der Behörden dazu übergegangen, die entsprechenden Lagerungsstätten zu lokalisieren. An etwa 30 Plätzen hat die Bundeswehr ihren Soldaten das Biwakieren verboten, „weil dort in uneingezäunten Gebieten mit dem Auffinden gefährlicher Kampfstoffmunition gerechnet werden muß“ (15). Und dem Deutschen Bundestag liegt im Fall der Raubkammer bei Munster seit dem 29.4.1955 (!) ein Gutach-

ten als Drucksache vor, in der eine Sachverständigenkommission für das als Truppenübungsplatz ausgewiesene Gelände den „persönlichen Gasschutz“ für jede übende Einheit empfiehlt. Außerdem, so der Bericht, sei „nach jedem Schießen der Artillerie ... das Gelände auf etwaiges Vorhandensein von Kampfstoffen zu überprüfen und die erforderlich werdende Entgiftung vor Wiederbenutzung durchzuführen“ (15).

Durch diese makabre Form der Gistgas„suche“ sind allein zwischen 1971 und 1974 nach Manövern 15.000 Giftgasgranaten und -behälter gefunden worden.

Anders dagegen reagierte die Bundesregierung, als es darum ging, sich in den Besitz des Spitzenkampfstoffes zu bringen. Die Bundesregierung reagierte anders, als es darum ging, sich in den Besitz des Spitzenkampfstoffes zu bringen.

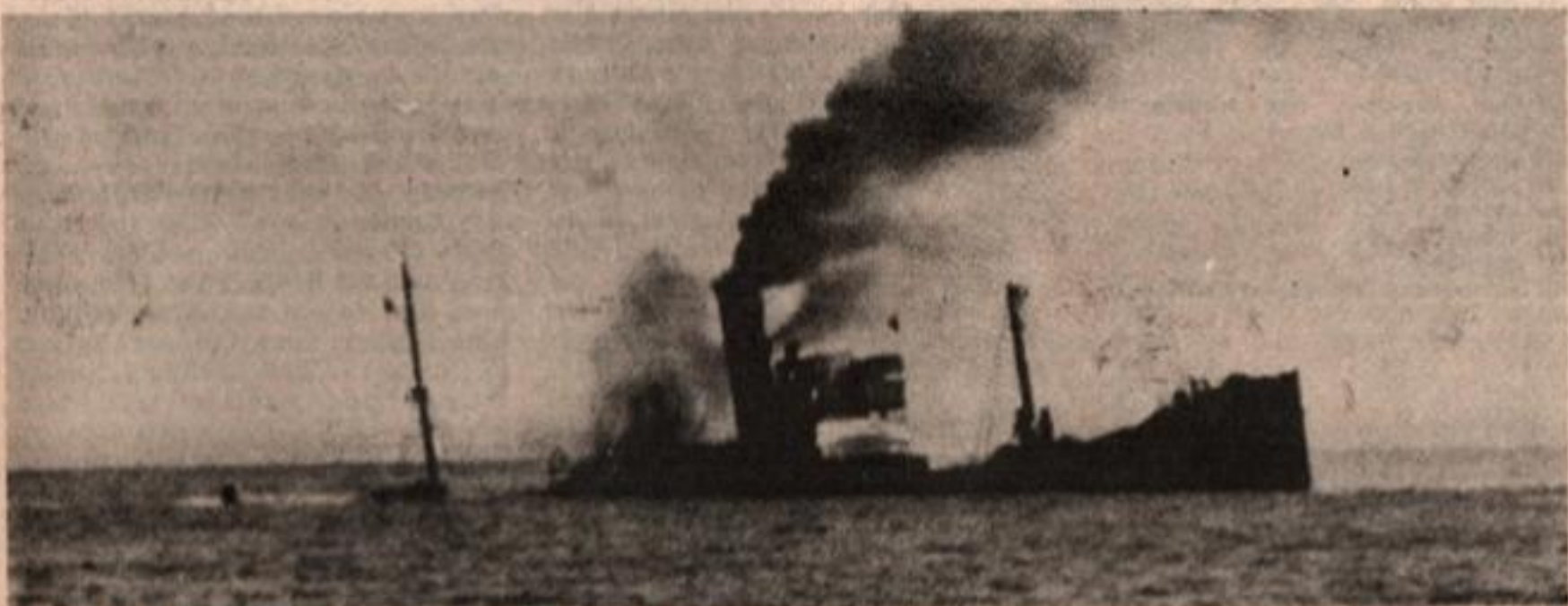
Nach vierjährigem Drängen der Schleswig-holsteinischen Landesregierung wurde im Sommer 1959 der Kohlenfrachter „August Peter“ vom Schiffriedhof geholt und von der Bundesregierung zur Bergung genutzt. Er war wenige Tage vor Kriegsende am südlichen Ausgang des kleinen Belt (Ostsee) in 30 Meter Tiefe versenkt worden.

Die darin enthaltenen Tabun-Granaten wurden Stück für Stück in Stahlfässer mit unbekanntem Ziel abtransportiert.

Am 31. Juli 1970 jedoch konnte man im Zusammenhang mit den Entwürfen Wallraffs über die Hamburger Firma Stoltzenberg in der Zeitschrift „Publik“ und der Überschrift „Lost ist zu alt für Skandale“ u.a. lesen, daß die Tabun-Granaten über die Firma Stoltzenberg zur Bundeswehr (!) gelangten (16).

In den jüngsten Giftgasskandalen wie Stolzenberg gelangten die Kampfstoffe auf weniger umständliche Weise zur Bundeswehr. Weitere Bergungsaktionen in der Nordoder Ostsee unterblieben. Den aufgetragenen Fischern erklärte das Bundesverkehrsministerium, für die eingelagerten Giftgasgranaten in der Ostsee verantwortlich, daß keine Gefahr bestehe. Schließlich seien die Phosgen- und Tabungranaten ausgeauten (!) und hätten sich durch das Meereswasser neutralisiert (!?)!

Fortsetzung auf Seite 10



Ein mit Giftgasgranaten beladener Frachter wird in der Nordsee versenkt



Fortsetzung von Seite 9

Das tödliche Erbe

Bis 1971 hatten die unkontrollierbaren Giftgasdeponien in der Nord- und Ostsee zu 81 Verätzungen — insbesondere bei Fischern — geführt. Welche langfristige Gefährdung von Nervengasen wie Tabun ausgehen, hatte die Volksrepublik Polen zu spüren bekommen, als sie die Giftgaswerke der Nazis für friedliche Zwecke umfunktionierte.

So hatten große Mengen Tabunschlamm in den Industrieanlagen von Brzeg Dolny zur Vergiftung von zehn Arbeitern geführt und „verseuchte für nahezu zehn Jahre das Oberflächenwasser, was den Tod von Haustieren in den umliegenden Dörfern bewirkte“ (17).

Angesichts der Tatsache, daß von diesen Nervenkeimstoffen ein zehntausendstel Gramm ausreichen, um einen Menschen zu töten, drängt sich der Verdacht auf, daß die Bundesregierung eine systematische Suche nach den Giftgaslager- und -produktionsstätten des Dritten Reiches und die Bergung dieser gefährlichen Gifte hintertreibt, weil sie die öffentliche Kenntnis über die tatsächlich vorhandenen Mengen verhindern möchte, um nicht Gefahr laufen zu müssen, diese bergen bzw. gar vernichten zu müssen. Ganz im Zeichen dieser Strategie stand die erst kürzlich vom Bundesverteidigungsministerium eingezogene Giftgaslagerkarte des Nachrichtenmagazin „stern“ (8/1979), um keine „Unruhe“ in der Bevölkerung zu schaffen.

Das diese weit gestreuten, angeblich „unerkannten“ Lagerstätten durchaus ins Konzept des BRD-Imperialismus passen, um im Ernstfall auf Kampfstoffe nicht verzichten zu müssen, hatte schon der damalige Verteidigungsminister und jetzige Kanzlerkandidat der CDU/CSU, Franz-Josef Strauß, in einem Spiegel-Interview deutlich gemacht.

Er erklärte, daß die „Ausbildung an A-, B- und C-Waffen, also atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen in den Vordergrund treten (soll).... Man muß den Soldaten der Bundeswehr die allermodernsten Waffen in die Hand geben und sie bis zur letzten technischen Perfektion daran ausbilden. Eine solche Armee wird dann ein machtvolles Instrument in der Hand des Politikers sein.“ Strauß wird noch deutlicher: „Notfalls schlagen wir zu, und zwar mit allem was wir haben, auch wenn es für uns sehr bittere Stunden geben wird, auch wenn das Risiko tödlich ist“ (18).

Der Anfrage von Axel Wernitz dürfte deshalb besondere Bedeutung zukommen. Damit wir auch morgen noch leben, fordern wir:

- Aufdeckung sämtlicher Kampfstofflager seitens der Bundesregierung!
- Vernichtung aller Kampfstoffe auf dem Boden der BRD!
- Unterbindung der fortgesetzten Kampfstoff-Forschung und -produktion!
- Zügige Beantwortung der Wernitz-Anfrage!

Quellen:

- 1) Willi Kilg, Die kleine Geschichte der IG-Farben, des Todesfabrikanten des Todes, Bln. 1957, DDR, S. 53
- 2) Olaf Groehler, Der lautlose Tod, DDR, 1978, S. 80
- 3) ebenda, S. 81
- 4) ebenda, S. 102
- 5) ebenda, S. 101
- 6) ebenda, S. 202
- 7) ebenda, S. 278
- 8) Süddeutsche Zeitung, 6.12.79
- 9) s.u. 2, S. 310
- 10) Die Welt, 7.8.70
- 11) s.u. 1, S. 54
- 12) SZ, 18.9.79
- 13) stern, 8.11.79
- 14) Koch und Vahrendholdt, Seveso ist überall... S. 305
- 15) ebenda, S. 303
- 16) s.u. 2, S. 316 u. 331
- 17) ebenda, S. 320
- 18) Spiegel, April 1957

AKW-Nein-Kommission



Eine Phosgen-Bombe wird entschärft



Gasalarmübung in den Auerwerken Oranienburg 1932



Konsequenz der Gaskriegsvorbereitungen: Schutzgeräte für Säuglinge und Kleinkinder



Leuschner vor dem Untersuchungsausschuß mit seinem Anwalt Niese

Neues über Stoltzenberg

Gegen Ende der Ermittlungsarbeiten des Hamburger Untersuchungsausschusses zur Klärung der Umstände, die zum Giftskandal führten, kamen interessante Details ans Tageslicht, die selbst der Bundeswehr nicht genehm sein dürften.

So sagte der Firmeninhaber Martin Leuschner vor dem Ausschuss auf die Frage, ob in der Chemiefabrik Giftgase hergestellt wurden, unter anderem aus:

„Wir haben nie echte Kampfstoffe hergestellt — nur Attrappen, die so gerochen und ausgesehen haben wie echte Kampfstoffe“ („Bild“, 5.1.80).

Und weiter:

„Das Beschaffungsamt der Bundeswehr in Koblenz brachte uns für einen Entwicklungsauftrag eine Flasche Tabun und eine kleinere mit Sarin.“ Hiermit sollten Gasmasken getestet werden. Unangenehm dürfte der Bundeswehr diese Aussage schon deshalb sein, da sie bisher lediglich zugegeben hatte, von der Firma Stoltzenberg einmal Lost bezogen zu haben.

Aber nicht nur die Bundeswehr hatte Geschäftsbeziehungen mit der Hamburger Firma. Die Industrie (!) habe man mit Schwefel-

lost beliefert, so Leuschner vor dem Untersuchungsausschuß („Hamburger Abendblatt“, 5.1.).

Und auf die Frage des Ausschussvorsitzenden Weiland (SPD), ob er Tabun hätte herstellen können, entgegnete Leuschner forsch:

„Wenn sie wollen, mache ich Ihnen ein paar Kilo!“

Am darauffolgenden Tag wurde vom Regierungsdirektor im Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung in Koblenz, Dr. Ullmann, bestätigt, daß auf Erlaß des Bundesverteidigungsministeri-

ums (!) das Kampfgas Schwefelost an die Gummiwerke in Hamburg-Harburg geliefert werde, um Gewebe auf ABC-Beständigkeit zu testen.

Im „Hamburger Abendblatt“ vom 9. Januar ist gar die Rede davon, daß die Harburger Firma seit Jahren diesen Kampfstoff selber herstelle, was von der Firmenleitung heftig dementiert wird (s.a. AK 166).

Auch der einstige Wehrbereichs-angestellte Karl-Heinz Schröder hatte sich zweimal über die Leichtfertigkeit beim Umgang mit Kampfstoffen schriftlich bei seinem Vorgesetzten beschwert, „weil er die Stoltzenberg-Produkte für die Bundeswehr (!) unter freiem Himmel und ohne jeden Schutz prüfen mußte. Eine Antwort blieb aus“ („HA“, 9.1.).

Und im Fall der Westberliner Giftgasfirma Ferak genüge die Drohung der Firmenleitung, den Betrieb zu schließen, um die vom Staatsanwalt beschlagnahmten Geschäftsunterlagen heraus zu bekommen. Der Staatsanwalt beugte sich der Forderung („taz“, 2.11.79).

Die Firma war in Verruf gekommen, nachdem die DKP durch einen fingierten Telefonanruf bei

der Hamburger Firma. Die Industrie (!) habe man mit Schwefelost beliefert, so Leuschner vor dem Untersuchungsausschuß („Hamburger Abendblatt“, 5.1.).

Die Firma war in Verruf gekommen, nachdem die DKP durch einen fingierten Telefonanruf bei der Firma den im Katalog inserierten Kampfstoff Soman bestellen wollte (s. AK 166). Der Firmenchef bestätigte zwar das Telefongespräch, erklärte jedoch, „daß er den Anruf als fingiert erkannt habe, da er mit der Bundeswehr keinerlei Geschäftsbeziehungen unterhalte. Er sei auf das Gespräch eingegangen und habe die Anfrage ‚hinhaltend beantwortet‘, um herauszufinden, wer dahinter stehe.“ („Frankfurter Neue Presse“, 7.11.)

China: Kernkraft? Ja bitte!

Im Zuge einer allgemeinen Reduzierung seiner Wirtschaftspläne machte China 1979 die Bestellung zweier französischer AKW's rückgängig. Von besonders gutmütigen China-Freunden wurde diese Maßnahme dahingehend interpretiert, daß China wegen der damit verbundenen Risiken vorerst ganz auf AKW's verzichten wolle. Daß dem durchaus nicht so ist, machte kürzlich ein Artikel in der „Guangming-Zeitung“ deutlich. Dort hieß es: „Muß China Kernkraft entwickeln?... Es gibt seitens bestimmter Gruppen im Westen Widerstand gegen die Kernenergie. Nach dem Unfall in der Kernanlage Three Mile Island (=Harrisburg) in den USA am 28. März dieses Jahres haben einige Leute vorausgesagt, daß die AKW's aussterben werden. Diese Voraussage kann sich nicht verwirklichen. Tatsächlich hatte der Unfall von Three Mile Island keine wesentlichen Auswirkungen auf die allgemeine Gesundheit... Un-

ter dem Einfluß der Propaganda und übertriebener Sensationsberichte von Anti-Kernkraft-Gruppen hatte dieser Unfall eine gewisse Auswirkung auf die öffentliche Meinung. Aber in einer Meinungsumfrage über Kernkraft, die im April unter der Bevölkerung mehrerer Regionen durchgeführt wurde, sprachen sich immer noch die meisten für eine Weiterentwicklung der Kernkraft aus“. In dem Artikel heißt es weiter, daß mehrere Jahre lang manche Behörden in China sich über den Nutzen der Kernkraft nicht einig gewesen seien. Dies wird auf das Fehlen eines landesweiten zentralen Energie-Plans zurückgeführt. China brauche AKW's, müsse sich dabei allerdings vor allem „auf die eigene Kraft stützen“. Der Import ausländischer Technologie müsse in jedem Fall durch die Entwicklung eigener Forschung flankiert werden. (nach SWB, 28.12.79).

Metall-Tarifrunde 1980

IG Metall-Führung will 10,5 % Gesamtmetall: „Ein Schock“

Mit der Verhandlungsaufnahme am 10. Januar 1980 im Bezirk Rheinland-Rheinhausen und am 11. Januar im Nordverbund sowie im Saarland wurde die diesjährige Metalltarifrunde eröffnet.

Am 14. Januar soll in den Bezirken Hessen und Südbaden der Gesprächsbeginn sein. Jeweils einen Tag später folgen dann die Bezirke Nordwürttemberg/Nordbaden, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Alle von den Tarifkommissionen für die jeweiligen Gebiete aufgestellten Forderungen liegen im vom IG-Metall-Vorstand erstmals öffentlich vorgegebenen Gesamtrahmen von 10,5 Prozent. Dennoch fällt auf, daß, verglichen mit den letzten Jahren, die Lohn- und Gehaltsforderung diesmal erheblich höher liegt. Allerdings wurde auf sogenannte Nebenforderungen (Urlaub, Arbeitszeitverkürzung oder den Schutz vor Abgruppierung) vollständig verzichtet.

Gegenüber früheren Zeiten hat sich diesmal eine veränderte Lohn- und Gehaltsforderung durchgesetzt. War es sonst gang und gäbe, reine Prozentforderungen aufzustellen, hat sich jetzt eine sogenannte Mischforderung durchgesetzt. Im einzelnen sieht das so aus, daß in der Stahlindustrie und im Nordverbund ein fester Sockelbetrag und zusätzliche Prozente gefordert werden und in den übrigen Gebieten Prozentforderungen verbunden mit einem Mindestbetrag aufgestellt wurden. Insbesondere von fortschrittlichen Gewerkschaften wird seit Jahren alternativ zur Prozentforderung eine Festgeldforderung angestrebt. Die jetzige Mischforderung bedeutet einen kleinen Fortschritt und ist zugleich ein Zugeständnis an die Debatte für eine Festgeldforderung.

Die Lohnleitlinien des IG-Metall-Vorstands

Unmittelbar vor der Beschlussfassung in den einzelnen Tarifkommissionen hat der Vorstand einen Gesamtrahmen veröffentlicht, den die Tarifgebiete nicht überschreiten sollten. Eine solche Praxis ist neu, bisher hat der Vorstand immer betont, daß regional gefordert und verhandelt wird. Auch wenn dieses Prinzip mehr zum Schein aufrecht erhalten wurde, handelt es sich doch um einen weiteren Abbau der Mitgliederrechte. Der IGM-Vorstand hat damit vollständig die undemokratische Praxis des ÖTV-Vorsitzenden Kluncker übernommen.

Insbesondere bei den Kollegen und Funktionären im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden haben die Lohnleitlinien des Vorstands herbe Kritik ausgelöst. In den Ortsverwaltungen liefen die Telefone heiß. Daß Bezirksleiter Steinkühler das Vorgehen des Vorstands auch noch rechtfertigte, verübten ihm mit deutlichen Worten viele. Einer nannte ihn einen „Staatschauspieler“.

Das für die Tarifpolitik zuständige IG-Metall-Vorstandsmitglied Janßen rechtfertigte die Vorstandsrichtlinien damit, „daß es für niemanden einen Maulkorb gebe“ — vielmehr seien die „Empfehlungen“ des Vorstands „Ausdruck von Offenheit, von Transparenz“ („Frankfurter Rundschau“ — „FR“, 15.12.79). Die Einmischung des Vorstands (und um nichts anderes handelt es sich) auch noch als Ausdruck der Meinungsfreiheit zu bezeichnen, ist wirklich der Gipfel der Unverfrorenheit. Wir verstehen unter Offenheit und Transparenz jedenfalls etwas anderes, nämlich die Inszenierung und Förderung einer breit angelegten Debatte auf allen Ebenen vor der Beschlussfassung.

Sinn und Zweck der Vorstandseinmischung ist schnell erklärt. Mit Hilfe seiner Autorität sollten die betrieblichen Forderungen auf „das richtige Maß“ gestutzt werden. Forderungsvorstellungen waren u.a.:

250 Mark Opel Rüsselsheim
Festgeld Still Hamburg
Thyssen Hamburg

oder Opel Bochum
14 %/ mindestens
220 Mark

Gesamtmetall: „Ein Schock“

Wie üblich reagierten Unternehmer und Wirtschaftsverbände mit schrillen Tönen auf die Gewerkschaftsforderungen. Nach Auffassung dieser Kreise habe sich die lohnpolitische Zurückhaltung der Gewerkschaftsführer ausgezehrt und ein Abrücken hiervon würde alle „Stabilitätsbemühungen zunichte machen“ und „viele Arbeitsplätze gefährden“.

Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Kirchner, bezeichnete die Lohnforderung als einen „Schock“. „Offensichtlich gebe es nicht nur Konjunkturzyklen, sondern auch Zyklen der tarifpolitischen Unvernunft“ („Handelsblatt“ — „HB“, 12.12.79). Massiv wird dem IG-Me-

tall-Vorstand der Vorwurf gemacht, daß eine zweistellige Lohnforderung einen nachhaltigen Inflationsschub auslösen werde. Dazu noch einmal Kirchner von Gesamtmetall: „Ob wirklich mehr Einkommen übrig bleibt als in diesem Jahr, entscheiden neben den Ökologen vor allem die Gewerkschaftsführer selbst. Konfetti-Geld bei hoher Inflation oder harte D-Mark, die den Lebensstandard erhalten hilft“ („HB“, 27.12.79).

„Sehr entschlossenen Widerstand“ der Kapitalisten kündigte Knapp (Gesamtmetall-Vizepräsident) gegen die in Form von Mindestbeträgen für die unteren Lohngruppen geforderte stärkere Anhebung.

Überdurchschnittliche Erhöhungen der unteren Lohngruppen würde angeblich die Arbeitsplätze dieser Kollegengruppe noch unsicherer machen. Außerdem wollen sich die Arbeitgeberverbände der damit bewirkten „Gleichmacherei“ energisch widersetzen.

Ferner kündigte Knapp an, daß die im neuen Schlichtungsabkommen festgelegten Fristen für die Friedenspflicht nicht jede Arbeitskampfmaßnahme legitimieren. Er kündigte an, daß die Unternehmer hiergegen die Gerichte einschalten werden.

So, wie die Dinge jetzt liegen, kann diese Tarifrunde noch spannend werden.

Während die Kapitalisten Lohnabschlüsse fordern und durchdrücken wollen, die in etwa dem Trend der letzten Jahre entsprechen, müssen die Gewerkschaftsführer diesmal mehr rausholen. Durch den Kaufkraftverlust und die dadurch aufkommende Nachschlagsdebatte wurden in den Betrieben Erwartungen geweckt, die die Gewerkschaftsführer nicht völlig ignorieren können.

Entsprechend den neuen Arbeitskampfrichtlinien setzt der IG-Metall-Vorstand diesmal hauptsächlich auf Warnstreiks nach Ablauf der Friedenspflicht. Einerseits bzw. nach dem Willen des Vorstands sollen diese Aktionen nur Begleitmusik der Verhandlungen sein, andererseits können solche Warnstreiks durchaus auch eine mobilisierende Wirkung haben. Was z. B. so aussehen könnte, daß neben den vom Vorstand erlaubten Warnstreiks auch spontane stattfinden. Und daß nicht nur die Erfüllung der Lohnforderung gefordert wird, sondern auch Urabstimmung und Streik.

Kommission Betrieb + Gewerkschaft

IG-Metall kontra Strauß

Die Rechtsanwälte von F. J. Strauß hatten es in zweiter Instanz vor dem Oberlandesgericht Frankfurt geschafft: Die IG Metall wurde verurteilt, auf der Titelseite der „Metall“ eine Gegendarstellung abdruckend.

Anlaß war eine „Metall“ vom Juli letzten Jahres. Auf der Titelseite war auf einem schwarzen Grund ein Zitat aus Strauß' Sonthofener Rede abgedruckt.

Strauß wollte nun die Gegendarstellung haben, daß er erstens unvollständig zitiert worden ist, und zweitens, daß das Zitat aus einer „nicht authentischen“ und nicht von ihm „autorisierten“ Rede stamme. Er wisse nicht mehr, ob das Zitat wortwörtlich so richtig sei. Nachdem Strauß in der ersten Instanz verloren hatte, fand er jetzt im Oberlandesgericht Richter, die ihm zustimmten. Die

Richter meinten, sämtliche Leser nehmen das Titelbild zur Kenntnis, aber von einem Durchschnittsleser könne nicht erwartet werden, daß er im Innern des Hefts den Artikel mit dem ausführlichen Zitat finde. Nur im zweiten Punkt lehnten die Richter die Klage ab, da damit alle Meldungen „als möglicherweise nicht ganz richtig“ beanstandet werden könnten.

Die „Metall“ hat nun auf ihrer Titelseite die Gegendarstellung bringen müssen. Aufgrund der Pressegesetze darf die „Metall“ dazu auch nicht in der gleichen Ausgabe Stellung beziehen.

Wie die „Metall“ diesem Urteil nachgekommen ist, zeigt die in Faksimile abgedruckte Titelseite.

Wir meinen: Punktsieg der „Metall“!



Berufsschülerprozeß eingestellt

Am 22.11.79 wurde der Prozeß gegen Uwe Zabel „wegen mangelnden öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung“ eingestellt. Uwe Zabel war vor Gericht gestellt worden (wir berichteten in AK 166 darüber), weil ihm Verstöße gegen das Versammlungsgesetz während der Berufsschülerdemo gegen Kurssystem und Stufenausbildung im September 1978 vorgeworfen wurden. Auf dieser Demo war er als Leiter aufgetreten.

Daß der Prozeß nun eingestellt wurde, ist ein klarer Erfolg der breiten Solidaritätsfront, die anläßlich dieses Falles entstanden war. Von verschiedenen Betriebsjugendgruppen wurden gemeinsame Infoblätter herausgege-

ben. Alle größeren Jugendvertretungen, Ortsjugendausschüsse usw. solidarisierten sich. Vollversammlungen von mehreren Berufsschulen gehörten ebenso in den Kreis der Unterstützer wie die Funktionsversammlung der IG Metall und die Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier (die IG Metall gewährte außerdem Rechtsschutz).

Was besonders erfreulich war: Zu den Prozessen wurde breit mobilisiert, so daß zwischen 80 und 160 Kolleginnen und Kollegen den Verhandlungen beiwohnen wollten.

Lehrlingskommission/KB Hamburg

Vorsitzenden Kluncker übernommen. 12.12.79). Massiv wird dem IG-Me- Kommission Betrieb + Gewerkschaft

Tarifgebiet	Lohn- und Gehaltsforderung	Forderungen bei den Ausbil- bildungsvergütungen im			
		1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr
NRW (Eisen und Stahl)	9,5 Prozent, Vorweganhebung um mindestens 21 Pfennig pro Stunde oder 37 DM monatlich	60 DM	60 DM	60 DM	60 DM
NRW (Metallverarbeitung)	9,6 Prozent, mindestens 146 DM monatlich	60 DM	60 DM	60 DM	60 DM
„Nordverbund“	5,5 Prozent plus 75 DM monatlich	80 DM	80 DM	70 DM	70 DM
Niedersachsen	9,6 Prozent, mindestens 145 DM monatlich	80 DM	80 DM	80 DM	80 DM
Hessen	10 Prozent, mindestens 175 DM monatlich	90 DM	90 DM	70 DM	70 DM
Rheinland-Pfalz	10 Prozent, mindestens 153 DM monatlich	90 DM	90 DM	70 DM	70 DM
Saarland	9,5 Prozent, mindestens 150 DM monatlich	90 DM	90 DM	70 DM	70 DM
Nordwürtt.-Nordbaden, Südwürtt. Hohenzollern, Südbaden	10 Prozent, mindestens 88 Pfennig pro Stunde oder 153 DM monatlich	80 DM	80 DM	80 DM	80 DM
Westberlin	9,8 Prozent, mindestens 86 Pfennig pro Stunde oder 148 DM monatlich	50 DM	50 DM	60 DM	70 DM
Volkswagenwerk AG	10,2 Prozent				

Weiter Unruhe im Hamburger Hafen

In AK 168 berichteten wir über den Stand der Hafen-Tarifzone bezogen auf die „Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG“ (HHLA).

Die ÖTV hatte mit ihrem 8%-Forderungsvorschlag eine rege Diskussion im Betrieb ausgelöst. Der Vertrauensleutekörper beschloß eine Forderung von 12%, nachdem die Forderung nach 250 DM Festgeld bei Stimmgleichheit als abgelehnt erklärt wurde. Dennoch ging die ÖTV mit einer Forderung von 8,5% in die Verhandlung. Als der HHLA-Vorstand seinerseits für die Rahmentarifverhandlungen mit der Forderung nach der Einführung eines totalen Schichtsystems auftrat, kam es zu breiten Protesten, als Höhepunkt eine Protestversammlung von etwa 500 Kollegen am Burchardkai.

Auf einer Betriebsversammlung am Ende seines Rechenschaftsberichtes gab der Betriebsratsvorsitzende so nebenbei bekannt, daß die Lohntarifrunde beendet sei mit einem Ergebnis von 6,4% bis 7%. Dieses magere

Ergebnis soll hier nicht näher kommentiert werden, es löste eher Resignation aus. Der Protest der Kollegen konzentrierte sich auf das Schicht-Problem. Dazu gab es die Information, daß am 17.12.79 weiter verhandelt werden sollte. Am 21.12., also am letzten Tag vor den Feiertagen, war die nächste Information das Ergebnis selbst. Dieses Ergebnis war, daß die ÖTV-Verantwortlichen die Verhandlungen an die Betriebsräte weitergaben. Die ÖTV wollte das Gesicht nicht verlieren und schob den Schwarzen Peter an den Betriebsrat weiter.

Und wieder: Proteststurm

Die Betriebsräte, die am Morgen des „Heiligenabends“ zur Arbeit kamen, fanden dort bereits die „Einladung“ zu einer Betriebsratssitzung am 28.12. vor, auf der die Verhandlung stattfinden sollte. Nun gab es nur noch ein Thema, aber durchaus kein friedliches. Folgendes Verhandlungspaket wollten die HHLA-Bosse durchsetzen: — Einführung einer 3.(Nacht-)Schicht

im Container-Bereich (statt bisher einmal in der Woche Nachtschicht); — Einführung einer ständigen 3. Schicht für 70 Leute am Burchardkai;

— in allen anderen HHLA-Bereichen soll die Pflicht zur 3.Schicht auf Telefonabruf bestehen (so sollen Angehörige der Spätschicht bei Bedarf kurzfristig auf Nachtschicht gesetzt werden).

Als Höhepunkt des Protestes organisierten am Burchardkai fortschrittliche Betriebsräte (von der oppositionellen Gruppe „Alternative“) und Vertrauensleute am 27.12. zum zweiten Mal in dieser Tarifrunde eine große Protestversammlung, an der trotz der Feiertagssituation 300 bis 400 Kollegen teilnahmen. Die Taktik von Geschäftsleitung und ÖTV-Führung, die Kollegen über die Feiertage zu überrollen, steigerte nur noch die Wut.

Diesmal tatsächlich: Eine harte Verhandlung

Die Stimmung der Kollegen blieb

nicht ohne Wirkung auf die Betriebsräte. Solche, die sonst zur Ja-Sager-Fraktion zählen, reagierten sehr erregt, als der Betriebsratsvorsitzende G.Österreich bereits am ersten Verhandlungstag sich auf dieses miese Geschäft einlassen wollte. Mehrfach wurde geäußert, daß man sich bei den Kollegen gar nicht mehr blicken lassen bräuchte, wenn man zu diesem Hammer Ja sagen würde. Es blieb an diesem ersten Verhandlungstag bei einem Nein, obwohl die Geschäftsleitung bis in den Abend hinein versuchte, den Betriebsrat wegzuklopfen. In der nächsten Woche wurde drei Tage durchgehend verhandelt. Die Geschäftsleitung legte zweimal neue Papiere mit leichten Zugeständnissen vor, die jeweils ein Wanken im Betriebsrat erzeugten. Aber die Ja-Sager waren in der Defensive und so konnte sich die harte Linie auch dann noch durchsetzen, als der ÖTV-Hafen-Sekretär Schröder dem Betriebsrat mit möglichen arbeitsrechtlichen Folgen seitens der HHLA drohte, falls der Betriebsrat den Kollegen anraten

wolle, die Spätschicht und Nachtschicht zu boykottieren. Dies genau war jedoch das Druckmittel, das der Betriebsrat in der Hand hatte, denn die alten Verträge waren ja zum Jahresende ausgelaufen und neue gab es noch nicht.

Die Rechnung geht nicht auf

Am vierten Verhandlungstag zog die Geschäftsleitung ihr Paket vom Tisch und akzeptierte den Gegenvorschlag des Betriebsrates!

Das Konzept, den Betriebsrat besser kippen zu können als die ÖTV, war nicht aufgegangen, obwohl der Betriebsrat viel stärker in seinem Handlungsspielraum gebunden ist.

Worin sich jedoch alle verschätzt hatten, war die Mobilisierung der Kollegen und der daraus wachsende Druck auf den Betriebsrat.

Ein Genosse aus dem Hafen

„Religiöse Gefühle verletzt“ — „ran“-Redakteure entlassen!

„Was heißt Meinungsaustausch? Wenn ein 'ran'-Redakteur in das Büro des DGB-Vorsitzenden Vetter getreten wird und nach zwanzig Minuten wieder herauskommt.“

So schrieb 'ran', das DGB-Jugendmagazin (mit 130.000 Auflage) im Februar 1977. Heute werden keine Meinungen mehr „ausgetauscht“, heute geht es gleich um eine ganze Person. Am 13. Dezember 1979 verlor 'ran' auf einen Schlag seine gesamte Redaktion!

Was war passiert?

In der Dezember-Ausgabe von 'ran' war eine kirchenkritische, gegen das Abtreibungsverbot gerichtete Karikatur abgedruckt. Die DGB-Bundesvorsitzende Maria Weber (CDU) zeigte sich empört wegen „Verletzung religiöser Gefühle“. Am 10. Dezember hat sich zum ersten Mal der DGB-Bundesvorstand mit dieser Karikatur beschäftigt und die verantwortlichen Redakteure zu einer Sitzung des Beirats des Bund-Vereins, in dem die 'ran' erscheint, eingeladen. Dieser Beirat debattierte dann dreieinhalb Stunden hinter verschlossenen Türen, während die Redakteure auf dem Flur warten mußten. Weder vom Beirat noch vom anschließend zusammenberufenen DGB-Bundesvorstand wurden die Redakteure entlassen. Ihn wurde erst am darauffolgenden Tag die Entscheidung mitgeteilt: Entlassung und sofortige Beurlaubung der beiden für die Karikatur verantwortlichen Redakteure Ingeborg Zera und Günter Isenmeyer, Enthebung des Chefredakteurs Dieter Schmidt von seiner Funktion bei 'ran'. Aus Solidarität mit den Geschäften des Beirats der verbliebenen Redakteure Uwe Möller und die Redaktionssekretärin Elfriede Westfahl zum 31.12.79, sodaß 'ran' z.Zt. keine Redaktion mehr hat.

An der Entscheidung waren u.a. beteiligt: Heinz Oskar Vetter, Maria Weber, Karl Schwab (alle DGB-Vorstand), Loderer (IGM-Vorsitzender), Hauenschild (IG Chemie), Klunker (ÖTV), Mahlein (IG Druck). Mahlein soll als einziger der Kündigung widersprochen haben.

Die DGB-Pressstelle gibt als Begründung für die Entlassungen an, die Karikatur stelle eine „so schwere Verletzung der religiösen Gefühle der im DGB organisierten Arbeitnehmer dar, daß die zuständigen DGB-Beschließungsorgane eine schwerwiegende Beeinträchtigung des Prinzips der Einheitsgewerkschaft feststellen mußten“ („FR“, 18.12.79).

Was steckt hinter dieser Kündigung?

Was steckt hinter dieser Kündigung?

Darüber, daß hier nur ein Vorwand für „harte Schläge“ gesucht wurde, kann es kaum verschiedene Meinungen geben, wenn man sich die doch wirklich relativ harmlose Karikatur ansieht. Hinter der Sache steckt sehr viel mehr: Zum einen steht 'ran' schon jahrelang immer wieder im Kreuzfeuer der Kritik der DGB-Führung: So gab es Ärger um eine Aufklärungsreihe, die 'ran' 1976 abdruckte. Hier wurde offen beschrieben, daß Sexualität Spaß macht und nicht in erster Linie zum Kinderkriegen da ist; hier wurden Wörter wie „Bumsen“ und „Schwanz“ benutzt; hier wurde über Onanie geschrieben. Das alles war zu

viel für einige Gewerkschaftsvorstände und andere Funktionäre, die sperrten die 'ran'-Kontingente und verteilten das Magazin nicht mehr an die Jugendlichen. Beschimpfungen und anonyme Drohungen mußte die Redaktion ertragen. Ein anderes Mal beschwerte sich ÖTV-Chef Klunker über ein Anti-Atomkraft-Poster, das angeblich die ÖTV-Mitglieder in den Atomkraftwerken „verärgert“ habe. Auch ein anderes Poster, das sich über den damaligen Kanzlerkandidaten Kohl lustig machte, wurde von den DGB-Obersten verurteilt.

Angriffe des DGB auf seine Jugendarbeit

Die Vorgänge um 'ran' müssen zwei-

Wie geht es weiter mit 'ran'?

Der „nächste Erste“, das war der 1. Januar. Eine Zusammenlegung hat tatsächlich nicht stattgefunden — 'ran' ist überhaupt nicht erschienen und wird erst 14 Tage später ausgeliefert. Die Januar-Nummer, die noch von der alten Redaktion erstellt wurde, soll nämlich noch überarbeitet werden. Ursprünglich war geplant worden, der Nummer einen Entschuldigungsbrief Vettors beizufügen. Dies wäre technisch nur zwischen den Seiten 8 und 9 bzw. in der Mitte möglich. Dann aber hätte der Vetter-Brief entweder neben einem Artikel mit der Überschrift „Von Idioten umgeben“ oder dem Poster „Das letzte Verbot“ gestanden. So

stand zurechtgewiesen. Die Karikatur richtete sich zwar nicht gegen Strauß, wohl aber gegen das von ihm vertretene Gedankengut, so daß das „Stillhalteabkommen“ („Stern“) durchaus als Hintergrund gesehen werden muß.

Proteststimmen gegen die Entlassungen

Die Aktionen gegen die 'ran'-Redakteure hat innerhalb und außerhalb des DGB Protest hervorgerufen: So beim Bundesvorstand der Deutschen Journalisten-Union (dju), in der IG Druck und Papier: „Den gewerkschaftlich organisierten Journalisten in den Zeitungs- und Zeitschriftenredaktionen fehlt für diese Maßnah-

Letzte Meldung

Die „Arbeitsgemeinschaft der DGB-Betriebsräte“ fordert in einem Brief an den Bundesvorstand des DGB eine Rücknahme der Kündigungen der „ran“-Redakteure, da sie die Glaubwürdigkeit der gesamten gewerkschaftlichen Medienpolitik beeinträchtigt. „Eine neue Mannschaft“ teilt Dieter Gaartz von der Pressestelle des DGB-Vorstandes mit, stehe bereit, um das Magazin ab April verantwortlich zu leiten. (nach „Die Neue“, 11.1.80)



Diese Karikatur aus „ran“ 12/79 verletzte Maria Webers „religiöse Gefühle“

tens auch gesehen werden im Zusammenhang mit den Angriffen des DGB-Vorstands auf die gewerkschaftliche Jugendarbeit insgesamt. In AK 165 meldeten wir den Plan der Zusammenlegung von 'ran' und „Solidarität“ (Funktionärsorgan für die DGB-Jugend) und schrieben:

„Die Zusammenlegung der beiden DGB-Jugendzeitschriften ist nach der teilweisen Entmachtung des Bundesjugendausschusses, der Absetzung des Bundesjugendsekretärs, dem Verbot der Anti-Kriegstags-Broschüre ein weiterer kaltschnäuziger Einschnitt in die bisherige DGB-Jugendarbeit. Es sei zunächst dahingestellt, wie 'ran' und 'Solidarität' bisher zu beurteilen waren. Es geht vielmehr darum, daß der Jugend-Öpa im DGB-Vorstand, Karl Schwab, die gesamte Jugenarbeit nach einem straffen Konzept umkrempelt, das in der DGB-Jugend bisher nicht bekannt ist, geschweige denn diskutiert und gebilligt.“

Dies scheint sich immer mehr zu bewahrheiten.

Dies scheint sich immer mehr zu bewahrheiten.

Als „Falschmeldung des Jahres“ demantierte 'ran' in der Dezember-Ausgabe die Meldung der „Solidarität“ über die geplante Zusammenlegung (auf die wir uns in AK 165 bezogen). 'ran' schrieb:

„Die Tatsache einer Zusammenlegung zum 1. Januar 1980 war glatt falsch. (...) Weil 'ran' Defizite im Verlag macht, wird darüber nachgedacht, ob der DGB ihr hilft. Und da die 'Sol' schon die DGB-Kasse belastet, kommt die Geldfrage zwangsläufig auf.“

Eine Kommission im DGB macht sich zur Zeit über Jugendzeitschriften Gedanken, mehr nicht. Konkret liegt nichts vor, siehe am nächsten Ersten.“

hat man sich jetzt entschlossen, einen längeren Vetter-Artikel in das Blatt zu nehmen, einige Artikel rauszuschmeißen und deswegen die Hälfte der Zeitung für zusätzliche Kosten von DM 12.000 neu zu drucken.

Die Februar-Nummer kann wegen der langen Produktionszeit sicher nicht erscheinen und auch für die März-Nummer hat Karl Schwab noch keine Redaktion zusammen. Dazu meint „Die Neue“ (3.1.80): „Tatsächlich dürfte es Schwab Mühe bereiten, qualifizierte Journalisten zu bekommen, die bereit sind, Eingriffe in die redaktionelle Unabhängigkeit hinzunehmen und dennoch eine jugendgemäße, kritische Zeitschrift zu machen.“ Bietet sich da nicht förmlich die Zusammenlegung an?

Maria Weber verweist zur Besetzung der Redaktion auf die vielen zu erwartenden arbeitslosen Journalisten der Hamburger „Morgenpost“ ...!

Dahinter steckt Strauß!

Drittens muß als Hintergrund gesehen werden, daß „seit dem Friedensgespräch zwischen dem Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß und dem DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter am 9. Oktober vergangenen Jahres in München (...) Gewerkschafts-Redakteure nichts Böses mehr über den CSU-Vorsitzenden schreiben“ („Stern“, 3.1.80).

Dahinter steckt Strauß!

Dies hat 'ran'-Chefredakteur Dieter Schmidt, der gleichzeitig auch Chefredakteur der DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit“ („WdA“) ist und dort sein Hauptbetätigungsfeld hat, schon zu spüren bekommen. Er hatte Strauß nämlich in der „WdA“ „Ayatolla“ genannt und wurde deswegen vom DGB-Vor-

stand des DGB-Bundesvorstands jedes Verständnis. Wenn der Herausgeber der Zeitschrift der Meinung war, 'ran' sei in diesem Fall nicht sorgfältig redigiert worden, dann hätte das für ihn Anlaß sein sollen, die Bedingungen zu überprüfen, unter denen die Redaktion arbeiten mußte“ („Die Neue“, 21.12.79).

Peter Baumöller (stellvertretender Landesvorsitzender der dju NRW) schrieb in einem Brief an Vetter: „Wie sollen wir den kritischen Geist unter der Jugend wecken, wenn auf solche Weise gemäßigt statt diskutiert wird? Wie sollen wir als Gewerkschaftler für mehr innere Pressefreiheit in den bürgerlichen Zeitungen, gegen die ständigen Repressionen eintreten, wenn auf die beschriebene Weise ein ganzes Redaktionsteam einer gewerkschaftlichen Jugendzeitung „abgetrieben“ wird?“

Die IG Druck und Papier hat den gemäßigten Rechtsbeistand gewährt und damit einhellig zum Ausdruck gebracht, daß sie die Maßregelungen nicht billigt. In welcher fatalen Situation wird eine DGB-Gewerkschaft gebracht, die jetzt gegen die eigene Dachorganisation vors Arbeitsgericht ziehen muß!“ („Deutsche Volkszeitung“, 3.1.80).

Die Jungsozialisten und „Die Falken“ protestierten ebenfalls.

Auch Christen erkannnten sich mit der Maßnahme des DGB-Bundesvorstands nicht einverstanden. In einem offenen Brief an diesen schrieb Jochen Vanselow (Geschäftsführer der „Kirche in der Verantwortung“): „Die sozialpolitische Zielrichtung der Karikatur ist allerdings trotz der religiösen Verfremdung deutlich. Und die Frontstellung gegen die christlich begründete Ablehnung der Reform des § 218 ist auch deutlich, und sie ist unserer Ansicht nach völlig berechtigt. Die Gegner der Reform des § 218, die ja leider allzuoft unter christlichen Vorzeichen antreten, sind bisher durchaus nicht zimperlich gewesen. Vorwürfe wie Mord, Vergleiche mit Völkermord oder mit den Massakern des deutschen Faschismus sind gerade in konservativen christlichen Kreisen an der Tagesordnung. Angesichts solcher Polemik und Verunglimpfung bleibt die inkriminierte Karikatur eher zurückhaltend.“

Liebe Schwestern und Brüder im Deutschen Gewerkschaftsbund, seid nicht päpstlicher als der Papst. Stellen Sie die Redakteure wieder ein!“ („Die Neue“, 22.12.79).

Sorgen wir dafür, daß der Protest besonders in der Gewerkschaftsjugend verbreitet wird. Verfaßt Protestresolutionen, schreibt an den Bundesvorstand. Wie wir schon im AK 165 schrieben: „Es wird höchste Zeit, daß dieser Diktator (Karl Schwab, Anm. AK) gestürzt wird. Wir fordern die gesamte Linke in der DGB-Jugend auf, hier mit Hand anzulegen. Zwingen wir den Bundesvorstand, die Karten auf den Tisch zu legen.“

Lehrlingskommission

GEW Berlin gibt nach

Am 18. und 19. Dezember 1979 fand eine LVV der GEW in Westberlin statt, auf der neben Haushaltsfragen die Arbeitszeitverkürzung und das Verhältnis GEW Berlin – GEW Bund – DGB (Politische Willenserklärung, siehe dazu auch AK 168) als wichtigste Themen der Tagesordnung standen.

Im Dezember 1978 verabschiedete die GEW Berlin anlässlich der Wiedereingliederung in die GEW Bund, eine politische Willenserklärung, in der die Grundlagen der Politik der GEW Berlin festgehalten wurden. U.a. hält sie daran fest, für ihren Organisationsbereich die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht anzuerkennen. Mehrfach wurden von Seiten der GEW Bund scharfe Angriffe gegen die politische Willenserklärung geübt, deren Existenz letztlich dazu führte, daß Walter Sickert, Vorsitzender des DGB Landesbezirks, sich bis jetzt geweigert hat, den 1. Vorsitzenden der GEW Berlin in den DGB Landesvorstand aufzunehmen. Weil ein Teil der Delegierten, nämlich derjenige, der vor der Fusion Mitglied in der GEW im DGB gewesen war, noch nicht über die politische Willenserklärung abgestimmt hatte und aufgrund der oben genannten Auseinandersetzungen lag die Politische Willenserklärung erneut zur Beschlussfassung vor.

Zu dem Antrag, die Erklärung bis auf wenige Aktualisierungen bis einmal zu bestatigen, gab es einen „Stück“ vor.

Zu dem Antrag, die Erklärung bis auf wenige Aktualisierungen noch einmal zu bestatigen, gab es einen Änderungsantrag von Boris Fahlbusch, Leiter des Referats A, der vorschlug den Passus:

„Die LVV der GEW Berlin verurteilt die Existenz und Anwendung der UVB's in allen DGB-Gewerkschaften und erklärt ihre politische Solidarität mit allen von den UVB's betroffenen Kollegen. Die LVV der GEW Berlin erklärt ausdrücklich ihren Willen, bis zur Aufhebung der UVB's durch die Gremien der GEW bzw. des DGB sich entschieden gegen die Anwendung der UVB's einzusetzen“ durch folgende Formulierung zu ersetzen:

„Die LVV der GEW Berlin kritisiert die Existenz und Anwendung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Sie ist nach wie vor der Meinung, daß die UVB's dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft und der innergewerkschaftlichen Demokratie widersprechen; der Ausschluss von Mitgliedern allein aufgrund einer Mitgliedschaft in einer politischen Partei ist für uns keine Form der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung.“

Die LVV der GEW Berlin erklärt ausdrücklich, daß sie alle gewerkschaftlichen Aktivitäten unterstützt, die zu einer Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse führen werden. Die GEW Berlin will alle satsungsrechtlichen Möglichkeiten nutzen, um sich gegen eine Anwendung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu wehren. Sie wird auf dem Gewerkschaftstag 1980 der GEW einen Antrag auf Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse stellen.“

Dieser Änderungsantrag wurde mit 157 zu 97 Stimmen angenommen, womit die GEW Berlin der Aufforderung Fristers einer „satzungskonformen Formulierung“ nachgekommen ist. Stück für Stück kommt man sich näher!

Eine Westberliner Genossin



Diese „ran“-Redakteure Isenmeyer und Zera (2. und 3. von links) wurden entlassen. Die beiden übrigen, Elfriede Westfahl und Uwe Möller, traten aus Solidarität zurück.

Postgewerkschaft nimmt DKP aufs Korn

Langsam wird ernst für die DKP. Bislang von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen verschont, im vergangenen Jahr aber scharfen Angriffen von Seiten des DGB und einer Reihe von Gewerkschaftsvorständen ausgesetzt, sieht sich die DKP innerhalb der Postgewerkschaft (DPG) den bislang wohl schärfsten Anfeindungen ausgesetzt.

Wie kürzlich bekannt wurde, faßte der Gewerkschaftsrat der DPG den Beschluß, daß die Mitgliedschaft in der DKP momentan nicht zwingend zum Ausschuß aus der DPG führt. Der Beschluß ist aber in einer Weise formuliert, daß die Gewerkschaftsführer jederzeit auf Unvereinbarkeit umschalten können, wenn es ihnen politisch in den Kram paßt. Der Beschluß erinnert insofern in fataler Weise an das nach wie vor gültige Verbotsurteil von 1956 gegen die KPD, das den Herrschenden erlaubt, jederzeit ohne neues Grundurteil gegen kommunistische oder sozialistische Gruppen ein Verbot zu verhängen.

Unvereinbarkeits-Antrag auf dem Gewerkschaftstag

Unter der Antragsnummer 951 hatte sich der DPG-Gewerkschaftstag 1977 mit einem Antrag aus Koblenz-Trier zu befassen, der für die DKP einen Unvereinbarkeitsbeschluß verlangte, und zwar nicht etwa, weil die DKP oder ihre Mitglieder sich gewerkschaftsschädigend verhielten, sondern weil die DKP „ausweislich ihrer programmatischen Aussagen verfassungsfeindliche Ziele (verfolgt). Danach lehnt sie das nach dem Grundgesetz als unabänderlich vorgesehene oberste Strukturprinzip der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ab“ (Antragsbegründung, nach „die Neue“, 20.12.79). Dieser ungeheuerliche – und angesichts der Berufsverbote bei der Post auch unverhüllt denunziatorische – Antrag wurde von den Delegierten als Material an den Gewerkschaftsrat überwiesen. Dieser stellte auf seiner Sitzung am 16.11.79 zwar die Vereinbarkeit der gleichzeitigen Mitgliedschaft in DKP und DPG fest, beschleunigte in DKP aber die Verfolgung verfassungsfeindlicher Ziele. Denn: „Die DKP bezeichnet die Erscheinungsform des ‚realen Sozialismus‘ in der Sowjet-

union und der DDR als erstrebenswerte Alternative. Die DKP strebt deshalb die grundlegende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik in eben diesem Sinne an“ (zitiert aus dem „Beratungsergebnis der Arbeitsgruppe zum Antrag 951 des DPG-Kongresses“, ebenso wie die folgenden Zitate nach „die Neue“, 20.12.79). Wie bei allen DGB-Gewerkschaften üblich, enthält auch die DPG-Satzung ein allgemeines Bekenntnis zur FdGO. Die DKP, so stellte der Gewerkschaftsrat fest, befinde sich „offenkundig mit diesen Bedingungen nicht in Übereinstimmung“ und bekenne sich vielmehr „zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin“. Die FdGO werde von der DKP nur so lange respektiert, „wie diese ihrer langfristigen Zielsetzung nützt und ihr eine ‚Massenbasis‘ zur Verwirklichung (ihrer) Zielsetzung fehlt.“

Mit anderen Worten heißt das: Nur die relative Erfolgslosigkeit der DKP, die sie zur „sprachlichen Tarnung ihrer langfristigen Ziele“ zwingt, hat sie bislang vor dem Unvereinbarkeitsbeschluß bewahrt.

Die Rezepte des Gewerkschaftsrates

Statt des Gewerkschaftsausschlusses empfiehlt der Gewerkschaftsrat die „politische Auseinandersetzung“. „Die sprachliche Tarnung muß der DKP unmöglich gemacht werden, indem in gewerkschaftlichen Veröffentlichungen und in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit die Begriffsinhalte und die langfristige Zielsetzung der DKP intensiv erläutert werden.“

Daß es bei diesen Erläuterungen natürlich nicht um einen offenen Meinungsstreit in gegenseitigem Respekt geht, sondern schlicht und einfach um antikommunistische Hetze, geht eindeutig aus dem dann folgenden Abschnitt hervor. Der Rat legt der DPG quasi ein Funktionsverbot für DKP'ler nahe. Es heißt dort: „DKP-Mitglieder und andere Anhänger dieser Ideologie können nicht daran gehindert werden, sich um gewerkschaftliche Funktionen zu bewerben. Im Falle solcher Bewerbungen sollte jedoch den wahlberechtigten Mitgliedern und den Or-

ganen der DPG eindringlich vor Augen gestellt werden, welchen politischen Zielsetzungen solche Bewerber anhängen und zu welchem Mißbrauch des Vertrauens sie letztlich dadurch gehalten sind. Um solchen Mißbräuchen vorzubeugen, wird empfohlen, DKP-Mitglieder und andere Anhänger dieser Ideologie weder in gewerkschaftliche Funktionen zu wählen, noch sie als Teamer, Ausschußmitglieder oder hauptamtliche Mitarbeiter zu berufen.“

Unter dem Stichwort der Warnung vor dem „Mißbrauch des Vertrauens“ wird unverhohlen jeglicher Verleumdung und Niedertracht das Wort geredet. Weit davon entfernt, DKP-Gewerkschafter gegen die sie bedrohenden Berufsverbote bei der Post in Schutz zu nehmen, ermuntert der Gewerkschaftsrat alle Kollegen, sich auch noch als Stichwortgeber für die staatlichen Schnüffler zu betätigen. Offenbar soll Denunziation zur gewerkschaftlichen Tugend werden.

Doch noch etwas anderes ist bemerkenswert an dem Rats-Beschluß. An mehreren Stellen wird ausdrücklich nicht nur auf DKP-Mitglieder, sondern auch auf „andere Anhänger dieser Ideologie“ abgehoben. Der Kreis der Betroffenen wird also deutlich weiter gezogen als nur um die DKP-Mitglieder. Der eingangs erwähnte Antrag 951 wird sogar dahingehend kritisiert, daß er sich nur auf DKP-Mitglieder bezieht. Dies bedeutet, daß ohne weiteres jeder kritische Gewerkschafter betroffen sein kann; man braucht ihn nur zu bezichtigen, er sei „Anhänger dieser Ideologie“. Da aber die links von der DKP stehenden Gewerkschaftsmitglieder so schon mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen belegt sind, zielt diese Formulierung eindeutig auch auf unabhängige Sozialisten, Stamokap- und andere Jusos (von denen sich schließlich viele auf Marx berufen) usw.

Schon aus diesem Grunde darf der Kampf gegen die Ausschußpolitik und den Beschluß des DPG-Rats nicht allein der DKP überlassen bleiben, die nach aller Erfahrung auf Angriffe eh nur mit gesteigertem Wohlverhalten und Unterwürfigkeit, nicht aber mit solidarischer Abwehr reagiert.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

IG-Chemie will

IG-Chemie will 'Grauen Wolf' ausschließen

Ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten hat die Frankfurter Verwaltungsstelle der IG Chemie gegen einen Türken eingeleitet. Der Türke ist Mitglied der rechtsradikalen Terrororganisation „Graue Wölfe“, die zu der faschistischen türkischen Partei MHP unter dem Hitler-Verehrer Alparslan Türkeş gehört und für zahlreiche politische Morde an Linken und Gewerkschaftern verantwortlich ist.

Wie die „Frankfurter Rundschau“ (8.12.79) meldet, hat der Faschist wiederholt Streit mit andersdenkenden türkischen Kollegen an seinem Arbeitsplatz gehabt. Unter anderem bedrohte er den Betriebsratsvorsitzenden und ein türkisches Betriebsratsmitglied mit „Erschießen“. Sollte es tatsächlich zum Ausschuß des Faschisten kommen, wäre dies eine echte Rarität: Gewerkschaftsausschlüsse von Rechten und Rechtsradikalen sind bislang im DGB fast unbekannt.

Der ÖTV-Hauptvorstand hat mit Einschluss vom 5.12.1979 am 21.12.1979 den Vertrauensleuten der Deutschen Bibliothek nach über zehnmönatigem Herausögern seiner Entscheidung ihren Ausschuß aus der ÖTV mitgeteilt. Nachdem der Anwalt der Vertrauensleute wegen des Ermessensmißbrauches der vereinsrechtlichen Strafgewalt eine Woche zuvor beim ÖTV-Hauptvorstand vorstellig geworden war, faßte dieser dann mit auffällender Eile den Ausschuß-Beschluß.

Damit ist es ganz offensichtlich der angedrohten Feststellungsklage zuvor gekommen, was ein blamables Eingeständnis darstellt. Einen dritten Prozeß gegen die Vertrauensleute der Deutschen Bibliothek zu verlieren, konnte man sich – ohne entsprechende Konsequenzen ziehen zu müssen – eben nicht mehr leisten.

Die im Dezember 1978 gewählten sieben Vertrauensleute hatten bereits im Januar 1979 Funktionsverbot erhalten, weil sie im Auftrage und Namen der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek einen Leserbrief an die „Frankfurter Rundschau“ und eine Petition an ein Verwaltungsratsmitglied der Deutschen Bibliothek geschrieben hatten und diesem unredlichen Tun nicht abschwören wollten.

Den Vertrieb der von der Betriebsgruppe bzw. den „Nicht bestätigten und vom Ausschuß bedrohten Vertrauensleuten der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek“ herausgegebenen Dokumentation zu diesem exemplarischen Konflikt hatte der ÖTV-Hauptvorstand im Laufe des Jahres zweimal vergeblich durch eine Unterlassungsklage zu unterbinden versucht, hatte aber eine gerichtliche Desavouierung der Vertrauensleute nicht erreicht. Noch blamabler aber ist die nunmehr bekanntgewordene Korrektur der Ausschußantragsbegründung vom 16.2.1979 durch den Kreisvorstand Frankfurt am 14.9.1979.

Den ÖTV-Hauptvorstand kümmert es wenig, daß der korrigierte Ausschußantrag gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 14.10.1979 verstößt. Es kümmert ihn ebenso wenig, daß bis auf 27% die Mitglieder der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek inzwischen ihren Austritt aus einer Organisation erklärt haben, die ihre Politik nicht mehr an

den Interessen ihrer Mitglieder orientiert ist.

Adler-Werke Frankfurt: Betriebsräte gegen Sozialplan

Die Triumph- und Adler-Werke sollen zu einer einheitlichen Kapitalgesellschaft zusammengefaßt werden. Daneben läuft bereits seit einigen Jahren ein Prozeß der Umstrukturierung. Mechanische Schreibmaschinen werden nicht mehr produziert. Neben der Produktion von herkömmlichen Büromaschinen werden Datenverarbeitungsgeräte hergestellt. Der Betriebsratsvorsitzende Stein vermutet, daß in Zukunft die Zusammensetzung der Belegschaft anders aussehen könnte. Stein meint, daß vor allem die 1300 ausländischen Beschäftigten betroffen sein werden, da die wenigsten von ihnen für Umschulungen in Frage kommen, da sie keinen erlernten Beruf hätten.

Vor dem Hintergrund des Zusammenschlusses Triumph - Adler wurde auf Initiative der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat ein Sozialplan abgeschlossen.

Die Betriebsräte der „2. Liste“ lehnen diesen Sozialplan ab. In einem Brief an die „Neue“ schreibt Betriebsrätin Nelida Schulz u.a.: „Sechs (alles ausländische) Betriebsräte der 2. Liste haben den Sozialplan abgelehnt, denn durch ihn wird nicht verhindert, die Belegschaft zu rationalisieren und einen Teil von ihr zu entlassen. Auch wenn an seiner Ausarbeitung die Leitungen der Betriebsräte von Frankfurt und Nürnberg mitwirkten, beschränkte sich die Diskussion über ihn darauf, ja oder nein zu sagen.“

Die 2. Liste ist gegen diesen Sozialplan, unabhängig davon, wer an seiner Ausarbeitung mitwirkte, weil damit die Konzernleitung den Betriebsrat für mögliche Entlassungen und Rationalisierungsmaßnahmen kompromittiert. Dann ist es nicht nur sie, die entläßt, sondern so bindet sie dem Betriebsrat die Hände und verhindert seine Aktionsunabhängigkeit.“

Abgesichert ist durch die jetzt bestehende Vereinbarung lediglich der Betriebsrat. In einem Zusatzprotokoll

den Tagesbedürfnissen ihrer Mitglieder ausrichtet.

Auf den Kernpunkt des Konflikts geht der Hauptvorstand überhaupt nicht ein. Vielmehr müssen sich die Vertrauensleute die Gründung einer sektiererischen Untergliederung innerhalb der ÖTV vorwerfen lassen, wenn sie im Auftrage und Namen ihrer Betriebsgruppe ein Bittschreiben betreffs eines neuen Standortes der Deutschen Bibliothek an ein Verwaltungsratsmitglied ihres Hauses richten. Auch wenn entsprechende Anträge der Betriebsgruppe an die Kreisverwaltung, doch ihrerseits aktiv zu werden, in deren Papierkorb verschwinden – egal, die Betriebsgruppe wird zerschlagen! Denn ÖTV-Mitglieder, die die Satzung entsprechend höchst richtiger Rechtssprechung einschränkend interpretieren, sich nicht den Auslegungen der bürokratischen Exegeten beugen und sich keinen Maulkorb umhängen lassen, sind nun einmal Sektierer und daher auszuschließen.

Die Vertrauensleute der Deutschen Bibliothek haben gegen die skandalöse Fehlentscheidung des ÖTV-Hauptvorstandes beim Gewerkschaftsausschuß Beschwerde eingelegt. Das sind sie der Sache schuldig, auch wenn sich das weitere Verfahren als Farce erweisen wird. Ganz offensichtlich hat der ÖTV-Hauptvorstand an der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek mit allen Mitteln ein Exempel statuiert, um künftig andere Betriebsgruppen davon abzuhalten, ebenfalls mehr Demokratie zu wagen.

Die gewählten Vertrauensleute und die inzwischen aus Protest aus der ÖTV ausgetretenen Kolleginnen und Kollegen führen die notwendige betriebliche Gewerkschaftsarbeit nach ihrem erprobten Demokratieverständnis getreu dem Titel ihrer Dokumentation „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht“ fort und werden auch unter den erschwerten Bedingungen des „gewerkschaftlichen Exils“ den aufrechten Gang weiter üben. Eine Reaktivierung der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek wird nur möglich sein, wenn der Forderung nach uneingeschränkter Artikulationsmöglichkeit für Vertrauensleute und Betriebsgruppen innerhalb der ÖTV Rechnung getragen werden sollte.

Kolleginnen und Kollegen der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek

Kolleginnen und Kollegen der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek

DRUPA Stuttgart gegen UVB's

Noch im alten Jahr beschloß der Ortsverein Stuttgart der IG Druck und Papier bei nur einer Gegenstimme auf einer Mitglieder- und Delegiertenversammlung, daß den Delegierten des nächsten Gewerkschaftstages die nachfolgende Resolution zur Annahme empfohlen wird. Den Wortlaut entnehmen wir der „Neuen“ vom 29.12.79:

„Der Gewerkschaftstag verteidigt mit allem Nachdruck den Grundsatz der Einheit der Gewerkschaft als freiwilligen Zusammenschluß christlicher, sozialdemokratischer, kommunistischer und parteiloser Arbeiter, Angestellter und Beamter, unabhängig von ihren weltanschaulichen und parteipolitischen Auffassungen auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Interessen als Lohnabhängige. Wir verurteilen alle Tendenzen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, die schon bisher das Prinzip der Einheitsgewerkschaft verlassen haben. Der Hauptvorstand soll im

Rahmen des DGB auch auf die anderen Einzelgewerkschaften einwirken, vorhandene ‚Unvereinbarkeitsbeschlüsse‘ ersatzlos zu streichen; Mitglieder faschistischer Organisationen sind von der Mitgliedschaft auszuschließen. Der Gewerkschaftstag tritt allen Versuchen der Unternehmer und der sie repräsentierenden Politiker entgegen, das Lebensprinzip der Einheitsgewerkschaft mit Schlagworten wie ‚parteiliche Unaufrichtigkeit‘ oder ‚Sozialismus = Faschismus‘ anzugreifen. Diese Angriffe zielen darauf ab, die Einheitsgewerkschaft zu spalten, aktive Mitglieder herauszubringen und sich letztlich unternehmerhörige Scheingewerkschaften zu schaffen. Der aktive gewerkschaftliche Kampf gegen diese Angriffe ist notwendig und hat nichts mit Verletzung parteipolitischer Neutralität, aber alles mit der Verteidigung der Existenzgrundlagen unserer Gewerkschaft zu tun.“

Anzeige

Rothbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen

Über 100 Fälle dokumentiert mit mehr als 350 Original-Dokumenten

Die Zeitschrift

„DASDA“ zu diesem Buch:

„...Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden.“

Zu beziehen über j.rents-verlag, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50 650 Seiten, DM 22,-

Folgen der Teilzeitarbeit:

Verschärfung der Ausbeutung und Diskriminierung arbeitender Frauen



Zur Einschätzung der Vor- und Nachteile der Teilzeitarbeit ist in den vergangenen Jahren viel und kontrovers diskutiert worden. In der SPD und den Gewerkschaften läuft seit einigen Jahren eine Auseinandersetzung, ob die Forderung nach „mehr Teilzeitarbeitsplätzen“ erhoben werden soll oder nicht. Auf unserer letzten KB-Frauenversammlung im Dezember 1979 diskutierten wir diese Frage ebenfalls kontrovers. Um eine Auseinandersetzung um diese Frage einzuleiten, soll dieser Artikel als Diskussionsbeitrag dienen. Wir hoffen, daß sich viele Genossinnen und AK-Leserinnen zu diesem Thema äußern. Besonders wünschenswert wären auch praktische Erfahrungen mit der Teilzeitarbeit sowie Berichte aus der gewerkschaftlichen Diskussion.

Teilzeitarbeit Teil der „stillen Reserve“

Die Teilzeitarbeit hat erst in den letzten zwei Jahrzehnten ein beträchtliches Ausmaß angenommen. In den fünfziger Jahren hatte lediglich die Post Teilzeitarbeitsplätze (ca. 17.000) anzubieten. Teilzeitarbeit wird vor allem von verheirateten Frauen mit Kindern wahrgenommen. „Der Anteil der teilzeitbeschäftigten Selbständigen und Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen stieg von 6 % im Jahr 1960 auf rd. 14 % (3,6 Mill.) 1977. Während die Teilbeschäftigungsrate bei den Männern auf sehr niedrigerem Niveau (1,6 bis 3 %) stagnierte, erhöhte sie sich bei den Frauen von 13 auf 32 %“ („Handelsblatt“, 22.5.79). Der Anstieg der Teilzeitarbeit entwickelte sich vor allem in den sechziger Jahren und stagnierte in den darauffolgenden. Teilzeitarbeitsplätze wurden also in den Jahren eingerichtet, wo die Nachfrage nach Arbeitsplätzen hoch war, und somit als Anreiz besonders an die Frauen zum „Mitverdienen“ angeboten wurde.

Rund 1/3 (ca. 1,8 Mill.) aller erwerbstätigen Frauen haben einen Teilzeitarbeitsplatz (Teilzeit definiert sich zwischen 1 - 39 Stundenwoche). Diese Frauen können kaum auf qualifizierte Berufe zurückgreifen, geschweige denn mit Ausbildung und Förderung rechnen. Die Teilzeitarbeitsplätze sind in der Regel monotone Arbeitsplätze, die Folge der kapitalistischen Rationalisierungspolitik und der größeren Teilung der Arbeit in der Produktion und Verwaltung sind. Der Bereich Handel (28 % Teilzeitarbeit) und Verarbeitendes Gewerbe (18 %) besteht in der Teilzeitarbeit im wesentlichen aus Fließbandarbeit. Die Putzfrauen im Bereich der Dienstleistungsbetriebe stellen einen Anteil von 22,1 % aller Teilzeitbeschäftigten (1). In den Angestelltenberufen wird Teilzeitarbeit ebenfalls nur für „unqualifizierte“ Arbeiter angeboten.

Lediglich die Beamten(innen) stellen eine Ausnahme in qualifizierten Berufen dar, allerdings sind es auch hier die Frauen, die zu 96,7 % teilzeitarbeiten (2). 1969 wurde zunächst nur den Beamtinnen Teilzeitarbeit genehmigt, seit 1974 gilt die Regelung auch für männliche Beamte (2). Nachteile haben sich aber auch hier mehr als genug für die Frauen gezeigt (siehe weiter unten).

Von den 32 % teilzeitbeschäftigten Frauen arbeitet ca. die Hälfte zwischen 24 und 39 Stunden und die andere Hälfte unter 23 Stunden (3). Dies

ist insofern von Bedeutung, weil die Kapitalisten erst bei einer 20-Stundenwoche verpflichtet sind, Sozial- und Arbeitslosenversicherung zu zahlen. Bei weniger als 15 Stunden braucht die Rentenversicherung nicht mehr gezahlt zu werden. Die Lohnfortzahlung bei Krankheit kann bei weniger als zehn Stunden gestrichen werden. Sonderleistungen wie Essengeld, Zuschuß für Arbeitszeug oder Brillen oder Überstundenzuschläge entfallen ebenfalls für die Teilzeitarbeiter(innen). Eine besondere Benachteiligung erfahren Frauen aus dem Öffentlichen Dienst, die im höheren Alter (kurz vor ihrer Rente) teilzeitarbeiten. Ihre Rente wird bemessen nach dem Verdienst der letzten drei Jahre („Teilzeitarbeit“, Information der ÖTV). Fehlzeiten wie Arztbesuche, Teilnahme an gewerkschaftlichen Versammlungen (ÖTV) oder Behördengänge müssen Teilzeitbeschäftigte in ihrer Freizeit durchführen, während Vollbeschäftigte dies in ihrer Arbeitszeit erledigen können.

Ein weiterer wesentlicher Vorteil für die Kapitalisten ist die erhöhte Leistungsintensität. Erfahrungen bzw. Studien zeigen, daß Frauen, die einen 4-Stundentag arbeiten, in dieser Zeit zwei Drittel der Leistung einer Vollkraft erbringen. Insbesondere steigt die Leistungskraft in stark konzentrationenbedingten Berufen wie Maschinenschreiben oder Computertätigkeiten bzw. in jüngster Zeit Bildschirmarbeiten. Die IG-Metall-Frauen beneuschreiben oder Computertätigkeiten bzw. in jüngster Zeit Bildschirmarbeiten. Die IG-Metall-Frauen berichten: „Wer seine Arbeitsenergie auf ca. vier bis fünf Stunden konzentrieren kann, erbringt bessere Leistungen als diejenigen, die sie auf acht bis neun Stunden verteilen muß. Es wurde z.B. eine bis zu 25 % höhere Akkordleistung erreicht (RKW-Studie 1963). Dadurch wird die Arbeitskraft der ganzzeitig Beschäftigten entwertet“ (4). Teilzeitarbeiter(innen) stellen eine zusätzliche Konkurrenz für die Arbeiter(innen) dar, sind andererseits aber diejenigen, die zuerst ihren Arbeitsplatz verlieren und einer extremen Ausbeutung unterliegen. „Teilzeitarbeit ist im hohem Maße anfällig für konjunkturelle Schwankungen. In Zeiten der Hochkonjunktur werden Teilzeitarbeitsplätze eingerichtet. Bei ersten Anzeichen von Konjunkturschwankungen fallen sie wieder weg ... 190.608 Teilzeitarbeit suchenden Arbeitslosen stehen nur 20.857 Stellen gegenüber. Zu Recht stellt die internationale Arbeitskonferenz - IAK - daher fest: „Eine Sicherung der Beschäftigung ist für Teilzeit der Beschäftigten nur in dem Maße gegeben, als ihr Arbeitsplatz seinem Wesen nach Anspruch auf Sicherheit begründet... so wie eine Wahl getroffen werden muß - zum Beispiel bei Konjunkturrückgang - verlieren die Teilzeitbeschäftigten als erste ihren Arbeitsplatz“ (1).

Folgen der Teilzeitarbeit: Arbeitslosigkeit und Benachteiligungen ...

Der Anteil der arbeitslosen Frauen, die Teilzeit gearbeitet haben und eine derartige Beschäftigung wieder suchen, lag 1976 bei 35,9 % an der Gesamtzahl (die etwa bei 600.000 Frauen liegt) der arbeitslosen Frauen. „Vergleicht man die Zahlen mit vor zehn Jahren, so wird deutlich, daß gerade im Bereich Teilzeitarbeit sich das An-

gebot außerordentlich reduziert hat. So waren Ende 1969 noch 61.900 offene Stellen für weibliche Teilzeitarbeitskräfte bei den Arbeitsämtern der Bundesrepublik gemeldet.“

Heute liegt die Teilzeitarbeitslosigkeit der Frauen etwa bei 190.000. Bedenkt man, daß dies nur die registrierten Teilzeitarbeitslosen sind und die Dunkelziffer noch die Lage verschärft, sind die teilzeitarbeitenden Frauen auf den schwersten von der Frauenarbeitslosigkeit betroffen. Die Situation der teilzeitarbeitenden Frauen erschwert sich durch ihre familiären Belastungen. Meist haben sie Kinder, die vormittags zur Schule gehen oder nur vormittags von anderen Leuten betreut werden können. Von daher konzentriert sich die Mehrheit der Teilzeitarbeit suchenden Frauen auf den Vormittag. Arbeitslose Teilzeitarbeiterinnen stehen vor dem Arbeitsamt noch schlechter da als andere Arbeitslose. „Liegen diese Voraussetzungen der familiären Belastung nicht vor und ist somit der Arbeitsuchende nicht durch gesetzlich anerkannte zwingende Gründe zeitlich begrenzt, so wird er seit Inkrafttreten der Gesetzesverschärfung (Arbeitsförderungs-gesetz) vor die Wahl gestellt, entweder seine Arbeitszeitwünsche den auf dem Arbeitsmarkt üblichen und vorhandenen Angeboten anzupassen oder aus der Liste gestrichen zu werden“ (1).

Teilzeitarbeit als Lösung der Frauenarbeitslosigkeit?

Teilzeitarbeit als Lösung der Frauenarbeitslosigkeit?

Teilzeitarbeit zur Lösung der Frauenarbeitslosigkeit ist ein viel gepriesenes Mittel der etablierten Parteien bis zur

tern, die zu diesem Modell zehn Teilzeitarbeitsplätze beisteuerte, „peilt über den Daumen: ... den Abbau der überhöhten Krankheitsquote bei (den) Frauen und eine effektivere Arbeitsleistung sowie die Auslastung der Anlagen“ könnte von Vorteil sein („Wirtschaftswoche“, 19.3.79). Der Familienpolitiker Götz, CDU, verspricht sich von mehr Teilzeitarbeitsplätzen folgendes:

„...die gesellschaftspolitisch bedeutsame Aufgabe der Kindererziehung mit einer Tätigkeit im Erwerbsleben zu verbinden“, für die Frauen versteht sich.

Die Kapitalisten betonen immer wieder die zu hohen Aufwendungen in der Verwaltung. Einarbeitungszeiten seien zu kostenträchtig, um mehr Teilzeitarbeitsplätze einzuführen. Andererseits bestreiten sie aber nicht die höhere Leistungsintensität. „Besonders bei Arbeiten, die eine große Konzentrationsfähigkeit erfordern und schnell zur Ermüdung führen, habe sich Teilzeitarbeit bewährt“ („Handelsblatt“, 22.5.79). Arbeitswissenschaftler der Kapitalisten haben umfangreiche Pläne erarbeitet, wann und wie, unter welchen Bedingungen es sinnvoll ist, Teilzeitarbeitsplätze einzurichten. „Beim örtlichen Arbeitsamt solle man sich über Art und Umfang des Angebots an Teilzeitarbeitskräften erkundigen. Dabei solle auch berücksichtigt werden, ob Frauen oder ältere leistungsgeminderte Arbeitnehmer, die bereits beschäftigt sind, zu einer kürzeren

den, ob Frauen oder ältere leistungsgeminderte Arbeitnehmer, die bereits beschäftigt sind, zu einer kürzeren Arbeitszeit überzugehen wünschen“ („Handelsblatt“, 22.5.79). Es ist also allzu deutlich, daß Teilzeitarbeit für die kapitalistische Wirtschaftspolitik

aufzugeben. Die Nachteile waren so gleich spürbar. Sie mußte jetzt auf einer mechanischen Schreibmaschine schreiben und die gleiche Leistung erbringen. „Obwohl die meisten Teilzeitarbeitskräfte über ständige Rückenschmerzen klagten“, folgte der Kapitalist nicht der Forderung, durch elektrische Schreibmaschinen den Gesundheitszustand der Teilzeitarbeitskräfte zu verbessern. Im Gegenteil, „er argumentierte, Halbtagskräfte nutzen eine elektrische Schreibmaschine überhaupt nicht aus“ („ÖTV-Magazin“, Juli 1979).

Teilzeitarbeitsverträge haben die Kapitalisten in der jüngsten Zeit verstärkt mit Jugendlichen vereinbart, die ja bekanntlich von besonders großer Arbeitslosigkeit betroffen sind. „Unternehmer nennen sie „Teilzeitarbeitsverträge“, in Wahrheit sind es Verträge für vollbeschäftigte junge Arbeitnehmerinnen und Arbeiter, die noch berufsschulpflichtig sind und denen mit Hilfe des Tricks der „Teilzeit“ für den Tag der Lohn vorenthalten wird, an dem sie die Berufsschule besuchen müssen“ („WdA“, 3.1.80). Juristisch ist dies Vorgehen der Kapitalisten unhaltbar, aber nur durch Klagen können die Jugendlichen die Bezahlung der Berufsschultage erreichen.

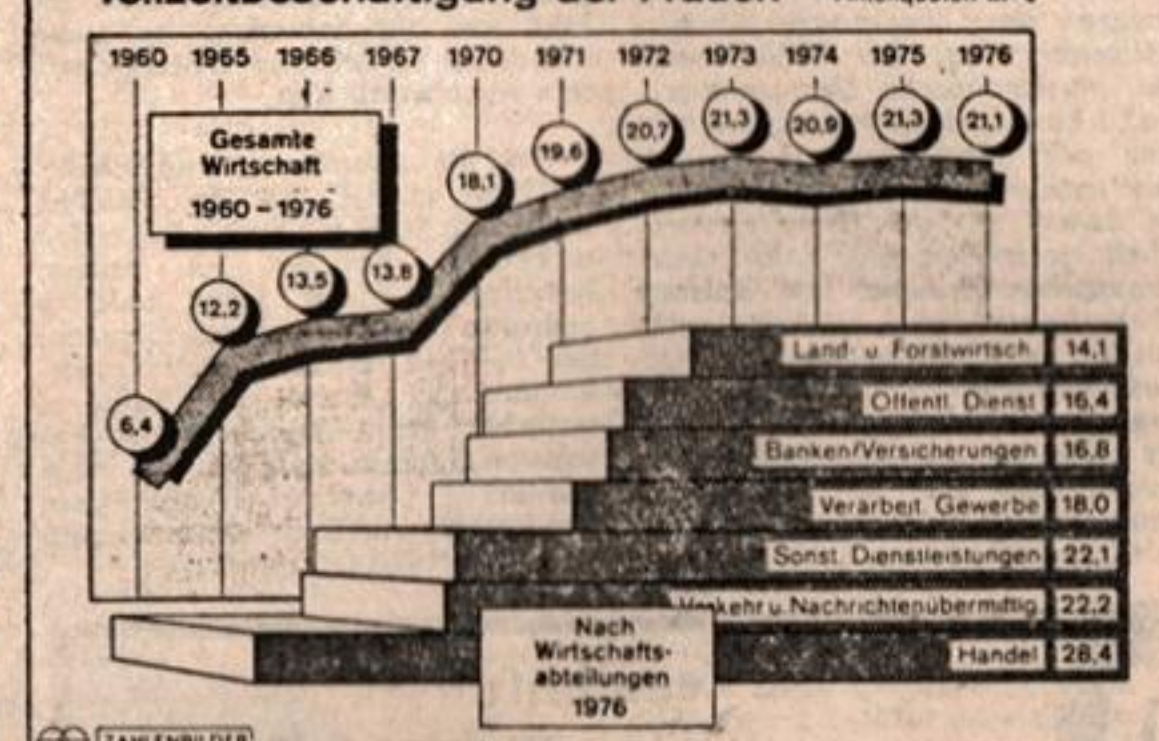
Viele Kaufhauskonzerne sind in letzter Zeit dazu übergegangen, eine „stille Reserve“ von Teilzeitarbeitskräften in Bereitschaft zu halten. „Das heißt, sie werden von der Per-

sonalleitung telefonisch kurzfristig bestellt für einen Tag, vielleicht für eine Woche“ („UZ“, 5.1.80). Die Stunden dieser Teilzeitarbeiterinnen werden in der Regel so gehalten, daß die Konzerne keine Belastung mit Sozialversicherung etc. zu tragen haben. Die Frauen unterliegen der ständigen Unsicherheit, ob sie Arbeiten und ein Einkommen haben oder nicht. Die enormen Rationalisierungsmaßnahmen der Kaufhaus-Konzerne ermöglichen diesen eine zusätzliche Auswahl „zuverlässiger“ Arbeiterinnen.

In einem Leserbrief an die Zeitung des DGB „Frauen und Arbeit“ berichtet eine Beamtin, die von Vollzeit auf Teilzeitbeschäftigung umsteigen mußte, weil ihr Kind schulpflichtig geworden war, welche Nachteile ihr widerfahren sind: „Zunächst wurde mein Aufgabengebiet erheblich eingeschränkt: ... Meine Arbeit wurde delegiert, die Arbeitsinhalte sind eingeschränkt, ein beruflicher Aufstieg und eine berufliche Qualifizierung sind damit so gut wie unmöglich geworden. Innerhalb der Kollegschaft habe ich einen Sonderstatus, der von mir nicht gewünscht wird und den ich ablehne. Ich betrachte diesen Sonderstatus als frauenspezifisch und empfinde ihn als diskriminierend.“ Nach einer Operation wurde die Kollegin versetzt. „Wenn ich davon ausgehe, daß ich mit meinem Antrag lediglich um eine Reduzierung der täglichen Arbeitszeit um drei Stunden bat, und mir heute meinen Arbeitsplatz ansehe, so muß ich feststellen, daß dieser Antrag eine Lawine von Benachteiligungen ausgelöst hat und wahrscheinlich in der Folgezeit noch auslösen wird. Mein Arbeitsplatz von damals hat mit dem von heute nicht mehr viel gemeinsam“ („Frauen und Arbeit“, 4/79).

Fortsetzung auf Seite 15

Teilzeitbeschäftigung der Frauen



DAG (Deutsche Angestellten Gewerkschaft) und auch in Teilen des DGB. Vor einem Jahr startete die SPD eine Kampagne für Teilzeitarbeit nach dem Motto „aus eins mach zwei“. Die CDU subventionierte aus Steuergeldern in Rheinland-Pfalz jeden bereitgestellten Teilzeitarbeitsplatz mit 3.500 DM an die Kapitalisten. „Bei diesem Modell, sollte es gelingen, steht erstmals auch der Arbeitswille dieser Frauen auf dem Prüfstand. Bisher konnten sie - theoretisch - offiziell einen Teilzeitarbeitsplatz suchen, inoffiziell aber gar nicht arbeiten wollen, denn die Arbeitsämter waren nicht in der Lage, ihnen einen Job anzubieten und mußten folglich zahlen“ („Wirtschaftswoche“, 19.3.79). Die G.M. Paff in Kaiserslau-

nur in Frage kommt, wo verstärkt Profite und Ausbeutung der Frauen zum Zuge kommen. Der Schwindel der SPD und CDU, Teilzeitarbeit würde die Arbeitslosigkeit der Frauen mindern oder gar lösen, ist durchweg ein Propagandatrick.

Teilzeitarbeitende Frauen werden zusätzlich diskriminiert

Einige Beispiele sollen hier genannt werden, um die besondere Diskriminierung teilzeitarbeitender Frauen darzustellen. Die Kollegin Johanna K. aus München arbeitete im Öffentlichen Dienst im Schreibsaal an einer elektrischen Schreibmaschine. Als die Teilzeitarbeit eingeführt wurde, entschied sie sich, ihren Vollarbeitsplatz

Fortsetzung von Seite 14

Gewerkschaftliche Auseinandersetzungen um die Forderung nach mehr Teilzeitarbeitsplätzen

Noch vor wenigen Jahren haben der DGB und die verschiedenen Einzelgewerkschaften die „Ausweitung von Teilzeitarbeitsplätzen“ zur Lösung der Frauenarbeitslosigkeit gefordert. Allerdings forderten sie „Teilzeitarbeitsplätze für Frauen und Männer sowie auch in höher qualifizierten Tätigkeiten bereitzustellen“ (Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung Juli 1977). Die DGB-Frauen haben in den letzten Jahren kontrovers diskutiert.

Mehrheitlich wird heute die Forderung nach mehr Teilzeitarbeitsplätzen abgelehnt, besonders die Propagierung, sie löse Probleme der Frauenarbeitslosigkeit, wird zunehmend angegriffen. „Teilzeitarbeitsplätze werden aber überwiegend nur in einer Zeit der Hochkonjunktur bereitgestellt. In den Jahren der hohen Beschäftigungszahlen wurde die Teilzeitarbeit als Mobilisierungsinstrument stiller Arbeitsreserven eingesetzt“ (DGB Nordmark, Ingrid Richter). Der DGB-Frauenausschuß Hessen hat für die 9. Bundeskonferenz des DGB einen Antrag formuliert, den „Abbau von Teilzeitarbeit für Frauen“ im Programm des DGB aufzunehmen. In der Begründung stellen sie besonders die Nachteile für Frauen dar, die weniger als zehn Stunden in der Woche arbeiten und keinen Anspruch im Krankheitsfall auf Lohnfortzahlung haben. Darüber hinaus beklagen sie, daß die „gewerkschaftliche Organisation von Teilzeitarbeitern erschwert ist wegen unzureichender Identifizierungsmöglichkeiten mit dem Arbeitsplatz und mangels Solidarisierung mit den Ganztagsarbeitern. Damit verringern sich die Chance für die Gewerkschaften, die mit der Teilzeitarbeit verbundenen Nachteile an den Arbeitsplätzen wirksam zu bekämpfen“ (siehe oben).

Die folgenden Standpunkte haben wesentlich zum Positionswechsel der DGB-Frauen beigetragen: „Teilzeitarbeit ist daher das geeignete Mittel, um die Diskriminierung der Frauen im Arbeitsleben zu verewigen. Um Vollzeitarbeit für alle Frauen zu ermöglichen, halten wir es für notwendig, mehr qualitativ bessere Kindertagesstätten und Ganztagschulen einzurichten, deren Öffnungszeiten entsprechend den Arbeitszeiten liegen. Zur Entlastung aus den familiären Verpflichtungen ist es weiter notwendig, sich für Einrichtungen und Dienste zur Betreuung kranker Angehöriger, Wäschereien und öffentlichen Kantinen einzusetzen“ (s.o.). Der Hauptfrauenausschuß der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen lehnt die Ausweitung der Teilzeitarbeit ebenfalls radikal ab: „Von diesen Maßnahmen sind in erster Linie Frauen betroffen. Dabei muß man realistisch sehen, daß viele Frauen wegen der Doppelbelastung in der Familie und Kindererziehung oft solche Verträge eingehen, um überhaupt arbeiten zu können. Ihnen muß mit allen Mitteln klargemacht werden, daß diese Systeme nur das Ziel haben, die Arbeitskraft der Teilzeitarbeiterinnen und Aushilfen ohne Rücksicht auf physische und psychische Belastungen noch mehr auszunutzen, um Personalkosten einzusparen“ (Antrag s.o.). Sie fordern sogar die tarifvertragliche Festlegung der Arbeitszeit, um damit den Kapitalisten die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen zu untersagen.

Die Befürworter(innen) der Forderung nach „Mehr Teilzeitarbeit für Frauen“ in der IG-Metall argumentieren im wesentlichen aus der gesellschaftlichen Situation der Frauen. Frauen, die familiäre Belastungen durch Haushalt und Erziehung wahrnehmen müssen, brauchen Teilzeitarbeitsplätze, damit „sich Beruf und Familie vereinbaren“ lassen („FAZ“, 30.10.79). Sie wollen sich vor allem darauf konzentrieren, die Mißstände in der Teilzeitarbeit durch Forderungen zu verändern. „Da aber nicht gelegnet werden konnte, daß es sich bei Teilzeitarbeit infolge der Unterversorgung an sozialen Einrichtungen um eine bevorzugte Arbeitsform für Frauen handelt, die noch Familie und Kinder zu versorgen haben, entschied sich die Frauenabteilung der IG Metall zu Kompromissen, bis sie schließlich Teilzeitarbeitsplätze forderte...“ (4). Erst 1976, auf der 9. Frauenkonferenz, trat eine Änderung der Einstellung der IG Metall-Frauen ein: „Teilzeitarbeit ist nur eine Notlösung“ (4).

Die IG Metall-Frauen haben auf ihrer 10. Bundeskonferenz ebenfalls die Forderung nach Teilzeitarbeit diskutiert. Besonders radikal bezeichneten sie diesmal Teilzeitarbeit als „verfassungswidrige Benachteiligung der Frauen in unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung anhand zahlreicher Beispiele“ („Neue“, 9.6.79). „Nicht nur würde der Effekt (der Teilzeitarbeit) eine „Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich“ (U. Ible) sein, sondern die Unternehmensebene könnte die Ware Arbeitskraft besser ausbeuten. Erfahrungsgemäß wird in den ersten vier Stunden konzentrierter und schneller gearbeitet als in den zweiten vier Stunden eines Arbeitstages“ (s.o.). Scharf kritisierten die IG Metall-Frauen auch die Bundesregierung, „die... den Unternehmern unsere Steuergelder in den Rachen zum Ausbau der Teilzeit auf Kosten der Vollzeitarbeitsplätze“ schmeißt („UZ“, 22.10.79).

Der ÖTV Bezirksfrauenausschuß beschloß eine Broschüre, die vom „Arbeitskreis zur Verbesserung der gewerkschaftlichen Frauenarbeit“ erarbeitet wurde zur Teilzeitarbeit, die aufschlußreiche Informationen über die Nachteile der Teilzeitarbeit sowie politische Aufklärung über den Sinn und Zweck der Teilzeitarbeit enthält. „Teilzeitarbeit hat zur Folge, daß die traditionelle Rollenverteilung bestehen bleibt. Das heißt, die Frau bleibt überwiegend für Haushalt und Kindererziehung allein verantwortlich und der Mann kann sich ausschließlich seiner Berufstätigkeit widmen.“ Die ÖTV-Frauen fordern „umfassende Informationen durch den Arbeitgeber vor Abschluß des Arbeitsvertrags!“, wenngleich sie Teilzeitarbeit ablehnen („Teilzeitarbeit?“, Informationen der ÖTV).

Die oben beschriebenen Positionen zur Teilzeitarbeit sind nicht gewerkschaftsspezifisch, vielmehr sind sich die Kontrahentinnen gegen die Teilzeitarbeit in ihrer Argumentation weitgehend einig. Sie beklagen ebenfalls alle die mangelnde Organisation der teilzeitarbeitenden Frauen in den Gewerkschaften und die damit geschaffene Spaltung zwischen teilzeit- und vollzeitarbeitenden Frauen.

Die oben beschriebenen Positionen zur Teilzeitarbeit sind nicht gewerkschaftsspezifisch, vielmehr sind sich die Kontrahentinnen gegen die Teilzeitarbeit in ihrer Argumentation weitgehend einig. Sie beklagen ebenfalls alle die mangelnde Organisation der teilzeitarbeitenden Frauen in den Gewerkschaften und die damit geschaffene Spaltung zwischen teilzeit- und vollzeitarbeitenden Frauen.

Keine Diskriminierung der teilzeitarbeitenden Frauen! „Mehr Teilzeitarbeitsplätze“ – Nein dankel

schafftsspezifisch, vielmehr sind sich die Kontrahentinnen gegen die Teilzeitarbeit in ihrer Argumentation weitgehend einig. Sie beklagen ebenfalls alle die mangelnde Organisation der teilzeitarbeitenden Frauen in den Gewerkschaften und die damit geschaffene Spaltung zwischen teilzeit- und vollzeitarbeitenden Frauen.

Keine Diskriminierung der teilzeitarbeitenden Frauen! „Mehr Teilzeitarbeitsplätze“ – Nein dankel

Kein Zweifel kann wohl an der zusätzlichen Diskriminierung der teilzeitarbeitenden Frauen bestehen. Fast 2 Millionen Frauen arbeiten in Teilzeit oder suchen eine derartige Beschäftigung. Der Grund liegt in unseren gesellschaftlichen Verhältnissen, die der Frau die Rolle der familiären „Pflichten“ aufbürdet und unter denen die Kindererziehung immer noch „Sache der Frauen“ ist. Arbeitende Frauen sind doppelt unterdrückt und dazu gehören natürlich auch die teilzeitarbeitenden Frauen.

Die Positionen der gewerkschaftlich organisierten Frauen stehen in Gefahr, arrogant die Situation der teilzeitarbeitenden Frauen zu übergehen. So ist ein Verbot der Teilzeitarbeit, wie es der Hauptfrauenausschuß der HBV fordert, über tarifvertragliche Festlegung sicher nicht zu unterstützen. In einer Presseerklärung „Frauenarbeitslosigkeit kann durch Teilzeitarbeit nicht gelöst werden“, schreiben die Hamburger DGB-Frauen: „Im Verhältnis zur Entwicklung des gesamten Arbeitsangebots gebe es keinen besonderen Rückgang an Teilzeitarbeitsplätzen. Seit 1967 sei der Anteil der Teilzeitarbeitnehmerinnen kontinuierlich gestiegen. Man könne daher nicht von einer besonderen Not der Teilzeitarbeitenden reden, da sich im Zuge des allgemeinen Abbaus der Arbeitsplätze das Volumen der Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätze gleichmäßig verringert habe“ (Pressestelle 12.5.79). Diese Arroganz gegenüber den Betroffenen schlägt sich auch in der Tatsache nieder, daß kaum gewerkschaftliche Forderung, geschweige denn genaue Analysen über die teilzeitarbeitenden Frauen bestehen. Eine nennenswerte Aufklärungsarbeit für Teilzeitarbeit ist nur aus der gewerkschaftlichen Frauenarbeit der ÖTV-West-Berlin bekannt.

Viele Frauen, die teilzeitarbeitenden, stehen nicht vor der Alternative Vollzeit oder Teilzeit, sondern Teilzeit oder ganz die Berufstätigkeit einstellen. Fehlende Kindertagesstätten und Ganztagschulen zwingen sie zur Einschränkung ihrer Berufstätigkeit. Von daher müssen die Mißstände in der Teilzeitarbeit aufgedeckt und ein Forderungspaket gegen die verschärfte Ausbeutung und Diskriminierung entwickelt werden. In den Gewerkschaften sollte die Situation der Teilzeitarbeitenden zum Bestandteil der gewerkschaftlichen Frauenarbeit ge-

macht werden. D.h. vor allem die vollständige Gleichstellung auf arbeitsrechtlichem und sozialpolitischem Gebiet. Die Forderung nach „mehr Teilzeitarbeitsplätzen“ sollte weder eine gewerkschaftliche noch eine von uns vertretene Aufgabe sein. Teilzeitarbeitsplätze stärken die Rolle der Frauen in Familie und Kindererziehung, während die Männer davon „befreit“ sind. Ebenso wenig ist die Frau durch Teilzeitarbeit ökonomisch unabhängig vom Mann, im Gegenteil. Hinzu kommt, daß Teilzeitarbeitsplätze im wesentlichen unqualifizierte, monotone Fließbandarbeiten sind, die zur Verschärfung der Ausbeutung der Frauen führt und die „stille Reservearmee“ der Frauen noch ausbaut. Vielmehr müssen die Schwerpunkte unserer Forderungen auf Chancengleichheit in Beruf und Ausbildung, auf Vollzeitbeschäftigung und Einrichtung von Kindertagesstätten und Ganztagschulen liegen. Sowie die Verkürzung der Arbeitszeit — der 35-Stundenwoche — bei vollen Personal- und Lohnausgleich.

1. Herta Däubler-Gmelin, Frauenarbeitslosigkeit oder Reserve zurück an den Herd!
2. Epping/Langkau u.a.: Frauenarbeit heute — Unter Wert verkauft
3. IMSF Informationsbericht Nr. 31, Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation
4. Dr. M. Borris, 25 Jahre Frauenarbeit der IG Metall

Kommission Betrieb & Gewerkschaft U.

Niggemeier läßt entlassen!

Der Diplomsoziologe Schliehe, der

Niggemeier läßt entlassen!

Der Diplomsoziologe Schliehe, der seit 1977 in der Kreisverwaltung Recklinghausens arbeitete, ist seit dem 31.12.79 entlassen.

„Schliehe war zum 31. Dez. 1979 gekündigt worden, weil seine Stelle im Rahmen der Stellenplanberatung durch den Kreisausschuß des kommunalen Kreistages Recklinghausen gestrichen worden ist... In Recklinghausen weiß man, daß es sich um eine politische Kündigung handelt. Seit Januar 1979 war Schliehe Sprecher der ÖTV-Vertrauensleute und seitdem wurde in der Kreisverwaltung eine aktive betriebliche Gewerkschaftsarbeit geleistet. Dazu gehörte die Herausgabe der Betriebszeitung „Der Kreisel“, in der aktuelle Themen wie Rationalisierungen, Datenverarbeitung, Aufzeichnung von Telefongesprächen, Zentralisierung des Schreibdienstes und Mängel am Arbeitsplatz kritisch diskutiert wurden“ („Neue“, 22.12.79). „Am 14. Dez. jedoch beschließt der Kreisausschuß auf Vorschlag der SPD-Fraktion und ihres Vorsitzenden Horst Niggemeier einstimmig und ohne Aussprache, die Stelle des Diplomsoziologen ersatzlos zu streichen“ („UZ“, 20.12.1979).

Niggemeier hat also wieder zugesprochen! Das kann auch nicht verwundern, wenn man weiß, was für eine Rolle er spielt: Er ist Fraktionsvorsitzender der SPD im Recklinghauser Kreistag, Bürgermeister der Stadt Datteln, SPD-Unterbezirksvorsitzender, Chefredakteur der „Einheit“, IG-Bergbau und Energie Zentralorgan, Vorstandsmitglied der IG Bergbau, einer der Obereinheits der Gewerkschaftsführung beim Pro-AKW-Kurs. In einschlägigen Kreisen ist er als klassischer Repräsentant des Atomfildes bekanntgeworden.

Gegen diese politische Entlassung hat der Kreisvorstand der ÖTV Recklinghausen protestiert. In einem in hoher Auflage verteilten ÖTV-Flugblatt schreibt der Kreisvorstand: „Wir betrachten diesen undemokratischen Willkürakt als Angriff gegen die gesamte ÖTV und gegen die gesetzlich und grundrechtlich geschützte Gewerkschaftsarbeit... Walter Kock, ÖTV-Kreisvorsitzender: Wir werden als erstes eine einstweilige Verfügung vor dem Arbeitsgericht beantragen. Die Auseinandersetzung geht weiter... Wir wissen, daß Horst Niggemeier die treibende Kraft hinter dem Kündigungsbeschuß ist. Für uns ist das umso empörender, weil er sich sonst als aktiver Gewerkschafter gibt“ („UZ“, 22.12.79).

IGM-Redakteurin solidarisiert sich mit EMMA



Solche und ähnliche Bilder begleiteten die Kampagne gegen Alice Schwarzer („Welt der Arbeit“, 25.10.79)

Margot Brunner, Mitglied der Redaktion der IG-Metallzeitung „Metall“, kritisierte die Kampagne der Gewerkschaftszeitung des DGB „Welt der Arbeit“ gegen EMMA. „Alice im Unternehmerland“ u.a. Schlagzeilen war nur der Anfang einer Kampagne männlicher Redakteure der „Welt der Arbeit“ („WdA“). Schützenhilfe leistete prompt die „Bild am Sonntag“. „Bei EMMA ist Alice der Haustyrann“. Dies schockierte die „WdA“-Redakteure keineswegs. Stolz wußten sie von der Resonanz „in bundesdeutschen Medien“ durch ihre „Enthüllung“ zu berichten, auch Springers Schlagzeilen waren nicht zu vermissen („WdA“, 1.11.79).

Was waren jetzt die großen „Enthüllungen“ der „WdA“? Aus gut informierten Kreisen hat die „WdA“ mit offensichtlicher Unterstützung von ehemaligen Mitarbeiterinnen der EMMA Unterlagen, Briefe und Informationen erhalten, die den EMMA-Betrieb schlimmer als die kapitalistische Maloch in anderen Betrieben erscheinen lassen sollen. Über 20 Frauen seien bei EMMA schon weggegangen, einige fristlos gekündigt worden. Darunter eine Frau mit 3 Kindern. Mitbestimmung gebe es auch nicht und Arbeitsverträge „gibt es bei EMMA grundsätzlich nicht“ („WdA“, 4.10.79). Die Bezahlung sei unterschiedlich: „Öffentlich kritisiert eine ehemalige Mitarbeiterin die 'perfekte Arbeitsstellung' bei EMMA begleitet von entsprechend finanziellen Abstrafungen“ („WdA“, 4.10.). Und natürlich, wie sollte es auch anders sein, „Monatelang hat die Chefin (A. Schwarzer, Anm. Red.) Gehaltsanteile zur Vermögensbildung einbehalten“ und die Buchhaltung ist „zweifelhaft“ etc.pp.. Alles in allem: „bei EMMA triumphiert scheinbar das Chaos“ („WdA“, 4.10.). In einer

Im Leserbrief schreibt M. Brunner zur Kampagne gegen die EMMA: „Betroffen bin ich nun, daß ausgerechnet wir als Gewerkschafter das Geschäft derer verrichten, die allen Grund haben, emanzipatorische Bewegungen, die ja wohl der Arbeiterbewegung nahestehen, zu diskriminieren. Es war sicherlich kein Zufall, daß Springers 'BamS' Euren Artikel zum Anlaß für einen heuchlerischen Artikel nahm, in dem fehlende Arbeitnehmerrechte bei EMMA beklagt werden. Wenn im Privatunternehmen Arbeitnehmerrechte verletzt wurden, habe ich die Springer-Presse noch nie aufheulen hören. Sie war auch noch nie unser Bündnispartner, wenn wir als Gewerkschafter für mehr Arbeitnehmerrechte kämpfen“ (EMMA, 1/80). Darüberhinaus weist M. Brunner auf die bekannte Diskriminierung der Frauenbewegung hin und sieht in ihr durchaus eine positive Bewegung, die sich zur Frauenarbeit geäußert hat. „Im übrigen fände ich es ganz wichtig, wenn mal eine Diskussion darüber begänne, was die Arbeiter- und Frauenbewegung miteinander zu tun haben.“

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

BRD-Firmen verstoßen weiter gegen EG-Kodex

Nach einem Verhaltenskodex der Europäischen Gemeinschaft sind alle Kapitalgesellschaften mit Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen oder Vertretungen in Südafrika verpflichtet, alljährlich einen Bericht über die Behandlung der schwarzafrikanischen Beschäftigten zu machen. Zu den ersten Berichten hat sich jetzt die Bundesregierung geäußert.

Von 71 Unternehmen hatten nur 46 Berichte abgegeben, die anderen verweigerten das ausdrücklich. Die vorliegenden Berichte strotzen von Platttheit, Zynismus und Lügen. In den Berichten lehnt kein Unternehmen eine Zusammenarbeit mit Gewerkschaften der schwarzen Arbeiter ab, doch in der Praxis führt nur VW Verhandlungen mit ihnen. Zum System der Wanderarbeiter, die nur befristete Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen bekommen, schrieben einige BRD-Firmen, daß sie es nicht in der Hand hätten, die bestehenden Apartheidsgesetze zu ändern oder lehnten Maßnahmen ab „als Einmischung in die Innenpolitik Südafrikas“, als wenn dies jemals ein Argument für Imperialisten gewesen wäre. In der Lohnpolitik geben die Kapitalisten offen zu, daß sie nicht die EG-Kodex für die erste Phase angegebenen Mindestlöhne zahlen. Dies begründen sie damit, daß Maßstab ihrer Lohnpolitik allein Qualifikation

Gendarstellung greifen die EMMA-Frauen die WdA-Kampagne als „Stimmungsmache gegen Feministinnen“ an. Die Behauptungen der „WdA“ werden dementiert, wenngleich die EMMA-Frauen Schwierigkeiten nicht verschweigen, die sie wie auch andere Alternativprojekte haben. Wir wollen und können zu diesen Konflikten keine Stellungnahme abgeben; es muß Sache der EMMA-Frauen sein, ihre Probleme der Frauenbewegung vorzustellen. Dies hätte sicher auch den ehemaligen EMMA-Frauen besser zu Gesicht gestanden. Die Kampagne der „WdA“ Hand in Hand mit Springer ist eine klar zu verurteilende Hetze gegen ein Projekt der Frauenbewegung und einzig und allein zur Diskriminierung dieser anzusehen. Der „WdA“ steht es allemal besser zu, sich um die Mißstände in den Großbetrieben (dazu gehören auch gewerkschaftseigene) zu kümmern; dort könnten sie sich wirklich verdient machen um die Interessen der Frauen.

Doch damit nicht genug. Kritik aus den eigenen gewerkschaftlichen Reihen ist nicht erwünscht. Nicht die „WdA“ druckte die Kritik von Margot Brunner (IGM) sondern EMMA. M. Brunner kritisiert auch den Nichtabdruck in der „WdA“: „So aufgefaßte innere Pressefreiheit wäre für mich ohnehin nur denkbar, wenn man auch Andersdenkende zu Wort kommen läßt — und sei's in Leserbriefen“ (Brief an „WdA“, EMMA 1/1980).

Im Leserbrief schreibt M. Brunner zur Kampagne gegen die EMMA: „Betroffen bin ich nun, daß ausgerechnet wir als Gewerkschafter das Geschäft derer verrichten, die allen Grund haben, emanzipatorische Bewegungen, die ja wohl der Arbeiterbewegung nahestehen, zu diskriminieren. Es war sicherlich kein Zufall, daß Springers 'BamS' Euren Artikel zum Anlaß für einen heuchlerischen Artikel nahm, in dem fehlende Arbeitnehmerrechte bei EMMA beklagt werden. Wenn im Privatunternehmen Arbeitnehmerrechte verletzt wurden, habe ich die Springer-Presse noch nie aufheulen hören. Sie war auch noch nie unser Bündnispartner, wenn wir als Gewerkschafter für mehr Arbeitnehmerrechte kämpfen“ (EMMA, 1/80). Darüberhinaus weist M. Brunner auf die bekannte Diskriminierung der Frauenbewegung hin und sieht in ihr durchaus eine positive Bewegung, die sich zur Frauenarbeit geäußert hat. „Im übrigen fände ich es ganz wichtig, wenn mal eine Diskussion darüber begänne, was die Arbeiter- und Frauenbewegung miteinander zu tun haben.“

Im Leserbrief schreibt M. Brunner zur Kampagne gegen die EMMA: „Betroffen bin ich nun, daß ausgerechnet wir als Gewerkschafter das Geschäft derer verrichten, die allen Grund haben, emanzipatorische Bewegungen, die ja wohl der Arbeiterbewegung nahestehen, zu diskriminieren. Es war sicherlich kein Zufall, daß Springers 'BamS' Euren Artikel zum Anlaß für einen heuchlerischen Artikel nahm, in dem fehlende Arbeitnehmerrechte bei EMMA beklagt werden. Wenn im Privatunternehmen Arbeitnehmerrechte verletzt wurden, habe ich die Springer-Presse noch nie aufheulen hören. Sie war auch noch nie unser Bündnispartner, wenn wir als Gewerkschafter für mehr Arbeitnehmerrechte kämpfen“ (EMMA, 1/80). Darüberhinaus weist M. Brunner auf die bekannte Diskriminierung der Frauenbewegung hin und sieht in ihr durchaus eine positive Bewegung, die sich zur Frauenarbeit geäußert hat. „Im übrigen fände ich es ganz wichtig, wenn mal eine Diskussion darüber begänne, was die Arbeiter- und Frauenbewegung miteinander zu tun haben.“

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

und Leistung seien und daß sie das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ anerkennen. Weiter behaupten die Betriebe, daß sie die Rassentrennung abbauen und zahlreiche freiwillige soziale Leistungen gewährleisten würden.

Was davon zu halten ist, zeigt sich wohl daran, daß nur sieben Betriebe im Krankheitsfall Lohnfortzahlung gewähren und daß in fast allen Betrieben noch getrennte Kantinen und Toiletten vorhanden sind.

Der EG-Kodex war Ende 1977 verabschiedet worden und beinhaltet bestimmte Verhaltensregeln für die südafrikanischen Tochterfirmen von EG-Unternehmen. Sicher war er wohl als Alternative zu einer Boykottpolitik gegen Südafrika gemeint. Aber von Anfang an haben sich durch solch einen unverbindlichen Forderungskatalog die BRD-Kapitalisten nicht hindern lassen, die Apartheid zu nutzen, um die Profite zu erhöhen. Die Bundesregierung, die die Berichte über die Einhaltung des EG-Kodex auswerten hat, bewertete schon als positiv, daß kein Unternehmen sich gegen die zentrale Forderung nach freier Entfaltung aller Arbeitnehmer und gleichen Lohn für gleiche Arbeit ausgesprochen hatte. Das ist die Unterstützung der Apartheid in der Praxis.

Metallkommission



2000 junge Gewerkschafter demonstrierten in Frankfurt

Demos gegen Jugendarbeitslosigkeit

Angesichts der weiterhin bedrohlich hohen Zahlen von jugendlichen Arbeitslosen hat es in den letzten Monaten einige gewerkschaftliche Demonstrationen gegeben. Am 3. November demonstrierte die DGB-Jugend gegen die geplante Schließung von AEG-Kanis in Essen. Durch die Schließung sind 1.500 Arbeitsplätze, davon auch zahlreiche Ausbildungsstellen, bedroht. Auf dem Kennedyplatz wurde eine „Lehrwerkstatt“ errichtet, um auf diesen Skandal aufmerksam zu machen.

In Frankfurt demonstrierten am 10. November 1.500 Kolleginnen und Kollegen unter dem Motto „DGB-Jugend, Frauen und Ausländer – gemeinsam für bessere Berufschancen und für eine Zukunft ohne Arbeitslosigkeit“.

Der DGB-Landesbezirk Hessen war mit der alarmierenden Feststellung an die Öffentlichkeit getreten, nach der im Oktober 1978 in Hessen nicht 6.590 sondern 14.804 Jugendliche arbeitslos waren („Frankfurter Neue Presse“, 2.10.79). Diese Enthüllung reiht sich ein in die von der „FR“ am 3.11.79 veröffentlichten Zahlen. Der „FR“ war ein Dokument in die Hände gekommen, aus dem hervorging, daß die offizielle Statistik der Bundesanstalt für Arbeit 100.000 Lehrstellen suchende Jungen und Mädchen einfach als „versorgt“ abhakt (Wir berichteten in AK 166 darüber).

In Nürnberg demonstrierten am 30. November 1.500 Jugendliche unter dem Motto „Gegen Jugendarbeitslosigkeit – für das Recht auf Arbeit und Bildung.“ In dieser Stadt sieht die Situation extrem schlecht aus. Nach einer Umfrage der IG Metall in 60 Nürnberger Metallbetrieben sind die Ausbildungsstellen

7.000 Lehrstellen mehr geschaffen habe, dies für die Jugendlichen jedoch eine „berufliche Sackgasse“ darstellt. Denn in diesen Branchen (Bäcker, Tischler, Fleischer) sei gleichzeitig die Gesamtzahl der Beschäftigten zwischen 11 und 18 Prozent zurückgegangen („NN“, 29.11.79).

Die Handwerkskammer reagierte prompt: „Auf der Grundlage einer soliden handwerklichen Ausbildung kommen die jungen Leute im Gegenteil zu besseren Aufstiegchancen.“ Und dann an die Eltern und Jugendlichen gewandt: „... laßt Euch nicht irre machen und setzt weiter auf das Handwerk.“ („NN“, 1.12.79).

Auch die Industrie- und Handelskammer (IHK) fühlte sich angepißt. Nachdem die DGB-Jugend öffentlich gemacht hatte, daß die Firma Faun die gesamte Ausbildung eingestellt hatte, wodurch 90-120 Ausbildungsstellen vernichtet wurden, und daß die Firma Kabelmetall ihre Ausbildungsstellen von 47 auf 13 reduzierte und heute zusätzlich noch einige Jugendliche in einer zweijährigen „Ausbildung“ zum „Kabelwerker“ trimmt, meinte die IHK: „Wir wenden uns gegen eine Abwertung von zweijährigen Ausbildungsberufen. Die Jugendlichen haben einen Anspruch darauf nicht abqualifiziert zu werden.“ („NN“, 1.12.79).

Am 1.2. soll nun eine Demo in Hamburg stattfinden. Der Aufruf der DGB-Jugend wendet sich gegen Kurzausbildungsgänge, politische Disziplinierung, gegen die These, daß Frauen und Mädchen in Krisenzeiten „Zurück an den Herd“ sollen, gegen die besondere Benachteiligung der jugendlichen Ausländer sowie gegen die katastrophalen Lehr- und Lernbedingungen an Schule und Uni. Obwohl im Kreisjugendausschuß beschlossen, fehlen allerdings Forderungen gegen das Kurssystem an den Berufsschulen, wogegen es schon heftige Kämpfe gegeben hatte, sowie gegen die geplante flächendeckende Einführung des Berufsgrundbildungsjahr in Hamburg. Dies ist nämlich gerade Thema einiger gewerkschaftlichen Jugendgruppen, die sich kritisch damit auseinandersetzen. Eine Kritik am BGJ wurde jedoch schon auf der letzten Kreisjugendkonferenz von SPD/DGB-Funktionären abgeblockt, weil es sich hierbei um „eine alte gewerkschaftliche Forderung“ handele, die man nicht so einfach umstoßen könne.

Lehrlingskommission

„Antikommunistischer Tag“ an der Berufsschule

Als eine Reaktion auf den von der Landesschülervertretung am 9. September 1979 durchgeführten „antifaschistischen Tag“ fand an der Stiglitz-Hermann-Hollerith-Berufsschule ein „Antikommunistischer Tag“ statt. Der Vorschlag stammte von Rektor Ebert, der wegen angeblicher „kommunistischer Unterwanderung“ der SPD aus dieser in die CDU übergewechselt ist. Gegen Proteste der großen Mehrheit der Gesamtschülervertretung und von ca. 20 % der Lehrer wurde der Tag von der Schulkonferenz beschlossen. Auch der Schulleiter hatte vor einer Gleichsetzung des Faschismus und des Kommunismus gewarnt. GEW-Kollegen, die sich gegen den Tag gewendet hatten, beschimpfte Ebert in einem Flugblatt als „... Volksfrontkollegen ... Moskauer und Pekinger Richtung...“.

Zu diesem Tag war Nico Hübner eingeladen worden. Um ihn ungestört seine antikommunistische Hetze verbreiten zu lassen, wurden Schul- und Pausentor verriegelt, einige Polizisten in Uniform und Zivil schoben Wache.

Fragen von Lehrern und Gästen wurden nicht zugelassen. So konnte er dann loslegen: „Da der Mensch ein egoistisches Wesen sei, nütze die Abschaffung der Ausbeuter wenig, die ehemals Ausbeuteten würden die Macht ergreifen und wiederum ausbeuten. Daß dies so stimme, das könne man an allen kommunistischen Ländern erkennen, die sich samt und sonders zu Diktaturen entwickelt hätten. Bähro bezeichnet Hübner als „moralisch nicht integer“, ja als „Neo-Stalinisten“, die Regime-Kritiker innerhalb der DDR, die sich Kommunisten nennen, hielt er zwar teils für „moralisch integer“ (!), im Großen und Ganzen jedoch für nicht ganz zurechnungsfähig“ („taz“, 5.12.79).

Es ist geplant, in Zukunft diesen Tag regelmäßig jährlich durchzuführen. Es ist zu hoffen, daß dies durch einen verstärkten Widerstand verhindert werden kann (Informationen nach „Die Neue“, 4.12. und „taz“, 5.12.79).

Lehrlingskommission

»Neuer Ausbildungsrekord«

So und ähnlich lauten mal wieder die Schlagzeilen in den bürgerlichen Zeitungen. Von den mehr als eine Million Jugendlichen, die im Sommer die Schule verlassen haben, sollen nach einer „vorläufigen Endabrechnung“ des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft sowie des Bundesinstituts für Berufsbildung 639.160 einen Ausbildungsvertrag bekommen haben. Uebrig sind sich die offiziellen Zähler noch über die Zahl derer, die überhaupt einen Ausbildungsplatz gesucht haben. Die Kultusministerkonferenz, deren Zahlen sich aus einer „Schülerbefragung“ ableiten, geben 646.000 Suchende an, das Bundesinstitut spricht von 672.000 Suchenden. Doch nicht nur diese Differenz läßt einen an der Richtigkeit der Zahlen zweifeln. Ungelöst ist, wo die Jugendlichen geblieben sind, die weder zur Bundeswehr, zur Hochschule noch in eine Lehre gegangen sind. Es ist noch nicht lange her, daß von der „Frankfurter Rundschau“ enthüllt wurde, daß 100.000 jugendliche Arbeitslose einfach in der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit verschwanden.

Gerade jetzt vor der Bundestagswahl ist die Bundesregierung natürlich daran interessiert, daß die Erfolge in der Lehrstellenbilanz aufweisen kann. Doch selbst nach den offiziellen Zahlen ist der nach dem Ausbildungsstellenförderungsplan notwendige „Überhang“ an Lehrstellen von 12,5% nicht erreicht. Nach den Berechnungen der Arbeitsämter liegt das Angebot an Lehrstellen angeblich 2,2% höher als die Nachfrage. Die Bundesregierung müßte also auch dieses Jahr die Berufsbildungsabgabe erheben. Doch sie wird dies – so wie auch schon in den letzten Jahren – sicher nicht tun. Sie wird sich lieber mit einem „neuen Ausbildungsrekord“ brüsten.

Was steckt dahinter?

Im folgenden wollen wir aus den vorliegenden Teilen des „Berufsbildungsberichts 80“ einige „Zukunftsberichte“ vorstellen, wo es mal wieder überdurchschnittliche Steigerungsraten gegeben hat.

Zunahme 1978 zu 1977

Koch 16,6 Prozent
Einzelhandelskaufmann 11,6 Prozent
Bürogehilfin 12,2 Prozent
Bäcker 17,4 Prozent
Maler und Lackierer 14,5 Prozent
(alles nach „Frankfurter Rundschau“ 21.12.79).

Als wir in AK 146 den Berufsbildungsbericht 1979 untersuchten, stellten wir aber gerade in diesen Branchen ein starkes Schrumpfen der Belegschaften fest (im Bereich Maler / Lackierer z.B. von 1970 – 76 um 23,5%). Außerdem liegt der Anteil der „Berufswechsler“ im Handwerk bei 37%!

Trotz alledem brüstete sich Schnitker, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, indem er feststellte, daß das „deutsche Handwerk“ in diesem Jahr den Nachkriegsrekord von 1955 übertreffen würde. 1955 bildete das Handwerk 620.000 Lehrlinge aus, allerdings gab es damals 800.000 Handwerksbetriebe. Inzwischen existieren nur noch rund 500.000 Handwerksbetriebe – doch die Zahl der Lehrlinge wird auf über 620.000 steigen (Handelsblatt 29.11.79).

Nach der Lehre arbeitslos

Daß die Ausbildung gerade in solch „zukunftsträchtigen“ Berufen wie Maler, Bäcker etc. vielen Jugendlichen zunehmend zum Verhängnis wird, zeigen auch die Daten aus der Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit vom Mai 1979. Daraus geht hervor, daß der Anteil der Jugendlichen unter 20 Jahren an allen Arbeitslosen von 9,2 Prozent im Mai 1977 auf 7,4 Prozent im Mai 1979 sank. Dafür konzentrierte sich die Jugendarbeitslosigkeit stärker in der Altersgruppe von 20 bis unter 25 Jahren. Zu diesem Unterschied kommt es u.a. deswegen, weil in der Altersgruppe unter 20 noch viele Tausende verdeckte Arbeitslose in

sogenannten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen untergebracht sind.

Die offizielle Statistik erfaßte im Mai 1979 als jugendliche Arbeitslose unter 25 Jahren 184.541 Personen. Davon waren:

116.514 Mädchen und Frauen (63,1 Prozent)
19.415 Ausländer (10,5 Prozent)
36.615 waren schon ein 1/2 bis 1 Jahr arbeitslos
15.324 waren 1 Jahr und länger arbeitslos.

Nach Altersgruppen:

(Siehe Tabelle unten!)

Jugendarbeitslosigkeit macht krank

Unter welchen psychischen Druck „Dauerarbeitslose“ leiden, wurde kürzlich auf einem Fachkongreß von Ärzten und Psychologen am 20./21. Oktober in Frankfurt untersucht. Demnach leiden selbst Minderjährige an psychischen Krankheiten, die sich in körperlichen Leiden wie Gallenbeschwerden, Magengeschwüren sowie Herz- und Kreislauferkrankungen äußern. Depressionen und familiäre Schwierigkeiten, sowie die steigende Selbstmordrate seien häufig auf Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Der Frankfurter Arzt Dr. Bromberger berichtete: „Jugendliche Arbeitslose kommen fast jede Woche ohne Grund in die Praxis so wie alte Menschen, die nur mal reden oder beachtet werden wollen.“ Viele Jugendliche resignierten in dem Glauben, nichts mehr wert zu sein und an ihrem Schicksal selbst Schuld zu tragen („jugendpolitische blätter“ 12/79).

Lehrlingskommission

Jugendliche Arbeitslose (nach Altersgruppen):

		davon Mädchen	Mädchenanteil in Prozent
15 Jahre	690	404	58,6
16 Jahre	4599	2761	60,0
17 Jahre	10565	6577	62,3
unter 18 Jahre	15844	9742	61,5
18 Jahre	18392	11988	65,2
19 Jahre	23301	14632	62,8
unter 20 Jahre	57537	36362	63,2
20 Jahre	25556	16044	62,8
21 Jahre	26011	15940	61,3
22 Jahre	25099	15704	62,6
23 Jahre	25028	15960	63,8
24 Jahre	25310	16504	65,2
20 bis unter 25 Jahre	127004	80152	63,1
unter 25 Jahre insgesamt	184541	116514	63,1

Wolfsburg: Überbetriebliche Ausbildungsstätte soll geschlossen werden

Es sollen keine neuen Lehrlinge mehr an der überbetrieblichen Ausbildungsstätte (ÜAS) Wolfsburg ausgebildet werden. Die ÜAS ist mit jährlich 80 Lehrlingen der zweitgrößte Ausbildungsbetrieb in Wolfsburg (nach dem VW-Werk). Es ist ein seit 1976 laufender Modellversuch, an dem die Stadt Wolfsburg mit 55%, DGB, Industrie- und Handelskammer und Kreishandwerkerschaft mit je 15% beteiligt sind. Finanziert wurde die ÜAS in ihren ersten drei Durchgängen als ein Modellversuch durch die Bundesregierung, der vierte (und letzte) Durchgang durch die Stadt Wolfsburg. Der Beschluß zur Schließung der ÜAS wurde in deren Aufsichtsrat gefaßt. Der DGB hat als einziger dagegen gestimmt.

In der ÜAS fanden vielfach Jugendliche eine Lehrstelle, die von anderen Betrieben wegen ihrer „schlechten“ Schulleistungen abgelehnt wurden.

Die ÜAS ist gerade in Wolfsburg sehr notwendig. Wolfsburgs Wirtschaft ist sehr stark vom VW-Werk

abhängig (1979 waren 31% der Lehrbegleiter bei VW, 4,7% bei dem zweitgrößten Ausbilder, der ÜAS). Außerdem liegt Wolfsburg sehr ungünstig (Grenzlage) und hat einen hohen Anteil von Jugendlichen, die besonders gefördert werden müssen, was in der ÜAS geschah (insbesondere Aussiedler und Ausländer).

Für den Erhalt der ÜAS sprechen sich der DGB-Kreis, der eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Parteien dazu veranstaltete, der KJA der ÖTV, die Vertrauensleutekörperleitung der IGM bei VW sowie einzelne IGM-Gremien aus. Die SPD hat offenbar Schwierigkeiten mit dem Thema, schließlich stimmten die SPD-Vertreter im Aufsichtsrat für die Schließung. Inzwischen hat es aber von der SPD einigen Protest gegeben (man sei von dem Beschluß überrascht worden) und sie will die ÜAS auf jeden Fall erhalten. Auf Betreiben der Jusos findet im Frühjahr zur Ausbildungssituation in Wolfsburg ein außerordentlicher Unterbezirksparteitag statt.

Wie es aber momentan aussieht, werden 1982 die letzten Lehrlinge der ÜAS ihre Ausbildung abschließen. Damit wird ein vielgelobter Modellversuch zur überbetrieblichen Ausbildung zu Grabe getragen und damit wieder ein Stück der Berufsbildungsreform. Daß dies nicht der einzige bleiben wird, geht aus der Äußerung des Wolfsburger SPD-Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft, Hauck, hervor. Er erklärte, daß durch Bonn die Modellversuche sämtlich auf drei Jahre begrenzt sind. Danach müßten die Städte die Finanzierung tragen. Dies läßt Böses ahnen. Schließlich gibt es nach diesem Finanzierungsmodell eine ganze Reihe von Modellversuchen. Darunter befindet sich z.B. auch die Kampagne: „Mädchen in Männerberufen“ in Hamburg.

Lehrlingskommission in Zusammenarbeit mit einem Wolfsburger Genossen



Kündigungsversuch von unbequemen Betriebsräten

Am 11.12.79 erhielten die zwei Betriebsräte Christ und Grether von den Michelin-Kapitalisten den fristgemäßen Rauschmiß. Seit August 78 hatte man versucht, die Kollegen loszuwerden. Damals wurden sie während eines "wilden" Streiks fristlos rausgekannt, weil sie sich mit den streikenden Kollegen solidarisch erklärten und diese nicht zur Weiterarbeit aufgefordert hatten!

Vom 28.8. bis 4.9.78 streikten von den insgesamt 2200 Beschäftigten etwa 1400 Kollegen im Karlsruher Michelin-Werk. Auslösend für den Streik war die Erhöhung des Fahrpreises für die Werksbusse. Weitere Forderungen der Kollegen waren Erholzeiten, die Wiedereinstellung eines 52-jährigen Kollegen, Pulsmessungen zur Feststellung der Arbeitsbelastung. Mitverantwortlich für Beendigung des "wilden" Streiks war damals der Hauptvorstand der IG Chemie. Er hatte die Kollegen nach Geheimisungen mit der Geschäftsleitung wieder zurück an die Arbeit "gepflegt". Bei Michelin herrscht ein so starker Leistungsdruck, daß die Reifenwickler bereits mit 30 bis 35 Jahren so ausgelaugt sind, daß sie die geforderte Leistung nicht mehr bringen.

Während des Streiks wurde Grether damals fristlos Entlassung angedroht und er wurde aufgefordert, sofort das Werksgelände zu verlassen wegen Hausfriedensbruch. Es folgten ihm daraufhin die Kollegen der ganzen Abteilung, und auch Christ - damals Betriebsratsvorsitzender - fehlte nicht.

Beim Arbeitsgerichtsprozeß in der ersten Instanz im April 1979 wurde die fristlose Kündigung bestätigt. Am 30.11.79 hob das LAG Karlsruhe in der zweiten Instanz den fristlosen Rauschmiß der beiden Betriebsratskollegen auf mit der Begründung:

Eine fristlose Entlassung sei ungerechtfertigt; im Zusammenhang der Gleichbehandlung sei kein anderer Kollege zu dem Zeitpunkt gefeuert worden. Gleichzeitig wurden Grether und Christ ihrer Ämter als Betriebsräte enthoben, wegen eindeutiger Verletzung der Amtspflicht!

Dieses Urteil kam den Michelin-Kapitalisten, die die unbequemen Kollegen schließlich loswerden wollen, natürlich sehr gelegen - sie kündigten die beiden fristgemäß. Der Betriebsrat legte Widerspruch gegen die Kündigung ein, trat danach mehrheitlich zurück und setzte Neuwahlen

an. Wie es mit der Solidarität der Kollegen aussieht, ist z.Zt. schwer zu beurteilen. Am 30.11. bei der Urteilsverkündung machte sich die Hinauszögerung des Prozesses insgesamt offenbar bemerkbar. Es waren wesentlich weniger Kollegen anwesend, als an den ersten Prozeßtagen. Als auf einer Vertrauensleute-Sitzung der Vorschlag kam, eine Protestresolution auf der nächsten Betriebsversammlung abstimmen zu lassen, wurde dieser abgelehnt mit der fadenscheinigen Ausrede, das ginge rechtlich nicht. Lieber lassen die rechten Gewerkschafter einen Redebeitrag von der Ortsverwaltung der IG Chemie halten.

Es ist wohl hoffentlich trotzdem zu erwarten, daß die beiden Kollegen ihren Widerstand gegen das brutale Vorgehen der Michelin-Kapitalisten nicht aufgeben, und gegen die Kündigung klagen werden. Obwohl man/frau bei der Rechts-Sprechung der Arbeitsgerichte - wie auch dies Beispiel wieder einmal zeigt - deutlich sieht, in wessen Sinne Gesetze ausgelegt werden. Zumindest haben Christ und Grether erstmal einen erneuten Kündigungsschutz von 6 Monaten, da sie für die BR-Neuwahlen im Wahlvorstand sind.

Arbeitsversammlung der GEW-Hamburg

Gegen Koranschulen und Graue Wölfe

Wohl nicht zuletzt wegen des faschistischen Mordes an einem türkischen Lehrer in Westberlin war die vom Ausländerausschuß der Hamburger GEW schon seit längerem geplante Arbeitsversammlung „Koranschulen und Graue Wölfe“ mit ca. 100 Teilnehmern am 9.1. ausgezeichnet besucht. In Referaten wurden Informationen über die 10 Hamburger Koranschulen und die dort betriebene Abrichtung der türkischen Kinder gegeben. Es wurde informiert über die Beziehungen der Koranschulen zu faschistischen türkischen Kräften, die ideologischen Grundlagen der MHP und ihre Beziehungen zu den Rechtskräften in der BRD.

In der anschließenden Aussprache schilderten Lehrer die Auswirkungen der Koranschulen auf die türkischen Kinder: die Jungen tragen plötzlich kurz geschorene Haare, weigern sich, neben Mädchen zu sitzen oder gemeinsame Sportübungen zu betreiben. Lehrerinnen werden nicht akzeptiert, die Schüler haben keine Zeit mehr, Hausaufgaben zu machen, die türkischen Kinder kapseln sich von ihren deutschen Mitschülern ab.

Während einige Lehrer vorschlugen, attraktive Freizeitangebote für die türkischen Schüler anzubieten, um sie so vom Besuch der Koranschulen abzuhalten, wurde von anderen Kollegen entgegnet, daß dies nicht ausreiche, da die Entscheidung zur Koranschule zu gehen, nicht von den Jugendlichen selbst getroffen werde. Übereinstimmend wurde festgestellt, daß die Koranschulen keinerlei Förderung der Fähigkeiten der Kinder bieten.

Ohne Gegenstimmen wurde am Schluß der Versammlung eine Resolution verabschiedet, in der die Gewerkschafter ihre Betroffenheit über den Mord an Celalettin Kesim in Westberlin äußern, das Verbot der fanatisch-religiösen Organisationen und der Grauen Wölfe sowie die Bestrafung der Mörder Kesims fordern und sich im Interesse einer demokratischen und gegen Vorurteile gerichteten Erziehung für die Schließung der Koranschulen mit reaktionärer politischer Orientierung aussprechen.

Ein Hamburger Lehrer genosse

AEG: Kampf um jeden Arbeitsplatz

Mit starken Worten bekundet die gewerkschaftliche Prominenz seit Wochen ihren Willen, „um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen“ (IG-Metall-Vorsitzender Loderer). Georg Benz vom IG-Metall-Vorstand kritisiert z. B. im „Gewerkschafter“ 12/79 die ungenügende „Mitbestimmung“ und betont die Notwendigkeit eines ständigen Kampfes nicht nur um jeden Arbeitsplatz, sondern auch um „echte Reformen“ und soziale Veränderungen. Für ihn erfordert „die Gliederung des AEG-Konzerns ... ein konkretes Vorgehen gegen die Entlassungspläne vor Ort.“ Die IG-Metall würde die geplanten 13.000 bis 22.000 Entlassungen nicht kampflos hinnehmen. Noch vor der entscheidenden Aufsichtsrats-Sitzung am 6. Dezember richtete der Betriebsrat der AEG-Kanis in Essen (von Stilleung bedroht) einen scharfen Appell an die Gewerkschafts-/Arbeitervertreter im Aufsichtsrat, keine Zustimmung zu umfangreichen Entlassungsmaßnahmen zu geben.

Wie aber sieht die Praxis aus? Abgesehen davon, daß die Metall-Gewerkschaft nicht einmal zur „Bundesweiten“ AEG-Protest-Kundgebung Mitte letzten Jahres in Frankfurt merklich in den Betrieben mobilisiert hatte, scheinen die Worte und die Taten der IG-Metall-Spitze auch heute noch weit auseinanderzuklaffen. So stimmten am 6. Dezember schließlich auch die Arbeitervertreter im Aufsichtsrat für das kapitalistische Sanierungsprogramm. Schnell wurde

von der Gewerkschaft dementiert, daß damit auch dem geplanten Abbau von 13.000 Arbeitsplätzen zugestimmt worden sei, vielmehr habe man lediglich die „finanzielle Seite“ des Sanierungsprogramms gebilligt. Daß aber der entscheidende Teil der Gelder des Finanzierungskonzeptes für „Strukturmaßnahmen“ (Stillelegungen/Verlagerungen) und Sozialpläne vorgesehen ist, haben die Herren offensichtlich bei der Abstimmung übersehen, was sie zwar behaupten können, aber dennoch nicht glaubhaft ist. In einer Stellungnahme der IG-Metall hieß es dazu: „Die Arbeitnehmer-Vertreter hätten ihre konträre Meinung deutlich artikuliert“ - und dabei blieb es dann wohl auch ...

Ganz ähnlich lief es bei der 57-prozentigen AEG-Tochter Hartmann und Braun in Frankfurt (hier sollen 1.000 von 5.000 Kollegen wegrationalisiert werden). So gab Karl Kronawitter von der hessischen Bezirksleitung der IG-Metall, Arbeiter-Vertreter im H+B-Aufsichtsrat, auf einer Betriebsversammlung bekannt, daß er der Rationalisierung zugestimmt habe, „weil nichts Vernünftigeres vorge schlagen“ worden sei. In dieser Situation greife man zu jedem Strohhalme. Man müsse die Sanierung für den gesamten Bereich der AEG sehen und dabei auch die Hand nehmen, „die ausgestreckt wird“. Wer hat uns veratet? ...

Metallkommission
KB/Gruppe Hamburg

GEW-Meldungen

Niedersachsen: Verlängerung der Arbeitszeit der Lehrer

Der niedersächsische Kultusminister Remmers hat jetzt einen Verordnungsentwurf vorgelegt, nach dem die Lehrer an den Orientierungsstufen ab 1.2. einheitlich 27 Stunden zu erteilen haben. Für die dort beschäftigten Gymnasiallehrer bedeutet dies eine Verlängerung der Arbeitszeit um 4 Wochenstunden und für die Realschullehrer um eine Stunde.

Mit dieser Verlängerung der Arbeitszeit kommt Remmers einem Urteil des Lüneburger Obergerichtes nach, das die unterschiedliche Arbeitszeitregelung für Lehrer verschiedener Ausbildung für verfassungswidrig erklärt hatte. Das Urteil war derzeit von der GEW-Führung als Unterstützung ihrer Arbeitszeitkampagne frenetisch begrüßt worden, während wir schon damals davor warnten, daß hier ein Vorwand für eine Verlängerung der Arbeitszeit für bestimmte Lehrergruppen geschaffen würde (vgl. AK 164, S.16). In der Abwehr dieser Verschlechterungen wird die GEW beweisen müssen wie ernst es ihr mit ihrer Arbeitszeitkampagne ist.

Streichung von 20.000 Lehrerstellen geplant

Im umstrittenen Entwurf für einen Bildungsplan hatten die Kultusminister vorgesehen, daß bis 1985 die Zahl der in der BRD beschäftigten Lehrer um 23.000 erhöht werden sollte, um so einige pädagogische Verbesserungen durchzuführen. In ihrer Mitte Dezember vorgelegten Stellungnahme wollen die Finanzminister der Länder nicht nur von derartigen Neueinstellungen nichts wissen, sondern schlagen darüber hinaus vor, die Zahl der Lehrerstellen bis 1985 um 20.000 zu verringern. Diese Reduzierung solle bereits im nächsten Schuljahr beginnen. Daß hier nicht von der Frage ausgegangen wird, was für die Förderung der Schüler notwendig ist, wird schon daran deutlich, daß schon derzeit in der BRD ein Lehrer im Durchschnitt 24,4 Kinder unterrichtet, während es in Dänemark nur 13,5 und in Italien 13,8 Schüler sind.

Lehrerbedarfsplanung in Hamburg: Bald 8.000 Lehrer arbeitslos

Anfang Januar veröffentlichte der Hamburger Senat Daten über Schülerzahlen und Lehrerbefehl in kommenden Jahrzehnten, die den Zynismus der Planungen der Politiker offenbaren. Nach diesen Planungen werden im Jahr 1980 78,8% der Lehramtsbewerber nicht eingestellt, wobei kein einziger Volks- und Realschullehrer oder Sonderschullehrer eine Stelle erhalten soll. Bis 1990 hat sich dann - so die Planung - die Summe der arbeitslosen Kollegen auf 8.210 gesteigert. Noch zynischer werden diese Berechnungen, wenn man bedenkt, daß ihnen „erwägenswerte Unterrichtsverbesserungen“ zugrunde gelegt sind, deren Durchführung keineswegs gesichert ist. Der Senat selbst schreibt, daß die Realisierung dieser „Verbesserungen“ von „künftigen politischen Entscheidungen, zum Beispiel über die jährlichen Haushalte“ abhängig ist. Werden diese „Verbesserungen“ nicht durchgeführt, so werden „bis 1990 etwa 11.200 Lehrer nicht in den Hamburger Schuldienst eingestellt“. Dies entspricht einem Anteil von etwa 93% aller in diesem Zeitraum in Hamburg ausgebildeten Lehrer (Drucksache 9/1424, S.8 der Bürgerschaft).

Bleibt nur noch hinzuzufügen, daß die von der GEW seit langem geforderte Senkung der Pflichtstundenzahl der Lehrer noch nicht einmal für erwägenswert gehalten wird.

Pierburg-Prozeß: Nach 6 Jahren Freispruch

Im August 1973 streikten die Frauen der Neuer Vergaserfabrik Pierburg (Solex) erfolgreich für die Abschaffung der Leichtlohngruppe 2 und setzten 60 Pfennig Lohnerhöhung durch. Auf diesen berühmten gewerkschaftlichen Streik reagierte die Unternehmensleitung, indem sie Polizei gegen die Streikenden einsetzte und Knüppelinsätze durchführte. Zwei Betriebsräte, darunter der damalige Vorsitzende Peter Leipziger, prangerten dieses Vorgehen öffentlich an.

Harnischfeger: „Linker“ Flankenschutz für Frister

In die laufende Auseinandersetzung zwischen dem GEW-Landesverband Hamburg und der GEW-Bund, wie auf die sich verschlechternde Rechtslage bei der Durchsetzung des Streikrechts für Beamte zu reagieren sei, hat sich auch der hessische GEW-Vorsitzende Harnischfeger eingeschaltet und dabei Partei für die Frister-Linie ergriffen.

Während der Hamburger Landesverband die Meinung vertritt, daß gegenwärtig vor allem politischer Druck nötig sei, bevor auf eine Änderung der herrschenden Meinung in der rechtlichen Auseinandersetzung mit Erfolg eingewirkt werden könne, vertritt Frister die Auffassung, daß „nun auch die Gerichte das Wort haben“ müssen („Quelle“, 12/79). Entsprechend hatte Frister gegen den Widerstand des Hamburger Landesverbandes gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts, mit dem der Hamburger GEW die Arbeitsniederlegung untersagt worden war, Beschwerde eingelegt und damit riskiert, daß sich die Rechtslage für Kampfmaßnahmen der Lehrer weiter verschlechtert.

In einem Schreiben an den Hauptvorstand hat Harnischfeger jetzt davor gewarnt, diesen Konflikt vor den Mitgliedern auszutragen: „Dieser sich nun abzeichnende, und aus meiner Sicht sicherlich vermeidbare, innergewerkschaftliche Konflikt darf keinesfalls weiter zugespitzt oder in die Gesamtorganisation hineingetragen werden (...). Für den Landesverband Hessen zumindest kann ich sagen, daß wir zur Zeit ein großes Maß an innergewerkschaftlicher Solidarität erreicht haben, was nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden darf. Für unzulässig halte ich es, wenn Landesverbänden eine Diskussion aufgezwungen werden soll, die bezogen auf eine umfassende Programmatik vielleicht richtig sein kann, aber zum völlig falschen Zeitpunkt zu völlig unerwünschten Ergebnissen führen wird“.

Der „Arbeiterkampf“ und der „gläserne Vorstand“

Als vorbildlich propagiert die neueste Ausgabe der „Erziehung und Wissenschaft“ die „Aktion Gläserne Schule“, bei der die Lehrer ihre Arbeitsbelastung transparent machen. Ist es dabei so verwunderlich, wenn Lehrer auch auf die Idee kommen, eine Transparenz der Vorstandsarbeit der GEW zu fordern?

Da hier noch einige Mängel vorliegen, hatte der „Arbeiterkampf“ nachgeholt: Im AK 167 und 168 berichteten wir darüber, wie Frister noch am Vorabend der Arbeitsniederlegung versucht hatte, diese abzusetzen und wie er nach der Arbeitsniederlegung den Hamburger Landesverband auf juristische Schritte gegen das Streikverbot des Verwaltungsgerichts verpflichtet hatte.

Mit der Bemerkung, er sei „für die Beurteilung der innergewerkschaftlichen Situation im Landesverband Hamburg recht informativ“ schickte Frister den Artikel aus dem AK 167 an die Mitglieder des Hauptvorstands (wieder nur an die Funktionäre!). Da der Artikel keine Informationen zur innergewerkschaftlichen Situation Hamburg enthielt, ist diese Bemerkung nur so zu verstehen, daß Frister die Tatsache, daß wir Informationen aus dem Vorstand veröffentlichten, der innergewerkschaftlichen Situation in Hamburg anlastet.

Vollends auf den Schlips getreten fühlte sich Frister, als im AK 168 der Artikel „Frister sabotiert Kampf ums Streikrecht“ erschien, den er auch gleich hektisch für die Hauptvorstandsmitglieder kopierte. Nun, es ist verständlich, daß Frister nicht seine Machenschaften, sondern nur ihre Veröffentlichung für eine Schweinerei hält.

Ein Hamburger Lehrer genosse

Ein Gedicht als Grund für Kündigung

Kurz vor Weihnachten gab es zwei spektakuläre Rauschmisse aus einem Betrieb in Mühlheim/Südbaden: Zwei junge Arbeiter hatten im „Kuckucks-ei“, der Hauszeitung des örtlichen Jugendzentrums, einen Artikel und ein Gedicht über ihre Arbeitssituation am Fließband veröffentlicht. Im Mittelpunkt stand dabei der psychische Streß, die unheimliche Monotonie und die totale Entfremdung der Arbeitssituation:

„Das Ding kommt an
ich weiß nicht was
ich halt es an
ich weiß nicht was
ich schraub was dran
und weiß nicht was

Diese Verse werden in kleinen Abwandlungen ständig wiederholt. Der letzte Vers lautet dann:
„...und dann:
das machen manche 20 Jahre
Krankenwagen Sirenton
herausgetragen auf der Bahre
Kirchenton und Orgelton
war das das Ende vom Leben schon?“

Michael als Autor des Gedichtes hatte darunter vermerkt:
„Dieses Gedicht wollte ich so langweilig, wie die Fließbandarbeit ist, schreiben. Aber die Fließbandarbeit ist noch langweiliger.“ Sein Kollege Thomas hat seinen Aufsatz unter dem Titel „28.800 Sekunden am Tag“ geschrieben. Nach einer Schilderung seiner Arbeit kommt er zum Schluß: „Doch das sind nur die physischen Belastungen, noch schwerer wiegt der seelische Streß. Vor allem ist es die Sinnlosigkeit, ich weiß kaum, wozu das Teil, das ich bearbeite, gut ist, welchen Zweck es später im endmontierten Gerät erfüllt [...] Humane Arbeitswelt, nicht wahr?“

Nach dem Erscheinen des „Kuckucks-ei“ wurden die beiden Jugendlichen, die ihre Beiträge mit vollem Namen unterzeichnet hatten, sofort fristlos gefeuert, o b w o h l sie den Namen „ihrer“ Fabrik überhaupt nicht erwähnt hatten, sondern generell die kapitalistische Arbeitswirklichkeit darstellen wollten. Die kackfremde Begründung der Bosse („Firmenleitung“): die Kündigung sei man den eigenen Mitarbeitern gegenüber schuldig gewesen, die Verantwortung gegenüber den Betriebsangehörigen habe eine solche Maßnahme erfordert. Man könne nicht zulassen, daß die Mitarbeiter sich ihre Tätigkeit als stumpfsinnig vorwerfen lassen müssen ...

Offensichtlich trifft die Darstellung von Michael und Thomas die Abläufe in der Mühlheimer Fabrik so genau, daß ihr Boß Angst haben muß, daß dieser Bazillus ansteckend auch auf ihre Kollegen wirkt.

Die beiden haben inzwischen Kündigungsklage beim Arbeitsgericht eingereicht. Wir berichten weiter. (Informationen nach: Badische Zeitung, 22.12.79).

KB/Gruppe Freiburg

Dafür sollten sie vor Gericht büßen. 1975 wurde das Verfahren eröffnet und seitdem immer wieder verschleppt. Jetzt endlich wurden die beiden Gewerkschafter freigesprochen. Nach 6 Jahren ist es immerhin ein Erfolg, daß es nicht gelungen ist, Gewerkschafter, die es gewagt haben, die Polizei öffentlich zu kritisieren, für ihr Vorgehen zu bestrafen. Leipziger allerdings mußte, seitdem er 1975 bei Pierburg rausgeekelt wurde, noch einige Male den Betrieb wechseln wegen der Hetze, die gegen ihn als sogenannten „roten Rädelsführer“ lief.

Metallkommission

NS - Prozesse: Aktuelle Übersicht

Victor Aaraj:

Eine lebenslange Haftstrafe erhielt Victor Aaraj (70). Aaraj war Obersturmbannführer der Lettischen Legion und Major der Polizei.

Er wurde wegen gemeinschaftlichen Mordes an mindestens 13.000 Juden verurteilt. Nach den Feststellungen des Gerichts hat Aaraj in „unbarmherziger, gefühlloser Gesinnung und aus niedrigen Beweggründen“ im Rahmen der Ghettoauflösung von Riga am 8. Dezember 1941 sich mit seinem Sonderkommando an der Erschießung der Juden im Rumbula Wald beteiligt. Das Aaraj-Kommando hat die Juden in bereits ausgehobenen Massengräbern erschossen. Immer fünf bis sechs Menschen mußten sich auf die schon Ermordeten legen

und wurden dann durch Genickschuß getötet. Bis zu seiner Festnahme 1975 lebte Aaraj unter dem Mädchennamen seiner Frau in Frankfurt (AJWZ Nr. 1, 4.1.80).

Kurt Christmann:

Nach fünf Jahren ist es gelungen, den Immobilienkaufmann Kurt Christmann (72) hinter Gitter zu bringen.

Christmann, ehemaliger SS-Obersturmbannführer und Leiter eines Einsatzkommandos in der UdSSR, wird beschuldigt, mindestens 105 Menschen „in Mitleidenschaft“ ermor-det zu haben.

Bereits im November 1974 wurde ein Verfahren, wegen seiner angeblichen Verhandlungsunfähigkeit, gegen Christmann eingestellt. Eine neue

Untersuchung im Juni 1979 ergab jedoch seine Verhandlungsfähigkeit. Nun droht ihm eine lebenslange Haft.

Die Staatsanwaltschaft München I beschuldigt ihn, er habe als Führer des Einsatzkommandos 10 a die Massentötung von Juden und anderen „potenziellen Gegnern“ des NS-Regimes angeordnet, überwacht und in einem Fall bei der Tötung eigenhändig mitgewirkt. Die Staatsanwaltschaft unterscheidet dabei drei Komplexe:

1. Christmann soll die Ermordung von 40 Erwachsenen und Kindern angeordnet haben; dazu wurden Auspuffgase in das Innere eines Wagens geleitet.
2. Christmann soll befohlen haben, 15 Männer und Frauen, die angeb-

lich mit Partisanen zusammengearbeitet hatten, zu erschießen.

3. Christmann soll die Erschießung von 50 Menschen an einem Fluß bei dem Dorf Marjanskaja in der Nähe von Krasnodar befohlen haben. („SZ“, 14.11.79).

Dr. Werner Best:

Das Strafverfahren gegen den ehemaligen SS-Obergruppenführer Dr. Werner Best ist Anfang November 1979 wieder aufgenommen worden. Mit dieser Entscheidung hob der vierte Strafsenat auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft den 1972 ergangenen Einstellungsbescheid des Landgerichts West-Berlin auf, das aufgrund ärztlicher Gutachten Best für verhandlungsunfähig erklärte und die Unter-

suchungshaft aufhob. Durch neue Gutachten kam das Kammergericht zu dem Ergebnis, daß Best einer Verhandlung folgen könne und durch den Prozeß keine große Gefahr schwerer Gesundheitsschäden oder gar des Todes bestehe. Best wird beschuldigt, als Amtschef der GeStaPo von September 1939 bis Juni 1940 sowie später als Chef des „Reichssicherheitshauptamtes“ mindestens 8.723 Menschen in polnischen Gebieten ermordet zu haben. (Statistik über NS-Prozesse 12/79).

Siert Bruins, August Neuhäuser:

In Hagen stehen seit dem 29.10.79 zwei SS-Verbrecher vor Gericht. Sie sollen kurz vor Kriegsende, am 24. April 1945, zwei jüdische Brüder in Delfzijl (Niederlande) ermordet haben. Die Opfer waren die Brüder Meijer und Lazarus Sleutelberg; sie saßen in Delfzijl im Gefängnis. Sie mußten ihr eigenes Grab schaufeln, bevor sie erschossen wurden.

Die beiden Angeklagten, Siert Bruins (59) und August Neuhäuser (68), sind als NS-Verbrecher nicht unbekannt.

Siert Bruins, in den Niederlanden geboren, war SS-Rottenführer, Angehöriger der 5. SS-Panzer-Division „Wiking“, des SD und des Grenzpostens in der niederländischen Grenzstadt Delfzijl bei Groningen. Durch einen „Führererlaß“ wurde er deutscher Staatsbürger mit dem Namen Siegfried Bruins. Von einem holländischen Gerichtshof in Leeuwarden ist er wegen der Ermordung von fünf Menschen im März 1949 in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. Der in der BRD untergetauchte Bruins lebte 30 Jahre unerkannt als Fabrikant in der Nähe von Hagen. Simon Wiesenthal spürte ihn schließlich auf. Bruins ist noch immer auf freiem Fuß.

August Neuhäuser war SS-Oberscharführer und Angehöriger des Grenzpostens in Delfzijl. 1949 wurde er in Leeuwarden zu 16 Jahren Haft verurteilt und 1956 begnadigt in die BRD entlassen (Statistik über NS-Prozesse 12/79).

Antifakommission Hamburg

Neonazis in der Rhön

Zum 13. Mal fand mit behördlicher Duldung ein Winterlager der neonazistischen „Wiking-Jugend“ statt.

Neonazis in der Rhön

Zum 13. Mal fand mit behördlicher Duldung ein Winterlager der neonazistischen „Wiking-Jugend“ vom 27.12.79 bis 1.1.80 in Hilders/Rhön statt.

Die Wiking-Jugend, die sich in ihrem Aufbau an der HJ orientiert, ist in „Fronteinheiten“ und „Stabsstellen“ mit „Horst“, „Gau“ und „Bund“ gegliedert. Ihre Aktivitäten nennt sie „volkstreuere Jugendpflege“. Im Mittelpunkt ihrer Ideologie steht der rassistisch hochwertige „Germane“ des „Nordlandes“. Führer, militärähnliche Kleidung, Kommandoton als Umgangssprache, der Gruß „Nordland Heil“ und die Odalsrunen als Symbol sind Charakteristika dieser neonazistischen Organisation.

Im Jahre 1970 bildete die Wiking-Jugend neben dem Bund heimattreuer Jugend, den Jungen Nationaldemokraten, dem Jugendbund Adler, der Deutschen Jugend des Ostens und „CSU-Freundeskreisen“ die gesamte deutsche Aktion, die sich im gleichen Jahr zu Aktion Widerstand erweiterte, der auch die NPD, die Aktion Oder-Neiße, der Deutsche Block, das Kulturwerk Europäischen Geistes, der Bund für Europäische Wiedervereinigung, der Reichsbund der Soldaten und Lesekreise von „Mut“ und „Nation Europa“ angehörten.

Erstmals wurde in diesem Jahr in Hilders/Rhön eine antifaschistische Demonstration mit anschließender Kundgebung durchgeführt, organisiert vom Stadtjugendring Fulda. Sicherlich ein Erfolg, da sich die Neonazis bislang weitgehend unter „Ausschuß der Öffentlichkeit“ in der Rhön zusammenrotten konnten. Doch konnten die etwa 250 demonstrierenden Antifaschisten nicht verhindern, daß sich zur gleichen Zeit die Wiking-Jugend im 4 km entfernten Stadtteil Simmershausen sammelte und ein „Mahnfeuer“ an der DDR-Grenze entfachte.

KB/Fulda

Falschmünzer machen in „Antifaschismus“

aus: die tat

4.1.80

Ein Verser, den gemeinsamen Kampf gegen die Neonazis zu behindern

Auf dem Bundeskongreß der VVN / Bund der Antifaschisten machte der Generalsekretär der Organisation, Hans Jennes, den Vorschlag, daß sich alle antifaschistischen Kräfte, alle, denen es ernsthaft und ehrlich um die Realisierung der antifaschistischen Aufträge des Grundgesetzes und der Länderverfassungen geht, anläßlich des 8. Mai 1980, des 35. Jahrestages der Befreiung Deutschlands und Europas vom Faschismus, zu einem gemeinsamen Kongreß zusammenfinden sollten. Ein solcher Kongreß kann zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Antifaschisten beitragen, dem Kampf gegen den Neonazismus wichtige Impulse geben und den 8. Mai als Tag der Befreiung ins Bewußtsein der Öffentlichkeit heben.

Der Vorschlag fand denn auch ein lebhaftes und positives Echo. Zahlreiche Organisationen und Einzelpersonlichkeiten griffen den Gedanken auf. So konnte am 12. Dezember eine Vorkonferenz stattfinden, zu der der Schriftsteller Berni Engelmann, der evangelische Theologe Prof. Kreck, Dr. Rossaint, Hans Jennes und der Faschismusexperte Prof. Dr. Kühn eingeladen hatten. Die Vorbereitungen für den Kongreß entwickeln sich positiv.

Nun ist es kein Geheimnis, daß es Kräfte in unserem Land gibt,

denen die Einheit der Antifaschisten ein Dorn im Auge ist und die nichts unversucht lassen, diese Einheit zu torpedieren. Kurz nachdem der Vorschlag zu dem Kongreß bekanntgeworden war, fanden sich der sogenannte „Kommunistische Bund“ und der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“, die sich hinter von ihnen beeinflussten sogenannten antifaschistischen Arbeitskreisen und anderen Organisationen versteckten, zusammen und begannen, eilends Vorbereitungen für einen „antifaschistischen Bundeskongreß“ zu treffen. In diesem Zusammenhang begann man auch über die Notwendigkeit zu sprechen, eine antifaschistische Zeitung als Gegengewicht zur „tat“ zu schaffen.

Nach der Lage der Dinge können diese Bestrebungen nur als Spaltungsmanöver durchsichtiger Art gewertet werden. Die beteiligten Organisationen sind schon in der Vergangenheit wiederholt mit üblen Verleumdungen gegen die VVN / Bund der Antifaschisten aufgetreten. Der antifaschistische Kampf soll ihnen auch dazu dienen, sich aus der Isolierung zu befreien, in die sie sich mit ihrer sektiererischen Politik manövriert haben.

Am 10. und 11. November fand ein Arbeitstreffen zur Vorbereitung

des Spalterkongresses in Bielefeld statt. Da nicht auszuschließen war, daß sich bei diesem Treffen auch einige Antifaschisten einfinden würden, die das üble Spiel der Initiatoren nicht durchschauten, entschlossen sich einige Mitglieder der VVN / Bund der Antifaschisten — darunter der Autor dieses Beitrags — das Treffen aufzusuchen, um aus der Sicht ehemaliger Widerstandskämpfer vor Spaltungsversuchen der antifaschistischen Bewegung zu warnen. Unsere Anwesenheit wurde von den Vertretern des „KB“ zum Anlaß übler Hetze gegen unsere Organisation genommen, zugleich war man unverfroren genug, die VVN / Bund der Antifaschisten zur „Zusammenarbeit“ einzuladen.

Im Protokoll des Bielefelder Treffens liest sich das so: „Die Vertreter der VVN sahen sich nicht in der Lage, sich klar für eine offene Zusammenarbeit mit der neuen antifaschistischen Bewegung (!) zu erklären“. Der allgemeine antifaschistische Kongreß anläßlich des 8. Mai wird in diesem Elaborat als „VVN-Bundeskongreß“ bezeichnet — eine dreiste Lüge, mit der offensichtlich Verwirrung gestiftet werden soll. Besonders die Forderung nach Realisierung der antifaschistischen Aufträge des Grundgesetzes wurde von den Initiatoren der „neuen“ Bewegung angegriffen und als ungeeignete Basis für anti-

faschistische Zusammenarbeit bezeichnet.

Besonders aggressiv widersprachen die Vertreter des „KB“, als anwesende VVN-Mitglieder ausführten, den Prinzipien antifaschistischer Politik entspreche es, für Frieden, Entspannung und Abrüstung einzutreten, Versuche zur Spaltung der demokratischen Bewegung und der Gewerkschaften nicht zuzulassen, jeder Verunglimpfung des Widerstandes entgegenzutreten, Rassenhetze, militanten Antikommunismus und andere typische Positionen faschistischer Politik offensiv zu bekämpfen. Hier zeigte sich auch, daß diese Leute Schwierigkeiten haben, ihre derzeitigen Anhänger bei der Stange zu halten, von denen einige sehr interessiert zugehört hatten.

Die Drahtzieher des Spalterkongresses scheinen daran interessiert zu sein, eine Einigung auf gemeinsame antifaschistische Ziele und Forderungen bei dem geplanten Kongreß nicht zustande kommen zu lassen. Denjenigen gegenüber, die auf eine positive Aktionsplattform drängen, macht man das mit dem Argument plausibel, daß man sich nicht „unter den Erfolgszwang“ zu erzielender „Vereinlichungen“ begeben will, wie es im Protpkoll heißt.

Man sollte diesen Spaltungsversuch nicht überschätzen, denn kennzeichnend für den Verlauf der Vorbereitungen, wie er sich in diversen Rundschreiben und in der Diskussion in Bielefeld darstellte, war Planungs- und Konzeptionslosigkeit, eine allgemeine Verworfenheit, die von den Drahtziehern kaum übertüncht werden konnte. Man sollte aber wissen, womit man es hier zu tun hat, denn zweifellos werden diejenigen, die diese „neue“ Masche stricken, versuchen, ehrliche Antifaschisten unter Vorgespiegelung falscher Tatsachen vor ihren Karren zu spannen.

EMIL SANDER

Einige Anmerkungen

Zum hier nachgedruckten Artikel aus der „tat“, Zeitschrift der DKP-dominierten VVN, vom 4.1.80, erscheinen einige Anmerkungen nötig, ansonsten lese jeder selbst.

Es ist nicht gerade häufig, daß die „tat“ die neu entstandene antifaschistische Bewegung überhaupt zur Kenntnis nimmt. In aller Regel werden deren Aktivitäten in der „tat“ verschwiegen, oder — wenn das Verschweigen nicht mehr geht — umgelogen zu Aktivitäten der VVN, der DKP oder des DGB. Beispielsweise sei hier nur an die haarsträubende Desinformationspolitik der „tat“ anläßlich des „Rock gegen Rechts“-Bündnisses vom 16./17.6.79 in Frankfurt erinnert.

Noch am 17.6.79 wurde während dieses größten antifaschistischen Ereignisses des letzten Jahres die Idee einer antifaschistischen Zeitung und eines antifaschistischen Bundeskongresses geboren. Es ist einfach absurd, wenn die „tat“ diese ihr bekannte Tatsache umlügt zu einer Reaktion auf ihre Initiative zu einem Kongreß im Mai '80.

Die VVN und die „tat“ wurden seitdem über sämtliche Schritte und Diskussionen zur Vorbereitung des Bundeskongresses und des Zeitungsprojekts informiert. Sie hätten sich also jederzeit in die Diskussion einschalten können. Tatsächlich sind sie bisher ein einziges Mal, auf dem Vorbereitungstreffen in Bielefeld, aufgekreuzt, und auch dort offenbar nur, um zu stören und zu provozieren.

Tatsächlich hat der antifaschisti-

sche Bundeskongreß mit dem von der VVN initiierten nichts zu tun. Es ist ausschließlich das Problem der VVN, wenn sie darin eine Konkurrenz zu erblicken glaubt. Der Vorwurf der Spaltung ist darüberhinaus auch deshalb absurd, weil die VVN — wie ihr Artikel zeigt — überhaupt kein Interesse an einer Zusammenarbeit mit der neuen antifaschistischen Bewegung hat. Es ist schon eine etwas krause Logik, eine Einladung an die Adresse der VVN zum antifaschistischen Bundeskongreß als „unverfroren“ und „spalterisch“ zu diffamieren, zugleich aber z.B. Anfragen des KB nach Teilnahme-Möglichkeit an ihrem Mai-Kongreß nicht einmal zu beantworten.

Selbstverständlich tischte die „tat“ auch wieder die altbekannten Ammenmärchen über die Standpunkte der neuen antifaschistischen Kräfte auf: Sie seien gegen Frieden, Entspannung und Abrüstung; sie wollten die Gewerkschaften spalten; sie träten nicht entschieden gegen Rassenhetze und Antikommunismus ein; sie seien gegen die Verteidigung der Freiheitsrechte, weil sie „den antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes“ als Basis für die Zusammenarbeit ablehnten.

Tatsächlich hat es in Bielefeld genau über diese Punkte, die von der VVN immer wieder gegen die Linke ins Feld geführt werden, eine Diskussion gegeben, die sich im Protokoll — aus dem die VVN ja zitiert — wie folgt widerspiegelt: „Von den VVN-Vertretern wurde dazu erklärt, es seien ihnen keine Un-

vereinbarkeitsbeschlüsse bekannt; allerdings sei es notwendig, den Kampf für Frieden, Entspannung und friedliche Koexistenz zu führen und hier insbesondere die Schlußakte von Helsinki, SALT I und II als Schritte zum Frieden zu sehen;

— gegen jede Form des Antikommunismus und Antisowjetismus einzutreten;

— den antifaschistischen Charakter des Grundgesetzes zu verteidigen. Von seiten der übrigen Teilnehmer wurde dem entgegengehalten, daß diese Punkte zum einen faktische Unvereinbarkeitsbeschlüsse enthalten, indem sie z.B. den Kampf für Frieden und Freiheit auf eine bestimmte Sichtweise einengen, die Frage des Antikommunismus auf die realen Verhältnisse in der SU reduzieren, den Kampf um die Erhaltung und die Erfüllung der Grundrechte auf das Grundgesetz beschränken. So wurden Bedingungen gestellt, die von großen Teilen der Bewegung nicht akzeptiert werden können. Zudem sei es ein Widerspruch, daß die VVN diese Bedingungen zwar gegenüber der neuen antifaschistischen Bewegung erhebe, nicht aber gegenüber sonstigen Kräften (SPD/DGB)“.

Die Tatsache, daß die „tat“ es überhaupt für nötig hielt, den Bundeskongreß aufs Korn zu nehmen, zeigt die Notwendigkeit für die VVN, ihren blinden Abgrenzungskurs gegenüber der antifaschistischen Bewegung stärker als bisher — auch in ihrem engsten Umfeld — rechtfertigen zu müssen. Es ist bekannt, daß in der Mitgliedschaft der VVN des öfteren Kritik an der Abgrenzungshysterie der VVN geübt wurde. Die VVN hat im letzten Jahr erleben müssen, wie Teile ihres Bündnispektrums zusammengebrochen sind, auch deshalb, weil diese Bündnispartner gemeinsame antifaschistische Ziele hö-

her eingeschätzt haben als parteibornierte Machtpolitik.

Der „Falschmünzer“-Artikel zeigt wieder einmal, wie schwer es vielen Leuten im DKP-Spektrum immer noch fällt, sich auf solidarische Umgangsformen nicht nur gegenüber Liberalen und Sozialdemokraten (da ist die VVN ja sehr herzlich), sondern auch gegenüber Linken außerhalb der DKP einzulassen. Daß auch diese Kräfte unausrottbar zum politischen Spektrum dieses Landes gehören, will vielen DKP'lern auch gut 10 Jahre nach deren Aufkommen immer noch nicht in den Kopf. Manche Leute brauchen eben sehr lange zum Lernen. Die führen dann im Jahre 1980 den Konkurrenzkampf gegen Andersdenkende immer noch mit dem Vokabular der Stalin'schen „Großen Säuberung“: Da gilt es nicht etwa Andersdenkende sachlich zu widerlegen, sondern da werden „Falschmünzer“ aufgestöbert und „Hintermänner“ samt „Drahtziehern“ ausgemacht. Daß die „Liquidierung“ der Übeltäter nicht gleich auf dem Fuße folgt, verdanken wir wohl eher der Ohnmacht solcher Autoren als ihrer Einsicht. Aber vielleicht begreifen sie ja auch doch noch irgendwann, worauf es ankommt. Zu spät ist es fast nie.

PS: Eine Aussage hat uns sehr überrascht: Die „tat“ behauptet, der KB und der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ (München) hätten sich zusammengesetzt, um ihren „Spalterkongreß“ abzuhalten. Uns ist davon nichts bekannt. Wir würden uns allerdings freuen, wenn der „Arbeiterbund“ nicht mehr ständig der VVN nachhecheln würde, sondern auch zur Zusammenarbeit mit dem KB bereit wäre!

Antifa-Kommission KB Hamburg

Im AKW Ohu: „Schwarze Sheriffs“ schießen wild um sich



„Schwarze Sheriffs“ auf Streife in Ohu

Daß aus Mangel an Einsätzen gegen Demonstranten die Männer der paramilitärischen Organisation „Zentraler Sicherheitsdienst“ (ZSD) – bekannt auch unter der Bezeichnung „Schwarze Sheriffs“ – in Ausübung ihrer Bewachungsaufgaben für die AKW-Betreiber und für die Stadt München einmal durchdrehen würden, war eigentlich vorauszusehen. So geschehen jetzt auf dem Gelände des AKW Isar I bei Ohu, wo Mitglieder dieser privatpolizeilichen Truppe in Wildwest-Manier um sich geballert haben. Diese Vorfälle sind jetzt aufgrund einer Anfrage des bayerischen Landtagsabgeordneten Schlittmeier ans Licht der Öffentlichkeit gekommen.

Mit ihren Waffen hatten die „Schwarzen Sheriffs“ auf dem AKW-Gelände Jagd gemacht auf alles, was im und um das AKW herum kroch und flücht. Aber nicht nur Kaninchen und Enten mußten dran glauben; auch Bojen in der Isar und rund 20 sogenannte Objektschutzstrahler sollen bei Zielübungen zerschossen worden sein. Mehrere Schüsse sollen bei den Schießübungen im Kühlturm eingeschlagen sein. Dieser Ballerei sind dann auch – welch Unglück! – zwei der Privat-Bullen selber zum Opfer gefallen: Der eine schoß sich selbst ins Bein, der andere wurde von einem Kollegen angeschossen.

Auch bei anderen Bewachungstätigkeiten – im Dienst der Stadt München – machten die Männer des ZSD mit ihren Schusswaffen die Gegend unsicher. Auf dem Olympiagelände haben sie z.B. nicht nur Autos gestohlen und diese dann in einer Werkstatt eines ZSD-Kollegen frisiert – dort haben sie auch schon mehrmals aus fahrenden Autos Schüsse abgefeuert.

Carl Wiedmeier, Leiter des ZSD, bezeichnet die Anschuldigungen als „größtenteils erstunken und erlogen“. Er droht, den SPD-Abgeordneten wegen Geschäftsschädigung zu verklagen. Immerhin fand er doch auch bisher Unterstützung bei Münchens Polizeipräsidenten Schreiber, der anerkennend die gute Kampfausbildung der „Schwarzen Sheriffs“ gelobt hat,

daß eine solche Ausbildung bei der staatlichen Polizei nur die Mobilien Einsatzkommandos (MEK) erhalten.

Der Abgeordnete Schlittmeier macht in seiner Anfrage auf die Ausrüstung der ZSD-Leute mit sog. Revolvern der Marke „Magnum 357“ aufmerksam, mit denen bis zu drei Kilometer weit geschossen werden kann und gleichzeitig mehrere Menschen verletzt werden können. Bei der Verwendung von Schrotgewehren würden neben Schrotmunition auch sog. Gunman-Patronen an die ZSD-Männer ausgegeben, die 9 mm-Hohlkugeln enthalten und verheerende, tödliche Wirkungen aufweisen. Weitere Fragen möchte Schlittmeier beantwortet haben: „Lagern im Kernkraftwerk Isar I ca. 200 Tränengasgranaten der Firma Smith & Wesson, die nach Abziehen und Wegwerfen heiß werden, so daß man sie nicht mehr anfassen kann? Lagern in einem der Betriebsräume des ZSD in München ca. 1.000 dieser Tränengasgranaten? ... Besitzt der ZSD drei Stück 'Pepperbox', von denen jede Kampfgas ausstrahlen kann, so daß Tausende von Personen für Stunden durch Erbrechen und Augenreizung außer Gefecht gesetzt werden können?“

Für ZSD-Chef Wiedmeier ist diese Ausrüstung seiner Leute aber noch nicht ausreichend. Er will, daß sie zukünftig bei ihren Streifengängen Maschinenpistolen mit sich führen dürfen!

Diese Horrorgeschichte einer schwerbewaffneten, schießwütigen Privatpolizei hatten vor einiger Zeit die Beschäftigten der Jülicher Kernforschungsanlage vor Augen, als sie aufgrund der Aufstockung der dortigen privaten Polizeitruppe auf insgesamt 200 Mann in einem Brief an den Arbeits- und Gesundheitsminister Farthmann erklärten: „Wir schätzen die Gefährdung durch die Anwesenheit der bewaffneten Bewacher und deren möglichen Fehlreaktionen wesentlich höher ein als das Risiko eines terroristischen Angriffs“.

Diese Horrorgeschichte einer schwerbewaffneten, schießwütigen Privatpolizei hatten vor einiger Zeit die Beschäftigten der Jülicher Kernforschungsanlage vor Augen, als sie aufgrund der Aufstockung der dortigen privaten Polizeitruppe auf insgesamt 200 Mann in einem Brief an den Arbeits- und Gesundheitsminister Farthmann erklärten: „Wir schätzen die Gefährdung durch die Anwesenheit der bewaffneten Bewacher und deren möglichen Fehlreaktionen wesentlich höher ein als das Risiko eines terroristischen Angriffs“.

Antifa-Kommission
KB/Hamburg

Prozesse gegen die „Hansa“ Bande beginnen in Hamburg

Mit zwei Prozessen will die Hamburger Justiz in einer Art „Aufwasch-Verfahren“ das Kapitel „Hansa“-Bande jetzt beenden:

Am 10.1. begann ein Prozeß gegen Christian Worch (Stellvertreter von Michael Kühnen), Frank Stubbemann („Gauführer“ Schleswig-Holstein), Thomas Bohn, Lothar (Barbiaczky-) Wrobel und Wolfgang Behrend. Demnächst soll ein zweites Verfahren folgen gegen Tibor Schwarz, Michael David u.a.

Es geht um Aktivitäten der „Hansa“-Bande vor zwei Jahren in Hamburg. (Während ihrer Kandidatur als „ANS“ zu den Bürgerschaftswahlen führten sie verbotene Veranstaltungen durch; u.a. machten sie Demonstrationen mit Eismasken und Transparenten: „Ich Esel glaube noch an die Judenvergasung“).

Der erste Prozeßtag kam nur mühsam in Gang: Ein Schöffe mußte erst ausgewechselt werden. Sein Sohn Thomas Schacht hat nämlich enge

Beziehungen zur „Hansa“-Bande. Gegen ihn läuft ein Verfahren wegen eines Aufmarsches im April 1978, wegen dem Worch bereits verurteilt ist.

Nachdem schließlich ein neuer Schöffe gefunden war, stellte C. Worch den nächsten Antrag: Er wollte seine Verteidigerin loswerden. Sie selbst unterstützte den Antrag; sie könne seine Ansichten und seine Aktivitäten keinesfalls akzeptieren; ein Vertrauensverhältnis sei somit nicht vorhanden. Richter Bogatzki entschied aber dagegen.

In der Beweisaufnahme ging es dann u.a. um die Uniform, die Frank Stubbemann am 19.2.78 getragen hatte – für alle Betrachter eine SS-Uniform. Stubbemann bezeichnete sie jedoch als „Fantasie-Uniform“; der darauf befestigte Totenkopf und die Sterne hätten mit der ursprünglichen Jacke (Angeblich eine Zolluniform) nichts zu tun. In diesem Stil ging es bis zum Ende dieses Verhand-

Kriminaltango in Mannheims „Anderem Buchladen“

Die neueste Story aus unserem Buchladen-Kollektiv soll auch nicht vor-enthalten bleiben: Wir saßen eines Tages schwer vertieft in unsere Arbeit im Laden; hinter uns im Schaufenster prangte das Buch „Mann oh Mann“, ein Foto-Band von Charlotte March, in dem sie ihren Geliebten in allen Variationen ablichtet. Da wir ja ideologisch nicht verhärtet sind und auch Trotzki, Bakunin, die 3 Tornos und Heinrich Böll unter einem Dach vereinen und außerdem die bestsortierte Schwulen-Abteilung in der BRD haben, dachten wir uns: „Mann, oh Mann, Mannheims Linke soll auch mal was anderes in unserem Schaufenster erblicken!“ Das vielbeachtete Foto, um das es hier gehen wird, – übrigens schon in mehreren Zeitungen, z.B. „Konkret Sexualität“, veröffentlicht und überall öffentlich zugänglich – zeigt einmal einen Typ mit weggeklebten und dann mit hochstehendem Pimmel.

Was geschah sodann? Zwei uniformierte Zeitgenossen stürzten zur Tür rein. Der eine stand nur die ganze Zeit stumm da und genierte sich offenbar. Der andere wollte von uns wissen, was das solle, so ein anstößiges Bild öffentlich zur Schau zu stellen. Sie hätten eine Beschwerde bekommen und so gehe das doch nicht. „Der sex-shop nebenan hat doch auch seine Schaufenster zugeklebt! Da können Sie doch nicht sowas (!) ausstellen!“ Das Objekt des Anstoßes hatte offensichtlich einige Gemüter (bloß die?) erregt. Der Uniformierte forderte uns schließlich auf, „das wegzutun“, und außerdem werde er prüfen, ob er uns „eine Anzeige machen kann“.

Wer nun glaubt, das sei's gewesen, der irrt: Der Uniformierte wechselte das Thema. „Und außerdem: Wer hat hier heute nachmittag geblüht?“ Wie bitte? Allseitiges Stauen! Nach einigem Drängen rückt er raus, daß sich angeblich auf dem Polizeirevier jemand beschwert hätte, er sei hier fotografiert worden. Was kombiniert ein linkes Gehirn da? Es muß wohl ein Spitzel im Laden gewesen sein, der sich nun enttarnt fürchtet. Wir hatten tatsächlich ein paar Fotos gemacht, aber nur aus Quatsch und auch nur uns selbst geknipst, da einer von uns in Urlaub gefahren ist, sozusagen zum Abschied. Der Film war schon auf der Reise und konnte daher nicht konfisziert werden.

Die uniformierten Zeitgenossen gingen ab und ließen erstaunte Buchhändler zurück! Der Pimmel wurde erstmal mit einem Zettel drapiert, auf dem wir – literaturverdächtig – dichteten:

Z E N S U R: Unbedeckte Pimmel stinken zum Himmel; dagegen sind nackte Busen die wahren Musen.

Z E N S U R: Unbedeckte Pimmel stinken zum Himmel; dagegen sind nackte Busen die wahren Musen.

Die Pimmel-Geschichte ging dann so weiter, daß man uns zwei Tage später mitteilte, wir bekämen ein Verfahren wegen § 119. Das ist der Paragraph, mit dem normalerweise die unkontrollierte Prostitution wie Straßenstrich etc. bekämpft wird. Einer von uns hat inzwischen einen Bußgeldbescheid bekommen wegen „plakatierter Zurschaustellung eines erigierten Penis“. Da gehen allerdings die Ansichten auseinander. Einige Experten behaupten, er sei gar nicht erigiert, sondern nur halb erigiert, sonst müßte er weiter nach vorne und nicht so sehr nach oben stehen.

Wir bitten um weitere Stellungnahmen!

Jedenfalls erstaunlich, wegen welcher Dinge der Justiz- und Polizei-Apparat heutzutage bemüht wird! Und das von unseren Steuergeldern!

Die Story mit unserem Fotografieren lief noch sehr mysteriös ab: Als wir nach einigen Tagen den Film vom Fotogeschäft abholen wollten, fehlten – welch Zufall – alle

Negative, auf denen der Laden abgebildet war. Unsichtbare Mächte hatten sich unserer Negative bemächtigt. Wir werden uns natürlich um Aufklärung dieses Kriminalfalles bemühen. Zweckdienliche Hinweise zur Ergreifung der Täter werden erbeten an den Anderen Buchladen (Linkes und Schönes)

Buchladen M2, Mannheim

Dokumentation der Bochumer Initiative gegen Polizeiübergriffe

Auch Du kannst das nächste Opfer sein



2,50 DM

schriftlich an die Bochumer Initiative gegen Polizeiübergriffe
über die Evangelische Studentengemeinde
Querenburger Höhe 287 (Kirchenforum im Unicenter)
4630 Bochum 1

stop+++ willy peter stoll +++ beim versuch der festnahme am
6.09.1978 in duesseldorf erschossen +++ stop
stop +++ elisabeth von dyck +++ beim versuch der festnahme
am 4.05.1979 in nuernberg erschossen +++ stop
am 4.05.1979 in nuernberg erschossen +++ stop
stop +++ rolf heissler +++ bei festnahme am 9.06.1979 in
frankfurt/main durch kopfschuss schwer verletzt +++ stop

Der kürzeste Prozeß: Der gezielte Todesschuß!



-DOKUMENTATION-

Herausgeber: Initiative gegen das Einheitliche Polizeigesetz - Ffm.

Diese Broschüre beschäftigt sich mit den gezielten Schüssen auf Willy Peter Stoll, Elisabeth von Dyck und Rolf Heißler. Wir zeigen, daß die z.T. aus Spezialisten bestehenden Polizeikommandos nicht aus Notwehr handelten, als sie von Dyck und Stoll erschossen und Heißler schwer verletzt wurden. Wir dokumentieren die Widersprüche in den offiziellen Versionen über die Todesschüsse. Schließlich behandeln wir die Einstellungsbeschlüsse in den Ermitt-

lungsverfahren gegen die verantwortlichen Polizisten, mit denen die Staatsanwaltschaften diese Fälle gerne „abschließen“ möchten.

32 Seiten, DM 2,-

Hrsg.: Initiative gegen das einheitliche Polizeigesetz, Frankf./M. zu beziehen über

Peter Gröbler
Eichenstr. 1
6370 Oberursel/Taunus 6



Christian Worch

lungstages.
Fortsetzung des Prozesses:
15.1., 17.1., 22.1., 24.1., dienstags
jeweils Raum 201b, do Raum 160,
Strafjustizgebäude, Beginn 9 Uhr.

Nach der Freilassung: Zweiter Haftbefehl gegen Croissant aufgehoben

Im Zuge einer Weihnachtsamnestie ist Klaus Croissant am 5.12. vorzeitig aus dem Knast entlassen worden. Am 18.12. hob der Bundesgerichtshof den seit 1977 noch bestehenden Haftbefehl wegen Vorwürfen, die Frankreich bei der Auslieferung Croissants abgelehnt hatte, auf. Croissant kann also in der BRD bleiben, ohne daß eine erneute Verhaftung droht.

Wer erinnert sich nicht: Klaus Croissant im bundesdeutschen Herbst 1977 - der „Terroranwalt“ schlechthin, Paradebeispiel in der gesamten bürgerlichen Presse für die Zusammenarbeit von „Terroristen“ und ihren Anwälten.

Nach bereits zwei Verhaftungen 1975 und 1976 verließ er im Juli 1977 die BRD und ersuchte in Frankreich um politisches Asyl. Nach langem Hin und Her und massiver Intervention der Bundesregierung wurde er schließlich trotz einer breiten Solidaritätskampagne in Frankreich im November 1977 an die BRD ausgeliefert, allerdings mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß der im Haftbefehl erhobene Vorwurf, Croissant habe in seinem Stuttgarter An-

waltsbüro „Rekrutierung für die RAF“ betrieben, als zu vage und unbewiesen ausgeklammert werde („TAZ“, 30.8.79).

So konnte Croissant vor einen knappen Jahr „nur“ wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ durch das „Info-System“ der damaligen RAF-Verteidiger und ihrer Mandanten verurteilt werden und bekam zweieinhalb Jahre Knast und ein Berufsverbot von vier Jahren.

Um Croissant nach seiner Entlassung wegen der von Frankreich nicht akzeptierten Vorwürfe erneut vor Gericht stellen zu können, sollte es ihm durch die Nichtauslieferung seiner Ausweispapiere und unter Mißachtung des deutsch-französischen Auslieferungsabkommens unmöglich gemacht werden, die BRD legal zu verlassen (siehe AK 163). Durch eine Verfügung des Stuttgarter Verwaltungsgerichtes jedoch mußten Croissant die Papiere schließlich ausgehändigt werden.

Am 5.12.79 dann kam er einen knappen Monat vor vollständiger „Verbüßung“ seiner Haftstrafe durch eine Weihnachtsamnestie für alle Gefangenen in Baden-Württemberg, die zwischen dem 28.11.79 und dem

2.1.80 entlassen werden sollten, aus dem Knast; dies aber auch erst, nachdem er gerichtlich hat feststellen lassen, daß sein eigentlicher Haftentlassungstermin nicht am 3.1.80 (wie das baden-württembergische Justizministerium behauptete), sondern schon am 2.1. fällig gewesen wäre, und er somit unter die Amnestie fallen müsse.

Croissant stand nun nach dem deutsch-französischen Auslieferungsabkommen eine 30tägige „Schonfrist“ zu, innerhalb derer er die BRD hätte verlassen müssen, um sich einer erneuten Verhaftung zu entziehen, wenn nicht - auf einmal - die Bundesanwaltschaft den noch bestehenden Haftbefehl gegen ihn am 18.12. 1979 aufgehoben hätte („Tagesspiegel“, 19.12.79).

Damit ist sang- und klanglos der damalige Hauptvorwurf in der Kampagne gegen Croissant aufgehoben worden. Klaus Croissant ist dazu erst einmal zu beglückwünschen - darüber hinaus bleibt die Frage offen, was sich die BRD-Justiz von dieser „Gnade“ versprechen mag.

Westberliner Antirepressions-Kommission des KB

Prozeß gegen Rechtsanwalt Axel Galette:

Ein Angriff auf das freie Wort des Verteidigers

Der Kieler Rechtsanwalt Axel Galette soll als Verteidiger in einem Grohnde-Prozeß mehrere Richter und einen Staatsanwalt durch „üble Nachrede“ herabgewürdigt haben. Die Verhandlung über diese Anklage soll am 31. Januar in Hannover beginnen.

Hintergrund dieses Prozesses sind die Ereignisse in den Verhandlungen gegen einen Grohnde-Demonstranten: Im Herbst 1978 verteidigte Axel Galette vor dem Landgericht Hannover den Hamburger Lehrer Wolfgang Giesler. Dieser sollte angeblich bei der Grohnde-Demonstration am 19.3.77 mit einem Spaten auf Polizeibeamte eingeschlagen haben. Die Verteidigung versuchte, das politisch motivierte Vorgehen der Demonstranten gegen den Bau des AKW Grohnde als notwendigen Inhalt eines solchen Strafverfahrens in den Prozeß einzubringen. Die Berechtigung des Widerstandes gegen AKWs wollte das Gericht aber nicht zum Erörterungsgegenstand machen. Stattdessen hatte in der Öffentlichkeit und in der hannoverschen Justiz bereits eine Vorverurteilung von Wolfgang Giesler stattgefunden. Dennoch gelang schließlich der Beweis, daß Wolfgang Giesler keinesfalls der Demonstrant gewesen sein konnte, der mit einem Spaten auf Polizisten geschlagen haben soll. Das ergab sich aus einem Schriftstück, das Staatsanwalt Borchers zunächst nicht herbeischaffen ließ, obwohl er von dessen Existenz wußte. Auch die Zeugen der Anklage hatten in der Hauptverhand-

lung falsche Angaben gemacht, was nur gegen den Widerstand von Gericht und Staatsanwaltschaft nachgewiesen werden konnte. Obwohl die Anklage widerlegt war, beantragte Staatsanwalt Borchers eine Freiheitsstrafe von einem Jahr ohne Bewährung. Wolfgang Giesler aber mußte schließlich freigesprochen werden.

Verteidiger Axel Galette hatte das Vorgehen der Justiz als Vorverurteilung benannt und angegriffen. Solche für jede Verteidigung notwendigen Sachverhalte zu benennen, soll jetzt kriminalisiert werden. Eine „üble Nachrede“ soll Axel Galette begangen haben, indem er sinngemäß folgendes geäußert haben soll:

— Staatsanwaltschaft und Gericht haben den Auftrag zur Verurteilung von Grohnde-Demonstranten durch Politiker, Atomkraftwerkbetreiber und Teile der Massenmedien angenommen; das habe sich u.a. in Verteidigungsbeschränkungen in den vorangegangenen Verfahren gezeigt;

— das Gericht habe Vernehmung und Befragung der Zeugen im Sinne der Anklage gesteuert; es habe die freie Verteidigung des Angeklagten dadurch beeinträchtigt, daß es seinem Verteidiger laufend das Wort entzogen habe, diesen offen beleidigt und ihm schließlich standesrechtliche Maßnahmen angedroht habe; aus alledem ergebe sich, daß das Gericht „unparteiisch“ habe urteilen wollen;

— Staatsanwalt Borchers habe bewußt einseitig zu Lasten des Angeklagten den Sachverhalt ermittelt und habe im Prozeß bekanntgewor-

dene entlastende Beweise nicht herbeigeschafft; dadurch habe er die Beweissituation manipuliert und sich der versuchten Anstiftung zur Rechtsbeugung strafbar gemacht; bis ins Plädoyer habe er wider besseren Wissens mittels geschickter Zwecklügen eine Verurteilung Gieslers erreichen wollen.

Nachdem in den letzten Jahren durch Gesetze umfangreiche Verteidigungsbeschränkungen eingeführt worden sind, ist dieser Strafprozeß gegen Axel Galette ein weiterer und neuer Angriff auf die Rechte von Beschuldigten und ihren Verteidigern. Denn wenn diese Anklage Schule macht, wird die Verteidigung von Beschuldigten in Zukunft unmöglich, weil der Verteidiger nicht mehr sagen darf, was er in seiner Schutzfunktion für den Angeklagten sagen muß, weil er ansonsten selber mit Strafverfolgung rechnen muß.

Abgesehen davon, ist aber gar nicht klar, was Axel Galette tatsächlich gesagt hat, denn die angeblich gefallenen Äußerungen sind von dem Gericht noch nicht einmal protokolliert worden. Daher wird sich Axel Galette im kommenden Prozeß gegen angebliche Äußerungen von vor mehr als einem Jahr verteidigen müssen, die er selbst heute nur noch schwer widerlegen oder in den richtigen Zusammenhang stellen kann.

Der Prozeß beginnt am:
31. Januar, 9.00 Uhr im Amtsgericht Hannover, Volgersweg 1, Raum 364

Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH)

Ehrengerichtsverfahren gegen RA Heinisch

Nicht zum ersten Mai ist gegen den Westberliner RA Philipp Heinisch ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet worden: Diesmal wegen eines in der „TAZ“ vom 14.11.79 (siehe auch AK 168) veröffentlichten Offenen Briefes zum Schmückerverfahren, der den „versteckten (!) Vorwurf der Rechtsbeugung“ enthalten soll.

RA Heinisch hatte in diesem Offenen Brief auf den Prozeß Bezug genommen, nachdem dort bekannt geworden war, daß „der Verfassungsschutz es acht Jahre hingenommen hat, Frau Astrid Proll ein Geheimdokument vorzuhalten, aus dem sich wesentliche entlastende Angaben zu dem ihr gemachten Tatvorwurf des Mordversuchs ergeben“.

Weil der Bundesinnenminister, das Bundesamt und Westberliner Landesamt für Verfassungsschutz und der Westberliner Innensenator wie auch der Staatsschutz im Schmückerverfahren mit einer ganzen Reihe von Aussageverweigerungen mögliche entlastende Angaben dem Gericht vorzuenthalten hatten, fragte Heinisch diese Ämter und das Gericht: „Welche Konsequenzen gedenken Sie zu ziehen, nachdem Sie es in Kauf genommen haben, Entlastungsbeweise vorzuenthalten und das Risiko eingegangen zu sein, potentiell Unschuldige verurteilt zu haben?“

Oberstaatsanwalt Schlippe sieht in dieser Frage „in versteckter Form“ den unerhörten „Vorwurf der Rechts-

beugung und zwar in der Öffentlichkeit“. Hierdurch sei gegen Heinisch der Verdacht entstanden, „in erheblicher Weise“ gegen seine „Ständepflichten verstoßen zu haben“. Ihm sei schließlich die „Möglichkeit gegeben, im Revisionsverfahren zu rügen, daß (!) von der Strafkammer Entlastungsbeweise dem Gesetz zuwider (!) nicht erhoben worden sind (!)“. Es sei aber „unlauter, neben dem Revisionsverfahren noch eine Pressekampagne zu betreiben“.

Der Rechtsstaat funktioniert bekanntlich am besten unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

P.S.: Am 30.1.80 hat RA Heinisch ein Ehrengerichtsverfahren wegen seiner damaligen Reaktion auf die Stammheimer Entkleidungsordnung für Rechtsanwälte (sog. „Hosenladerlaß“).

Der schlichte Sachverhalt des Vorwurfs: „Ich habe mich seinerzeit, während eines Prozeßtages so gekleidet, wie ich in der Kontrollstelle des Mehrzweckgebäudes (Gericht, AK) entkleidet wurde“ (Erklärung von Heinisch). Der Vorsitzende Richter Fischer damals (1978): „Ei, kauft Sie sich doch a Hos' mit'm Reißverschluß aus Plastik, dann brauchen wir Sie net mehr zu kontrolliere“.

Heinisch sollte bei Robert Lemke auftreten; seine typische Handbewegung: Schlitz auf, Schlitz zu... Westberliner Antirepressions-Kommission des KB



Stammheim 1978, der Vorsitzende Richter Fischer: „Ei, kauft Sie sich doch a Hos' mit'm Reißverschluß aus Plastik, dann brauchen wir Sie net mehr zu kontrolliere“.

Staatsanwaltschaften auf scharfem Kurs: Revision gegen Buback-Freisprüche

Wie berichtet, war die Berufungsverhandlung gegen Heinrich Eckhoff, als presserechtlich Verantwortlicher für den SSB, wegen Nachdrucks des Buback-Nachrufes am 2. November vergangenen Jahres mit Freispruch ausgegangen (AK Nr. 165 und Nr. 167). Das Landgericht Hamburg war der Ansicht, daß das bloße Nachdrucken des inkriminierten Buback-Nachrufes keine strafbare Handlung sei, weil sich Heinrich Eckhoff damit die Position des Verfassers („Mescalero“) nicht zu eigen gemacht habe.

Kurz darauf lehnte das Amtsgericht Hamburg in einem ebenfalls gegen Heinrich Eckhoff von der Staatsanwaltschaft Hamburg angestregten Verfahren die Eröffnung der Hauptverhandlung mit der gleichen Begründung ab. In diesem Verfahren ging es um den Nachdruck eines Artikels im AK Nr. 154, der in der Münchner Stadtzeitung „Blatt“ erschienen war. Der Artikel berichtete über die Durchsuchung der Redaktionsräume des „Blatt“ und die Beschlagnahme einer Ausgabe. In dieser Ausgabe war ein Offener Brief an den Bundespräsidenten Carstens veröffentlicht worden, in dem es u.a. hieß, Carstens sei ein passender Repräsentant „dieses mörderischen Staates“. (Zitat aus dem Brief) Diese Aussage war auch im AK zitiert. Daraufhin klagte die Staatsanwaltschaft Heinrich Eckhoff als presserechtlich verantwortlichen des AK wegen Verstoßes gegen den

§ 90a (Verunglimpfung des Staates) an.

Obwohl auch in anderen Prozessen gegen den Nachdruck des Buback-Nachrufes sich die Gerichte überwiegend zu der Ansicht durchgehangen haben, die bloß dokumentarische Nachveröffentlichung eines inkriminierten Textes stelle noch keine strafbare Handlung dar, scheinen sich die Staatsanwaltschaften nicht so leicht geschlagen zu geben:

Gegen den Freispruch im Buback-Prozeß gegen Heinrich Eckhoff legte die Staatsanwaltschaft Revision beim Oberlandesgericht ein; den Beschluß des Amtsgerichtes Hamburg, die Eröffnung der Hauptverhandlung im „Blatt“-Prozeß abzulehnen, versucht die Staatsanwaltschaft wieder zu kippen, indem sie jetzt „sofortige Beschwerde“ eingelegt hat.

Auch andernorts verfolgen die Staatsanwaltschaften in ähnlichen Verfahren einen scharfen Kurs. So legte auch die niedersächsische Staatsanwaltschaft Oldenburger Revision beim BGH (Bundesgerichtshof) gegen das freisprechende Urteil des Landesgerichts Oldenburg im Buback-Prozeß ein. (FR, vom 8.1.80).

Dieses Vorgehen ist nur auf dem Hintergrund verständlich, daß hier um eine Grundsatzentscheidung in einer für das gesamte Presserecht, wesentlichen Rechtsfrage gerungen wird.

Ob die Vorstöße der Staatsanwaltschaften hier allerdings erfolgreich sein werden, muß ernsthaft bezweifelt werden. Denn in den letzten Tagen wurde bekannt, daß die Bundesanwaltschaft es ablehnt, die Revision im Oldenburger Buback-Prozeß vor dem BGH zu vertreten. (FR, 8.1.80) Außer der Bundesanwaltschaft ist aber niemand befugt, eine Revision vor dem BGH zu vertreten. Man/frau sollte sich allerdings hüten, das Verhalten der Bundesanwaltschaft als Ergebnis besserer Einsicht aufzufassen. Es scheint sich eher um ein taktisches Manöver zu handeln, nämlich angesichts der großen Popularität der angeklagten 13 niedersächsischen Professoren im Oldenburger Prozeß eine weitere Zuspitzung der öffentlichen Auseinandersetzung zu vermeiden. Immerhin aber ist diese Entwicklung dann ein Beweis dafür, daß Solidarität doch eine Waffe ist - auch gegen die Justiz. Abgesehen davon, steht der Ausgang des Verfahrens jedoch damit noch nicht fest. Denn selbst, wenn die Bundesanwaltschaft die Abweisung der Revision beantragen sollte, könnten die Richter immer noch anders entscheiden... (laut FR, 8.1.80).

Die Hauptverhandlung vor dem BGH ist auf den 29. Januar angesetzt.

Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH)

Solidaritätsaufruf — Ziesel kassiert ab! —

Nachdem einige Zeit an der „Prozessfront“ des KB relative Ruhe herrschte, hat der Feind mal wieder zugelangt: diesmal nicht die Staatsanwaltschaft, nein, es gab Herr Ziesel den Anstoß, den die AK-Leser aus seiner überdurchschnittlichen Prozeßfreudigkeit kennen, wenn es um die Berichterstattung über „seine“ sog. „Deutschland-Stiftung“ geht, die bekanntlich dem rechten politischen Lager der BRD zuzurechnen ist.

Am 11.1.1978 hatte Ziesel vor dem Landgericht München eine einstweilige Verfügung erstritten, die es dem AK untersagte, eine Reihe von Behauptungen über die Verbindungen Ziesels bzw. der Deutschlandstiftung zu bekannten rechtsradikalen Gruppen, Einzelpersonen oder Organisationen aufzustellen. Ziesels Anwälte Dr. Ossmann und Kreiner, die auch schon für F.J. Strauss in einer Sache gegen den AK Strafantrag gestellt hatten (Kai Ehlers wurde deshalb zu 2.700 DM Geldstrafe verurteilt), haben beim Münchener Landgericht einen Bestrafungsbeschuß wegen angeblichen Verstoßes gegen die zwei Jahre alte einstweilige Verfügung erwirkt: der Reents-Verlag muß 4000 DM zahlen, weil in dem AK vom 25.6.1978 behauptet worden war, Ziesel habe Verbindungen zu rechtsradikalen Gruppierungen!

Juristisch gesehen wird der Verlag um die Zahlung dieses Betrages nicht herumkommen: eine einstweilige Verfügung hat ihre Wirkung über 30 Jahre hinweg und solange es immer noch das Landgericht München I in der jetzigen Besetzung unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen geben wird, wird Ziesel immer wieder „Bestrafungsbeschlüsse“ durchzusetzen versuchen und auch durchsetzen können.

Im bevorstehenden Bundestagswahlkampf wird sich die Linke darauf einstellen müssen, daß Ziesel und auch Strauß ihre Bemühungen, die Linke durch eine Prozeßflut einzuschüchtern und kaputtzumachen, noch steigern werden. Je mehr die Rechten angegriffen werden, um so wütender werden sie sich des Mittels der Klassenjustiz bedienen. Wir rufen deshalb zu einer neuen Solidaritäts- und Spendenkampagne auf, die helfen soll, die zu erwartenden immensen Prozeßkosten zu decken, die die von Strauß, Ziesel und Co. eingeleiteten oder noch zu erwartenden Verfahren verursachen werden. Der erste größere Brocken, der bezahlt werden muß, sind die 4000 DM wegen Ziesel.

Überweist deshalb reichlich Spenden auf das Konto:

Arbeiterhilfe e.V.
Stichwort: Strauß und Co.
Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg
Kto.-Nr.: 1 244 365 3

Freispruch für Brückner bleibt



Die Bundesanwaltschaft lehnt es ab, im Strafverfahren gegen die 13 niedersächsischen Hochschullehrer, die an der Herausgabe der Dokumentation „Buback – ein Nachruf“ beteiligt waren, die beantragte Revision zu vertreten. Die Staatsanwaltschaft Oldenburg hatte ein Revisionsverfahren gegen den Freispruch durch das Land-

gericht Oldenburg gefordert. Da die Bundesanwaltschaft als einzige befugt ist, eine Revision beim Bundesgerichtshof zu vertreten, dürfte wohl der Freispruch endlich Gültigkeit haben.

Ihre Ablehnung begründet die Bundesanwaltschaft folgendermaßen: „Die Revision wird nicht vertreten werden. Die Auslegung der Veröffentlichung war Sache des Tatrichters. Seine für die Freisprechung der Angeklagten maßgeblichen Erwägungen gehen nicht von rechtlichen unzutraglichen Erwägungen aus“ (nach „FR“ vom 8.1.).

Gespannt sein darf man auf die Reaktion des niedersächsischen Wissenschaftsministers Pestel (CDU). Denn dieser hatte gegen Professor Brückner ein Disziplinarverfahren eingeleitet, welches bis zum rechtskräftigen Abschluß des Verfahrens ruhen sollte. Von Pestel ausgesprochene vorläufige Disziplinarmaßnahmen gegen Brückner – Suspendierung und Hausverbot – sind bis heute, trotz des Freispruchs vor nahezu einem Jahr, in Kraft.

SSB/Hamburg

Kuratorium für Demokratie und Menschenrechte

Anknüpfend an die positiven Erfahrungen mit dem Russell-Tribunal hat sich eine Initiative zur Gründung eines KURATORIUMS FÜR DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND gebildet. Die Initiatoren (Andreas Buro, Helmut Gollwitzer, Arno Klönne, Wolf-Dieter Narr, Klaus Vack, Uwe Wesel, alleamt dem SB nahestehend) sind gleichzeitig Herausgeber der im Dezember erschienenen ersten Nummer einer „Streitschrift für Demokratie und Menschenrechte in der BRD“ mit dem Titel „Freiheit und Gleichheit“. Das Kuratorium will sich Anfang 1980 konstituieren.

Sowohl das Positionspapier der Initiatoren für die Gründung des Kuratoriums als auch die erste Nummer der Streitschrift lassen eine Konzeption erkennen – und dies unterscheidet die Initiative von bereits bestehenden Organisationen und Arbeitsgruppen – die bewußt von einer umfassenden Sichtweise der Bedrohung von Menschenrechten in der BRD ausgeht. Als erste Arbeitsschwerpunkte werden angegeben: Berufsverbot, Freiheitsrechte im Betrieb, menschenrechtliche Situation der Frauen, Strafvollzug, Bürgerinitiativen, Demonstrationsrecht, Polizei. Für die nächsten Hefte der „Freiheit und Gleichheit“

tionrecht, Polizei. Für die nächsten Hefte der „Freiheit und Gleichheit“ sind darüberhinaus Themen vorgesehen wie Verfassungsschutz, Pressefreiheit, Arbeitslose u.a. sog. Minderheiten, Ökologie, Menschenrechte in der 3. Welt (unter besonderer Berücksichtigung der Rolle unserer bundesrepublikanischen Regierung), Aufrüstung.

Die Initiatoren wollen die Gründung des Kuratoriums nicht als Kon-

kurrenzunternehmen zu bereits bestehenden Gruppen verstanden wissen, deren Engagement und Arbeit sie respektieren und für überaus wichtig halten. Die Notwendigkeit einer zusätzlichen, neuen Initiative begründen sie mit der Breite ihres Ansatzes, der ihrer Meinung nach unabdingbar ist, „will man nicht versäumen, wesentlichen Gefahren zu begegnen“. Außerdem geben sie zu bedenken, daß anderen Organisationen häufig mit Rücksicht auf ihre Mitgliedschaft bei weitergehenden, umfassenderen Stellungnahmen die Hände gebunden sind. Die Zielsetzung für „ihren Kampf um Verfassungspositionen“ sehen sie darin, durch institutionalisiertes Engagement eine Kontinuität zu erreichen, die eine „(Gegen)Sammlung, (Gegen)Speicherung von Informationen und schließlich das Anwachsen von Erfahrungen“ ermöglicht. Als mögliche Mittel und Arbeitsformen schlagen sie u.a. vor: Die Herausgabe von „Weißbüchern“ zu verschiedenen Themen (Verfassungsschutz, Polizeipraktiken etc.), Veranstaltung öffentlichkeitswirksamer Expertentagungen, Organisation von Rechtshilfe, Kontakte zu Gruppen im europäischen Ausland mit ähnlichen Zielsetzungen sowie die Herausgabe der erwähnten Zeitschrift „Freiheit und Gleichheit“, wie die Herausgabe der erwähnten Zeitschrift „Freiheit und Gleichheit“, die mit einem Preis von 12 DM pro Heft allerdings recht teuer geraten ist.

Wer mehr über die Initiative und/oder die Zeitschrift erfahren will, kann sich wenden an Klaus Vack, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal.

Berufsverbotekommission, Hamburg

Ohne Einsicht in die Strafvollstreckung – Berufsverbot

Im Juli 1979 erhielt der ausgebildete Sozialarbeiter Rainer W. eine Zusage für einen Ausbildungsplatz in der JVA Fuhlsbüttel zur Ableistung seines Berufspraktikums. Beginn sollte er am 1.10.79. Zwei Wochen vor Beginn des Dienstes erhielt er ein Schreiben, daß ihm eine Anstellung im Bereich des Strafvollzugs grundsätzlich verweigert wird. Als Grund wurde sein „Verhalten am 25.6.78 im Zusammenhang mit der Wiederergriffung eines vom Urlaub aus der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel nicht zurückgekehrten Gefangenen“ genannt. Die Justizbehörde behauptet, daß sich ein geflohenen (nicht mehr zurückgekehrter) Strafgefangener „mit Genehmigung des Klägers (also Rainer W.s, Anm. AK) und dessen übrigen Mitbewohner in ihrer gemeinschaftlichen Wohnung aufhielt.“ Diese Behauptung wird aufgestellt, obwohl im Polizeiprotokoll nachzulesen ist, daß die Bewohner „glaubhaft versichert hätten“, daß der Verhaftete noch Strafgefangener war. Ein entsprechendes Ermittlungsverfahren wegen des „Verdachts der Strafreitelung“ wurde dementsprechend eingestellt.

Rainer W. hatte nichts vom Aufenthalt des Strafgefangenen in der von ihm mitbewohnten Wohnung gewußt. Als die Polizei erschien, machte er von seinem Recht Gebrauch, sie

nicht in die Wohnung einzulassen, zumal nicht einmal ein Hausdurchsuchungsbefehl vorlag. Die Justizbehörde unterstellt ihm nun, vom Aufenthalt des Gefangenen gewußt zu haben und die Polizei „an der Durchsetzung des staatlichen Strafrechts“ gehindert zu haben. Das wird ihm auch noch als Widerstand gegen die Staatsgewalt ausgelegt.

Das Resümee der Justizbehörde: „Dem Kläger fehlt es demzufolge an der grundsätzlichen Einsicht in die Notwendigkeit der Strafvollstreckung.“

Dieses ganze Verfahren zeigt in erschreckender Weise, daß heutzutage jeder einmal aufgekommene Verdacht ausreicht, um ein Berufsverbot auszusprechen. Die Ermittlungsverfahren der Polizei wegen der gleichen Vorwürfe wurden durchweg eingestellt – für ein Berufsverbot reichen sie allemal!

Am 13.12. hat vor dem Arbeitsgericht ein Güteverfahren stattgefunden. Die Behörde beharrte kategorisch auf die Nichtentstellung. Jetzt kommt es zu einer weiteren Verhandlung: Am Donnerstag, den 17.1.80 um 11.30 h, Raum 137, Arbeitsgericht Hamburg, Max-Brauer-Allee 89.

(Nach einer Pressemitteilung von Rainer W.)

Ankündigung

Die Wanderausstellung „Jetzt reden wir vom Knast“ ist in Hamburg noch einmal (letzte Möglichkeit) zu sehen.

Ort: Hochschule für bildende Künste, Lerchenfeld 2
2000 Hamburg 76

Zeit: 15. Januar – 2. Februar '80

Öffnungszeiten: Mo. – Fr.:
9.00 – 20.00
Sa.:
10.00 – 14.00

Besondere Veranstaltungen werden rechtzeitig bekanntgegeben.
Kontakt: Bernd Breuer, zu erreichen über: AStA/HbK, Tel.: 2290841 oder priv.: 3901661



Berufsverbotemeldungen

Kassel: Das Bundesarbeitsgericht in Kassel hat in dem Berufsverbotsfall Helmut K. (s. AK 168) aus Karlsruhe ein positives Urteil gefällt. Die CDU-Regierung von Baden-Württemberg hatte gegen Helmut K. ein Ausbildungsverbot verhängt, indem sie nicht bereit war, ihn zur Beendigung seiner Ausbildung als Referendar einzustellen.

Gegen dieses Ausbildungsverbot hatte Helmut K. bereits erfolgreich vor dem Landesarbeitsgericht Mannheim geklagt. Gegen die Entscheidung des LAG, keine Revision zu diesem Urteil zuzulassen, hatte die Regierung Beschwerde vor dem Bundesarbeitsgericht eingelegt. Diese Beschwerde wurde jetzt zurückgewiesen. Das Urteil ist damit rechtskräftig. Helmut K. hat es damit nach insgesamt 3-jährigen gerichtlichen Auseinandersetzungen zumindest geschafft, seine Ausbildung fortsetzen zu können. Allerdings dürfte ihm das selbe nach Beendigung der Ausbildung nochmal bevorstehen.

Hannover: Ein Anhörungsverfahren wurde gegen die Ärztin Cornelia G., die sich um eine Anstellung in der niedersächsischen Landesfrauenklinik beworben hatte, eingeleitet. Unter anderem wird ihr vorgehalten, während ihrer Studienzeit als MSB-Vertreterin zur stellvertretenden AStA-Vorsitzenden gewählt worden zu sein. Zu ihrer Anhörung, die ca. fünf Stunden dauerte, wurde sie von ca. 30 ihrer Kolleginnen und Kollegen begleitet. Eine Entscheidung wurde noch nicht bekannt.

Hessen: Daß die „Liberalisierung“ auch in Hessen ein bloßer Schwindel ist, wurde jüngst durch den „Fall“ Hermann F. deutlich. Herrmann F. hatte bereits seit fünf Jahren in Baden-Württemberg als Sozialarbeiter gearbeitet und war dort mit der Ausbildung von Praktikanten betraut. Als er sich nun im sozial-liberalen Hessen um eine Stelle im öffentlichen Dienst bewarb, erhielt er auch zunächst eine schriftliche Zusage. Diese wurde jedoch sehr bald wieder zurückgezogen, als das Kultusministerium Zweifel an seiner „Verfas-

sungstreue“ bekundete. Herrmann F. habe 1973 an der Fachschule in Mannheim für die „Rote Liste“ kandidiert und die „Rote Fahne“ von der „KPD“ abonniert. Sein Name wurde angeblich in einer sichergestellten Abonnentenkartei gefunden. Herrmann F. bestreitet allerdings, jemals die „Rote Fahne“ abonniert zu haben. Außerdem hielt man ihm vor, er habe 1976 und 1977 an zwei Demonstrationen von K-Gruppen in Bonn und Karlsruhe teilgenommen. „Beweis“ hierfür: seine Autonummer sei an den fraglichen Tagen zur fraglichen Zeit dort notiert worden.

Als Herrmann F. dem hessischen Kultusministerium ankündigte, er werde gegen die geplante Nichteinstellung klagen, erhielt er den „Rat“, er möge darauf lieber verzichten, sonst flöge er auch noch in Baden-Württemberg hinaus! Herrmann F. ließ sich von dieser Drohung allerdings nicht einschüchtern und klagte erfolgreich vor dem Arbeitsgericht Darmstadt wie auch inzwischen vor dem Landesarbeitsgericht Frankfurt. Beide Gerichte erklärten, die vom Kultusministerium vorgebrachten Bedenken seien „für das Gericht nicht nachvollziehbar“, es handle sich allenfalls um „Jugendsünden“, wobei nach den Überprüfungsgrundsätzen der Bundesregierung „Erkenntnisse über abgeschlossene Tatbestände, die mehr als zwei Jahre zurückliegen“ in der Regel nicht mehr weitergegeben werden dürften. Was kratzt das die hessische SPD-Regierung: „Es gibt keinen Grund auf eine einmal vorgetragene, sachlich zutreffende Argumentation zu verzichten“ erklärte hierzu ein Ministeriumssprecher und führte damit das ganze „Liberalisierungs“gerede ad absurdum.

Da abzusehen war, daß das Land mit dieser Tour nicht durchkommen würde, wurde dann die Argumentation eingeführt, daß die ausgeschriebene Stelle, für die Herrmann F. sich beworben hatte, sowieso eigentlich überzählig sei und mangels Bedarf gar nicht mehr besetzt werden solle. Aber auch hiermit kam das Land nicht durch. Allerdings ließ das LAG bei seinem Urteil die Möglichkeit der Revision zu, was aller Erfahrung nach

auch von der Landesregierung in Anspruch genommen wird. Herrmann F. dürfte demnach bis zur Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts noch einige Zeit warten müssen.

Köln: Der schon seit 1975 mit Berufsverbot bedrohte Stadtinspektor Peter S. wird von der Stadt Köln nicht in das Beamtenverhältnis übernommen. Diesen Beschluß faßte der Kölner Stadtrat, in dem SPD und FDP die absolute Mehrheit mit 42 zu 39 Stimmen, haben. Ablehnungsgrund ist seine Mitgliedschaft in DKP und SDAJ, die trotz „Liberalisierung“ auch einigen „Sozialliberalen“ vollkommen ausreicht, ein Berufsverbot auszusprechen.

Kaufbeuren: Die Sozialarbeiterin Brunhilde B., die wegen ihrer Freundschaft zu dem DKP-Kreisvorsitzenden von Kaufbeuren von der Bezirksregierung entlassen worden war, kann wieder am Bezirkskrankenhaus in Kaufbeuren arbeiten. Dieser Fall von Sippenhaft-Berufsverbot hatte in den vergangenen Monaten beträchtliches Aufsehen erregt. Zunächst hatte Brunhilde B. erfolgreich vor dem Arbeitsgericht gegen ihre Entlassung geklagt. Inzwischen verzichtete der Personalausschuß des Bezirkstages auf eine Berufung gegen das Arbeitsgerichtsurteil. Die Sache ist ihnen anscheinend doch zu heiß geworden.

Aus Bayern kommt allerdings auch folgende Meldung: In Würzburg hat die CSU-Mehrheit im Stadtrat beschlossen, künftig auch bei Bewerbungen für den städtischen Dienst eine Regelanfrage an den Verfassungsschutz zu richten. Würzburg spielt damit den Vorreiter für eine Verschärfung der Berufsverbote auch im kommunalen Bereich.

Berufsverbote-Kommission

Spionageverdacht zieht Berufsverbot nach sich

Freiburg: Der Freiburger Biologe Rudolf Fahrig war eines der ersten „Opfer“ des aus der DDR in den Westen gewechselten Geheimdienstoffiziers Stiller. Fahrig arbeitete als Biologe im Zentrallabor für Mutagenitätsforschung im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft. In der Vergangenheit hatte Fahrig häufiger Besuch von seinem Schwager Christian Grunert aus der DDR, der als angeblicher Journalist für Wissenschaft immer wieder Westreisen unternommen konnte. Grunert interessierte sich für Fahrigs Arbeit und der Biologe händigte ihm auch öfter wissenschaftliche Sonderdrucke aus, die bereits veröffentlicht waren. Bei einem gemeinsamen Moskaubesuch bemerkte Fahrig, mit Hilfe eines Fotos, das von westdeutschen Sicherheitsbehörden untersucht wurde, daß er von einem Offizier des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit beschatet worden war. Daraufhin untersuchte Fahrig bei dem nächsten Besuch seines Schwagers in Freiburg heimlich dessen Koffer und fand dort Anleitungen für Dokumentenbelichtungen. Fahrig brach von nun an den Kontakt zu Grunert ab, ging jedoch nicht zur Polizei. Nachdem der besag-

te Überläufer Stiller ihn dann als angeblichen DDR-Agenten enttarnt hatte, wurde Fahrig in U-Haft genommen.

Im Sommer war dann sein Prozeß vor einem Gericht in Stuttgart, bei dem Fahrig wegen angeblichen Verstoßes gegen den § 99 des Strafgesetzbuches (Geheimdienstliche Agententätigkeit), der ein bestimmtes Verhalten (konspirative Methoden, Heimlichkeit) auch dann unter Strafe stellt, wenn das weitergegebene Material keinen sicherheitsrelevanten Wert hat. Der Richter meinte, Fahrig habe erkennen müssen, daß sein Schwager ein Spion gewesen sei und verurteilte ihn aus diesem Grund zu zehn Monaten auf Bewährung. Fahrig und auch die Staatsanwaltschaft legten Berufung ein.

Trotz des noch offenen Ausgangs erhielt Fahrig inzwischen seine Kündigung, womit seine Karriere als Biologe in der BRD wohl besiegelt sein dürfte. Gegen diese Kündigung legte Fahrig beim Arbeitsgericht in Freiburg Beschwerde ein. Nachdem im Dezember 79 die mündliche Verhandlung um diese Klage stattfand, will das Gericht nun Ende Januar das Urteil verkünden.

Unter den Wissenschaftlern hat Fahrig eine breite Solidarität erfahren. Ulrich Wolf, Leiter des Freiburger Instituts für Humangenetik, berichtet, daß viele Mitarbeiter schon besorgt beim Rektorat der Uni nachgefragt haben, ob sie ihre Kontakte nach Osten noch weiterführen können. In der „FR“ vom 18.12.79 schritt ein Physiker der Frauenhofer-Gesellschaft zu einer Quasi-Selbstanzeige, in der er schrieb: „Auf Tagungen führte ich mehrmals Gespräche mit Kollegen aus kommunistischen Staaten, dabei wurde sogar über unveröffentlichte Arbeitsmethoden und Ergebnisse meines Arbeitsgebietes gesprochen. Zuletzt geschah dies bei einem mehrstündigen Waldspaziergang in Norwegen, wo ich mit einer Kollegin aus der CSSR und einem Professor aus Ungarn neben wissenschaftlichen auch politische Fragen besprach. Ich habe nicht den Versuch gemacht, herauszufinden, ob es sich bei meinen Gesprächspartnern um Agenten kommunistischer Geheimdienste handelte. Dieses offenbar konspirative Treffen wurde erst im Schutz der Dunkelheit beendet ...“

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Ein Hearing zum Arbeitsdienst

Am 16.1. beginnt ein Hearing des zuständigen Bundestagsausschusses zum Entwurf über ein neues Gesetz zur Kriegsdienstverweigerung sowie zur Änderung des Zivildienstgesetzes. Die Entwürfe dazu liegen schon lange in der Schublade. Sie würden das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung (KDV-Recht) noch weiter aushöhlen und den heutigen Zivildienst fast vollständig in einen paramilitärischen Arbeitsdienst verwandeln. Geladen sind zu diesem Hearing die betroffenen KDV- und ZD-Organisationen, kirchliche Vertreter, Sozial- und Wohlfahrtsverbände sowie der Bundesjugendring.

Jusos und Judos wurden nicht eingeladen, da sie ja die Möglichkeit hätten, ausreichend Einfluß innerhalb ihrer Parteien zu nehmen. Da diese Parteijugendorganisationen schon 1978 zusammen mit anderen Jugendorganisationen, den Kriegsdienstverweigerern und Zivildienstleistenden gegen das damalige BVG-Urteil und die geplanten Verschärfungen protestiert haben, ist leicht zu sehen, wie ernsthaft dieses Hearing sein wird. Es dürfte wohl mehr darum gehen, die Wohlfahrtsverbände von schärferen Protesten abzubringen, da diese ebenfalls gegen die geplanten Gesetze sind.

Gefallen dürften die Pläne im wesentlichen nur dem zum Hearing auch geladenen Bundeswehrverband, der offen die Ausweitung der jetzigen Planungen auf alle (auch weiblichen) Jugendlichen fordert. Eine Verschärfung des Regierungsentwurfes fordert auch die CDU/CSU in einzelnen Bestimmungen.

Die Regierungskoalition möchte sich aber auf jeden Fall mit der CDU/CSU einigen. Sie will auf keinen Fall erneut - wie 1977/78 - ein negatives Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Damals wurde die gerade erst von der Regierung verabschiedete Wehrdienstnovelle, welche wegen der Möglichkeit, per Postkarte zu verweigern, unter dem Stichwort „Postkartenovelle“ kursierte, auf Betreiben der CDU/CSU durch das BVG gestoppt und rückwirkend außer Kraft gesetzt. Mehr als kurios war es allerdings - wie man heute genau weiß - daß die SPD/FDP selbst an dieser Novelle sagte: dem Bundesverfassungsgericht wurden für den Prozeß vom Bundesvereidigungsministerium Zahlen und Faktenangaben zur Entwicklung von KDV- und Wehrdienstentwicklung geliefert, die insgesamt „fehlerhaft“, falsch und vermutlich sogar gefälscht waren, und die nur den einen Zweck hatten: Zu „belegen“, daß ohne Gewissensprüfung die Zahlen der Kriegsdienstverweigerung hoch-

schnellen und den „Bestand der Bundeswehr gefährden“. (Siehe hierzu den nebenstehenden Artikel).

Bereits damals zeigte sich, was sich heute in dem neuen Gesetz-Entwurf zur KDV durchgängig niederschlägt. Die SPD/FDP-Fraktionen haben jegliches Interesse an einer „Abmilderung“ der unmenschlichen Behandlung von KDVlern „verloren“. Nach dem BVG-Urteil von 77/78 liessen Regierungskreise demagogisch verlauten, sie wollten nun keineswegs „verharren“, sondern nach neuen Problemlösungen suchen, dies notwendigerweise um „Leider“ in den engen Grenzen, die das BVG-Urteil setzt. Die BVG-Grenzen wurden gesprengt! Der von der SPD/FDP (und mehr noch der von CDU/CSU) vorgelegte Gesetzentwurf übertrifft im Negativen noch bei weitem den engen Rahmen, welchen das reaktionäre BVG zeichnet!

Ein Ausnahmerecht!

Die Kriegsdienstverweigerung (als Grundrecht im Grundgesetz anerkannt) bleibt im neuen KDV-Gesetz ein Ausnahmerecht - man stelle sich entsprechend vor, die Meinungsfreiheit müßte bei Behörden beantragt werden. Gewissensgründe zur Kriegsdienstverweigerung liegen danach nur bei dem vor, der sich „der Beteiligung an jeder Waffenanwendung zwischen den Staaten widersetzt“ (Hervorhebungen von uns), d.h. im Grunde für jeden Waffendienst „untauglich“ ist. Verweigerung gegen bestimmte Kriegsziele sind danach „gewissenslos“. Wer seine Verweigerung etwa damit begründet, er befürchte einen Ölkrieg seitens der imperialistischen Staaten, bzw. der Bundeswehr, kann nicht auf Anerkennung rechnen (wie jüngst ein KDV-Antrag in Kiel). Das heißt selbst bei einem Überfall auf das andere Land, ist eine Kriegsdienstverweigerung ausgeschlossen. Zur Absicherung soll der bisher mögliche waffenlose Dienst bei der Bundeswehr gestrichen werden, wer den Kriegsdienst bei der Bundeswehr verweigern will, kann bis zu 6 Monaten weiter eingesetzt werden.

Die Gewissensinquisition

Von der damaligen Anerkennungs-möglichkeit per Postkarte in der Wehrdienstnovelle ist nicht die Spur einer Liberalisierung übriggeblieben. Per schriftlichem Antrag bzw. per Anerkennungsverfahren muß der Kriegsdienstverweigerer den Ausschuss von der „Ernsthafteit und Unausweichlichkeit der Gewissensentscheidung“ selbst überzeugen. Entscheiden soll bei dieser „Gewissensjustiz“ ohne Rechtsnormen die „Überzeugung der

Ausschussmitglieder, der ggf. ehemalige Nazi-Wehrmachtsoffiziere, Richter oder was sonst vom Innenministerium „im Einvernehmen“ mit der Bundeswehr in solche Ausschüsse als Prüfer berufen werden mag. Ein Rechtsbeistand für Kriegsdienstverweigerer aus kirchlichen Kreisen ist in Zukunft nicht mehr zugelassen und auch juristisch ausgebildete Rechtsbestände können jederzeit wegen nicht „sachgemäßen Vortrags“ ausgeschlossen werden. Kein Wunder daß die Öffentlichkeit von solchen Verfahren ausgeschlossen bleibt und auch die Beisitzer des Verfahrens zur „Verschwiegenheit“ verpflichtet werden. Die bisher illegale gegenseitige Amtshilfe mit dem Verfassungsschutz gehört in Zukunft zur Pflicht bzw. Regel. Die bisher 2. Instanz fällt weg, bzw. wird in Zukunft für den Antragsteller vor Gericht kostenpflichtig.

Die CDU/CSU möchte zudem, daß ein bereits anerkannter Kriegsdienstverweigerer auf Grund von Behördenentscheidungen in die nächste Instanz geschickt werden kann. Die einzige scheinbare Liberalisierung besteht darin, daß die Ausschüsse in Zukunft nach schriftlichen KDV-Antrag, ohne den Betroffenen zu laden, die Anerkennung als KDV aussprechen können. D.h. es könnten danach in Zukunft vielleicht 5% ohne persönliche Gewissensinquisition anerkannt werden. Bisher werden „rein zufällig“ konstant 40% der Verweigerer (nämlich 40.000 pro Jahr) anerkannt.

Ein Meilenstein in Richtung des allgemeinen Arbeitsdienstes

Die wesentlichen Verschärfungen enthält der Gesetzesentwurf allerdings für den Zivildienst. Statt 15 Monate bei der Bundeswehr soll der Zivildienst laut SPD/FDP-Entwurf 16 - 18 Monate, laut CDU/CSU generell 18 Monate dauern. Ja, das Gesetz soll überhaupt erst in Kraft treten, wenn die Erweiterung der Zivildienstplätze „die unverzügliche Heranziehung aller anerkannten Kriegsdienstverweigerer zum Zivildienst zuläßt“. Da die grundsätzlich vorgeschriebene „Gleichbehandlung“ Hauptbegründung für das Bundesverfassungsgericht war, die damalige Wehrdienstnovelle zu verwerfen, kann sich ausmalen, daß dieses Gesetz sehr wohl die Begründung für einen allgemeinen Arbeitsdienst (auch für Frauen) abgeben könnte.

Bislang wurden Zivildienstleistende laut Zivildienstgesetz „vorrangig“ im sozialen Bereich eingesetzt. Bis zu dem entsprechenden BVG-Urteil, das die Grundlage für die jetzigen Änderungsvorschläge abgab, war

noch bei Jusos oder Revis die Vorstellung vorhanden, den Ersatzdienst zu einem „Sozialen Friedensdienst“ auszubauen. Doch bei den neuen Entwürfen gehören selbst die Trägerverbände für Sozialeinrichtungen zu den Protestierenden. Jetzt sollen die Zivildienstleistenden nur noch „überwiegend“ im sozialen Bereich eingesetzt werden. Bis zu 10.000 Plätze sind im „Zivilschutz“ im „Umweltschutz“ (Aufräumaktionen in Müllkippen) oder in der Landschaftspflege vorgesehen. Schon bisher war es so, daß für den Zivildienst das Kartoffelschälen im Krankenhaus als „Sozial“ galt.

Anerkennungsgrundlage für einen Zivildienstplatz ist, daß es zu keiner „Ungleichbehandlung... im Vergleich zu anderen Dienststellen oder zu den Wehrdienstleistenden führen würde“.

Und das ist bis auf die Waffenausbildung durchaus wörtlich gemeint: Parallel zum Wehrdienst gibt es eine Grundausbildung in Kasernen. Allgemein wird der „heimatferne“ kasernierte Zivildienstplatz angestrebt. Für den Zivildienstleistenden fällt jeder Anspruch auf einen Zivildienstplatz und jede freie Wahl weg. Soziale Einrichtungen müssen für Zivildienstplätze sich uneingeschränkt der Kontrolle durch die entsprechenden Ämter unterwerfen, die zusätzlichen „Auflagen“ oder Schikanen verordnen können. Wie wenig es dabei um einen sozialen Dienst wirklich geht, mag man daran ermesen, daß es zukünftig gesetzlich verboten sein soll, daß etwa sozial ausgebildete Zivildienstleistende in ihrem bisherigen Tätigkeitsbereich verbleiben.

Paramilitärische Mobilmachung des „deutschen Volkes“

Diese Wehrdienstnovelle und Zivildienstnovelle ist ein erneuter Versuch, die Zahl der Kriegsdienstverweigerer zu senken, die seit Mitte der 60er Jahre emporgeschwollen war und in den letzten Jahren jeweils bei 40.000 anerkannten KDVlern lag. Natürlich würde dies auch verstärkte Unruhe in die Armee tragen.

Andererseits dürften diesen Gesetzesnovellen neue Höhenrekorde bei Totalverweigerern hervorgerufen. Zwar wird die Zahl der Totalverweigerer, die sowohl den Kriegs- als auch Zivildienst ablehnen und dafür 6 Monate Knast erhalten, nach wie vor bei einigen wenigen bleiben (derzeit ein paar Dutzend). Nach Angaben des Bundesministeriums für Verteidigung aber „verschwinden“ zwischen Erfassung und Musterung jährlich 20.000 Jugendliche! Weitere 12.000 „verschwinden“ (solange diese Zahlen veröffentlicht wurden) zwischen



Einberufung und Dienstantritt bei Bundeswehr. Wegen „Abwesenheitsdelikten“ wurden in der Bundeswehr in letzten Jahren teilweise 10.000 Jugendliche gesucht.

Zusätzlich wird auch der paramilitärische Zivildienst für den Zivilschutz im Kriegs- und Katastrophenfall eingeführt, vorerst sind mehrere tausend Plätze im Technischen Hilfswerk und anderen Zivilschutzverbänden in Vorbereitung. Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion über Frauen zum Bund, bzw. eines Arbeitsdienstes für Frauen, wird hier weit mehr als die Umgestaltung des Zivildienstes für Ersatzdienstleistende vorbereitet.

Die Möglichkeiten der Verwirklichung solcher Pläne wird nicht zuletzt von den Protesten insbesondere unter den Jugendlichen abhängen.

Die Pläne selbst wurden schon bei der Verabschiedung des KDV-Rechtes als Grundgesetz 1949 von Abgeordneten vorgetragen.

Erste Versuche, Anfang der 70er Jahre, zur Kasernierung und zum Einsatz im „Umweltschutz“ scheiterten an heftigen Protesten und Streiks der Ersatzdienstleistenden. Auch die Aufhebung der Wehrdienstnovelle und die Verabschiedung des damaligen BVG-Urteils (Ende 77/Anfang 78) brachte 10.000e Jugendliche auf die Straße und wurde mit einem bundesweiten Streik der Zivildienstleistenden beantwortet. Danach wurden zu die neuen Pläne und deren Vorbereitung in „Modellversuchen“ nicht zu Fall gebracht, aber eine breite Durchführung erst einmal verschoben. Jetzt hofft die Bourgeoisie, die Zeit für die Verwirklichung solcher Pläne sie reif. Man wird sehen.....

Antimilitarismus-Kommission

Antimilitarismus-Kommission

Kriegsministerium:

»Das macht doch nichts, das merkt ja keiner«

Wie kaltblütig die SPD/FDP-Bundesregierung ein eigenes „Reform“-Vorhaben durch selbstproduzierte Lügen und Verfälschungen niederschlagen kann, hat Pastor Ulrich Finckh an Hand des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes (BVG) zum Wehrpflichtänderungsgesetz (kurz: Wehrpflichtnovelle) aufgezeigt. Pastor Finckh ist Geschäftsführer der „Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer“ (EAK) und hat in dieser Eigenschaft eine Broschüre (siehe Kasten) zum statistischen Grundmaterial, was die Bundesregierung zum Verfahren vor dem BVG vorgelegt hatte, herausgegeben. Dieses Verfahren - von der CDU/CSU angestrebt - hatte die „Verfassungswidrigkeit“ der Wehrpflichtnovelle ergeben. Das Urteil des BVG vom 13. April 1978 stützte sich dabei unter anderem genau auf das Material, was jetzt widerlegt werden konnte.

Die Geschichte des BVG-Urteils

Man muß sich dabei kurz noch einmal in die leicht hysterische Atmosphäre des Herbstes 1977 zurückversetzen, als vor dem BVG das Kriegsdienstverweigerungs-(KDV)-Recht verhandelt wurde. Mit Inkrafttreten der Wehrdienstnovelle gab es einen enormen Anstieg der KDV-Zahlen, was zu einer gesteigerten Hetze von Presse und Parteien (insbesondere CDU/CSU) gegen das KDV-Recht führte. Bereits im Dezember 1977 wurde das Gesetz durch einstweilige Anordnung ausgesetzt. „Denn: „Für 1978 hatte der Vertreter des Verteidigungsministeriums die weit übertriebene Zahl von 140.000 Wehrdienstverweigerern geschätzt, während die Zahl der Zivildienstplätze untertrieben wurde“ („Zeit“, 21. Sept. 79). Schon damals sagte ein BVG-Richter, „daß ... weder die Bundesregierung noch der Bundestag um die Aufrechterhaltung des Ge-

setzes mehr kämpften“ („Zeit“, 21. Sept. 79).

Heute kann sogar gesagt werden: Die Bundesregierung, vertreten durch das Kriegsministerium, hat dieses Gesetz mit Manipulationen, Zahlenspielen, Tricks und Verheimlichung bekämpft.

Mal 300.000 vergessen ...

So ließ das Kriegsministerium „den ganzen Musterungsjahrgang 1977 stillschweigend aus den Statistiken verschwinden“ („Zeit“, 21. Sept. 79). Das sind immerhin 300.000 Mann - die Stärke von drei Armeen! Darüberhinaus konnte Finckh nachweisen, daß die falsche Berechnung der Prozentzahlen über Musterungsergebnisse darauf zurückzuführen war, daß das Kriegsministerium einfach 5% vom Geburtenjahrgang vorher abgezogen hatte. Das sind bei zehn Jahrgängen rund 200.000 Mann. Dem BVG wurden allerdings Zahlen angegeben, die diesen Vorabzug verschwiegen. Dadurch konnte offensichtlich die Zahl der Wehrdienstfähigen heruntergedrückt werden, die „Austrocknung“ der Bundeswehr drohte.

... mal 50.000 dazu ...

Auch die Zahlen für den zukünftigen jährlichen Ergänzungsbedarf für Bundeswehr, Polizei, BGS, Katastrophenschutz und Entwicklungshilfe waren gefälscht. Sie wurden mit 300.000 Mann angegeben. Im neuen Weißbuch des Kriegsministeriums vom 4. September 1979 wird jedoch eine Zahl von 252.000 Mann angegeben. Die sogenannte „Einplanungsserve“ von 50.000 Mann existierte also nur für die Statistik des BVG. (Alle Angaben: Ulrich Finckh, „Statistik gegen Recht“, S. 4ff).

... mal „einfach“ gefälscht!

Neben der „Manipulation mit Hunderttausenden“ („Zeit“) hat Finckh auch eine Reihe anderer nicht unerheblicher Fehlerquellen aufgespürt.

So ist die Zusammenstellung nach unterschiedlichen Basisdaten oder Einteilungen „ein Musterbeispiel statistischer Lüge“. In mehreren Fällen sind Mehrfachzählungen nachweisbar. Darüberhinaus kann er „regelmäßige Fälschung der Statistik“ nachweisen (Finckh, a.a.O., S.14).

Bundesregierung: Nicht mehr interessiert!

Daß die Bundesregierung „den Prozeß offensichtlich gern verloren hat“ (Finckh, a.a.O., S.7) wird geben den Lügen und Verfälschungen der Zahlenangaben noch durch weitere Fakten unterstützt. „Schon zum Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung vor dem BVG... gab es keinen Regierungspolitiker, der sich noch öffentlich zur Wehrpflichtnovelle bekannt hat oder sich gar für sie eingesetzt hätte ... Leber ... äußerte sich sogar zwischen den beiden Verhandlungstagen „besorgt“ über die hohen KDV-Zahlen ...“ (Selbstorganisation der ZDL: „Gegen Militarismus und Arbeitsdienst“, S. 12). Damit habe - so Finckh - „der Bundesminister der Verteidigung ... den Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht hart beeinflusst“ („Zeit“, 21. Sept. 79). Darüberhinaus wurde es von der Bundesregierung vorgezogen, gegen die einstweilige Anordnung vom 7.12.77 keinen Widerspruch einzulegen, obwohl ihr rechnerische Fehler zugrunde lagen. So ist es auch kein Wunder, daß Apel, inzwischen Kriegsminister geworden, es sich nicht nehmen ließ, das entgültige Urteil sogar ausdrücklich zu begrüßen (SODZDL, a.a.O., S.12). Ein Urteil, das sich nachweislich auf falsche Fakten des eigenen Ministeriums stützt, wobei im wesentlichen die Horrorzahlen (120.000 - 140.000) über die „wahrscheinliche“ Steigerungsquote bei den KDV-Zahlen erhalten mußten, die freier funden waren. (In der Antwort auf die Broschüre

von Finckh spricht das Ministerium heute von ca. 50.000 KDVlern jährlich - Finckh, a.a.O., S.8). Daß das BVG weder diese Zahlen noch andere Zahlenmanipulationen in Frage stellte oder bemerkte macht eins deutlich: Das abgekartete Spiel wurde natürlich allzu bereitwillig vom BVG mitgemacht bzw. geführt. Von einem „getauschten BVG“ kann deshalb nicht geredet werden.

„Die Zahlen kriegen Sie nicht!“

Zum Abschluß sollte nicht unerwähnt bleiben, wie Finckh an die Zahlen herankam. „Die Zahlen wurden weitgehend von der Regierung geheimgehalten. Alle Versuche, sie zu erhalten, wurden verhindert. Im Verteidigungsministerium erhielt ich sogar die Auskunft: „Die Zahlen können wir nicht herausgeben - das gäbe ja eine irre Diskussion.“ Im Beirat für den Zivildienst sagte mit der Bundesbeauftragte (Hans Iven, Anm.d. Verf.): „Ich kann mir denken, weshalb sie die Zahlen wollen - deshalb kriegen Sie sie nicht.““ (Finckh, a.a.O., S.7). Er bekam sie dann doch - auf dem Umweg über eine Dokumentation der CSU und veröffentlichte den Skandal. Nach über einem halben Jahr (!) beschwerte sich daraufhin das Kriegsministerium. Die Veröffentlichungen von Finckh ließen „sich mit den Regeln einer guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit nicht vereinbaren.“ Das Ministerium gehe davon aus, „daß die Evangelische Arbeitsgemeinschaft die Behauptungen ... zurücknimmt“ (Finckh, a.a.O., S. 3). Finckh antwortete auf dieses Verlangen nach Zensur entsprechend: „Eine Pflicht, das Bundesministerium der Verteidigung vor kritischen Äußerungen zu konsultieren, kann ich nicht akzeptieren“ (Finckh, a.a.O., S.4). Er veröffentlichte daraufhin die zitierte zweite Broschüre, in welcher er auf

den ebenfalls abgedruckten Brief des BMVG antwortet.

SPD-Linke: keine Reaktion

Traurig und bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Reaktion der „linken“ Abgeordneten der SPD auf diese unversämten Angriffe und offensichtlichen Lügen der Bundesregierung und des Kriegsministeriums. Obwohl der Fall teilweise in den Medien „Zeit“, „Peport“) behandelt wurde, war ihre Reaktion gleich null. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland forderte immerhin zu den Verfahrensregeln des Herbstes 77 bei der Kriegsdienstverweigerung zurückzukehren. Doch das ist nicht so einfach. „Das Bundesverfassungsgericht ist höchste Instanz - niemand kann seine Urteile revidieren. Es kann sich allenfalls selbst verbessern“ („Zeit“, 21. Sept. 79). Das damit nicht zu rechnen ist, dürfte klar sein; basteln doch die bürgerlichen Parteien schon an der Ausgestaltung des reaktionären BVG-Urteils.

wichtig! wichtig!

Die Broschüre „Statistik gegen Recht“ - Materialien zum Verfassungsstreit um die Kriegsdienstverweigerung, vorgelegt von Pastor Ulrich Finckh, in der weiter und ausführlich auf die Zahlen-manipulationen) zum Urteil des BVG eingegangen wird, kann bestellt werden bei: Ulrich Finckh, Luisenthal 26, 28 Bremen 33. Für jeden KDVler ein Muß! Für jeden FDGO-Sympathisanten das Ende! (Eine ausführliche Dokumentation der Prozeßmaterialien bei Blumenwitz: Wehrpflicht und Ersatzdienst, Olzog-Verl., München/Wien 1978)

Fernsehen 1980: Hofberichterstattung für Strauß?

„Es wird in den kommenden Monaten deshalb darauf ankommen, unsere sachlichen politischen Alternativen zur Bonner Koalition zu formulieren und dem letzten Wähler verständlich zu machen, denn wir müssen uns von vornherein darauf einrichten, daß ein nicht unbedeutender Teil der Massenmedien genau das Gegenteil will, nämlich uns daran hindern, unseren politischen Willen dem Wähler klarzumachen“ (Strauß auf dem CSU-Parteitag 1979). „Mit welcher raffinierten Mitteln das Bild unserer politischen Wirklichkeit von Hamburg bis München verzerrt wird, ist beispielsweise aus dem krassen Gegensatz zwischen Wahlergebnissen und Programmtendenzen (der Medien — AK-Red.) erkennbar“ (Strauß auf der Medientagung der CSU 1974).

Entsprechend dieses konstruierten Feindbildes gehen Strauß und sein Generalsekretär Stoiber systematisch daran, die ihnen noch nicht genug auf Linie liegenden Nachrichten- und Informationssendungen von ARD und ZDF unter Druck zu setzen. Am 22.9.79 meldete die Tagesschau im Zusammenhang der Anti-Strauß-Aktionen von Essen: „SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr will gegen Strauß vorgehen, weil dieser bis zum Mittag öffentliche Beschimpfungen nicht zurücknahm. Strauß hatte behauptet, Bahr sei der Anstifter von Krawallen im Ruhrgebiet gewesen, von denen die Wahlkampfauftritte des CSU-Chefs begleitet waren.“ Stoiber richtete umgehend ein Schreiben an NDR-Intendant Neuffer, in dem er der Tagesschau-Redaktion „Nachrichtenmanipulation“ vorwarf. Die Redaktion hatte einen Brief des CSU-Anwalts unberücksichtigt gelassen (1). Er forderte unverblümt, daß die „Tagesschau“ die Pflicht habe, „die Unionsparteien und ihren Spitzenkandidaten Franz-Josef Strauß vor der Mutwilligkeit von XY-Redakteuren (zu) schützen“ (aus „Vorwärts“, 25.10.79). Als erste Reaktion wies die NDR die Anschuldigungen zurück und redete sogar von einer möglichen Klage gegen die CSU. In einem Brief des Programmleiters Jäger an Stoiber wies dieser dann auch gleich darobhin, daß in der Tagesschau um 20 Uhr „die ergänzenden Mittelungen des Anwalts“ ausführlich dargestellt worden seien.

Am 19.10. fuhr Stoiber nach Hamburg, um die Redaktion zu besuchen. „Aus Protest verließen ein Dutzend der 30 anwesenden Redakteure die Diskussion“ („Morgenpost“, 20.10.79).

Am 27.10. meldete die Presse, daß

am 27.10. meldete die Presse, daß der Chefredakteur der „Tagesschau“, Muggenburger, „sich schriftlich mit den CSU-Vorsitzenden ... für die Äußerung über die Auseinandersetzung am 22.9.79 entschuldigt“ habe. Muggenburger Nachrichten (27.10.). Muggenburger schrieb, daß es bedauerlich sei, wenn durch die Fassung der 20-Uhr-Ausgabe bei ihnen der Eindruck entstehen konnte, die Tagesschau sei ausgewogen zu ihren Lasten. Gleichzeitig möchte ich jedoch darauf hinweisen, daß diese Äußerung eindeutig nicht beabsichtigt ist. Meine Kollegen und ich sind jederzeit und auch in Zukunft bereit, objektiv und überparteilich und so umfassend wie möglich zu berichten.“

Entsprechend triumphierend konnten nun Stoiber gegenüber Intendant Neuffer in einem zweiten Brief auftreten. Während die Redaktionsleitung einen vollen Rückzug machte, ließ Stoiber den Vorwurf der „Nachrichtenmanipulation“ nicht zurück, sondern lediglich die Wertung, daß es sich um eine „absichtliche Nachrichtenmanipulation“ gehandelt habe. Er wies Neuffer darauf hin, daß in dem „Gespräch“ mit der



Tagesschau-Redaktion, „von den anwesenden Redakteuren insgesamt festgestellt wurde, daß in der Tagesschau vom 22.9. 20 Uhr, unvollständig und falsch über den Rechtsstreit zwischen Bahr und Strauß berichtet worden war.“ Voller Erfolg der CSU-Strategie! Am 6. Oktober griff der bayerische Finanzminister und ZDF-Fernsehratsmitglied Max Streibl das ZDF-Heute-Journal an. „Biermanns Ausführungen im Heute-Journal vom 3.10. seien in eine unflätige Beschimpfung ausgeartet. Der verantwortliche Redakteur habe die Beschimpfungen zumindest billigend in Kauf genommen und damit die in der Nachrichtensendung gebotene Pflicht zu einer sachlichen Berichterstattung verletzt“ (nach „FR“ vom 10.10.79).

zu einer sachlichen Berichterstattung verletzt“ (nach „FR“ vom 10.10.79). Und da dies nicht das erste Mal passiere, solle der ZDF-Intendant mit „organisatorischen und personellen Maßnahmen solche bössartige Entgleisungen“ in Zukunft verhindern. Biermann hatte Carstens und Strauß schlicht als „Nazis“ bezeichnet, nach Ansicht der CDU/CSU eine „Majestätsbeleidigung“.

ZDF-Chefredakteur Appell beeilte sich, dann auch schnell zu erklären, daß der Redakteur sich sehr wohl „klärend“ zu den Qualifizierungen Biermanns geäußert habe. Allerdings sei der Zurückweisungsversuch des Moderators vom Intendanten des ZDF nicht als ausreichend empfunden worden. „Der Intendant habe deshalb nach der Sendung beim Bundespräsidenten für die diskriminierenden Äußerungen Biermanns sein Bedauern ausgesprochen und bemängelt, daß der Moderator die Äußerungen Biermanns nicht in noch schärferer Form zurückgewiesen habe“ („FR“, 10.10.79). Die Folgen: in einer Live-Sendung des WDR am 5.10.79, zu der Wolf Biermann schon länger angekündigt war, wiederholte er seine Kritik an Carstens und Strauß, die umgehend vom Moderator durch eine

Distanzierung „ausgewogen“ wurde. Eine weitere geplante Sendung mit Biermann im dritten Programm des WDR im Rahmen der Jugendsendung „Ist was?“ wurde daraufhin vom Programmdirektor Hübner (CDU) gleich ersatzlos gestrichen („FR“, 2.11.79). Der WDR zog die Konsequenzen, die die CSU vom ZDF gefordert hatte.

Am 13. Dezember lehnte es die Tagesschau-Redaktion in Hamburg ab, einen Korrespondentenbericht aus Rom über den Besuch von Strauß beim Papst zu senden, sondern begnügte sich mit einer kurzen Meldung in der Vorabend-Sendung. Dagegen protestierte die bayerische Staatskanzlei in einem Fernschreiben an Tagesschau-Chefredakteur Muggenburger und beschwerte sich darüber.

Tagesschau-Chefredakteur Muggenburger und beschwerte sich darüber, daß über den Straußschen Papst-Besuch in der „20 Uhr-Ausgabe“ kein Hinweis enthalten gewesen sei. Offensichtlich vom Korrespondenten der ARD in Rom, Wolf Feller (strammer CSU-Mann), informiert, wies die Kanzlei darauf hin, daß sie wisse, daß der Rom-Korrespondent viel Filmmaterial nach Hamburg überspielt habe. Daraufhin traten am 14.12. die Chefredakteure der ARD zusammen (!) und berieten über den neuesten Fall einer CSU-Intervention. Ein Teil der Redakteure erklärte, daß die Ergebnisse des Besuches einen Bericht nicht rechtfertigten würden. Trotzdem erschien in der Tagesschau desselben Tages ein Korrespondentenbericht aus Rom. Verantwortlich für diesen Alleingang, besser Bittgang für Strauß: Tagesschau-Chefredakteur Muggenburger, der sich dann nicht entblödete, ein Protestschreiben an die bayerische Staatskanzlei zu schicken, in dem er sich das Einmischen in die Redaktionsarbeit verboten hat („FR“, 8.1.80).

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Es lebe der kleine Unterschied!

In Kürze wird sich der Presserat in einer Sondersitzung mit den Arbeitsmethoden der „Bild“-Zeitung beschäftigen. Hierzu ein kleines Lehrstück aus den Niederlanden: Unter mysteriösen Umständen nahm der Chefredakteur des erst seit wenigen Monaten bestehenden Nachrichtenmagazins „NieuwsNet“, Jacques den Boer, im Oktober seinen Hut. Erst später drang an die Öffentlichkeit, was den Chefredakteur seinen Job gekostet hatte.

Er hatte — wie es heißt, auf eigene Initiative — mit dem niederländischen Verfassungsschutz (Binnenlandse Veiligheidsdienst — BVD) zwecks „Informationsaustausch“ Kontakt aufgenommen. Hierbei sollen auch

die Namen einiger Redakteure gefallen sein, die für die Berichterstattung über die Länder des „realen Sozialismus“ zuständig sind. Mitte September flog das redaktionsintern auf. Fünf Mitglieder der Redaktion weigerten daraufhin die weitere Zusammenarbeit mit ihrem Chefredakteur und stellten den Direktor des Blattes vor die Alternative: Entweder Den Boer geht oder wir!

Und — da die Niederlande eben nicht die BRD sind und „Berufsehre“ für die meisten dortigen Journalisten kein Fremdwort — braucht man auf den Ausgang der Geschichte eigentlich nicht mehr gespannt zu sein: Chefredakteur Den Boer wurde mit sofortiger Wirkung „beurlaubt“.

Der Sekretär der niederländischen Journalistengewerkschaft, Gerard Schuijt, äußerte seine Betroffenheit über den Vorfall: „Wenn ein Journalist selbst Kontakt aufnimmt mit dem BVD, bringt er dadurch den Journalismus auf üble Weise in Mißkredit. Es ist seine Aufgabe, die Leser zu informieren und nicht den BVD“ („de Volkskrant“, 4.12.79).

Der Vorfall führte weiterhin zu einer Anfrage im niederländischen Parlament.

Wird der Presserat der „Bild“-Redaktion empfehlen, ihren Laden zu schließen? Unsinn, wir sind in der BRD und nicht in den Niederlanden.

Medien-Kommission

Ein Prozeß, den die Justiz nur ungern führt!

In nächster Zeit steht ein Ereignis ins Haus, das es in der Geschichte des Springer-Verlages noch nicht gegeben hat. Vor dem Frankfurter Landgericht beginnt ein Prozeß gegen vorerst sechs Mitarbeiter der Frankfurter „Bild“-Redaktion. Die Anklage beschuldigt die sechs Redakteure, Reporter und Fotografen des schweren Diebstahls, den sie bei einem Einbruch in eine Privatwohnung begangen haben zur „Bildbeschaffung“ (die schlimmen Details möge jeder im Kapitel „Vampirismus“ und „Nachtrag“ in Wallraffs zweitem „Bild“-Buch: „Zeugen der Anklage“ nachlesen).

Besondere Brisanz hat jedoch nicht nur die Tatsache eines ersten großen Prozesses gegen den Springer-Verlag selber, sondern auch seine ganze Vorgeschichte: Festnahme zweier Täter, Durchsuchung der Frankfurter „Bild“-Redaktionsräume, der richterliche Durchsuchungsbefehl für die Hamburger Redaktionsräume wird von der Hamburger Staatsanwaltschaft und Kripo nicht vollstreckt. Im Laufe der Zeit werden 17 Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Schließlich beginnt der Verlag politisch zurückzuschlagen, indem er behauptet, die Staatsanwaltschaft führe ein Strafverfahren nach den Wunschvorstellungen Günter Wallraffs. Die Rechtsabteilung startet neun Dienstaufsichtsbeschwerden und eine Strafanzeige gegen den ermittelnden Staatsanwalt Harald Körner. Der Verlag gibt keine Auskunft über Personalien beschuldigter Mitarbeiter, polizeiliche Ladungen werden

nicht entgegengenommen.

Schließlich — der Anklageentwurf ist schon fertiggestellt — muß Körner auf Weisung des Frankfurter Oberstaatsanwalts Hauelsen den Fall abgeben. „Aus optischen Gründen“ wie es heißt, weil auch der Staatsanwalt in dem Verdacht stehe, der Lieferant für die im inzwischen erschienenen Wallraff-Buch zitierten Ermittlungsakten zu sein. Tatsächlich jedoch stammen die Akten aus dem Springer-Konzern selbst.

Der nunmehr mit dem Fall beauftragte Staatsanwalt Walcher ändert den Anklageentwurf. Sechs Ermittlungen führen zur Erhebung der Anklage wegen schwerem Diebstahls, acht Verfahren werden eingestellt und drei Ermittlungsverfahren laufen getrennt weiter. Ermittelt wird u.a. wegen Strafvereitelung, Widersetzung bei der Redaktionsdurchsuchung und wegen des Verdachts des Prozeßbetruges gegen die Chefin der Springer-Rechtsabteilung, Renate Damm.

Gegen die „Bild“-Berichterstattung sollte ursprünglich auch strafrechtlich vorgegangen werden. Angeblich durch „eine Panne“ ist das Delikt „Beleidigung“ jedoch inzwischen verjährt.

Trotz erheblicher Zusammenkürzung des Verfahrens scheinen Hoffnungen nicht ganz unberechtigt, daß mit diesem Prozeß Springer eine weitere Schlappe beigebracht werden kann (nach Informationen aus „FR“, 5.11. und 21.12.79 und „Zeugen der Anklage“ von G. Wallraff sowie „Welt der Arbeit“ vom 22.11.79).

Medien-Kommission

Intendant der „Deutschen Welle“ gab nach

Am 17. Dezember erklärte der Intendant der bundeseigenen Sendeanstalt „Deutsche Welle“, daß er den schon im Mai vergangenen Jahres abgeschlossenen Manteltarifvertrag nun doch unterzeichnen werde. Seine monatliche Weigerung, diesen Vertrag zu unterschreiben, beantworteten die Rundfunkangestellten mit zwei Warnstreiks und dem Beschluß der RFFU, Kampfmaßnahmen einzuleiten. 90,3 Prozent der Stimmberechtigten stimmten am 26/27.11.79 für Streik. In dem Manteltarifvertrag (ein Rahmentarifvertrag, der schon für alle anderen öffentlich-rechtlichen Anstalten Gültigkeit hat) sind Verbesserungen für die Mitarbeiter festgeschrie-

ben, u.a. Neuregelung des Urlaubsanspruchs, Zahlungen bei 25- bzw. 40-jähriger Betriebszugehörigkeit, günstigere Freizeitregelung als Ausgleich für Wochenend- und Feiertagsdienste, verbesserte Kündigungs-schutzbestimmungen und Ausdehnung der Lohnfortzahlung von maximal sechs auf maximal zwölf Monate. Angesichts der demonstrierten Entschlossenheit der „DW“-Mitarbeiter, notfalls auch zu streiken, sah sich Intendant Steigner veranlaßt, dem Vertrag endlich seine Unterschrift zu geben. Ein hübscher Erfolg für die Kollegen.

Medien-Kommission

Werner Schlegel Rettet die Wälder — Enteignet Springer

Im Freiheitlichsten den wir je auf deutschem Boden hatten, existiert keine überparteiliche, objektive, unabhängige, kritisch Kontrollfunktion ausübende bürgerliche Tagespresse. Da sei der knorrige Ast, alias fdGO, alias „demokratischer Konsens“, sprich: staats- und herrschaftserhaltendes Kapitalinteressenfundament, vor, dem ein mit ihm verwachsenes, untereinander verfilztes Blätterheer auf Gedeih und (vor allem) Verderb ausgeliefert ist. Ein Blätterheer, dessen behauptete pluralistische Meinungsvielfalt dem Farbenspiel deutscher Laubbäume in der Spätherbstsonne gleicht. Prachtvolle Äußerlichkeit, um über den längst klammernden Würgegriff gleichmacherischer Winteragonie noch einige Zeit lang hinwegzutäuschen.

Im Computerisiertesten den wir je auf deutschem Boden hatten, wuchert seit 1957 auf dem knorrig-verkrüppelten fdGO-Ast ein Gewächs, das aus seiner ledrigen Blattschuppe grell heraussticht. Ein sich stetig ausbreitender rot-schwarzbrauner Parasit, der längst nicht mehr dem Ast, sondern dieser ihm auf Verderb ausgeliefert ist. Ein Schmarotzer, der allerdings auch nur auf diesem Ast so gut gedeihen konnte. Schon gesun-

den Organismen gelingt es nur schwer erfolgreich alle Abwehrkräfte gegen Parasiten zu mobilisieren. Wie sollte es einem bereits von Anfang an halb verdorrt, aufgepflöpftem fdGO-Reis gelingen? Zumal sich das Würgegewächs — von einem der Botanik unkundigen britischen Presseoffizier in der Besatzungszeit die Existenzberechtigung erhalten habend — bis eben 1957 einigermaßen unauffällig verhielt. Bis die Symbiose mit dem Wirtskörper abgeschlossen war. Von da an gab sie sich zu erkennen, die — WILDzeitung.

Als Wallraffs „Aufmacher“ erschien, verzichtete ich auf die Lektüre. Bekannt war schließlich, was von den mit Guillotinen-Lettern bewaffneten Meinungsterrorkommandos der WILDzeitung, samt Führer, zu halten ist. „Zentralorgan für Rufmord“? Manipulation und Fälschung? Menschenverachtung, gar Faschismus? Na klar! Bekannt! Geschenk! Dann erschien der zweite Band, „Zeugen der Anklage“, den mir eine Freundin schickte. Ich las ihn und stellte mit Entsetzen fest, Wissen ist nicht gleich Wissen, Begriffe bleiben leere Schablonen, solange nicht die Folgen des

Fortsetzung auf Seite 24

Fortsetzung von Seite 23

täglichen WILD-Rufmordes für die davon direkt Betroffenen bekannt und vor allem sinnlich erfahrbar werden. Wallraff machte sie erfahrbar. Er recherchierte einige Jagdgeschichten der gesammelten Werke Axel Cäsars nach, stellte Wahrheit und Lüge nebeneinander, wies nach, deckte auf, entlarvte. Das löst, bei der Lektüre sich von Seite zu Seite steigendes Entsetzen aus. Und Wut! Über die Tatsache der von A bis Z, Buchstabe für Buchstabe erfundenen Sex & crime-stories, mit denen Tag für Tag „über zehn Millionen Leserinnen“, die „Primitivos“ (so ein Redakteur), schlicht und einfach versichert werden, könnte noch kopfschüttelnd, wenn auch elitär, zur Tagesordnung übergegangen werden, nach Motto: Jedes Volk hat die Zeitungen, die es verdient. Aber nicht mehr über die gnadenlosen, einzig auf Lüge basierenden Rufmorde, die Menschen zum Selbstmord trieben; nicht mehr über die kaltblütige Vernichtung von Existenzgrundlagen; nicht mehr über diese zum Kotzen erbärmliche Mischung aus Sexismus, Rassismus, Sadismus, kurz: den offenen täglichen Faschismus dieses „Blattes“. Weil ihm Menschen zum Opfer fallen und zwar ganz real. „Wer etwas Ehrgefühl und Verstand hat, sollte dieses Lügenblatt nicht kaufen, dann müßten diese Verbrecher verhungern“. Zeilen aus dem Abschiedsbrief eines Selbst-Mordopfers von WILD-BILD. Und das schreit nach praktischen Konsequenzen! Lesen, anschließendes Schulterzucken – „hab ich doch immer gesagt“ – ist zu wenig. „Enteignet Springer!“ ist aktueller denn je“, schreibt Wallraff auf Seite 158. Was also tun?

IV

„Ich will nicht, daß das Buch ein Bestseller wird, in Riesen-Auflage verbreitet wird, große Empörung auslöst und dann zur nächsten Saison alles wieder ineinander zusammenfällt... Ich will, daß es nachhaltige Folgen hinterläßt, weil das ein Buch ist – und so sehe ich meine Arbeit überhaupt –, das so viele Impulse auslöst. (...) Ich will, daß einerseits die Macht des Blattes beeinträchtigt wird, das Ansehen, die Autorität, bis hin zu Boykottaktionen, wo es in der Auflage spürbar, sichtbar wird. (...) Ich kann das jetzt einige Monate bewußt und konzentriert machen, habe aber schon den Stichtag, wo ich das abbreche und etwas neues vorbereitet habe“ (Wallraff, DIE-NEUE-Interview 13.12.1979).

V

Im freiheitlich-computerisierten Sicherheit den wir je auf deutschem Boden hatten, gibt es neben dem sich selbst gleichschaltendem Blätterheer, neben dem WILD-Parasiten, aber noch etwas: Eine Alternativpresse! Die Gesamtauflage aller Stadt- und Volksblätter, zusammen mit der linken Sponti-Tageszeitung (taz), beträgt rd. 150.000 Exemplare. Nichts im Vergleich zu Axel Cäsars Millionenauflage, aber viel, sehr viel, für einen möglichen Kampf dagegen. Es ist wahr, Wallraff kann nicht ewig am Ball bleiben. Er versteht sich nicht nur als, er ist politischer Schriftsteller. Dessen Aufgabe liegt in der Aufklärung, im Anstoßen auf vielen und nicht nur einem Themengebiet. Aber was ist eigentlich, was bedeutet Alternativzeitung und -presse, wenn für sie hier keine Aufgabe läge? Eine von vielen, die dringend wieder auf die Tagesordnung gesetzt gehörte. Was könnte sie denn tun, diese A-Presse, deren Redaktionskollektive nur noch wehklagen, wie überflüssig sie das jeweilige Blatt im Grunde fänden, wie wenig Identifikation damit noch möglich sei? Beispielsweise das fortsetzen, was Wallraff begann. Was wäre, wenn alle, vom Arbeiterkampf bis Blatt, von der taz bis zum ID, einmal im Monat eine der typischen WILD-stories in der jeweiligen WILD-Lokal-ausgabe nachrecherchierten? Und natürlich veröffentlichten! Und was wäre, wenn die – hieb- und stichfesten! – Ergebnisse Jahr für Jahr in Buchform, getragen von einem Herausgeberkollektiv (alle Redaktionen, plus bekannte Persönlichkeiten), veröffentlicht würden; die Verkaufserlöse nach Abzug der Unkosten an Wallraffs Rechtshilfefond für WILD-Opfer gingen? Müßte „alternativ zur bürgerlichen Presse“ nicht gerade auch bedeuten – wovon bei vielen Blättern im letzten Jahr in der Tat weniger und weniger zu sehen war – deren Fälschungen und Manipulationen wieder und wieder zu entlarven? Am konkreten Beispiel – und nicht nur bei der Berichterstattung über politische Prozesse? Wer sagt da „Scheiß-Kampagnenpolitik“? Lieber diese als gar keine; denn nicht nur die Wilder gilt's vor Cäsars und anderer Brutallos Zugriff zu retten, sondern vor allem Menschen. Wenn das kein neues „Enteignet Springer!“ wert ist ...

Papst: Unfehlbar in die 80er Jahre

Vor 110 Jahren beschlossen die höchsten katholischen Mächtigsten auf dem ersten vatikanischen Konzil, den Papst für unfehlbar zu erklären. Das war 1870 so praktisch wie es auch 1980 praktisch bleiben wird: Schützt doch die Unfehlbarkeit des Papstes die Gläubigen davor, ihren eigenen Kopf zu gebrauchen, wozu sie in kritischen politischen Situationen herausgefordert sein könnten. Weil sich das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes in diesen 110 Jahren so ausgezeichnet bewährt hat, soll es natürlich auch für bevorstehende Krisen von Nutzen für die Bourgeoisie sein (Pius XII. kennzeichnete Hitler als das beste Mittel gegen den Bolschewismus). Der Erzbischof von München, Ratzinger, beschreibt in diesem Sinne die Aufgabe der Kirche und des kirchlichen Lehramtes: „Die Kirche schützt die Einfachen vor den Intellektuellen“ ... hier liegt der „demokratische Auftrag“ des Lehramtes (Welt, 2.1.80). Der Theologieprofessor Hans Küng hat diesen „demokratischen Auftrag“ nicht wahrgenommen, deswegen hat die Glaubenskongregation im Vatikan ihm seine Lehrbefähigung an der Universität Tübingen entzogen. Gut 10 Jahre zog sich die Auseinandersetzung zwischen Küng und den

deutschen und römischen Kirchenfürsten hin; schließlich zum Ende des Jahrzehnts hat sich die katholische Kirche ihres prominentesten Kritikers mit einem Gewaltakt entledigt. Ein Trost: Küng darf Christ bleiben.

Küng hat in zahlreichen und umfangreichen Veröffentlichungen versucht, Fragen des katholischen Glaubens und der katholischen Kirche für breite Kreise der Gläubigen offen diskutierbar und damit kritisierbar zu machen. Es blieb nicht aus, daß die unfehlbaren Stellvertreter ihres Gottes in ihrer Haltung zur Sexualität, zur Empfängnisverhütung, zur Abtreibung, zur Ehescheidung, zur Ehelosigkeit der Priester (Zölibat) etc. angegriffen wurden. Die Unfehlbarkeit des Papstes selber, die Küng neben vielen anderen katholischen Theologen relativ vorsichtig in Frage stellte, ist nun der Hebel, mit dem der kritische Professor abserviert wird.

Der allseits beliebte und selbst von sonst kritischen Geistern umschwärmte Wojtyła, Johannes Paul II. (JoP II), der „Unfehlbare“, der das Urteil seiner Glaubenskongregation gegen Küng absegnet, gibt damit selbst ein Zeugnis seiner Geistesgaben: „Papst Johannes Paul II. hat mit Sicherheit noch nie eines der umstrittenen Büch-

er Küngs gelesen“; diese Erklärung gab der polnische Geistliche Malinski, der als Vertrauter von JoP II gilt, im Schweizer Fernsehen ab! („Welt“, 2.1.80). Gegen solche Erleuchtung des Papstes und der Glaubensbehörden mußten natürlich Vermittlungsversuche des Stuttgarter Bischofs Moser vergeblich bleiben, zumal dessen Bischofskollegen in der BRD hocherfreut die vatikanische Entscheidung lobten. Geradezu begeistert zeigte sich die rechtsradikale

Walter Dirks, Norbert Greinacher, Otto Herbert Hajek, Walter Jens, Ernst Käsemann, Johann Baptist Metz und Jürgen Moltmann sind: „Kein Rückfall hinter die durch die Aufklärung geschaffenen demokratischen Grundrechte aller Menschen, insbesondere keine Behinderung der Meinungs- und Gewissensfreiheit; keine Disziplinierung kritisch denkender Menschen. Keine Duldung von Prozeßverfahren, bei denen die Anklagebehörde alle, der Beschuldigte so gut



Professor Hans Küng

Front um Lefebvre (der sich in der Ära von JoP II der katholischen Kirche wieder annähern kann) und dessen Gesinnungsfreunde in der BRD um Pfarrer Milch.

Internationale Solidarität mit Küng

Gegen den Rauschmiß von Küng aus dem Lehramt entwickelte sich innerhalb kürzester Zeit eine breite Protestbewegung innerhalb der katholischen Kirche und auch darüber hinaus. Von den meisten theologischen Fakultäten kamen Solidaritätsadressen, die von Studenten und Professoren unterzeichnet waren. Empört äußerten sich katholische Christen aus der ganzen Welt. In Luzern nahmen 2000 Teilnehmer an einer Kundgebung teil, zu der die katholischen Fakultäten Fribourg und Luzern aufgerufen hatten. Vor dem Kölner Dom wurde eine öffentliche Ketzerverbrennung inszeniert. Mehrere evangelische und katholische Theologen und Professoren bildeten ein „Komitee zur Verteidigung der Christenrechte in der Kirche“ und forderten in einer Erklärung, deren Erstunterzeichner Heinrich Albertz,

wie keine Rechte hat...“ („FR“, 20.12.79).

Theologie - eine Wissenschaft?

Ein Konkordat zwischen Kirche und Staat regelt die Besetzung der Lehrstühle für katholische Theologie an den Universitäten. Nur mit Zustimmung der katholischen Kirche kann ein Professor - also ein Staatsbeamter - eingestellt werden. Wenn die katholische Kirche wie im Fall Küng die Zustimmung entzieht, muß auch das staatliche Beamtenverhältnis gelöst werden? Diese brachte mehrere Politiker von SPD und FDP auf den Plan. U.a. für Erhard Eppler (SPD), daß Küng seinen Lehrstuhl behalten müsse, auch nach der Besetzung von Lehrstühlen in der BRD befinden könnten.

Eine interessante Frage, die sicher auch in anderen Bereichen der Wissenschaft untersucht werden sollte, denn es ist sicher nicht die allein, die Forschung und Lehre an unseren Universitäten bestimmen.

Kirchenkommission

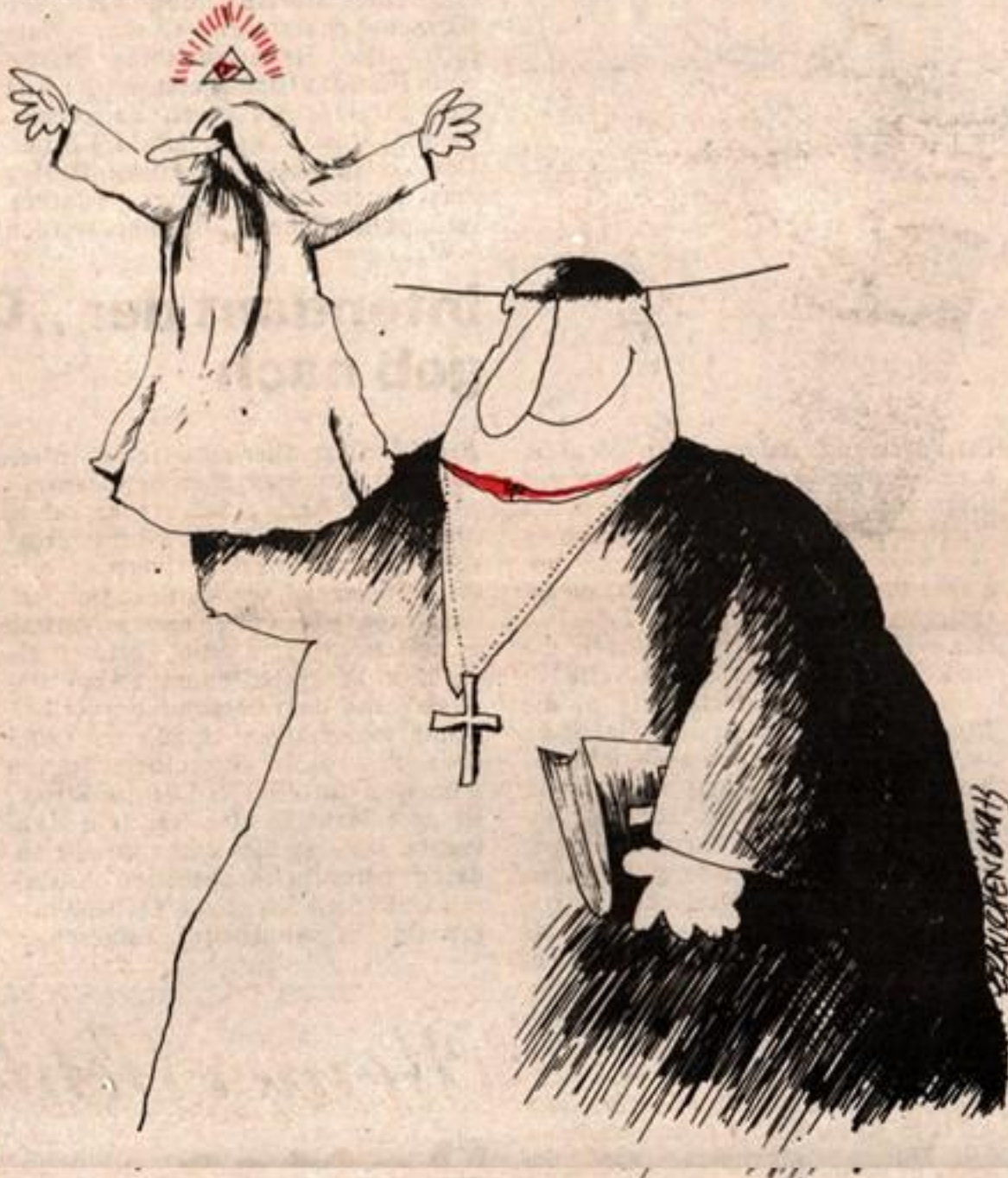
Kirchenkommission

herauszugeben. Themen: Rassen, Menschenrechte, 3. Welt. Im Februar 1977 leitete der IKV eine Kampagne an: „Die Kernwaffen sollen von der Welt verschwinden - zentral in den Niederlanden“. 350 aktive Personen sammelten Unterschriften für eine Demonstration gegen Atomraketen. Ihrer Seite kam auch eine Opposition gegen die Einführung der Neutronenbombe. An einer politischen Partei und IKV veranstalteten Anti-Atomwaffenkundgebungen im Dezember 20.000 Menschen teil. Diesem Druck aus der Bevölkerung konnte sich dann die holländische Regierung bekanntlich nicht völlig entziehen.



Durchaus möglich ist, daß sich trotz der NATO-Beschlüsse die kirchliche Opposition in den Niederlanden verstärken wird. Die Generalsynode der Reformierten Kirche hat gerade eine neue Schrift an Gemeinden und Institutionen herausgegeben mit der Bitte um Diskussion. Titel: „Nukleare Rüstung - eine Handreichung für eine neue Gesprächsrunde“. Auf der nächsten Generalsynode im Juni 1980 soll nach Diskussion an der Basis darüber entschieden werden, ob das „Nein ohne Jas“ nicht nur für den Einsatz von Atomwaffen gelten muß.

Kirchenkommission



Die Kirchen und die Aufrüstung

„Wer das Schwert nimmt, wird durch das Schwert umkommen. Man sollte diesen Satz über das NATO-Hauptquartier in Brüssel und über das Oberkommando des Warschauer Paktes hängen...“ Mit diesen Worten bedendete Pastor H. Albertz das „Wort zum Sonntag“ am 27.10.79. Eine der wenigen Stimmen im Raum der westdeutschen Kirchen, die angesichts des Angebotes von L. Breschnew im Oktober und angesichts der NATO-Beschlüsse im Dezember 79 für konkrete Schritte der Abrüstung laut wurden. Am 17./18.11. veranstalteten die mehr DKP-orientierten „Christen für die Abrüstung“ in Dortmund einen Kongreß (440 Teilnehmer), zu dem sie aufriefen: „Nicht aufrüsten, jetzt verhandeln!“ und appellierten, „daß der Entspannungsprozeß fortgesetzt und zur Abrüstung führen wird.“

Insgesamt verhielten sich die Kirchen in der BRD nach dem von Springer befürworteten Maulkorb: „Das ist Politik durch die Kirchen.“ Wenn das Fernsehen Albertz als politischen Kommentator haben möchte - bitte sehr. Nur: Unter dem falschen Etikett des „Wort zum Sonntag“ hat er da nichts mehr zu suchen“ („Bild“, 29.10.79).

In dieser Hinsicht unverdächtig waren die Ergebnisse der Synode (Kirchenparlament) der Nordelbischen Kirche (Nov.79). Die Einrichtung einer Pfarrstelle für Seelsorge an Kriegsdienstverweigerern wurde zurückgestellt. Im Lichte der Tatsache, daß es aufgrund des Militärseelsorgevertrages (1957) schon lange eine Unzahl von Militärgeistlichen gibt, heißt das praktisch: Kirchlich legitim ist

nur der „Friedens“-dienst mit der Waffe. Interessant ist, daß die Entscheidung auf Initiative des rechtsradikalen Pastors Motschmann zustande kam. Hatte sich doch sein Gesinnungsbruder Prof. W. Künneth auf dem Theologischen Konvent der Konferenz Bekennder Gemeinschaften im Bräsewitz-Zentrum am 18.-22.8.79 gegen die „heute übliche“ Gleichsetzung von Wehr- und Zivildienst gewendet und erklärt, daß Kriegsdienstverweigerer sich „auf jeden Fall nicht auf Bibel und Bekenntnis berufen“ können.

Um die Russen dazu zu bringen, abzurüsten, muß der Westen natürlich erst mal aufrüsten



Ein anderer Antrag, sich mit dem DDR-Kirchenbund für eine gemeinsame Erklärung über die Abrüstungsfrage ins Benehmen zu setzen, kam gar nicht erst auf die Tagesordnung, trotz der dafür erforderlichen Anzahl von Unterschriften. Die Synode des DDR-Kirchenbundes vom 1.11.79 hatte in einer einmütig verabschiedeten Stellungnahme ihre Beunruhigung über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa ausgesprochen, von der NATO und dem Warschauer Pakt „Verzicht auf Eskalation der Wettrüsten in Europa Vorschub lei-

sten“ verlangt und der Evangelischen Kirche Deutschlands hierüber einen entsprechenden Dialog angeboten.

Solche Synodenergebnisse geben denen Recht, die schon seit Jahren kritisieren, die westdeutschen Kirchen seien nichts anderes als klerikale Steigbügelhalter der westlichen Militäralianz. Denn vor einem Jahr war es den NATO-Klerikalen noch recht, die Kritik der DDR-Kirchen an der Erweiterung des Wehrkundeunterrichtes kräftig zu unterstützen. Das ließ sich offenbar besser antizipatorisch ausschalten als die Abrüstungsinitiative des Ostens. Das Angebot der DDR-Kirchen an die EKD blieb bislang ohne Echo. Was immer die Motive des DDR-Kirchenbundes gewesen sein mögen, eins dürfte jedenfalls deutlich sein: die Kirchen in der DDR haben oder nehmen sich mehr kritischen Spielraum gegenüber ihrem Staat als die westdeutschen Kirchen.

In den Niederlanden gar steht der „Interkirchliche Friedensrat“ (IKV), eine Organisation, die praktisch alle nationalen Kircheneinrichtungen umfaßt, im Widerstand gegen die Atombewaffnung mit an vorderster Front; schon seit über 10 Jahren. Den IKV gibt es seit 1966. Er entstand durch Zusammenarbeit der katholischen Pax-Christi-Bewegung mit verschiedenen Instanzen der holländischen reformierten Kirche. Deren Generalsynode hatte sich schon 1962 mit einem bedingungslosen „Nein ohne Jas“ gegen den Einsatz von Kernwaffen ausgesprochen. Die Tätigkeit des IKV bestand über lange Zeit darin, jährliche Friedenswochen zu veranstalten und eine Friedenszeitung



2. Vorbereitungstreffen für ein § 218 Tribunal im Mai/Juni

Am 15.12.79 fand in Frankfurt ein zweites Treffen von Frauen aus Beratungsgruppen zur Vorbereitung eines §218-Tribunals statt. Es waren ca. 25 Frauen aus 9 verschiedenen Städten anwesend; neu erschienen waren Frauen der FAD (Frauenaktion Dortmund) und eine Vertreterin der Jusos vom Bundesvorstand.

Das Treffen diente hauptsächlich der organisatorischen Klärung der Vorbereitung für das Tribunal und einem ersten Austausch über den Stand der Dinge. Das Ansprechen von Erstunterzeichnerinnen für die Unterschriftenliste war noch nicht abgeschlossen, zeigte aber schon sehr gute Ergebnisse. Dennoch äußerte der größte Teil der Frauen Befürchtungen, daß der erst gewählte Termin des Tribunals (23. Feb. 1980) nicht eingehalten werden könne, da die Vorbereitungen mehr Zeit brauchen. So lagen bis zu diesem Treffen auch erst ungefähr sechs konkretere Fälle vor, die vor das Tribunal gebracht werden könnten. Deswegen beschlossen die Frauen des Vorbereitungstreffens, das Tribunal auf den 31.5. und 1.6. zu verlegen. Es besteht die Vorstellung, das Tribunal an zwei Tagen in Frankfurt stattfinden zu lassen: Beginn Samstag mit anschließender Demonstration und großem Frauenfest (für das versucht werden soll, bekannte Künstlerinnen einzuladen). Am Sonntag soll das Tribunal weitergeführt werden und eventuell mit einer Pressekonferenz enden.

Außerdem sollen der 25. Februar und der 8. März dazu genutzt werden, mit Informationsständen, Flugblättern, Unterschriftenlisten, Plakaten und Plaketten überall auf der Straße und in Betrieben die Aufmerksamkeit auf das kommende Tribunal und gegen den §218 zu richten. Alle, die Interesse an weiteren Informationen zum Tribunal haben, können sich an folgende Kontaktadressen wenden: Doris Pfeiffer, Backwinkelstr. 68, 43 Essen, Tel.: 0201/232187 und Eve Daub, Grevelstr. 23, 43 Essen.

Um die Finanzierung des Tribunals zu sichern, wurde folgendes Spendenkonto eingerichtet: Katrin Retzlaff bei der Frankfurter Sparkasse 1822, Bankleitzahl: 50050201 Kontonr. 0302/016643. Das nächste Vorbereitungstreffen findet am 26.1. in Dortmund statt, um 14 Uhr in den Räumen der FAD in der Mallinckrodtstr. 31.

Bis dahin soll die Unterschriftenliste mit den Erstunterzeichnerinnen abgeschlossen sein, weitere Fälle für das Tribunal zusammengetragen und Gutachterinnen angesprochen werden sowie Vorschläge für Plakate und Plaketten diskutiert werden. Im Anschluß an die Diskussion über das Tribunal diskutierten die Frauen des Treffs noch über den zur gleichen Zeit in Frankfurt stattfindenden Kongreß der Alternativen und Buntten Listen und verabschiedeten einstimmig eine Resolution, die die Kongreßteilnehmer dazu aufforderte, die Abschaffung des § 218 als unverzichtbare Forderung der Frauen und der Frauenbewegung mit in ihr Grundsatzprogramm für einen eventuellen Eintritt bei den Grünen aufzunehmen (s. nebenstehende Resolution).

Aufruf zu einem nationalen Tribunal gegen § 218 am 31.5./1.6.1980

§218: Frauen klagen an

In nicht wenigen Beratungsstellen wird uns immer noch häufig die Indikationsstellung ohne weitere Begründung verweigert, sollen wir zum Kinderkriegen überredet werden, ohne auf unsere Situation einzugehen.

Viele Ärzte verweigern uns entweder vollständig den Eingriff oder zwingen uns gleichzeitig eine Sterilisation auf.

Krankenhäuser vor allem im süddeutschen Raum stellen gar keine Betten für Schwangerschaftsabbrüche zur Verfügung und erkennen die soziale Indikation nicht an. Zahlreiche Kliniken in der ganzen BRD benutzen Frauen als Versuchskaninchen für medizinische Experimente (vgl. Prostaglandin-Forschung).

Von einigen Privat- und Ersatzkrankenkassen werden die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch nach der sozialen Indikation nicht übernommen.

In letzter Zeit häufen sich die Angriffe auf die Frauen vor allem aus kirchlichen Kreisen, abtreibende Frauen als Massenmörderinnen zu diffamieren.

Politiker/innen aller etablierten Parteien verstärken ihre Bemühungen, uns wieder an Heim und Herd zurückzuschicken.

Durch einige Sendungen und Berichte in Rundfunk, Presse und Fernsehen werden Frauen in Angst und Schrecken versetzt, indem über die Risiken bei Schwangerschaftsabbrüchen verfälschend und brutal berichtet wird. Fortschrittliche Institutionen, wie z.B. das Beratungszentrum der Pro Familia Bremen, werden damit als unmenschlich diffamiert (wie z.B. in einer Reportage im ZDF am 30.10.1979).

Wir sind nicht bereit, diese Auswirkungen des „reformierten“ § 218 weiterhin schweigend hinzunehmen. Nach wie vor wird uns das elementare Recht, selbst über unseren Körper bestimmen zu können, verweigert. Deshalb unterstützen wir das Tribunal gegen die frauenfeindliche Praxis des § 218 und fordern:

- Ersatzlose Streichung des § 218
- Anwendung schonendster Methoden bei Schwangerschaftsabbrüchen
- Keine medizinischen Versuche an Frauen
- Kostenlose und unschädliche Verhütungsmittel für Mann und Frau

Namen der Erstunterzeichnerinnen für das § 218 Tribunal:

Ingrid Kolb - Redakteurin beim „Stern“ - Norgard Kohlhaagen - Kinderbuchautorin und Journalistin - Heidi Kaiser, Vorstandsmitglied vom Kinderhaus e.V., Hamburg - Erika Franke - Vorstand der Deutschen Journalisten Union - Ruth Geiger - Vorstandsmitglied der Deutschen Journalisten Union - Margot Schröder - Schriftstellerin - Britta Segebrecht - Rocksängerin von der Gruppe „Oktober“ - Ute Bromberger - Redakteurin beim NRD - U. Conraths-Krilling - Beraterin bei Pro Familia, Hannover - Barbara Schoen - Rechtsanwältin in Darmstadt - Barbara Mayer - Soziologin - Alexandra Goy - Rechtsanwältin, Berlin - Ingrid Lohstötter - Rechtsanwältin, Berlin - Doris Dreher - Referendarin (Jura), Berlin - Hülke Schlaeger - Journalistin, Berlin - Maria Wohlgemuth - Hebamme, Berlin - Mädi Kemper - Journalistin, Berlin - Sarah Haffner - Malerin/Autorin, Berlin - Tina Stock - Journalistin, Berlin - Birgit Ludwig - Journalistin, Berlin - Gesche Schultes-Schmoll - Journalistin - Gesine Stempel - Journalistin - Suzanne Seelund - Journalistin - Ingrid Kaemmerer - Schömann, Berlin - Traute Klier-Siebert - Ärztin, Berlin - Helke Sander - Filmemacherin und Fotografin, Berlin - Ursula Volbehr - Ärztin, Berlin - Brigitte Mira - Schauspielerin - Eveline Künnecke - Schauspielerin u. Kabarettistin - Edith Hancke - Schauspielerin - Beate Hagenau - Schauspielerin - Juliane Bartel - Redakteurin - Margit Carstensen - Schauspielerin - Ingeborg Drewitz - Schriftstellerin - Redaktion der Frauenzeitung COURAGE (Christel Dormagen, Christa Müller, Karin Petersen, Sibylle Plogstedt, Sabine Zurmühl) - U. Garms-Homolova - Dipl.-Psychologin - Uta König - Journalistin beim „Stern“ - Eva Mattes - Schauspielerin - Prof. Margrit Brückner, Frankfurt - Prof. Sabine Rothe, Frankfurt - Prof. Dr. Eva Weber, Frankfurt - Prof. Ursula Straumann, Frankfurt - Iris Bergmüller - Referentin der GEW Landesverband Hessen - Sylvia Kontos - Soziologin - Ulrike Holler - Redakteurin beim Hessischen Rundfunk - Margret Nimsch - Rechtsanwältin - Dr. Jutta Kneisel - Gewerkschaftssekretärin in der IG Metall - Ulla Schickling - Redakteurin bei der „Frankfurter Rundschau“ - Carmen Thomas - Redakteurin beim WDR - Claudia Pini - Redakteurin beim WDR - Ute Remus - Redakteurin beim WDR - Birgit Meinsen - Vorsitzende des Frauenausschuß des Ortsvereins der IG Druck + Papier, Hamburg - Angelika Dries - Stadtverordnete der Wählergemeinschaft Darmstadt - Renate Brückermann-Kempfer - Rechtsanwältin, Berlin - Jutta Wagner - Rechtsanwältin, Berlin - Anne Klein - Rechtsanwältin, Berlin - Petra Franzen - Rechtsanwältin, Berlin - Gisela Krieg - Rechtsanwältin, Berlin - Ulrike Pallmert - Rechtsanwältin, Berlin - Wena v. Swieykowski - Rechtsanwältin, Berlin - Brigitte Kolb - Rechtsanwältin, Berlin - Bettina Geisel - Rechtsanwältin, Berlin - Ulrike Kolneder-Zecher - Rechtsanwältin, Berlin - Sabine Wackernagel - Schauspielerin, Freiburg - Luc Jochimsen - Redakteurin beim NDR - Juliane Huth - Rechtsanwältin, Hamburg - Maja Stadler Euler - Rechtsanwältin - ehemalige Fraktionsvorsitzende der FDP Hamburg - Dr. Marita Börsch-Ising - Ärztin in Frankfurt - Ehemaliger FrauenASIA in Frankfurt - Dr. Helga Einsele - Juristin, Frankfurt - Dr. Helgard Kramer - Soziologin, Frankfurt - Karin Walser - Soziologin, Frankfurt - Ulrike Schmauch - Soziologin, Frankfurt - Christiane Klose - Diplompädagogin, Frankfurt - Heidrun Erd-Küchler - Professorin, Frankfurt - Renate Möhrmann, Professorin am Institut für Theater - Film- und Fernsehwissenschaft in Köln - Burgel Geier - Diplompsychologin und Ratscherrin der Grünen/Alternativen Liste Münster - Christina Kukiela - Bezirksabgeordnete der Buntten Liste Hamburg - Sozialdemokratische Frauen der ASF Unterbezirk Düsseldorf: Karin Junker - stellv. Bezirksvorsitzende der ASF Niederrhein; Allynor v. Blessing - Unterbezirksvorsitzende der ASF Düsseldorf; Claudia Nell - stellv. Unterbezirksvorsitzende der ASF Düsseldorf; Ursula Giersdorf-Wünsche - stellv. Unterbezirksvorsitzende Düsseldorf; Edda Kamp - Mitglied des Unterbezirks der ASF Düsseldorf; Helma Habeke - Mitglied des Unterbezirks der ASF in Köln - Sybille Helfferich - 1. Vorsitzende der Frauenpartei - Eva Rath - Frauenpartei, Kiel - Rosi Wolf-Almanasreh - 1. Vorsitzende der IAF (Interessengemeinschaft mit Ausländern verheirateter Frauen) - Kommission Frauenarbeit beim Bundesvorstand der Jungsozialisten: Erika Burmester - Mitgl. Jusos-Landesvorstand Bad.-Württ.; Gabi Hofmann - Frauenkommission Jusos, ÖTV; Victoria Wagner - Jusos-AKE Kaufbeuren; Ursula Brosche - Jusos-AKE Kaufbeuren; Ulrike Ries - Bezirksvors. Jusos Mittelrhein; Karin Heuer - Jusos-HSG - Frauenkommission Jusos - Christl Ziegler - Jusos-AKE Bad. Württ.; Christl Hartschen - Jusos; Monika Buttgeriet - stellv. Landesvors. Jusos Berlin; Jutta Ziggel - Jusos - SHB - GEW; Regula Schmidt-Bott - Jusos-Landesvorst. Hamburg; Angelika Bott - Ass. Mitgl. Jusos-Landesvorst. Bremen - Mitgl. im Akad. Senat Uni Bremen; Gabriele Schwietering - Jusos-HSG - Frauenkommission Jusos - Petra Kelly - Spitzenkandidatin der „Sonst. pol. Vereinigung - Die Grünen“ bei den Europawahlen - Ilona Kiene - Bezirksabgeordnete der Buntten Liste und Betriebsrätin, Hamburg - Ilona Wagner von den Grünen - Bernadette Ridard - Redakteurin bei „Graswurzel Revolution“, Ratsmitglied der internat. Kriegsgegner, Hamburg - Janette Kassien, Redakteurin „Graswurzel Revolution“, Hamburg

Kontaktadressen: Doris Pfeiffer, Backwinkelstr. 68, 43 Essen, Eve Daub, Grevelstr. 23, 43 Essen
Spendenkonto: Karin Retzlaff, Frankfurter Sparkasse von 1822, BLZ 500 502 01. Konto-Nr. 0302/016643



Die nebenstehende Resolution wurde auf einem nationalen Treffen der § 218-Beratungsgruppen der westdeutschen Frauenzentren beschlossen. In der ganzen Bevölkerung sollen damit Unterschriften zur Unterstützung des Tribunals gesammelt werden. Hierzu ist schon ein breites Spektrum von Erstunterzeichnerinnen zusammengekommen.

Die Listen (mit dem Text der Resolution) können gegen DM 1,- in Briefmarken (für Versandkosten) bei den angegebenen Kontaktadressen angefordert werden. An diese Adresse sollten auch alle vollen Listen zurückgeschickt werden.

Die Listen (mit dem Text der Resolution) können gegen DM 1,- in Briefmarken (für Versandkosten) bei der angegebenen Kontaktadresse angefordert werden. An diese Adresse sollten auch alle vollen Listen zurückgeschickt werden.

Resolution

an den Beratungskongreß der Buntten, Alternativen und Grünen Listen

Die Frauen des nationalen Vorbereitungstreffens für ein Tribunal gegen den §218 erklären hiermit, daß die Forderung „Weg mit dem §218“ eine unverzichtbare Forderung der Frauenbewegung ist.

Wir wehren uns aufs Schärfste gegen Tendenzen bei diversen Strömungen der Buntten, Alternativen und Grünen, diese Forderung nicht mehr in ihr Programm aufzunehmen. Wir sagen Euch: Eine grüne oder alternative Partei, die diese elementare Forderung der Frauenbewegung nicht auf ihre Fahnen schreibt, wird für uns als Alternative unglaubwürdig und ist für uns Frauen nicht mehr wählbar.

Wir fordern euch deshalb auf, einen Eintritt bei den Grünen unbedingt mit davon abhängig zu machen, ob diese bereit sind, die Forderung „Weg mit dem §218! Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau!“ in ihr Grundsatzprogramm mitaufzunehmen.

Kein Ausverkauf der Fraueninteressen - nicht bei den Buntten, Alternativen und Grünen und auch nicht anderswo!

Frauen (ca. 25) aus Bremen, Darmstadt, Dortmund, Essen, Frankfurt, Hamburg, Köln, Münster und Neu-Isenburg.

Unterstützt von der AG Frauen auf dem Beratungskongreß am 14.-15.-16.12. bei vier Enthaltungen.

§ 218: Ein Skandal in Hildesheim

Ein 15-jähriges Mädchen und ihr 16-jähriger Freund vertrauen auf die inzwischen regelrecht kampagnenmäßig aufgebaute Werbung für Schaum-Ovula (besonders „Patentex Oval“, das in seiner Sicherheit als Alternative zur Pille angeboten wird) und besorgen sich einen „Anti-Baby-Schaum“. Wie so oft bei Jugendlichen, ist das Verhältnis zu den Eltern nicht so, daß die beiden mit Fragen der Sexualität zu ihnen gehen könnten.

Das Mädchen stellt nach kurzer Zeit Anzeichen einer Schwangerschaft fest, geht aber erst nach wochenlangem Zögern zu einer katholischen Frauenärztin. Diese eröffnet ihr die niederschmetternde Feststellung, daß sie im 4. Monat schwanger sei. An eine Abtreibung sei nicht zu denken, sie solle das Kind nach der Geburt zur Adoption freigeben. Reaktion: Panik! Völlig alleingelassen mit dieser Nachricht, voller Angst vor den Eltern, beschließen die beiden Jugendlichen abzuhauen. Sie schreiben einen Abschiedsbrief, in dem sie versuchen, den Eltern ihre Situation und Verzweiflung zu erklären.

Die Eltern sind erschüttert, gehen zur Polizei und geben eine Vermisstenanzeige auf. Die Jugendlichen sind

inzwischen in eine Großstadt gekommen und treffen dort Menschen, die das Problem lange mit ihnen besprochen und bereit sind, ihnen zu helfen. Um das zu realisieren, ist jedoch die Einwilligung der Eltern notwendig. Die Eltern sind bereit, ihren Kindern zu helfen und ziehen die Vermisstenanzeige zurück. Sie sind mit dem Entschluß der Jugendlichen, das Kind abzutreiben, einverstanden. Letzte und einzige Möglichkeit ist Holland. Die notwendige ärztliche Bestätigung (über Schwangerschaft und Nachbetreuung) wird nach langem Suchen gefunden. Die Jugendlichen fahren, begleitet von ihren Müttern, nach Holland.

Bis hierher kann frau/man erleichtert aufatmen, aber es folgt ein Nachspiel: Nach ca. 1 1/2 Wochen erhalten die beiden Jugendlichen eine Vorladung zur Hildesheimer Kriminalpolizei! Sie werden einzeln verhört und auf ihre Rechte nicht hingewiesen; die Eltern wurden nicht mitgeladen. Die Jugendlichen werden durch die Verhörtaktik der Beamten eingeschüchtert, ihre Aussagen werden protokolliert und müssen unterschrieben werden. Die Eltern hatten den Schwangerschaftsverdacht in der Vermisstenanzeige mitangegeben,

deshalb wird das Mädchen zu einer Zwangsuntersuchung geführt, gegen die sie sich verzweifelt zu wehren sucht. Ihre Eltern werden nicht verständigt.

Das Mädchen findet sich zur Zwangsuntersuchung in der Praxis der katholischen Frauenärztin wieder. „Die Zwangsuntersuchung läuft so, daß A. von zwei Beamtinnen der weiblichen Kripo festgehalten, entkleidet und auf den gynäkologischen Stuhl gepreßt wird. Ihre Verzweiflungsrufe werden mit rüden Bemerkungen der Beamtinnen unterdrückt.“ Die Eltern haben inzwischen Anzeige erstattet. Soweit die Information der „HIZ“ („Hildesheimer Zeitung“) 12/79.

Wie verlogen ist doch die Argumentation besonders katholischer Ärzte, daß 15-jährige Mädchen für die Pille zu jung seien, aber als Gebärmutter alle mal alt genug!

Wieso wurde trotz Rücknahme seitens der Eltern die Vermisstenanzeige weiter verfolgt? Wir fordern alle Frauengruppen auf, sich dafür einzusetzen, daß dieser Fall vor dem geplanten Tribunal gegen § 218 behandelt wird.

Frauen-AG
KB Hannover

Frauen klagen an!

Unter diesem Motto fand am 14.12.79 in Bremen eine § 218-Veranstaltung statt, die von verschiedenen Frauengruppen - u.a. Frauengruppe der Alternativen Liste und der Bremer DFI - getragen wurde.

Zu Beginn wurde der Beitrag von Report München vom 30.10.79 als Video-Film gezeigt, in dem die Pro Familia Bremen als Abtreibungsfabrik dargestellt wurde (siehe AK 166, S. 26). Mitarbeiterinnen der Pro Familia berichteten daraufhin von den Dreharbeiten zu dieser Report-Sendung und machten deutlich, wie stark von den Fernsehleuten manipuliert worden war. Außerdem wurde von den Pro Familia-Frauen geschildert, wie der Abbruch durchgeführt wird, welche Unterstützung den Frauen gegeben wird usw.

Einen breiten Raum nahm die Diskussion über die Anwendung von Prostaglandinen ein. Eine Frau aus Westberlin berichtete nämlich, daß dort in einem Krankenhaus ein Prostaglandin namens „Sulproston“ von der Firma Schering angewendet wird, das noch nicht einmal behördlich zugelassen ist. Die Frauen werden also als Versuchskaninchen benutzt und vorher noch nicht einmal informiert. Kommentar eines Arztes: Über Medikamentenversuche müssen nur Gesunde informiert werden; da Schwangerschaft und Abtreibung aber als Krankheit zählen, haben die Frauen auch kein Recht

auf Information! Ein auf der Veranstaltung anwesender Klinikfrauenarzt versuchte die Anwendung von Prostaglandinen medizinisch zu rechtfertigen, was ihm aber von den Frauen nicht ganz abgenommen wurde. Daher beschlossen die Veranstaltungsteilnehmerinnen, sich über dieses Thema genauestens zu informieren und auch dazu eine Veranstaltung zu machen. Eine der Frauen

im November 79 in Frankfurt und von dem Vorhaben, ein § 218-Tribunal durchzuführen, was allgemein begrüßt wurde.

Am 16.1.80 treffen sich interessierte Frauen um 20.00 in der Teestube, Heinrichstr. 21, um Vorschläge hierzu zu diskutieren.

AG Frauen Bremen

Frauen klagen an!

Unter diesem Motto fand am 14.12.79 in Bremen eine § 218-Veranstaltung statt, die von verschiedenen Frauengruppen - u.a. Frauengruppe der Alternativen Liste und der Bremer DFI - getragen wurde.

Zu Beginn wurde der Beitrag von Report München vom 30.10.79 als Video-Film gezeigt, in dem die Pro Familia Bremen als Abtreibungsfabrik dargestellt wurde (siehe AK 166, S. 26). Mitarbeiterinnen der Pro Familia berichteten daraufhin von den Dreharbeiten zu dieser Report-Sendung und machten deutlich, wie stark von den Fernsehleuten manipuliert worden war. Außerdem wurde von den Pro Familia-Frauen geschildert, wie der Abbruch durchgeführt wird, welche Unterstützung den Frauen gegeben wird usw.

Einen breiten Raum nahm die Diskussion über die Anwendung von Prostaglandinen ein. Eine Frau aus Westberlin berichtete nämlich, daß dort in einem Krankenhaus ein Prostaglandin namens „Sulproston“ von der Firma Schering angewendet wird, das noch nicht einmal behördlich zugelassen ist. Die Frauen werden also als Versuchskaninchen benutzt und vorher noch nicht einmal informiert. Kommentar eines Arztes: Über Medikamentenversuche müssen nur Gesunde informiert werden; da Schwangerschaft und Abtreibung aber als Krankheit zählen, haben die Frauen auch kein Recht

auf Information! Ein auf der Veranstaltung anwesender Klinikfrauenarzt versuchte die Anwendung von Prostaglandinen medizinisch zu rechtfertigen, was ihm aber von den Frauen nicht ganz abgenommen wurde. Daher beschlossen die Veranstaltungsteilnehmerinnen, sich über dieses Thema genauestens zu informieren und auch dazu eine Veranstaltung zu machen. Eine der Frauen berichtete von dem § 218 Kongress

Arbeiterwohlfahrt übt Kritik an der Praxis des § 218

In einer „Stellungnahme zur Praxis des § 218“ stellt die Arbeiterwohlfahrt (AWO) fest, daß der vorgeschriebene Weg durch Richtlinien und bürokratische Erschwernisse für viele Frauen zu „einem entwürdigenden Hindernislauf“ wird. Sie fordert deshalb die Landesregierungen auf, dies zu überarbeiten und spricht sich für die Einrichtung eines Modells nach dem Vorbild der Bremer Klinik aus. Weiter kritisiert die AWO, daß insbesondere die weitläufigen neutralen Beratungsstellen, die vorrangig aufgesucht werden, bei der öffentlichen Förderung zu kurz kommen.

im November 79 in Frankfurt und von dem Vorhaben, ein § 218-Tribunal durchzuführen, was allgemein begrüßt wurde.

Am 16.1.80 treffen sich interessierte Frauen um 20.00 in der Teestube, Heinrichstr. 21, um Vorschläge hierzu zu diskutieren.

AG Frauen Bremen

Fristenregelung in Frankreich

In Frankreich wurde am 30. November die Fristenregelung gesetzlich verankert. Die Abgeordneten der Nationalversammlung haben sich mit ihrem Abstimmungsergebnis dem Willen von 64% der französischen Bevölkerung gebeugt, die für eine gesetzliche Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung sind. Die katholische Kirche hatte sich erneut gegen das Gesetz ausgesprochen und den „Schutz der Leibesfrucht“ gefordert.

Das Gesetz war bereits vor fünf Jahren „auf Probe“ verabschiedet worden. „Vor der gesetzlichen Regelung sind pro Jahr mindestens 300 Frauen die Todesopfer von sogenannten Engelmacherinnen geworden.“ Angeblich soll es in den fünf Jahren

keinen Todesfall mehr gegeben haben.

„Im Gegensatz zur Debatte vor fünf Jahren präsentierte dieses Mal kein Abgeordneter in der Nationalversammlung Marmeladengläser mit Föten in unterschiedlichen Entwicklungsstadien. Es wurden auch keine Minikassetten vor den Mikrofonen aufgestellt, mit denen vor fünf Jahren die Volksvertreter das Herz eines fünfmonatigen Fötus schlagen hören konnten.“

Um überhaupt eine Abtreibung genehmigt zu bekommen, müssen auch die Frauen in Frankreich „Argumente“ haben, warum sie das Kind nicht wollen, und „Beratungen“ über sich ergehen lassen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wird die Ab-

treibung im Gegensatz zur Pille nicht von der Sozialversicherung bezahlt.

„Es wird von der Regierung offen eingestanden, daß das Abtreibungsgesetz bislang nur halbherzig und unvollständig zur Anwendung kam. Zu den Verantwortlichen zählen beispielsweise jene Chefärzte unter den Abtreibungsgegnern, die ihre Position zur unzulässigen Beeinflussung der ihnen untergeordneten Ärzte benutzen. In 15 Departments finden abtreibungswillige Frauen praktisch kein Krankenhaus. In 30 anderen Departments müssen die Frauen viel Geduld aufbringen, um zum Ziel zu kommen. Nicht selten wird die Zehn-Wochen-Frist überschritten“ (aus: „Tagesspiegel“, 5.12.79).

Viertes „Malochetreffen“

Das vierte „Malochetreffen“ ist am 23./24. Februar 1980 in Kassel. Der Ort wird noch genau bekannt gegeben.

Kontaktadresse: Dorothee Krautkrämer, Boppenshausenstr. 3, 3500 Kassel, Tel.: 0561-27494.

Thema wird sein: Rationalisierung im Büro und in der Elektrobranche. Es soll der Film „Im Büro wird aufgeräumt“ gezeigt werden. (aus: „Frankfurter Frauenblatt“, 12/1979, 1/1980).

Frauenhaus-Protest im Landtag von NRW

Im Düsseldorfer Landtag protestierten Frauen aus Frauenhäusern Nordrhein-Westfalens gegen die Bürokratie des Arbeits- und Sozialministeriums: Eine Million DM, die die zehn Frauenhäuser einmalig als Landesmitteln 1979 erhalten sollten, wurden bis jetzt nicht ausbezahlt. Die Frauenhäuser sollen eine sogenannte „wissenschaftliche Begleitung“ erhalten, die diese unter den gegebenen Bedingungen nicht akzeptieren. Die Frauen haben bei der Forschungsarbeit kein Mitspracherecht. Bisher sind in den zehn Frauenhäusern Nordrhein-Westfalens 7.000 geschlagene Frauen und Kinder aufgenommen worden. (nach „Die Neue“, 22.12.79).

6 Monate (auf Bewährung) wegen Nebenverdienst

In Dinslaken wurde eine Mutter von sechs Kindern zu sechs Monaten Knast, ausgesetzt 3 Jahre auf Bewährung, verurteilt. Sie ist alleinstehend und kam mit der karg bemessenen Sozialhilfe nicht aus. Sie half deshalb gelegentlich in Gaststätten aus, ohne dem Sozialamt dies mitzuteilen. Das Sozialamt bekam Wind davon, und die Frau wurde „wegen Betrugs“ verurteilt, weil sie unrechtmäßig Sozialhilfe bezog, denn sie hatte ein Einkommen. Neben der Strafe als Betrügerin muß die Frau jetzt auch noch mit einem Zivilverfahren rechnen, in dem die während der „Schwarzarbeit“ erhaltene Sozialhilfe und die erstatteten Ausgaben für in Anspruch genommene ärztliche Hilfe zurückverlangt werden können“ (päd. extra, 12/79).

Fazit: Im „Sozialstaat“ sind die Regelsätze der Sozialhilfe so bemessen, daß ein Teil der Sozialhilfeempfänger in die Isolation, zur Schwarzarbeit, in die Kriminalität oder den Tod getrieben wird.

Frauen-AG
KB Hannover

Kurzmeldungen

Frauen zum Bund - wir sagen nein!

Bremen. 13 Frauengruppen hatten sich zusammengetan, um gemeinsam eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Frauen ins Militär durchzuführen: DFI, AStA-Uni-Frauenreferat, AStA-HfSS-Frauenreferat, Frauengruppe der VVN, Frauen der DFG/VK, Initiative „Mensch Mädchen“, Frauengruppe gegen Faschismus, Frauenkommission der DKP, Frauengruppe der Grünen Liste, ASF, Frauenbuchladen, Frauenzeitung GESCHE, Frauengruppe der Alternativen Liste. Die Veranstaltung am 4.12. war mit ca. 200 Leuten, überwiegend Frauen, gut besucht. Die Podiumsteilnehmerinnen (AStA-Frauenreferat, VVN, DFI, DKP, „Mensch Mädchen“, Grüne Frauen und AL-Frauengruppe) brachten in kurzen Beiträgen ihre Ablehnung einer Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr und einer Dienstverpflichtung zum Ausdruck. Bei der anschließenden offenen Diskussion wurde es spannend: Fast die gesamte CDU-Frauenvereinigung war erschienen und lieferte Zündstoff durch ihre These: Frauen dürften keinen Dienst an der Waffe leisten, weil das ihrer Weiblichkeit widerspreche; aber eine Dienstverpflichtung von Frauen im „Verteidigungsfall“ sei natürlich wichtig und richtig! Fast alle anderen Besucher der Veranstaltung lehnten dagegen auch eine Dienstverpflichtung von Frauen als weitere Militarisierung der Gesellschaft ab, ebenso wie die verlogenen Gleichberechtigungsargumente.

Kurzmeldungen

Frauenarbeitstreffen

Zum Thema „Muttersein und Mutterideologie in der bürgerlichen Gesellschaft“ soll vom 18.-20. Januar in Bremen ein Frauenarbeitstreffen stattfinden. Themenbereiche: - Die veränderte Situation der Frauen mit der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft; - Frauenbewegung im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts; - Frauenpolitik in Gewerkschaften, in sozialistischen, kommunistischen und anarchistischen Gruppen und Parteien; - Frauenpolitik und -ideologie in der Weimarer Republik und während des Faschismus; - Familienpolitik seit 1945. Um vorherige Anmeldung wird gebeten: Anne Röhm, Lohmannstr. 136, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/354506. (aus „Frankfurter Frauenblatt“, 12/1979, 1/1980).

Fast alle Frauengruppen waren sich einig, daß jetzt weitergemacht werden soll gegen jede Einbeziehung von Frauen ins Militär und gegen die Militarisierung überhaupt. Deshalb findet gleich im neuen Jahr ein Treffen statt, auf dem über weitere Öffentlichkeitsarbeit gesprochen werden soll. Auch zu anderen Themen soll das Bündnis weitergehen: Fast alle beteiligten Frauengruppen wollen gegen die neuesten Angriffe in Sachen § 218 zusammenarbeiten.

AG Frauen
KB Bremen

Kurzmeldungen

Frauenarbeitstreffen

Zum Thema „Muttersein und Mutterideologie in der bürgerlichen Gesellschaft“ soll vom 18.-20. Januar in Bremen ein Frauenarbeitstreffen stattfinden. Themenbereiche: - Die veränderte Situation der Frauen mit der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft; - Frauenbewegung im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts; - Frauenpolitik in Gewerkschaften, in sozialistischen, kommunistischen und anarchistischen Gruppen und Parteien; - Frauenpolitik und -ideologie in der Weimarer Republik und während des Faschismus; - Familienpolitik seit 1945. Um vorherige Anmeldung wird gebeten: Anne Röhm, Lohmannstr. 136, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/354506. (aus „Frankfurter Frauenblatt“, 12/1979, 1/1980).



Kurzmeldungen

6 Monate (auf Bewährung) wegen Nebenverdienst

In Dinslaken wurde eine Mutter von sechs Kindern zu sechs Monaten Knast, ausgesetzt 3 Jahre auf Bewährung, verurteilt. Sie ist alleinstehend und kam mit der karg bemessenen Sozialhilfe nicht aus. Sie half deshalb gelegentlich in Gaststätten aus, ohne dem Sozialamt dies mitzuteilen. Das Sozialamt bekam Wind davon, und die Frau wurde „wegen Betrugs“ verurteilt, weil sie unrechtmäßig Sozialhilfe bezog, denn sie hatte ein Einkommen. Neben der Strafe als Betrügerin muß die Frau jetzt auch noch mit einem Zivilverfahren rechnen, in dem die während der „Schwarzarbeit“ erhaltene Sozialhilfe und die erstatteten Ausgaben für in Anspruch genommene ärztliche Hilfe zurückverlangt werden können“ (päd. extra, 12/79).

Frauen-AG
KB Hannover



Fortsetzung von Seite 27

Fenstersturz des Genossen Pinelli gegangen wäre, dessen Folterter derart „mangelnd Beweisen“ freigesprochen worden wäre, oder in Prozessen, wo man statt dieser beiden – Mann und Frau – einfach Bulle und Antifaschist o.ä. gegeneinander denkt. Warum werden hier von Uwe die offenkundigen, oft genug bewiesenen parteilichen Gerichtsverfahren in Vergewaltigungsverfahren nicht auch auf das vorliegende Urteil angewandt? Warum wird der Freispruch auch noch gerechtfertigt, anstatt ihn als typisch für die bürgerliche Rechtsprechung, als Klassenjustiz auch in diesem Bereich anzuprangern?

Ich kann mir diese Argumentation nicht oder nur so erklären, daß Uwe nicht davon ausgeht, daß es in dieser Frage tatsächlich eine Klassenjustiz gibt und doch die Männersolidarität im Spiel ist.

Von daher finde ich auch die Begründung, warum Uwe von nun an derartige Fälle nicht mehr übernehmen will, tatsächlich „opportunistisch“, d.h. mit Blick auf den guten Ruf bei den Klienten und nicht inhaltlich begründet. So ist der Vorsatz, in Zukunft derartige Fälle von Eurem Büro nicht mehr zu übernehmen, ein Zugeständnis an die Frauenbewegung, das für mich ein Mißtrauen in Bezug auf Eure Stellung zu Frauen vor Gericht völlig berechtigt erscheinen läßt.

2. Zu deinem Prozeß, Verteidigung des Avni K.: Hier liegt das Dilemma weniger in Deiner Vorbereitung und den darin liegenden Irrtümern, sondern in Deinem Verhalten vor Gericht. Richtig wäre es gewesen (von der Sache her), die Verteidigung unmittelbar im Prozeß niederzulegen.

Du hast stattdessen versucht, Dein Gesicht vor dem Gericht zu wahren, indem Du Deine Rolle als Verteidiger durchgehalten hast. Hierbei hast Du Dich – ohne daß ich Dir eine gewisse Verständnis für eine solche Situation vorenthalten will – entschieden: nicht für die „Partei“ der Frauen (die Zeuginnen wie auch die aller anderen), die bekanntermaßen Opfer von Vergewaltigern etc. und Opfer in der Justiz sind, sondern für die Aufrechterhaltung Deines Ansehens als Anwalt vor Gericht (also durch Richter, Staatsanwalt etc.). Eine Entscheidung, die Du m.E. in anderen Situationen nicht so getroffen hättest (z.B. wird es Dir sicherlich in der Verteidigung von Werner Hoppe schlichtweg wurst gewesen sein, wie „unmöglich“ Du Dich vor Richtern und Staatsanwälten machst, wenn es nur nützlich für Werner war).

Also auch bei Dir zweierlei Maß? Klare Parteilichkeit für alle Opfer der Justiz und dieser Gesellschaft – bis jetzt in Taten unklare Haltung zu Frauen, die aufgrund von Vergewaltigungen o.ä. vor Gericht gehen?

3. Ich will hier nicht gegen Euren Vorsitz sprechen, auch in Zukunft Fälle zu übernehmen, in denen nach Eurer Meinung nicht Anträge

3. Ich will hier nicht gegen Euren Vorsitz sprechen, auch in Zukunft Fälle zu übernehmen, in denen nach Eurer Meinung nicht Anträge auf das Selbstbestimmungsrecht der Frau zur Debatte stehen, sondern diese den Vorwand für z.B. ungerechtfertigte Kündigungen o.ä. sind. Ich finde das – und ich glaube, das sieht z.B. die AG Frauen auch so – berechtigt. Allerdings halte ich eine sorgfältigere Behandlung solcher Fälle Eurerseits angesichts der jetzt vorliegenden Erfahrungen für geboten. Es geht mir dabei darum, daß Ihr auch solche Fälle vor der Frauenbewegung verantwortungsbewußt handhaben müßt! (Ich denke z.B. an das Arbeitsgerichtsverfahren gegen HDW).

4. Nach gründlicher Lektüre des „Offenen Briefes“ kann ich darin keinen „Rufmord“ entdecken. Mann kann an der einen oder anderen Stelle über mangelnde Argumentation klagen... aber zu beschweren hat man sich darüber angesichts der in der Linken laufenden Diskussion und angesichts der von Dir und Uwe praktizierten Haltung m.E. nicht. Ich will damit nicht sagen, daß wir nicht auch über Fehler im Herangehen an die Diskussion diskutieren sollten, auch über die Sorgfaltspflicht in bündnispolitischen und innerlinken Auseinandersetzungen nach dem Motto: Die Krankheit bekämpfen, um den Patienten zu heilen! Aber im Vordergrund stehen m.E. nicht wegzuwühlende Fakten.

In diesem Sinne finde ich es auch wichtig, daß Du über die Dir per „Solidaritätsklärung“ erfahrbare eigene Gegentendenz aus der Szene (Gegentendenz gegen die Fortsetzung: Keine Verteidigung von Vergewaltigern, und gegen die Unteilbarkeit der Parteilichkeit) zusammen mit der AG Frauen diskutierst und Stellung nimmst.

Freiheit für Dessie Woods!

Was sich ereignet hatte

Am 17. Juni 1975 trampfen Dessie Woods und Cheryl Todd, zwei schwarze Frauen, zurück in ihre Heimatstadt Atlanta im Bundesstaat Georgia in den USA. Sie waren seit zehn Stunden unterwegs, nachdem sie drei Tage unter der falschen Beschuldigung der Trunkenheit im Gefängnis von Reidsville verbracht hatten. Dorthin waren sie gefahren, um den Bruder von Cheryl Todd zu besuchen, der dort eingesperrt war. Auf dem Rückweg ergab sich für die beiden Frauen eine Mitfahrgelegenheit bei dem „Weißen“ Ronald Horn. Dieser hatte sich den beiden gegenüber als Polizeibeamter ausgegeben, wobei er auf das im Wagen angebrachte Funkgerät und seine Waffe verwies. Er erweckte den beiden gegenüber den Anschein, mit ihnen zu sympathisieren und versicherte, daß sie bei ihm sicher seien. Über sein Funkgerät informierte er einen Freund und verabredete sich mit ihm in einem Café. In dem Café versuchte dieser Freund, Cheryl Todd zu überreden, mit ihm zu fahren. Doch sie war mißtrauisch geworden und lehnte das Angebot ab. Wenig später fuhren Dessie Woods und Cheryl Todd mit Ronald Horn weiter. Dieser fuhr aber nicht weiter in Richtung Atlanta, sondern nahm die Gegenrichtung. Die beiden Frauen zwangen ihn anzuhalten, stiegen aus und gingen zurück in Richtung des Cafés. Mit der Drohung, sie ins Gefängnis zu bringen, gelang es Horn, die Frauen zu einer Weiterfahrt zu bewegen. Er sprach davon, daß man jetzt zusammen „einigen Spaß haben“ werde. Als Horn in einer menschenleeren Gegend anhielt, floh Cheryl Todd aus dem Wagen. Horn zog daraufhin seine Waffe. Dessie Woods gelang es nach kurzem Kampf, die Waffe an sich zu reißen und damit Horn zu töten. Die Frauen nahmen dann etwas Geld aus der Brieftasche Horns, um ihre Rückfahrt zu sichern. Während der Rückfahrt erzählten sie allen Leuten, denen sie begegneten, was geschehen war.



Frage: Könnt ihr die Gründe nennen, warum ihr hier seid und warum Dessie Woods eingesperrt ist.

Antwort: Dessie Woods wurde zu einer Zuchthausstrafe von 22 Jahren verurteilt, weil sie sich gegen einen bewaffneten weißen Vergewaltiger verteidigt hat. Wir meinen, daß sie das Recht hatte, sich als Frau zu verteidigen. Aber die Gerichte sahen sie eher als Verbrecherin an, denn als Opfer, weil sie sich gewehrt hatte: gegen die ganze Geschichte des kolonialen Terrors, der auf das afrikanische Volk in den Vereinigten Staaten seit der Zeit der Sklaverei ausgeübt wird. Sie hat sich nicht nur als Frau gegen eine Vergewaltigung gewehrt, sie hat sich als schwarze Frau gegen die Gewalt, die gegen das afrikanische Volk in den USA ausgeübt wird, gewehrt. Seit sie im Gefängnis ist, ist sie belästigt, verfolgt und geschlagen worden, gerade weil sie eine starke Frau ist und für das einsteht, woran sie glaubt. Sie ist ein Symbol für schwarze Frauen, die selber versucht haben, dieser Form von Gewalt Widerstand zu leisten. Diese Gewalt geschieht in Form der Polizei, die in die schwarzen Ghettos geht und die schwarze Bevölkerung terrorisiert. Sie geschieht in Form der Todesstrafe – so sind 54% aller Menschen, die derzeit zum Tode verurteilt sind, Schwarze, obwohl die schwarze Bevölkerung nur 11% der Gesamtbevölkerung ausmacht. Sie geschieht in Form der Arbeitslosigkeit, der miserablen Wohnungssituation und der Sterilisation schwarzer Frauen. All diese Formen addieren sich zum Völkermord an dem schwarzen Volke. Wir glauben, daß der Kampf von Dessie Woods ein Kampf gegen dieses unterdrückende System ist.

Der Grund für unsere Reise: Wir wollen den Fall Dessie Woods international bekanntmachen. Wir glauben, daß es sehr wichtig ist, daß Dessie Woods noch dieses Jahr freikommt, denn der Staat will sie umbringen. Und wenn wir sie nicht bald herausbekommen, wird er es auch schaffen. Wir sind in der „Dessie Woods Support Coalition“, die eine weiße Organisation unter der Führung des „Nationalen Komitees zur Befreiung Dessie Woods“ mit Sitz in Atlanta/Georgia ist. Dies wiederum ist ein Komitee der „African People Socialist Party“, einer schwarzen revolutionären Organisation, die für die Unabhängigkeit des afrikanischen Volkes in den Vereinigten Staaten arbeitet. Teil ihrer Arbeit ist die Befreiung Dessie Woods.

Der Fall Dessie Woods ist kein Einzelfall. Wir hatten andere Fälle, zum Beispiel Joanne Little. Sie war auch eine schwarze Frau, in einem vergleichbaren Fall. Da gab es auch eine internationale Unterstützung. Trotzdem werden solche Fälle nur als Vergewaltigungsdelikte gesehen. Zwei Wochen, nachdem Joanne Little freigesprochen wurde, wurde Dessie Woods verurteilt, und das wird immer weiter gehen, wenn wir nur an jedem einzelnen Fall arbeiten, ohne das „Warum“ zu lösen: den Grund für die koloniale Mentalität der weißen Menschen in den Vereinigten Staaten, die es zuläßt, daß schwarze Frauen kein Recht haben, sich gegen weiße Männer zu verteidigen.

Frage: Wie sieht die Unterstützung der schwarzen Frauen konkret aus? Antwort: Schwarze Frauen werden vergewaltigt. Schwarze Frauen werden zur Sterilisation gezwungen. Um

Am nächsten Tag kamen sie in Atlanta an; dort wurden sie von der Polizei verhaftet und des Mordes („First Degree Murder“) und bewaffneten Raubüberfalls („armed robbery by taking“) angeklagt.

Das Verfahren begann mit einer Verzögerung am 19. Januar 1976. Dessie Woods wurde am 2. Februar 1976 zu zehn Jahren Gefängnis wegen bewaffneten Überfalls und zu weiteren 12 Jahren wegen Totschlags („manslaughter“) verurteilt. Nach der Logik des US-Rechts ist dieses Urteil wohl illegal (nach den Angaben der verschiedenen Unterlagen, die uns vorliegen, ist es zumindest zweifelhaft, d. Red.). Cheryl Todd erhielt fünf Jahre Gefängnis wegen Diebstahls, wobei 3 1/2 Jahre zur Bewährung ausgesetzt sind.

Die „African People Socialist Party“ (APSP) übernahm in der Folge die Unterstützung Dessie Woods. Welche Differenzen genau zur Nichtunterstützung Cheryl Todds beigetragen haben, war über das knapp im Interview Gesagte hinaus von den beiden Frauen, die hier waren, nicht zu erfahren. Von der APSP wurde auch das „National Committee to defend Dessie Woods“ gegründet. In der weiteren Folge wurden weitere Komitees oder Coalitions in den USA gegründet. Helen und Caroline, mit denen wir im August in Hamburg sprechen konnten, sind Mitglieder der „Coalition to defend Dessie Woods“ in San Francisco.

Kontaktadresse:

„National Committee to defend Dessie Woods“
P.O.Box 92084
Morris Brown Station
Atlanta, Georgia 30314
USA

Sozialfürsorge zu bekommen, werden viele schwarze Frauen sterilisiert, ohne daß sie es erfahren. Eine andere Sache ist die: Bist du eine schwarze Frau, weißt du, daß eines von vier deiner männlichen Kinder irgendwann in seinem Leben einmal ins Gefängnis kommen wird. Oder du weißt, daß deine weiblichen Kinder eine sehr hohe Chance haben ins Gefängnis zu kommen, denn 80% aller Frauen im Gefängnis sind schwarze. Oder du weißt, daß die Polizei, die die Gemeinden kontrolliert, deine Kinder niederschießen kann. Du weißt, daß du nicht genug zu essen haben wirst für deine Kinder. Ihr müßt wissen, daß diese Bedingungen eine ganze Menge mit schwarzen Frauen zu tun haben. Darum hat Dessie Woods sich gewehrt! Der Mann, der Dessie Woods vergewaltigt wollte, war in seiner Heimatstadt bekannt dafür, daß er schwarze Frauen vergewaltigte. Er wußte, daß ihm nichts passieren würde. In Georgia wurde bisher kein einziger weißer Mann wegen Vergewaltigung einer schwarzen Frau verurteilt. Auf der anderen Seite wurden tausende schwarzer Männer kastriert und getötet, nur weil sie eine weiße Frau angesehen hatten. Aber nie in der Geschichte der Vereinigten Staaten wurde ein weißer Mann wegen Vergewaltigung einer schwarzen Frau mit dem Tode bestraft. Diese Statistiken sagen für sich schon eine Menge über die Bedingungen, denen das schwarze Volk unterworfen ist.

Frage: Gibt es eine Unterstützung von Frauenorganisationen für Dessie Woods außerhalb dieses Komitees, arbeitet ihr zusammen mit anderen Organisationen, Komitees oder Frauengruppen?

Antwort: Es gibt verschiedene Frauenorganisationen in der Vereinigten Staaten, die Dessie Woods unterstützen und die Verschiedenes auf

statt und die Veranstalterinnen baten uns um Information und um eine Ansprache. Als wir San Francisco verließen, gab eine Frauenzeitung eine Information mit einem ganzseitigen Bericht über unsere Reise heraus. Außerdem kommen Leute zu unseren Veranstaltungen, die Geld spenden, unsere Literatur verteilen usw. Sie sind nicht Mitglieder des Dessie Woods-Komitees in San Francisco. Frage: Gibt es eine Zusammenarbeit mit sozialistischen Organisationen? Die einzige, die ich in USA kenne, ist die Workers World Party.

Antwort: Nein. Aber zu der Zeit, als Dessie Woods verurteilt wurde, hatten sie einen Artikel in ihrer Zeitung über Dessie Woods. Wie unser Verhältnis zur „Workers World“ derzeit ist, weiß ich nicht. Frage: Wie ist es mit Frauenorganisationen, der NOW zum Beispiel? Arbeiten sie mit schwarzen Frauen zusammen?

Antwort: Ich bin mir nicht sicher über unser Verhältnis zu ihnen, aber ich meine, daß wir sie häufiger angesprochen haben, zu verschiedenen Zeiten.

Frage: Wie sieht es aus in den Vereinigten Staaten mit der Frauenbewegung, ist es eine einheitliche Bewegung?

Antwort: Nein, sie gruppiert sich mehr um einzelne Fälle und Aspekte. Es gibt all diese verschiedenen Fälle von Frauenunterdrückung, die Verbindungen zueinander haben, frau kommt zusammen und geht auseinander mit dem jeweiligen Fall. Es gibt verschiedene Frauenzei-

nungen in den Vereinigten Staaten, es gibt in jeder Stadt Cafés und Buchläden. Dann gibt es verschiedene Frauengruppen, die an der Thematik der Vergewaltigung und der Unterdrückung durch die Männer arbeiten. In San Francisco gab es eine Gruppe, die sich gebildet hatte, nachdem einige Lesbierinnen von der



unterschiedlicher Ebene machen. Es gibt eine Frauenzeitschrift, die in Washington D.C. herausgegeben wird, die alle Fakten über Dessies Fall veröffentlicht hat. Ebenso haben verschiedene Informationsblätter im Land und Frauenzeitschriften Informationen über Dessies Fall gebracht. Wir glauben, daß das eine sehr wichtige Unterstützung ist. Im Sommer dieses Jahres fand eine Frauenkonferenz in den Vereinigten Staaten

Polizei zusammengeschlagen worden waren. Sie trafen sich, um über die Polizeiunterdrückung gegen Frauen zu arbeiten. Es gibt eine Reihe schwuler Lokale überall in den Vereinigten Staaten. Und alle verbinden sich zu einem lockeren Informationsnetz. Wenn du Leute in den Vereinigten Staaten kennst, und du gehst irgendwoanders hin, wirst du garantiert jemanden finden, der jemand kennt, den du kennst. Aber es ist

Frau Türkin Lesbe

keine kontrollierte Sache, daß die Frauengruppen an verschiedenen Orten sich entschieden haben, Dessie Woods' Fall zu unterstützen. Ein großer Teil der Frauengruppen sieht Dessie Woods' Fall bisher nur in dem Sinn als Kampf gegen die Vergewaltigung einer Frau und als Recht der Frauen auf Selbstverteidigung. Wir aber glauben, daß er verbunden ist mit der Unterdrückung des gesamten Volkes. So sieht es auch Dessie Woods.

Wir erhalten sehr viel Unterstützung aus dem gesamten Land. Das wurde deutlich, als Dessie Woods in eine psychiatrische Anstalt verlegt wurde, ohne ihr einen Grund zu nennen. Es war kurz vor Weihnachten, so daß es scheint, als sei es die Taktik gewesen, sie weiter zu isolieren von Briefen und Karten ihrer Unterstützer. Zwei Wochen wußte niemand, daß sie dort war, bis das Nationale Komitee in Atlanta eine schriftliche Nachricht aus dem Gefängnis erhielt. Als sie anriefen, hörten sie, daß Dessie im Krankenhaus sei. Als sie fragten warum, wurden irgendwelche Gründe vorgegeben. Als gefragt wurde, wie lange sie dort bleiben müßte, antwortete man, daß es eine lange Zeit sein könnte. Daraufhin informierte das Komitee über ein Schneeballsystem die Unterstützer/innen im ganzen Land. Von überall hagelte es Anrufe bei den Behörden und wurde ihre Freilassung gefordert. Um sechs Uhr abends war sie zurück im Gefängnis. Das war ein Sieg, denn es beweist, daß wir auf die Behörden Druck ausüben können. Und so können wir auch Druck auf die Regierung ausüben. Deswegen sind wir auch hier auf dieser Reise, um Unterstützung für Dessie zu erhalten und so Druck auf die Regierung auszuüben, so daß sie gezwungen sind, Dessie freizulassen.

Frage: Könntet ihr uns noch etwas erzählen, was sie sonst noch mit Dessie Woods machen?

Antwort: Man hat ihr Polixem gegeben, das ist eine Droge, die sich auf das Bewußtsein auswirkt - eine Dosis kann vier bis sechs Wochen anhalten. Demesha, die Vorsitzende des Komitees, hat uns erzählt, was sie sehen mußte, als sie Dessie besuchte und Dessie unter dem Einfluß von Polixem stand. Normalerweise kam Dessie mit erhobenem Kopf und sehr aufrecht in den Besucherraum. Doch diesmal ging sie sehr langsam und ließ den Kopf hängen. Als sie hereinkam, sagte sie, daß sie sich setzen wolle, obwohl sie sonst während der ganzen Zeit stand. Sie machten ein Bild von Dessie, um die Wirkung dieser Drogen zu zeigen. Außerdem hat man ihr ein anderes Mittel, Tridol, gegeben. Nachdem sie stark betäubt war, wurde versucht, sie in ihrer Zelle zu erhängen. Aber die anderen Gefangenen hörten sie schreien. Danach brachte man sie in eine Isolationszelle, dort hörten sie schreien. Danach brachte man sie in eine Isolationszelle, das war ein kalter Raum, man nahm ihr die Decken weg und ließ sie so 48 Stunden liegen. Sie sagte, sie war so betäubt, daß ihre Zunge aus dem Mund herausging und sie sich kaum bewegen konnte. Man hatte sie ganz nackt eingesperrt. Sie meinte: „Ich wollte die Gitter herausreißen und mich aus dem Fenster stürzen, um das alles zu beenden“. Aber sie war zu schwach.

Deswegen war es ein großer Erfolg, sie aus der psychiatrischen Anstalt herauszubekommen. Sie wurde geschlagen, sie wurde mehrmals in die Isolation gesteckt, weil sie nie gesagt hat, daß es falsch war, was sie getan hat. Sie hat einige Frauen im Gefängnis organisiert.

Das Nationale Komitee hat eine Sammlung gemacht, um es den beiden Kindern zu ermöglichen, zum Gefängnis zu fahren. Als sie dort ankamen, wurde ihnen der Besuch verweigert. Schließlich konnten sie ihre Mutter fünf Minuten sehen. Schon während des Prozesses gegen Dessie war die Repression enorm. Bezeichnenderweise hatte der Richter, der den Fall verhandelte, zwei Wochen zuvor zwei Polizisten, die einen Schwarzen kastriert hatten, freigesprochen. Dann sorgte er dafür, daß die Medien nicht über den Fall berichten würden, daß keine Unterstützer kommen würden. Er ließ bewaffnete Wachen um das Gerichtsgebäude aufziehen, um so die schwarze Bevölkerung einzuschüchtern. An der örtlichen Oberschule unterstützten etliche Schüler Dessie Woods. Der Schuldirektor ging zum Gerichtssaal und schrieb die Namen der anwesenden Schüler auf. Am nächsten Tag wurden sie vom Unterricht suspendiert.

Ihre Mutter hatte Angst, in die Stadt zu kommen, aus Furcht vor weißen Vergeltungsanschlägen. Für den Prozeß heuerte die Familie des Vergewaltigers einen besonderen Anwalt an, um sicherzugehen, daß Dessie verurteilt würde (...).

Das nachstehende Interview erschien in ähnlicher Form schon am 21.12.79 in der „TAZ“. Es wurde von den Verfasserinnen für den AK noch einmal nach den Tonbandaufzeichnungen überarbeitet. Es ist der Bericht einer „Gastarbeiterfrau“. Sie ist in der Türkei aufgewachsen und mit 18 nach Deutschland gekommen - Pendlerin zwischen zwei Welten. Wir denken, daß ihre Situation ähnlich ist mit der vieler lesbischer Gastarbeiterinnen, die alle in der Isolation leben und nichts voneinander wissen.

Wenn unter den AK-Leserinnen solche Frauen sind, oder wenn jemand von einer weiß: unsere Interviewpartnerin sucht Kontakt. Wer ihr schreiben will: der Kontakt läuft über die TAZ-Lesbenredaktion (siehe unten) und wird weitergeleitet.

X ist etwa 30 Jahre, verheiratet, 1 Kind, arbeitet in der Fabrik. Sie lebt mit Mann und Kind in Berlin.

Frage: In Deutschland wohnen sehr viele türkische (und andere) Gastarbeiterinnen. Ihr Verhalten ist unserem Verhalten als Frauen oft sehr fremd. Darum die Frage: Wie wächst ein Mädchen in der Türkei auf?

Antwort: In der Türkei werden Jungen und Mädchen zu völlig verschiedenem Verhalten erzogen. Aber bei meinen Eltern war es so, daß ich z.B. auch rumtoben durfte, obwohl ich ein Mädchen war.

F: Wie ist es mit der Kleidung?

A: Das ist so, daß Mädchen selten Hosen anziehen (europäische Hosen, wie Jeans), weil die Leute dann komisch reagieren und frau das eben nicht macht, weil frau diese Reaktion fürchtet.

F: Was würde passieren, wenn ein Mädchen trotzdem darauf besteht, Hosen anzuziehen? Würde sie dann z.B. geschlagen?

A: Manche Eltern würden das tun, aber bei mir war es nicht so.

F: Was lernt frau in der Türkei über Sexualität? Laufen z.B. die Erwachsenen in der Familie nackt rum, dürfen die Kinder zusammen baden?

A: Die Kinder baden schon zusammen, aber die Eltern sieht man nicht nackt. Höchstens die Mutter, aber nicht den Vater.

F: Was wird gesprochen über Sexualität? Wie wird z.B. reagiert, wenn man fragt, woher die Kinder kommen; oder was der Unterschied zwischen einem Mädchen und einem Jungen ist; oder wie „das“ heißt bei einem Mädchen oder einem Jungen?

A: Wenn man Geschwister hat, dann kriegt man den Unterschied schon mit, aber man spricht nicht darüber.

F: Als du deine Periode bekommen hast, wußtest du, was das bedeutet? Sagt einem das die Mutter?

A: Ich habe nach der Grundschule die Koranschule besucht (die einzige Schule, wo man kein Schulgeld bezahlen muß). Dort wird praktisch nur der Koran unterrichtet. Die Schulen sind fest in den Händen der türkischen Reaktionäre. Wenn ein Mädchen ihre Periode hat, darf es nicht in die Koranschule gehen. Ich bin also nicht zur Schule gegangen, habe mich aber nicht getraut, es meiner Mutter zu sagen. Der Priester von der Koranschule hat sie dann gefragt, wo ich sei, ich sei vier Tage nicht zur Schule gekommen. Da habe ich es meiner Mutter dann erzählt.

F: Zum Verhältnis von Jungen und Mädchen: Was passiert, wenn sich Jungen und Mädchen ineinander verlieben? Darf man/frau sich in der Koranschule küssen?

A: Es geht nicht. Auch nicht auf der Straße.

F: Und wenn es jemand trotzdem macht?

A: Die Leute gucken einen komisch an.

F: Das passiert dann also heimlich, nachts, hinter verschlossenen Türen oder so?

A: In meiner Nachbarschaft haben sich die Mädchen dann alle verlobt und geheiratet, und da habe ich mich auch verlobt. Dadurch war es dann eher möglich, Zärtlichkeiten auszutauschen. Ich durfte auch schon mal nachts bei ihm bleiben. Ich habe das gemacht, weil „man“ das eben so machte. Aber eigentlich wußte ich gar nicht, was das bedeutet, Liebe zwischen Mann und Frau. Und echte Gefühle habe ich auch nicht dabei gehabt.

F: Hier ist es ja auch so, daß sich die Jugendlichen ineinander verlieben und die Freundin dann fragt: Hast du auch schon einen Freund, hast du dich mit ihm schon geküßt, usw? Ist das dort auch so?

A: Ja, so ungefähr. Aber hier ist es insofern noch anders, als es viel mehr Zeitschriften und überhaupt sexuelle Aufklärung gibt. Die Jugendlichen haben z.B. schon nackte Menschen gesehen usw. In der Türkei gibt es sowas alles überhaupt nicht.

F: Wie steht es mit Verhütungsmitteln aus?

A: Wenn ein Mädchen schwanger wird, das kann böse werden. Die Nachbarn sagen dann: Die hätte doch aufpassen sollen. Jedes Mädchen hat bestimmt Angst, es macht seine Erfahrungen ja heimlich.

F: Wenn das Mädchen schwanger

ist, muß sie dann heiraten? Oder was passiert, wenn sie nicht heiratet? Wenn sie das Kind hat, könnte sie dann einen anderen Mann heiraten, als den Vater?

A: Wenn ein Mädchen heiratet, muß sie Jungfrau sein. Wenn sie schwanger ist, nimmt sie schon noch jemand, aber dann ein älterer Mann oder einer der schon verheiratet ist oder geschieden. Und daß eine Frau überhaupt nicht heiratet ist ganz selten.

F: Als du noch in der Türkei warst, hast du mal irgend etwas gehört oder jemand gekannt, der schwul war, Männer oder Frauen?

A: Habe ich nicht.

F: Wie hast du dich da gefühlt?

A: Von Anfang an habe ich mich für Frauen interessiert und mich unter Frauen wohlfühlt. Als ich siebzehn war kam meine Nachbarin, die ein Jahr älter war als ich, im Winter eine Nacht zu uns. Meine Mutter sagte: Ach, schlaf doch mit X zusammen, und wir haben in einem Bett geschlafen. Sie hat dann gesagt: Komm wir spielen Mann und Frau und ich habe ganz große Augen gekriegt. Sie hat mich dann gefragt, wie ich das haben wollte, aber ehrlich gesagt, ich mochte Frauen zwar gerne, aber als das dann kam, das war für mich zuerst einmal ein Schock.

F: Die Nachbarin muß doch Vertrauen zu dir gehabt haben. Sie muß doch gespürt haben, daß bei dir eine gewisse Bereitschaft vorhanden ist. Wenn du es überall rum erzählt hättest, wäre sie doch schief angesehen worden. Und die Männer dürfen das doch wahrscheinlich auch nicht wissen.

A: Nee. (lacht)

F: Hast du das denn dann gemerkt, daß du anders warst, als die anderen Mädchen, die Männer schön finden und heiraten wollen? Wußtest du das?

A: Ich hab gewußt, daß ich so nichts gegen Männer hab, also nichts gegen Unterhaltungen oder kameradschaftliche Beziehungen, aber Zärtlichkeit mit Männern hab ich nicht so gerne. Ich dachte dann, warum fühle ich eigentlich so, das ist doch nicht

normal. Weil, die Umgebung ist ganz anders.

F: Du mußt dann ja sehr viel Angst gehabt haben.

A: Ja, ich habe auch mit niemandem darüber gesprochen.

F: Hast du mit der Frau, mit der du da geschlafen hast, dann noch weiter Kontakt gehabt?

A: Nein, leider nicht. Die ist am nächsten Tag wieder weggegangen. Ich hab sie nur noch selten gesehen. Sie hatte sich vielleicht im Moment dafür interessiert, aber sie wußte wohl, sowas gibt's in der Türkei nicht. Sie hat dann auch später wieder geheiratet.

F: Wie kam es dann bei dir zur Verlobung und so?

A: Na, die Leute aus der Umgebung haben alle gesagt, du mußt jetzt heiraten. Die lassen einem gar keine Wahl. Ich war siebzehn. Wir haben dann kirchlich geheiratet - die Leute hatten schon über mich geredet, weil ich mich Männern gegenüber komisch verhalten habe; und da habe ich eben gedacht: Mensch, heiraten! Auch weil es für eine Frau so schwierig ist, einen Arbeitsplatz zu kriegen.

F: Also, du hast geheiratet, damit dein Mann dich ernährt.

A: Das, und auch damit meine Umgebung nicht so schlecht über mich redet.

F: Wie bist du denn nach Deutschland gekommen?

A: Mein Mann hat einen Laden gehabt, der nicht gut ging. Und in Deutschland wurden zu der Zeit ausländische Frauen als Hilfsarbeiterinnen gesucht. Ich habe die erste Zeit hier alleine gewohnt und gearbeitet und er ist nach einem Jahr nachgekommen.

F: Und dann kam das Kind, wolltest du es?

A: Also, die Verhütung hat nicht geklappt. Ich dachte erst: Mensch, bist du krank oder was ist los - bis ich gemerkt habe, daß ich schwanger bin. Als das Kind da war, habe ich mich dann doch gefreut.

F: Möchtest du noch mehr Kinder?

A: Mehr nicht, eins reicht. Mein Mann möchte gerne mehr, aber ich habe gesagt: Nicht mit mir. Ich habe da auch Glück gehabt mit meinem Mann. Andere Männer würden sich das nicht gefallen lassen, würden die Frau zwingen, sie womöglich schlagen oder einfach weggehen. Aber mein Mann ist sehr verständnisvoll.

F: Weiß dein Mann, daß du lesbisch bist?

A: Ja, er weiß ganz genau, daß ich kein sexuelles Interesse an Männern habe. Einmal sind wir spaziergegangen, da habe ich eine Frau gesehen und so gesagt: Die gefällt mir.

Da hat er sich gewundert und gesagt: Mensch, du redest ja wie ein Mann. Und dann haben wir darüber gesprochen. Ich habe ihm auch gesagt, daß ich meinen Körper nicht zwingen kann, daß ich mich ihm gegenüber wie ein Stein fühle. Er mußte es akzeptieren. Er hängt auch sehr an dem Kind. Vielleicht hätten wir uns schon getrennt, wenn das Kind nicht wäre. Als ich klein war, haben sich meine Eltern manchmal gestritten. Und meine Mutter hat so in der ersten Wut gesagt: Ich haue ab. Dann bin ich jedesmal voller Angst aus der Schule gekommen und habe geguckt, ob sie noch da ist. Ich will nicht, daß mein Kind das durchmachen muß. Außerdem ist es so, daß ich Mitleid habe mit meinem Mann. Ich bin so ein Mensch, ich lege auf meinen Freundeskreis und meinen Bekanntenkreis mehr Wert als auf mich selbst. Anderen zuliebe verzichte ich auf meine ganzen Gefühle und meine ganze Liebe.

F: Wie ist dir denn bewußt geworden, daß du lesbisch bist?

A: Zuerst wußte ich es nicht. In der ersten Zeit habe ich gedacht: Mensch, du hast keine Gefühle, vielleicht bin ich nicht normal. Ich bin dann zu einem Arzt gegangen - auch weil ich starken Haarwuchs hatte - und der hat gesagt, meine Zuneigung zu Frauen käme, weil ich Hormonstörungen hätte. Die ganze Behandlung mit Medikamenten und Spritzen hat nichts geholfen, und lesbisch bin ich immer noch und will es inzwischen auch sein!

Wenn bei Arbeitskollegen oder Bekannten die Rede auf lesbische Frauen kam, habe ich mich unheimlich dafür interessiert, habe immer nachgefragt, was das ist und so. Sie haben dann erstaunt gefragt, warum ich mich so dafür interessiere. Und ich habe gesagt: Nur so. Und außerdem ist bei uns auf der Arbeit einer, der ist schwul. Er macht kein Geheimnis daraus. Wenn der erscheint, sagen die anderen Kollegen: Püppchen kommt! Ich habe mich mit ihm unterhalten und er hat mir dann auch geholfen, eine Anzeige aufzugeben, um eine Freundin zu finden.

F: Wo hast du die Anzeige aufgegeben? Und hattest du damit Erfolg?

A: Im „Tip“. Ich hatte insofern keinen Erfolg, weil die Frauen, die sich gemeldet haben, entweder nicht lesbisch waren oder mit mir nichts zu tun haben wollten, weil ich eine Ausländerin bin. Außerdem war diese erste Anzeige auch deshalb schlimm, weil ich eine Telefonnummer angegeben hatte und andauernd so blöde Kerle angerufen haben, die sich wohl aufzulegen wollten. Seitdem gebe ich nie mehr eine Telefonnummer an. Über diese Anzeige habe ich aber eine nette deutsche Frau kennengelernt, die nicht lesbisch ist. Mit meinen Landsleuten kann ich ja überhaupt nicht über so etwas reden. Die würden denken, ich sei verrückt. Deshalb war es für mich so wichtig, überwürden denken, ich sei verrückt. Deshalb war es für mich so wichtig, überhaupt Frauen kennenzulernen, mit denen ich darüber reden konnte. Es macht einen krank, diese Sache immer für sich behalten zu müssen. Mit dieser deutschen Frau konnte ich darüber reden. Sie hat gesagt: Mensch, ist doch schön, gerade in Berlin gibt es so viele lesbische Frauen. Das hat mir sehr geholfen, weil mir bewußt wurde, daß ich nicht die einzige bin.

Auf die zweite Anzeige hin habe ich dann eine lesbische Frau kennengelernt. Ich habe ihr erzählt, wie ich lebe, mit Mann und mit Kind, daß ich eine Freundin kennenlernen will, mit der ich mich gut verstehe und mich über alles unterhalten kann. Sie sagte, daß sie mein Mann und das Kind nicht stören. Wir haben dann auch einiges zusammen gemacht. Manchmal sind wir zu ihr gegangen und manchmal zu mir. Auf die Dauer mußte ich aber feststellen, daß sie mich finanziell ausnutzen wollte. Da war ich unheimlich enttäuscht, weil ich zum ersten Mal richtig verliebt gewesen war, und zum ersten Mal wirklich Gefühle dabei hatte. Ich habe gedacht, jede Frau sei ein Engel, aber das stimmt nicht. Ich begreife nicht, warum Frauen so etwas machen. Sie sollten doch wenigstens versuchen, sich untereinander zu verstehen.

Im Moment bin ich ziemlich mutlos. Aber vielleicht kann dieses Interview auch helfen, Lesben kennenzulernen, die in einer ähnlichen Situation sind. Schön fände ich es auch, wenn eine Lesbengruppe mit ausländischen Lesben zustande käme.

Dieses Interview ist eine Gemeinschaftsproduktion von X, die ihren Namen nicht nennen möchte; Semra, Alternative Liste Berlin, Ausländerinnengruppe; Irene, AL Berlin, Lesbengruppe; Annette, TAZ Berlin.

Adresse der taz-Lesbenredaktion: taz-Redaktion, Weststr. 11-12, 1000 Westberlin 65.



Solidaritätsdemo für den Schwuso Gerd Blömer

am 19.1. in Köln

ab arbeiterbuch Politische Buchhandlung

Grindelhof 45
2 Hamburg 13
Tel. 45 38 01

Literatur zur Geschichte der Frauenemanzipation

Karin Bauer
„Clara Zetkin“ und die proletarische
Frauenbewegung
Verlag Oberbaum DM 19,80

Ein sehr wichtiges und materialreiches
Buch zur Entstehungsgeschichte
der proletarischen Frauenbewegung
bis zum 1. Weltkrieg und der Gründung
der III. Internationale.

Marilouise Janssen-Jurreit
„Sexismus“
Fischer Nr. 3704 DM 12,80

Bereits 1976 erschienener feministischer
„Kontrapunkt“ zu K. Bauers
oben genannten Buch. Über den geschichtlichen
Rahmen hinausgehende feministische Analyse
der vielfältigen Ebenen der Frauenunterdrückung.
Versuch, die verschiedenen Strömungen
der bürgerlichen Frauenbewegung
differenziert darzustellen und Defizite
der frühen sozialdemokratischen
Frauenbewegung hinsichtlich der Berücksichtigung
der doppelten Unterdrückung der Frau in Haushalt
und Familie zu kritisieren.

Jutta Menschik
„Feminismus - Geschichte, Theorie,
Praxis“
Pahl-Rugenstein DM 12,80

Geschichte des Feminismus aus DKP-
naher Sicht, wobei viel Platz der Kritik
feministischer Positionen eingeräumt wird.

J. Menschik (Hrsg.)
„Grundlagentexte zur Emanzipation
der Frau“
Pahl-Rugenstein DM 12,80

27 Texte aus der Geschichte der
Frauenbewegung, von Luise Otto bis
Kate Millet.

Stefan Bajohr
„Die Hälfte der Fabrik“
VAG DM 32,-

Geschichte der Frauenarbeit in
Deutschland 1914 bis 1945

Feder u.a.
„Weib und Macht“
Fischer

Vier Wissenschaftler aus verschiedenen
Bereichen versuchen nachzuweisen,
daß es vor 3 000 Jahren der Männerherrschaft
eine fünf Millionen Jahre lang Dominanz
der Frau gegeben hat.

Bölke, Gundula
„Die Wandlungen der Frauenemanzipations-
bewegung - von Marx bis zur
Rätebewegung“
Association DM 5,-

Heymann/Augsburg
„Erlebtes - Erschautes: Deutsche
Frauen kämpfen für Freiheit, Recht
und Frieden 1850 bis 1940“
Verlag Anton Hain DM 19,80

Die vorliegenden Memoiren sind ein
„Glücksfall“, denn es gibt so gut
wie keine Darstellungen aus dem Bereich
des linken radikalen Flügels der
bürgerlichen Frauenbewegung, sehr
spannend und fesselnd.

Herve, Florence
„Brot und Rosen“
VMB DM 14,80

Geschichte und Perspektiven der demokratischen
Frauenbewegung aus
DKP-Sicht

Renate Wittenberg
„Geschichte der Frauen und der
Frauenbewegung“
Hammer Verlag DM 24,-

Ein ganz neues und materialreiches
Buch über Frauen und Frauenbewegung
nach 1945 in beiden Teilen
„Deutschlands“.

G. Dietze
„Die Entwicklung der Sprachlosigkeit
aus der neuen Frauenbewegung“
Luchterhand DM 12,80

Am 19. Januar wird in Köln eine
Solidaritätsdemonstration für den
schwulen Sozialdemokraten Gerd
Blömer stattfinden. Blömer hatte
eine Anfrage des SPD-Ortsvereins
Köln-Mitte an den Polizeirat geschrieben,
in der aufgrund von Informationen
von schwulen Polizisten eine
Untersuchung gefordert wird, ob es
stimmt, daß die Kölner Polizei sogenannte
„Rosa Listen“ führt. Daraufhin
wurde ein Verfahren wegen „übler
Nachrede“ (§ 186 StGB) gegen
Blömer eingeleitet; in zwei Instanzen
wurde er zu 450 DM und Übernahme
der Gerichtskosten verurteilt.

Wir rufen dazu auf, sich an der
Kölner Demo massenhaft zu beteiligen,
nicht zuletzt deswegen, weil hier
versucht wird, bereits Nachforschungen
über Bespitzelung und Repression
zu verhindern und zu kriminalisieren.
Deswegen sollte die Solidarität
mit Gerd Blömer nicht nur eine
Sache der Schwulen und Lesben,
sondern auch aller fortschrittlichen
Heteros sein!

Der Hintergrund der Anklage

Gerd Blömer hatte im Juli 1978
durch zwei schwule Polizisten (die
anonym bleiben wollten) erfahren,
daß die Kölner KriPo Beamte auf die
Schwulenszene Kölns ansetzt, um
Informationen über Homosexuelle für
„Rosa Listen“ zu sammeln. Blömer
formulierte daraufhin folgenden Antrag
für den SPD-Ortsverein Köln-Mitte:
„Die SPD-Ratsfraktion wird aufgefordert,
über den Polizeirat zu untersuchen,
ob es bei der Kölner Kriminalpolizei
Karteien gibt, in denen Homosexuelle,
ohne daß sie gegen Gesetze verstoßen
haben, automatisch geführt werden.
Sollte dieses zutreffen, wird die Polizei aufgefordert,
diese Karteien unverzüglich zu
vernichten. Begründung: In letzter
Zeit mehren sich Gerüchte, die durch
Aussagen homosexueller Polizisten
bestätigt werden, daß die Kölner
Polizei Spitzel in Homosexuellen-Treffpunkte
entsendet, um Namen und Anschriften
der Besucher dieser Lokale festzuhalten
und karteimäßig zu erfassen. Als
Begründung für diese Listen wird
den Beamten angegeben, daß
homosexuelle Männer potentielle
Trieftäter seien und außerdem
automatisch mit vielen ehemaligen
Strätlern in Berührung kommen, die
einmal aus den Haftanstalten entlassen,
oft selber homosexuell geworden
sind und häufig durch Prostitution
versuchen, Geld zu verdienen. Außerdem
wurde vor einem Einsatz drei
Beamten gesagt, daß Homosexuelle
besonders gefährlich seien, da sie sich
ständig an Minderjährige heranzumachen
versuchen. Diese Begründung für
die Karteien und die Einsätze der
Polizei bedeutet nicht nur eine
ungeheure Diskriminierung der
Homosexuellen als solche, es ist auch
unge-

heuerlich, daß solche faschistischen
Ansichten bei Polizeibeamten noch
vorherrschend und an junge Beamte
weitergegeben werden. Unschwer
kann man sich ausmalen, welche Folgen
diese Karteien einmal für die Betroffenen
haben könnten, schließlich werden
sie immer noch im Berufsleben
und im öffentlichen Leben wegen
ihrer Neigung benachteiligt. Selbst
öffentliche Arbeitgeber versuchen,
homosexuelle Mitarbeiter zu entlassen
oder übersehen sie bei Beförderungen,
im öffentlichen Leben werden sie
benachteiligt, wenn sie sich eine
Wohnung nehmen wollen etc. ...“



Nachdem der Antrag im September
78 im SPD-Ortsverein angenommen
worden war, wurde er an den
Polizeirat der Stadt Köln weitergeleitet.
Polizeipräsident Hosse bestritt die
Existenz von „Rosa Karteien“. Zwei
Monate später wurde Blömer von
drei Polizisten wegen „übler
Nachrede“ angezeigt. Hosse schloß
sich der Anzeige an.

Die beiden Verhandlungen

Die beiden Verhandlungen

Die Aussagen der Zeugen der Anklage
waren sehr wackelig: Die Raubkriminalität
an Homosexuellen sei stark gestiegen.
Deswegen seien sie zur Sammlung von
„Erkenntnissen“ in die Schwulen-Szene
geschickt worden. Sie beteuerten aber,
in den Lokalen als Kripobeamte bekannt
zu sein. Mit welchem konkreten Auftrag
sie in schwule Lokale geschickt würden,
„dürften“ sie nicht sagen, dazu hätten
sie keine Aussagegenehmigung. Die
„Beobachtung und Erkenntnisgewinnung“
gelte nur Strichen. Für solche Leute hätten
sie „einen Blick!“ Sie würden inzwischen
alle Homosexuellen in Altstadt- und
Bahnhofsgegend kennen. Sie seien ja
praktisch „Stammkunden“ in den
schwulen Kneipen. Alle drei hatten
natürlich noch nie etwas von „Rosa
Listen“ gehört. Einschreiten würden
sie nur, wenn es darum ginge,
„Verdächtige“ zu erfassen. Um ihnen
den Weg zum Präsidium zu ersparen (!),
würden sie die an Ort und Stelle
fotografieren.

Die Aussagen der Kripobeamten
ähneln mehr Grimms Märchen als
der Realität. Oder wollen denn die
Beamten in Schwulenkneipen „gegen
Verdächtige ermitteln“, wenn sie
dort bekannt sind und dann auch
noch dort Schwule fotografieren? In
der Urteilsbegründung der 1. Verhandlung
wurde die Geldstrafe (DM 450) sowie
die volle Übernahme der Gerichtskosten
wie folgt begründet: Man darf sich
zwar auf Gerüchte beziehen, wonach
die Polizei „Rosa Listen“ führt. Man darf
das „Eintauchen“ von Bullen ins „Milieu“
als Bespitzelung empfinden. Man darf
auch argwöhnen, daß Homosexuelle von

len wollte, sondern mit seinem
Antrag nur einem Gerücht nachgehen
wollte, forderten die Kläger die
vollständige Zurücknahme und die
Feststellung der Unhaltbarkeit seiner
Vorwürfe. Schließlich wurde das erste
Urteil bestätigt, jedoch mit einer
schärferen Begründung als im ersten
Verfahren: Nicht nur, daß der Richter
in den „faschistischen Ansichten“
nach wie vor eine Beleidigung sah –
nein, schon die Erwähnung des „Gerüchtes“
erfüllte für ihn den Tatbestand
der üblen Nachrede.

Das Urteil - eine neue Repressionsqualität?

Man/frau kann feststellen, daß das
Verfahren gleich mehrere Funktionen
erfüllen sollte. Zum einen sollte
mit ihm eine Untersuchung, ob es
„Rosa Listen“ in Köln gibt, verhindert
werden. Außerdem könnten auf
dieser Grundlage ähnliche Prozesse
folgen, was bedeuten würde, bestimmten
Informationen nicht mehr nachgehen
zu können, denn die Nennung
einer Vermutung würde ausreichen,
eine Strafverfolgung wie gegen
Blömer aufzunehmen.

Zur Demo in Köln

Die Kölner Schwulengruppen Schwule
Aktion Köln (SAK) und die Gay
Liberation Front e.V. (glf) organisierten
einen Fackelmarsch am 19.1. um
18 Uhr ab Kölner Rathaus/Alter
Markt mit anschließender Kundgebung
und Solidaritätsfete. An dieser
Aktion wollen sich auch Günter
Wallraff und Hendrik M. Broder beteiligen.
(Nach „Homosexuelle Emanzipation“
Nr. 6/79, 1/80).

Betrifft: „Schwule Woche in Aachen“

Eigentlich sollte auf dieser Seite
der Bericht über die „Schwule
Woche“ in Aachen stehen. Leider
müssen wir euch auf die nächste
Nummer des AK vertragen: Der
Bericht ist noch nicht fertig.
Deshalb ein paar Kurzmeldungen:
Die „Schwule Woche“ der „Printenschwestern“
wurde ein Erfolg. Das Aachener
Informationsverbot für Homosexuelle
wurde durchbrochen. Ein Artikel
eines Schwulen in einer Aachener
Schülerzeitung löste erregte
Diskussionen unter Lehrern
und Schülern aus. Bemerkenswert
auch die relativ breite und
freundliche Berichterstattung
über die „Schwule Woche“
in der Lokalpresse.

U., Schwulengruppe des KB

„... der Reiz des Anröchigen ...“

Freitag, 28.12.79, 23.25 Uhr, Feierabendprogramm. ARD sendet: „Sonderdezernat K1 - Tod eines Einbrechers“.

Angedeutet ist der Film wie folgt:
„Herr Wintergerst, Hamburger Großkaufmann,
überrascht in seiner Villa einen Einbrecher
und erschießt ihn in Notwehr. So lautet
das Protokoll. Der Tote wird als Fritz
Rudow identifiziert.“ („Gong“, 51/79).

2325 Sonder- dezernat K 1

Tod eines Einbrechers

Herr Wintergerst, Hamburger
Großkaufmann, überrascht in seiner
Villa einen Einbrecher und erschießt
ihn in Notwehr. So lautet das Protokoll.
Der Tote wird als Fritz Rudow
identifiziert. Bei der Durchsuchung
von Rudows Wohnung erliefen die
Beamten eine Überraschung.



Aber dieser „harmlose“ Freitagabendkrimi
entpuppt sich als durch und durch
schwulenfeindlich.

Das beginnt schon bei der Story:
Sie handelt vom schwulen Sohn einer
Großkaufmannsfamilie und dessen
Freundeskreis, die ein paar krumme
Dinge drehen, weil sie Geld brauchen.
Diese an sich für Krimis alltägliche
Geschichte - kein Krimi ohne krumme
Dinge - wird im gesamten Film
geradezu als Charaktereigenschaft
von Schwulen suggeriert: Schwulsein,
d.h. von vornherein auch besonders
kriminell veranlagt zu sein. Kein
gängiges Vorurteil?

Aber nicht nur das. Die Handlung
selbst strotzt nur so von gängigen
schwulenfeindlichen Meinungen und
Reaktionen:

Da bringt Sohn Wintergerst, „Schande
über seine Familie“, weil er schwul ist.
Aber das wiederum ist Ergebnis
„müßiger Erziehung“. Gehender
„Hart“. Dies bereitet bei den Eltern
schlechte Nächte, denn, wie man
das Schwulsein des Sohnes noch
akzeptieren wäre. Nein, es gilt
„die Schande von der Familie zu nehmen“.
Der schwule Sohn gefährdet
auch das Verhältnis zwischen seinen
Eltern, die sich gegenseitig die Schuld
für sein Schwulsein zuschieben. Er,
der Vater, habe versagt - sie, die Mutter,
sei zu nachgiebig gewesen. Der Vater
sucht einen Weg zum Sohn zurück,
kann aber nicht: „Wenn ich sehe,
wie der rumläuft, sich bewegt,
er widert mich an. Ich kann nicht.“
Er müßte seine bisherigen Wertvorstellungen
aufgeben! Lieber streicht

er seinem Sohn das Studium (zuviel
Zeit zum Schwulsein!) und schickt
ihn in eine andere Stadt, bzw. Land,
möglichst weit weg!

Die Mutter will „die Schande“
allerdings anders „beheben“. Erst
gibt sie den Freunden Geld, damit
diese wegziehen bzw. ihren Sohn „in
Ruhe lassen“. Sie will den „schlechten
Einfluß“ von ihrem Jungen fernhalten.
Schließlich entschließt sie sich,
einen besonders „einflußreichen“
Freund - obigen Fritz Rudow -
zu beseitigen. Sie lädt ihn zu sich
ein und erschießt ihn.

So nehmen die Dinge ihren Lauf.
In eine so „delikate“ Angelegenheit
muß natürlich Sonderdezernat K1
eingeschaltet werden!

Und die Schwulen: Sie sind weichlich,
schwitzen leicht, sind schmierig,
hinterhältig, verkleimt, ängstlich,
näselt, sind pervers, kriminell. In
ihren Beziehungen sind sie unterwürfig,
unaufrichtig. Für Geld machen sie
alles.

Und da sind die sauberen Herren
vom Sonderdezernat: Sie gehen
aufrecht, sprechen laut und deutlich,
tragen immer blaue Hemden, sind
ehrlich, hart, korrekt, mutig. Und
eines vor allem: Männlich! In einer
Schwulenkneipe fragt ein K1-Mann
den anderen: „Sag mal, würdest du
in ein solches Lokal gehen?“ -
„Kommt drauf an, wie's Bier
schmeckt. Und hier schmeckt's,
glaub ich, warm!“. Oder ein anderes
Beispiel für die subtile Schwulendiskriminierung:
Bei den Beweismitteln
sind auch Fotos von einem Sylvester-

fest im Fummel. Die K1-Männer
betrachten sie sich: „Sag mal, die haben
vorne ja ganz schön Holz drauf.“ -
„Mensch, Chef, das sind doch alles
Männer!“. Angewidert legt er die
Bilder zur Seite.

Die saubere Männlichkeit klärt
natürlich nicht ohne gewisse Bedauern -
die Mutter ist der Mörder, und nicht
der schwule Sohn - den Mord auf.
Aber zwecks Aufklärung eines Mordes
und überhaupt darf man mit Schwulen
offensichtlich machen, was man will:
Beleidigen, anpöbeln, mißhandeln,
erpressen, einschüchtern, unterdrücken -
sind eben „Abartige“.

Wie kommentierte doch gleich
die „Süddeutsche Zeitung“ den
Film: „Der Film hakte sich an Konflikten
fest, in denen der Reiz des
Anröchigen effektivsterisch aus-
gespielt wurde“.

Tja, Schwulen hakte es besonders
offensichtlich immer was vom
„Reiz des Anröchigen“. Ein Beitrag
gegen die Schwulenfeindlichkeit in
diesem Lande? - Wohl kaum!

Am besten jede Menge Protest-
schreiben an den verantwortlichen
Norddeutschen Rundfunk (Rothen-
baumchaussee 132-134, 2000 Ham-
burg 13) mit der Aufforderung,
dazu Stellung zu nehmen!

Ein Genosse aus Saarbrücken

Wie isses nu bloß möglich?

Einige Bemerkungen zu „Gegen Philistertum und Stümperei (2)“ in AK 168

Die bequemste und sicherste Methode, sich mit fremden Texten (z.B. Texten von Klassikern oder von politischen Gegnern) auseinanderzusetzen, ist diese: Man dreht und häckelt, dreht und häckelt sich die Texte so zurecht, bis sie nahtlos in die eigene Argumentation hineinpassen. Das hat den großen Vorteil, daß man sich um den eigentlichen Sinn des Originals gar nicht weiter zu kümmern braucht, ja letztlich jeden beliebigen Text zum Beweis jeder beliebigen These heranziehen kann. Ein routinierter Autor könnte vermutlich auf diese Weise sogar Einsteins Relativitätstheorie mit dem berühmten Kochbuch der Henriette Davidis beweisen.

Im wissenschaftlichen Sozialismus ist diese Methode bislang eher unüblich. Meisterhaft beherrscht hingegen wird sie vom Autor* der AGS/Schwule/ZL-Fraktion (AGS/ZL). In seiner Art wahrlich ein Köhner.

Ein besonders faszinierendes Beispiel seines Könnens hat er in AK 168 mit dem Artikel „Gegen Philistertum und Stümperei (2)“ geliefert, nachdem er uns bereits in AK 165 („Die Schwulenbewegung und die Linke“) eine erste Kostprobe gewährt hatte.

Am Anfang war die „Lücke“

Im AK 165 hatte uns der Autor der AGS/ZL mit der sensationellen Entdeckung überrascht, daß es in Sachen Sexualität „eine Lücke im Gebäude des Marxismus“ gebe. Auf anderthalb AK-Seiten hatte der Autor der AGS/ZL überdies nachzuweisen versucht, daß „die Klassiker (Marx, Engels, Lenin - We./Pe.) ... die Lücke im Gebäude des Marxismus durchaus gesehen und die Notwendigkeit entsprechender Untersuchungen benannt“ hätten. Daß sie dennoch nichts zur Lückenfüllung beitrugen, lag - so der Autor der AGS/ZL - daran, daß die bürgerliche Sexualwissenschaft noch zu unentwickelt war und daß Lenin nach der Oktoberrevolution den „alleinigen“ Schwerpunkt auf die Festigung des jungen Sowjetstaates legen „mußte“.

Anhand von ausführlichen Zitaten konnten wir dem Autor der AGS/ZL nachweisen („Die Klassiker nicht auf den Knien liegend lesen“, AK 167), daß er zum „Beweis“ seiner Thesen die Klassiker mit gewaltsamen Überinterpretationen malträtiert, wesentliche Aussagen, die ihn widerlegen, einfach wegläßt; (selbst solche schwulenfeindlichen wie in dem berühmten Engels-Brief, die der Autor

der AGS/ZL früher selbst noch mit Flammenschrift an die Wand gemalt hatte), daß die bürgerliche Sexualwissenschaft keineswegs so unterentwickelt war, wie er behauptet, und schließlich, daß insbesondere das Versäumnis Lenins (und seiner Genossen), sich rechtzeitig mit der Lückenfüllung zu befassen, sich vor der Geschichte als folgenschwerer politisch/ideologischer Irrtum erwiesen hat.

Und bist Du nicht willig, so brauch' ich Gewalt

Dagegen konnte der Autor der AGS/ZL offenbar nichts ins Feld führen. Also zaubert er flugs seine bewährte Patent-Methode aus dem Sack: Er dreht und häckelt, dreht und häckelt - schwupp - kann er Positionen bekämpfen, die gar nicht bezogen wurden, Ansichten widerlegen, die gar nicht vertreten wurden.

Nun wollen wir den AK-Leser nicht langweilen, dieses köstliche Stück deutscher Prosa Satz für Satz auseinanderzunehmen. Wer sich dafür interessiert, möge unseren Artikel in AK 167 nachlesen.

Wir beschränken uns hier auf eine kurze Wiedergabe der plattesten Verdrehungen.

Viele heiße Tränen vergießt der Autor der AGS/ZL darüber, daß wir uns in unserem Artikel nicht zur S/M-Frage geäußert haben. Auch zum „Tuntenstreit“ hätten wir nichts gesagt.

„Wie isses nu bloß möglich!“ Wir könnten selber ganze Telefonbücher füllen mit Themen, zu denen wir in unserem Artikel ebenfalls „kein Sternswörtchen“ gesagt haben, z.B. weder zur „Krise der Linken“ noch zu der wichtigen Frage, ob wir Weihnachtsplätzchen mit Nierenfett oder doch lieber mit Butter backen. Darum ging es nämlich auch gar nicht. Gegenstand unserer Polemik war einzig und allein der Artikel „Die Schwulenbewegung und die Linke“ und die darin enthaltene Vergewaltigung der Klassiker.

Original und Fälschung

Wortreich läßt sich der Autor der AGS/ZL über unseren angeblichen Vorschlag aus, das Fortbestehen der „Lücke“ im Kopf der Klassiker mit den Methoden der Psychoanalyse zu erklären. Tatsächlich haben wir, wie jedermann leicht nachprüfen kann, Lenins Einschätzungen zur Sexualfrage, (wie Clara Zetkin sie wiedergegeben hat) als politisch/ideologische

Fehleinschätzung interpretiert. Als dann haben wir uns gefragt, warum Lenin wohl die - für die damalige Zeit bahnbrechenden - Erkenntnisse Freuds als „Modenarrheit“ abtat. Als mögliche Antwort auf diese Frage haben wir zu bedenken gegeben, daß Lenin vielleicht die Freud'sche Triebtheorie falsch eingeschätzt hat. Kein Wort von den frühkindlichen Erlebnissen des Genossen Lenin, kein Wort von seinen „Sexualängsten“.

Mag sein, daß er „sexophob“ war, wie der Autor der AGS/ZL es seinerseits so gerne dem AK-Redakteur Kt. unterstellt (da ist er ja bekanntlich nicht so pingelig mit dem „Psychologismus“). Aber in unserer Kritik an Lenins Vorgehen in der Sexualfrage schien uns dieser Gesichtspunkt gegenüber den politisch/ideologischen unwesentlich.

Da nun der Autor der AGS/ZL bei uns für seine These beim besten Willen kein überzeugendes Zitat finden konnte, bediente er sich nach bewährter Häcksel-Methode des Artikels von Werner und Peter aus Frankfurt. Die Frankfurter Genossen hätten bereits festgestellt, daß - so wörtlich - „die Verletzung des Tabus Homosexualität für alle Menschen eine Verführung bedeutet, die sie aggressiv abwehren müssen. Die Stärke der Aggressivität, mit der diese Abwehr betrieben wird, deutet auf den Grad der Empfänglichkeit für die Verführung“.

Teuflich, teuflisch, was diese Frankfurter da sagen! So richtig „homophil“. Nur leider, leider ist es gar nicht von den Frankfurtern. Denn im Artikel von Werner und Peter aus Frankfurt ist diese Passage ihrerseits ein Zitat. Und zwar ein Zitat aus dem Vorwort von Thomas Leithäuser zu Martin Dannecker's Buch „Der Homosexuelle und die Homosexualität“. Es steht außer Zweifel, daß Dannecker die These seines Vorwortschreibers teilt. Eben jener Dannecker, den der Autor der AGS/ZL an anderer Stelle selbst - neben Hocquenghem - als einen der „führenden Theoretiker der Schwulenbewegung“ feierte (in „Schluß mit der repressiven Toleranz“, AK 141).

Im gleichen Artikel konstatierte der Autor der AGS/ZL übrigens auch noch, daß Engels sich „angesichts des ersten Versuchs, eine Schwulenbewegung zu organisieren, persönlich angemacht“ gefühlt habe.

Er beklagte die „antischwule Paranoia“ (Verfolgungswahn) der Heterosexuellen und forderte: „Unsere Parole heißt dagegen: Hetero-Männer, emanzipiert euch vor Eurer Angst vor der Homosexualität!“

Na, na, Genosse Autor, wer wühlt denn da in fremden Seelen herum?! - Aber der Autor der AGS/ZL hält sich wohl an den alten Satz: „Was schwert mich mein Geschwätz von emanzipiert euch vor Eurer Angst vor der Homosexualität!“

Na, na, Genosse Autor, wer wühlt denn da in fremden Seelen herum?! - Aber der Autor der AGS/ZL hält sich wohl an den alten Satz: „Was schwert mich mein Geschwätz von gestern“.

Ein Geniestreich der Fälscherkunst

Zurück zu „Philistertum und Stümperei (2)“. Zu schwindelerregender

Hochform laufen die Fähigkeiten des AGS/ZL-Autors mit folgender Passage auf:

„Genau das“ (die Festigung des jungen Sowjetstaates - Anm. AGS) „hat sich aber vor der Geschichte als falsch erwiesen“ ... Ohne „Festigung des jungen Sowjetstaates“ kein Stalinismus, keine Schwulenverfolgung in der Sowjetunion, d.h. keine fürchterliche Überspitzung der Leninschen Thesen bei Makarenko und Gorki“.

Der Autor der AGS/ZL gibt vor, mit dieser Passage unsere Position zu zitieren. Man faßt sich an den - Hintern, denn der Kopf ist zu schade!

Was haben wir tatsächlich gesagt? Dieses: „Von einer AG Schwule, die einige Geschichtskenntnisse hat, könnte man erwarten, daß sie Lenins These, jetzt habe man keine Kräfte dafür“ (die Sexual- und Ehefrage - We./Pe.) kritisch hinterfragt. Ihr aber erklärt dogmatisch (weil undiskutiert): „Lenin ... mußte jedoch den alleinigen Schwerpunkt seiner Kraft auf die Festigung des jungen Sowjetstaates setzen“. Genau das hat sich aber vor der Geschichte als falsch, als folgenschwerer Fehler erwiesen“.

Drei Absätze später schrieben wir: „Lenin hat ... die dialektische Einheit zwischen Festigung des jungen Sowjetstaates und ideologischem Kampf gegen die bürgerliche Sexualmoral, ideologischem Kampf um eine Keimform von befreiter Sexualität offenbar nicht gesehen“.

Und schließlich nach weiteren zwölf Absätzen, in denen wir anhand von Clara Zetkins „Erinnerungen“ ausführlich sexualfeindliche Äußerungen Lenins zitiert hatten, fragten wir: „Seht ihr da wirklich keine Verwandtschaft mit der gehässigen Polemik Engels gegen die Schwulen und mit den fürchterlichen Überspitzungen der Leninschen Thesen bei Makarenko und Gorki?“

Daraus die oben zitierten Behauptungen abzuleiten, (wie der Autor der AGS/ZL es tut), ist wahrlich eine starke Verdrehung.

Der vergewaltigte Sadomasochismus

Zum Schluß noch ein paar Bemerkungen zur S/M-Frage. Um uns nicht wieder dem Vorwurf auszusetzen, wir bemühten „neue Philosophen“, zitieren wir dazu einen unbestrittenen Klassiker: „Ein ganz grundlegender Fehler, Erwägungen anzustellen, ehe man sich auf dem Boden der Tatsachen befindet. Es ergaben sich nur Fehlurteile daraus“ (Sherlock Holmes in: Sir Arthur Conan Doyle, „Eine Studie in Scharlachrot“, Sherlock-Holmes-Gesamtausgabe, Frankfurt, Berlin, Wien 1977, Bd. 1, S. 33).

Auf dem „Boden der Tatsachen“ befinden wir uns leider in dieser Frage noch lange nicht. Was die AGS/ZL zu diesem Thema vorgelegt hat, folgt der bekannten Drechsel- und Häcksel-Methode und ist voller innerer Widersprüche, offener Fragen und Ungeheimheiten.

Da bezeichnet etwa die AGS/ZL selbst den Sadomasochismus als Aus-

druck sexualisierter verinnerlichter Herrschaftsverhältnisse, verbietet aber im gleichen Atemzug jegliches „Hinterfragen“ - ohne auch nur eine Sekunde lang auf den Anspruch zu verzichten, alles dies vom Standpunkt der Kommunisten aus zu vertreten.

Da wird der Sadismus als eine Art von selbstlosem Wohlfahrtsinstitut zur Befriedigung notleidender Masochisten geschildert und die Darstellung der realen eigenen Bedürfnisse des realen Sadisten, unabhängig von seinem Sexualobjekt, sorgfältig ausgeklammert.

Da wird das sexuelle Ausleben von sadistischen Bedürfnissen als Schutz vor sozial-schädlichem psychischen und politischem Sadismus gefeiert, während andererseits sexuelle (!) Exzesse, wie sie Hans Eppendorfer in „Konkret Sexualität“ aus der amerikanischen S/M-Szene beschreibt, völlig undiskutiert bleiben (Beispiel: ein S/M-Fan schiebt in einem Fickraum einem anderen, ohne daß der das merkt, eine Gelatinekapsel mit Glascherben tief in den Darm und geilt sich später an dessen Qualen auf).

Da wird der reale S/M zurechtgedreht als ein System ohne jede Gewalt, voller Zärtlichkeit, während andererseits ein S/Mler aus eigenem Erleben beschreibt, daß es gerade auf den Schmerz ankomme.

Da werden schließlich Zitate in der schon mehrfach demonstrierten Methode nach Herzenslust zusammengeschustert, wie etwa das von Professor Schorsch aus der „Konkret Sexualität“. Aus einem längeren Absatz zitierte sie der Autor der AGS/ZL eine Passage, die die „Harmlosigkeit“ des sexuellen S/M behauptet, lassen aber die lange folgende Passage weg, in der Schorsch von „derselben destruktiven Dynamik“ des sexuellen S/M und der sozialen und politischen Brutalität spricht.

Kurz: Das Gestrüpp von unwissenschaftlich verharmlosendem Rechtfertigungsgeschwätz, Unklarheiten und inneren Widersprüchen bedarf einer Entwirrung in einem eigenen Artikel. Wir werden deshalb, wenn die Zeit es erlaubt, in einem der nächsten AKs eine Zusammenfassung der bisherigen Darlegungen zur S/M-Frage geben, aus der dann die Fragestellung für eine materialistische Analyse dieses Phänomens erst möglich wäre.

Gibt es „einen Aufstand der Homophilen“ (= bürgerlich angepaßten Schwulen) im KB, wie der Autor der AGS/ZL argwöhnt? Das, werte Genossen, wird sich zeigen.

We./Pe., Hamburg, Schwulengruppe des KB

Wir sprechen in diesem Artikel durchgehend vom „Autor“ der AGS/ZL und nicht von der AGS/ZL allgemein, weil dieser auf der Schwulen-VV des KB im Dezember 1979 unter dem Belfall seiner Anhänger verkündete, 95 % aller AGS-Publikationen - so auch die hier besprochenen - verdankten wir seiner Feder.

Wir sprechen in diesem Artikel durchgehend vom „Autor“ der AGS/ZL und nicht von der AGS/ZL allgemein, weil dieser auf der Schwulen-VV des KB im Dezember 1979 unter dem Belfall seiner Anhänger verkündete, 95 % aller AGS-Publikationen - so auch die hier besprochenen - verdankten wir seiner Feder.

Das „verhusste“ Freud'sche Denkmodell -

Das „verhusste“ Freud'sche Denkmodell - Einige Kostproben

In „Philistertum und Stümperei (2)“ hat sich der Autor der AGS/ZL über das - von ihm so genannte - „verhusste Freud'sche Denkmodell“ mokiert, das angeblich Homosexualität für eine Neurose hält. Es wird den Leser vielleicht interessieren, auch in diesem Punkte einmal Dichtung und Wahrheit miteinander zu vergleichen.

Zur Homosexualität: „Die psychoanalytische Forschung widersetzt sich mit aller Entschiedenheit dem Versuche, die Homosexuellen als eine besonders geartete Gruppe von den anderen Menschen abzutrennen. Indem sie auch andere als die manifest kundgegebenen Sexualerregungen studiert, erfährt sie, daß alle Menschen der gleichgeschlechtlichen Objektwahl fähig sind und dieselbe auch im Unbewußten vollzogen haben. Ja, die Bindungen libidinöser (= lustvoller) Gefühle an Personen des gleichen Geschlechts spielen als Faktoren im normalen Seelenleben keine geringere und als Motoren der Erkrankung eine größere Rolle als die, welche dem entgegengesetzten Geschlecht gelten. Der Psychoanalyse erscheint vielmehr die Unabhängigkeit der Objektwahl vom Geschlecht des Objektes, die gleiche Verfügung über männliche und weibliche Objekte, wie sie im Kindesalter, in primitiven Zuständen und frühhistorischen Zeiten zu beobachten sind, als das Ursprüngliche (!), aus dem sich durch Einschränkung nach der einen oder der anderen Seite der normale wie der Inversionstypus entwickeln kann (Inversion = Homosexualität). Im Sinne der Psychoanalyse ist also auch das ausschließliche Interesse des Mannes für das Weib ein der Aufklärung bedürftiges Problem und keine Selbstverständlichkeit, der eine im Grunde chemische Anziehung zu unterlegen ist“ (Sigmund Freud, Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie, Zusatz von 1915, Freud Studienausgabe Band V, S. 56).

Zu Perversionen: „Bei keinem Gesunden dürfte irgendein pervers zu nennender Zusatz zum normalen Sexualziel fehlen, und diese Allgemeinheit genügt für sich allein, um die Unzweckmäßigkeit einer vorwurfsvollen Verwendung des Namens Perversion darzutun. Gerade auf dem Gebiete des Sexuallebens stößt man auf besondere, eigentlich derzeit unlösbare Schwierigkeiten, wenn man eine scharfe Grenze zwischen bloßer Variation innerhalb der physiologischen Breite und krankhaften Symptomen ziehen will“ (S. Freud, a.a.O., S. 70).

Zur Neurose: Nach Freud ist weder die Homosexualität selbst - wie der Autor der AGS/ZL fälschlich behauptet - eine Neurose, noch die Perversionen (zu denen er die Homosexualität nicht rechnet), sondern die Verdrängung entsprechender Wünsche bewirke eine Neurose: „...und die Neurose führte sich auf eine zu weitgehende Verdrängung der libidinösen (= auf Befriedigung der Lust gerichteten) Strebungen zurück“ (S. Freud, „Meine Ansichten zur Ätiologie der Neurosen“, a.a.O., S. 155).

Gegen alles dies läßt sich heute sicher trefflich streiten. Für das Schicksal der Schwulen in der Sowjetunion wäre es aber unter Umständen lebensrettend gewesen, wenn der Genosse Lenin solche Ansichten damals nicht als „Modenarrheit“ abgetan, stattdessen sich mit ihnen auseinandergesetzt hätte.

We./Pe.

Schulungswochenende geplant

Auf dem 1. KB-Kongreß wurde der folgende Antrag der Schwulengruppe und der Lesbengruppe des KB bei nur 11 Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen:

„Wir beantragen die Anerkennung als Kommission des KB für die Schwulengruppe und für die Lesbengruppe. Das heißt, wir wollen die Schwulenpolitik und die Lesbenpolitik des KB entwickeln. Dazu ist es notwendig, daß unsere Standpunkte in der gesamten Organisation diskutiert werden, genauso wie z.B. die Frauenpolitik.“

Lesbische und schwule Genoss(innen), die schwerpunktmäßig Lesben- oder Schwulen-Arbeit machen wollen, sollen das Recht haben, von anderen Arbeiten freigestellt zu werden. Lesbische und schwule Genoss(innen), die damit Schwierigkeiten in ihren Einheiten haben, sollen das Recht haben, einen Genossen bzw. eine Genossin der Schwulengruppe oder der Lesbengruppe zur Diskussion hinzuzuziehen.

Natürlich verstehen wir es auch als unsere Aufgabe, Genoss(innen), die Schwierigkeiten mit ihrer sexuellen Identität haben, zu unterstützen.

Zur Unterstützung unserer Arbeit ist es notwendig, daß sich ein Genosse des LG (für die Schwulen) und eine Genossin der AG Frauen (für die Lesben) in den jeweiligen Fragenkomplex einarbeiten, um uns - ins-

besondere in der AK-Arbeit - beraten zu können.

4 Mitglieder der (künftigen) Schwulengruppe und 5 Mitglieder der Lesbengruppe des KB.“

Es ist von uns geplant, ein Schulungswochenende durchzuführen, bei dem wir z.B. über den „Tuntenstreit“ und einige andere Texte diskutieren wollen.

Wer mitmachen will von den Schwulen bzw. lesbischen Genoss(innen), sollte sich sofort bei uns melden. Geplanter Termin ist Anfang oder Mitte Februar.

Wir haben vor, wenn Ihr Euch bei uns meldet, eine Liste mit Schwer-

punkthemen und den Texten an Euch zu schicken. Ihr solltet vor dem Treffen alle einen Bericht schreiben, in dem Ihr sagt, worüber Ihr am liebsten diskutieren wollt. Außerdem sollte noch kurz beschrieben werden, wo Ihr schwerpunktmäßig arbeitet oder arbeiten wollt. Außerdem sollte der Bericht Angaben enthalten, inwieweit Ihr in der Schwulen- bzw. Lesbenbewegung mitarbeitet. Das Ganze schickt Ihr dann bitte an die Lesben- bzw. Schwulengruppe des KB. Wir werden diese dann an alle Lesben und Schwulen verschicken, die mitmachen wollen, damit wir uns alle schon vor dem Treffen gut vorbereiten können.

Also bis bald mit
lila-rosa Grüßen
Eine Genossin aus der
Lesbengruppe des KB



rosa

EINE ZEITUNG DER SCHWULEN BEWEGUNG

BESTELLUNGEN UND ZUSCHRIFTEN AN →
ROSA, HEEFER STR. 84, 4800 BIELEFELD 1

The Body Politic — Schwulenverfolgung und Pressezensur in Kanada

Seit zwei Jahren stehen den Machern und den Lesern von Canadas bekanntester Schwulenzeitung „The Body Politic“ die Haare zu Berge. In schönster Harmonie haben Polizei und Staatsanwaltschaft zum Halali auf den verhassten Fremdkörper geblasen. Doch bisher haben nur sie selbst sich isoliert. Ihr Opfer erfreut sich weltweiter Solidarität und hält tapfer durch.

Was war los? In der Dezemberausgabe 1977 erschien ein Artikel „Men Loving Boys Loving Men“ (Männer lieben Jungen lieben Männer). Darin beschrieb Gerald Hannon drei Pädophile und ihre guten und schlechten Erfahrungen. In der Einleitung schrieb „The Body Politic“: „Das wirkliche Leben von Männern, die Jungen lieben und von Jungen, die Männer lieben, ist selbst für die anderen Schwulen rätselhaft. Wir sind nicht immun gegen die allgemeine Paranoia um Kinder und Sexualität, und viele von uns sind bereit, diesen Teil der Schwulenmythologie der „normalen“ Welt anzunehmen, selbst wenn wir von allem anderen wissen, daß es nur Lügen sind. Ein kleiner Teil der Wirklichkeit wird hier gezeigt.“

Einen Monat nach Erscheinen des Artikels zog die stadtbekannte reaktionäre Kolumnistin Claire Hoy in der „Toronto Sun“ vom Heiligabend 77 gegen diesen Sündenpfuhl vom Leder, am 30.12.77 kam die Reaktion persönlich in die bescheidenen Räume von „The Body Politic“. In Gestalt von städtischen Polizisten und Beamten der Provinz Ontario, deren Hauptstadt Toronto ist, realisierte sich ein Durchsuchungsbefehl, der sämtliche papierähnliche Materie in den Verlagsräumen abdeckte. Innerhalb drei Stunden hatten die Ordnungsverhüter zwölf Kartons transportfertig gemacht, darin u.a. die komplette Abonnentenkartei, die Korrespondenz der letzten Jahre, die Geschäftsberichte und Artikel für die Januarausgabe.

Ein Protest gegen den völlig nichtsagenden Durchsuchungsbefehl wurde im Juni '78 vom Obersten Gericht Canadas zurückgewiesen.

Die tatsächliche Anklage, die im Januar 1978 erhoben und erst im Januar 1979 verhandelt wurde, lautete: „Inanspruchnahme der Post zum Zwecke der Verbreitung ... obszöner, anstößiger, unmoralischer oder ordinärer“ Schriften (Sektion 164 des Criminal Code). Dieses obskure Gesetz, das bislang noch nie zu einem Gerichtsverfahren geführt hatte, konnte den drei angeklagten Herausgebern von „The Body Politic“ je sechs Monate Haft und 2.000 Dollar Geldstrafe einbringen.

Justitia — hin (und her) gerissen

Als am 2.1.79 der Prozeß begann, tauchte auch nicht ein einziges Fitzelchen Papier aus einem der zwölf Kartons im Gerichtssaal auf. Dafür bot die Staatsanwaltschaft eine Polonaise von Persönlichkeiten auf, die für ihre Schwulenfeindlichkeit weithin bekannt waren. So neben Claire Hoy den Evangelisten Ken Campbell, der Anita Bryant nach Canada eingeladen und gemanagt hatte.

Am 14.2.79 sprach Richter Sidney Harris deutliche Worte. Er wies die Idee zurück, daß Homosexualität hier vor Gericht gestanden habe; und zur Sache: „...nach dem Lesen von „Men Loving Boys Loving Men“ wissen wir, was sie sind und was sie nicht sind, wir wissen, daß nicht alle Homosexuellen Pädophile sind, wir wissen einiges darüber, wie Pädophile fühlen.“ Nach diesem kompletten Freispruch weigerte sich die Staatsanwaltschaft jedoch unbeeindruckt, die Papiere wieder herauszurücken.

Nach dem ersten Prozeß stand der Zeitung das Weihwasser bis zum Hals: 30.000 Dollar hatten Anwälte und Gericht verschlungen, ganz zu schweigen von der Zeit und Energie, die aufgewendet werden mußte. Die Zeitung, die keinen Gewinn abwirft, wird überwiegend von Freiwilligen erstellt.

Das Urteil ließ Ontarios Generalstaatsanwalt Roy McMurtry nicht mehr schlafen. Er forderte Revanche. Und das nannte er dann „kreative Anwendung des Gesetzes“. Der neue Prozeß ist nun für den 7. Februar 1980

angesetzt. Ein negatives Urteil hätte weitreichende Folgen für die Pressefreiheit in ganz Canada, weil ein Grundsatzurteil die Berichterstattung strangulieren würde.

Deshalb hat sich „The Body Politic Free The Press Fund“ über die IGA (International Gay Association) und auch direkt an fortschrittliche und schwule Organisationen und Menschen in aller Welt gewandt, um Unterstützung zu finden. Eine ganzseitige Anzeige in Canadas größter nationaler Zeitung „The Globe & Mail“ soll die Öffentlichkeit informieren. Der neue Prozeß wird nach den Schätzungen der Anwälte erneut 15.000 Dollar kosten.

Nicht unerwähnt sollte bleiben, daß die Justizbehörden inzwischen mit der Materialauswertung der zwölf Kartons begonnen haben. So bekamen zahlreiche Abonnenten überraschend Vertreterbesuch. Nicht von „The Body Politic“, sondern von Behördenvertretern — und das morgens vor dem Frühstück. Fand die Polizei mehr als einen Mann in den Federn, trat ein weiteres exotisches Gesetz in Kraft: Das Verbot des sog. „bawdy house“ (eigentlich Bordell, hier eher „Unzuchtshaus“). Im ach so liberalen Canada ist auch noch hinter verschlossenen Türen verboten, was andernorts zumindest gesetzlich gestattet ist.

Unter diesen bedrückenden Umständen freut sich „The Body Politic“ über jede Solidaritätserklärung und jede Spende:

The Body Politic Free The Press Fund
c/o Cornish, King, Sachs + Waldman
Barristers + Solicitors
111 Richmond Street West
Suite 320
Toronto, Ontario
CANADA M5H 3N6
oder direkt an:
The Body Politic
Box 7289, Station A
Toronto, Ontario
CANADA M5W 1X9

USA-Kommission

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag

Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 5902

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18-20 Uhr

Bochum

Postlagerkarte A 056011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 - 13 Uhr
Kortumstraße/Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 - 14 Uhr
Uni/Mensa

Duisburg

Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen

Jeden Sa. 11 - 13 Uhr Kettwiger Str.
Nähe Kurienplatz.
Den AK gibt's außerdem im Buchh.
H. Heine, Viehofer Pl. 8 und
Buchladen Bundschuh, Tegelstraße 39

Kamen

Jeden Samstag von 10 - 13 Uhr
und Mittw. von 16.30 - 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2

Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 - 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln

Dienstag:
Büchertisch-Fachhochschule für
Sozialarbeit
Mittwoch: Büchertisch Uni

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Bremen

Bremerhaven
KB c/o Arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10, z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
Fußgängerzone / Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstraße 11 - 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kaufhofpassage

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch
(Altstadt/Mensa) Kontakt über
Postlagerkarte 080 845 B
AK-Verkauf dienstags 12 - 14 Uhr
Mensa Triplex

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstraße 13
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Mannheim
„Der Andere Buchladen“
c/o KB-Sympathisanten
M 2,6
6800 Mannheim 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11 - 13 Uhr
Gesamthochschule

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach
AK-Erscheinen, Alte Mensa



Kurzmeldungen

50.000 demonstrieren für Schwulen-Rechte in San Francisco

Ein Jahr nach der Ermordung des schwulen Stadtrats Harvey Milk und des Bürgermeisters von San Francisco George Moscone kam es wie damals zu einem zweiten „Kerzenlicht-Gedenkmarsch“ an dem 50.000 Lesben und Schwule teilnahmen. Der Polizist Dan White, der am 27.11.78 die beiden im Rathaus erschoss, wurde am

21.5.79 in einem aufsehenerregenden Prozeß zur kleinstmöglichen Strafe von sieben Jahren verurteilt. Am Abend des 21.5. zogen zigtausende aufgebrauchte Schwule zum Rathaus und wollten es stürmen. Die anschließende Polizeiknüppelei brachte hunderte in die Krankenhäuser und 28 Menschen vor den Richter... Sie wurden der schwersten Verbrechen angeklagt, mit Strafaussichten, die Whites Urteil um ein Vielfaches überstiegen. Ihr Prozeß soll in Kürze beginnen.

So kam es auch nicht zu einem besinnlichen Trauermarsch, sondern zu einem militanten und erregten Protestzug, der sich auf der gleichen Strecke wie am 21.5. zum Rathaus bewegte. „Die Straßen von San Francisco gehörten in der Nacht uns. Sie wollen die Schwulen und Lesben in ihre Schranken prügeln — aber um so härter sie prügeln, desto härter wehren wir uns!“ („Workers World“, 7.12.79).

USA-Kommission

Kita im Exil, Frankfurt

Ein Kinderhaus soll gegründet werden

Im April 1978 löste Frankfurts CDU-Bürgermeister Wallmann bei Nacht und Nebel, unter Zuhilfenahme seiner Polizei, die Kitas auf. Das waren 19 städtische Kindertagesstätten, die versucht hatten, eine freie und fortschrittliche Erziehung zu praktizieren. Jetzt, zwei Jahre danach, soll ein Stück Kita wiedererstehen. Der Verein „Kita im Exil“, dem sowohl alte Kita-Eltern und -Erzieher angehören als auch neue Aktive in Sachen alternative Erziehung, will 1980 ein Kinderhaus für 80 Kinder eröffnen.

Der Plan, in freier Trägerschaft, d.h. ohne direkte organisatorische Abhängigkeit von der Stadt, in einem Kinderhaus die Kita-Tradition fortzuführen, entstand schon unmittelbar nach Schließung der Kitas. Die Arbeit des Vereins „Kita im Exil“ in den zurückliegenden ein- bis zwei Jahren an diesem Plan war offenbar mühsam. Das ist verständlich bei den Problemen, die ein solches Projekt mit sich bringt (geeignete Räume, realistische Kalkulation der Kosten usw.). Die Leute von „Kita im Exil“ beschreiben, warum sie an ihrem Plan festgehalten haben:

— „FVV-Kampf (Fahrpreiskampf, AK), kann man irgendwann einstellen, man setzt sich ins Auto und

fährt weg. Die Kinder kann man nicht aufgeben.“

— In den herkömmlichen Kindertagesstätten läßt sich nichts zum Besseren verändern: „Bessere Bedingungen waren nicht zu erkämpfen, da die Kinder das Mitkämpfen verweigert haben. Die Kinder wurden unselbständiger, sie trauten sich nicht mehr so viel zu ... Für sie brauchen wir das Kinderhaus.“

— „Den Stadt-Typen gegenüber wollen wir nicht unrecht haben. Kinderhaus muß möglich sein.“

— Die Unterstützung von außen, das Interesse, auch nach der Schließung der Kitas etwas über diese Projekte zu erfahren.

— Schließlich die Tatsache, daß zu den „alten“ Kita-Kindern neue kamen, teilweise geboren wurden, für die ein Kinderhaus zur Verfügung stehen muß.

Die Ausdauer hat sich offenbar gelohnt. Nach langem Suchen ist ein Haus zum Kauf angeboten worden mit Platz für 80 Kinder. Jedes Kind soll (statistisch gesehen) sechs Quadratmeter Platz bekommen (paradiesisch angesichts gängiger „Raumrichtfrequenzen“ in städtischen Heimen). Ermöglicht werden soll der Kauf durch ein Darlehen; allerdings will

der Verein, um die Belastung in Grenzen zu halten, bis zum März 200.000 DM Eigenmittel aufbringen.

Das wesentliche Problem für eine gesicherte Arbeit eines Kinderhauses in Frankfurt wird es sein, die Stadt dazu zu bringen, die Kosten für die Betreuung der Kinder dem Kinderhaus genauso zu erstatten wie ihren eigenen städtischen Kindertagesstätten. Diese Forderung ist ja z.B. gerade, wenn auch reichlich spät, in Hamburg für das Kinderhaus Heinrichstraße durchgesetzt worden. Um die Lösung des Problems in Angriff zu nehmen, das notwendige Eigenkapital zusammenzubekommen (zu dem u.a. durch ein Drittel des Erlöses der letzten Kinderhaus-Konzerte in Hamburg ein Beitrag geleistet worden ist), hat der Verein „Kita im Exil“ Arbeitsgruppen gebildet. „Wer Interesse hat, in einer dieser Gruppen mitzuarbeiten, wer Vorschläge hat, kann sich an uns wenden. Wir sind daran interessiert, daß die Arbeit für das Kinderhaus zu einer breiten Bewegung wird.“

Na denn, hier die Kontaktadresse:

Kita im Exil e.V.

Peterstraße 4

6000 Frankfurt/Main

Kinderkommission Hamburg



Besser „olle Kamellen“ als neue Thesen

Ein Beitrag zur Kinderdiskussion

Im AK 166 („Keimform“-Artikel) konstatiert die Kinderkommission (Kiko), daß die Lage von Eltern und Kindern im KB sich nicht oder kaum verbessert hat. Ergebnis einer Untersuchung der Kiko ist, „daß der überwiegende Teil der Kinder im KB nicht mehr mit seinen leiblichen Eltern zusammenlebt, sondern eine oder mehrere Trennungen von Bezugspersonen hinter sich hat. ... Geherell sind Genoss(inn)en, die ausgetreten sind, der Auflösung ihrer Beziehungen und Familien weit stärker entgangen (was allerdings noch nichts über die Qualität solcher „Familien“ sagt — Die Verfasserin). Trennungen von Eltern, der damit verbundene Clinch und die Folgen für die Kinder sind also Alltag im KB, kein subjektivistisches Empfinden von Eltern, die gerade den Trennungsschock verarbeiten. Und: diese ganze Situation ist unzweifelhaft nur zu erklären daraus, daß die Eltern im KB politisch arbeiten, und daß es verdammt schwer war und ist, das mit der Erziehung eines Kindes zu vereinbaren.“ Also Emanzipation der Kinder doch besser ohne kommunistische Organisation?!

Die Kiko kritisiert die Genossin S., die der Ansicht ist, daß nicht die Trennung von Elterngegnossen an sich schlimm ist, sondern die Tatsache, daß die Kinder dabei oft die Hauptleidtragenden sind. Es sei schon schlimm, daß solche Beziehungen kaputtgehen, meint die Kiko, und führt dann eine Reihe von kritikwürdigen Zuständen in der Organisation an, die solche Entwicklungen unterstützen. Hier werden meiner Ansicht nach zwei Dinge miteinander vermischt und das Pferd von hinten aufgezäumt: 1. Hier wird der Eindruck erweckt, als ob Beziehungen mit Kindern hauptsächlich an dem Widerspruch Kind/politische Arbeit aufliegen. Dies müßte allerdings konkret untersucht und bewiesen werden. M.E. gehen solche Beziehungen wie andere auch in erster Linie an den Schwierigkeiten in diesen Beziehungen selbst kaputt. Wobei sich dann insbesondere für Genossinnen die Tatsache, mit einem Mann ein Kind zu haben, oft als Hemmschuh beim Wunsch nach einer Trennung auswirkt (analog zur bürgerlichen Ehe). Einmal ganz materiell, eben mit dem Kind alleine dazustehen, dann Schuldgefühle dem Mann gegenüber, dem Kind gegenüber — einfach, sich nicht so „frei“ entscheiden zu können wie eine Frau ohne Kind. 2. Man muß sich doch konkret die Frage stellen, ob es dem Kind mehr nützt, mit Eltern zusammenzuleben, die ständig Streit haben, sich gegenseitig nerven, kein liebevolles Verhältnis zueinander haben, was sich ja stark auf das Kind überträgt, oder ob eine Trennung nicht besser ist, wenn sie dazu führt, daß die Eltern jeder für sich besser klarkommen, ohne daß dabei dem Kind die Möglichkeit genommen wird, zu beiden Teilen den Kontakt zu behalten.

Nun — die Kiko schreibt auch: „Wenn wir all das als so schlimm angreifen, dann nicht als Aufruf zum Kinderkrieg oder Kitten von Beziehungen, sondern als Forderung, eine Organisation zu werden, in der Kinder und Politik vereinbar werden, ohne daß Eltern bzw. Kinder dabei auf der Strecke bleiben.“ Dies gibt zwar allgemein die Richtung an, in die wir arbeiten müssen, lösen läßt sich dieser Widerspruch politische Arbeit/Kind allerdings nicht in der kommunistischen Organisation, ebenso wenig wie sich die Frauenunterdrückung durch den Mann lösen läßt ohne Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Wenn man sich die Verhältnisse in der Organisation ansieht, wie stark der ideologische Einfluß und Druck der kapitalistischen Umwelt (in den „Thesen“ ist von einem „Roll-Back“ die Rede) bei uns einwirkt, stellt sich doch die Frage, wie man den Kampf gegen solche Verhaltensweisen aufnimmt. Die Kiko führt selbst einige Beispiele für den verheerenden Zustand an: „Elterngegnossen fangen an, Prügel und andere Gewaltmaßnahmen zu verhängen. Kinder wissen abends nicht, wer sie abholt, wo sie schlafen, wer sie ins Bett bringt.“ und und und. Bereits auf der AG Kinder vom Vorkongreß konnte keine Vereinheitlichung darüber erzielt werden, ob Schlagen von Kindern im KB nichts zu suchen hat, obwohl dort gewiß Aktivist(inn)en in Sachen Kinder versammelt waren. Die Tatsache, daß Genoss(inn)en an der Frage der scharfen Repression gegen Kinder — nämlich Schlagen — ernsthaft überlegen, ob das nicht mit dem gesellschaftlichen Druck entschuldbar sei, ist m.E. schlagender Beweis für die ideologische Versumpfung und Anpassung an die uns umgebenden Verhältnisse, ganz zu schweigen von anderen kommunistischen Organisationen, die die Kinderfrage gar nicht auf der Platte haben.

Aber gerade auf die Frage, wie man diesem Umstand Rechnung trägt, werden in den „Thesen“ zur Kinderfrage unzureichende und zum Teil falsche Antworten gegeben, die m.E. hinter den auf dem Vorkongreß erreichten Diskussionsstand zurückfallen. Im Bericht der AG (UW 25) heißt es: „Die übrigen Teilnehmer stimmen zu, daß die Frage der Betreuung und Erziehung der Kinder nicht all- einiges Problem der betroffenen Elterngegnossen sein darf. Kritisiert wurde aber auch die Haltung, im wesentlichen erst einmal auf die konkrete Hilfe der Genossen und Genossinnen zu warten, die Übernahme der Betreuung durch die Ortsgruppe als Selbstverständlichkeit zu betrachten. Dem gegenüber gestellt wurde, daß die betroffenen Eltern selbst Schritte unternehmen müssen, für ihre Kinder etwas zu schaffen, die Arbeit mit Kindern initiativ zu übernehmen und die Organisation zu drängen, dabei mitzu-

machen. Der dann aufgetretene Widerspruch soll anhand konkreter Berichte u.a. im AK diskutiert werden.“

Die „Thesen“ zur Kinderfrage 1 und 2 bringen dagegen bewußt nur die eine Seite, nämlich die kinderlose Mehrheit der Organisation, ins Spiel: „Das Hauptproblem bei der Lösung des Widerspruchs zwischen der Erziehung eines (oder mehrerer) Kinder und der politischen Arbeit im KB liegt in der Ignoranz der meisten Genossen diesem Widerspruch gegenüber.“ Ich breite das: Ursache für diesen Widerspruch ist in erster Linie der Druck, den Anforderungen des Klassenkampfes gerecht zu werden. Und in These 2 wird darauf verwiesen, „daß in der Regel die mangelnde Unterstützung aus der Organisation und der Druck kinderloser Genossen Ursache dafür ist, daß Genossen keine Perspektive mehr für eine Arbeit im KB sehen.“ So verständlich es ist, daß der Verfasser der „Thesen“ sich erstmal schützend vor die Elterngegnossen stellt (was Vorwürfe des Ausflippens wegen Kindern betrifft), so sehr erweist er eben diesen Genossen einen Bärendienst mit dem einseitigen Verweis auf die kinderlose Mehrheit im KB. Tatsache ist nun einmal, daß die Sache der Kinder nur in dem Maße vorankommt, wie die Kinder und Eltern sie selbst in die Hand nehmen. D.h. der Individualisierung und Privatisierung der Kindererziehung kann nur entgegengetreten werden, wenn die Eltern der Motor sind, die Organisation mit konkreten Forderungen konfrontieren und um ihre Durchsetzung kämpfen (s. Bericht von der AG). D.h. nicht die Ansprüche zurückzuschrauben. Im Gegenteil, diese im Konkreten anzumelden, und das nicht in der Pose des Bittstellers, in die unsere Elterngegnossen noch allzu oft gedrängt werden. Dabei muß natürlich der Tatsache Rechnung getragen werden, daß das Eingehen auf solche Forderungen, das Bewußtsein für solche Probleme, eben nicht bei der Mehrheit der Genossen vorausgesetzt werden kann, so bedauerlich das auch ist. Damit Eltern und Kinder ein solcher Motor sein können, müssen allerdings in der Organisation bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden, angefangen bei so einfachen Dingen wie der Regelung von Terminen bis hin zur Einrichtung von Kinderverantwortlichen in Ortsgruppen, d.h. Genossen auch vom Zeitaufwand im Verhältnis zu anderen Aufgaben die Möglichkeit zu geben, auf dem Gebiet Spezialist werden zu können, daß ihre Arbeit genauso ernst genommen wird wie andere, daß sie in der Lage sind, an kommunistischen Erziehungsvorstellungen zu arbeiten, an der Untersuchung der Lage der Kinder am Ort, in der Organisation, daß sie Elterngegnossen-Treffen durchführen können usw.

Was die Rückzugstendenzen betrifft, so hat die Sache auch zwei Sei-

ten: Es muß doch auch darum gehen, bei solchen Tendenzen schon einzuwirken, die Genossen nicht in Ruhe zu lassen (womöglich noch mit dem Argument, sie habens ja so schwer). Jeder Elternteil kennt den Unterschied zwischen Situationen, wo die Kinder zum Vorwand genommen werden, um sich zu verschansen, und solchen, wo die Kinder tatsächlich soviel Kraft kosten, daß man einfach nicht mehr kann. Nicht von ungefähr haben sich Genoss(inn)en, die ausgestiegen sind nicht nur über mangelnde Unterstützung bzw. direkte Unterdrückung der Diskussion über Kinderarbeit im KB beschwert, sondern auch darüber, daß man sie hängen ließ, keine politischen Ansprüche in anderen Fragen mehr an sie gestellt hat, sie als Elterngegnossen mit „halber Kraft“ akzeptiert und quasi abgeschrieben hat.

Statt also einfach „zurückzuweisen“, wie in These 2, wäre es m.E. besser gewesen, konkret zu untersuchen, wie solche Fragen in der Organisation behandelt wurden, damit beide Seiten daraus lernen können.

In einem weiteren entscheidenden Punkt unterscheiden sich die „Thesen“ vom Diskussionsergebnis der AG vom Vorkongreß, ohne allerdings den dazwischenliegenden Diskussionsprozeß nachvollziehbar zu machen: In der Frage der Behandlung von Gewalt gegen Kinder durch Genossen. Auf der AG wurde der Vorschlag gemacht: „Genossinnen und Genossen, die (ihre) Kinder schlagen, werden beurlaubt, um Zeit und Gelegenheit zu haben, gründlich über ihr Fehlverhalten nachzudenken und zu diskutieren.“ In These 4 heißt es nun: „Es ist mit der Mitgliedschaft im KB unvereinbar, ein Kind körperlich oder psychisch zu mißhandeln oder zu vernachlässigen.“ Mit dieser These müßten wahrscheinlich die Mehrheit der Eltern oder Genossen, die an Kindererziehung beteiligt sind, aus dem KB ausgeschlossen werden. Mit solcher Scheinradikalität kommen wir der Kinderfeindlichkeit in der Organisation nicht bei! In der Gleichbehandlung von körperlicher und psychischer Mißhandlung liegt zudem eine Verharmlosung des Schlagens, die solcher scharfen Repression nun wirklich nicht gerecht wird. Hier wird ein Anspruch entwickelt (psychische Mißhandlung und Vernachlässigung — wo fängt sie an? — wer bestimmt das?) der mit den Menschen, die sich bei uns organisieren, nicht einlösbar ist, und der jede Möglichkeit zur Überzeugungsarbeit, die ja gerade in der Beurlaubungsmaßnahme enthalten sein sollte, verbaut.

Oder soll die hier vorgetragene Rradikalität vielleicht die Bündnispartner oder ehemalige KB'ler (innen) davon überzeugen, daß es im KB in der Frage kein Pardon gibt und es in der kommunistischen Organisa-

tion doch nicht so schlimm ist wie angenommen?

Im krassen Mißverhältnis zu den hohen Ansprüchen, die in der Organisation entwickelt werden, stehen die dürftigen Aussagen über den Stand der Kinderinitiativen und pädagogischen Vorstellungen im KB im Rahmen der Thesen. Angriffe auf fortschrittliche Projekte und Initiativen auf dem Kindersektor werden zwar skizziert, von Möglichkeiten der Gegenwehr aber kaum gesprochen. Nicht einmal die hervorragenden Erfolge einzelner Initiativen werden erwähnt, obwohl gerade diese eine Ermunterung für jeden engagierten Menschen in Sachen Kinder (und nicht nur da!) darstellen, und aus denen gerade kommunistisch organisierte Eltern lernen können. Solche Erfolge sind zudem das Beispiel dafür, wie man kinderlose Menschen für die Sache der Kinder begeistert und sie in den kollektiven Kampf einbezieht! Gerade wenn man bedenkt, daß wir einer rasanten Verschlechterung unserer und der Kinder Lage in den nächsten Jahren entgegengehen, wo sich die Kinderfrage den Kommunisten nicht nur an ihren eigenen und ihrem Umfeld, sondern womöglich im Massenmaßstab stellt, sind die Erfahrungen solcher Initiativen für uns äußerst wichtig.

Was die Entwicklung einer kommunistischen Pädagogik betrifft, so kann an Thesen gewiß nicht der Anspruch gestellt werden, ein solches Konzept ausführlich darzustellen. Unzulässig ist allerdings das Vorgehen des Verfassers, einfach Behauptungen über sog. „Klassiker der Pädagogik, die in der Regel nicht die Bewährungsprobe bestanden haben“, aufzustellen, ohne sie zu belegen. Das wird auch nicht besser durch den Hinweis, daß mit der sog. „proletarischen Erziehung“ viel Schindluder getrieben worden sein soll. Konkrete Beispiele fehlen. Warum wird hier nicht konkret an Artikeln aus dem AK oder, was mir noch wichtiger erscheint, an Erfahrungen von Initiativen entwickelt, welche Auseinandersetzungen heute geführt wird? Stattdessen wird über Klassiker in Anführungsstrichen lamentiert, sie in die hinterste Stufe der zu untersuchenden Themen verwiesen, Zugestanden, die Texte kommunistischer Pädagogen sind „nur“ historische Erfahrungen. Aber das ist bei fast allen Texten der Klassiker der Fall. Man darf sie niemals schematisch auf die heutige Situation übertragen. Wenn es solche Tendenzen gegeben hat, muß das konkret dargestellt werden. Auf jeden Fall kommen wir ohne diese Erfahrungen nicht aus, denn wir wollen doch eine kommunistische Kindererziehung entwickeln und nicht nur eine „freie“!

Eine Flensburger Genossin
(Mitglied der ZL-Gruppe)

Antifaschistische Bücher

Zur Frankfurter Buchmesse 1979 erschienen zwei antifaschistische Bücher, die wir hier vorstellen wollen: Sie behandeln die NS-Verbrechen an Kindern.

„Feinde des Lebens“ - NS-Verbrechen an Kindern.
Erschienen im Röderberg-Verlag, 316 Seiten, ISBN 3-87682-719-1. Im Vorwort schreibt Luise Rinser: „Als ich zum ersten Mal im Museum des Martyriums der Völker in Auschwitz die Haufen von Kinderschühchen und zerbeulten Nachschöpfchen sah, fiel ich in Ohnmacht.“

Die Kindermörder von damals leben heute straflos als angesehene Staatsbürger unter uns.“

Das mit umfangreichen Schrift- und Foto-Dokumenten versehene Buch behandelt faschistische Kindererziehung, Kindermorde, die als „Euthanasie“ getarnt waren, Verschleppung und Kindertransporte. Ein weiteres Kapitel berichtet über Geiselnahmen und Kindermord (Lidice, Oradour sur Glane, Montecchia di Crossara, Toriana und Civitella, Klisura, Disomon, Kragujevac, Kinder aus der Sowjetunion). Außerdem wird über die „Heuaktion“, Verschleppung zur Zwangsarbeit, über den Kinderraub für das „Germanisierungsprogramm“, über Kinder im KZ und verbrecherische „Experimente“ an Kindern berichtet.

Obwohl es bisher keine umfassende Aufstellung über die genaue Anzahl der in KZ's verschleppten und ermordeten Kinder gibt, da die meisten Unterlagen und Dokumente vernichtet wurden, werden in dem Buch einige Zahlen genannt, die das Ausmaß erahnen lassen:

„Im Zeitraum vom 1. September 1939 bis zum 8. Mai 1945 kamen um und wurden ermordet in Polen etwa 1.800.000 Kinder bis zum 16. Lebensjahr, davon etwa 600.000 jüdische Kinder einschließlich der Jahrgänge bis zu 18 Jahren, was zusammen mit 225.000 Kleinkindern insgesamt 2.025.000 ermordete Kinder und Kleinkinder in Polen ergibt.“

Unter den 6 Millionen durch die Nazis in Europa ermordeten Juden gab es 1.200.000 Kinder.

Die Zahl der Zigeunerkinder, die in Konzentrationslagern inhaftiert waren, ist nicht bekannt. Es existieren Fotografien von Zigeunerkindern und Lagerlisten von Zigeunern mit Kindern in beträchtlicher Anzahl aus einzelnen Lagern.

Im Lager Auschwitz wurden nach dem Kriege die Kleider von mehr als 115.000 Kindern und Säuglingen im Alter bis zu elf Jahren gefunden. Gelebt hatten bei der Befreiung nur noch etwas weniger als 200 Kinder.“

Das Buch schließt mit dem Kapitel „Hilfe, Solidarität und Widerstand“, in dem über zahlreiche Hilfsaktionen berichtet wird, Kinder durch Verstecken, Nahrungsmittelbeihilfe, Solidarität und Widerstand“, in dem über zahlreiche Hilfsaktionen berichtet wird, Kinder durch Verstecken, Nahrungsmittelbeschaffung und kleine Geschenke am Leben zu halten und ihnen Freude zu bereiten.

Das zweite Buch ist das Textbuch zum Film der belgischen Filmregisseurin Lydia Chagoll:

„Im Namen Hitlers - Kinder hinter Stacheldraht“.
Es ist erschienen im Pahl-Rugenstein/Röderberg Verlag, ISBN 3-7609-0477-7.

Das Bildmaterial stammt im wesentlichen aus dem gleichnamigen Film. Der Text enthält ausschließlich Zitate aus Nazi-Publikationen: Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, Erlasse, Kriegstagebüchern, Meldungen, Berichte, Texte aus Schulbüchern und politischen Schriften.

Dokumentiert werden auch antisemitische Kinderbücher und Schulbücher, so z.B. Zeichnungen aus dem Kinderbuch „Der Giftpilz“. So etwa Texte des Nazi-Stadtschulrates Fritz Finck über die „Judenfrage“ im Unterricht: „Wie sollen wir unseren Schülern den Juden darstellen? Darauf gibt es nur eine Antwort: In seiner ganzen Ungeheuerlichkeit, Fürchterlichkeit und Gefährlichkeit.“

Abschließend sei hingewiesen auf ein Buch, das sich zwar nicht mit dem Schicksal von Kindern unter der Nazi-Diktatur beschäftigt, aber den Anspruch stellt (und einlöst), antifaschistische Bildung unter Jugendlichen zu fördern:

„Zurückgeschossen“ - 1933 und die Zeit danach. Ein Lesebuch. Herausgegeben wurde dieses Buch von Dieter Bongartz im Weltkreis-Verlag, ISBN 3-88142-213-7. Im Klappentext heißt es: „Von Mitleidern und Tätern, von Krieger und Opfern, von denen, die widerstanden, und der Zeit nach dem Krieg berichten in diesem Buch 16 Autoren.“ Es sind: Heinrich Böll, Freye Eisner, Alexander Goeb, Degehhardt, Werner Heiduczek, James Krüss, Siegfried Lenz, Richard Limpert, Peter Malwald, Hansjörg Martin, Leonie Ossowski, Egon Schmidt, Dieter Schubert, Peter Schütt, Martin Speer, Margret Steinfatt.

Kinderkommission Hamburg

CDU will Gesamtschule kaltstellen

Ruf doch mal an ...



In Frankfurt scheinen die Ausmaße der über zweieinhalbjährigen CDU-Herrschaft einem neuen Höhepunkt entgegenzusteuern. Einmal mehr sind Schüler und Jugendliche die Opfer. Nach den Angriffen auf Kitas, TAT und Abendgymnasium soll jetzt die Gesamtschule Bockenheim-Süd (GBS) mit der dazugehörigen gymnasialen Oberstufe (GOS) kaltgestellt werden.

In dem längst überholten Schulentwicklungsplan II (Ende der 60er Jahre erschienen) war vorgesehen, in Bockenheim zwei „Schulzentren“ zu errichten:

- ein Schulzentrum in Bockenheim-Süd für die Klassen 5 - 10
- ein Schulzentrum in Bockenheim-Nord durch Zusammenfassung der Gebäude der Sophieschule und der alten Liebigsschule für die Klassen 5 - 10 - mit „Aufbaugymnasium“ und Oberstufengymnasium. Zu diesem Zweck war ein Umbau des alten Liebigsschulgebäudes vorgesehen.

Von diesen hübschen Plänen ist lediglich die Gesamtschule Bockenheim-Süd (GBS) als additive Gesamtschule verwirklicht worden. Da diese Schule aber nur die Sekundarstufe I (5 - 10 Klasse) umfaßte, wären Schüler, die das Abi machen wollen, gezwungen gewesen, nach Abschluß der 10. Klasse von der Gesamtschule auf eines der Renomiegymnasien (Paukanstalten) in den umliegenden Stadtteilen zu wechseln. Daher wurde 1974 auf Druck fortschrittlicher Eltern, Lehrer und Schüler auf dem Gelände der GBS die „Gymnasiale Oberstufenschule Bockenheim-Süd“ als Provisorium ins Leben gerufen. Sie hat laut Gründungserlaß die besondere Aufgabe, Realschulabgänger aus dem ganzen Stadtgebiet aufzunehmen.

Das Schulzentrum in Bockenheim-Süd ist damit die einzige schulische Einrichtung im Stadtteil, die den Schulabschluß „Abitur“ ermöglicht. Dementsprechend wirkt sich auch die schlechte materielle Situation an der Oberstufe aus, die in einem ehemaligen Bürogebäude untergebracht ist (steigende Schülerzahlen - gleichbleibende Raumausstattung).

Folge dieser prekären Situation ist erstens, daß immer mehr Schülern die Aufnahme in diese (unter Schülern sehr beliebte) Schule verweigert werden muß. Zweitens: Die Situation an der Schule selbst wird für Schüler immer unerträglicher. Viele haben fast täglich nachmittags Unterricht und zwischendrin etliche Freistunden. Für die Verbringung von Freistunden steht lediglich ein häßlicher, sehr verwahrloster, mit Schuleinheitsmobiliar ausgestatteter „Aufenthaltsraum“ zur Verfügung. Eine dringend notwendige Cafeteria existiert nur in den kühnsten Schülerräumen. Welch enormen Freizeitwert dieser sogenannte „Aufenthaltsraum“ besitzt, zeigt die simple Tatsache, daß selbst im frostigsten Winter die meisten Schüler es vorziehen, draußen im Schneematsch rumzustehen. Nachmittags wird der „Aufenthaltsraum“ zusätzlich von ausländischen Jugendlichen, mangels anderer Freizeitmöglichkeiten, mitbenutzt.

Initiativen für einen zweiten und/oder besseren Aufenthaltsraum gibt es an der Schule schon länger. Ein Go-in beim Schulleiter mußte jedoch erfolglos bleiben, da dieser für die Mißstände nicht verantwortlich ist; er steht selbst mit den entsprechenden Behörden im Papierkrieg.

Eine „Bürgerversammlung“

Eine Veranstaltung unter dem Motto „Bockenheimer Bürger fragen - Der Magistrat antwortet“ fand im Oktober letzten Jahres statt. Schulleiter Bernhard Mihm war mit von der Partie. Das konnten wir uns (einige Schüler der GOS) natürlich nicht entgehen lassen.

Unter Tagesordnungspunkt 1 wurden u.a. erst einmal sämtliche Hoffnungen auf das baldige Entstehen eines Jugendzentrums in Bockenheim zunichte gemacht. Als zweites stand schließlich die Schulplanung im Stadtteil auf der Tagesordnung. Bevor wir etwas bezüglich unserer Raumnot fragen konnten, bekamen wir von Mihm in einem Vortrag nebenbei erzählt, daß die CDU-Fraktion vorhat, in dem alten (leerstehenden) Liebigsschulgebäude (wo ursprünglich das „Schulzentrum Bockenheim-Nord“ geplant war) ein traditionelles Gymnasium einzuquartieren.

Nach einigen unbequemen Fragen unsererseits wurde uns kurzerhand das Mikrophon abgestellt.

Was führt die CDU im Schilde?

Was es mit dem geplanten Konkurrenzgymnasium im Gebäude der alten Liebigsschule auf sich hat, ist nicht schwer zu erraten. Bockenheimer Schüler mit Abitur-Plänen sollen davon abgehalten werden, die Gesamtschule zu besuchen. Angesichts der ohnehin schon sehr dünnen Jahrgangsbreite des Gymnasialzweiges der GBS bedeutet dies eine ernsthafte Bedrohung für das zukünftige Bestehen dieses Zweiges.

Eine Austrocknung des Gymnasialzweiges würde den Sinn der Existenz dieser Gesamtschule liquidieren. Besonders in Bockenheim (extrem hoher Ausländeranteil, Arbeitermilieu) ist die Gesamtschule von Nöten. Sie hat den Zweck, unterprivilegierten Kindern einen höheren Schulabschluß zu ermöglichen, als sie normalerweise im 3-gliedrigen Schulsystem erreichen könnten.

Die Vorstellungen der Frankfurter CDU-Fraktion stecken daher voll blankem Zynismus. So behaupten sie, daß das neue Gymnasium besonders für die Ausländerkinder attraktiv werden soll. Als zweite Fremdsprachenkern-Zynismus. So behaupten sie, daß das neue Gymnasium besonders für die Ausländerkinder attraktiv werden soll. Als zweite Fremdsprache wollen sie die jeweilige Heimatsprache anbieten. Wie groß ist denn heute der Anteil der Ausländerkinder, die die Möglichkeit haben, das Gymnasium zu besuchen? Wohl vergleichsweise gering, gegenüber der Anzahl derjenigen, die in der Gesamtschule die Abschlußprognose Abitur erhalten.

Doch Gesamtschulen sind ja bekanntlich „sozialistische Einheitschulen“ (Originalton Strauß). Sie

zu fördern bzw. zu erweitern (z.B. auf eben dem Grundstück der alten Liebigsschule) ist gegen die Prinzipien schüler- und ausländerfeindlicher CDU-Politik.

Für die Oberstufenschule in Bockenheim-Süd dürften die Auswirkungen eines Konkurrenzgymnasiums nicht weniger fatal werden. Zunächst könnten wir uns sämtliche Hoffnungen auf materielle Verbesserungen (Errichtung einer Cafeteria, schülergerechte Ausstattung des Aufenthaltsraums etc.) getrost abschmecken. Investiert wird nur in das neue Gymnasium (19 Millionen-Projekt!).

Nach unseren bisherigen Erfahrungen mit der neuen Rathaus-Mehrheit (s.o.), wird es wohl anschließend nicht lange dauern, bis die GOS mit Hinweis auf deren provisorischen Charakter und ein bereits bestehendes Gymnasium im Stadtteil einfach dicht gemacht wird. Ein weiterer Dorn im Auge der Reaktionen wäre entfernt...

Doch ohne einen miesen Trick könnte die CDU ihre schwarzen Pläne nicht verwirklichen. Um ein neues Gymnasium zu gründen, bräuchte sie die Einwilligung der Landesregierung (SPD/FDP). Da dies eventuell Schwierigkeiten mit sich bringen könnte, versucht sie die neue Schule als Dependence (= Ableger) des Goethe-Gymnasiums aufzuzeichnen. Solche Angelegenheiten fallen nämlich in die Zuständigkeit der Stadt.

Es ist wieder einmal das alte Lied. Was die SPD versäumt, kann die CDU in Windeseile für ihre Pläne nutzen! Wäre einer der Schulentwicklungspläne (II, Ende der 60er Jahre, oder III, ca. 1973) verwirklicht worden, dann wäre in Bockenheim-Nord gar kein Platz mehr für eine gymnasiale Paukanstalt. Dort stünde jetzt nämlich das „Schulzentrum Bockenheim-Nord“ (Schulentwicklungsplan II) oder zumindest eine additive Gesamtschule mit Sekundarstufe I (Schulentwicklungsplan III).

Wie im Großen (Liquidierung der Gesamtschulen im ganzen Bundesgebiet), so laufen die Mechanismen auch im „Kleinen“ ab (Beispiel Bockenheim).

- Aufgrund der skandalösen Entwicklung hat sich eine Initiative zusammengetragen, zur Verteidigung der Gesamtschule und der gymnasialen Oberstufe Bockenheim-Süd. Hierin arbeiten Lehrer, Schüler und Eltern beider Schulen mit. Wenn auch unsere Vorstellungen über das taktische Vorgehen noch nicht vereinheitlicht sind, so wissen wir doch was wir wollen:
- Kein Konkurrenzgymnasium in Bockenheim-Nord und anderswo - stattdessen teilweise Verlagerung des „Schulzentrums“ Bockenheim-Süd nach Bockenheim-Nord
 - Kein Konkurrenzgymnasium in Bockenheim-Nord und anderswo - stattdessen teilweise Verlagerung des „Schulzentrums“ Bockenheim-Süd nach Bockenheim-Nord
 - Erhaltung der GBS
 - Erhaltung der GOS
 - Mehr und bessere Aufenthaltsräume sowie eine Cafeteria für beide Schulen
 - Bessere materielle Zuwendungen insgesamt!

Schüler/innen im Kommunistischen Bund (Frankfurt)

„Volksbegehren“ gegen Förderstufe in Vorbereitung

Der hessische Elternverein, ein der CDU nahestehender Verband bürgerlicher und kleinbürgerlicher Kräfte, hat mit den konkreten Vorbereitungen für ein „Volksbegehren“ gegen die Einführung der Förderstufe begonnen. Und schon zeichnet sich auch ab, daß die SPD/FDP-Regierung ihre Versprechungen gegenüber den Schülern und Eltern der benachteiligten Schichten nicht halten wird.

Die Förderstufe sieht vor, daß alle Schüler nach der Grundschule zwei weitere Jahre gemeinsam unterrichtet werden und erst danach eine Differenzierung nach dem herkömmlichen, dreigliedrigen Schulsystem vorgenommen wird. Bisher besuchen ca. 50 % der 5 und 6-Klässler die Förderstufe. In der gegenwärtigen Auseinandersetzung geht es um die Einführung der flächendeckenden Förderstufe.

Obwohl die Förderstufe weit von den früheren Versprechungen der SPD auf Einführung der Gesamtschule entfernt ist, ist sie als letzter Überrest dieser Versprechungen ins Tromelfeuer der Reaktion geraten. Der Elternverein greift vor allem an, daß mit der Förderstufe die gymnasiale Ausbildung um zwei Jahre verkürzt wird und die scharfe Trennung zwi-

schen Hauptschule und Gymnasium zumindest in diesem Zeitraum nicht besteht. Dies entspricht dem klassischen Interesse der Mitglieder des Elternvereins, die für ihre Sprößlinge eine Sonderstellung im Bildungswesen fordern. Das ganze läuft unter der Parole von der „Wahlfreiheit“ der Eltern, wobei sie sich natürlich um die „Wahlfreiheit“ der von diesem Bildungssystem Benachteiligten nicht kümmern.

Der CDU geht es dabei um das Roll-back in der Bildungspolitik überhaupt. Sie entfacht an der Einführung der Förderstufe eine demagogische Kampagne gegen die „Gleichmacherei“. Sie ist ein Teil des Kampfes gegen die Gesamtschule, wie von den CDU-Ministerpräsidenten und insbesondere F.J. Strauß entfacht worden ist.

Mit starken Worten hat die SPD/FDP-Regierung bisher die Einführung der Förderstufe verteidigt. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß schon konkrete Überlegungen bestehen, die Planung auf Jahre hinaus hinauszuschieben. Aus Regierungskreisen wird schon jetzt darauf hingewiesen, daß die Förderstufe bis 1982 Investitionen von mindestens

110 Mio DM erfordern würde, die jedoch noch nicht bereitgestellt worden sind. Die FDP-Führung hat schon verlauten lassen, ob auf eine Durchführung der Planung nicht „vorerst“ verzichtet werden könne.

Der Elternverein wird Ende Januar auf einer Versammlung über einen Text über das „Volksbegehren“ entscheiden. Dann muß er 800.000 Unterschriften sammeln, um dieses Begehren anerkennen zu lassen. Erst dann kann es eine Volksabstimmung geben. Bis dahin hat die SPD/FDP-Regierung weitere Zeit, um von den Planungen abzurücken.

Inzwischen ist jedoch auch als Gegenreaktion der „Elternbund Hessen“ (SPD-nahe) gegründet worden. Gemeinsam mit dem DGB, den Jusos, der GEW, der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule, der Arbeiterwohlfahrt, dem Jugendring hat er sich auf ein gemeinsames Vorgehen gegen das „Volksbegehren“ des Elternvereins geeinigt. Konkrete Planungen sind noch nicht bekannt. Von den Jusos wurde vorgeschlagen, eine eigene Volksabstimmung für die Förderstufe und für die integrierte Gesamtschule durchzuführen.

Lehrergruppe, Hamburg

Wie die „roten blätter“ des MSB Spartakus in ihrer neuesten Ausgabe berichten, hat ein gewisser „Kollege Jedermann“ sich um weitere Recherchen über die Zusammenarbeit zwischen Hochschulbürokratie und Verfassungsschutz bemüht. Als Kriminalrat Bunte oder Frenschke vom 14. Kommissariat (Politische Polizei) meldete er sich bei 15 Hochschulverwaltungen im gesamten Bundesgebiet, um Auskünfte über Studenten einzuholen.

Keine der angerufenen Verwaltungen verweigerte die Zusammenarbeit. Die Beamten gaben ohne zu zögern alles weiter, was in den Unterlagen der Hochschulen registriert oder ihnen auch nur vom Hörensagen bekannt ist: in welcher politischen Organisation die Betroffenen sind, ob sie zu Wahlen kandidiert oder sich an Demonstrationen, Vorlesungssprengungen o.ä. beteiligt haben, Regierungsrat Drerup von der Universität Claustal-Zellerfeld las am Telefon aus den Personalakten einer Studentin vor:

Drerup: „...Sie ist ja hierher gekommen aus der DDR ... Mutter ist Krankenschwester, '56 geflüchtet aus politischen Gründen.“

Bunte: „Aus politischen Gründen? Näheres ist da nicht bekannt?“

Drerup: „Nee, dann kamen mehrere Flüchtlingslager... Entschluß, einen naturwissenschaftlichen Beruf zu ergreifen, dann hat sie einen Unfall gehabt mit einer Gehirnerschütterung... Am 4. Juli 1974 heiratete ich den Schreinergehilfen ... Also eine Studentin und ein Schreiner, naja, soll's auch geben...“

Dr. Böckle, persönlicher Assistent des Rektors der Universität Köln, erklärt freimütig, die Mitgliedschaft im MSB sei bei ihnen in der Matrikel (Personalakten-Verzeichnis) aufgenommen, beklagt sich allerdings über Schwierigkeiten, sonstige Informationen zu erhalten. Nur manchmal würde es gelingen, „daß wir dann einen Dozenten nehmen, der einen Schein gibt oder wo er ein Seminar hat, der sagt, ach, der und der ist das, den kenne ich. Anders erwischt man die nie.“

An der Hochschule Hildesheim erklärt sich Regierungsinspektor Blenke bereit, den Hausbriefkasten des MSB zu überwachen und an der Gesamthochschule Bamberg verweist Amtsrat Dippold den vermeintlichen Verfassungsschutzbeamten an die Kripo: „Sprechen Sie mit Frau Lorenz bei der hiesigen Kripo, die ist immer bei uns und macht auch eben solche Sachen.“ An die Universität Marburg wendet sich der „Kollege Jedermann“ als Vertreter der „Deutschen Treuhänd Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg“ und bittet um Informationen über einen Bewerber. Die Antwort des Oberamtsrat Stöber: „Sie können sich schriftlich an uns wenden. Wir könnten Ihnen Auskunft geben darüber, von wann bis wann der Betreffende hier studiert hat und von Seiten des Fachbereichs, wann er sein Diplom oder sein Staatsexamen oder seine Promotion abgeschlossen hat. Und zwar auch nur zum Zwecke der Einstellung, zu anderen Zwecken nicht.“

Die Redseligkeit und Mitteilungsbereitschaft der befragten (durchweg höheren) Verwaltungsbeamten ist wahrlich erschreckend und macht deutlich, daß alle bisherigen Enthüllungen nur einen klitzekleinen Einblick in das Ausmaß der Bespitzelung an den Hochschulen gegeben haben.

SSB/Hamburg

Selbstbestimmung für die Frau sonst machen wir Radau!



Anlässlich der letzten Wahlen im Frankfurter Stadtschülerrat wurden von Genossinnen Vorstellungen und Forderungen zur Arbeit von und mit Schülerinnen entwickelt. Wir drucken dies als Anregung zum Diskutieren und Nachmachen ab, da auf diesem Gebiet ohnehin schon viel zu lange viel zu wenig läuft.

Nach der Schule Freizeit haben, mit Freunden/innen was unternehmen, klönen, spazieren gehen ... oder mal nen ruhigen Lese-Nachmittag machen.

Die „Angebote des Abends“ nutzen, sich verabreden für Kino, Kneipe, Disco, zum Tanzen gehen oder andere besuchen. Selbst zu entscheiden, wohin man/frau geht, wie lange man bleibt, ob man/frau noch nach Hause fährt oder bei Freunden pennt. Feste feiern, mal die ganze Nacht durchmachen, reden Musik hören, neue Leute kennenlernen, sich verlieben, schmusen und vielleicht zusammen schlafen ...

Selbstverständliche Rechte von uns Jugendlichen – sollte man/frau annehmen.

Wie sieht's da aber in der Realität für uns Mädchen aus?

Kommen wir erst mal fertig aus der Schule/Lehre heim, stellen die Mütter ihre Forderungen: „Hilf mir doch mal beim Putzen, geh doch mal einkaufen, mach mal mit den Geschwistern Hausaufgaben ...“. Oder die Mütter gehen arbeiten, dann haben wir gleich die Arbeiten der Vollhausfrau: Köchin, Putzfrau, Schulaufgabenhelferin, Wäscherin, Büglerin ...

Wo bleibt da noch Zeit für uns??? Unterstützung beim unbezahlten Arbeiten von den Herren Brüdern/Vätern? Die machen sich aus dem Staub, hängen sich hinter Glotze/Zeitung, verziehn sich in ihr Zimmer, sind mit diversen Auto- oder Motorradreparaturen beschäftigt oder treffen sich mit Freunden zum Fußballspielen.

Machen wir die Hausarbeit mal nicht, sondern das, was uns Spaß macht, gibt's abends todsicherer Stunk mit den Alten. „Ihr meint wohl, wir wären eure Diener, geh'n den ganzen Tag arbeiten, sind abends müde und in der Wohnung ist nix gemacht!“ Wer ist dann für die Unordnung verantwortlich? Wir Mädchen natürlich, von den Typen wird es ja nicht erwartet.

Weggehen? „Du spinnst wohl – du siehst wohl nur deine Rechte und nie die Pflichten“. Damit ist dann der Abend gestorben. Entweder frau haut dann einfach ab, rennt den ganzen Abend mit 'nem schlechten Gewissen rum (nicht selten setzt es was, wenn frau wieder heimkommt), oder frau bleibt gleich zu Hause, um wenigstens morgen wegzukönnen. Wann haben wir Zeit, Leute besser kennenzulernen, Beziehungen aufzubauen? Frau hat auch das Bedürfnis nach Liebe, Zärtlichkeit, mit Leuten reden zu können, wenn's einer dreckig geht – das Bedürfnis nach 'nem Typ ...

Wo sollen wir uns verlieben? Beim Fensterputzen vielleicht?

Hat frau dann einen Typ, ist ständig die Angst da, nicht so zu sein, wie der das jetzt will. Wegen der ganzen Scheiße zu Hause und in der Schule hat frau nicht viel Zeit, mit dem zusammen zu sein. Hat frau sich das Recht erkämpft, abends wegzugehen, muß sie garantiert früher heim als der Typ. Mißtrauen, Eifersucht gegenüber anderen Frauen, die vielleicht dann noch mit dem Typ zusammensitzen, wenn frau heim muß. Das nervt und belastet! Wir sind nicht sorgenlos, gut gelaunt, locker-popper wie wir gerne wären, aber wir setzen uns unter Druck, so zu sein. „Zeig die Schokoladenseite, sei eine gute Schauspielerin“ – sonst ist alles verloren! Beziehungen werden zum Dauerstreß! Und das größte Beziehungsproblem – die Sexualität! Die meisten Typen wollen eh nur mit uns schlafen – sonst sind wir keine „vollwertigen“ Frauen. Wir wollen auch mit ihnen pennen, aber wir wollen selbst entscheiden, wann, wie und wo! Meist stehen wir jedoch unter solchem Druck, seinen Ansprüchen zu genügen, ihn nicht zu verlieren, daß wir die eigenen Bedürfnisse zurückstellen, uns seinen unterordnen. In der Regel wird auch das Verhütungsproblem auf uns abgeschoben, wir rennen zu den Frauenärzten, um da die Pille zu erbetteln, wo wir dann mit dummen Sprüchen und Frechheiten fertig gemacht werden: „Was, mein Kind (!), du bist doch noch sooo jung, du willst die Pille, bist doch selbst noch ein Kind. Sei nicht

so ungeduldig, warte noch ein bißchen ...“ Dann ist nix mit Pille – und was bleibt? Patentex-Qual, „Agens-50“, „Gummi“. Über andere Verhütungsmittel und Methoden wissen wir fast nichts – und dieses Zeug? Einerseits total ekelhaft, andererseits meist gesundheitsschädlich und unsicher. Außerdem kostet der Kram 'ne ganze Menge. Viele von uns nehmen wegen dieser Nervereien gar nichts und haben ständig die Angst im Bauch, schwanger zu werden. Wir haben ein Recht darauf, daß uns Beziehungen Spaß machen, wir wollen uns nicht länger mit den ganzen Problemen alleine rumschlagen, in allem benachteiligt sein. Wir wollen gleiche Rechte und gleiche Freiheiten. Mädchen/Frauen sind auch Menschen!

Deshalb fordern wir gleiche Rechte wie unsere Brüder in der Familie! – Schluß mit den „Hausfrauenpflichten“ nur für Mädchen/Frauen. Die Herren Väter/Brüder können genauso gut kochen, putzen, waschen, spülen, mal den Staubsauger in die Hand nehmen. Wir sind nicht mit diesen Talenten geboren! – Gleiches Recht auf Freizeit nach Schule/Lehre, wie es für unsere Brüder schon lange selbstverständlich ist!

– Der Abend gehört auch den Mädchen/Frauen. D.h., wir entscheiden selbst, wohin wir gehen, wie lange wir bleiben, ob und wann wir woanders pennen!

– Endlich auch für uns das Recht auf freie Sexualität, ohne ständige Angst!

– Aufklärungsunterricht in der Schule, Schluß mit Bienen und Pflanzenbefruchtung! Wir wollen wissen, welche Verhütungsmittel und Methoden gibt es, wie sicher sind sie, welche sind gesundheitsschädlich usw.

– Verhütung ist kein Frauenproblem, ihr Typen müßt euch genauso drum kümmern!

– Wir brauchen mehr Beratungsstellen, um uns zu informieren! 1, 2, 3, 4, viele Pro-Familias wollen wir!

– Ersatzlose Streichung des § 218! Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, wenn's mal schiefgeht. Wir entscheiden selbst, wann und mit wem wir Kinder haben wollen!

– Kampf den unverschämten Lügen und Angriffen der CSU/CDU, Pfaffen, Ärzten und Päpsten – wir lassen uns von euch nicht durch ein Kind in den Eheknast und die Abhängigkeit von Männern zwingen!

Schule: total langweilig, Lehranstalt, ständiger Leistungsdruck ... braucht frau nicht länger zu beschreiben, kennt ja jede von uns. Uns betrifft das noch viel mehr als die Typen, denn nirgends werden unsere Interessen in der Lehrpläne der Kultusbürokratie einbezogen.

Geschichte: stures Pauken von Jahreszahlen, wann, wo, welcher Typ, welche Schlacht ... Caesar, Karl der Große, Napoleon ... nirgends taucht überhaupt mal 'ne Frau auf – die Suffragetten in England, die Frauenrechtlerinnen in der französischen Revolution, R. Luxemburg ... auch sie haben schließlich Geschichte gemacht! Tauchen ihre Namen doch mal auf, dann werden sie als verrückte Emanzen, böse Kommunistinnen diffamiert, ihre Ziele, Aktionen und Taten verschwiegen.

Deutsch: alte Schinken, Goethe, Schiller, Lessing, manchmal auch Böll, Hesse, Mann. Frauenbücher, aus der Sicht der Frauen, mit den Empfindungen und Ansichten von Frauen sind für Deutsch nicht vorgesehen. Mathe, Physik, Chemie: auf dem Vorwissen der Typen wird der Lehrstoff aufgebaut. Spielen mit Chemiebaukästen, Fahrrad-Mofa-Motorrad reparieren – dieses Wissen und diese Erfahrungen haben wir nicht gemacht. So müssen wir doppelt und dreifach lernen, um überhaupt einigermaßen durchzublicken und können uns obendrein noch die unverschämten Sprüche der Lehrer anhören: „Mädchen können sowieso nicht logisch denken. Die brauchen das eh nicht zu wissen, werden ja eh Mutter und Hausfrau ...“

Sport: Entweder wird gleich in Jungen und Mädchen geteilt. Für Mädchen sind dann langweilige Ballspiele, Gymnastik vorgesehen. Mädchen sind nicht so sportlich, können nicht so gut rennen, die können doch nicht Fußballspielen. Oder, wenn frau Sport mit Typen zusammen hat, ist es meist auch nicht erfreulich. Wird dann Fußball gespielt, was meistens nach Interesse der Typen der Fall ist, so profilieren sie sich mit ihren lang-

jährigen „Erfahrungen“, und statt dem Ball kriegen wir Tritte ab. Zur Krönung kriegen wir am Ende dann noch die schlechten Noten – Lehrer und Typen sehen sich bestätigt: „Mädchen sind eben doch nicht so sportlich“.

Kunst: Ein Trauerspiel an den meisten Schulen; für Mädchen wird's kurzerhand in „Haushaltslehre“ umfunktioniert. Kochen, Spülen, Stopfen, Nähen ... Hartlöten, Modellieren, Schweißen, Sägen bleibt den Typen vorbehalten, nach dem Motto „die Mädchen heiraten ja eh“.

So sieht unsere „gleichberechtigte“ Schulausbildung heute aus – zu recht gestützt auf den unbezahlten Beruf Hausfrau/Mutter.

„Frauen in Männerberufen, Gleichberechtigung am Arbeitsplatz“ haben uns SPD/FDP versprochen. Doch wie sieht's wirklich aus?

In Frankfurt kommen auf 2000 männliche Lehrlinge im Metallbereich ganze 194 Frauen. Von diesen 194 können dann zu guter letzt gerade 17 (!) Dreherinnen, Betriebs- bzw. Blechschlosserinnen oder Rohrinstallateure werden („FR“, 17.5.).

1977 waren unter allen Jugendlichen, die eine Elektrikerlehre abschlossen, 0,6 % Mädchen, bei den Schlossern und Mechanikern ganze 2,5 %.

3/4 aller Mädchen müssen sich auf eine „Auswahl“ von 15 Berufen beschränken: die sogenannten „Frauenberufe“ wie Verkäuferin, Friseurin, Arzthelferin. Das Frauenspezifische dabei ist die schlechte Bezahlung! 60 % aller arbeitslosen Jugendlichen in Hessen sind Mädchen. Diese Bilanz sozialliberaler Schul- und Bildungsbürokraten ist kaum noch zu überbieten. In aller Öffentlichkeit fordert die CSU/CDU jetzt, was sowieso schon weitgehend Praxis ist: Mädchen müssen für ihre Aufgaben als Mutter, Ehefrau, aber auch als Staatsbürgerin und Konsumentin (!) ausgebildet werden. Solange die Ausbildung der Mädchen noch nicht familiengerecht genug ist, fordert die CSU/CDU Mütterschulen! CSU-Gutachten: „Es ist eine unveränderbare Tatsache, daß der Körper einer Frau anders ist als der eines Mannes“. Damit sollen wir von Ausbildung, Lehre, Beruf ausgeschlossen werden. Allen voran ruft Strauß uns zurück an „Heim und Herd“.

Wir kriegen systematisch unser Recht auf Ausbildung, Beruf – die Voraussetzung, um vom Geld des Mannes und somit vom Mann unabhängig zu sein – vorenthalten, aber sie versuchen, uns mit „Erziehungsgeld und Familiendarlehen“ (vielleicht auch bald wieder mit dem faschistischen „Mutterorden“, der die Frau zur Gebärmuttermaschine degradiert) an Küche, Mann und Kinder zu fesseln.

Wir fordern:

- Schluß mit der Heim- und Herd-ideologie!
- Unsere Interessen müssen in den Unterricht einbezogen werden!
- Wirkliche Chancengleichheit und gleiche Rechte in der Ausbildung!
- Wir haben ein Recht darauf, über unser Leben selbst zu bestimmen!
- Menschenwürdige Arbeitsplätze für Frauen und gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
- Aufgrund unserer besonderen Benachteiligung in Schule und Ausbildung stellen wir die Forderung an alle Schülervertreter, dies anzuerkennen und uns beim Kampf für gleiche Bedingungen zu unterstützen.

Wir fordern:

1. Organisierung einer allen Schülerinnen offenstehenden Vollversammlung. Diese soll der Diskussion unserer Lage dienen, Veranstaltungen, Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit usw. diskutieren, um die derzeit beschissene Situation zu verbessern.
2. Wir wollen einen Schülerinnenarbeitskreis machen, dieser muß für alle Schülerinnen offen sein. Aufgaben dieser AG wären u.a. Infos rauszugeben, z.B. zu § 218, Beratungsstellen, Verhütungsmittel, Adressen von guten Ärzten; den Schülerinnen Unterstützung beim Aufbau von Gruppen zu geben, Veröffentlichungen gegen Behördenwillkür, frauenfeindliche Eltern, Lehrer, Schüler ... u.v.m.

Mädchen sind die Hälfte der Jugendlichen!

Schülerinnen im KB/Gruppe Frankfurt

Sonderprüfungen für Sozialarbeiter und Sozialpädagogen

Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung (CDU-Mehrheit) hat beschlossen, daß alle Sozialarbeiter und Sozialpädagogen, die sich für eine Stelle bei der Stadt bewerben, ihre Eignung und Qualifikation in einer zusätzlichen Sonderprüfung unter Beweis stellen müssen. Dies wird in der Praxis darauf hinauslaufen, daß die Stadt ein zusätzliches Mittel bekommt, um politisch unliebsame Bewerber/innen auszuschließen. Dabei handelt es sich um einen alten Konflikt: Schon am 14.9.76 gab die Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände eine Entschließung an die Fachhochschulen heraus, in der sie im wesentlichen folgendes kritisierte:

- Die Hochschulabsolventen seien nicht ausreichend ausgebildet: Sie hätten falsche Vorstellungen und Auffassungen von den Pflichten, der Haltung und der Loyalität eines Mitarbeiters in der kommunalen Selbstverwaltung;
- sie hätten Angst vor der praktischen Arbeit und Anpassungsschwierigkeiten und verursachten in ihrer Behörde und in ihrem Arbeitsfeld Konflikte, statt sie zu lösen;
- das Selbstverständnis der eigenen Arbeit habe sich verschlechtert.

Damit forderten die Kommunen als größter Arbeitgeber in diesem Bereich eine Ausbildung, in der die Leute alleseitig verwendbar, gehorsam gegenüber ihrem Arbeitgeber und anpassungsfähig werden, kurz: daß sie sich als Feigenblatt des Kapitalismus betätigen. So legen die Kommunen ganz besonders viel Wert darauf, daß die Ausbildung „in ihren Zielen die verfassungsmäßige Ordnung und die gesellschaftliche Wirklichkeit in der Bundesrepublik achtet“. Als sei es nicht mehr als logisch, daß – wenn man/frau Möglichkeiten diskutiert, wie man/frau das soziale Elend in der BRD beseitigen kann – die dafür verantwortliche Gesellschaftsform zumindest in Frage zu stellen ist.

Nachdem diese Entschließung damals nicht den gewünschten Erfolg hatte, die Hochschulen ihre Ausbildung nicht nach den Wünschen der Kommunen ausrichteten und weiterhin Themen wie Rolle und Funktion der Sozialarbeit und Pädagogik im Kapitalismus behandelten, ist jetzt wohl die Zeit gekommen, wo sich die Kommunen ein zusätzliches Mittel schaffen wollen, um allzu kritische Geister aus diesem Bereich rauszuhalten.

Dazu gab es schon einmal einen Anlauf in Westberlin, wo am 28.8.78 ein Gesetz in erster Lesung vorgelegt wurde.

Dazu gab es schon einmal einen Anlauf in Westberlin, wo am 28.8.78 ein Gesetz in erster Lesung vorgelegt wurde, um den zweiten Teil der Ausbildung, nämlich das Berufsprakti-

kum, unter die Kontrolle des Senats für Familie, Jugend und Sport zu stellen. Dieses Gesetz konnte aufgrund breiter Proteste bis heute gestoppt werden.

Juni 79 brachte die CDU in den hessischen Landtag eine Große Anfrage ein, in der Unterrichtsboykotte und die angeblich überdurchschnittlich gute Notegebung an den Sozialen Fachbereichen der Fachhochschule Frankfurt angegriffen wurden. Sprecher der CDU war der Abgeordnete Borchert, der sich schon häufiger mit Anfragen zur FHS Frankfurt als Denunziant hervorgetan hatte. Kurz danach, am 20.6.79, stellte die CDU-Fraktion in Frankfurt den Antrag, daß die Stadt nur noch solche Sozialarbeiter und Sozialpädagogen einstellen soll, die vorher in einer Sonderprüfung ihre Qualifikation und Eignung nachgewiesen haben. Dieser Antrag ging aufgrund der CDU-Mehrheit in Frankfurt auch durch.

Gegen diesen Beschluß haben sich bisher die ÖTV, GEW Hessen, der Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit, der AStA der FH, die Hessische Rektorenkonferenz, der Personalrat für soziale Ämter in Frankfurt, der Personalrat der FH und studentische Gruppen gewandt. Außerdem wurden an der FH Unterschriften vom AStA gesammelt.

Am 13.12.79 fand an der FH ein Aktionstag unter reger Beteiligung der Studenten statt. Es wurden Arbeitsgruppen gebildet, die teilweise bis zu den Weihnachtsferien weiterarbeiteten. Am Abend des Aktionstages fand eine Podiumsdiskussion statt, an der ÖTV, GEW, Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit, Personalrat der FH, Rektor der FH und ca. 150 Studenten und Sozialarbeiter teilnahmen, die sich alle gegen die Sonderprüfungen aussprachen. Diskutiert wurde die politische Funktion des Ganzen und wie der Protest dagegen verbreitert werden könne. Als die ÖTV-Vertreterin gefragt wurde, ob die ÖTV willens und bereit sei, den organisatorischen Rahmen für weitere Proteste abzugeben und ob sie ihre Maßnahmen verschärfen wolle, erklärte sie, dazu nichts Konkretes sagen zu können. Auf alle Fälle werde die ÖTV alles in ihren Kräften stehende tun, um diesen Beschluß zu Fall zu bringen. Dies klang freilich nicht so, als ob die CDU viel von dieser Seite zu befürchten hätte ...

(Alle Angaben aus der Dokumentation des Frankfurter FH-AStA zu den Sonderprüfungen und von der Podiumsdiskussion)

(Alle Angaben aus der Dokumentation des Frankfurter FH-AStA zu den Sonderprüfungen und von der Podiumsdiskussion)

Unizelle, KB/Gruppe Frankfurt

Prozesse und Urteile

Westberlin: Ende Oktober 1979 wurde eine Studentin der FU zu einer Geldstrafe von 1.500 DM und zur Übernahme der Prozeßkosten in einer Höhe von 10.000 DM verurteilt. Sie war angeklagt worden wegen „vollendeter Nötigung mit Gewalt in zwei Fällen“, begangen während eines unweiten studentischen Streiks im Wintersemester 1976/77 in Westberlin.

Die Studentin, die schon seit mehreren Jahren studentische Vertreterin im Fachbereichsrat und daher recht bekannt war, war angeklagt und in dritter Instanz für schuldig erklärt worden, ein Seminar von Prof. Zipfel während des „Berufsverbotsstreiks“ gemeinsam mit anderen Studenten verhindert zu haben. Die anwesenden Studenten hatten gefordert, über die Vorwürfe Prof. Zipfels, der die streikenden Studenten in einer anderen Vorlesung mit dem Thema „Terror und Widerstand im nationalsozialistischen Deutschland“ mit Faschisten gleichgesetzt hatte, zu diskutieren. Zipfel hatte von einigen Kloßprüchen auf eine Parallele mit SA- und SS-Kolonnen geschlossen.

Während der Verhinderung des betreffenden Seminars wurden von den Studenten in keiner Weise Gewalt angewendet. Das Gericht definierte jedoch das „unbefugte Dazwischenreden“ in einer Vorlesung als Gewalt im juristischen Sinne. Daher drei Jahre später eine Verurteilung und Bestrafung wegen „Nöti-

gung mit Gewalt“. Das Urteil ist, in zweierlei Hinsicht interessant. Einmal ist offensichtlich geworden, daß hier stellvertretend für alle am Streik aktiv teilnehmenden Studenten eine studentische Vertreterin herausgegriffen wurde. Zum zweiten wird in einer Urteilsbegründung eine Art „Friedenspflicht“ für studentische Vertreter konstruiert. Ein Teil des Protestes, der sich in dem betreffenden Seminar entlud, richtete sich gegen einen Gremienbeschluß. Und da die verurteilte Studentin ein Mitglied dieses Gremiums war und überstimmt worden ist, hätte sie „somit den Mehrheitsbeschluß des (Gremiums) in der Studentenschaft vertreten müssen und nicht dagegen agieren dürfen“ (Nach „taz“, 17.12.79/„Neue“ 18.12.79).

Giessen: Ebenfalls Ende Oktober wurde vom Landgericht Giessen eine Studentin von dem Vorwurf der „Bilgung von Straftaten“ und der „Verunglimpfung der BRD“ im Zusammenhang mit einem Nachdruck des Göttinger Mescalero Artikels „Buback – ein Nachruf“ freigesprochen. Das Gericht anerkannte die Informationspflicht der Nachdrucker und wies die Anschuldigung zurück, die Nachdrucker hätten sich mit dem Inhalt des Buback-Nachrufes identifiziert. Den Nachruf an und für sich fand das Gericht strafbar (nach „taz“ 25.10.79).

Die Lage in Chile

Bericht des Zentralkomitees (Ausland) des MIR

Internationaler Rahmen

- Ende 1978 begann für die internationale kapitalistische Wirtschaft wieder ein kurzer Zyklus der Rezession.
- Bedeutende Fortschritte für die Revolution waren: Äthiopien, Afghanistan, Sturz der Schah-Diktatur im Iran, Verstärkung des Kampfes in Namibia und Zimbabwe, Sturz des Pol-Pot-Regimes in Kambodscha, Widerstand der Vietnamesen gegen die chinesische Aggression.
- Die imperialistischen Bündnispartner erzielen Fortschritte für die NATO, die in Afrika eine repressive Funktion ausübt, außerdem durch die Politik Chinas, die sich auf das imperialistische Feld ausrichtet.
- In Lateinamerika scheitert die Politik Carters sowohl in der Menschenrechtsfrage als auch in der Frage der „gangbaren Demokratie“. Der Verschleiß der Militärdiktaturen ist noch größer geworden, aber den bruchlosen Weg zur Demokratie gab es nur in der dominikanischen Republik, was die Ausnahme der Regel ist, obwohl in Bolivien, Peru und Ecuador aufreibende Versuche gemacht wurden. Dadurch wurden die Militärdiktaturen wieder zur Alternative für die herrschende Klasse, obwohl sie nicht sehr stabil sind. Der Prozeß des Anstiegs der revolutionären Kämpfe, der in der zweiten Hälfte 1977 begonnen hatte, festigte sich, indem er sich bis nach Mittelamerika, Kolumbien, Peru, Bolivien, Brasilien und Chile erstreckte. Die Kämpfe in Nicaragua traten in eine höhere Etappe, indem eine revolutionäre Situation im Lande und ein nationaler Aufstand durch den Prozeß des Volkskrieges hergestellt wurden (Höhepunkt: Sturz der Diktatur).

Internationale Situation für die Militärdiktatur

- Die Beziehungen zu den USA sind festgefahren. Ausdruck des Rückzugs Carters ist, daß die Diktatur nicht abgelöst wurde und daß die Nachforschungen im Fall Letelier eingeschränkt wurden.
- Starke Konflikte mit den Nachbarländern, besonders mit Argentinien in der Frage des Beagle Kanals. Verschlechterung der Beziehungen mit Peru (Spionagefall) und verschärfte Forderungen Boliviens wegen eines Zugangs zum Meer.
- Der Sturz der ultrarechten Diktatur in Granada bedeutet den Verlust eines kleinen treuen Bündnispartners. Unter den positiven Ergebnissen wären zu nennen:
- Diplomatische und wirtschaftliche Annäherung an China (Besuch von Cubillos in Peking usw.)
- Auflösung der ad-hoc-Kommission der UNO zu Chile, ein Teilerfolg (es gelingt, Chile als einen Sonderfall herauszunehmen), der weiterhin angegriffen wird durch den negativen Bericht der alten Kommission über noch ausstehende Fragen (Verschwundene etc.) und wegen der Verschärfungen von Verhaftungen in Chile.

- Die wichtigsten Bündnispartner der Diktatur sind nach wie vor Brasilien und die kleineren Länder wie Uruguay und Paraguay.
- Die Stärke der chilenischen Beziehungen ist die Begünstigung, die Chile dem Großkapital bietet. Dies verhindert, daß seine internationale Isolation über eine bestimmte Grenze hinausgeht.

Wirtschaftliche Situation

In groben Zügen kann man die wirtschaftliche Entwicklung so beschreiben:
- Die Tendenz zur Einführung des Wirtschaft-Export-Modells geht weiter, wodurch Produkte aus Bergbau und Landwirtschaft, Früchte, Holz, Zellulose und Fisch im Vergleich zum Weltwirtschaftsmarkt mit grossen Vorteilen eingekauft werden können.
- Weiterhin gelingt es nicht, die Phase der Wiederbelebung der Wirtschaft anzuheben; bevorzugt werden die mit dem Export verbundenen Zweige wiederbelebt und viele traditionelle Sektoren vernachlässigt.
- Im dritten Jahr bleiben die allgemeinen Indices der Wirtschaft stabil, was auf der einen Seite bestätigt, daß sich das gegenwärtige Wirtschaftsmodell gefestigt hat, die Tendenz zur Expansion aber nachläßt, sie sogar zum Stillstand gekommen ist.
- Die meisten Probleme bestehen noch immer auf folgenden Gebieten: Investitionen, Ungleichgewicht zwischen Im- und Export, Arbeitslosigkeit.

Herrschende Klasse

(... hier wird zunächst dargestellt, daß sich das Kräfteverhältnis für die herrschende Klasse im Laufe der letzten 2 Jahre verschlechtert hat. Die relative Stabilität der Diktatur wird durch die zunehmenden Aktionen der Massenbewegung und des Widerstandes angegriffen.)

Seit dem Referendum (über die Verfassung Anfang 78 - Anm. AK) wird der Charakter der Regierung durch Änderungen in den Beziehungen zur Armee und den herrschenden Klassen und seine historische Funktion noch deutlicher, nämlich: mit Hilfe einer Militärdiktatur dem Monopolkapital und den Banken zu dienen. Das erste war die definitive Neutralisierung der Militärjunta als Instanz politischer Entscheidungen, nachdem es nach dem Referendum zum ersten Mal zu unterschiedlichen Erklärungen in der Öffentlichkeit gekommen war. Parallel dazu die Aufstellung eines neuen Kabinetts im April 78, wo durch die Einsetzung von zivilen Ministern, die direkt verschiedene Zweige von Kapital und Finanzen repräsentieren, die Tendenz deutlich wird, dem Kabinett mehr Entscheidungsmacht zu überlassen. Mit der Integration von Cubillos, Fernandez, de la Plata und später Conzalo Vial und Pinera will man eine Gruppe von Führern herstellen, die hohe Militärs und technische Köpfe des Managertums, die

dem herrschenden Bürgertum nahe stehen, miteinander vereint. Die Armee bleibt ganz klar weiterhin das politisch-militärische Instrument aller herrschenden Klassen, wobei die Monopol- und Finanzbourgeoisie vorherrscht. Die direkte Verbindung zwischen Regime und Großkapital ist stärker und breiter geworden. Die Regierung ist der Ort, wo sich die Beziehungen der einzelnen Machtblöcke zueinander ausdrücken. Seit 78 verliert der sogenannte „harte“ Sektor an Gewicht, der die starre Politik vertritt, die Militärdiktatur ohne Veränderungen beizubehalten, und stärker wird die Position, die für eine kontrollierte Institutionalisierung in langsamen Schritten eintritt. Die Sektoren, die sich „öffnen“ wollen und damit eine größere Gemeinsamkeit der herrschenden Klassen erreichen wollen, werden stärker.

Aber bei jedem Versuch, eine Einheit der Blöcke zu erzielen, zeigte sich die Unfähigkeit, Bündnisse mit anderen Sektoren der Gesellschaft zu schließen. Die Sektoren der Kleinbetriebe und des kleineren Marktes sind an den Rand gedrängt und können sich gegenüber der Lawine des Großkapitals und seiner unvergleichlich größeren Einflußmöglichkeiten nicht behaupten. Die öffentlichen und privaten Angestellten haben einen niedrigeren Lebensstandard als je zuvor. Für sie ist es praktisch unmöglich geworden, mit Hilfe von Ausbildung, gesellschaftlich aufzusteigen, Unterstützung in sozialen Institutionen des Staates zu bekommen, oder die Kaufkraft mit Hilfe von Krediten zu verbessern. Außerdem besteht für sie ständig das Risiko, arbeitslos zu werden. Durch den Prozeß der Institutionalisierung bleibt der bürgerlichen Opposition nicht genug Spielraum. Dies erschwert eine Bündnispolitik mit den Sektoren, für die eine minimale politische Integration Grundbedingung für ein Überleben wäre.

In der Armee hat Pinochet durch einen Kraftakt und durch Autorität zwar seine Macht durchsetzen können, im Innern des Offizierskorps gibt es aber weiterhin Spaltungstendenzen, die nicht gelöst wurden, sondern stärker geworden sind. Dennoch besteht die Machtposition Pinochets gerade darin, daß es keine alternative nationale Politik zu seiner Regierung gibt. Was die Massenbewegung betrifft, verlor die Diktatur Einfluß, wo sie vorher Einfluß hatte. ... Diesem entspricht die stärkere Repression gegen eine aufstrebende Massenbewegung und die wachsenden öffentlichen Demonstrationen. Hier ist der schwächste Punkt der Diktatur, der in ihrer Struktur bedingt ist: das Wirtschaftsmodell muß automatisch zu immer größeren Mobilisierungen des Volkes führen. Dies wiederum macht eine ständige Repression nötig.

(aus: Chile-Dokumentation, Nov/Dez 1979)
Weitere Teile des Berichts über die bürgerliche Opposition, die Massenbewegung und die Linke bringen wir in einem der nächsten AKs.



Aufruf: Solidarität mit dem MIR/Chile

Schon seit über einem Jahr gibt es immer wieder Nachrichten vom zunehmenden Widerstand in Chile.

Anfang November fanden die ersten regelrechten Streiks seit dem Putsch gegen Allende 1973 statt. Fast 5.000 Metallarbeiter streikten trotz Verbot, nachdem die sogenannten Tarifverhandlungen gescheitert waren.

Der MIR weist in dieser Situation auf die große Bedeutung und Notwendigkeit hin, die wachsenden Massenproteste in Chile zu stärken und zu organisieren. Viele Genoss/innen des MIR sind trotz der mörderischen Repression in Chile geblieben und haben dort weitergearbeitet (vgl. Artikel des MIR in AK 164, S.38). Aber auch die Genossinnen und Genossen, die ins Ausland vertrieben wurden oder fliehen mußten, bestehen auf ihrem Recht, nach Chile zurückzukehren. In diesem Rahmen bestehen für die Chile-Solidaritätsbewegung zahlreiche Aufgaben. Dringend notwendig ist eine verbindliche und regelmäßige finanzielle Unterstützung. Gesucht werden Gruppen, Arbeitskreise, Einzelpersonen, kurz Freunde des chilenischen MIR, die bereit sind, eine regelmäßige Unterstützung zu leisten. Die Beträge müssen nicht unbedingt Rekord-

höhen erreichen; wichtiger ist, daß regelmäßig gespendet wird. Alle, die an solchen Aufgaben der internationalen Solidarität interessiert sind, wenden sich bitte möglichst bald an:

Lateinamerikakommission
Reents-Verlag
Lerchenstr. 75
2000 Hamburg 50

Darüberhinaus sind natürlich auch einmalige Spenden erwünscht und notwendig (zu überweisen auf die bekannten Spendenkonten des Arbeiterkampf mit dem Vermerk MIR/Chile).

Unter anderem wird das Geld benötigt, um die Verbreitung des „Rebelle“, die Untergrundzeitung des MIR, zu fördern und zu stärken. Schreibmaschinen, Fotoapparate, Büromaterial usw. werden gebraucht, die angesichts der wirtschaftlichen Lage und noch dazu unter den schwierigen Bedingungen der Repression in der wirtschaftlichen Lage und noch dazu unter den schwierigen Bedingungen der Repression in Chile kaum finanzierbar sind.
„Wir hoffen, daß es eine Zeit geben wird, in der wir euch ebenso wertvolle Unterstützung geben können, wie Ihr sie seit Jahren für uns leistet“ - so eine KARAXU-Genossin auf der Veranstaltung mit KARAXU in Hamburg.

In diesem Sinne - spendet alle!

Lateinamerikakommission

China klagt über Kubaner in Nicaragua

Das konnte ja einfach nicht ausbleiben: Die chinesischen „Antihgemonisten“, die vor lauter „Sozialimperialismus“ den realen Imperialismus nicht mehr zu erkennen vermögen, machen sich große Sorgen über „Kubas Einfluß“ in Nicaragua! Ein Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur „hsinhua“ meldet, daß die „kubanische Infiltration“ überall in Nicaragua von Tag zu Tag zunehme. Der Rundfunksender der Sandinistas leiste „gute Arbeit, um das Ansehen des kubanischen Führers Castro in der Bevölkerung zu fördern.“ Kuba habe „eine große Anzahl“ militärischer und technischer Berater ge-

schickt. Die Armee Nikaraguas werde von Spezialisten aus Kuba ausgebildet. Unter kubanischer Regie werde eine Miliz von 300.000 Nikaraguern aufgestellt. Dies gebe alles zusammen genommen einen Eindruck von der Richtung, in die sich Nicaragua bewege. Ein dezenter Hinweis auf die Furcht der USA, Nicaragua könne „ein zweites Kuba werden“, läßt zugleich vermuten, in welche Richtung sich die Hoffnungen der chinesischen Beobachter bewegen. Wir meinen: Lieber ein zweites Kuba als ein zweites Chile!
(„hsinhua“, 20.12.79; nach „SWB“, 5.1.80)

Argentinien: 200 Frauen demonstrierten

Die „Frauen des Plaza de Mayo“ - Angehörige von politischen Gefangenen und Vermissten in Argentinien - haben nach fast einem Jahr im Dezember zum ersten Mal wieder auf dem Platz vor dem Regierungsgebäude in Buenos Aires demonstriert. Etwa 200 Menschen forderten „eine Weihnacht ohne Vermisste, ohne grundlos Gefangene“. Die Versammlung der Familienangehörigen der auf

Tausende geschätzten vermißten Argentinier hatte im vorigen Jahr regelmäßig jeden Donnerstag stattgefunden. Vor allem Frauen hatten sich an diesen Aktionen beteiligt. Sie wurden unter dem Namen „Die Verrückten vom Mai-Platz“ bekannt und Anfang letzten Jahres wegen ihres mutigen Einsatzes für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen (nach „Die Neue“, 22.12.79).



Demonstration gegen den Schah in Panama

Nicht ohne Proteste wird die Aufnahme des ehemaligen Schah in Panama hingenommen. Verschiedene Demonstrationen wurden im Dezember und Anfang Januar durchgeführt. Die Nationalgarde ging teilweise gegen die Demonstranten vor, und es kam zu blutigen Zusammenstößen.

Mittelamerika bleibt Krisenherd El Salvador und Honduras

Die neue Militärregierung El Salvadors, die, wie berichtet, angetreten ist, mit einer Reformpolitik der radikalen Linken das Wasser abzugraben, gerät in zunehmende Bedrängnis. Wie nicht anders zu erwarten, macht die Reaktion gegen den „Ausverkauf an den Kommunismus“ mobil. Eine „Pro Frieden Gruppe“ organisierte eine betont antikommunistische Demonstration im Zentrum der Hauptstadt, die zum großen Teil aus Frauen bestand. Tatsächlicher Organisator aber war die mächtige Gesellschaft des Privaten Unternehmertums, die die ihr angeschlossenen Firmen anwies, die Fabriken und Handelsniederlassungen zu schließen, damit ihre Angestellten an der Demonstration teilnehmen konnten. Der Versuch des revolutionären Volksblocks die Demo aufzulösen, mißlang leider (AFP, 11.12.79).

Die Militärjunta begrüßte (!) die Demonstration, obwohl dort nach dem Motto „Kommunisten nach Cuba“ ihr Sturz gefordert wurde und nahm die Proteste der Rechten als Anlaß um scharfer gegen links durchzugreifen. Junta-Mitglied Oberst Adolfo Majano sagte, daß seine Streitkräfte bereitstünden, um gegen „alle Terroristen“ einzugreifen und kündigte den Ausnahmezustand für den Fall an, daß „die Gewaltakte von Untergrundorganisationen nicht eingestellt werden“ („SZ“, 19.12.79). Nur einen Tag später stürmten Soldaten ein von Guerilleros und Landarbeitern besetztes Landgut in dem 50 km östlich von San Salvador gelegenen Dorf El Congo, 25 der Be-

100 Zeitungen weltweit eine Erklärung der Guerilleros verbreitet werden.

In El Salvador ist der 65jährige Geschäftsmann Adolfo Macentee von sechs bewaffneten Männern entführt worden, Macentee war bereits zwei Jahre zuvor schon einmal entführt worden. Damals konnte die Revolutionäre Volksarmee ein Lösegeld von 35 000 DM erpressen („SZ“, 5.12.79).

Honduras:

In Honduras haben Anfang Dezember '79 Studentinnen und Studenten die Kathedrale von Tegucigalpa, der Hauptstadt von Honduras, in einer spektakulären Aktion besetzt. Sie fordern die sofortige Freilassung von rund 100 in letzter Zeit verhafteten Arbeitern und Bauern sowie die Zurücknahme der Ausweisung des Jesuiten-Pfarrers James Francis Carney, der wegen seines Engagements in der Bauernbewegung in seine nordamerikanische Heimat abgeschoben werden soll. Die Hundert waren vor allem bei den sich seit Oktober häufenden Landbesetzungen festgenommen worden. Sie werden vor allem von der UNC (Nationale Bauernunion), der radikalsten der drei großen Bauernorganisation durchgeführt. Die UNC will damit vor allem gegen die Verweigerung der schon 1972 zugesagten Landreform protestieren.

Die schon 1972 zugesagten Landreform protestieren.

Trotz der massiven Proteste bestand die Militärjunta auf der Ausweisung des Priesters Carney, den sie als „kommunistischen Agenten“ bezeichnete. Die Kirche sah sich daraufhin gezwungen relativ scharf zu reagieren: Sie exkommunizierte sämtliche Mitglieder der Militärjunta und machte diesen demonstrativen Schritt in den Zeitungen des Landes bekannt („SZ“, 11.12.79). Die Organisationen der Bauern stellten der Regierung ein Ultimatum, entweder die Generäle würden die verhafteten und teilweise verletzten Bauern freilassen und entlassen die Präsidenten des staatlichen Instituts für Agrarfragen (INA), oder aber Zehntausende von Bauern würden eine Welle von „Massenmobilisierung“ einleiten, die unter anderem den Sturm auf die lokalen Büros der INA im ganzen Land zum Ziel hätten („NZZ“, 20.12.79). Die Bauernbewegung von Honduras, die schon jetzt zu den bestorganisierten Mittelamerikas zählt, hat inzwischen die „Nationale Einheitsfront der Bauern von Honduras“ (FUNC) gegründet. Durch diese innenpolitische Situation scheint die auch für Honduras geplante „Demokratische Öffnung“ gefährdet. Konkret war geplant, ähnlich wie in Peru und Bolivien, Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung durchzuführen. In den Gemeinden wurden bereits von regierungstreuen Elementen sogenannte Wahlkommissionen eingesetzt, die nach von ihnen selbst festgesetzten Regeln die Spreu vom Weizen, d.h. die sog. unzulässigen von den offiziell zugelassenen Parteien getrennt haben. Dieser Umstand macht es den zwei traditionellen, rechten Parteien möglich, die Nachfolge der derzeitigen Militärregierung anzutreten. Angesichts der zu erwartenden Auseinandersetzungen werden allerdings die Gerüchte um einen bevorstehenden Militärputsch immer lauter, wobei noch nicht feststeht, welcher Flügel der Militärs sich durchsetzen wird („NZZ“, 20.12.79).

Lateinamerikakommission



Zurückkehrende Offiziere der Patriotischen Front werden von den Massen Zimbabwes begeistert gefeiert

Waffenstillstand in Zimbabwe – mit großen Gefahren für den Befreiungskampf

Gibt es von n'n an einen friedlichen Weg für Zimbabwe? Nach dreimonatigen Verhandlungen in Lancaster House in London wurde am 21.12.79 zwischen allen Beteiligten ein Abkommen getroffen, das „freie Wahlen“ für ein „demokratisches Zimbabwe“ garantieren soll.

Steht also die Patriotische Front kurz vor der Übernahme der politischen Macht? Sicher nicht. Der „Fall“ des Rassistenregimes hätte unübersehbare – positive – Auswirkungen für den Befreiungskampf nicht nur im südlichen Afrika. Kaum denkbar, daß die Imperialisten dies „demokratisch“ hinnehmen würden. Aber welche Absicht verfolgt dann das „Abkommen von Lancaster House“?

Seit Vorlage des Kissinger-Plans im Jahre 1976 betreiben die Rassisten und Imperialisten eine Art Doppelstrategie gegenüber dem zimbabwischen Befreiungskampf: Einerseits die militärische Bekämpfung der Befreiungskämpfer und der Zivilbevölkerung, Bombardierung ihrer Stützpunkte und Flüchtlingslager in Mosambik und Sambia, um der ohnehin uneinheitlichen Frontstaaten-Allianz die Unterstützung der Befreiungskämpfer zu „verleiden“. Andererseits versuchte vor allem der US-Imperialismus durch Vorlage verschiedener „Lösungen“ (Kissinger- und Young-Pläne) den „diplomatischen Fuß“ in der Verhandlungstür zu behalten, um sowohl den Spaltplatz in die Patriotische Front als auch in die Frontstaatenallianz zu tragen. Spaltung und Integration in eine neokoloniale Zukunft, das kennzeichnet dieses Element imperialistischer Strategie. Immerhin mit soviel Erfolg, daß von einer wirklich konsequenten Haltung nur bei Mosambik (und dem weniger betroffenen Angola gesprochen werden kann).

Andererseits hat die andere imperialistische Variante, die „interne Lösung“ zwar eine bis dahin nicht gekannte Eskalation rassistischer Gewalt und Terrors gebracht, durchsetzen aber konnte sie sich nicht. Sicheres Indiz: die rapide wachsende Zahl der das Land verlassenden Siedler. Das war einer der entscheidenden Gründe, warum die frisch an die Regierung gekommene konservative britische Regierung zu erneuten Verhandlungen nach London einlud. Diese Verhandlungen wurden von ihr mit der ständigen Drohung geführt, falls die Patriotische Front „starrsinnig“ bliebe – würde eine neue Regierung der schwarzen Marionetten gebildet, die dann die volle – auch militärische – Unterstützung der englischen Imperialisten haben würde. Gleichzeitig eröffnete sie eine diplomatische Offensive, die auf der Com-

monwealth-Konferenz in Lusaka Sommer 1979 zu überraschenden Erfolgen führte: Selten zeigte sich z.B. der Staatschef des hochverschuldeten Tansania, Nyerere, so „gemäßigt“. Im November entzog dann auch der Südafrika-Ausschuß der Commonwealth-Staaten der Patriotischen Front (PF) die uneingeschränkte Unterstützung und deklarierte die reaktionären englischen Lösungsvorschläge als „konstruktiv“. Recht positive Reaktionen auf die englischen Vorschläge zeigten auch die Frontstaaten, die zwei Wochen vor (!) Abschluß der Londoner Verhandlungen erklärten, sie „würden jede Regierung unterstützen, die im Anschluß an die Verhandlungen in London in Zimbabwe frei gewählt werden wird“ (Radio Daressalam, 10.12.79 nach Monitor-Dienst). Daß die PF dann einen für sie sehr ungünstigen Vertrag annahm und die Dialektik von Kämpfen und Verhandeln zunächst zugunsten einer rein politischen Lösung aufgab, mag auch dieser geschuldeten ungünstigen Konstellation geschuldet sein. Ganz erklären läßt sich damit die weitgehende Kompromißbereitschaft allerdings nicht. Jedenfalls begrüßen Ian Smith und die Marionetten Muzorewa und Sithole die gefundene Lösung als „längst überfällig“.

Das Abkommen von Lancaster House ist zwar als ein vorläufiger Erfolg der Imperialisten zu werten. Doch wenn nicht alles trügt, dann ist der ausgehandelte Waffenstillstand samt Wahlprozedur nur die Ruhe vor dem Sturm. Der Befreiungskampf in Afrika hat vor allem nach den Siegen in den ehemals portugiesischen Kolonien eine Reife erreicht – und dies gilt auch für Zimbabwe – daß er sich nicht bruchlos in eine neokoloniale Zukunft transformieren läßt. Mag auch die Führung umstritten sein.

Das Abkommen von Lancaster House

Um es vorweg zu sagen: Keine der langjährigen Forderungen der PF für eine Übergangsregelung wurden akzeptiert. Weder wurden die rassistischen Streitkräfte und Polizeistrukturen aufgelöst, noch – und das wäre das mindeste gewesen – wurden die Befreiungskämpfer ihnen gleichgestellt. Die Durchführung des Abkommens obliegt nicht einem paritätischen Ausschuß, sondern allein dem imperialistischen Gouverneur. Ihm zur Seite stehen nicht – wie gefordert – halbwegs „neutrale“ UNO-Truppen, sondern Commonwealth-Einheiten (1300 Soldaten), die zudem zu großen Teilen aus Australien, Neuseeland und England stam-

men. Auch die Privilegien der weissen Minderheit werden geschützt, wenn auch nicht mehr so umfassend wie zu Zeiten der „internen Lösung“. Obwohl sie nur 3% der Bevölkerung stellen, werden sie 20% der Parlamentssitze einnehmen. Das von ihnen ausgebeutete Land (80% des besten Ackerbodens) darf nicht enteignet werden, obwohl es den Schwarzen mit kriminellen Methoden geraubt worden war. Nur nicht voll genutztes Land darf gegen Entschädigung (für weiße Siedler beste Voraussetzung für Kapitalakkumulation und industrieller Investition) „enteignet“ werden. Die Finanzierung soll ein internationaler Fond vornehmen, über dessen Zusammensetzung aber bisher nichts verlautete... (Übrigens ein alter Vorschlag des Pensionärs Kissinger). Auch der Vorschlag der PF, nur eine Abgeordnetenversammlung mit einem Präsidenten zu wählen, kam nicht durch. Zimbabwe wird nach „bewährtem“ englischen Muster stattdessen über ein Abgeordnetenhaus und einen Senat verfügen, die Exekutive wird zwischen Staatschef und Premierminister aufgeteilt. Groteske Imitation des konservativen englischen Regierungssystems!...

Ungleiche Wahlen

Wie es der Masse der vom Roten Kreuz und der UNO auf 250000 geschätzten meist mit der PF sympathisierenden Flüchtlinge gelingen soll, an der bereits für Ende Februar geplanten Wahl im Lande teilzunehmen, weiß keiner. Ebenso unwahrscheinlich ist es, daß Zanu und Zapu in so kurzer Zeit einen Wahlkampf auf die Beine stellen können, der sich materiell auch nur annähernd mit dem von Muzorewas UANC messen könnte. Noch Mitte Dezember wurden Teilnehmer einer Demonstration der Zapu festgenommen und ihr gerade eröffnetes Büro von der Polizei in Salisbury geschlossen (SZ, 15.12., NZZ, 18.12.). Erst nach einer Demonstration von über 100.000 Anhängern der PF (DVZ, 20.12.) wurden Zanu und Zapu am 21.12. legalisiert.

Immer noch sitzen nach Schätzungen von amnesty international 15000 politische Gefangene in den rhodesischen Knästen (SZ, 5.1.). Zumeist Kader der PF, die so dem Wahlkampf entzogen werden. Gouverneur Soames hat noch keinen festen Zeitpunkt für ihre Entlassung genannt.

Auf der anderen Seite läuft die Wahlkampfmaschinerie Muzorewas schon seit Monaten auf vollen Touren und wird von verschiedenen

Fortsetzung auf Seite 38

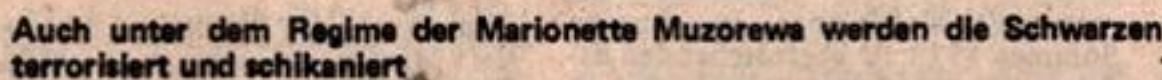
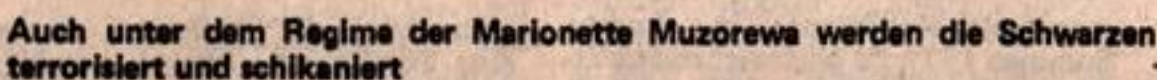
Einen Erfolg konnte die Volksbefreiungsfront Farabundo Marti mit der Entführung des Südafrikanischen Botschafters in El Salvador Archibald Gardner Dunn am 28. November '79 verbuchen. Rund 10 bewaffnete Männer und Frauen zwangen den Botschafter in ein Auto und fuhren davon. Nur wenige Stunden nach Bekanntwerden der Entführung brach die Regierung die diplomatischen Beziehungen zur Regierung in Pretoria ab. Angeblich war dieser Schritt „schon länger geplant...“ (Zur Regierung in El Salvador siehe die letzten beiden AK's.) Die Guerilleros bestehen allerdings darauf, auch noch ein Lösegeld zu erhalten („NZZ“, 1.12.79). Außerdem soll in den Zeitungen El Salvadors sowie in den



Revolutionäre Lösungen zur Unterstützung der FSLN

multinationalen Konzernen und von Südafrika bestens geschmiert, 15 Mio. DM stehen bis jetzt zur Verfügung. (SZ, 15.12., iz3w, 81/79). Die große räumliche Ausdehnung des Landes erfordert kostspielige Transportmöglichkeiten für einen flächendeckenden Wahlkampf.

Nur an etwas viel Entscheidenderem mangelt es Muzorewa: Die in den Jahren des Kampfes errungene Anerkennung und der Einfluß der PF scheinen nach den Erfahrungen der ersten legalen Versammlungen von Zanu und Zapu in der Tat sehr groß zu sein. Für die Heimkehr von Mugabe und Nkomo rechnete selbst



Soames mit einer so triumphalen Begrüßung (ähnlich wie bei den jüngst eingetroffenen Offizieren der PF), daß er sie bat, bis zum Abschluß der heiklen Phase der Durchsetzung des Waffenstillstands zu warten.

England bricht Abkommen

Inzwischen haben sich rd. 19.500 Befreiungskämpfer in den von Commonwealth-Einheiten kontrollierten 16 Camps eingefunden, von denen nur eins sich im dichter besiedelten Zentrum und die anderen sich an der Peripherie befinden. Diese sehr wichtige Entscheidung wurde in nur 3

Wochen durchgepeitscht, ohne daß innerhalb der PF Zeit für einen ausführlichen innerorganisatorischen Diskussionsprozeß bestanden hätte. Immer wieder beschworen die Führer der PF ihre Anhänger, sich in die Camps zu begeben. Seit dem 27.12.79 hatte Radio Mosambik stündlich Aufrufe Mugabes gesendet, in denen er die ZANU als Sieger bezeichnete und zur Einhaltung des Abkommens, aber auch zur Wachsamkeit aufrief: Unter keinen Umständen sollten die Waffen abgegeben und andere Befehle als die der eigenen Offiziere befolgt werden („NZZ“, 4.1.80). Diese Konzentration der Befreiungskämpfer auf die Sammelstellen hat dazu geführt, daß bereits befreite Gebiete verlas-

Flugzeuge und Hubschrauber in Zimbabwe stationiert (Daily Telegraph, 30.11.). Nicht genau festzustellen ist die Zahl der südafrikanischen Soldaten, die in die rhodesische Armee eingetreten sind und dort schlicht zu Rhodesiern erklärt wurden (FR, 10.12.). Und Außenminister Botha schließlich sorgte am Rande der Londoner Konferenz für Druck mit der Bemerkung, Südafrika sei für eine Intervention „militärisch voll vorbereitet... Wir werden überlegen müssen, welche Schritte zu tun sind, wenn unsere Interessen direkt gefährdet sind“ (FAZ, 29.11.). Diese Schritte wurden direkt mit Abel Muzorewa abgesprochen, der noch während der Londoner Konferenz in Pretoria mit Premierminister P. Botha (der gleichzeitig Verteidigungsminister ist) konferierte. Nicht ohne Erfolg: Innerhalb von nur wenigen Tagen schafften die Südafrikaner 20 Lastwagen mit Truppen in den Süden Zimbabwes. Robert Mugabe sprach von einer regelrechten „Einladung“ an die südafrikanischen Truppen.

Nicht nur die PF reklamiert als „parteiische Seite“ die Verletzung des Londoner Abkommens. Sowohl der als Beobachter fungierende indische Commonwealth-Generalsekretär Ramphal wie auch die Hochkommissare der Frontstaaten und drei Dutzend (!) weitere Commonwealth-Mitglieder griffen die britische Regierung in dieser Angelegenheit scharf an und schickten Protestbriefe an den englischen Außenminister Carrington („Guardian“, 9.1.). Das englische Außenministerium machte keinen Hehl daraus, daß die Truppen der RSA mit Zustimmung des englischen Gouverneurs in Zimbabwe stationiert sind, um angeblich die wichtige Brückenverbindung zur RSA zu „schützen“. Dies sei „kein Bruch des Abkommens von Lancaster House“ („Guardian“, 10.1.). Diese Lüge ist sogar dem liberalen „Guardian“ zuviel, der auf den Anhang des Abkommens hinweist. Darin heißt es: „Bezüglich der Bedenken Mr. Mugabes kann der Delegation der PF versichert werden, daß unter der britischen Gouverneur keine auswärtige Einmischung stattfinden wird. Diese Position ist allen beteiligten Regierungen klargemacht worden, einschließlich der südafrikanischen“ (Ebenda). Robert Mugabe äußerte dazu: „Die britische Lancaster House“ („Guardian“, 10.1.). Diese Lüge ist sogar dem liberalen „Guardian“ zuviel, der auf den Anhang des Abkommens hinweist. Darin heißt es: „Bezüglich der Bedenken Mr. Mugabes kann der Delegation der PF versichert werden, daß unter der britischen Gouverneur keine auswärtige Einmischung stattfinden wird. Diese Position ist allen beteiligten Regierungen klargemacht worden, einschließlich der südafrikanischen“ (Ebenda). Robert Mugabe äußerte dazu: „Die britische Strategie scheint es zu sein, daß uns gegebenenfalls die südafrikanischen Truppen einkreisen. Wenn die Wahlen durchgeführt worden sind und das Volk uns gewählt hat, werden die Briten das Land verlassen und wir stehen Auge in Auge den südafrikanischen Truppen gegenüber“ („Guardian“, 5.1.80).

In der Tat kann einem Angst und Bange bei der Vorstellung werden, daß die überwiegende Streitmacht der zimbabwischen Freiheitskämpfer zwei Monate lang in ihren Camps zu verbleiben haben und hervorragendes Angriffsziel für z.B. die südafrikanische Luftwaffe sind. Bereits jetzt haben rhodesi-

sche Truppen, die formal in 46 zentral gelegenen Sammellagern stationiert sind, damit begonnen, in der Umgebung der Sammellager der Freiheitskämpfer schwere Waffen auszugraben, die dort versteckt worden waren. Britische Verteidigung dieser illegalen Praktiken der rhodesischen Truppen: „Es ist eine natürliche und heikle Angelegenheit zu schauen, was in der Umgebung der Sammellager geschieht“ („Guardian“, 9.1.). Auch die Einbeziehung der 23.000 Hilfstruppen Muzorewas in die „polizeilichen Aufgaben“ auf dem flachen Land und in den KZ-ähnlichen „Schutzdörfern“ nötigt der britischen Kolonialmacht keine Kritik ab. Bereits wenige Tage nach der allgemeinen Annahme des Londoner Abkommens ist sehr deutlich geworden, daß die britische Seite alles unternimmt, um die Rassisten in die besten Ausgangspositionen zu bringen. Das Abkommen dient nur dazu, den Freiheitskämpfern Auflagen erteilen zu können.

Getrennte Kandidatur von ZANU und ZAPU?

Inzwischen hat die ZANU mit einer Massenveranstaltung in der High-Field-Township in Salisbury ihre offizielle Wahlkampagne mit der Ankündigung eigener Wahlkämpfe begonnen. Offenbar besteht die Absicht, bei den Wahlen verstärkt die eigene Organisation zu profilieren, die den größten Teil des Befreiungskampfes auf ihren Schultern getragen hatte. ZANU-Offizielle schlossen nicht aus, daß es nach den Wahlen – an einem Sieg wird nicht gezweifelt – zu einer Koalition mit Nkomo kommen könnte. Mugabe hat die Parole ausgegeben, den militärischen Apparat in einen politischen zu verwandeln und sich voll auf die Wahlen zu konzentrieren. Vor allem

in den städtischen Gebieten sollen die Aktivitäten der ZANU erhöht werden. Hier leben rd. eine Million Schwarze, die im Gegensatz zur Landbevölkerung nur unzulänglich von der Agitation und Propaganda der Befreiungsbewegung erreicht worden sind („New African“, Januar 1980).

Nkomo (ZAPU) seinerseits erklärte in Lusaka, trotz der Entscheidung Mugabes werde die ZAPU den Wahlkampf als Patriotic Front führen. Dieses Vorgehen soll ausschließlich der Irreführung der Wähler dienen, um möglichst viele Stimmen „abzusahnen“.

Die Einheit der Patriotischen Front war stets etwas zerbrechlich, die politischen und ideologischen Unterschiede der beiden Bewegungen sind nicht unerheblich und drücken sich äußerlich bereits im unterschiedlichen Hinterland

(Mosambik und Sambia) aus. Nichtsdestoweniger war die PF in der Lage, die „interne Lösung“ zu isolieren und militärisch schwer zu treffen. Ein getrenntes Marschieren der beiden Organisationen zu den Wahlen kann auf Seiten der ZAPU dazu führen, die eigenen nichts sehr guten Chancen durch ein Zusammengehen mit „anderen progressiven Kräften“ („Guardian“, 5.1.) (Nkomo) zu erhöhen. Wo diese „progressiven Kräfte“ allerdings sich befinden, ist rätselhaft. Eher scheint es sich um ein Kockettieren mit konservativen und rein stammesorientierten Gruppen zu handeln.

Um das drohende Auseinanderbrechen der Patriotischen Front zu diskutieren, findet gegenwärtig (11.1.79) eine Konferenz der Präsidenten von Mosambik, Sambia und Tansania in Beira (Mosambik) statt. Eingeladen hatte Samora Machel.

Afrika-Kommission

Eine Woche nach Abschluß der Londoner Konferenz verkündete Samora Machel auf einer großen Massendemonstration in Maputo: „Wir sind stolz, erklären zu können, daß mehr als 250.000 mosambische Soldaten, die in der Armee der Volksrepublik China ausgebildet wurden, sich in ihre Heimat zurückbegeben haben.“

lutionäre Mosambikaner mit Unterstützung rhodesischer Hubschrauber nach Mosambik eingeschleust worden. Sie nennen sich „freies Afrika“ oder „Mosambikanische Nationalbewegung“.

Eine Woche nach Abschluß der Londoner Konferenz verkündete Samora Machel auf einer großen Massendemonstration in Maputo: „Wir sind stolz, erklären zu können, daß mehr als 350 mosambikanische Soldaten heute in Zimbabwe sind“ („Guardian“, 27. 12.79). Er fügte hinzu, daß 500 dort gekämpft haben, 24 getötet und sechs verwundet worden seien. Zwei wurden gefangenengenommen. Er erklärte weiter: „Unsere Soldaten gingen nach Zimbabwe, um unser Land zu verteidigen. Ian Smith hat uns eingeladen, an diesem Krieg teilzunehmen, als er Mosambik angriff. Wir haben die Einladung

lutionäre Mosambikaner mit Unterstützung rhodesischer Hubschrauber nach Mosambik eingeschleust worden. Sie nennen sich „freies Afrika“ oder „Mosambikanische Nationale Widerstandsbewegung“. In der gleichen Rede gab Machel die Verluste an, die durch die Aggression Rhodesiens entstanden sind. 1338 Mosambikaner wurden getötet, 1538 verwundet, 751 verschleppt (und gelten als vermisst). Der Schaden beträgt ca. 80 Millionen DM Verluste und die Schließung der Grenze und Einhaltung der Sanktionen wird von der UNO auf 1 Milliarde DM geschätzt.

Afrika-Kommission

Savimbi (UNITA) trifft Kissinger in New York

Der 44-jährige Chef der konterrevolutionären Terrororganisation, Jonas Savimbi, besuchte am 3. November 1979 für eine Woche die USA. Es war sein erster Besuch in diesem Land seit 1961. Begleitet wurde er von de Borchgrave, dem konservativen Starreporter des US-Magazins „Newsweek“, dessen CIA-Kontakte ein offenes Geheimnis sind. Finanziert wurde der Besuch von der Organisation „Freedom House“ in New York. In deren Vorstand sitzt Carters Chefberater Brzezinski, sie selbst bezeichnet sich als „non-partisan“, gebildet zur Stärkung „freilichtlicher Gesellschaften“. Die Kopfüberschrift von „Newsweek“ ließ keinen Zweifel am Zweck dieses Besuches aufkommen: „Savimbi ersucht um Hilfe.“ Savimbi selbst zum Magazin: „Wenn ihr euren Freunden helft, helft ihr euch selbst.“ Obwohl Savimbi nur einen Privatbesuch absolvierte, wurde er stets durch zwei offizielle Limousinen des „Weißen Hauses“ begleitet. Höhepunkt seiner Reise: Empfang bei Kissinger persönlich, der ihn vor allem in den Jahren des zweiten angolanischen Bürgerkrieges mit Waffen und Söldnern massiv unterstützte. Doch Kissinger war beileibe nicht der einzige Kontaktpartner Savimbis in den USA. Da waren z.B. der Ex-CIA-Chef James Schlesinger, Senator Sam Nunn (Demokrat, Georgia), Henry Jackson (Demokrat,

Washington), Capitol-Sprecher O'Neill (Demokrat, Massachusetts) – und einige schwarze Kongreßabgeordnete. Alle bereit, dieser altgedienten Marionette des US-Imperialismus Hilfe zu versprechen.

Sehr interessant ist schließlich die Tatsache, daß Savimbi Privatgast des neuen Gewerkschaftsboß der AFL-CIO, Lane Kirkland, war und im Hauptquartier der Gewerkschaft mit einer Gruppe von Gewerkschaftsspezialisten zusammentraf, die für die „internationalen Angelegenheiten“ der AFL-CIO zuständig sind — einschließlich des Chefs des „African-American Labor Center“ (AALC). Und es war sicher kein Zufall, daß Savimbi auch Gespräche mit Jerry Funk hatte, ehemals führendes Mitglied der „Internationalen Vereinigung der Erdöl- und Chemiearbeiter.“ Diese Organisation wurde vor einigen Jahren aufgelöst, nachdem bekannt geworden war, daß sie praktisch in die Hand des CIA geraten war. James Funk setzte seine CIA-Karriere beim AALC fort und hat es sogar zu einem Sitz im „nationalen Sicherheitsrat“ gebracht! Savimbis Besuchsprogramm enthielt außerdem einen Vortrag im „Zentrum für strategische und internationale Studien“, in dem Kissinger, Schlesinger und andere „Ruheständler“ ihre Büros haben. Titel: „Die strategische Rolle Angolas auf dem Subkontinent.“ Im Verlauf der anschließenden Diskussion gab Savimbi offen zu, daß er sich 1975 offiziell an die US-Regierung um Hilfe gewandt habe und auch CIA-Unterstützung erhalten habe. Kein Zweifel, daß auch

der jüngste Besuch Savimbis zur Fortsetzung dieser „Tradition“ gedacht war und er auf namhafte Unterstützer blicken kann: bis hin in die höchsten Gewerkschaftskreise der USA. John Stockwell, ehemals Chef der CIA-Aktion in Angola, schrieb in einem Brief an die „New York Times“ (22.11.79) zum Besuch Savimbis: „Seit er versucht in den Wüstengebieten des zentralen Hochlands von Angola zu überleben, kann er sich nirgendwo mehr sehen lassen, weder in den kleinen Städten noch Dörfern – abgesehen von seinen Plünderungsaktionen. Er hat die Unterstützung der Bevölkerung so vollständig verloren, daß er zum Terror in den Städten übergegangen ist, sogar gegen seinen eigenen Stamm, die Ovimbundu“ (Informationen nach „Covert Action“, 7/79)

Mengistu in der DVR Jemen

Der Besuch des äthiopischen DERG-Vorsitzenden Mengistu in der Demokratischen Volksrepublik Jemen wurde mit einem Kommuniqué beendet, das in fast überschweiflicher Form die Beziehungen beider Staaten schildert und das seit geraumer Zeit vorhandene Abrücken der DVR Jemen vom eritreischen Befreiungskampf nochmals festschreibt. (jemenitische

Soldaten sollen gegen Eritrea im Einsatz sein). In der entsprechenden Passage heißt es: „Genosse Abd Al Fatah Ismail äußerte seine Bewunderung für die mutige und weise Führung des Genossen Mengistu Haile Mariams sowie für die äthiopischen breiten Massen, die zum Schutz ihrer Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität (!) ein heroisches Opfer bringen. Er bekräftigte gegenüber seinem äthiopischen Amtskollegen, daß die Sozialistische Partei, Regierung und Bevölkerung der Demokratischen Volksrepublik Jemen den anti-imperialistischen, antikolonialistischen und anti-expansionistischen(!) Kampf des äthiopischen Volkes uneingeschränkt unterstützen.“ (Monitor-Dienst v. 7.12.79).

Französische Berater im Tschad verdoppelt

Die Einbeziehung von Teilen der Frontlinat in die „nationale Übergangsregierung“ des Tschad hat weder zu einem Abflauen der Kämpfe geführt, noch wie auch immer geartete fortschrittliche Tendenzen gezeigt. Im Gegenteil, beim Kampf um die Futtertröge wird von allen Beteiligten auf die alte Kolonialmacht Frankreich gesetzt (wir berichteten wiederholt

darüber). Jüngst nun hat eine französische Delegation des Ministeriums für Zusammenarbeit den Tschad besucht. Nach Aussagen des Regierungssprechers des Tschad wurde ein Hilfsabkommen ausgearbeitet, das nun unterschrittsreif vorliegt. Einzelheiten über das Ausmaß des französischen Engagement gab der französische „Ständige Unterstaatssekretär“ kund: „Ich meine, daß Frankreich nicht alles sofort tun kann, doch es wird notwendig sein, schneller als andere Länder zu handeln, die vielleicht erst noch die Hilfe für dieses Land erwägen. ...Gegenwärtig halten sich im Tschad weniger als 50 (?) Berater der französischen Regierung und einige wenige private Berater auf. Wir versuchen, eine Reihe von Personen zusammenzubekommen, die die tschadische Regierung unseres Wissens dringend braucht. Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt noch weitere Personen rekrutieren. Wir denken, daß die Anzahl der Berater sich schnell verdoppeln wird, damit (!) die richtige Antwort auf die Probleme des Tschads gegeben wird. Obwohl wir unser Möglichstes tun werden, um dem Tschad bei den dringendsten Verschuldungsproblemen zu helfen, indem wir die erforderlichen Gelder bereitstellen, um die Beamten zu bezahlen, werden diese Maßnahmen nicht von Dauer sein.“ Zunächst jedenfalls werde Frankreich die Gehälter der Beamten des Tschad für vier Monate bezahlen!... (nach „Monitor-Dienst“, Radio N-Djamena, 13.2.79)

Afrika-Kommission

Die sowjetische Intervention in Afghanistan

Am 27.12.79 überschlugen sich die Ereignisse in Afghanistan: zeitgleich mit dem Sturz der Amin-Regierung intervenierten sowjetische Truppen in diesem Land.

Mehrere Tausend Soldaten und militärisches Gerät wurden in die Nähe der afghanischen Hauptstadt Kabul geflogen. Die seit 1945 erste militärische Intervention der Sowjetunion (SU) in einem Land außerhalb des Warschauer Paktes wurde mit einer formalen, wenig glaubhaften Legitimation versehen. Die über den Staatsstreich an die Macht gekommene neue afghanische Regierung hatte die SU um „Militärhilfe“ gebeten. „Die Regierung der UdSSR akzeptierte diesen Vorschlag der afghanischen Seite“ („Kabul Home Service“, 27.12. lt. „SWZ“, 29.12.). Die unlegitimierte Verletzung der afghanischen Souveränität muß als Ausdruck der sowjetischen Machtpolitik zurückgewiesen werden. Die Tatsache, daß sich die sowjetische Präsenz in Afghanistan hauptsächlich gegen eine konterrevolutionäre Widerstandsfront und gegen den Imperialismus richtet, darf nicht darüber wegtäuschen, daß die SU hier aus ihren eigenen strategischen Überlegungen (stabiles, SU-freundliches Afghanistan) handelt. Nicht immer sind die Opfer einer solchen Politik reaktionäre Gruppierungen — wie das Beispiel Eritrea zeigt. Die Tatsache, wie die sowjetische Intervention in Afghanistan zustandekam, muß für die fortschrittlichen Staaten der Dritten Welt, die einen unabhängigen Kurs verfolgen (wollen), eine enorme Bedrohung darstellen.

Wenn diese Kräfte die sowjetische Intervention verurteilen oder ablehnen, so ist dies zweifellos voll und ganz berechtigt. Anders dagegen verhält es sich mit dem Kriegsgeheul des Imperialismus. Ihm steht irgendeine Empörung ganz und gar nicht zu Gesicht — zumal von dieser Seite offensichtlich eine eigene Intervention in Afghanistan geplant war. Die derzeitige enorme Zuspitzung der Kriegshetze sowie die enorm gesteigerte Aufrüstung machen deutlich, daß auch unter den Bedingungen der sowjetischen Intervention in Afghanistan die Hauptkriegsgefahr vom US-Imperialismus und seinen Bündnispartnern in der NATO ausgeht.

Die Massenmedien zeichnen auf dem Hintergrund der hochgeputzten Kalten-Kriegs-Stimmung nur ein völlig verzerrtes größtenteils völlig falsches Bild der Ereignisse und der Situation in Afghanistan. Wir beleuchten deshalb noch einmal den Ablauf der Ereignisse zur Jahreswende sowie die derzeitige Situation in dem asiatischen Land.

Der Ablauf der Ereignisse

Der Ablauf der Ereignisse

Nach offizieller Version haben sowohl der Staatsstreich wie die sowjetische Intervention innerhalb weniger Stunden stattgefunden, allerdings nacheinander. D.h. die SU beruft sich auf einen Hilferuf der neuen afghanischen Regierung.

Allerdings klaffen in dieser offiziellen Version erhebliche Widersprüche.

So wurde der Sturz der Amin-Regierung von Radio Kabul am 27.12. um 22.00 Uhr bekanntgegeben — gleichzeitig mit dem Hilferuf an die SU und der Antwort seitens der SU („Kabul Home Service“, 27.12. lt. „SWB“, 29.12.). In der Zeit davor sendete Radio Kabul normales Rundfunkprogramm. Noch um 14.30 wurde von Radio Kabul eine Zusammenkunft zwischen Präsident Amin und dem sowjetischen Botschafter Talyzin bekanntgegeben („Kabul Home Service“, 27.12. lt. „SWB“, 29.12.). Schon diese Version ist wenig glaubhaft, der zeitliche Ablauf mußte danach minutiös geplant worden sein.

Unmöglich ist diese Version aber, da Radio Teheran bereits um 15.30 den erfolgreichen Sturz der Regierung Amin bekanntgegeben hat („Teheran Home Service“, 27.12., 15.30 Uhr lt. „SWB“, 29.12.). Dem Sturz gingen mehrstündige Kämpfe voraus — d.h. daß nach dem Umsturz bereits beginnen müssen, als Amin noch mit Sowjetbotschafter Talyzin konferierte....

Eine Erklärung für diese Unmöglichkeiten liefert die Meldung der Presse, daß der regionale sowjetische Rundfunk bereits Stunden vor dem eigentlichen Putsch diesen in afgha-



nischer Sprache meldete („FR“, 7.1.). Dies wiederum läßt die schon wenig vertrauenswürdigende offizielle Version völlig zur Farce werden.

Es gibt sehr starke Indizien dafür, daß die SU bereits vor dem 27.12. ihre militärischen Interventionskräfte nach Afghanistan schickte. So berichten die Presseorgane vor dem Umsturz und der offiziellen Intervention von größeren sowjetischen Transporten nach Afghanistan. Am 28.12. berichtete die „Süddeutsche Zeitung“, daß die „Sowjetunion ungefähr 5.500... Soldaten nach Afghanistan“ entsandte. „Das US-Außenministerium hatte erklärt, die Sowjetunion habe in den letzten beiden Tagen über eine Luftbrücke zahlreiche Soldaten und Militärgeräte nach Kabul gebracht. Insgesamt seien 150 Flüge registriert worden“ („SZ“, 28.12.). — zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser „SZ“-Ausgabe war der Umsturz noch unbekannt. In ähnlicher Weise äußern sich andere Zeitungen. Die Tatsache, daß am 27.12. die sowjetischen Truppen bereits in Afghanistan waren (auch nach der offiziellen Lesart), daß es aber auch für die SU schwer sein dürfte, innerhalb weniger Stunden ca. 5.500 Soldaten samt Gerät nach Afghanistan zu verfrachten, liegt diese Version den tatsächlichen Ereignissen wohl am nächsten. Die SU selber ist offenbar bemüht, diese Widersprüche zu glätten. Obwohl Radio Kabul die SU-Intervention auf den 27.12. datiert, besteht die SU darauf, erst am 28.12. „auf Bitten der neuen afghanischen Regierung“ eingegriffen zu haben („FAZ“, 3.1.). Dies vermag die zukünftige Geschichtsschreibung beeinflussen.

Die zukünftige Geschichtsschreibung beeinflussen — an den nachweisbaren Tatsachen können aktuell aber auch solche Mätzchen nichts ändern. Aus dem Ablauf der Ereignisse steht zweifelsfrei fest, daß die SU eigenmächtig in Afghanistan eingegriffen und bestenfalls die fragwürdige Legitimation einer (zu dem Zeitpunkt noch) möglichen künftigen neuen Regierung hatte.

Die Tatsache, daß noch kurz vor den Ereignissen die SU den ehemaligen Präsidenten Amin hoch lobte, Sowjetbotschafter Talyzin mit ihm konferierte („Kabul Home Service“, 27.12. lt. „SWB“, 29.12.), und dieser Amin wenige Stunden nach dem Putsch als „blutrünstiger Schlächter“ und „CIA-Agent“ denunziert wird („Kabul Home Service“, 27.12. lt. „SWB“, 31.12.), macht deutlich, welches Schicksal in Ungnade gefallene Regierende (und Regierungen) trotz aller Lobeshymnen erwartet.

Das Ausmaß der sowjetischen Intervention

Über das Ausmaß des sowjetischen Engagements in Afghanistan wird in der Presse nach dem Motto „Nichts ist unmöglich, alles ist erlaubt“ berichtet. Von 5.000 Soldaten am 29.12. („FR“) über 30.000 am 31.12. („SZ“) stieg die Zahl auf 50.000 am 7.1. („FAZ“), um sich tags darauf noch einmal auf 100.000 zu verdoppeln („SZ“). In anderen Presseorganen reduzierten sich auf mysteriöse Weise die Vortagszahlen — die „FAZ“ kommt am 9.1. auf 35.000 Mann in Afghanistan, tags zuvor waren es noch 50.000....

In ähnlich ernsthafter Weise werden alle möglichen Geschichten verbreitet. Der allergrößte Unsinn ge-

nießt derzeit die Seriösität einer ernsthaften Reportage. Können die Reporter keine SU-Soldaten sichten, so verbirgt sich düsterste Moskauer Taktik dahinter: Mal verstecken sie sich hinter Büschen („Welt“), mal fahren sie nur nachts mit ihren Panzern aus („SZ“, 7.1.) oder sie verkleiden sich als Afghanen („Hamburger Abendblatt“, 7.1.). „Tausende von Soldaten bewachen das Feld. Alle stecken in afghanischen Uniformen und haben asiatische Gesichtszüge. Aber sind es wirklich Afghanen? Die Russen schicken vorwiegend Truppen aus den asiatischen Sowjet-Provinzen, die von Afghanen nicht zu unterscheiden sind“ („Hamburger Abendblatt“, 7.1.). Mit solchem Unfug kann wirklich alles erklärt werden, für das die Beweise fehlen. Tatsächlich hat die SU offenbar ein Truppenkontingent von ca. 5.500 Soldaten plus einige Tausend Berater in Afghanistan stationiert. Dies sind die Zahlen, die von der Presse durchgängig als erste Zahlen genannt wurden, als Höchstzahlen wurden 10.000 SU-Soldaten angegeben („FR“, 28.12., „SZ“, 28.12., „Die Neue“, 28.12.). Der US-Geheimdienst kommt selber am 8.1. zu dem Schluß, daß ca. 10.000 SU-Soldaten in Afghanistan stehen („NDR II“, 8.1.).

Ähnlich verhält es sich mit den Meldungen über das Engagement der SU-Truppen. Angeblich sind diese tief in die Kämpfe gegen die konterrevolutionären Banden verwickelt und die SU habe „nach Darstellung der Aufständischen... seit Beginn der Invasion schon 10.000 Rotarmisten verloren“ („FAZ“, 7.1.). Auch hier

kommt der US-Geheimdienst zu völlig anderen Einschätzungen: „Die afghanische Armee, die von sowjetischen Beratern unterstützt wird, trägt immer noch die Hauptlast des Kampfes gegen die antikommunistischen Rebellen — auch nach dem massiven Einmarsch sowjetischer Streitkräfte in Afghanistan... Es hieß, die sowjetischen Truppen versorgten die afghanische Armee logistisch und durch Führungsanweisungen, die sowjetischen Truppen seien aber bis auf die Eroberung von Kabul in der vergangenen Woche aus größeren Kämpfen herausgehalten worden“ („FR“, 10.1.). Ebenfalls bezeichnet der US-Geheimdienst den Widerstand der „Rebellen“ als „sporadisch“ (do). Die SU hat danach „erst einen einzigen Hubschrauber durch Feuer vom Boden aus verloren“ (do). Auch die afghanische Armee soll im Gegensatz zu „Berichten von Massendemonstrationen“ völlig „intakt“ sein (do).

Der Widerspruch zwischen tatsächlichen Untersuchungen der Imperialisten (US-Geheimdienst) und der Zweckpropaganda ist überdeutlich.

Die vorhandenen konkreten Berichte aus Afghanistan bestätigen die o.a. US-Geheimdienstversion. Danach ist eine Präsenz der SU in Kabul und einigen (hier gibt's Unterschiede in der Berichterstattung) anderen Städten sowie in Militärlagern beobachtet worden.

Alle anderen Meldungen beziehen sich auf Mutmaßungen und Meldungen der konterrevolutionären Widerstandsfront. Weder aus Pakistan noch aus dem Iran (in den Grenzgebieten zu beiden Staaten müßten sich die Kämpfe abspielen) sind Berichte über ein Eingreifen sowje-

tischer Truppenteile bekannt.

Tatsächlich scheint es so zu sein, daß die SU-Truppen in Afghanistan mehr die Rolle eines stabilisierenden Stützpunkts einnehmen (derzeit) und weniger als direkte Eingreiftruppe anzusehen sind. Ein wie von der Presse gemutmaßter umfassender Krieg der sowjetischen Truppen (ein „Volkskrieg“ lt. „Hamburger Abendblatt“ sogar) findet — urteilt man nach den tatsächlich vorliegenden authentischen Meldungen — nicht statt.

Die Lage in Afghanistan

Die Situation in Afghanistan vor dem sowjetischen Eingreifen war einerseits von Instabilität und andererseits von massiven Vorstößen der Imperialisten gekennzeichnet. Instabil, da es der erst im September über einen Putsch an die Macht gekommenen Amin-Regierung nicht gelang, Ruhe herzustellen oder sich auch nur eine ausreichende Machtbasis zu schaffen.

Dem September-Putsch von Amin (und der Ausschaltung Taraki's) folgte eine Säuberungswelle innerhalb der Chalk-Partei (diese setzt sich wesentlich aus zwei Flügeln zusammen: den stramm sowjetfreundlichen Mitgliedern der Parcham-Gruppe und der eigentlichen Chalk-Gruppe). Die Parcham-Gruppe wurde völlig aus Regierung und vergleichbaren hohen Ämtern gesäubert. Neue Parteimitgliedskarten wurden ausgeben und zahlreiche Mitglieder der Parcham-Gruppe inhaftiert („SWB“, 8.1., 21.12., „FAZ“, 31.12.). Über die realen Widersprüche zwischen den beiden Flügeln ist kaum etwas bekannt. Einige Indizien sprechen allerdings dafür, daß die Regierung Amin einen unabhängigeren Kurs gegenüber der SU führen wollte. So nahm Amin Kontakt zu den USA auf („Kabul Home Service“, 27.10.79 lt. „SWB“, 3.11.) und sprach sich mehrmals gegen die Präsenz von SU-Truppen in Af-

ghanistan aus (am 16.12. erklärt Amin „mit Stolz“ daß kein einziger SU-Soldat in Afghanistan sei — „SWB“, 19.12.).

Unabhängig von den für uns nicht eindeutig einschätzbaren Widersprüchen zwischen den beiden Flügeln der Chalk-Partei schuf die Ausschaltung des Parcham-Flügels durch Amin zweifellos eine starke Instabilität innerhalb des Staatsapparates und der Armee (Parcham hat wie auch sonst dort eine starke Anhänger-schaft).

Mit dem Zerbrechen der Zusammenarbeit zwischen beiden Flügeln war aber auch klar, daß die Parcham-Gruppe alleine an der Macht ähnliche Probleme haben dürfte — da sie die Anhänger der eigentlichen Chalk-Partei ausschalten mußte. Dies könnte ein Grund für das sowjetische Eingreifen gewesen sein. Immerhin regiert die neue (Parcham) Regierung unter Babrak Karmal ohne Frage nur mit Hilfe der SU.

Eine wesentliche Folge dieser Instabilität war die Erfolglosigkeit der afghanischen Armee im Kampf gegen den reaktionären Widerstand. Dieser konnte nicht eingedämmt werden. Es scheint im Gegenteil so gewesen zu sein, daß das jetzt absevierte Amin-Regime mit Brachialgewalt und Justizwillkür unterschiedslos gegen jegliche (linke oder rechte) Opposition vorgegangen ist. Viele ehemalige Mitstreiter Amins verschwanden während seiner Herrschaft im Gefängnis — und werden erst Anfang dieses Jahres wieder freigelassen.

Die konterrevolutionären Banden konnten so natürlich nicht zurückgedrängt werden, sondern erweiterten offenbar ihren Einflußbereich.

Hier liegt mit Sicherheit ein weiterer Grund für das Eingreifen der SU.

(Dieser Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt).

Asien-Australien-Kommission



Sowjetische Soldaten in Kabul

Come back einer Diktatorin

Mit einem überwältigenden Sieg bei den indischen Parlamentswahlen wird die Congress(I)-Partei mit Indira Gandhi an der Spitze mit einer mehr als Zweidrittelmehrheit im Alleingang die neue Regierung bilden.

Zu welchen Herrschaftsmethoden die Congress(I)-Partei und namentlich Indira Gandhi fähig sind, hat das indische Volk bis 1977 deutlich zu spüren bekommen. Mit Notstandssetzen und Ausnahmeverordnungen war jede Opposition im Lande brutal unterdrückt worden. Fortschrittliche Regierungen in einzelnen Bundesstaaten wurden durch die Zentralmacht abgesetzt und die „unruhigen Regionen“ mit Truppen besetzt. Streiks waren verboten, aber es kam trotzdem immer wieder zu spontanem Widerstand gegen die Ausbeutung der Arbeiter. Die Gewerkschaftsführer, die sich nicht an die Stillhalteabkommen hielten, wie sie

zwischen der Regierung und regierungstreuen und revisionistischen Gewerkschaften geschlossen worden waren, wurden verhaftet und eingesperrt.

Durch die rabiate, oft genug gewaltsame Durchsetzung eines Sterilisationsprogramms machte die Gandhi-Diktatur „Familienpolitik“. Allein 1978 wurden acht Millionen Menschen zwangsweise sterilisiert! Presseorgane, die die Politik der Regierung angriffen, unterlagen einer Zensur, viele Redakteure wurden verhaftet.

Parlamentarisch durchsetzen konnte der Congress(I) diese Politik vor allem auch mit der Unterstützung der UdSSR-treuen KPI.

Als dann im März 1977 Neuwahlen ausgeschrieben wurden, bekam die Regierung die deutliche Quittung für ihre Politik: In einer vernichten-

Fortsetzung auf Seite 40

Fortsetzung von Seite 39

Come back einer Diktatorin

den Wahlniederlage erreichte der Congress(I) nur noch 154 von 542 Sitzen!

Den Wahlsieg errang der Janata-Block, ein Wahlbündnis, das von der Sozialdemokratie bis zu hinduistisch-faschistischen Gruppierungen reichte. Das einigende Band war die Opposition zur Gandhi-Diktatur.

Eine Lösung der dringenden Probleme des indischen Volkes konnte auch die Janata-Regierung nicht bringen.

So kam es in letzter Zeit insbesondere unter den landlosen Bauern und Landarbeitern zu militanten Aktionen gegen ihre elende und rechtlose Lage. „Die Landarbeiter verstärken ihre Forderungen nach Land, einem besseren Lohn und der Sicherung der Pachtechte. Landbesetzungen häufen sich, wo der Landbesitz die von der Regierung festgesetzte Höchstgrenze überschreitet; die Kulaken – gedeckt durch ihren Repräsentanten in der Regierung, Charan Singh – greifen immer häufiger zur Gewalt gegen die landlosen Bauern in Form von Massakern, Folterungen und Vertreibungen“ („taz“, 8.1.80).

Die Propagierung von „Ruhe und Ordnung“ spielte im Wahlkampf eine wichtige Rolle. Sowohl Janata als auch Congress(I) versprochen, „eine spezielle Polizeistreitkraft einzurichten, um mit kommunistischen Unruhen fertigzuwerden“ („Viewpoint“, 23.12.79).



Zur Lage in Kampuchea

Wenn auch in den Spalten der bürgerlichen Presse gegenüber den Ereignissen in Afghanistan und Iran die Kampuchea-Frage in den Hintergrund getreten ist, gehen die Kriegsvorbereitungen Chinas, der USA und der ASEAN-Staaten gegen Indochina propagandistisch und militärisch unvermindert weiter. Nach der UNO-Resolution, an deren Abstimmung der Vertreter des Pol-Pot-Regimes als Repräsentant Kampuchas teilnahm (während der Regierungsvertreter aus Phnom Penh aus den USA ausgewiesen wurde), haben die Imperialisten auf verschiedenen Ebenen neue Angriffe gegen das kampucheanische Volk gestartet.

Die Instrumentalisierung der Hilfe

In einer gleichgeschalteten Kampagne in allen Medien wird seit Monaten behauptet, die Nahrungsmittel und andere Hilfe, die an die kampucheanische Regierung in Phnom Penh geliefert wurde, habe nicht die notleidende Bevölkerung erreicht, sondern verschwinde entweder in den Taschen der Vietnamesen, werde von den Ratten gefressen oder gar nicht erst ins Land gelassen. Durch tägliche Wiederholung sollen diese Geschichten natürlich einen Grad von Glaubwürdigkeit erreichen, der es als wahrhaft humane Tat erscheinen läßt, wenn „Rotes Kreuz“, „UNICEF“ und ähnliche Organisationen stattdessen ihre Hilfslieferungen an die von den diversen „Widerstandsgruppen“ kontrollierten Flüchtlingslager in Thailand verteilen.

Wir wollen hier gar nicht die unzähligen Richtigstellungen der Re-

Die Aktion „Brot für die Welt“ (Diakonisches Werk) und der „Deutsche Caritasverband“ haben nach der Lieferung von Hilfsgütern im Wert von 8 Millionen Mark „aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen den Verdacht einer Behinderung der Hilfsmaßnahmen durch die Regierung entkräftet“ („SZ“, 18.12.79).

Trotzdem behaupten die anderen Organisationen wie UNICEF, RK etc. weiterhin das Gegenteil und haben mittlerweile sogar mit Suspendierung ihrer Hilfslieferungen gedroht.

Das alles geschieht unter dem Vorwand der „Neutralität“ – während die von den reaktionären Widerstandsgruppen kontrollierten Lager beliefert werden und damit natürlich der konterrevolutionäre Widerstand gegen die kampucheanische Regierung nicht unwesentlich unterstützt wird.

Die australische Regierung machte sich die Sache noch einfacher: Sie übergab ihre Hilfslieferungen direkt einem ehemaligen Minister des Pol-Pot-Regimes, wie die bürgerliche australische Zeitung „The Age“ vom 24.10.79 enthüllte (nach „Direct Action“, 1.11.79).

Faschistischer Widerstand

Die wesentlichen Gruppen des Widerstands sind die Reste der Pol Pot-Truppen („Rote Khmer“), die Khmer Serai („Freie Khmer“) und Sihanouk samt Anhang. Die Truppen Pol Pots sind allen Einschätzungen zufolge (außer „KPD“ und KBW) am Ende – ihnen wird kaum eine nennenswerte Chance eingeräumt. Auf die jüngsten Änderungen in der Führung der „Roten Khmer“ fiel wohl kaum jemand herein. Die



Konspiration reaktionärer kampucheanischer Gruppen in Thailand

gierungen Vietnams und Kampuchas dokumentieren (etwa zu der absurden Behauptung, Vietnam verlange von Hilfsgütern, die über den Mekong nach Phnom Penh verschifft werden,

Kennzeichnung dieses Manövers als „Schönheitsoperation“ (durch Vietnam) trifft den Kern der Sache.

Es ist wohl auch als Reaktion auf die Entziehung der Anerkennung des



Soldaten der kampucheanischen Armee

Banden sind die „Khmer Serai“ („Freie Khmer“), die schon seit den 60er Jahren aktiv sind – damals gegen die neutralistische Sihanouk-Regierung. Sihanouk selbst hat in einem Buch den CIA als Drahtzieher dieser Bande angeklagt, heute will er mit ihnen gemeinsam gegen die „vietnamesische Invasion“ kämpfen.

Nach 1975 wurden die „Khmer Serai“ von den US-Imperialisten systematisch aufgerüstet. Die Faschisten an der Grenze bilden das Potential, mit dem eine offene Invasion Kampuchas vorbereitet und durchgeführt wird.

Die „Khmer Serai“ haben zwei gewaltige Vorteile gegenüber den Pol Pot-Truppen: sie kontrollieren gemeinsam mit den thailändischen Faschisten die Flüchtlingslager im thailändischen Grenzgebiet, haben diese als Rekrutierungsfeld und sind militärisch optimal ausgerüstet.

Es gibt bereits Beweise für eine personelle Zusammenarbeit der thailändischen Armee mit diesen Kräften. Die thailändischen Zeitungen brachten am 20.11. ein Bild einer gemeinsamen Grenzpatrouille von thailändischen und Khmer-Serai-Soldaten („Bangkok Home Service“, 22.11. lt. „SWB“, 27.11.). Die Fäden dafür werden allerdings auf einer anderen Ebene gezogen.

China, USA, ASEAN-Allianz gegen das befreite Indochina

Wir haben bereits wiederholt auf das politische und militärische Zusammenspiel der chinesischen Führer, der US-Imperialisten und der reaktionären ASEAN-Staaten (Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und Philippinen) hingewiesen. Ein Er-

militärischen Lieferungen an die ASEAN-Staaten – namentlich Thailand – drastisch erhöht.

Japan hat „zum ersten Mal in seiner Nachkriegsgeschichte eingewilligt (...), sich an einem gemeinsamen Flottenmanöver mit den Amerikanern im Pazifik zu beteiligen. Auffallend ist ferner, daß zur Zeit zahlreiche prominente amerikanische Politiker und Militärs inoffiziell durch Südostasien reisen“ („FAZ“, 20.12.79). Zwei chinesische Delegationen, „darunter eine Gruppe ranghoher Militärs unter Führung des stellvertretenden Generalstabschefs der Volksarmee, haben in Bangkok Besuch gemacht“ und der stellvertretende Parteivorsitzende der KPCh, Li Sien-nien sagte in einem Interview mit der australischen Zeitung „The Age“, die VR China „wird in Zukunft auch die nichtkommunistischen Rebellen in Kambodscha unterstützen“ („FAZ“, 13.12.1979).

Beim jüngsten Besuch des US-Kriegsministers Brown in Peking dürfte sicherlich eine Koordinierung der Unterstützung des reaktionären Widerstands vereinbart worden sein.

Solidarität mit dem kampucheanischen Volk I

Die Unterstützung des reaktionären Widerstands und die Propaganda von der Behinderung der Hilfslieferung durch die kampucheanische Regierung spielen bei diesen Kriegsvorbereitungen eine wichtige Rolle. In dieser Lage muß die Position der Regierung in Phnom Penh unterstützt werden. Das Elend des kampucheanischen Volkes könnte in vieler Hinsicht sofort gelindert werden, wenn – die USA sofort ihre Reislager öff-

Seite 41 - AK 169 - 14.1.80

Nahost

Iran: Intervention in den nächsten sechs Monaten

Anfang des Jahres kehrte der UN-Generalsekretär Waldheim unverrichteter Dinge aus dem Iran zurück: Er hatte versucht, die Freilassung der seit zehn Wochen gefangengehaltenen amerikanischen Geiseln zu erreichen. Es gelang ihm Besatzern der Botschaft zu sprechen; Gespräche mit dem derzeitigen iranischen Außenminister Ghotbzadeh und dem Revolutionsrat blieben umsonst. Überall, wo Waldheim sich in Teheran sehen ließ, wurde er mit scharfen Protesten empfangen. Überall trugen Demonstranten Fotos mit, die den Generalsekretär händelschüttelnd bzw. händeküssend mit dem Schah und seiner mindestens ebenso verhassten Zwillingschwester Ashraf zeigten – bei einem offiziellen Besuch im Iran im Frühsommer 1978, als die Aufstände gegen das Schah-Regime schon Tausende von Toten gekostet hatten. Auch der Besuch Waldheims in einem Krankenhaus, in dem durch Folter in den Kerkern des Schah schwer verstümmelte Menschen behandelt werden, brachte ihm keine Sympathie ein, im Gegenteil. Als Waldheim auf dem großen Teheraner Friedhof, auf dem Tausende von Opfern des Schah-Regimes begraben liegen, einen Kranz niederlegen wollte, wurde er von der wütenden Menge verjagt.

Schon bei der Zwischenlandung in Genf erklärte Waldheim, er sei „froh, wieder zurück zu sein – besonders lebend“. „Ich wußte niemals, ob die Sicherheitskräfte, die mich umgaben, mich schützen oder angreifen sollten“ („FR“, 7.1.80). Waldheim

sprach sich – in der Öffentlichkeit – gegen Sanktionen gegen den Iran aus, weil sie keinerlei Wirkung in Bezug auf die Freilassung der Geiseln bringen und der Iran sich anderweitig versorgen würde. Stattdessen wolle er eine Untersuchungskommission einsetzen, die die Verbrechen unter dem Schah-Regime untersuchen solle („Neue Zürcher Zeitung“, „NZZ“, 9.1.80).

Die an Lächerlichkeit grenzende Erfolglosigkeit des höchsten UN-Beamten, seine Vermittlungsvorschläge sowie die vorübergehend weniger starken Drohungen der USA gegen den Iran sollten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die USA nur auf eine günstige Gelegenheit für ein – auch militärisches Eingreifen – in den Iran warten. Erst kürzlich haben die USA wirtschaftliche und politische Sanktionen ins Gespräch gebracht. Sollte die von den USA eingebrachte Resolution im Sicherheitsrat an dem Veto der Sowjetunion scheitern, sollen sie zusammen mit den Verbündeten der USA durchgesetzt werden. Folgende Maßnahmen sind bis zur Freilassung der Geiseln vorgesehen:

- Stopp aller Warenlieferungen in den Iran (ausgenommen Lebensmittel und Medikamente),
- Unterbindung von Transporten in den Iran durch die beteiligten Länder,
- Vergabe keiner neuen Kredite, keine Zahlungsvergünstigungen,
- Abzug von Botschaftspersonal („FR“, 11.1.80).

Die militärische Bedrohung durch die USA ist in den letzten Wochen enorm gestiegen. Im Rahmen „gewaltloser“ militärischer Maßnahmen erwägen die USA die Abriegelung des Persischen Golfes – seit Wochen sind zwei Flugzeugträger im Indischen Ozean stationiert („FR“, 20.12.79). Ganz offen reden die USA von einer Verstärkung der militärischen Präsenz im Nahen Osten: „Übergangseinrichtungen“ (?) in den Ländern am Golf werden erwogen, die von der US-Luftwaffe und -Marine benutzt werden können. Feste Militärbasen in Israel und Ägypten waren schon im Gespräch. Seit einigen Wochen werden gemeinsame Manöver der ägyptischen und US-Luftwaffe durchgeführt. Außerdem soll der Marine-Stützpunkt Diego Garcia ausgebaut werden, das Militärabkommen mit der Türkei, das den USA weiterhin die Benutzung von 26 Militärstützpunkten in der Türkei erlaubt, ist ebenfalls unter Dach und Fach („FR“, 11.1.80).

Aufschluß darüber, was die USA gern wollten, wenn sie könnten, gibt ein Bericht über ein geheimes Treffen höchster Regierungs- und Militärspitzen in Camp David vom 19. bis 26. November, also nur 14 Tage nach Beginn der Botschaftsbesetzung in Teheran. Die Informationen über dieses Treffen wurden vom Chefredakteur von „afrique-asie“ am 10.12.79 veröffentlicht. Nach diesem Bericht eröffnete Carter die Debatte folgendermaßen: „Angesichts unserer Diskussionen und der Berichte, die ich studiert habe, bin ich zu dem Schluß

gekommen, daß alle unsere diplomatischen, wirtschaftlichen und finanziellen Bemühungen zur Befreiung der Geiseln umsonst sein werden und daß die Ehre der USA, ihr Einfluß und ihre Vertretung der Interessen der freien Welt nun von unserer Entschlossenheit abhängen werden, der Herausforderung dieser Straßenräuber zu begegnen. Wenn wir nicht imstande sind, die Verantwortlichen für diese Herausforderung zu vernichten, wird unser Einfluß in diesem Gebiet, auch morgen, unhaltbar sein.“ „Unsere anscheinende Schwäche wird ein wichtiger Faktor in den Berechnungen unserer Gegner, vor allem in der Sowjetunion sein, und wird die Bindungen mit unseren Freunden in diesem Gebiet zerreißt, die eine rasche, mutige und würdevolle Aktion von der größten Militärmacht der Welt erwarten... Unter diesen Umständen scheint mir eine militärische Intervention unumgänglich, wenn man das Khomeiny-Regime nicht anders stürzen kann. Washington kann nicht weiter mit diesen Fanatikern zusammenleben.“

Brzezinski äußerte im Verlauf des Gesprächs: „Alle Hinweise, die wir haben, deuten darauf hin, daß der Beginn einer militärischen Operation sofort die Intervention gewisser ‚befreundeter‘ hoher Offiziere auslösen wird, die versuchen werden, die Macht in Teheran zu ergreifen, das Kriegsrecht einzuführen und Ordnung und Sicherheit im Iran herzustellen. Es ist weiter notwendig, daß der Präsident ein genaues Datum für eine Intervention festsetzt, damit

größte Geheimhaltung gewahrt werden kann. Ein Ultimatum ist nicht notwendig.“

Carter faßte zusammen: „Erstens den Beschluß, Khomeiny loszuwerden, gleich ob die Geiseln befreit werden oder nicht. Eine Reihe Länder, die man konsultiert hat, haben sich bereit erklärt, den USA Luft- und Seebasen zur Verfügung zu stellen. Darunter sind Saudi-Arabien, Ägypten, Kuwait, Bahrain, Oman, Israel, Tunesien, Marokko, Nordjemen und Pakistan. Andere werden uns unterstützen, falls sie nicht (aus Gründen der großen Politik) direkt einbezogen werden. In dem außergewöhnlichen Fall, daß alle Geiseln befreit werden, wird unsere Aktion gegen Khomeiny andere Formen annehmen. Aber es ist entscheidend, daß dieses Regime nicht länger als noch sechs Monate hält, denn trotz der offiziellen Dements von Khomeiny haben wir gute Gründe anzunehmen, daß die Ereignisse im Iran und in Saudi-Arabien (gemeint ist die Besetzung der Großen Moschee in Mekka) eng verbunden sind, sogar wenn sie nicht miteinander koordiniert sein sollten“ (zitiert nach „Die Neue“, 3.1.80). Deutlicher kann kaum gesagt werden, daß die USA nicht bereit sind, die Zurückdrängung ihres Einflusses im Iran und im gesamten Nahen Osten hinzunehmen. Vergessen zu erwähnen hat Carter in seiner Liste der Unterstützerstaaten den Irak, der sich inzwischen ganz offen als Bündnispartner gegen das iranische Regime angeboten hat.

Nahost-Kommission, Hamburg

Minderheiten kämpfen für Demokratie und Autonomie

Die innenpolitischen Widersprüche im Iran sind durch die Bedrohung durch die USA, für die die Botschaftsbesetzung durchaus ein willkommenes Anlaß war, nur kurzfristig verdeckt worden. Die Kräfte um Khomeiny haben im wesentlichen deshalb die Botschaftsbesetzung unterstützt, weil ihnen in einer innenpolitisch schwierigen Situation – wachsender Widerstand bei den nationalen Minderheiten, bevorstehendes Referendum über die umstrittene Verfassung – ein breiter Antiamerikanismus sehr wohl dienlich sein konnte, um ungestört eine neue Diktatur zu errichten. Geändert hat sich an der Politik der Zentralregierung vor allem gegenüber den Minderheiten nichts. Neben den z.T. aktuell aufgebrochenen oder weiterbestehenden Konflikten mit den arabischen, belutschischen, turkmenischen und kurdischen Minderheiten sind die Auseinandersetzungen in Aserbeidschan, in denen es im wesentlichen um eine Änderung der Verfassung geht, hinzugekommen, außerdem schwere Auseinandersetzungen in dem Gebiet von Isfahan und in Bandar Lengeh (am Persischen Golf westlich von Bandar Abbas). Bei den schweren Unruhen in Bandar Lengeh (mehr als 40 Tote) handelt es sich offensichtlich um Auseinandersetzungen zwischen der arabischen (sunnitischen) Minderheit und schiitischen Persern. In Isfahan wurde Anfang Januar der Vorsitzende der Is-

lamischen Komitees, Bahrainian, erschossen. Kurz vorher war ein 21 tägiger Sitzstreik in Isfahan zuende gegangen, mit dem gegen die Islamischen Komitees protestiert wurde, denen Erpressung, Mißhandlung und Folterung von Bürgern vorgeworfen wurde. Schon vorher hatte es im Gebiet von Isfahan fast täglich schwere Auseinandersetzungen gegeben („Le Monde“, 1.1. u. 8.1.80, „FR“, 7.1.80).

Belutschistan

Schon beim Referendum über die Verfassung war es in Belutschistan zu Auseinandersetzungen gekommen. Die Wahlbeteiligung war außerordentlich gering, an vielen Orten wurden die Wahlurnen von der aufgebrachten Bevölkerung in Brand gesetzt. Außerdem wurde der Provinzgouverneur entführt („NZZ“, 25.12.79). Die Belutschen haben sich ebenso wie die anderen Völker Irans für eine Revision der Verfassung und Autonomie in der Verwaltung ihrer Provinz ausgesprochen.

Zu schweren Auseinandersetzungen kam es am 20.12. Der ehemalige Außenminister Yazdi war als Vermittler von der Zentralregierung in die Provinz entsandt worden. Als er während seiner Rede in der Hauptstadt Sahedan mit Steinen beworfen

wurde, eröffneten die Pasdarane (Revolutionsgarden) das Feuer auf die Menge. Es gab mehrere Tote, die Stadt wurde unter militärische Kontrolle gestellt („SZ“, 24. - 26.12.79). Seitdem gab es immer wieder bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Revolutionsgarden und Belutschen. U.a. am 6.1. gab es wieder 10 Tote („LM“, 10.1.80).

Aserbeidschan

Ebenfalls im Zusammenhang mit dem Referendum über die Verfassung brachen in Aserbeidschan bürgerkriegsähnliche Unruhen aus. Die Aserbeidschaner bilden die größte Minorität im Iran. Sie waren vor allem an dem Kampf für die Verfassung von 1906 (konstitutionelle Monarchie) beteiligt. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde unter sowjetischer Besetzung die Republik Aserbeidschan gegründet.

Als sich die Rote Armee wegen versprochener Erdölkonkzessionen aus Nord-Iran zurückzog, richtete die Armee der Zentralregierung ein Blutbad unter der Bevölkerung an, das im Gegensatz zu Kurdistan deshalb so große Ausmaße annahm, weil die Zentralregierung auf Widersprüche unter den Aserbeidschanern selbst setzen konnte. Im Unterschied zu den anderen nationalen Minderheiten wurden die Aserbeidschaner am Staatsapparat und in der Armee beteiligt. Sie standen deshalb nie annehmend geschlossen wie etwa die Kurden gegen die Zentralgewalt.

Während die anderen nationalen Minderheiten Demokratie für den ganzen Iran und Autonomie fordern, geht es den Anhängern Shariat-Madaris in Aserbeidschan vor allem um eine Änderung der Verfassung und die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie westlichen Stils. Erst kürzlich sprach sich Shariat-Madari auch für ein „beschränktes Selbstbestimmungsrecht“ in Aserbeidschan aus.

Deutlich wurden diese Unterschiede z.B. als eine Grußadresse des Kurdenführers Ayatollah Ezzedin Hussein in der gerade von Anhängern Shariat-Madaris beherrschten Rundfunkstation zensiert wurde, und zwar in Bezug auf die Autonomieforderungen („LM“, 12.12.79). Die Islamische Republikanische Volkspartei spricht sich für eine Änderung der Verfassung und gegen die Umtriebe der Islamischen Komitees und Revolutionsgarden aus („LM“, 10.1.80).



Demonstration von Anhängern Shariat-Madaris, die ein Foto Khomeinys zerreißen

Shariat-Madari wurde in der Vergangenheit wegen der Forderungen nach Änderung der Verfassung scharf angegriffen und für die Auseinandersetzungen in Aserbeidschan verantwortlich gemacht. Außerdem wurde er aufgefördert, die Islamische Republikanische Volkspartei aufzulösen. In seiner Antwort heißt es: „Doch wie kann die Ruhe in einem Staat gewahrt bleiben, in der die Agenten der Islamischen Republik ohne jede Rechtfertigung oder ohne jeden Verstoß eine Anzahl von Personen töten und eine andere Gruppe verletzen?... Was die Islamische Republikanische Volkspartei betrifft, so stellt sie eine unabhängige Partei dar, und ich kenne die meisten ihrer Gründungsmittglieder. Sie sind Muslime und engagierte Personen. Ob die Partei aufgelöst oder fortgeführt wird, muß sie selbst entscheiden, deren Mitglieder sich vielleicht auf zwei bis drei Millionen belaufen... So wie die gegenwärtige Politik des Regimes aussieht, werden die Gründer der Partei nicht die Partei auflösen müssen, denn das Regime selbst wird allmählich alle Parteien auflösen, indem man sie als amerikanisch, zionistisch und antislawisch brandmarkt“ („Radio Teheran“, 11.12.79 nach „Monitor-Dienst“, „MD“, 12.12.79).

Im folgenden haben sich sowohl in Aserbeidschan, vor allem in Täbriz, und in Qom (sowohl Sitz von Ayatollah Shariat-Madari als auch von Ayatollah Khomeiny) blutige und z.T. bürgerkriegsähnliche Unruhen entwickelt. Nach „Le Monde“, 12.12.79, sollen die Pro-Khomeiny-Demonstrationen in Täbriz vor allem unterstützt werden durch die „Moztazafin“ (Besitzlosen) und der Schicht der kleinen Kaufleute. Unterstützt werden die Khomeiny-Anhänger gegen die Anhänger der „Großbourgeoisie“, als die die Mitglieder und Anhänger der Islamischen Republikanischen Volkspartei ständig angegriffen werden, von der revisionistischen Tudeh-Partei und den Volksmodjahedin. Nach einer Meldung der „Neuen Zürcher Zeitung“ (13.12.79) sollen sich auch die Volksfedayin nach anfänglicher Unterstützung der Islamischen Republikanischen Volkspartei auf die Seite der Zentralgewalt geschlagen haben.

(Über die Entwicklung in Kurdistan werden wir im nächsten AK berichten).

Nahost-Kommission



Nahost Europa

AK 169 – 14.1.80 – Seite 42

Streit zwischen Libyen und PLO-Führung

Die offene Auseinandersetzung begann mit einer Rede Gaddafis zum „Internationalen Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk“, als am 1.12.79 in Tripolis 10 000 meist palästinensische Zuhörer versammelt waren. Gaddafi warf der PLO-Führung vor, sie sei zu kompromissbereit gegenüber den USA und den arabischen reaktionären Staaten wie Saudi-Arabien. Er schlug der PLO vor, den bewaffneten Kampf gegen die Allianz von Ägypten und Israel zu konzentrieren, den Suez-Kanal zu zerstören und die ägyptischen Ölfelder auf der Sinai-Halbinsel anzugreifen. Er forderte die 50 000 in Libyen lebenden Palästinenser auf, die direkte Demokratie nach libyschem Muster einzuführen, d.h. revolutionäre Volkskomitees zu wählen und die Leitung der Büros der palästinensischen Befreiungsorganisationen diesen Komitees zu unterstellen. („Frankfurter Rundschau“, „FR“, 4.12.79; „Die Neue“, „DN“, 11.12. und 12.12.; „Afrique-Asie“, „AA“, 24.12.).

Dies wurde von der PLO-Führung als feindseliger Akt aufgefaßt und als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der PLO abgelehnt („DN“, 11.12.; „Palästina-Bulletin“, „PB“, 14.12.). Die PLO-Führung bemühte sich, die Bildung solcher Volkskomitees zu verhindern und begann, Gaddafi öffentlich anzugreifen.

Im Gegenzug wurde am 10.12. der Leiter des Büros der PLO aus Libyen ausgewiesen; eine Reihe weiterer PLO-Funktionäre wurde in der Folgezeit zur Ausreise gezwungen und andere verhaftet und verhört („FR“, 11.12.; „DN“, 21.12.; „PB“, 4.1.).

Die PLO erhob daraufhin scharfe Beschuldigungen gegen Gaddafi: Er greife die PLO an, weil er in „kriecherischem Eifer dem Weißen Haus der USA gefallen“ wolle („PB“, 21.12.). Gaddafi habe Arafat mit Beginn verglichen. Er habe gesagt, er könne Hussein verstehen, daß dieser 1970 die Palästinenser aus seinem Land gejagt hätte. Die PLO erklärte, Gaddafi schlage sich auf die Seite der Zionisten und es sei nicht mehr ausgeschlossen, daß er eines Tages dem Bündnis zwischen Israel und Ägypten beitreten werde („DN“, 14.12.).

Der libysche Außenminister wies die Beschuldigungen der PLO zurück. Das Büro der PLO in Libyen sei nicht geschlossen worden. Die PLO-Führer wollten mit ihrer Kam-

PLO-Führer Abu Ijad: „Gaddafi hat Fateh seit 1975 keine Unterstützung mehr gegeben... Er schickte uns die versprochenen Waffen nicht... Er hatte eine Summe von 50 Mio Dollar für die PLO festgelegt, davon wollte er Fateh 19 Mio geben... Wir sagten ihm, daß er das Geld der PLO geben solle, weil sie unsere Vertretung sei. Aber Gaddafi will die PLO nicht, weil ... Vertretung Betrug sei“ („PB“, 11.1.).

Diese Kritik ist jedoch scheinheilig. Andere arabische Länder kaufen ebenfalls ihren Einfluß im palästinensischen Widerstand, ohne daß die PLO-Führung mit einem Wort dagegen protestiert. So erhält die Fateh ihre Gelder hauptsächlich aus Saudi-Arabien. Die Saika, die während des libanesischen Bürgerkrieges Verrat beging, wird von Syrien finanziert. Fateh und Saika



nehmen bei der Auseinandersetzung um den Kurs des palästinensischen Widerstandes einen rechten Standpunkt ein. Die PLO-Führer gehören diesen Organisationen an und beschweren sich natürlich keineswegs darüber, daß die Organisationen der Ablehnungsfront von den saudiarabischen Geldern nichts erhalten. Die jetzigen Angriffe auf die libysche Haltung haben das Ziel, den Unterstützerkreis der Ablehnungsfront weiter zu verkleinern.

Palästinensische Organisationen betonen die Einheit des Widerstands

Militärputsch in der Türkei?

Mit Beginn des neuen Jahres drohten die türkischen Militärs mit einem Putsch, da „die Nation keine Geduld mehr mit denjenigen habe, die die verfassungsmäßige Freiheit mißbrauchten, die internationale Anstand der Nationalhymne singen, eine Rückkehr zur islamischen Rechtsordnung wünschten oder die Demokratie durch Faschismus, Anarchie und Zerstörung ersetzen wollten.“ (FR, vom 3.1.80).

Verstärkte Repression gegen die Linke

Die neue rechtsgerichtete Regierung unter Demirel hat gleich nach ihrem Amtsantritt am 14. Oktober 1979 unter dem Vorwand „des Kampfes gegen den Terrorismus“ damit begonnen, die demokratischen Rechte weiter einzuschränken und die Repression gegen die Linke zu verstärken. So wurden die Gouverneure aller 67 Provinzen sowie die Polizeichefs von 44 Großstädten ausgetauscht. Weiterhin wurden viele Beamte im Staatsapparat ausgewechselt. Demirel sicherte sich die Unterstützung durch die faschistische MHP durch die Einschleusung faschistischer Kader in den Staatsapparat. Desweiteren beschloß die Regierung die Installierung von Staatssicherheitsgerichten. Diese können jeden, der Propaganda oder Organisationsarbeit auf der Grundlage der Klassentheorie oder zugunsten nationaler Minoritäten betreibt, mit bis zu 15 Jahren Gefängnis bestrafen.

Die Regierung Demirel hat dem Parlament weiterhin ein „Maßnahmepaket gegen den Terror“ vorgelegt, mit denen fundamentale Rechte und Freiheiten eingeschränkt werden sollen.

1. Die Polizei wird ermächtigt, jedes Haus und jede Person auch ohne gerichtlichen Durchsuchungsbefehl durchsuchen zu können.
2. Die Gouverneure der Provinzen und Distrikte werden ermächtigt, zur Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ die Armee zur Hilfe zu rufen.
3. Die Verwaltungen werden ermächtigt, jeden Demonstrationszug vorläufig untersagen zu können.
4. Durch einen Zusatz zum Vereinigungsgesetz soll den Angestellten im öffentlichen Dienst verboten werden, sich gewerkschaftlich zusammen zu schließen; bestehende Organisationen sollen aufgelöst werden. Die Aktivitäten von Studentenorganisationen sollen auf die Gebiete Sport

Regierung Demirel sicherlich Teile der Partei nach links drängen werden.

Blutige Repressionspolitik

Am Jahrestag der Ereignisse in Kahramanmaraş demonstrierte die türkische Linke gegen „den Faschismus und die Verabschiedung der Anti-Terror-Gesetze“. Der Lehrerverband TÖB-DER rief zum eintägigen Streik auf.

In Istanbul und Ankara kam es trotz Kriegsrechts zu Demonstrationen. Blutig wurde von Seiten des Staatsapparates zurückgeschlagen. 12 Tote, viele Verletzte und 5000 Festnahmen. Desweiteren wurden 1700 Lehrer vom Dienst suspendiert („TAZ“, 3.1.80). Die Faschisten

sungsmäßigen Organe sowie insbesondere die politischen Parteien an die Aufgabe zu erinnern, die nationale Einheit gegen Anarchie, Terror und Separatismus herzustellen.“

Noch scheuen sich die türkischen Streitkräfte, offen die politische Macht zu übernehmen, aber in ihrer Erklärung wird deutlich, daß sie nur eine Möglichkeit der Regierungsform gestatten. Die einer „Großen Koalition“ von Ecevit und Demirel. Die Aufgaben dieser Koalition beständen darin, die „Anti-Terror-Gesetze“ durchzusetzen und den Ausbau der türkischen Strafprozeßordnung „nach bundesdeutschem Muster“, wie der jetzige Justizminister angab, voranzutreiben.

Desweiteren wird auf ökonomi-



Türkes (faschistische MHP)

Demirel (Gerechtigkeitspartei)

haben mit Beginn der Demirel-Regierung ihre mörderischen Aktivitäten wieder verstärkt. Innerhalb von 19 Tagen wurden 160 Personen ermordet. Hierbei geht es den Faschisten darum, gezielt bekannte linke Persönlichkeiten zu ermorden. Im Laufe der letzten zwei Jahre haben die „Grauen Wölfe“ sieben Universitätsprofessoren und 15 Oberschullehrer ermordet. (Info-Türk).

Die Demonstrationen der Linken

schem Gebiet eine Sanierung nur durch hartes Vorgehen gegen die türkische Arbeiterklasse möglich sein. Die Freiheitsbestrebungen der Kurden werden mit Hilfe der Militärs niedergewalzt werden.

Für die türkische Linke, für alle demokratischen Kräfte, für die Arbeiterbewegung in der Türkei bedeutet eine derartige „Große Koalition“ eine erhebliche Bedrohung ihres Kampfes und bedeutet, daß an sich die Militärs schon die Macht

Der libysche Außenminister wies die Beschuldigungen der PLO zurück. Das Büro der PLO in Libyen sei nicht geschlossen worden. Die PLO-Führer wollten mit ihrer Kampagne gegen Libyen nur von den eigenen verdächtigen Standpunkten und Kontakten ablenken („DN“, 14.12.).

Libysche Interessen

Libyen hat früher im palästinensischen Widerstand die Fatah unterstützt. Die linken Organisationen wurden als „Kommunisten“ und „Atheisten“ bezeichnet, die Mitglieder von PFLP und PDFLP wurden in Libyen zeitweilig verfolgt und ausgewiesen („AA“, 24.12.).

Mit Hilfe der Sowjetunion und mit einem Einfluß auf Teile der Palästinenser versucht das libysche Regime, seine Stellung im Nahen Osten zu sichern. Im Laufe der Hinwendung Ägyptens und der PLO-Führung zu den Imperialisten und angesichts der Bedrohung des arabischen Kräftegleichgewichts am Ende des libanesischen Bürgerkrieges ist Libyen zu einer Unterstützung der linken palästinensischen Kräfte übergegangen. In Interviews mit AFP, „New York Times“ und „Corriere della Sera“ bezeichnete Gaddafi vor kurzem Arafat als Verräter an der palästinensischen Revolution („AA“, 24.12.; „Spiegel“, 51/79).

Geld und politische Linie

Die libyschen Hilfgelder für den palästinensischen Widerstand werden nicht einfach an die PLO ausgezahlt, sondern nach einem bestimmten Schlüssel direkt auf die palästinensischen Organisationen aufgeteilt. Die libysche Hilfe stärkt die Position der palästinensischen Linken gegenüber der PLO-Führung. Schon auf der arabischen Gipfelkonferenz in Tunis vor zwei Monaten soll deshalb die PLO Libyen beschuldigt haben, seine Beiträge an die PLO nicht ordnungsgemäß zu zahlen („Spiegel“, 51/79).

Während der jetzigen Auseinandersetzung mit Libyen erklärte der

Palästinensische Organisationen betonen die Einheit des Widerstands

Die libyschen Interessen sind nicht mit denen der Ablehnungsfront identisch. In einer Erklärung zum 12. Jahrestag der PFLP sagte der Generalsekretär Genosse Habasch, daß es eine objektive Basis für das Bündnis der PFLP mit Regimen wie Algerien, Libyen, Syrien, Irak und VR Jemen gebe, aber daß auch ideologische und politische Differenzen bestehen. Nicht diese Regimes sondern die arabischen Befreiungsbewegungen seien das wahre Hinterland der palästinensischen Revolution (PFLP-Bulletin, Dez. 79).

Die PFLP fordert die revolutionäre Einheit der PLO, wobei sie eine gleichberechtigte Teilnahme der linken Organisationen an der Leitung der PLO durchsetzen will. Obwohl dies bisher nicht erreicht ist, beteiligt sich die PFLP wieder an den Sitzungen des Exekutivkomitees der PLO. So ist es zu verstehen, daß die PFLP in der Auseinandersetzung mit Libyen eine vermittelnde Rolle gespielt hat. Ein Vertreter der PFLP soll Mitte Dezember sogar gesagt haben: „Wären wir gezwungen zu wählen zwischen Gaddafi und Arafat, so würden wir keinen Augenblick zögern, wir würden Arafat wählen. Er ist es, den wir an die Spitze der PLO gestellt haben und jeder Angriff von außen gegen ihn kann uns nur mit ihm zusammen-schweißen“ („AA“, 24.12.).

Zweimal, Mitte und Ende Dezember reisten deshalb die fünf Generalsekretäre Habasch (PFLP), Hawatmeh (DFLP), Jibril (PFLP-GC), Pascha (PPSF) und Mohsen (Saika) nach Libyen, um zu vermitteln („AA“, 7.1.; „DN“, 29.12.).

Die libysche Kritik an der PLO-Führung bietet aber andererseits für die palästinensische Ablehnungsfront einen Ansatzpunkt, um erneut gegen die Kompromißpolitik der PLO-Führung vorzugehen.

Nahostkommission

den, sich gewerkschaftlich zusammen zu schließen; bestehende Organisationen sollen aufgelöst werden. Die Aktivitäten von Studentenorganisationen sollen auf die Gebiete Sport und Freizeit beschränkt werden.

5. Ein Zusatz zum türkischen Strafrecht soll das Strafmaß bei „Vergehen gegen den Staat und individuelle Freiheiten“ verschärfen.

Mit diesen Maßnahmen wird eindeutig gegen die Linke vorgegangen. Die rechtsgerichtete Regierung Demirel will so die zu erwartenden Spannungen von vornherein ersticken.

Die sozialdemokratische Partei Ecevit, die die Hoffnung der Massen für mehr Lebenssicherheit gewesen war, hat diese Gesetze schon in ihrer Regierungszeit vorbereitet. Von daher wird sie diesen Gesetzesinitiativen Demirels keinen Widerstand entgegensetzen. In der Oppositionsstrategie der Sozialdemokraten heißt es: „Der Unterschied zwischen dem linken Selbstverständnis der CHP und den linksgerichteten Organisationen außerhalb der CHP muß betont werden... Sie muß sich offen gegen jedes antidemokratische Verhalten linker Organisationen außerhalb der CHP aussprechen. Die Partei muß den demokratischen Kampf gegen ethnischen und sektiererischen Separatismus weiterführen. Die CHP muß ihren demokratischen und friedlichen Kampf fortsetzen, um antidemokratische terroristische Aktivitäten und Provokationen von der Gesellschaft fernzuhalten. Die CHP wird der gerichtlichen Bekämpfung von Terror und Unterdrückung ein Hauptgewicht einräumen.“ (Info-TURK-Agentur 12/79)

Die türkische Sozialdemokratie, ein treuer Diener seiner Herren, wobei die Ähnlichkeit zur westdeutschen Bruderpartei immer deutlicher wird. Zum anderen wird aus dieser Strategie sichtbar, die Partei nach links abzugrenzen, da die Politik der Unterstützung der rechtsgerichteten

den die „Grauen Wolke“ sieben Universitätsprofessoren und 15 Oberschullehrer ermordet. (Info-Türk).

Die Demonstrationen der Linken am 23. Dezember des letzten Jahres waren für das Militär der Vorwand, mit Beginn dieses Jahres ultimativ mit einem Putsch zu drohen, sollten die bürgerlichen Parteien nicht in der Lage sein, „die nationale Einheit wiederherzustellen.“ „In der heutigen politischen, ökonomischen und sozial sehr empfindlichen Lage unseres Landes fühlen sich die türkischen Streitkräfte gezwungen, alle verfas-

teilter Bewegung in der Türkei bedeutet eine derartige „Große Koalition“ eine erhebliche Bedrohung ihres Kampfes und bedeutet, daß an sich die Militärs schon die Macht übernommen haben und nur um des „demokratischen Anstands“ Willen die bürgerlich-demokratische Fassade noch aufrecht erhalten wird. Für die Türkei muß das Schlimmste befürchtet werden, da die Imperialisten sich in diesem Raum neben dem Iran nicht ein weiteres Pulverfass vorsetzen lassen wollen.

Türkei-Kommission

Türkei: Entspannung auf amerikanisch-türkisch

Am 10.1.80 wurde zwischen den USA und der Türkei ein Fünf-Jahres-Vertrag über die militärische Zusammenarbeit abgeschlossen, dessen wesentlicher Inhalt die Nutzung von 26 türkischen Militärstützpunkten durch die USA ist. Im Mittelpunkt der Vertragsverhandlungen standen neben Vereinbarungen zu grundsätzlicher Kooperation in der „Verteidigungs“-politik drei Zusatzabkommen über amerikanische Militärhilfe an die Türkei, den Status der von den Amerikanern genutzten Militärbasen und die Schaffung einer türkischen Rüstungsindustrie.

Differenzen bestehen noch in der Frage, ob die USA die Stützpunkte nur „im Rahmen der Nato“, wie es die Türkei wünscht, oder auch für eigene Zwecke nutzen kann. Die USA wollen eine Vertragsformulierung, die es ihnen ermöglicht, von türkischen Militärbasen aus auch US-Aktionen in den Nahen und Mittleren Osten starten zu können. Die Militärbasen und hierunter insbesondere die

Überwachungsstationen in der Türkei sind nach dem Wegfall der Horchposten im Iran für die USA von besonderer Bedeutung. Von der Türkei aus können Rakentests der UdSSR wie auch größere Truppenbewegungen beobachtet werden.

So war die US-Regierung, auf Kosten der amerikanischen Werktätigen selbstverständlich, mit der Honorierung des Vertrages auch nicht kleinlich: Die Türkei hatte als Gegenleistung für einen Zeitraum von fünf Jahren militärische Ausrüstungen im Wert von rund 850 Mio. Mark jährlich und Wirtschaftshilfe in gleicher Höhe gefordert. Die amerikanischen Zusagen sollen den Forderungen annähernd entsprochen haben. Beide Vertragspartner erklärten die erreichte Übereinkunft dann auch zu einem „weiteren Meilenstein der türkisch-amerikanischen Beziehungen.“ (nach „Welt“, 9.1.; „FR“ u. „SZ“, 10.1.; „FR“ u. „FAZ“, 11.1.80)

K. (BO Hamburg-Barmbek)

Italien: Rundschnal gegen die Linke Notstandsmaßnahmen per Dekret

Einige Tage vor Weihnachten hat die italienische Regierung zu einem neuen Schlag „gegen den Terrorismus“ ausgeholt. Die am 16. Dezember beschlossenen Notstandsmaßnahmen der Regierung Cossiga setzen für „subversive Kräfte“ eine Reihe bürgerlicher Rechte außer Kraft. Außerdem ist im Industrie-Dreieck Mailand - Genua - Turin praktisch der Kriegszustand „gegen die Subversion“ ausgerufen worden.

Im Einzelnen wurde per Regierungskriegsdekret verfügt:

- + Besitz und Verbreitung von Schriftmaterial und anderen Gegenständen mit „umstürzlerischen Zielen“ wird unter Strafe gestellt.
- + „Im Verdachtsfall“ kann die Polizei ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl Hausdurchsuchungen durchführen und Telefone abhören.
- + Die Höchstdauer der Untersuchungshaft für „Terrorismus-Verdächtige“ wird auf 48 Stunden verdoppelt.
- + Das Strafmaß für Mord an Richtern und Polizisten wird auf lebenslänglich festgesetzt.
- + Verletzungen von Mitgliedern dieser Personengruppe können doppelt so schwer bestraft werden wie bisher.
- + Gegen Personen, die unter dem Verdacht des Terrorismus festgenommen werden, muß automatisch Haftbefehl erlassen werden.
- + Nach jeder „terroristischen Straftat“ setzt umgehend eine steckbriefliche Fahndung ein. („La Stampa“, 16.12.79; „FR“ und „Welt“, 17.12.; „NZZ“, 18.12.).

Eine ganz besondere Neuerung stellt die Einführung des „Kronzeugen“ dar: „Reumütige Terroristen, die mit der Justiz zusammenarbeiten, können mit mildernden Strafen rechnen“ („NZZ“, 18.12.).

Mit der Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen geht der Aufbau einer zentralisierten Bürgerkriegsarmee einher. Es wurde ein Koordinierungskomitee geschaffen, das den

Notstandsmaßnahmen als Ablenkungsmanöver?

Dem neuen Schlag des Staates waren zahlreiche Aktionen bewaffneter Gruppen vorausgegangen. Unmittelbarer Anlaß war der Überfall von einem Dutzend „Prima-Linea“-Leuten auf eine Managerschule von FIAT in Turin am 11. Dezember, bei dem sie vier angehenden Managern in die Beine schossen.

Alles spricht aber dafür, daß die Regierung nur einen günstigen Zeitpunkt zur Durchführung bereits länger geplanter Maßnahmen suchte. Dafür spricht zum einen ihr Umfang. Andererseits war der innenpolitische Bankrott der Regierung Cossiga Mitte Dezember schon so deutlich, daß allgemein ihr Sturz erwartet wurde. Wieder einmal waren unter einer Regierung der Christdemokraten Schmiergeldzahlungen bekanntgeworden, diesmal durch die Staatsgesellschaft ENI für die Lieferung von billigerem Rohöl - an Saudi-Arabien, aber auch an italienische Politiker („FAZ“, 8.12.). Auf die Enthüllung dieses Tatbestandes reagierte die Machthaber in Saudi-Arabien „empört“: Sie sperrten die Lieferung. Damit bekam die Affäre, die auch vor dem Hintergrund der Knappheit Italiens an eigener Energie gesehen werden muß, erst die rechte Brisanz. Die „Sozialisten“, die selbst zu den Empfindlern eines Teils dieser Gelder zählen sollen („NZZ“, 7.12.), plädierten nun plötzlich für eine Regierungsbeilegung der PCI, was die DC nach wie vor für unannehmbar hält.

Belastet durch die Enthüllungen und die Verantwortung für die ausgesprochen hohe Inflationsrate des letzten Jahres trat Cossiga die Flucht nach vorn an: Ohne sie parlamentarisch abgesichert zu haben, ordnete er die Notstands-Dekrete an.

Ein Kronzeuge tritt auf



Regierungschef Cossiga

Die weitreichenden Notstandsmaßnahmen treffen auf eine Linke, die, abgesehen von ihren militanten Teilen, zu einem breiten Widerstand nicht in der Lage ist. Zudem unterstützt das in Italien ansonsten sehr breite liberal-demokratische Lager ein schärferes Vorgehen gegen die bewaffneten Gruppen.

Wieder einmal bietet sich die PCI an, der Bourgeoisie zu helfen. Sie „signalisiert weitgehendes Einverständnis, allerdings mit dem Zusatz, daß die volle Wirksamkeit der Maßnahmen nur durch eine Regierung der „nationalen Solidarität“ unter

Korsika: Geiselnahme gegen Polizeiterror

„Frankreich wird seine Tatkraft auf dem Sektor der internen Kolonialisierung unter Beweis stellen“ - so drohte die französische Regierung unverhohlen in einem 1957 aufgestellten Plan, der vorgeblich der Förderung Korsikas dienen sollte. Nicht allein die wirtschaftliche Verelendung Korsikas war die Folge dieser „Tatkraft“ - geht es um die Machtbehauptung der französischen Regierung, kommt es ihr auch auf ein paar Menschenleben nicht an.

Angehörigen der „Union des korsischen Volkes“ (UPC), die für die Unabhängigkeit Korsikas von Frankreich kämpft, war es am 6.1. gelungen, zwei Mitglieder der Terrororganisation „Francia“ festzusetzen, die auf ein in dem Bergdorf Bastelica lebendes UPC-Mitglied einen Anschlag planten. Die Anfang 1977 gegründete „Francia“ ist eine Organisation, deren Ziel die Bekämpfung der Autonomie-Bestrebungen auf Korsika ist und sich zu 170 Anschlägen auf Autonomen und Separatisten bekannt hat. Die „Francia“-Leute, die erheblich bewaffnet nach Bastelica ange-reist waren, und UPC-Lern in die Hände fielen, waren:

- Alain Ollioli, Waffenhändler von Beruf und nach eigenen Angaben Mitglied der SAC, einer Art Privatmiliz, die von de Gaulle in den 50er Jahren gegründet worden war und seit einiger Zeit verboten ist. Ollioli, der mit dem geplanten Attentat rein gar nichts zu tun haben wollte, gab zu, daß sein Mitreisender einen Anschlag auf ein UPC-Mitglied plante;
- dieser Mitreisende, Pierre Bertolini, war bis 1978 Chef der „Francia“-Bande, bzw. ist es nach dpa-Angaben noch heute.

Ollioli und Bertolini wurden im Rathaus von Bastelica festgesetzt, der Polizeikommandant wurde informiert. Die UPC verlangte die Einschaltung des Staatsanwaltes, da sie über die Festsetzung der „Francia“-

Verhandlungen auf, da „mehr an die Menschenleben als an die Legalität zu denken“ sei; der Innenminister Bonnet wies diese Forderung zurück: „In dem Augenblick, in dem ein Land nachgibt, (greift) die Gewalt nur weiter um sich.“

Als Bonnet diese markigen Worte abließ, hatte es bereits - auf beiden Seiten - die ersten Toten gegeben!

Am Abend des 10.1. ging die Polizei mit Tränengas gegen die um das Hotel Versammelten vor. Hierbei kam es zu einer Schießerei, deren genauer Ablauf laut „FR“ „unklar“ ist, während Springers „Welt“ (vom gleichen Tage) sogar den Waffentyp angibt, mit dem geschossen worden sein soll. Jedenfalls: Nach den Schüssen gab es einen lebendigen CRS-Bullen weniger und zwei weitere sahen nicht mehr gut aus.

Wenig später erschossen „zwei Polizeibeamte in Zivil ... offenbar in höchster Nervosität“ („Welt“, 11.1.) bei einer Autokontrolle in der Nähe des Hotels eine junge Frau in ihrem Wagen, da sie angeblich zu schnell angefahren war; ihre beiden Mitfahrerinnen wurden schwer verletzt. Und am nächsten Morgen wurde bei einer Autokontrolle ein junger Mann erschossen, der seinen Wagen „auf Anruf nicht rechtzeitig gestoppt hatte“ (ebd.); sein Beifahrer wurde ebenfalls schwer verletzt.

In der Nacht vom 10. auf den 11.1. verließen die korsischen Freiheitskämpfer das Hotel „Fesch“ und zogen zur Polizeistation, um ihre Waffen abzuliefern. Die UPCler trugen ihre Fahne und sangen die korsische Hymne. Die „Geiseln“ der UPCler bestanden darauf, ihre „Bewacher“ zu begleiten und erklärten, sie hätten nie den Eindruck gehabt, in der Hand von Banditen zu sein und verstünden die Ziele der Autonomen.

Im Hotel wurde auch der von der UPC festgesetzte „Francia“-Mann

Angeichts dieses umfangreichen Maßnahmenkatalogs konnte die „Welt“ nur befriedigt feststellen: „Damit hat das Kabinett Craxi fast alle Forderungen erfüllt, die der Carabinieri-Chef Anfang Dezember an die Regierung gerichtet hatte“ (17.12.).

Er machte sich den Umstand zunutze, daß sich seit den Wahlen die Aktivität der bewaffneten Gruppen ausserordentlich intensiviert hat. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein Überfall stattfindet. Besonders getroffen werden direkte Vertreter des Staates (Polizisten, Richter u.a.), aber auch der Kapitalisten (Manager u.a.). Diese bewaffneten Gruppen, von denen es eine Vielzahl gibt, die nur einen sehr lockeren Kommunikationszusammenhang haben, sind nicht annähernd so isoliert wie vergleichbare Gruppen in der BRD. Ein Sprecher des Geheimdienstes bezifferte ihr Umfeld auf 100.000 Personen („Corriere“, 16.12.). Man/frau darf nicht vergessen, daß es für die Genossen der ehemals sehr breiten Strömung der „Autonomia“ nach dem vollständigen Versagen der organisierten Linken (u.a. Lotta Continua) nur die Wahl zwischen Rückzug aus der Politik, Mitmachen bei der PCI oder eben eines subversiven Kampfes gibt, dessen Übergänge zu bewaffneten Aktionen heute in Italien sehr fließend sind.

Italienkommission
KB/Hamburg

Die Polizei sah das anders und riegelte u.a. mit Panzern, das Dorf ab. Als das Dorf gestürmt wurde, konnten die Freiheitskämpfer teils in die Berge entkommen, anderenteils flüchteten sie nach Ajaccio und besetzten das Hotel „Fesch“; Personal und Gäste nahmen sie als Geiseln. Die Besetzer verlangten ein Treffen mit Journalisten, um sie über die „Francia“ zu informieren. Aus Paris wurden Bullen von der Bürgerkriegstruppe CRS herangeschafft und Scharfschützen eingeflogen, die das Hotel umstellten (und wohlweislich?) der Presse den Zugang verwehrten. Der Bischof von Ajaccio forderte die Pariser Behörden zur Aufnahme von

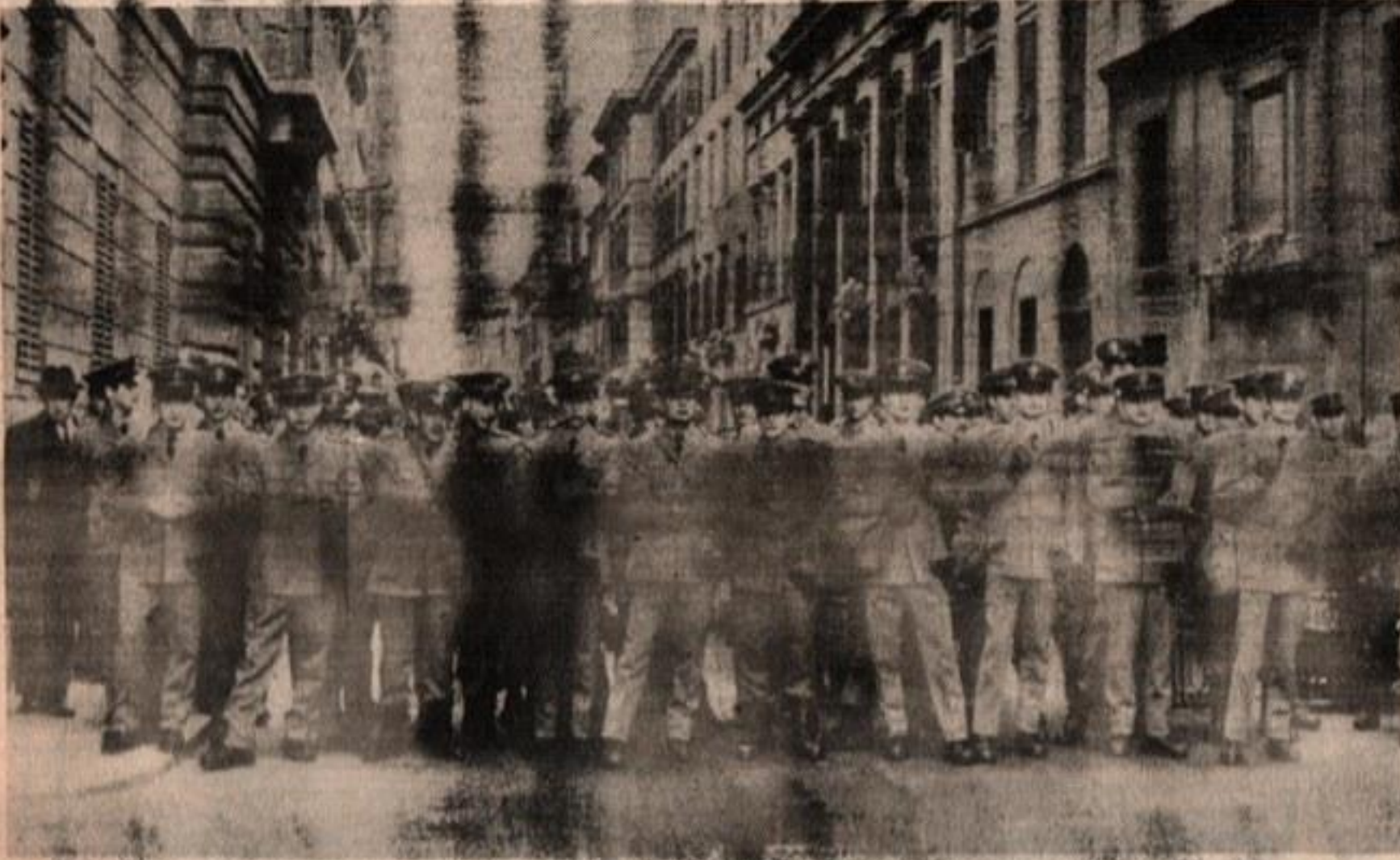
K. (BO Hamburg-Barmbek)

Die bunte deutsche Presse zeugt von Unbeherrschung, wenn die Censur des spanischen Treibens der Guardia Civil, „die bunte Spanier“ sind, nicht aber eine „um einen deutschen Staatsbürger“.

Der Süddeutschen Zeitung“ (9.1.80) ist plötzlich „bekannt, daß die spanische Pollizei, — in ständiger Furchung vor Attentaten — sehr schnell schießt. Erst im Dezember sind zwei Studenten bei einer gewalttätigen Demonstration in Madrid durch die Pollisten getötet worden, die durch die Pollisten waren.“ Und die „Süddeutsche Zeitung“ (21.1.80), die sich ansonsten nie durch die demokratischen Geist auszeichnet, legt

Einen Tag nach den Schüssen auf Erik Bauer war der Kanzler aller Deutschen auf Staatsbesuch in Madrid und wurde auch über das Geschehen „informiert“ („FAZ“). Von einer Absicht Schmidts, seinen Untertan im Krankenhaus zu besuchen oder gar von einem Protest gegen die Schietwürgigkeit der spanischen Bullen ist indes nichts bekannt geworden...

K. (BO Hamburg-Barmbek)



Während einer Demonstration in Rom riegelt Polizei den Corso ab. Ihre Loyalität zur Regierung ist umstritten

Frankreich-Kommission

Südafrika wirbt schwedische Atomtechniker

Der Vorsitzende des UNO-Ausschusses gegen Apartheid, Akoporo-Clark, rief die schwedische Regierung am 26.12.79 auf, die Techniker an der Ausreise zu hindern: „Ich hoffe, daß die schwedische Regierung geeignete Maßnahmen ergreift, damit keine Schweden den Südafrikanern beim Ausbau der

Südafrika wirbt schwedische Atomtechniker

Die Reaktion der Regierung beschränkte sich auf die eingangs zitierte Hoffnung. Maßnahmen lehnt Fälldin als „schwierig für die Regierung“ ab und teilte mit, die Techniker würden an der Ausreise nicht gehindert werden (DN, 28.12.79).

Stahlarbeiterstreik

Nuclear Power

ELECTRICITY SUPPLY COMMISSION — SOUTH AFRICA

ESCOM is the largest electricity generating utility in the world and has an installed capacity of 14,000 MW.

SOUTH AFRICA'S FIRST NUCLEAR POWER STATION is presently under construction 32km from Cape Town on the Atlantic Coast. There will be two 900 MW Pressurised Heavy Water Reactors. The first of which is scheduled to go into commercial operation in December 1982.

We are looking for suitably qualified and experienced engineers and scientific and technical staff to work on the project at our Head Office in Johannesburg and on site at KOKBERG.

A time allowance for staff accommodation is provided being built on the coast. 32km from the station site in a pleasant natural environment.

HEAD OFFICE STAFF

SENIOR ENGINEER

(Plant Performance and Standards) *Ref 4076*

DUTIES
Define the safety standards for operation and maintenance of all nuclear plant with due regard to national and international guidelines.
Coordinate investigation of operational problems and failures.
Coordinate configuration evaluation.

REQUIREMENTS
BSc in Engineering or equivalent with nuclear background.

QUALITY ASSURANCE

ENGINEERS/TECHNICIANS

DUTIES
Review QA programmes, specifications, procurement documents and manufacturing plans.
Coordinate QA programmes and procedures for operation and maintenance of plant.
Provide audit and surveillance guides.
Conduct and carry out audits, surveillance and inspections.

REQUIREMENTS
Engineers: BSc degree in engineering or equivalent qualification or equivalent qualifications.
Technicians: HND or HNC, or equivalent qualification.
Knowledge of French and Afrikaner standards in the plant area will be a recommendation.

SAFETY AND LICENSING GROUP

ENGINEER

(Safety Analysis) *Ref 4086*

Prepare the international safety analysis report.
Liaise with IAEA on a project level to ensure the relevant and coordinated execution of the document.
REQUIREMENTS
BSc in engineering, graduate or diploma holder with graduate experience not essential but knowledge of LWR technology will be a recommendation.

SENIOR ENGINEER

(Commissioning and Operation) *Ref 4085*

DUTIES
Develop safety standards and procedures for commissioning and operation of plant.
Ensure compliance with these standards.
REQUIREMENTS
BSc in engineering.
Extensive experience of the operation or commissioning of nuclear plant.

NUCLEAR TRAINING OFFICERS

Ref 4083

DUTIES
Coordinate training needs and establish training course and course plans.
Develop quality assurance and internal documentation.
Understand training facilities, methods and cost effective systems.
REQUIREMENTS
AB: BSc in engineering or science or in industrial administration or equivalent qualification.
MA: 3 years nuclear training experience including details of training needs, establishment of course details, description of training facilities.

NUCLEAR FULL SERVICES AND SAFEGUARDS GROUP

Full Services Supervisor *Ref 4084*
This position is a permanent position for the duties of a full services supervisor.

REQUIREMENTS
AB: 30 months in engineering or science or equivalent qualification.
MA: 3 years nuclear training experience including details of training needs, establishment of course details, description of training facilities.

ENGINEER

Ref 4082

Prepare reports for the specification and approval of fuel elements and also all the performance aspects of fuel elements.
Review fuel element specifications.
Review fuel element specifications and approve fuel element specifications.
REQUIREMENTS
BSc in engineering or equivalent qualification.
AB: 30 months in engineering or science or equivalent qualification.
MA: 3 years nuclear training experience including details of training needs, establishment of course details, description of training facilities.

HEAD OF NUCLEAR GENERATION GROUP

Ref 4081

Manage the nuclear power generation in the country with due regard to safety and environmental aspects.
Oversee the preparation, approval and implementation of the safety standards.
Coordinate the safety standards and approve the safety standards.
REQUIREMENTS
BSc in engineering or equivalent qualification.
AB: 30 months in engineering or science or equivalent qualification.
MA: 3 years nuclear training experience including details of training needs, establishment of course details, description of training facilities.

POWER STATION STAFF

INSTRUMENTATION AND CONTROL ENGINEERS, TECHNICIANS AND MECHANICIANS

DUTIES
Monitor and control the instrumentation and associated control systems.
Protection and instrumentation systems.
REQUIREMENTS
Engineers *Ref 4080*
BSc in instrumentation or in a related engineering discipline.
Technicians *Ref 4081*
HNC or HND, 1 year related power plant experience.

Senior Mechanician *Ref 4082*
This position is a permanent position for the duties of a senior mechanician.

REQUIREMENTS
AB: 30 months in engineering or science or equivalent qualification.
MA: 3 years nuclear training experience including details of training needs, establishment of course details, description of training facilities.

Assistant Shift Supervisor *Ref 4083*
This position is a permanent position for the duties of an assistant shift supervisor.

REQUIREMENTS
AB: 30 months in engineering or science or equivalent qualification.
MA: 3 years nuclear training experience including details of training needs, establishment of course details, description of training facilities.

Reactor Operator *Ref 4084*
This position is a permanent position for the duties of a reactor operator.

REQUIREMENTS
AB: 30 months in engineering or science or equivalent qualification.
MA: 3 years nuclear training experience including details of training needs, establishment of course details, description of training facilities.

Commissioning Engineers/ Senior Technicians *Ref 4085*
This position is a permanent position for the duties of a commissioning engineer/senior technician.

REQUIREMENTS
AB: 30 months in engineering or science or equivalent qualification.
MA: 3 years nuclear training experience including details of training needs, establishment of course details, description of training facilities.

Chemists *Ref 4086*
This position is a permanent position for the duties of a chemist.

REQUIREMENTS
AB: 30 months in engineering or science or equivalent qualification.
MA: 3 years nuclear training experience including details of training needs, establishment of course details, description of training facilities.

Health Physicists *Ref 4087*
This position is a permanent position for the duties of a health physicist.

REQUIREMENTS
AB: 30 months in engineering or science or equivalent qualification.
MA: 3 years nuclear training experience including details of training needs, establishment of course details, description of training facilities.

Health Physicists *Ref 4088*
This position is a permanent position for the duties of a health physicist.

REQUIREMENTS
AB: 30 months in engineering or science or equivalent qualification.
MA: 3 years nuclear training experience including details of training needs, establishment of course details, description of training facilities.

Health Physicists *Ref 4089*
This position is a permanent position for the duties of a health physicist.

REQUIREMENTS
AB: 30 months in engineering or science or equivalent qualification.
MA: 3 years nuclear training experience including details of training needs, establishment of course details, description of training facilities.

Health Physicists *Ref 4090*
This position is a permanent position for the duties of a health physicist.

REQUIREMENTS
AB: 30 months in engineering or science or equivalent qualification.
MA: 3 years nuclear training experience including details of training needs, establishment of course details, description of training facilities.

Health Physicists *Ref 4091*
This position is a permanent position for the duties of a health physicist.

REQUIREMENTS
AB: 30 months in engineering or science or equivalent qualification.
MA: 3 years nuclear training experience including details of training needs, establishment of course details, description of training facilities.

Technicians

It is required for the plant area of support, instrumentation, electrical and instrumentation, laboratory measurements, medical and documentation unit and food service.



Europa

Nationaler Frauenkongreß in Granada

Weltweite Proteste erfolgreich: „Wilmington 10“ endlich frei!



Doch bei einer Wiederaufnahme des Prozesses im Mai 1977 kam es zu keiner Aufhebung des Urteils. Und das trotz aller Beweise der Unschuld: Die Hauptzeugen sagten aus, wie sie unter Druck gesetzt worden waren (einem waren vor dieser Wiederaufnahme 40.000 Dollar für sein Nichterscheinen angeboten worden; ein anderer legte handschriftliche Anweisungen des damaligen Staatsanwalts für seine „Aussagen“ vor). Daraufhin begann die von Chavis selbst mitgegründete „Allianz gegen rassistische und politische Unterdrückung“ eine Unterschriftenaktion, die bald mehr als 250.000 Protestunterschriften vorlegen konnte. Angela Davis trat als Sprecherin der Allianz auf. An einem Nationalen Solidaritätstag fanden in zwanzig US-Städten gleichzeitig Demonstrationen statt („Workers World“, 21.12.79).

Zu einer Zeit, in der Carter seine „Menschenrechts-Kampagne“ mit Briefen an Sacharow hochspielte, griff die UdSSR diesen konkreten Fall auf und rief weltweite Empörung durch die Publizierung der Terrorurteile in der „Dritten Welt“ hervor. Amnesty International anerkannte die Zehn als politische Gefangene und setzte sich bei Gouverneur James Hunt für deren Freilassung ein. Norman Mailer, James Baldwin und Arthur Miller solidarisierten sich (FAZ, 19.12.79). Carter erklärte sich für inkompetent – das sei Sache des Bundeslandes.

Am 3. Mai 1977 ketteten sich zehn Mitglieder der jungen Kommunistischen Bewegung in Paris an das Gitter der US-Botschaft, um die Frei-

Am zweiten Tag kam es zu scharfen Konfrontationen zwischen den verschiedenen Strömungen der Frauenbewegung während der Debatte über Feminismus und Klassenkampf. Die radikalen Feministinnen warfen den in verschiedenen linken Parteien organisierten Frauen vor, daß diese nur ihre Parteizeile in der Frauenbewegung durchsetzen wollten. Daraufhin protestierten 200 nicht organisierte Frauen, die sich keiner der beiden Strömungen unmittelbar zugehörig fühlten und verabschiedeten eine Protestresolution, weil sie sich auf dem Kongress nicht repräsentiert fühlten und über ihre Köpfe hinweg diskutiert werde. Sie zogen schließlich geschlossen aus.

Von folgenden linken und revolutionären Organisationen waren Frauen anwesend: von der eurorevolutionistischen PCE, von PTE, von LCR und von MC. Im Rahmen der Debatte um Feminismus und Klassenkampf war es jedoch nicht so, daß „die organisierten Frauen“ lediglich in erster Linie den gemeinsamen Kampf mit den Männern vertreten hätten zur gleichberechtigten Veränderung der Gesellschaft (dies traf ansatzweise für die Frauen der PCE zu). Empar Pineda von MC (Movimiento Comunista) sagte zu diesem Thema jedoch sehr deutliche Worte: „Die Männer des Volkes sind gleichzeitig unsere Unterdrücker und wir müssen gegen sie kämpfen. Es sind diese despotischen Väter, diese

gleichzeitig unsere Unterdrücker und wir müssen gegen sie kämpfen. Es sind diese despotischen Väter, diese Ehemänner, die gleichgültig mitansehen, wie unsere Illusionen in den vier Wänden des Haushalts zugrunde gehen; diese Freunde auch in schlechten Tagen, die sich nur mit ihren eigenen schlechten Tagen beschäftigen und die unseren mißachten; diese aristokratischen Sklaven, die die männliche Würde daran hindert, uns

Hohe Haftstrafen wegen Abtreibung

Nachdem es wegen des Abtreibungsprozesses gegen 11 Frauen vom Oktober 79 in Bilbao zu großen Protestaktionen in Spanien und im westeuropäischen Ausland gekommen war, war der Prozeß auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Allerdings zeigen die neuesten Urteile in Abtreibungsprozessen in Madrid, daß die spanische Rechte, die Kirche und die Regierung nicht im Traum daran denken, die aus dem Franco-Faschismus herrührenden Strafmaße für Abtreibungen zu reduzieren, geschweige denn die Abtreibung zu legalisieren.

Am 10.12. wurde in Madrid eine Frau zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, die einen Schwangerschaftsabbruch bei einer anderen vorgenommen hatte. Die Frau, die sich der Abtreibung unterzogen hatte, und hinterher schwer erkrankte, wurde mit einem Monat Gefängnis bestraft. Zwei „Komplizinnen“ erhielten 5 Monate bzw. einen Monat Haft! Zusätzlich müssen alle Frauen 6 Jahre lang unentgeltliche Strafdienste in Kliniken verrichten,....

Am 28.11. wurde ebenfalls in Madrid hinter verschlossenen Türen gegen 8 Frauen und einen Mann verhandelt, die an Abtreibungen in irgendeiner Weise beteiligt waren. Gegen die 57-jährige Frau, die zwei Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen hatte, und in zwei weiteren Fällen lediglich eine nicht vorhandene Schwangerschaft feststellte, hatte der Staatsanwalt ursprünglich 28 Jahre Gefängnis beantragt (!) - ein

Die Vertreterinnen der katalanischen „Frauenpartei“ und viele andere Gruppen der radikalen Feministinnen betrachten die Frauen hingegen als eine eigene soziale Klasse, die im Kampf gegen die Männer die Macht ergreifen muß. Sie sind im übrigen auf dem Gebiet der Sexualität der Frau radikale Gegnerinnen jeder Penetration und für die Entmystifizierung des Penis als Ursache

Strafmaß, das höher lag als zu Francos Zeiten (nicht höher als 20 Jahre). Daß die schwerkranke Frau, die schon 2 1/2 Jahre in Untersuchungshaft zubringen mußte, schließlich „nur“ zu 12 Jahren Knast verurteilt wurde, ist schlimm genug. Zwei Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen ließen, müssen ein halbes Jahr ins Gefängnis. Andere Beteiligte bekamen Geldstrafen.

Die angeklagten Frauen baten die Journalisten inständig, ihre Namen nicht zu veröffentlichen, da sie große Angst vor den sozialen Folgen haben.

Trotz des offenen und mutigen Kampfes tausender Frauen (und auch Männer) in Spanien für das Recht auf Abtreibung ist das Tabu noch kaum gebrochen. Wenn es „herauskommt“, daß eine Frau eine Abtreibung gemacht hat, wird sie geschnitten. Sie muß mit Beschimpfungen in der Öffentlichkeit rechnen.

In Spanien werden jährlich ca. 500.000 illegale Abtreibungen durchgeführt, von denen 3.000 tödliche Folgen für die Frau haben! Hunderte von Frauen sitzen in Gefängnissen, weil sie in die Mühlen der Strafjustiz gerieten. Verhütungsmittel sind verpönt und schwer zu kriegen, Sexualaufklärung findet so gut wie nicht statt.

Das Elend der spanischen Frauen ist seit Franco nicht kleiner geworden.

Spanienkommission

stattdessen ehrlich sagen, was sie durchlebt und was sie fühlt.

Insgesamt wurde dieser nationale Frauenkongreß von verschiedenen Vertreterinnen als ein Erfolg eingeschätzt, speziell, daß so viele Frauen gekommen waren in einer politischen Situation der Linken, in der ansonsten Skepsis und Enttäuschung vorherrschen.

Spanien-Kommission

Homosexualität illegal

Die relativ bedeutende katalanische Organisation der Homosexuellen-FAGC (Front d'Alliberament Gai de Catalunya) bleibt verboten. Auf die parlamentarische Anfrage der eurovisionistischen PCE hin begründete die spanische Regierung, warum ihrer Meinung nach dieses Verbot gerechtfertigt ist:

Homosexualität erfülle den Tatbestand der „Erregung öffentlichen Ärgernisses“ (escándalo público), die gesamte Rechtsprechung der obersten Gerichte - die ja bekanntlich noch aus Francos Zeiten stammen - bestätige dies.

„Die Regierung ist der Meinung, daß nur die legitimen Vertreter dieser Gesellschaft in jeder historischen Phase bestimmen dürfen, was öffentliche Moral heißt und welche Grenzen der Ausübung anderer Rechte gesetzt werden müssen zur Aufrechterhaltung der Moral und der guten Sitten.“ („El País“, 28.12.79).

Es ist nach dieser Auskunft kaum damit zu rechnen, daß bei der anstehenden Neufassung des Strafgesetzbuches der § 431 (Bestrafung homosexueller Handlungen) abgeschafft wird, ebenso wenig wie auf dem ganzen Gebiet der Geschlechterbeziehungen (Ehe, Scheidung, Abtreibungsgesetze) mit einer Liberalisierung zu rechnen ist.

Spanienkommission

Der Prozeß begann im Juni 72 vor einer Jury von acht schwarzen und zwei weißen Geschworenen, doch der Staatsanwalt wurde darüber krank. Drei Monate später erneuter Prozeßbeginn mit zehn weißen und zwei schwarzen Geschworenen. Die drei Hauptbelastungszeugen fallen später total um. Doch da sind die Urteile schon gesprochen: 34 Jahre für Ben, zwischen 29 und 31 Jahre für die acht Schüler, 10 Jahre für die Sozialarbeiterin - insgesamt 282 Jahre für 10 Menschen, für die Verteidigung ihrer Menschenrechte! Unter den gekauften Zeugen nimmt Eric Junious eine Spitzenstelle ein. Zur Zeit der Anklage ist er erst 13 Jahre alt. Angeblich hatte er Chavis und den anderen zufällig bei der Planung der Brand-

zehn Mitglieder der jungen Kommunistischen Bewegung in Paris an das Gitter der US-Botschaft, um die Freilassung der Zehn zu fordern. Am nächsten Tag sprach Angela Davis vor einer Massenversammlung in Paris (International Herald Tribune, 4.5.77).

In aller Freude über die Freilassung bleibt jedoch noch ein Wermutstropfen: Für neun von ihnen gilt sie nur „auf Bewährung“! „Für uns ist damit noch nichts gewonnen, ganz zu schweigen von den schwarzen Menschen, die hierher in die Sklaverei kamen und seitdem kämpfen“, sagte Ben Chavis nach seiner Ankunft in Washington am 14. Dezember (Workers World, 21.12.79).

USA-Kommission

Die Sklaverei lebt!

Mehr als hundert Jahre nach der Proklamation der Gleichberechtigung, die nach dem Ende des Bürgerkriegs die Abschaffung der Sklaverei verkündete, verhandelt ein US-Gericht in Louisiana einen Fall versklavter mexikanischer Arbeiter.

Bundesbehörden wurden durch anonyme Anrufe auf die Zustände in Connie Ray Alford's „Welcome Home Ranch“, einem gutgehenden 120-Hektar-Hof, hingewiesen. Schon zuvor hatte die Grenzpatrouille dort elf illegal eingewanderte Mexikaner entdeckt, doch erst die Flucht von vier Mexikanern ließ alles platzen.

Am 28. Juli wurden die Behörden erneut anonym informiert, daß ein Hilfsheriff die vier Flüchtigen gefangen und zu Alford zurückgebracht habe, welcher „sie an Halsketten legte“.

Im September 79 wurde Alford verhaftet und wegen zwölf Strafsachen angeklagt, darunter der Verletzung des Anti-Sklaverei-Gesetzes. Unter anderem konnte die Staatsanwaltschaft zum Beweis einen 2,5 x 2,5 m Käfig aus zusammengeschweißten Eisenstäben, Ketten und Schlössern vorweisen.

Die Ernsthaftigkeit der Justizbehörden bei der Verfolgung dieses ungeheuerlichen Verbrechens wird je-

doch durch ihren Kuhhandel mit dem Sklavenhalter klar. Als das Verfahren am 26.11.79 eröffnet wurde, erklärte sich Alford in einem Fall der Leibeigenschaft für schuldig und alle anderen Anklagepunkte wurden fallengelassen. Die Höchststrafe, die er nun zu erwarten hätte, wären fünf Jahre.

Mit der Erklärung, daß die Zustände auf seiner Farm nicht im geringsten ungewöhnlich wären, wies Alford zugleich darauf hin, daß wahrscheinlich ein Konkurrent ihm dies eingebracht habe. Er habe nämlich für eine dritte Vier-Jahres-Periode in der örtlichen Polizeiverwaltung kandidiert. Dort zählte er als „gewichtiger Bürger unserer Gemeinde“.

Dieser Fall hat in der mexikanischen Presse weites Echo gefunden. Der wirtschaftliche Druck der USA auf Mexiko hat dort 50% der Arbeiterschaft in die Unterbeschäftigung oder Arbeitslosigkeit getrieben. Die Zahl der sich illegal in den USA aufhaltenden Mexikaner wird auf 10 Millionen geschätzt. Der Alford-Fall ist ein Beispiel für den unglaublichen Mißbrauch, dem diese verarmten und rechtlosen Massen unterworfen sind, die in den USA Arbeit suchen (Workers World, 14.12.79).

USA-Kommission

1. Kongress des KB

AK 169 - 14.1.80 - Seite 46

1. Kongress des KB abgeschlossen

Vom 4. - 6. Januar 1980 führte der KB seinen 1. Kongreß durch. Es nahmen daran 250 Delegierte der über 1000 Mitglieder des KB, Delegierte von Sympathisantenorganisationen und Gäste aus der Organisation sowie zahlreiche Gäste von ausländischen und westdeutschen Organisationen teil.

Erstmals in der Geschichte der westdeutschen Linken wurde vom KB ein offener Kongreß organisiert, d.h. die Vertreter der anderen Organisationen konnten an (fast) allen Teilen des Kongresses teilnehmen und hatten in den wesentlichen Teilen auch gleichberechtigtes Rede-recht.

Seit den ersten Diskussionen, die zur Entscheidung über die Durchführung dieses Kongresses führten (Herbst 1978), haben sich die äußeren und inneren Bedingungen erheblich geändert. Im KB hat sich die Auseinandersetzung in den letzten Monaten bis zur Abspaltung der ZL-Gruppe verschärft; innerhalb der gesamten revolutionären Linken hat sich der Auflösungsprozeß enorm verschärft. Diese Umstände haben dazu geführt, daß dieser Kongreß in einer anderen als ehemals vorgesehenen Form durchgeführt wurde. Am Anfang war daran gedacht worden, den Kongreß im Wesentlichen zur Diskussion der programmatischen Ziele und der Massenarbeit des KB zu nutzen. Durch die oben beschriebenen Umstände verlagerte sich die Diskussion im Wesentlichen auf die Frage der Krise der westdeutschen Linken bzw. die Krise des Marxismus, wie dies von weiten Teilen der Linken angegeben wird. Diese Fragen beschäftigten die Delegierten, mit reger Beteiligung der Gäste, so denn auch am 1. und 3. Tag. Am 2. Tag wurden mehrere Berichte über Arbeitsbereiche des KB gegeben, ein neues Statut wurde diskutiert und erstmals wurde die Leitung gewählt.

Die Krise des KB und die Krise der westdeutschen Linken

prozeß zu verteidigen, ebenso die Errungenschaften der verschiedenen sozialen und demokratischen Bewegungen der Vergangenheit. In diesem Sinne werden wir wieder einmal gegen den „Strom der Zeit“ schwimmen.

Aus dem Diskussionsbeiträgen der Gäste

Ein wesentliches Merkmal des 1. KB-Kongresses war die breite Beteiligung der Gäste an den Diskussionen am 1. und am 3. Tag - was teilweise auf Kosten der innerorganisatorischen Diskussion und der geplanten Aufgaben des Kongresses ging. Trotzdem ein Beispiel, das weiterentwickelt und auch von anderen Organisationen der Linken übernommen werden sollte!

Zweifelloos den stärksten und herzlichsten Beifall auf dem Kongreß bekam Karl-Heinz Roth: Er sprach davon, daß es derzeit einen „Vernichtungsfeldzug gegen die Linke“ gebe, an dem auch „ehemalige APO-Größen“ beteiligt seien. Er wolle durch seine Anwesenheit auf dem KB-Kongreß demonstrieren, „daß es hier einen Zusammenhang gibt mit der Geschichte der alten APO“.

Konkret sprach Karl-Heinz von dem Gespräch Baum-Mahler und Mahlers neuesten Äußerungen, vom neuen Buch des Ex-Terroristen Klein und von Unternehmungen Cohn-Bendits, was er insgesamt als „Aufräumaktion“ und „Strategie des Verrats“ gegen die Linke kennzeichnete. Dieses Vorgehen stehe seiner Meinung nach im Zusammenhang mit den Kriegsplänen des Imperialismus und mit den Perspektiven einer „arabischen Revolution“ im Nahen und Mittleren Osten. Hierfür wollten die Herrschenden jede Opposition beseitigen und allgemeine Staatsloyalität durchsetzen. In den 80er Jahren, so schloß Karl-Heinz, werde es für die Linke noch gefährlicher als in den 70er Jahren sein, Fehler zu machen.

Die Genossen Maier und Fücks von den „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ (ehem. KBW) ent-

wo die Linke dazu ihre Haltung eindeutig bestimmen muß, kann ein solches Projekt kein Ausweg aus der Krise der Linken sein.

Der Genosse La. als Vertreter der kürzlich aus dem KB ausgeschiedenen ZL-Gruppe sprach in seinem Grußwort an den Kongreß von einer „Vielzahl programmatischer Gemeinsamkeiten“ seiner Gruppierung mit dem KB. Selbst in der Frauenfrage gebe es einen „übergroßen Anteil an Gemeinsamkeiten“ zwischen ZL und KB (hier stimmte der Genosse dann allerdings selbst in das allgemeine Gelächter mit ein). La. sprach außerdem von der „Notwendigkeit, den Marxismus-Leninismus durch diese düstere Episode zu retten“, und plädierte für eine Zusammenarbeit zwischen KB und ZL-Gruppe.

In einem späteren Beitrag, am 3. Tag des Kongresses, malte der Genosse La. ein sehr düsteres Bild vom Zustand des KB: Der KB wolle seine „politische Abstinenz“ rechtfertigen, insbesondere seine „Abkehr von der Wahlbewegung“. Der KB wolle die „positive Entwicklung“ beispielsweise der „Komitees ...“ nicht sehen. Überhaupt betriebe der KB (mit der Einschätzung einer weitverbreiteten Abwendung der Linken vom Marxismus) nur ein unfruchtbares „Beschwören von Gefahren“, er übersehe die „positiven Elemente in der Entwicklung“, es fehle ihm eine „Analyse der vorhandenen Strömungen in der grünen Bewegung“. Auf konkrete Fragen nach der Politik der ZL-Gruppe in der Wahlbewegung mochte Genosse La. dann allerdings nicht antworten.

Unmut erregte A. von Plato als Vertreter der „KPD“ mit seinem ersten Beitrag: Ohne auf die schwere Krise der „KPD“ mit einem einzigen Wort einzugehen, erteilte v. Plato ausführliche Belehrungen über die „Theoretische Bodenlosigkeit der Krisen-Diskussion im KB“. Der KB bewege sich auf den „tönenen Füßen“ völliger Theorienlosigkeit, frage nicht nach den gesellschaftlichen Ursachen



Arbeits- und Diskussionsberichte

Am 2. Tag wurden Berichte über den Arbeits- und Diskussionsstand in den Bereichen Antifa, Internationalismus, Frauen, Kinder und RGW (aus Zeitgründen konnte das letzte Thema erst am Morgen des 3. Tages behandelt werden) gegeben.

Da v.a. durch die viermonatige Auseinandersetzung mit der ZL-Gruppe, aber nicht nur deswegen, alle Themenbereiche bisher innerorganisatorisch nicht breit genug diskutiert worden waren, wurde auf dem Kongreß darauf verzichtet, Resolutionstexte zur Abstimmung zu stellen. Die Berichte gaben so im wesentlichen den Diskussionsstand in den entsprechenden Kommissionen, Kongreßvorbereitungsguppen und deschriftlich vorliegenden Beiträgen wieder.

Antifa: Seit dem Vorkongreß liegt ein Resolutionsvorschlag vor, der in der Zwischenzeit verbessert und ergänzt worden ist. Grundsätzliche Widersprüche zu dieser Resolution liegen seit der Pfingst-Arbeitskonferenz von Ha. und Kl. aus Göttingen vor. Sie fordern die Rücknahme der Resolution, wobei sie insbesondere die These über die „Faschisierung von Staat und Gesellschaft“ durch die westdeutsche Bourgeoisie als „unwissenschaftlich“ bzw. „wissenschaftlich nicht belegt“ kritisieren. Leider war diese Kritik von ihnen in den folgenden Monaten nicht konkret ausgeführt worden. Erst kurz vor dem Kongreß leger zwei

RGW: In einer Zusammenfassung wurde über die bisherigen und noch bestehenden Kontroversen berichtet: herrscht in der SU eine neue bürgerliche Klasse oder handelt es sich „nur“ um einen entarteten Sozialismus? Ist der Prager Frühling ein Stück Konterrevolution oder ein Schritt zur Demokratisierung gewesen? Die Diskussion um diese Fragen steht erst am Anfang und konnte hier nur benannt werden.

Eine weitere Kontroverse gibt es in der Frage des Verhältnisses zur Opposition im RGW. Die eine Position plädiert dafür, unsere Solidarität davon abhängig zu machen, in welche Richtung die Opposition zielt, d.h. uns Klarheit darüber zu verschaffen, ob es eine fortschrittliche oder reaktionäre Opposition ist. Dies kann u.a. auch daran gemessen werden, ob und inwieweit die Oppositionellen im RGW bereit sind, mit den demokratischen und revolutionären Kräften in den imperialistischen Staaten Solidarität zu üben.

Die andere Position geht davon aus, daß die Degeneration und der Verrat des Sozialismus in den Staaten des RGW nur eine bürgerliche Opposition hervorbringen kann und wir an diese deshalb keine allzu „strengen Maßstäbe“ anlegen dürften. Die RGW-Kommission hat es sich zur Aufgabe gestellt, die Zusammenarbeit und Diskussion mit Oppositionellen und Dissidenten zu verstärken, um auf diesem Weg eine fundierte Einschätzung zu erhalten.

Die Krise des KB und die Krise der westdeutschen Linken

Der 1. Tag wurde eingeleitet mit einem Referat des LG zur Krisenentwicklung im KB und dem Zusammenhang zur Krise der Linken insgesamt.

Die Krise im KB ist seit den ersten Diskussionen im Sommer 1978 in ein neues Stadium getreten. Hatten wir es damals vor allem mit individuellen Austritten zu tun (die allerdings ein erhebliches Ausmaß angenommen haben), sind seit Sommer 1979 erstmals gruppenweise Abspaltungen zu verzeichnen. Zuerst die Kritikfraktion, die heute politisch und ideologisch gänzlich im grünen Lager angesiedelt ist, dann die ZL-Gruppe, die mit fast 200 Genossen die Organisation verließ.

Wir sehen dies als Teil eines Umgruppierungsprozesses in der gesamten revolutionären Linken. Das Scheitern einer Reihe von ML-Gruppen wird heute umstandslos mit dem Scheitern des Marxismus-Leninismus gleichgesetzt. Dies zusammen mit dem Aufkommen der grünen Bewegung, die gegenwärtig eine größere Anziehungskraft besitzt als die revolutionären Gruppen, hat zu einem verhängnisvollen Auflösungsprozeß geführt. Unter dem Vorwand, den Marxismus für die heutige Zeit neu zu entwickeln, bzw. zu aktualisieren, werden gegenwärtig grundlegende Erkenntnisse des Marxismus in Frage gestellt. So die Frage des Staates als Klassenstaat, die Notwendigkeit der eigenständigen Organisation der Revolutionäre usw.

Wir vertreten dagegen, daß nicht der Marxismus gescheitert ist, sondern die westdeutsche ML-Bewegung an ihren sektiererischen Fehlern. Darüberhinaus zeichnet sich die gegenwärtige Debatte durch ein sehr kurzfristiges Geschichtsverständnis aus, wobei aus aktuellen Niederlagen und Schwierigkeiten auf die Niederlage der revolutionären Bewegung insgesamt geschlossen wird. Dies führt auch dazu, daß Errungenschaften der Linken in den vergangenen zehn Jahren über Bord geworfen werden. Wir sehen deshalb eine unserer wesentlichen Aufgaben darin, die grundsätzlichen Erkenntnisse des Marxismus gegen diesen Auflösungs-

Die Genossen Maier und Fücks von den „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ (ehem. KBW) entwickelten in mehreren Beiträgen sehr ausführlich ihre Vorstellungen: Der Marxismus-Leninismus finde keine Resonanz in der Bevölkerung. Die ML-Organisationen seien sektierisch geworden, weil sie an Positionen festhielten, statt diese immer wieder neu zu entwickeln. Die ML-Organisationen seien zu einer Randrolle in den realen Bewegungen herabgesunken, weil sie mit den realen Problemen nicht mehr fertig würden. Der wissenschaftliche Sozialismus könne nicht leben ohne Weiterentwicklung; er müsse sich ernsthaft den Fragen der neuen Bewegung stellen. Besonders hervorzuheben wurde dabei das Einwirken auf die grüne Bewegung im Rahmen einer Unterstützung der grünen Kandidatur bei den Bundestagswahlen. Im Konkreten schlugen Maier und Fücks folgendes vor: Die linken (sozialistischen) Organisationen sollten gemeinsam eine Theorie-Zeitschrift herausbringen, die sich in erster Linie auf die Fragestellungen der grünen Bewegung beziehen sollte. Die „Komitees ...“ – so deutete Maier an – würden zugunsten eines solchen Zeitungsprojekts wahrscheinlich ihre eigene Zeitschrift (von der bisher erst eine Nummer erschienen ist) einstellen. Wie weit die Vorstellungen der „Komitees ...“ gehen, machte der Genosse Fücks deutlich, als er in seinem Beitrag davon sprach, es gebe heute für den KB und für die „KPD“ keine Existenzberechtigung mehr; im Gegenteil sei deren Existenz als selbstständige Organisationen zum Hindernis geworden. Als dem Genossen dann zu Unrecht in einer Erwiderung vorgeworfen wurde, er sei für die Auflösung des KB usw. in die grüne Bewegung, entgegnete er, daß es um die Auflösung der bestehenden Organisationen in ein gemeinsames sozialistisches Projekt gehe. Hauptansprechpartner dieses Projekts seien die „KPD“ und die ZL-Gruppe zu sein, wobei besonders auf die „KPD“ großer Wert gelegt wird. Ein solches Projekt hätte also voraussehbar eine starke „vaterländische“ Schlagseite, falls es zustande kommen sollte. In einer Zeit, die von zunehmender Kriegsgefahr gekennzeichnet ist und

der Diskussion im KB: Der KB bezieht sich auf den „tönenen Füßen“ völliger Theorielosigkeit, frage nicht nach den gesellschaftlichen Ursachen der Krise, habe sich nicht zur marxistischen Weltanschauung und zur Staatsfrage geäußert usw. Abschließend meinte er trotzdem noch, daß „ein Dialog in Gang kommen“ müsse... In seinem Beitrag am 3. Tag war v. Plato aber sichtlich bemüht, selbstkritische Töne anzuschlagen: Die „KPD“ sei „sehr stark von Krisenerscheinungen erschüttert“; es gebe dort „unterschiedliche Strömungen“. Alle Strömungen in der „KPD“ würden aber von der Notwendigkeit einer selbstständigen kommunistischen Organisation ausgehen. Man müsse die gesellschaftliche Wirksamkeit der Grünen begreifen, daß sie nämlich „das Element des konkreten Utopischen im Kommunismus“ wiederaufgenommen hätten. Die Grünen verträten Elemente, die innerhalb des Marxismus-Verständnisses der Linken verlorengegangen seien. Ansonsten gab v. Plato Grundzüge der in der „KPD“-Presse geführten Partei-Diskussion wieder (vgl. dazu Artikel in diesem AK) und kündigte einen stärkeren Dialog der „KPD“ mit der linken Öffentlichkeit an. In diesem Zusammenhang begrüßte er die Öffnung des KB-Kongresses, konnte allerdings auf Nachfragen selbstverständlich von sich aus keine Zusage für eine ähnliche Gestaltung des geplanten III. Parteitags der „KPD“ geben.

Der Vertreter der GIM führte aus, daß die „ML“-Politik gescheitert sei. Sie sei zum einen in den Gewerkschaften gescheitert. Anstelle einer geduldigen und konsequenten Gewerkschaftsarbeit sei man der Basis so weit vorausgeeilte, daß man schließlich den Kontakt zu dieser verloren habe. Man dürfe in den Gewerkschaften nicht „ultimativistisch“ auftreten, sondern müsse auch kritische Sozialdemokraten einbeziehen. Gescheitert sei die „ML“-Politik auch gegenüber der SPD. Sie habe keine Antwort auf die Vorherrschaft der Sozialdemokratie in der Arbeiterklasse geben können. Das „Klammern“ vieler Linken an die Grünen sei nur wieder ein Versuch, dem Problem auszuweichen. Es gelte, die SPD-Regierung gegen Strauß zu verteidigen, d.h. konkret auch: 1980 die Wahl der SPD zu befürworten.

Leider war diese Kritik von ihnen in den folgenden Monaten nicht konkret ausgeführt worden. Erst kurz vor dem Kongreß lagen zwei Beiträge von ihnen vor. Diese Auseinandersetzung wird im UNSER WEG weitergeführt werden.

Ein Genosse der Antifa-Kommission hielt ein Referat über die Aufgaben im Anti-Strauß-Wahlkampf und über die besonderen Gefahren, die durch einen Kanzler Strauß entstehen. Insbesondere strich er heraus, daß die westdeutschen Imperialisten mit einem Kanzler Strauß der Schwelle zur terroristischen Unterdrückung nach innen und zur kriegerischen Auseinandersetzung nach außen ein bedeutendes Stück näher kommen würden. Dementsprechend lägen unsere Aufgaben im Wahlkampf darin, diese direkten Gefahren für die noch bestehenden demokratischen Rechte und für den Frieden aufzuzeigen.

Von Kl. aus Göttingen wurde dagegen vertreten, daß es auf der politischen Ebene zwischen einer SPD/FDP-Regierung und einer CSU/CDU-Regierung keine besonderen Unterschiede gäbe. Die besondere Gefahr ginge von Strauß durch sein ideologisches Programm aus, mit dem es ihm gelingen könnte, die kleinbürgerlichen Schichten reaktionär bzw. faschistisch aufzuheizen. Auch diese Frage wird weiter diskutiert werden.

Aus beiden Kontroversen wurde bisher noch nicht deutlich, ob und ggf. welche Konsequenzen sich für die politische Praxis daraus ergeben würden.

Internationalismus: Zu diesem Thema liegt noch kein Gesamtforschungsvorschlag vor. Einzelne Resolutionen wurden zu den Themen 3. Weltkrieg, chinesische Außenpolitik, Bedeutung der Befreiungsbewegungen erarbeitet.

Einigkeit besteht in der Vorbereitungsgemeinschaft darin, daß die Hauptgefahr vom US-Imperialismus und seinen Verbündeten, dem BRD-Imperialismus und Japan, ausgeht. Diese steuern systematisch einen neuen Umverteilungskrieg an, der sich unmittelbar gegen die Länder der 3. Welt richtet. Unterschiedlich wird noch die Gefahr eines 3. Weltkriegs der Imperialisten gegen das sozialistische Lager beurteilt.

arbeit und Diskussion mit Oppositionellen und Dissidenten zu verstärken, um auf diesem Weg eine fundierte Einschätzung zu entwickeln.

Frauen: Die AG Frauen legte einen Rechenschaftsbericht über 6 Jahre Frauenarbeit des und im KB vor (dieser wird in den Kongreßmaterialien veröffentlicht). In ihm wurden die Höhen und Tiefen unserer Frauenpolitik sowohl in der Massenarbeit als auch im Stand der Frauen in der Organisation aufgezeigt. Dabei hat sich gezeigt, daß es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen diesen beiden Seiten gibt. Je erfolgreicher unsere Frauen in der Massenarbeit waren, desto besser war (scheinbar) auch ihr Stand in der Organisation. Umgekehrt wurden erkämpfte Rechte der Frauen in der Organisation immer dann angegriffen, wenn in der Massenarbeit Schwierigkeiten auftraten. Dies hatte soweit geführt, daß in einer Reihe von KB-Gruppen die Frauenarbeit gänzlich eingestellt wurde.

Ein zweiter Schwerpunkt des Referats behandelt die Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung. Hierbei wurden vor allem die sektiererischen Fehler kritisiert, die in der Vergangenheit unsere Arbeit unnötig erschwert haben.

Gegenwärtig zeichnen sich in einer Reihe von Orten wieder Möglichkeiten ab, die Frauenarbeit wieder aktiv aufzunehmen. Es ist geplant, diese stärker zu zentralisieren (eine überregionale Anleitung soll gewählt werden) und in allen Bereichen Frauengruppen bzw. verantwortliche zu schaffen.

Kinder: In einem Referat wurde über die Lage der Kinder im KB berichtet. Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, daß das Kinderkriegen und das Kindererziehen auf große Schwierigkeiten und auf Unverständnis bei den Mitgenossen stößt. Kinder werden in erster Linie als Last und als Hindernis für die politische Arbeit angesehen, worin meistens ein sehr kurzfristiges Verständnis unserer politischen Aufgaben zum Ausdruck kommt. In noch stärkerem Maße als in der Frauenarbeit wird die Arbeit in Kinderinitiativen noch nicht als gleichwertige politische Arbeit akzep-

1. Kongress des KB

tiert. Die Kinderkommission und die Elterngenossen im KB haben es sich zur Aufgabe gestellt, durch Diskussion über die Kinderfrage den Kindern im KB zu ihren Rechten zu verhelfen, insbesondere, daß ihre Bedürfnisse nicht anderweitigen politischen Überlegungen zum Opfer fallen.

Gleichzeitig mit dieser Diskussion innerhalb der Organisation soll organisiert eine politische Massenarbeit an der Kinder- und Erziehungsfrage weiterentwickelt werden.

Der KB hat ein neues Statut

Erstmals wurde im KB die Frage des Statuts in der gesamten Organisation diskutiert. Bisher gab es das Gründungsstatut, das nur in sehr allgemeiner Weise das organisatorische Leben des KB beschrieb. Das damalige Statut ist aus der Zusammenarbeit von KAB und SALZ entstanden. Seit dieser Zeit hat sich der KB weit über die Grenzen Hamburgs entwickelt (die Hälfte der Mitglieder ist heute nicht mehr in Hamburg organisiert).

Mit der Erarbeitung dieses Statuts stellen wir uns die Aufgabe, der Arbeit des KB eine festere Form zu geben, die Rechte und Pflichten der einzelnen Organisationsteile und der Mitglieder klarer zu definieren und den demokratischen Willensbildungsprozeß im KB auch organisatorisch festzulegen. Schwerpunkt des Statuts ist die Stärkung der Kollektivität der Grundeinheiten der Organisation: „Ein Großteil der politischen Ausbildung, Willensbildung und Vorbereitung zu Entscheidungen erfolgt im KB in dessen Grundeinheiten“.

In diesem Sinne wird auch angestrebt, mehr Entscheidungen, Gewalt in die Hände der Grundeinheiten zu legen, so über die Frage der Aufnahme von neuen Mitgliedern, das Disziplinarrecht und das Ausschlussrecht. Dies geht einher mit einem Abbau der Entscheidungsbefugnis der Leitungsorgane (sowohl auf örtlicher als auch auf zentraler Ebene).

Kontroverse Diskussionen hatte es bisher um die Frage der Einhaltung von Beschlüssen gegeben. Bisher gingen wir davon aus, daß die Minderheit sich Mehrheitsbeschlüssen unterordnen muß und diese zu vertreten hat. Im neuen Statut wird dies anders geregelt: Weiterhin gehen wir davon aus, daß sich die Minderheit der Mehrheit unterordnen muß, disziplinarische Maßnahmen aber nur dann ergriffen werden, wenn einzelne Mitglieder oder Einheiten ausdrücklich gegen Beschlüsse verstößen.

Ein zweiter Schwerpunkt des Statuts ist die Festlegung des Rechts auf Fraktionsbildung: Fraktionsbildung wird als eine Möglichkeit gesehen, den Meinungsbildungsprozeß innerhalb der Organisation voranzutrei-

der gesamten Organisation einen „Namen“ haben.

Nach einigen Diskussionen wurde der LG-Vorschlag einhellig angenommen. Der alten Leitung wurde nahezu einstimmig das Vertrauen ausgesprochen, so daß diese zusammen mit den Vertretern aus den Regionen und den Arbeitsbereichen die neue Leitung bildet. Gesichert ist dabei, daß sich der Anteil der Frauen erhöhen wird.

Die neue Leitung wurde provisorisch gewählt, d. h. ihre endgültige Bestätigung soll (nach den bis dahin vorliegenden Erfahrungen) auf derselben Delegiertenkonferenz vorgenommen werden, die auch abschließend über das Statut entscheidet.

Neuer Kongreß beschlossen

Da viele der schon für diesen Kongreß anstehenden Fragen nicht behandelt werden konnten, wurde beschlossen (entgegen dem im Statut beschlossenen zweijährigen Rhythmus), bereits in einem Jahr den 2. Kongreß des KB durchzuführen. Ein Schwerpunkt wird dann die Diskussion um die Massenarbeit des KB in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und die Aufarbeitung unserer bisherigen Praxis sein.

Trotz vieler Schwierigkeiten – ein Schritt voran

Der 1. Kongreß des KB mußte unter den Schatten des allgemeinen Auflösungsprozesses der revolutionären Organisationen und der Abwendung großer Teile der Linken vom Marxismus, insbesondere natürlich der gerade erst erfolgten Abspaltung der ZL-Gruppe, durchgeführt werden. Trotz der sich daraus zwangsläufig ergebenden Schwierigkeiten in der Vorbereitung und Durchführung des Kongresses, war er insgesamt ein positiver Beitrag zur weiteren Entwicklung des KB.

Insbesondere muß man hierbei die Einheit hervorheben, den KB ausdrücklich als marxistisch-leninistische Organisation zu erhalten und auszubauen.

Einen zweiten positiven Aspekt sehen wir darin, daß sich auf diesem Kongreß erstmals abzeichnete, daß größere Teile der radikalen und revolutionären Linken die Bereitschaft gezeigt haben, sich ernsthaft gemeinsam um die anstehenden Probleme auseinanderzusetzen. Dies entspricht einer Forderung, die wir schon seit Bestehen des KB erhoben haben. Daß dies erst in dieser kritischen Phase möglich ist, ist leider auch Ausdruck der Fehler der Linken in der Vergangenheit. Es kann und sollte jedoch ein Schritt für eine andere Zukunft sein.

zu den Atomkraftwerken in Schweden einen guten Ausgang zu verschaffen, werden wir leider nicht an eurem Kongreß teilnehmen können. Wir wünschen ausdrücklich, daß der erste KB-Kongreß erfolgreich sein möge und möchten euch auch unsere Trauer bekunden über den Tod von Rudi Dutschke, der in der westdeutschen linken Bewegung eine Außenseiterrolle eingenommen hatte.“

Grußadresse der ELPF (Eritrea)
„Im Namen der EPLF und deren Massenorganisationen, die Arbeiter, Frauen und Studenten in Westdeutschland, möchten wir eurem Kongreß revolutionäre Grüße übermitteln. Wir bedauern es sehr, persönlich nicht anwesend sein zu können, trotzdem sind wir in vollem Geist mit euch, und wir sind sicher, daß euer Kongreß erfolgreich sein wird und einen großen Beitrag zu der nationalen und internationalen Bewegung leisten wird.“

Grußadresse der PSU (Frankreich):
„Liebe Genossinnen und Genossen des KB: Wir wünschen eurem Kongreß einen vollen Erfolg.“

Wir hoffen, daß dieser Kongreß zur Klärung der revolutionären Aufgaben beitragen wird in diesen schwierigen Zeiten, die sämtliche revolutionären Organisationen heute kennen. Wir erwarten die Ergebnisse eures Kongresses mit sehr großem Interesse. Mit brüderlichen (die schwesterlichen nicht vergessen, ihr Lieben!, die Setzerin) Grüßen
Leitung der PSU.“

Grußadresse von Jean-Pierre Vigier („Komitee gegen ein deutsch-amerikanisches Europa“), Ex-Mitglied der KPF bis zum Mai 1968, Ex-Mitglied des Generalstabes der „Resistance“:
„Liebe Genossinnen und Genossen des KB!
Es tut mir weh, daß ich nicht jetzt und heute vor euch persönlich sprechen kann.“

In den vier Jahren, wo wir gemeinsam gekämpft haben, habe ich eure Organisation sehr schätzen gelernt. Ich kann deshalb heute nicht bei euch anwesend sein, weil seit einigen Wochen eine Haßkampagne gegen mich geführt wird, und Morddrohungen an mich gerichtet werden seitens der gleichen faschistischen Gruppe „Honneur de la Police“ (Ehre der Polizei), die vor einigen Wochen den jüdischen Revolutionär Pierre Goldman umbrachte.

Vor einigen Tagen wurde auf mich geschossen. Diese Sachen kennen wir und kennt ihr schon von früher. Die Bedingungen, unter denen solche Phänomene passieren können, sind die der Spannungsstrategie.

treuen Verbündeten. In einem solchen Zusammenhang kann man den westeuropäischen Massen den Aufbau eines politischen Europas aufzwingen und einer militärischen europäischen Gemeinschaft, wie jetzt geschehen.“

Man muß ganz klar und deutlich sagen, daß nichts, was das objektive militärische Kräfteverhältnis zwischen Ost und West betrifft, eine solche Panikkampagne legitimiert – wie sie von Haig in Brüssel gestartet wurde, wie sie von allen Rechtskräften in Westeuropa und insbesondere von Franz-Josef Strauß in der BRD betrieben wird.

Die Einführung der Cruise Missiles und der Pearson-Raketen ist da nur ein Aspekt. Wir gehen einer Situation entgegen, wo die atomare Bewaffnung der BRD legalisiert werden soll.

Zum ersten Mal hat die westeuropäische Bourgeoisie vor, eine wichtige Rolle in der neuen Aufteilung der Welt zu spielen. In einer Periode der internationalen Spannungen ist eine Entstabilisierung in Westeuropa ziemlich logisch. Gerade in der BRD mangelt es nicht an Kräften, die eine solche Situation ausnutzen wollen, um die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands wieder auf die Tagesordnung zu bringen. Anders ausgedrückt: Die BRD verbündet sich mit den USA sowohl aufgrund äußerer als auch innerer Faktoren und eigener Interessen.

Angesichts dieser Situation ist es Aufgabe der Revolutionäre zu verhindern, daß die Völker des kapitalistischen Westens trotz allem in eine Dynamik und in den Mechanismus der Kriegsvorbereitungen einbezogen werden. Allgemeine Verhandlungen zum Problem der Aufrüstung müssen gefordert und aufgezungen werden. Die brutale Beschleunigung des Werrüstens muß mit aller Kraft abgelehnt und verhindert werden. Das Ziel dabei ist klar: die Erstreckung aller demokratischen und liberalen politischen Kräfte im Westen.

Es ist kein Zufall, wenn heute in Italien, in Spanien und in Frankreich die Jagd auf die extreme Linke eröffnet worden ist. Das Ziel davon ist das Verschwinden der politischen Kräfte, die in der Lage wären, den Massen die Gefahren dieser neuen Verschärfung des aggressiven Charakters des Imperialismus aufzuzeigen.

Wahrscheinlich werden wir nicht sehr viel Zeit haben, um eine Kampagne solchen Typus zu führen.

Und wenn ich mich heute an euch, an den KB, wende, wie wir uns in anderen Situationen auch an euch gewandt haben, ist es, weil ich glaube und denke, daß der KB eine bedeutende Rolle in der Organisation einer solchen Kampagne gegen die Kriegsdynamik und gegen die Militarisierung spielen kann – wie

heißt nicht „gebrochen“: wir haben seit damals versucht, in großer Öffnung und Toleranz alles das, was wir gelernt hatten, für sozialkritische und in Ansätzen auch „revolutionäre“ Bewegungen und Bestrebungen fruchtbar zu machen.

Im gewissen Sinn haben wir, wenn der Vergleich gestattet ist, unsere „Währung“, die vorher nur innerhalb eines geschlossenen „sozialistischen“ Marktes im Umlauf war und sich ständig nach außen abriegelte und versuchte, ihre Schwäche durch Autarkie und Eigenisolierung wettzumachen, seit einigen Jahren „konvertierbar“ gemacht: d.h., wir bemühen uns, auch mit neuen Leuten, in neuen Zusammenhängen, unter oft unermuteten Umständen und Bedingungen, alles das aus unserer Erfahrung „zur Verfügung zu stellen“, was irgendwie von denen gebraucht werden kann, die Initiativen und Kämpfe vorantreiben.

Wir beanspruchen dabei nicht die Sicherheit, daß alles das „für die Revolution“ oder „für den Sozialismus“ gut ist – vielleicht ist's dann doch so. Wir hoffen aber, dadurch ein paar Werkzeuge mehr zur Selbstbefreiung – und zwar zur individuellen und kollektiven Selbstbefreiung – von Menschen zu liefern, die vielleicht nicht immer genau unseren (einstigen und gegenwärtigen) Vorstellungen gemäß verwendet werden, aber dafür endlich nicht mehr im sterilen und – derzeit! – wohl hoffnungslosen linken Revolutionärsghetto dahinvegetieren.

Was ich bisher nicht gesagt habe: auf viele dieser Ideen sind wir erst durch massive Kritik vor allem jener Kräfte innerhalb und außerhalb von LC gekommen, die nicht mehr bereit waren, in einer sowieso nicht unmittelbar revolutionären Situation ihre persönlichen Ansprüche und Bedürfnisse weiterhin zu frustrieren und ewig zurückzustellen oder irgendwelchen transzendenten und meist idealistisch verstandenen Zielen unterzuordnen. In erster Linie standen da die Frauen – was damals eure Berichterstatter bei unserem Kongreß in Rimini (1976) so sehr verwirrte und auch ein bisschen empörte.

Noch eins: wenn ich mich heute so umsehe, scheint mir, daß die eher dogmatischen, ein bisschen bürokratischen und auf stetig lineares und systematisches Wachstum bedachten Gruppen und Gruppchen (etwa „Avanguardia Operaia“, diesbezüglich besonders exemplarisch) heute den Boden der Bedeutungslosigkeit – in der sozialen Wirklichkeit, bei den Leuten, in den Kämpfen – erreicht haben, und daß umgekehrt aus unseren ungeordneten, turbulenten und bestimmt sehr spontaneistischen Lotta Continua-Dasein noch einiges Lebendiges für eine neue Linke hervorgegangen ist.

Im Namen dieser ungeordneten,

Fraktionsbildung: Fraktionsbildung wird als eine Möglichkeit gesehen, den Meinungsbildungsprozeß innerhalb der Organisation voranzutreiben. Die Rechte und Pflichten von Fraktionen wurden entsprechend den bisher schon diskutierten Fraktionsthesen festgelegt.

Ein besonderer Teil soll im Statut noch zu der besonderen Rolle der Genossinnen in der Organisation ausgearbeitet werden.

Die wesentlichen Diskussionen auf dem Kongreß entwickelten sich an den Fragen der Disziplinarmaßnahmen gegen Mitglieder und an der Fraktionsfrage. Dabei ging es im wesentlichen darum, leichtfertige oder falsche Disziplinarmaßnahmen möglichst zu verhindern, die Entscheidungswege und die -träger so genau wie möglich festzulegen.

Es wurde beschlossen, das vorliegende Statut mit einigen Änderungen provisorisch zu verabschieden. Endgültig soll darüber auf einer eigens hierzu einberufenen Delegiertenkonferenz innerhalb des nächsten halben Jahres entschieden werden. In der Zwischenzeit soll das vorliegende Statut in allen Teilen der Organisation weiter diskutiert werden.

Eine neue Leitung wurde gewählt

Erstmals wurde auf diesem Kongreß von den Delegierten die Leitung des KB gewählt. Die alte Leitung (deren Legitimation trotz der bisherigen Nichtwahl bisher im KB niemals angezweifelt wurde) entstammt noch dem Gründungsprozeß des KB. Seit dieser Zeit hat sich der KB regional erheblich ausgeweitet und eine Reihe von neuen Aufgaben sind von uns aufgenommen worden. Um diesen veränderten Umständen gerecht zu werden, wurde vom alten LG der Vorschlag unterbreitet, die Leitung um Vertreter aus den Regionen und aus Arbeitsschwerpunkten (z. B. Frauen) aufzustocken, die in ihren jeweiligen Arbeitsbereichen das Vertrauen der Mitglieder genießen. Hiermit sollen auch die einzelnen regionalen und Arbeitsbereiche gestärkt werden. Dies steht im Gegensatz zu einem Konzept, nach dem nur Genoss/innen in die Leitung gewählt werden, die in



Ausländische Gäste

Über 10 verschiedene ausländische Delegierten nahmen am ersten KB-Kongreß teil bzw. sandten eine Grußadresse:

Ägypten: Kommunistische Arbeiterpartei

Chile: MIR

Dänemark: Förbundet

Frankreich: OCT

Großbritannien: Big Flame

Iran: Cisinu (Gruppe Avantgarde)

Niederlande: Bond voor Dienstpflichtigen, Russell-Gruppe Sittard, Internationaler Kommunisten Bond (niederländische Sektion der IV. Internationale)

Schweden: Tyksland-Gruppe

Spanien: MC

Türkei: Devrimci Yol

USA: Phill Hill vom „Guardian“

sowie Genossen der EPLF (Eritrea) und Genossen der PFLP (Palästina).

Weiterhin erhielten wir Grußtelegramme und schriftliche Beiträge von:

der PTE (aus Spanien); der PSU (Frankreich); Jean-Pierre Vigier (Frankreich); Förbundet Kommunist (Schweden); Alexander Langer (Italien); Democrazia Proletaria (Italien).

Wir dokumentieren im folgenden einen Teil der uns vorliegenden Grußadressen:

Grußadresse der PTE („Partei der Arbeiter Spaniens“; die PTE ist der Zusammenschluß von ORT und PTE):

„An den Kongreß des KB. Wir wünschen dem 1. KB-Kongreß, daß er ein wichtiger Fortschritt sein möge bei der Entwicklung einer fortschrittlichen Alternative in der westdeutschen Gesellschaft. Ebenso wünschen wir eurer Partei eine positive Entwicklung und die besten Erfolge.“

Nazario Aguado, Partido de los Trabajadores de Espana.

Grußadresse des „Förbundet Kommunist“, Schweden

„Wir grüßen den ersten KB-Kongreß herzlichst. Da wir am gleichen Wochenende alle mobilisiert sein werden, um dem laufenden Referendum

und dem Kampf um den von jenen Bedingungen, unter denen solche Phänomene passieren können, sind die der Spannungsstrategie.

Die herrschenden Klassen in Westeuropa bereiten eine Atmosphäre des Krieges vor. Sie wollen mit jedem Mittel eine Zusammenarbeit der revolutionären und demokratischen Kräfte in Westeuropa gegen die Kriegsfahrt und gegen die Schaffung eines neuen IV. Reiches verhindern. Seit einigen Wochen ist es offensichtlich, daß die internationale Situation eine bedrohliche Wendung annimmt. Die Frage eines dritten Weltkrieges ist auf der Tagesordnung. Zum ersten Mal kann man das gleichzeitig sowohl aus den Erklärungen des General Haig in Brüssel, als auch aus den von Kissinger, Carter und Schmidt entnehmen. Zum ersten Mal wieder reden die herrschenden Klassen in Westeuropa offen von der Gefahr eines Weltkrieges.

Das ist unter anderem das Ergebnis der ökonomischen Krise des westlichen Kapitalismus. Ebenso wie die Krise 1929 10 Jahre später den 2. Weltkrieg herbeiführte, ist der logische Abschluß der 1973 begonnenen Wirtschaftskrise eine verschärfte Spannungsstrategie. Es ist heute offensichtlich, daß wir eine brutale Verschärfung der Krise des westlichen Kapitalismus erleben. Der Kampf zwischen den drei Großmächten, die sich um das internationale Budget streiten, also Japan, die USA und die BRD, verstärkt sich. Die dritte Welt befindet sich heute in einer hoffnungslosen Situation.

Die Krisenherde vermehren sich weltweit. Es ist leider möglich, daß wir neue Konfrontationen im fernen Osten erleben werden, das heißt, daß sich der Konflikt zwischen China und Vietnam verschärfen wird. Von diesen Fragen ist Westeuropa ganz zentral berührt.

Innerhalb dieses Zusammenhanges haben beide Lager der US-Bourgeoisie ein Interesse, die Situation zu verschärfen. Carter hat seine Popularität gerade auf dieser Grundlage zurückerobert. Seine republikanischen Gegner versuchen ihn dabei noch von rechts aus zu überholen.

Dieses Spiel der USA, diese Ziele der USA finden in der BRD einen

bedeutende Rolle in der Organisation einer solchen Kampagne gegen die Kriegsdynamik und gegen die Militarisierung spielen kann – wie sie von Carter, Strauß und Schmidt und allen sozialdemokratischen Kräften in Westeuropa eröffnet worden ist.

Liebe Genossinnen und Genossen des KB: diese Angelegenheit liegt mir sehr am Herzen und ich möchte, daß bald dazu ernste Diskussionen stattfinden.

Ich wünsche eurem Kongreß sehr viel Erfolg – und es ist nicht nur eine rhetorische Floskel, wenn ich jetzt schließe und euch wünsche: lang lebe der KB!“

Grußadresse von Alexander Langer, Abgeordneter im Regionalrat Trentino-Südtirol

Liebe KB-Genossinnen und Genossen!

Vielen Dank für die Einladung zu eurem 1. Kongreß, die ich leider zu spät bekommen habe, um noch zusagen zu können: ich bin nämlich diese Zeit bereits in Rom verpflichtet.

Außerdem gibts da noch eine andere Schwierigkeit: mit einiger Betrübnis habe ich vom weiteren Verlauf eurer Krise und dem traumatischen Schritt eurer Trennung von anderen Genossinnen und Genossen, die mit euch gemeinsam die Erfahrung des KB darstellen, erfahren.

Natürlich liegt es mir fern, in eure innere Auseinandersetzung einzugreifen.

Nur glaube ich, etwas ganz kurzes aus unserer Erfahrung sagen zu können. Ihr wißt ja, daß in so manchem die Geschichte von „Lotta Continua“ Exemplarisches auch für andere enthält und enthalten hat.

Wir haben seiner Zeit, als wir aufgrund einer veränderten Situation unsere Erwartung an einen relativ nahen revolutionären Prozeß aufgeben mußten, auch unseren Anspruch aufgegeben, revolutionäre Organisation für einen derzeit nicht definierbaren revolutionären Prozeß zu sein (oder aufzubauen).

Trotzdem haben wir mit unserer Geschichte und unserer Vergangen-

heutige Lotta Continua-Dasein noch einiges Lebendiges für eine neue Linke hervorgegangen ist.

Im Namen dieser ungeordneten, etwas bunten und recht lebendigen Südtiroler Neuen Linken möchte ich euch allen sehr, sehr herzlich einen offenen, hitzigen, lebhaften und auch ein bischen turbulenten Kongreß wünschen.

Euer Alexander Langer.

Liste der westdeutschen Gäste des 1. KB-Kongresses

Zeitung Eulenspiegel (Baden-Baden)

TAZ

Gruppe Rheinische Zeitung

Kommunistische Liga (KL)

Gruppe Internationaler

Marxisten (GIM)

Gruppe Arbeiterpolitik Bremen

Trotzkistische Liga Deutschlands

(TLD)

Bahro-Komitee Marburg

Westberliner Kommunist

(Gruppe „Gegen die Strömung“)

Freie Arbeiter Union (FAU)

Gruppe Autonomer Linker

Altona (GALA)

Kommunistischer

Hochschulbund (KHB)

Marxisten-Reichisten-Initiative

(MRI)

„Kommunistische Partei

Deutschlands“ („KPD“)

Komitees für Demokratie und

Sozialismus (KDS)

Sozialistische Arbeitergruppe

(SAG)

ZL-Gruppe

Karl-Heinz Roth

Zeitung „Frauen auf die

Barrikaden“

Bunte-Liste-Zeitung

1. Kongress des KB

AK 169 – 14.1.80 – Seite 48

Abschied von der ZL-Gruppe

Nach einem vier Monate dauernden heftigen Fraktionskampf, der im AK ausführlich dokumentiert wurde, ist die ZL-Gruppe im Dezember aus dem KB ausgeschieden. Sie will ihre Arbeit nun als autonome Organisation fortsetzen.

Formal abgeschlossen wurde die Trennung von der ZL-Gruppe auf zwei Delegierten-Versammlungen des KB in Hamburg (17.12.) und Kassel (22.12.) – die erste für die Hamburger Ortsgruppe (sie macht immer noch rund 50% des KB aus), die zweite für den Rest der Organisation. Auf beiden Delegiertenversammlungen wurde nahezu einstimmig (Die ZL-Gruppe nahm trotz Einladung an beiden Treffen nur mit einigen „Beobachtern“ teil) folgende Resolution beschlossen: „Die Delegiertenversammlung... stellt fest, daß die Trennung der ZL-Gruppe vom KB faktisch vollzogen ist. Die „Gemeinsamkeit“ der ZL mit dem KB besteht derzeit nur noch in dem gemeinsamen Namen. Alle anderen Gemeinsamkeiten sind durch die Fraktionsmacherei der ZL in Frage gestellt; erst die künftige Entwicklung kann zeigen, in wieweit eine Rückbesinnung der ZL auf Gemeinsamkeiten und eine konkrete Zusammenarbeit wieder möglich werden. Die Delegiertenversammlung sieht aber derzeit eine große Gefahr, daß die ZL in die Rolle eines antikomunistischen Kronzeugen gegen den KB hineinwächst und die Bekämpfung des KB zu ihrem Hauptzweck macht. Die DV ruft alle Genoss(innen) der ZL-Gruppe auf, einen solchen Weg nicht zu gehen.“

Die in dieser Resolution geäußerte Befürchtung über die künftige Rolle der ZL-Gruppe hat insbesondere durch eine im Dezember veröffentlichte Broschüre der ZL-Gruppe Nahrung bekommen: In dieser Broschüre wird mit massiver Demagogie der Versuch unternommen, den KB als „stalinistisch“ und undemokratisch zu diffamieren, die Mitglieder des KB als völlig hirnlos und obrigkeitshörig darzustellen usw. (Die Broschüre hat 33 Seiten, kostet 3 DM und ist zu beziehen über Ingo Borsum, 2 Hamburg 6, Schanzenstraße 75).

Mit der ZL haben etwa 200 Genossinnen und Genossen den KB verlassen, was ungefähr einem Fünftel der Mitglieder entspricht. Die ZL-Gruppe setzt sich folgendermaßen zusammen: 54% kommen aus den Bereichen des früheren Hamburger „Zentrums“; 11,5% kommen aus der übrigen Hamburger Ortsgruppe; 30% kommen aus Ortsgruppen, die von der ZL „angeleitet“ wurden (Schleswig-Holstein, Göttingen, Hannover, Westberlin), und 4,5% aus sonstigen Ortsgruppen. Die ZL-Gruppe kommt also zu rund 85% aus dem bisherigen direkten Anleiten der ZL-Mehrheit.

nächst nicht zu bewegen, ihre Meinung schriftlich zu formulieren und so diskutierbar für die Organisation zu machen. Als sie dies schließlich doch tat, geschah es gleich mit einem Paukenschlag: Im AK 160 (20.8.79) legte sie auf gut viereinhalb Seiten ihre Thesen vor:

+ Ein Artikel beklagte sich über den „Utopismus“ im KB, wobei der „Keimformaspekt“ des KB (die kommunistische Organisation als Vorwegnahme von „Keimformen“ einer neuen Gesellschaft) übertrieben werde.

+ Ein anderer Artikel beschäftigte sich mit der „Krisen-Literatur“ der KB-Genossinnen, als Fortführung der Göttinger Artikel.

+ Der dritte Artikel versuchte, mit wild zusammengefügten Zitaten aus internen Protokollen, Berichten usw. ein ganz gräßliches Bild von den „Grazionen des Feminismus“ im KB zu malen.

Auf dieses Artikel-Paket, das an sich schon Sprengstoff genug enthielt, folgte am 22.8., also nur zwei Tage nach Erscheinen des AK, ein letztes Endes richtungsweisender, nicht mehr zu korrigierender Auftritt der ZL im „Zentrum“: Dort gab die ZL be-

nen den drohenden Untergang der Mehrheit des KB im Sumpf von Utopismus, Feminismus, Liberalismus, Ultrademokratismus etc. pp. zu beschwören und demgegenüber die „Rückbesinnung auf unsere bewährten Grundlagen“ zu predigen. Sondern sie verband diese Beschwörungen mit der Behauptung, daß die „Zersetzung“ des KB durch allerlei „kleinbürgerliche Fehlströmungen“ den Schutz der LG-Mehrheit geniesse. Diese habe jeden Versuch aufgegeben, die Organisationskrise des KB zu überwinden, sondern beschränke sich darauf, „die Krise zu verwalten“. Die LG-Mehrheit habe, so behauptete damals die ZL, einen „Waffenstillstand mit den Fehlströmungen“ im KB geschlossen. Die LG-Mehrheit wolle den „ideologischen Kampf“ gegen Feminismus, Utopismus usw. auf. verhindern und verbieten.

Dies gelte, so behauptete die ZL weiter, keineswegs nur für die innere Situation des KB, sondern auch für die Bündnispolitik des KB nach außen: Auch diese sei durch einen „Waffenstillstand“ und ein opportunistisches Arrangement mit allen möglichen „kleinbürgerlichen

Wendung ihrer Polemik: Dort behauptete sie plötzlich, der „Mehrheitsblock“ des KB beabsichtige, „verschanzte“ hinter „maximalistischen Forderungen“ an die Grünen, seinen „Ausstieg aus der Wahlbewegung“.

Was für Überlegungen die ZL wegen haben mögen, plötzlich so vorzugehen, ist bis zum heutigen Tag ungeklärt geblieben. Die ZL hatte diesen Vorwurf bis zum Zeitpunkt ihrer AK-Veröffentlichung weder im LG noch an irgendeiner anderen Stelle des KB erhoben, geschweige denn zu diskutieren versucht. Noch nicht einmal im AK 166 machte sie sich die Mühe, ihren Vorwurf mit irgendeiner Art von Argumenten und Belegen zu erhärten. Von opportunistischen und rechten Kräften in der Wahlbewegung wurde das von der ZL gelieferte Stichwort gegen den KB selbstverständlich sofort dankbar aufgenommen.

Da die ZL auf mehrfaches Nachfragen nicht bereit war, ihren diffamierenden Vorwurf entweder zumindest nachträglich zu erhärten oder aber selbstkritisch zurückzuziehen, und da die ZL zudem der LG-

Tätigkeitsfeld) auf der einen Seite und ihre sektiererischen Besserwisserien gegenüber unserer Frauenpolitik (wo die ZL-Gruppe überhaupt nicht aktiv ist, also auch nichts zu verlieren hat) bilden geradewegs zwei Seiten einer Medaille.

Die „Schlacht um die Mehrheit“

Trotz der Schärfe der während des viermonatigen Fraktionskampfes nach und nach aufgekommenen Meinungsverschiedenheiten hätten diese letzten Endes doch keine organisatorische Trennung zwischen KB und ZL-Gruppe erfordert. Es kam ein weiteres Element hinzu, das schließlich eine Trennung absolut unvermeidlich machte, nämlich das spezielle Fraktionsverständnis der ZL:

♦ Die ZL beanspruchte für ihre Fraktion vollständige Autonomie – eigene Leitung, eigene Beschlüsse, eigene Finanzen, eigene Presse und eigene Organisationsdisziplin. Aufgrund dieses Anspruchs erklärte die Fraktionsleitung der ZL-Fraktion nicht nur die Beurlaubung der ZL gleich wieder für „aufgehoben“, sondern hob eigenmächtig zugleich mehrere weitere Beurlaubungen von ZL-Fraktionsanhängern auf, die wegen ganz anderer Sachverhalte (unsolidarisches Verhalten u.ä.) ausgesprochen worden waren. In der Praxis hätte dieser Autonomie-Anspruch der ZL bedeutet, daß sie an keinerlei Beschlüsse und Pflichten mehr gebunden gewesen wäre, sondern nur noch einige Rechte innerhalb des KB (insbesondere ein ausgedehntes Veröffentlichungsrecht im AK) beanspruchen wollte. (Die ZL hat dieses Fraktionsverständnis umfassend in ihrer ersten Broschüre dargestellt).

+ Die ZL definierte Fraktionen in erster Linie als „Instrument für die Schlacht um die Mehrheit“. Dieser von der ZL geprägte Begriff beschreibt sehr gut ihr tatsächliches Verhalten in dem viermonatigen Fraktionskampf.

Die ZL-Fraktion hatte sich zunächst an einem relativ begrenzten Komplex von Streitfragen formiert: „Utopismus und Entsolidarisierung“ zum einen, Frauenpolitik zum anderen. Ausgehend von diesem Punkt wählte die ZL aber sofort eine sehr extreme äußere Form der Konflikt-Austragung, nämlich die Spaltungs-Drohung (22.8.79). Dieser von ihr gewählten extremen äußeren Form paßte die ZL dann nachträglich in den inhaltlichen Streit an, indem sie diesen stark eskalierte zum Streit um „ideologischen Waffenstillstand“, um „unsere bewährten Grundsätze“, um Lenins Politik usw.

Je mehr Themen zum Gegenstand eines Fraktionsstreits gemacht

Kleine Anfrage an den Genossen Wi.

Wir haben nach dem Erscheinen der ersten ZL-Broschüre vor der Gefahr gewarnt, daß die ZL-Gruppe sich zu einem „antikomunistischen Kronzeugen gegen den KB“ entwickelt, also mit Diffamierungen und Lügegeschichten aus erster Hand („Ich weiß, wie gemein Kommunisten sind: Ich war früher selbst man einer“) sämtliche antikomunistischen Klischees zu bestätigen versucht. Die ZL-Gruppe hat bestritten, daß diese Gefahr besteht. Man/frau urteile selbst:

Der Genosse Wi. (ehem. Mitglied des LG und der ZL) behauptet in der zweiten Broschüre der ZL (S. 34): „Eine nicht geringfügige Anzahl von KB-Mitgliedern, die in den Auseinandersetzungen der letzten drei Monate eher die politischen Positionen des Zentrums vertreten hatten, verbleiben nach der Spaltung des KB beim Mehrheitsblock, um überhaupt noch Politik machen zu können“, wie vielfach von ihnen

zu hören ist. In einigen Fällen waren solche „Bekehrungen“ mit unwürdigen Schauspielen einer „Selbstkritik“ nach dem Prinzip „Kopf ab zum Gebet“ begleitet. Im Gegensatz zu dieser Darstellung von Wi. ergibt sich aus unserer Übersicht, daß die ZL ihre Fraktion nahezu geschlossen aus dem KB heraufgeführt hat – auch wenn fraglich ist, wieweit sie diese Genoss(innen) zukünftig organisatorisch zusammenhalten kann. „Bekehrungen“ mit unwürdigen „Selbstkritiken“ haben nach unserer Übersicht in keinem einzigen Fall stattgefunden. Es wäre daher gut, wenn Wi. rasch benennt, wen er mit seinen Andeutungen gemeint hat.

Ein zweites Beispiel: Wi. behauptet in der Broschüre, die LG-Mehrheit habe „die Spaltung der Organisation zielstrebig und planmäßig seit Monaten betrieben“. Das mag eine Frage der subjektiven Wertung sein. Wi. stellt aber zugleich auch eine

Tatsachenbehauptung auf, nämlich: „Das Ziel des Mehrheitsblocks – Spaltung des KB noch vor dessen 1. ordentlichen Kongress im Januar 1980 – war seit etwa zwei Monaten im KB bekannt und wurde seitdem von den Wortführern der Mehrheitsströmung auch ganz und gar ungeniert in die organisationsinterne Debatte gebracht“. (S. 34). Aus dem Zusammenhang geht hervor, daß Wi. meint: Zwei Monate vor der formalen Trennung, also ungefähr seit Mitte/Ende Oktober. Unsere Fragen: Wer war dieses Ziel „im KB bekannt“? Wer von der „Mehrheitsströmung“ hat wann dieses Ziel in die Debatte gebracht? Und vor allem: Warum hat die ZL mit der Aufdeckung dieses sensationellen Skandals bis Mitte Januar gewartet? Wi. wird hierauf nicht antworten können, da seine Neuschreibung der KB-Geschichte nicht weniger phantasiereich als beispielsweise die „K-Gruppen“-Berichterstattung der TAZ.

kennt, daß (zwei Tage nach Erscheinen ihrer Artikel!) eine schlimme

Fehlströmungen“ gekennzeichnet. Um die Krise zu „bewältigen“

Mehrheit Berichte über ihre Politik in der Wahlbewegung verweigerte.

ZL-Gruppe kommt also zu rund 85% aus dem bisherigen direkten „Anleitungsbereich“ der ZL. Mehrheitlich sind der Bezirk Eimsbüttel (64 %), der Hamburger Chemie-Bereich (55,5 %) sowie die Bezirke Barmbek (52,4 %) und Bergedorf (50 %) mit der ZL gegangen.

Wie alles begann

Der bürgerlichen Presse war zu entnehmen, daß die ZL-Gruppe wegen einer opportunistischen Haltung gegenüber den Grünen aus dem KB „ausgeschlossen“ worden sei. Andere – durchaus wohlmeinende, aber nicht sehr aufmerksame – Beobachter vermuten, daß die ZL-Gruppe aus dem KB hinausgeworfen worden sei, weil sie sich für „mehr Keimform“, für eine liberalere Behandlung feministischer Tendenzen im KB usw. usf. stark gemacht habe. Es scheint daher nicht ganz überflüssig, den Gang der Dinge nochmals nachzuzeichnen. Ausgangspunkt der Eskalation der vergangenen Monate waren die Artikel zweier Göttinger Genossen im AK 156 (25.6.79). Dort wurde argumentiert, daß in letzter Zeit „persönliche“ Belange (Sterilisation von Männern, SM-Diskussion, Frauenunterdrückung im KB) zuviel Platz im KB und im AK eingenommen hätten. Darauf führten die Genossen es zurück, daß andererseits das Interesse an den „großen“ politischen Themen stark abgenommen habe. Die Göttinger Autoren befaßten sich mit der von ihnen so genannten „Krisen-Literatur“ der Frauen im KB und warfen den Genossinnen vor, sie würden die „Reduzierung der Politik auf Private“ auf die Spitze treiben. Außerdem klagten die beiden Genossen über „Grauzonen des Feminismus“ im KB.

Die ZL (die damals noch mit einer Genossin und einem Genossen im LG vertreten war) tat am Biertisch ihre weitgehende Übereinstimmung und ihre Genugtuung über diese Artikel kund, war aber trotz Drängen zu-

kannt, daß (zwei Tage nach Erscheinen ihrer Artikel!) eine schlimme Hetzkampagne seitens der LG-Mehrheit gegen sie im Gange sei. Mit einer Flut bestellter Leserbriefe und ähnlich schlimmen Machenschaften wollte man ihre Meinung „niederknüppeln“. Falls diese „Hetzkampagne“ gegen die ZL nicht sofort „eingestellt“ werde, würde die ZL von ihren Funktionen zurücktreten und möglicherweise den KB verlassen, zumindest aber eine Fraktion bilden. Wenige Tage später versammelten die ZL ihre zuverlässigsten Anhänger zu einem ersten Geheimtreffen.

Zwar zog die ZL, auch unter dem Eindruck massiver Proteste aus der ganzen Organisation, ihre Rücktritts- und Spaltungsdrohung eine Woche später zurück. Doch mit ihrem spektakulären Auftritt, der als „Ziehen der Notbremse“ weiter gerechtfertigt wurde, hatte die ZL ein gefährliches Spiel begonnen, (später prägte sie dafür den Begriff „Schlacht um die Mehrheit“), aus dem sie den Ausstieg nur unter Gesichtverlust hätte schaffen können. Aus diesem Punkt vor allem ergab sich die von der ZL in den folgenden Monaten provozierte Eskalation.

Die zweite Phase des Fraktionskampfes

Im AK 162 (17.9.79) vertrat die LG-Mehrheit die These, daß die ZL nunmehr mit einer gewissen inneren Zwangsläufigkeit beginnen werde, „sich eine Rechtfertigungs-ideologie für die von ihr provozierte Polarisierung zu schaffen. Indem ein maßloses Zerrbild von der Politik und den Absichten der LG-Mehrheit aufgebaut wird, schafft sich die ZL-Gruppe ein Feindbild nach Maß, als dessen „leninistischer“ Widerpart sie nun zu erscheinen versucht“.

Das Verhalten der ZL-Gruppe in dieser Phase bewahrheitete die Voraussage voll. Die ZL begnügte sich nicht damit, in immer grellerem Tö-

ne Fehlstellungen“ gekennzeichnet. Um die Krise zu „bewältigen“, müsse der KB endlich nach innen wie nach außen „schärfere Konturen ziehen“, den „ideologischen Kampf“ gegen die „Fehlströmungen“ aufnehmen.

Bevorzugtes Angriffsziel der ZL und Adressat ihrer ungeteilteren Ratschläge war die Frauen-Politik im KB. Den Frauen vor allem wurde von der ZL der Vorwurf gemacht, „unser bewährten Grundsätze“ schon lange zugunsten eines Aufgehens im Feminismus verlassen zu haben. Genossinnen, die sich gegen chauvinistisches Verhalten von Genossen zur Wehr setzten, wurden von der ZL darüber belehrt, daß der Chauvinismus am besten durch zu bekämpfen sei, daß Frau „den ideologischen Kampf gegen feministische Fehlströmungen führt“.

Ein weiterer zentraler Punkt der damaligen ZL-Polemik war ihre schematische Gegenüberstellung von „Keimform“ und „Zweckbündnis“. Der KB müsse einerseits politisches „Zweckbündnis“ sein, andererseits allerdings auch „Keimform“-Elemente der sozialistischen Gesellschaft in seinen inneren Strukturen vorwegnehmen. Jedoch müsse – behauptete die ZL damals – in diesem Widerspruch das „Zweckbündnis“ stets die „Hauptseite“ bilden. Die Mehrheit des KB und des LG wolle hingegen „den Keimform-Aspekt überstrapazieren“. Das müsse zur „Zersetzung“ des KB führen.

In dieser Phase des Fraktionskampfes behauptete die ZL, sie vertrete das „leninistische“ Element im KB. Die Mehrheit hingegen sei gegen das „leninistische Organisationsmodell“ und gegen wesentliche Vorstellungen Lenins.

Der Konflikt um die Wahlbewegung

Im AK 166 (12.11.79) vollzog die ZL völlig unerwartet eine totale

Mehrheit Berichte über ihre Politik in der Wahlbewegung verweigerte, wurde am 25.11.79 die ZL „beurlaubt“, d.h. von allen Organisationsterminen freigestellt.

Der an dem „Ausstiegs“-Vorwurf entstandene Konflikt erreichte auf der Mitgliederversammlung der Hamburger Bunten Liste am 1.12.79 seinen Höhepunkt: Dort beschimpften Mitglieder der ZL und ihrer Anhängerschaft als Funktionsträger der Bunten Liste wortgewaltig den KB, er habe zu der MV „seine Leute herangekarrt“ und betreibe „eine brutale Machtpolitik“. Sie schäme sich, Mitglied des KB zu sein, verkündete eine Genossin der ZL. Auf diese Ausfälle folgte eine Flut von Ausschluß-Anträgen aus der Organisation gegen die ZL bzw. gegen einzelne ihrer Wortführer, teilweise auch gegen die gesamte ZL-Fraktion als Mitverantwortliche für diesen Provokationskurs gegen den KB. Mit den Delegierten-Versammlungen des KB vom 17.12. und 22.12.79 wurde der Schlußstrich gezogen.

Obwohl die ZL-Gruppe in der Tat in der Wahlbewegung recht opportunistisch und nach sehr kurzfristigen taktischen Gesichtspunkten vorgeht, müssen wir doch dem Mißverständnis entgegenreten, als sei der Streit um diese Frage der Grund für die Trennung des KB von der ZL-Gruppe gewesen. Zum einen haben nicht diese inhaltlichen Meinungsverschiedenheiten, sondern die spezielle Form des Streits, die von der ZL gewählt wurde, den äußeren Anstoß für die Trennung gegeben; Also das plötzliche Erheben diffamierender Unterstellungen gegen den KB in der Öffentlichkeit.

Zum zweiten wäre es ganz falsch, diesen Punkt der Polemik isoliert von der gesamten vorangegangenen viermonatigen Auseinandersetzung zu sehen, wo die ZL eher sektiererische, dogmatische Positionen vertreten hat. Der Opportunismus der ZL in der Wahlbewegung (ihrem zentralen

Je mehr e h r Themen zum Gegenstand eines Fraktionsstreits gemacht werden, umso unwahrscheinlicher ist es eigentlich, daß die einmal an begrenzten Fragen entstandene Fraktion auch in allen weiteren von ihr aufgegriffenen Fragen einheitlicher Meinung ist. Wer beispielsweise mit der ZL ins Feld gezogen war, um den „Grauzonen des Feminismus“ den Garaus zu machen, mußte durchaus nicht unbedingt auch in der Wahlpolitik mit der ZL übereinstimmen. Es wäre also logisch, wenn sich an neu ins Spiel gebrachten Streitfragen auch ganz neue Fraktionsfronten bilden würden. Mit dem speziellen Fraktions-Verständnis der ZL („Schlacht um die Mehrheit“) verbindet sich aber, daß die Fraktion in allen Streitfragen als weitgehend nach außen „vereinheitlichter“ Block auftritt, da jede Streitfrage automatisch als Machtfrage erscheint. Fraktionen bilden sich also nach dem Selbstverständnis der ZL nicht als Koalitionen zur Durchsetzung bestimmter politischer Anschauungen, sondern als feste Formationen, die einer bestimmten Personengruppe innerhalb der Organisation zur „Macht“ verhelfen sollen.

Das rationale, fruchtbare Austragen von Meinungsverschiedenheiten wird durch ein solches Fraktions-Verständnis blockiert. Diesem Verständnis entsprechend hat die ZL-Gruppe in allen Bereichen, wo sie auftrat, total verhärtete Fronten provoziert, die jede Zusammenarbeit schließlich unmöglich machten.

Perspektiven für eine Zusammenarbeit

Die führenden Genoss(innen) der ZL-Gruppe haben mit uns die ganze Entwicklungsgeschichte des KB gemeinsam gestaltet. Was diese Genoss(innen) seit der KB-Gründung 1971 (und davor im Hamburger SALZ) geleistet haben, kann durch den jetzt abgeschlossenen Konflikt oder durch

neue publizistische Amokläufe gegen den KB nicht geschmälert werden. Wir sind weit von dem bekannten peinlichen Bedürfnis entfernt, diesen Genoss(innen) jetzt nachträglich vorzuwerfen, daß sie schon 1970 „Renegaten und Klassenverräter“ gewesen seien, daß sie schon 1972 in der Wahlfrage opportunistische Standpunkte vertreten hätten, oder was sonst bei solchen Gelegenheiten üblich sein mag. Es ist auch nicht unser Interesse, die kontroversen Standpunkte dieser Genoss(innen) jetzt pauschal mit irgendeinem Etikett zu versehen und einzuordnen. Denn „sektiererisch“, „frauenfeindlich“, „dogmatisch“ usw. (für die erste Phase des Streits) trifft letzten Endes den Sachverhalt ebenso wenig wie „opportunistisch“ usw. (bezogen auf die Wahlbewegung).

Am ehesten trifft wohl noch die Einschätzung zu, daß die Genoss(innen) der ZL-Gruppe auf der Grundlage einer nachvollziehbaren „revolutionären Ungeduld“ einem Krisen-Koller zum Opfer gefallen sind. Bei ihnen hatte sich (anscheinend schon im Juni 79, während des Streits mit der damaligen „Kritik-Fraktion“) die Überzeugung herausgebildet, daß man der Krise des KB endlich „offensiv gegensteuern“ müsse, um die von ihnen als unmittelbar drohend angesehene Auflösung des KB noch zu verhindern. So traten sie mit dem Anspruch auf, „schärfere Konturen“ gegen die „kleinbürgerlichen Fehlströmungen“ im KB zu ziehen. Als dieser Vorstoß nicht auf Jubel stieß, reagierte die Genoss(innen) beleidigt und leitete eine Eskalation ein, deren Gefangene sie letzten Endes selbst waren. Unfähig, einen einmal gemachten Fehler selbstkritisch zuzugeben oder ihn zumindest stillschweigend zu korrigieren, ging die ZL aus einer von vornherein aussichtslosen Minderheitsposition zur massiven Total-Konfrontation mit dem Rest des KB über. Der ZL-Gruppe schlossen sich dann bei dieser Eskalation auch eine Reihe von Genoss(innen) an, die wenig mit den anfänglichen Thesen der ZL zu tun hatten, sondern hier nur einen Sammel-punkt der allgemeinen Unzufriedenheit mit dem LG im Besonderen und mit der Lage des KB im Allgemeinen sahen.

Aus dem konkreten Ablauf der Ereignisse heraus ist es kein Wunder, daß nach dem Scheitern ihrer kühnen Pläne, „den KB wieder auf Vordermann zu bringen“, bei den ZL-Genoss(innen) derzeit Rachegefühle und Revanche-Gelüste überwiegen, die sich in einer verzweiften Fixierung gegen den KB (man/frau betrachte die beiden Broschüren der ZL) niederschlagen. Diese Genoss(innen) werden gewiß noch ein paar Monate

lang darüber klagen, wie sie vom bösen LG durch eine „gezielte Hetzkampagne“, durch „organisierte Leserbriefe“, durch „von oben gelenkte Ergebnissadressen“ usw. usf. an der Ausübung ihrer politischen Identität gehindert und schließlich „schönöde rausgekanzelt“ wurden. Schon hat die ZL in ihrer zweiten Broschüre angekündigt, daß sie in ihrer dritten Broschüre nun endlich aufdecken werde, daß der Spaltungsplan der damaligen LG-Mehrheit schon im Oktober 79 „im KB bekannt“ gewesen sei, und wie dann eine „Säuberungswelle“ eingesetzt habe, „insbesondere in den leitenden Organen“ des KB. Diese Märchen, denn um nichts anderes kann es nach diesen aberwitzigen Ankündigungen gehen, werden zweifellos in der ersten Zeit für manche Linke einen pikanten Reiz ausüben. Wir werden uns hüten, den Märchenzählern der ZL-Gruppe dementierend hinterdrein zu laufen: Der Prozeß, der schließlich zur Abtrennung der ZL führte, ist im AK ausführlich und ausreichend dokumentiert worden. Mehr ist dazu nicht zu sagen.

Abspaltungen linker Organisationen geraten erfahrungsgemäß leicht in die Gefahr, sich zunächst allzulang und übermäßig auf ihre „Vater“- („Mutter“-)Organisation zu konzentrieren, wie beispielsweise die aus dem KABD hervorgegangenen Theorie-Zirkel oder ähnliche Abspaltungen aus der KPD/ML Anfang der 70er Jahre. Hierbei spielt allerdings nicht nur eine bornierte Sichtweise eine Rolle, sondern auch ein praktischer Zwang: durch das überstrapazierte Feindbild soll der Zusammenhalt der eigenen neuen Gruppe gesichert werden und Uneinigkeiten im eigenen Lager (die bei derart bunt zusammengewürfelten Gruppen unvermeidlich sind) überspielt werden.

Nicht der KB hat durch die Feststellung der Trennung von der ZL-Gruppe die Zusammenarbeit mit diesen Genoss(innen) abgebrochen. Sondern die ZL hat schon vor dieser nur noch formalen Trennung die Zusammenarbeit mit dem KB bzw. mit der damaligen KB-Mehrheit weitgehend eingestellt: Durch ihren schrittweisen Rückzug aus der Redaktionsarbeit am AK, durch Einstellung des Berichtswesens zu ihrer Arbeit in der Wahlbewegung, durch Verweigerung von Absprachen usw.

An dieser Situation hat sich bis heute leider gar nichts geändert. Bemühungen, hier wieder zu einer Zusammenarbeit und zu einem fruchtbaren Meinungsstreit zu kommen, können sich also vorerst nicht auf konkrete Ansätze stützen. Um diese Situation womöglich doch aufzubrechen, wollen wir demnächst Vorschläge diskutieren und diese dann der ZL-Gruppe mitteilen.

Zum Recht auf Fraktionsbildung im Statut – Interview mit MC –

Auf dem 1. KB-Kongreß wurde ein Statut verabschiedet, das die Rechte und Pflichten von Fraktionen regelt. Die Genossen der spanischen revolutionären Organisation „Movimiento Comunista“, die an diesem Kongreß als Gäste teilnahmen, äußerten gesprächsweise, daß sie aus ihrer Sicht eine statutmäßige Absicherung von Fraktionstätigkeit für ihre Organisation ablehnen. Wir haben sie daraufhin nach ihrer Begründung dafür gefragt. Bei den beiden auf dem KB-Kongreß anwesenden Genossen handelte es sich um ein Mitglied der Bundesleitung von MC – Patxi Iturrioz – und einen Genossen, der für die Auslandsarbeit von MC in der BRD zuständig ist.

Frage: Welche Meinung habt Ihr zu dem Recht auf Fraktionsbildung in einer kommunistischen Organisation?

Patxi: Ich kann die Frage nicht direkt beantworten. Das Problem besteht darin, daß es Organisationen gibt, die in ihren Statuten das Recht auf Fraktionsbildung verankern. Ich frage mich, was sind die Gründe dafür. Wenn man mit der Verankerung der Fraktionsbildung in den Statuten eine größere innere Demokratie erreichen will, so meinen wir, daß dies nicht die geeignete Maßnahme dafür ist. Wir glauben, daß es andere Wege für eine marxistisch-leninistische Organisation gibt, die nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus organisiert ist, um die interne Debatte anzuregen, als da sind: ausreichende Information, die genaue Kenntnis interner Probleme, Kritik und Selbstkritik, außerordentliche Sitzungen von Zellen, Einheiten oder Vollversammlungen, auf denen spezielle Probleme diskutiert werden können, allen Mitgliedern der Organisation die anstehenden Probleme bekannt machen, damit sie auf der Grundlage eines selbst erarbeiteten Verständnisses darüber diskutieren können usw. usw.

Gleichgültig, ob das Recht auf Fraktionen im Statut verankert ist oder nicht – Fraktionen werden auftreten. Wir müssen in jedem konkreten Fall prüfen, wie wir die Fraktion, die entsteht, behandeln wollen, da sie unterschiedlichen Charakter haben werden.

Uns erscheint das Recht auf Fraktionsbildung die Tür für eine Reihe von Gefahren zu öffnen, die für eine Partei, die im gegebenen Moment wie ein(e) Mann/Frau auftreten muß, sehr gravierend sind. Diese Gefahren sehen wir darin, daß demokratisch

nommen, diese Genossen haben keinerlei bössartige Absichten, sie glauben nur, daß es Mängel und Fehler innerhalb der Organisation gibt...

Patxi: Nein, prinzipiell nein. Wenn der demokratische Zentralismus funktioniert, also sowohl die Demokratie als auch der Zentralismus, dann hätten es Genossen verschiedener Zellen gar nicht nötig, sich zusammenzutun, um verschiedene Kritiken zu äußern, um ihre Ansichten über Aspekte der Parteipolitik kundzutun, sei es über Bündnispolitik, über die Behandlung des Reformismus usw. Warum? Weil es demokratische Kanäle innerhalb der Partei gibt, die bedeuten, daß nicht nur die Leitung der Partei im Dienste aller Genossen steht, sondern daß sie die Wahrnehmung der innerorganisatorischen Möglichkeiten zur Diskussion anregen muß, um Kritiken, Aufforderungen zu fördern, also alle Arten von Problemstellungen. Wenn z.B. eine Zelle in einer bestimmten Stadt eine Kritik hat, und eine andere Zelle in einer anderen Stadt dieselbe Kritik hat, dann gibt es unserer Ansicht nach keinen Grund, daß die beiden sich zusammenschließen, um ihre Kritik besser zu formulieren.

Ich bestehe darauf: Wenn die Organisation gut funktioniert, wenn es genügend Möglichkeiten zur Artikulation von Widersprüchen gibt, wenn es genügend innere Freiheit gibt, dann wird jeder Genosse sein Problem darstellen, er wird diskutieren... Diese Kritiken müssen geprüft werden, sie müssen eine Antwort erhalten und wie ich schon erwähnte, es können besondere organisatorische Maßnahmen ergriffen werden, um diese Kritiken zu behandeln, aber innerhalb der Strukturen der Organisation.

faktisch existiert, aber es ist absolut nicht notwendig, sie statutmäßig abzusichern, denn im Prinzip ist eine Fraktion etwas Negatives.

Frage: Antonio, kannst Du noch einige Dinge hinzufügen zu dem, was Patxi gesagt hat?

Du hast gestern Abend einen Vergleich zwischen der Fraktionsbildung in der SDAPR in den Jahren um 1910 mit der heutigen Situation gemacht...

Antonio: Ich glaube, daß es immer gefährlich ist, sich auf historische Situationen zu berufen, um eine aktuelle Situation zu untersuchen oder zu rechtfertigen. Das heißt nicht, daß wir die historischen Erfahrungen gering schätzen oder daß wir Lenins Position nicht berücksichtigen. Man muß nur prüfen, in welcher konkreten historischen Situation welche Schritte sinnvoll sind. Die heutige Situation unterscheidet sich sehr weitgehend von der damaligen in Rußland. Dort existierte nur eine linke Partei, in der es eine ganze Reihe von Fraktionen gab, sozusagen „natürliche“ Fraktionen, die bestimmt waren von den gesellschaftlichen Schichten und Klassen, die sie repräsentierten. Die Partei war in der Illegalität, scharf verfolgt, es gab wenig Kontakt zwischen Führung und Basis. Vielleicht war es also in jener Epoche richtig, die Bildung von Fraktionen zuzulassen. Ich kann mich allerdings an keinen Text erinnern, in dem Lenin auf Biegen und Brechen das Recht auf Fraktionsbildung verteidigt als ein gutes Mittel, um innere Widersprüche zu lösen.

Heute gibt es im Unterschied zu damals eine große Vielfalt von linken Organisationen in jedem westeuropäischen Land, und innerhalb der revolutionären Linken selbst gibt

1. Kongress des KB

Spendenliste

	DM
„Ein Sektierer aus Hamburg“	5,-
K.B., Baden-Baden	20,-
Spenden KB/Gruppe Bremen Aug.-Okt.	890,-
BO Steilshoop/KB Gruppe Hamb. Okt.	50,-
„Komitee-Bereiche“ „für verschlammte Flugblätter“	100,-
BO-Metall/KB-Gruppe Hamburg, Weihnachtsspende	400,-
AG Zivildienst-Spende	50,-
Lehrer Eimsbüttel	2950,-
Skatrunde Metall	100,-
AK-Spende HaD/Eimsbüttel	36,-
Gabi C., Weihnachtsspende	300,-
Wohngemeinschaft Harburg	100,-
A., AG Frauen	500,-
ÖTV-Gesundheitsbereich AK-Spende	250,-
ÖTV-Erzieherbereich	400,-
Druck/HBV-Bereich AK-Spende	1500,-
DLH-Zelle	20,-
1 Zelle/BO-Altona	22,-
U. AG Zivildienst Weihnachtsspende	50,-
B. KB/Gruppe Münster	300,-
KB/Gruppe Bremen Spende Nov./Dez.	425,-
Lehrlinge/Jugend KB/Gruppe Hamburg Weihnachtsspende	272,-
Chemie Spende	1220,-
Erzieher/Kinder-Bereich Weihnachtsspenden	907,-
H.z. AG Zivildienst Weihnachtsspende	50,-
BO Eimsbüttel Weihnachtsspenden	265,-
Lehrer Spenden	1000,-
G's Weihnachtsfeier	100,-
BO Wandsbek Weihnachtsspenden	1700,-
Genossen aus Brunsbüttel zum KB-Kongress AK-Spende	1200,-
BO Altona Weihnachtsgeld	320,-
AK-Spende aus Info-Verkauf	26,33
AK-Sammlung auf dem KB-Kongress	2276,23
N.N. Hamburg	2245,-
M. Hamburg, Weihnachtsspende	400,-
U., Hamburg	100,-
A.W.	20,-

20.569,56

Damit erhöht sich das Spengenaufkommen auf insgesamt 81.808,26 DM.

„Für eine Partei, die im gegebenen Moment wie ein(e) Mann/Frau auftreten muß, sehr gravierend sind. Diese Gefahren sehen wir darin, daß demokratische Vorstellungen entstehen, ein Mangel an Disziplin, grünes Licht gegeben wird für Genossen, deren marxistisch-leninistisches Verständnis derart deformiert ist, daß sie als eine Art 5. Kolonne innerhalb der Organisation auftreten und damit die Handlungsfähigkeit der Organisation beschränken, die Aufgaben vernebeln und die Schwierigkeiten einer Einheit in der Aktion vergrößern. Deshalb sind wir dagegen, das Recht auf Fraktionsbildung statutmäßig anzuerkennen.“

Die Art und Weise, wie in jedem einzelnen Fall eine bestimmte Gruppe, eine Zelle, ein Teil der Organisation usw. behandelt werden muß, hängt von dem Inhalt ihrer Probleme ab und von der Art und Weise, wie diese Probleme zur Diskussion gestellt werden usw. Aber uns scheint, daß das Recht auf Fraktionsbildung nichts löst, was es eigentlich lösen will. Ein solches Recht fördert eine schlechte Erziehung der Genossen, in dem Sinne, daß es gegen eins der Ziele einer Organisation verstößt, nämlich einheitlich in der Aktion und in den Ideen aufzutreten. Durch die Anerkennung des Rechts auf Fraktionsbildung kann der Liberalismus, der politische Opportunismus in der Organisation gefördert werden.

Frage: Du hast Dich nur auf Widersprüche bezogen, die innerhalb bestimmter organisatorischer Einheiten auftreten können. Aber es könnte doch auch übergreifende Widersprüche geben, um nur ein paar Beispiele zu nennen, in der Frage der Konzeption eurer Zeitung, in der Frage, wie ihr die revisionistische Partei, die sozialdemokratische Partei behandelt. Angenommen die Linie der Partei, die Linie der Leitung würde dem widersprechen, was diese Genossen fordern, dann hätten diese Genossen bei Euch nicht das Recht, sich über diese Fragen zu unterhalten, sich dazu zu treffen, um sich auf eine Diskussion innerhalb der Organisation vorzubereiten. Ange-

nahmen ergriffen werden, um diese Kritiken zu behandeln, aber innerhalb der Strukturen der Organisation.

Wir brauchen in der Organisation ein Klima, in dem das Vertrauen stärker ist als der Zweifel, in der ein solidarisches Verhältnis unter den Genoss(inn)en stärker ist als die Zwiethracht. So können Probleme am besten gelöst werden.

Frage: Wir haben zwar in unserer Organisation gerade zwei negative Beispiele mit Fraktionsbildung gemacht, trotzdem meine ich nicht, daß Fraktionen notwendigerweise einen solchen Charakter haben müssen. Natürlich würden wir ein Verständnis von Fraktionsbildung, wie es die „ZL-Gruppe“ hatte, also eine in jeder Hinsicht autonome Fraktion, nicht akzeptieren, aber ich denke, es kann auch „harmlosere“ Fraktionen geben. Du sagst, wenn eine Organisation demokratisch ist, dann haben alle Genossen die Möglichkeit, auf den normalen Wegen ihre Meinung zu äußern. Wir bemühen uns zwar auch, Demokratie in unserer Organisation zu praktizieren, aber es kann sich doch herausstellen, daß Genossen, die eine Minderheitsmeinung vertreten, in einem Jahr oder so von der Entwicklung der Dinge her recht bekommen.

Patxi: Es kann solche Fälle geben, denn eine Organisation macht ja auch Fehler sowohl in ihrer politischen Linie als auch in der innerorganisatorischen Behandlung von Widersprüchen oder in den Arbeitsmethoden. Aber solche Fehler werden nicht behoben, indem die Tür zu einer unbekannten Größe aufgestoßen wird. Denn es handelt sich bei einer Fraktion um eine organisierte Gruppe innerhalb der Partei mit einer bestimmten Disziplin, die gegen die Mehrheit der Organisation arbeitet. Damit wird bereits eins der demokratischen Prinzipien einer Organisation über den Haufen geworfen (sicher nicht das einzige, aber eins der einfachsten), nämlich daß sich die Minderheit der Mehrheit unterordnet. Man kann natürlich feststellen, daß eine Fraktion

damals eine große Vielfalt von linken Organisationen in jedem westeuropäischen Land, und innerhalb der revolutionären Linken selbst gibt es ebenfalls ein breites Spektrum. Heute hat jeder die Möglichkeit, seinen Platz in irgendeiner organisierten Strömung zu finden. Wenn jetzt im KB oder in der MC einige Genossen auftreten oder eine Strömung, die, sagen wir, eurokommunistische Ideen vertritt, dann muß man erst mal prüfen, ob es lediglich um ideologisch verwirrte Genossen geht, die mit bestimmten Problemen nicht klarkommen oder nur Teilaspekte beurteilen – oder ob es Genossen sind, die eine z.B. eurokommunistische Linie als solche vertreten. Mit solchen Genossen muß man auch diskutieren, aber man muß ihnen klar sagen, daß es heute eurokommunistische Parteien gibt, in denen sie ihre Vorstellungen viel besser vertreten können. Was uns jedenfalls nicht sehr logisch erscheint, ist, daß solche Genossen dann ein Fraktionsrecht innerhalb unserer Organisation beanspruchen.

Frage: Wenn ich Dich richtig verstanden habe, so verstehst Du unsere statumäßige Absicherung von Fraktionen als eine Konzession gegenüber bestimmten konkreten Entwicklungen in unserer Organisation und siehst die Gefahr des Demokratismus darin.

Antonio: Es geht wohl darum, daß wir nicht glauben, daß Fraktionsbildung ein geeignetes Mittel zur Widerspruchslösung ist, sondern höchstens das letzte Mittel, um einen Bruch zu verhindern. Und so etwas braucht nicht im Statut zu stehen. Ob es um eine Konzession des KB gegenüber den letzten Ereignissen geht, können und wollen wir nicht beurteilen. Wir kennen uns zu wenig, um ein fundiertes Urteil darüber abgeben zu können. Außerdem respektieren wir die Unabhängigkeit jeder Organisation in der Wahl ihrer Mittel zur Lösung von Widersprüchen.

Wir danken Euch für dieses Gespräch.

Spanien-Kommission

Westdeutsche Linke

Fähig zu trauern?

Rudi Dutschke beerdigt ... und alle, alle kamen!

Rudi Dutschke ist tot. Er starb am 24. Dezember an den Spätfolgen der Kopfschußverletzung, die ihm nahezu zwölf Jahre zuvor der von der Springer-Presse aufgehetzte Arbeiter Bachmann zugefügt hatte. Erstikt und ertrunken in der Badewanne, heißt es lapidar in der bürgerlichen Presse. Als Bachmann im April 1968 auf Rudi zutrat, rief er: „Kommunistenschwein!“ Als Rudi auf ihn zuzuging, zückte der den Revolver und schoß. Er hatte Rudi vorher nie gesehen.

Warum macht mich sein Tod so betroffen? Ist es jene historische Periode, jene verheißungsvolle Aufbruchstimmung, jener Versuch der Verwirklichung und Vorwegnahme der „konkreten Utopie“, jene radikale Politisierung und Infragestellung muffiger Wertvorstellungen, jenes ungeduldige „wir wollen alles!“, das viele von uns Ende der sechziger Jahre in Euphorie versetzte und nun in der Person Rudis zu Grabe getragen werden soll? Sicher auch das, auch wenn Rudi nicht die Bewegung war, sondern nur ein Teil davon – ein sehr widersprüchlicher.

Später, als die Bewegung sich zu organisieren begann bzw. den „Marsch durch die Institutionen“ antrat, wurde man sich fremder. In

Frankfurt „erlebte“ ich ihn 1974 nochmal, hautnah, bei einer internen Diskussion mit seinem Freund Marcuse, zu der nur „erlauchte“ Philosophen und Soziologen a la „Frankfurter Schule“ eingeladen waren. Ich war das schweigsame Beiwerk eines jener „Erlauchten“ – wie es sich für eine anständige linke Frau gehört! Rudi, wortgewaltig und drahtig, redete viel von „radikaler Subjektivität“ und Marcuse, müde und resigniert, stellte fest, daß „die Arbeiterklasse nicht mehr das revolutionäre Subjekt“ sei.

Kurz darauf las ich seinen Versuch, „Lenin auf die Füße zu stellen“. Mein Eindruck: Hätte er ihn bloß nicht auf den Kopf gestellt! – Na, vielleicht lag's daran, daß ich inzwischen bei „den Sektierern“ – wie Rudi sich auszudrücken pflegte – gelandet war.

In letzter Zeit ärgerte ich mich immer mehr über ihn, über seine Rolle als linke Integrationsfigur bei den „Grünen“ und darüber, daß angesichts der „Erhaltung der Gattung“ der Klassenstandpunkt plötzlich zum alten Hut erklärt wurde. Auch das mag daran liegen, daß ich eine „Sektiererin“ bin, obwohl ich weder für mich denken lasse, noch „den größeren Teil meines Gehirns einer Weltmacht übergeben habe“ – wie Rudi sich über die „Sektierer“ auszudrücken pflegte.

Dennoch: Rudis Tod macht mich traurig und zornig. Zornig deshalb, weil er das Opfer eines politischen Mordes ist; weil die Kugeln, die ihn trafen, einer Bewegung gelten sollten, die mit der faschistischen Vergangenheit ihrer Eltern und den faschistischen Reminiszenzen der bundesdeutschen Gegenwart abrechnen wollten, die den Völkermord in Vietnam anprangerten und die Unterstützung der Bundesregierung faschistischer Regime wie dem Iran nicht mehr länger hinnehmen wollten.

Traurig deshalb, weil Rudi trotz aller Versuche ein Genosse war. Trauer zu empfinden in dieser „verhärteten Zeit“ ist oft schwer genug. Über Trauer zu schreiben noch wesentlich schwieriger, zumal innerhalb der Linken, wo der Gefühlsbereich politischer Rationalität oft zum Opfer fällt. Gefühle hat man/frau, aber hüte Dich, darüber zu schreiben, es könnte abgeschmackt und pathetisch klingen. Deshalb verschance ich mich lieber hinter dem Kommentar von Martin Buchholz, der meinen Gedanken bei Rudis Begräbnis am nächsten kommt:

„Sicherlich: Rudi war mein Genosse, so wie es für viele Genossen war.“

Erstarrt vor Kälte versuchten die Trauergäste einige Wortfetzen von Gollwitzers Rede aufzuschreiben, da die Übertragungsanlage nicht funktionierte. In der überwiegend christlich geprägten Rede versuchte er, die gemeinsamen Ziele von Christentum und Sozialismus aufzuzeigen. In Rudis Sinn „ein Sozialismus für die Menschen war ihm wichtig, nicht umgekehrt: die Menschen für den Sozialismus.“ Weiter führte Gollwitzer aus, daß Rudi mit seinem zu frühen Tode „in einer Reihe mit jenen revolutionären (stehe), die auf dieser Erde nicht alt geworden sind. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Gustav Landauer ließ man nur zehn Jahre älter werden als ihn... Camillo Torres und Che Guevara fielen in seinem Alter und mit ihnen die vielen, vielen Opfer der blutigen menschenfeindlichen Konterrevolution jener Jahre“ (Beide Zitate: „Die Neue“, 4.1.80).

Nach der Grabrede wurde Rudis Sarg, begleitet von seiner Frau Gretchen, seinen beiden Kindern, seinem Vater und Brüdern, die aus der DDR angereist waren, zu Grabe getragen. Als ein Chor das Biermann-Lied anstimmte: „Du laß dich nicht verhärtet, in dieser harten Zeit...“ sah man viele der alten und neuen Linken weinen – auch mich würgte es kräftig. Zaghaft – äußerst zaghaft – wurde die „Internationale“ angestimmt. Einige wenige standen mit erhobener Faust da... Unter den Trauergästen befand sich auch Horst Mahler, der zwei Rosen auf den Sarg warf. ...

Trauerveranstaltung in der FU

Bereits eine Stunde vor Beginn war das AudiMax total überfüllt. Etwa 7.000 Menschen waren gekommen; es mußte per Bild und Ton in zwei weitere Hörsäle übertragen werden.

Viel „Prominenz“ war da. Man ließ sich sehen und wurde gesehen.

Der erste Redner, Jürgen Treulieb, ein alter Kampfgenosse Rudis aus APO-Zeiten eröffnete die Veranstaltung mit einer Nachzeichnung von Rudis Biographie. Zur Funktion Rudis im SDS und der Hetze der Springer-Presse, auf deren Boden das Attentat schließlich geschehen konnte, führte er folgendes aus:

„In der Phase, in der sich die anti-autoritäre Protestbewegung zu einer studentischen und gesellschaftlichen Massenbewegung entfaltet, wird Rudi einer ihrer Sprecher. Von der Springer-Presse wird er sofort als Objekt der Verleumdung angepöbel, denn sie ist das Propagandaorgan einer unheiligen Volksgemeinschaft, die Andersdenkende ausgrenzt, mit Schmutz bedeckt und kriminalisiert. Im Kampf



Rudis Frau Gretchen mit Tochter Polly-Nicola und Sohn Hosha Che.

der Konkretion dieser außerparlamentarischen Opposition... Rudis Offenheit und Überzeugungsfähigkeit erheben ihn in diesen Auseinandersetzungen zur Symbolfigur der APO. Die Springerpresse nun personalisiert den Konflikt mit den universitären und gesellschaftlichen Autoritäten. Sie versucht den Eindruck zu erwecken, daß das ganze Problem sich reduzieren läßt auf den „Bürgerschreck“ Rudi Dutschke, der ungewaschen, unrasiert, schwarzhaarig, radikal und zersetzend wirkt. In diesen Denunziationen werden faschistische Vorurteile fortgeschleppt und aktualisiert. Den Höhepunkt der Personalisierung dieses politischen Konflikts schafft die Springerpresse während des internationalen Kongresses gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam im Februar 1968... Rudi, einer der Referenten des vom SDS organisierten Kongresses in der TU Berlin, wird als Verantwortlicher für diese von der Springerpresse als „Schande für den freien Teil Berlins“ dargestellten Veranstaltung herausgestellt. Neben der Springerpresse müssen allerdings

nam mobilisieren einige Tage später der Berliner Senat unter Schütz und Neubauer unter Mitwirkung der CDU und DGB eine Kundgebung der „Berliner“ vor dem Rathaus. Hier offenbart sich eine Pogromstimmung, die vor allem gegen Rudi gerichtet ist. „Dutschke – Volksfeind Nummer Eins“ oder „Laßt Bauarbeiter ruhig schaffen – kein Geld für langbehaarte Affen“ sind die Parolen.

Am 11. April 1968 schießt der Hilfsarbeiter Bachmann aus Peine auf Rudi. Aus der Lektüre der „Bild“-Zeitung wird sein Haß genährt. Später vor Gericht gibt er an, daß er Rudi nicht persönlich kannte, daß er jedoch durch „Bild“ den Eindruck bekam, daß etwas geschehen mußte, daß das deutsche Volk von diesem „Demagogen“ befreit werden mußte“ („TAZ“, 4.1.80).

Bernd Rabehl, ebenfalls ein Alt-Kampfgenosse Rudis, sprach zur politischen Persönlichkeit Rudis und dessen Selbstverständnis als „christlicher Humanist und Pazifist, als christlicher Sozialist. Ansonsten

Werner Schlegel

und wenn die noch so viele umbringen

die meldung erwischte mich mitten in einem brief an P.P.Zahls verlobte vor 12 minuten um 16 uhr 3 knallte sie brutal aus dem lautsprecher zwischen die buchstaben schneidend scharf wie damals die peitschenden laute in Berlin schossen ins gehirn die gedanken SPRINGER hat's geschafft mit verzögerung szünder, verdammt! ist das nächste während mir irgendwas die finger von den tasten fegt die hände hochreißt vor's gesicht, verdammt gelogen ist das nicht wahr kann das sein ein witz ein schlechter scherz wie üblich sie bei denen sind sag doch was menschen Rudi sen

ein schlechter scherz wie üblich
sie bei denen sind sag doch
was menschen Rudi sag
was verdammt sag schon
irgendwas und laß das
nicht so lähmend
im raum stehen hör mal das
kannst Du doch
nicht einfach machen
so abzuhaufen Du
mit Deiner energie gerade
jetzt wo sich wieder
was bewegt wirst Du doch
gebraucht wie jeder
und jede und läßt Dich
so mir nichts dir nichts
einfach gehen mann
Rudi gleich
gleich sagt der trottel
da im radion liebe hör
wir bedauern die falschemeldung
über den tod
Rudi Dutschkes bestimmt
sagt der das
gleich
nicht wahr
Rudi
DU?

wir haben
diesem gekauften weihnachten
schon seit jahren
nicht mehr über den weg getraut
jetzt
hat es sich
dafür gründlichst
revanchiert
dieses verlogene
fest der hoffnung aber,
Rudi
der kampf geht weiter
irgendwie
Rudi irgendwie
und wenn sie noch
so viele umbringen
gleich
oder ein paar jahre
später

der meinen Gedanken bei Rudis
Begräbnis am nächsten kommt:
„Sicherlich: Rudi war mein Ge-
nosse, so wie er für viele Genosse war
– und wie viele seine Genossen wa-
ren. War das der alleinige Grund der
Trauer der vielen? War das der Grund
meiner Trauer? Sicher auch. Doch
dies wäre eine mehr distanzierte,
allgemeine Traurigkeit, wäre jene Be-
klemmung, die einen befällt, wenn
einer, der wichtig für uns war, uns
aber dennoch nicht sehr nahe stand,
von uns geht. Und wer ist wohl nicht
wichtig? Ich denke, daß ich auch
um mich getrauert habe, um ein ent-
scheidendes, für mich selbst mit vie-
len Entscheidungen verbundenes Stück
Leben, das jetzt Vergangenheit ist.
(...) Ich rede hier nicht von rückwärts-
seufzender Nostalgie, von jener ver-
schwommenen Sentimentalität, die
einen nur besoffen macht. Ich rede
von einer Traurigkeit, die nicht lähmt
und künftig lahm macht, sondern
Nachdenken darüber wachhält, wie
man weitermachen will und muß,
wenn man sich selbst Genosse (und
Genossin, Anm. d. Verf.) bleiben will,
sich selbst nicht nur begräbt unter
Erinnerungen an sich selbst. Wenn
wir weinen, sollten uns die Tränen
unsere Hirne waschen und sie nicht
nur überfluten. Es muß eine Trauer
sein, die uns zornig macht und liebe-
voll zugleich für die Zukunft, mutig
für künftige Taten“ („Die Neue“,
5.1.80).

Das Begräbnis

Nahezu 4.000 Menschen waren ge-
kommen, um Rudi am 4. Januar im
idyllischen St.-Anna-Friedhof im
Westberliner Villenviertel Dahlem
auf seinem letzten Weg zu begleiten.
Der Friedhof selbst kann auf ein
Stück antifaschistische Tradition zu-
rückblicken. Die St.-Anna-Gemeinde
wurde bis zu seiner Verhaftung 1937
von Martin Niemöller betreut. Sie
diente fortan für Prof. Gollwitzer,
der die Grabrede hielt, und seine
Freunde als eine Art Zufluchtsstätte,
um für die Verfolgten des Nazi-
Regimes Fürbitte zu leisten.

Springer- und Springer-Verlag
freien Teil Berlins' dargestellten Ver-
anstaltung herausgestellt. Neben der
Springer-Verlag müssen allerdings
noch andere für das politische Klima
zur damaligen Zeit genannt werden.
Gegen diesen Kongreß und gegen die
große Demonstration der Solidarität
mit dem Befreiungskampf in Viet-



Die Gedenkveranstaltung im Audimax der FU

Rudis Selbstverständnis als „christli-
cher Humanist und Pazifist, als
christlicher Sozialist... Ansonsten
dürfte dieser Beitrag, nicht nur in-
haltlich, sondern auch wegen seiner,
in perfektem Soziologie-Chinesisch
vorgetragenen Rhetorik, an den Köp-
fen der meisten Teilnehmer(innen)
vorbeigegangen sein.

Interessant war der Beitrag des
Psychologen Ehleiter, der Rudi nach
seiner Schußverletzung betreut hatte.
Er schilderte die Schwierigkeit, die es
bedeutet, wenn man plötzlich „mit
28 Jahren ohne Wörter erwacht“.
Rudi mußte sich in mühevoller Ar-
beit vor allem die Substantive der
deutschen Sprache wieder aneignen,
da sein Sprachzentrum weitgehend
zerstört worden war. Rudi wußte
zwar, daß er eine Kopfschußverlet-
zung hatte, konnte diese aber nicht
lautsprachlich mitteilen. Sechs Wo-
chen nach dem Attentat versuchte er
sich die Sprache anhand von Marx-
Texten, die für ihn bereits vor dem
Attentat von Bedeutung waren, wie-
der anzueignen, um seinen Spracher-
werb entsprechend seiner politischen
Persönlichkeit zu gestalten. Anhand
des folgenden Marx-Zitates aus den
„Ökonomisch-philosophischen Manu-
skripten“ von 1844, das auf seinen
Wunsch bereits bei seiner Hochzeit
1966 verlesen wurde, versuchte Rudi
sein Selbstverständnis zu klären:

„Setze den Menschen als Men-
schen und sein Verhältnis zur Welt
als ein menschliches voraus, so
kannst du Liebe nur gegen Liebe aus-
tauschen, Vertrauen nur gegen Ver-
trauen etc. ... Wenn du liebst, ohne
Gegenliebe hervorzurufen, d.h., wenn
dein Lieben als Lieben nicht die Ge-
genliebe produziert, wenn du durch
deine Lebensäußerung als lebender
Mensch dich nicht zum geliebten
Menschen machst, so ist deine Liebe
ohnmächtig, ein Unglück“ (zitiert
nach: „Die Neue“, 5.1.80).

Erich Fried, ein sehr enger Freund,
bei dem Rudi in London gewohnt

Fortsetzung auf Seite 51

Fortsetzung von Seite 50

hatte und der von seinem Tod am
sichtlichsten ergriffen war, rief em-
pört in den Saal: „Rudi ist das Opfer
eines politischen Mordes. Die eigent-
lichen Mörder leben und morden
weiter!“

Er verlas eine Grußbotschaft von
Lord Gifford, Mitglied der Jury des
Russell-Tribunals und Tariq Ali, mit
dem sie gemeinsam an der Vietnam-
Demonstration 1968 teilgenommen
hatten.

Fried betonte die politische Integ-
rität Dutschkes, die ihn sowohl mit
seinem ehemaligen Anwalt Horst
Mahler und dessen Kontrahenden
Karl-Heinz Roth eine enge Freund-

schaft und ständige politische Aus-
einandersetzungen aufrechterhalten
ließ. Er betonte ferner, daß Rudi ge-
rade in jüngster Zeit die staatliche
Selbstmordversion von Stammheim
stark angezweifelt hätte.

Die grünen Beiträge von Eva Qui-
storp (SPV - Die Grünen, Westberlin)
und Delphine Brooks aus Bremen wa-
ren eher peinlich. Frau Brooks betonte
– in Rudis Sinn, versteht sich –
die Wichtigkeit eines Bündnisses mit
dem „Ökobauer Springmann und
Grühl“. Rudi habe an alle alten Ge-
nossen den dringenden Appell gerich-
tet, die Grünen zu unterstützen und
endlich „vom hohen Roß der Ideologie
herunterzustiegen“.

Hinsichtlich der Forderung nach
Streichung des § 218 in der grünen

Programmatik soll Rudi folgendes ge-
äußert haben: „Delphine, ihr müßt
auch die christlichen Frauen berück-
sichtigen! Es geht in erster Linie um
die Erhaltung des Lebens!“ (!!!)
Ich wollte pfeifen, aber mir blieb die
Spucke weg. Nichts an Empörung
rührte sich im Saal. Hab ich mich
verhört, oder ist die politische Ver-
sumpfung schon so weit fortgeschrit-
ten?

Den Abschluß bildete eine kurze
Gedenkrede von Rudis Intimus Milan
Horacek, der gleichzeitig eine Gruß-
botschaft chilenischer Sozialisten
und den Marcuse-Hinterbliebenen
verlas sowie von Helmut Gollwitzer,
der im Auftrag von Rudolf Bahro
einen Text verlas.

„Ein Freund ist gestorben und ich

bin zu traurig, große Gemälde zu
malen“, sang Wolf Biermann zum
Andenken an seinen Freund Rudi.
Die Veranstaltung wurde geschlossen
mit einem Aufruf zugunsten der Hin-
terbliebenen von Rudi Dutschke
eine Stiftung einzurichten, deren ma-
terielle Basis von der Bundesregie-
rung geleistet werden müsse, da Rudi
das Opfer einer Gewalttat der Herr-
schenden sei. Treuhänder sollen das
Ehepaar Gollwitzer sein.

Anschließend fand ein Schweige-
marsch, an dem zwischen 1.000 und
1.500 Menschen teilnahmen zum Ort
des Attentats Kurfürstendamm –
Ecke Nestorstraße statt, wo eine
Papptafel mit Hinweis auf das Atten-
tat aufgestellt wurde.

Als Rahmen-Veranstaltung fand

auf dem UFA-Gelände am gleichen
Abend noch ein Gedenk-Fest statt.

Tags zuvor waren am Ort des At-
tentats bereits Stellafeln zur Hetze
der Springer-Presse aufgestellt. Fer-
ner lagen Kondolenz-Listen aus, in
die man/frau sich auch noch am fol-
genden Tag in der FU eintragen
konnte.

Spenden für Rudis Familie, die
ohne jegliche materielle Versorgung
ist, werden auf folgendes Konto er-
beten:

Helmut Gollwitzer, Sonderkonto,
Nr. 84 588241/01, Bank für Handel
und Industrie, Berlin 37.

Eine Westberliner Genossin

Werner Schlegel

Über das Merkwürdige an natürlichen (Selbst-Mord)Toden

„Schweigen ist immer Parteinahme und immer für die falsche Seite

Urs M. Flechtner

Ulrike Meinhof starb an einem Sonnt-
tag, genauer: an einem desinforma-
tionsgünstigen Sonntag, denn das
deutsche Presseunwesen wurde ge-
rade von den Druckern bestreikt. BILD
AM MONTAG empfand dies in seiner
damaligen streikunterlaufenden, von
Sekretärinnen auf Composern gesetz-
ten Notausgabe als besonderen Gag.
Sie, die in den letzten Jahren die Me-
dien beschäftigte wie keine sonst,
hieß es in einem Artikel sinngemäß,
schied aus dem Leben, als keine
Zeitungen erscheinen und berichten
konnten. So konnte es auch betrach-
tet werden. Es gibt nunmal lustige
Zufälle im Leben, warum dann nicht
auch im Tod? Und daß einigen – bei
der Generalprobe alt-neuer Proble-
lösungsmethoden noch etwas unsi-
chern – Leuten dieser Zufall sehr
gelegen kam, um die bereits in der
allerersten Radiomeldung, lange vor
der Obduktion, feststehende Selbst-
mord-Todesursache via Nachrichten-
spots in den Gehirnen zu zementie-
ren, kann ihnen schließlich niemand
übel nehmen. Oder?

Andreas Baader, Gudrun Ensslin
und Jan-Carl Raspe starben an einem
Dienstag. Da gab es zufällig keinen
günstigen Druckerstreik. Was tat's?
Zum einen hatte die Generalprobe
funktioniert, war die Schere im Kopf
damit zum natürlichen Bestandteil
gut staatsbürgerlicher Journalisten
gekürt worden; zum anderen hinkt
im Zeitalter der Funkwellen ohnehin
Bedruckter den aus Lautsprechern
schießenden Desinformationspfeilen
hinterher; hat nur noch die Aufgabe
Nachrichtennacktes, mit ausschmük-

kendem Beiwerk gefällig garniert,
zwecks problemloser Verdauung
nachzukäuen. Natürlich könnte eine
Zeitung auch Fragen, bohrende, un-
bequeme, unliebsame Fragen stellen.
Aber wer will schon die lautspreche-
rischen Kollegen Lügen strafen, wenn
man im gleichen Staatswahrheits-
brotkorb sitzt? Radio- und Fernseh-
nachrichten legen den Grundstein,
betonieren das Fundament, ziehen
die Mauern hoch. Zeitungsberichter-
stattung zimmert den Dachstuhl,
deckt ein, verputzt, glättet, streicht
an, installiert. Ein Volk, ein Medien-
reich, eine Wahrheit, die – je-
weils opportune – Wahrheit, arbeits-
teilig verkündet, das walte Springer,
Amen! Die Stammheimer Selbstmord-
doktrin stand fest bevor die Toten
überhaupt 'entdeckt' waren, und sie
steht bis heute. Lehrmeinungen aber
widerspricht man nicht ungestraft.
In Hamburg wurden am 6.12.79 drei
Frauen verurteilt, zu mehrmonatigen
Freiheitsstrafen „auf Bewährung“,
die's trotzdem gewagt hatten. Wurden
verurteilt, unbemerkt von der
bürgerlichen Medien-Mafia, deren
permanent wahrheitswidriges Dar-
überhinwegschweigen der traditionel-
len Rechtsprechung zu einem 4.
Frühling verhalf, dessen 'Farben-
pracht' in diesem Lande nur zu be-
kannt sein sollte, eintönig wie sie ist.

Willy Peter Stoll starb ab einem
Freitagabend. Bei den Herren der Un-
wahrheit werden samstags die Füße
auf die Schreibmaschine gelegt. Rien
ne va plus, auch ein Staatsschutzjour-
nalist braucht seinen Sonntag. Also
wie gehabt, Kollege Nachrichten, wa-
ten sie ihres Amtes! Am Montag
stand die Wahrheit – Selbstmord
durch grobfahrlässigen Griff zur
Waffe fest und in den Zeitungen.

Elisabeth van Dyck starb ebenfalls
an einem Freitagabend. Rest siehe
oben. Todesursache: Selbstmord

durch Rückenschuß in Putativnot-
wehr. Der Tod ist ein Meister aus
Deutschland. Seit Auschwitz scheut
er die Öffentlichkeit. Und die respek-
tiert das – sie will überleben, wieder,
beim nächsten Mal. Namen wie bei-
spielsweise Ossietzky sind zwar nicht
gesellschaftsfähig in diesem Freiheit-
lichten, aber bekannt. Erst recht ihr
Schicksal: Selbstmord durch Nazi-
Schergen.

II Nichts ist erregender als die Wahrheit

E.E. Kisch

Rudi Dutschke, kein Unnennbarer,
starb bis heute, 26.12.1979, 10 Uhr 7,
6 verschiedene Tode. Fünf zuviel,
wenn schon der eine entsetzlich un-
fassbar zuviel war. 6 verschiedene To-
de, wen wundert da der fast zwangs-
läufige Gedanke: gestorben oder ge-
storben worden? (Gründe für letztere
gäbe es genug. Dutschke und die
Grün-Bunten, da wackelte Schmidts
chens Tolle). 6 verschiedene Tode,
die auf jeden Fall die Frage nach dem
schlechten Gewissen unserer Stim-
men ihrer Herren aufwerfen. Oder
muß es heißen nach dem schlechten
Wissen; oder nur zu gutem Wissen,
in Sachen Stammheim und klamm-
heimlicher Exekutionen?

Die 1. Nachricht von Dutschkes
Tod knallte um 16 Uhr 3 auf SWF I
aus dem Lautsprecher. „Soeben er-
reicht uns noch die Meldung ... starb
eines natürlichen Todes ... litt
seit längerem an einer nicht ge-
nannten Krankheit ... die genaue
Todesursache gab die Polizei nicht
bekannt“. Mit Chuzpe ist das nicht
mehr zu bezeichnen. Dagegen ist das
WILD-Blatt beinahe schon wieder ein
Comic. Die genaue Todesursache gab
die Polizei nicht bekannt, aber daß
er eines natürlichen Todes starb,

stand schon fest. Weshalb diese unge-
wöhnliche Betonung eines natürli-
chen Todes überhaupt? Nur weil es
schon einmal ein Attentat auf Rudi
Dutschke gegeben hatte, 1968? Oder
nicht vielmehr, weil da einige entge-
gen ihren eigenen Verlautbarungen
nur zu gut wissen, daß es nichts aus-
sergewöhnliches, einmaliges mehr ist,
in diesem Staate, bestimmte Proble-
me auf eine ebenso bestimmte Art
und Weise zu lösen; wissen, wer ein-
mal die letzte Barriere, die vor dem
Leben, beseitigt hat, wird es wieder
und wieder, in immer hemmunglose-
rer Form tun, wenn es für „das Wohl
des Staates“ geschieht? Erst bei
„außergewöhnlichen Notständen“,
den sogenannten übergesetzlichen,
dann bei gewöhnlichen Notständen,
dann bei Notständen und dann...?

Was geht vor in Gehirnen, deren
Reaktionen ablaufen wie die des Paw-
lowschen Hundes. Die ungewöhnli-
che, bereits widerlegte, sofortige re-
flexartige Betonung eines natürlichen
Todes läßt tief blicken. Abgrundtief.
Stammheimtief. Erst recht, wenn die
Nachricht mit gleichem Wortlaut bis
19 Uhr auf fünf verschiedenen Sen-
dern wiederholt wird.

Dann endlich, in den 19-Uhrnach-
richten, war Dutschke einem neuen
Tod zum Opfer gefallen. Wieder auf
verschiedenen Sendern. „... stürzte
und zog sich dabei schwere Kopfver-
letzungen zu“, und sofort „litt
in letzter Zeit häufig an Schwächean-
fällen“. Den dritten und vierten Tod
starb Dutschke dann um 22 Uhr im
Deutschlandfunk und der Europawel-
le Saar: „... fiel einem Gehirnschlag
zum Opfer. Freunde hatten den 39-
jährigen bewußtlos aufgefunden. Im
Krankenhaus konnte nur noch der
Tod festgestellt werden.“

Der fünfte Tod ließ nicht lange
auf sich warten. 23 Uhr, DLF und
WDR: Schwächeanfall während eines

Bades, in der Badewanne ertrunken.

Den sechsten und vorerst letzten
Tod mußte Rudi Dutschke schließ-
lich um 24 Uhr und am Vormittag
des 26.12.79 auf praktisch allen deut-
schen Sendern erleiden: „Dutschkes
Tod sei auf jeden Fall durch Ertrin-
ken eingetreten als er in der Wohnung
von Freunden ein Bad nehmen wol-
lte. Er erlitt in der Wanne einen epilep-
tischen Anfall“.

Sechs verschiedene Todesarten,
sowie, daß es letztlich unbedeutend
wird welche – und ob überhaupt eine
– davon die tatsächliche war. Ent-
scheidend ist, daß die Frage „ermor-
det?“ von Anfang an in den Köpfen
derer herumspukte, die von Berufs
wegen den Rechtsstaat verkünden. So
sehr herumspukte, daß sie eben diese
Frage erst aufzwingen, durch ihre
permanente, ohne Rücksicht auf Fak-
tenwissen verkündete, vorwegbeant-
wortete Verneinung. Welch ein Staat,
in dem mörderische 'Gefahrenabwehr'
längst als notwendiger Normalfall,
den es zu vertuschen gilt, von den ob-
jektiv und aufklärend informieren
Sollenden verinnerlicht wurde! Welch
ein Staat, in dem die Informations-
aufgabe zur herrschenden Desinforma-
tionspflicht umfunktioniert wird;
in dem das oberste und einzige Gebot
für Medienschaffende lautet: es gibt
nur eine Objektivität, die staatlich
opportune. Sie zu schützen und zu
verbreiten gelobe ich, so wahr mir
das Medien-Machtmonopol helfe.

Der Tod Rudi Dutschkes ist so
entsetzlich sinnlos, wie ein „mitten
aus dem Leben reißender“ Tod nur
sein kann. Am entsetzlichsten daran
aber ist die ihm endgültig, unumstöß-
lich manifeste Erkenntnis, daß in die-
sem Rechts-Staat mörderischen Pro-
blemlösungen in keinem Fall
etwas im Wege stünde. Am aller-
wenigsten die Massenmedien.

„Der Staat sind wir doch alle“ — Das Neueste von vorgestern

„Mit den Bütteln des Kapitalismus redet man nicht, auf die schießt man“, soll RAF-Mitbegründer Horst Mahler 1973 vor Gericht erklärt haben (Spiegel, 31.12.79). Heute fordert er dazu auf, unbedingt mit den Repräsentanten des Staates zu sprechen, da der „Kommunikationsbruch“ schnurstracks zum bösen Stadtguerilla-Konzept führen müsse (TAZ, 3.1.80). Daß Marxisten in jedem Fall die Frage nach Ort, Zeit und Bedingungen stellen, hat Mahler offenbar 1973 ebenso wenig begriffen wie heute. „Um dem Phänomen Terrorismus beizukommen“, führte Horst Mahler für den „Spiegel“ 31.12.79 ein Streitgespräch mit Bundesinnenminister Baum. Die „Überreaktion“ des Staates, so versuchte Mahler seinem Partner begrifflich zu machen, seien ganz unangebracht, weil sie viele Leute in totale Konfrontation gegen den Staat treiben würden. Da kämen dann Leute zu eigentlich ganz unsinnigen Ansichten, wie beispielsweise, daß der Staat nur der „Büttel bestimmter Gruppen dieser Gesellschaft“ sei. Aus solchen „Schützengräben“ müßten „wir alle“ heraus; die Parteien müßten „sich der Diskussion öffnen“. Die Regierung müsse von der rein militärischen Bekämpfung des Terrorismus herunter und „das Phänomen Terrorismus politisch angehen“. In einem besonderen Kasten dozierte Mahler zusammengefaßt über sein „Verhältnis

zum Staat“: In jedem Menschen sei eigentlich „das Bedürfnis vorhanden, sich mit seinem Volk, das nur als Staat existiert, zu identifizieren“. Wenn das nicht möglich ist, werde der Mensch „innerlich zerrissen“. Dann könne gegenüber dem Staat eine „Haßliebe“ entstehen, die sich als „fanatische Feindschaft gegen den Staat“ ausdrücke, die sich zugleich aber „auch gegen uns selbst richtet“.

Früher habe es nur eine nur „oberflächliche Sicht des Staates“ gegeben, deren „prominentestes Opfer“ der arme Karl Marx gewesen sei. Der habe den Staat gar für überflüssig gehalten und von seinem Absterben „phantasiert“. Lenin habe diese „falsche Staatstheorie“ fortgeführt. Zwar sei die Linke heute „mit Lenin fertig“, Lenin sei „nicht mehr zitierfähig“. Trotzdem würden immer noch viele Menschen „abstrakt“ über den Staat denken. Das sei ganz schlimm, denn der Staat sei „präsent“ (anwesend, gegenwärtig) „in jedem einzelnen“. „Wir sind der Staat“.

Man muß die BRD-Linke schon für total zerrüttet und auf den Hund gekommen halten, um ihr derart die bürgerliche „Staatstheorie“ der 50er Jahre als neueste Erkenntnis zuzumuten. Mahler und seine Freunde scheinen zu diesem Unternehmen möglicherweise durch die neuen „Staatstheorien“ Bahros ermutigt worden zu sein.

In der „TAZ“ vom 3.1.80 konnte Mahler in einem Interview seine „Staatstheorie“ präzisieren: Sein „Spiegel“-Gespräch mit Baum begreife er als einen „demonstrativen Schritt“, mit den Staatsrepräsentanten wieder ins Gespräch zu kommen. Die Alternative zum Gespräch sei der „Kommunikationsbruch“, dieser aber führe zwangsläufig zur „totalen Konfrontation“, was gleichbedeutend mit dem „Konzept Stadtguerilla“ sei.

„Unser rein negatives Staatsverständnis“ sei „heute zum Problem geworden“. Wenn man nämlich den Staat nur als Unterdrückungsmaschine begreife, müsse man zwangsläufig zum „Konzept Stadtguerilla“ kommen. Der Staat müsse vielmehr als

„Vermittlung zwischen gegensätzlichen Gesellschaftskräften“ verstanden werden, sei daher auch „veränderbar“. „Durch einen politischen Prozeß, im Rahmen der politischen Rechte, die uns die Verfassung gibt“, müsse man den Staat so „verändern“, daß er „eine revolutionäre Rolle bei der Überwindung der kapitalistischen Strukturen spielen kann“.

Interessant ist bei diesen „neuen Staatstheorien“, daß Mahler sich in dem „TAZ“-Gespräch immer wieder auf den „Auflösungsprozeß der K-Gruppen“ berief. Das Verhältnis zum Staat sei, so behauptete Mahler, der „zentrale Punkt der Diskussion um die Auflösung der K-Gruppen“ geworden. In diesem „Auflösungs-

prozeß“ seien ideologische Gemeinsamkeiten „zu seinen eigenen Thesen zu sehen. Seine Thesen zur „Staatsfrage“ seien „heute schon etwas Allgemeingut z.B. bei der KPD geworden“.

Mahlers Auftritte sind Teil eines umfassenden Unternehmens, den nicht nur organisatorischen, sondern auch ideologischen und moralischen Zusammenbruch der BRD-Linken voranzutreiben. Ob im Sinne dieses Ziels Mahlers eher dümmliche Auftritte besonders wirksam sind, muß sich zeigen. Auf jeden Fall zeigen diese Auftritte in einer für die ganze Linke ziemlich beschämenden Weise, wie die Herrschenden heute das Niveau der Linken einschätzen.



„Beim Kampf gegen den Terrorismus brauchen wir mehr Gelassenheit, Herr Kollege Baum“

Westdeutsche Linke

Die Krise der „KPD“ hat in den letzten Monaten in rasantem Tempo ein Ausmaß erreicht, das schon dem Total-Bankrott nahekommt:

— Im März 1979 wurde die Auflösung der „KPD“-Hilfsorganisation „Rote Hilfe“ öffentlich bekanntgegeben („Rote Fahne“, 29.3.).

— Im Juni 1979 gab die „KPD“ die „organisierte Auflösung“ ihrer Studenten-Organisation KSV bekannt, da diese „als kommunistische Massenorganisation längst an seine Grenzen gestoßen“ sei („RF“, 21.6.).

— Im Juli 1979 wurde eine Stellungnahme des ZK der „KPD“ „zur Situation der Roten Fahne“ veröffentlicht. Dieser Stellungnahme war zu entnehmen, daß sich das „KPD“-Zentralorgan in ernsthaften Schwierigkeiten befinde, nachdem das 1978 proklamierte „Jahr der Roten Fahne“ „fehlgeschlagen“ sei. Besonders „zugespißt“ seien die finanziellen Schwierigkeiten, denn bei einer Auflage von 9.000 Exemplaren und Gesamtkosten pro Ausgabe von 11.500 DM sei die daraus notwendige Subventionierung der „RF“ in dieser Höhe nicht mehr tragbar. Als Sofortmaßnahme wurde mit dieser Begründung der Umfang der „RF“ von 16 auf 12 Seiten reduziert.

Der ZK-Stellungnahme war — allerdings nur in Andeutungen — zu entnehmen, daß „einige Genossen“ überhaupt das Konzept eines kommunistischen Zentralorgans für gescheitert halten würden. Diese Strömungen innerhalb der „KPD“ befürworteten eine „unabhängige Zeitschrift auf pluralistischer Basis“ als „Forum für ideologische Auseinandersetzungen und Ausarbeitungen“. Andere Strömungen seien für die Umwandlung der „RF“ in eine „Arbeiter-Massenzeitung“ mit Agitationscharakter.

In der Stellungnahme des ZK wurde in Abgrenzung zu diesen Strömungen hervorgehoben, daß das Zentralorgan, die politische Zeitung, das „wichtigste Instrument“ einer kommunistischen Organisation sei. „Wenn man der Ansicht ist, ein Zentralorgan sei heute nicht mehr möglich, heißt dies, heute kann man als eine Organisation, die demokratisch-zentralistisch für eine politische Strategie kämpft, nicht existieren“ („RF“, 19.7.).

— In der „RF“ vom 6.12.79 wurde endlich das ganze Ausmaß des Zusammenbruchs sichtbar. In dieser „RF“ erschien zum ersten Mal eine Erklärung der „RF“-Redaktion, die bereits mehrere Wochen intern in der „KPD“ kursiert hatte und schon ein paar Tage vorher in der „TAZ“ veröffentlicht worden war. In dieser Erklärung wurde die Meinung der „RF“-Redaktion vertreten, „daß die „RF“ als wöchentlich erscheinende Zeitung mit dem Anspruch eines Zentralorgans der KPD keine Perspektive mehr hat“. Die „RF“ solle künftig nicht mehr als Zentralorgan erscheinen, sondern als Partei-Zeitschrift, „die die verschie-

sichtlich die berühmten „Nebenwidersprüche“ ihren Einzug gehalten haben:

— In der „RF“ vom 5.4. wurde in einem längeren Leserbrief dazu aufgefordert, endlich Schluß zu machen mit der „Nichtbeachtung der Frauenfrage“ in der „Roten Fahne“. In einer redaktionellen Antwort wurde zugegeben, diese Frage „bisher vernachlässigt“ zu haben. Zwar ergaben sich daraus (abgesehen von einer kleinen Leserbrief-Debatte über Frauen im Iran) keine sichtbaren Schlußfolgerungen, aber allein das bloße Ansprechen dieses Themas muß in der „KPD“ — geradezu als riesiger Schritt gewertet werden.

— In der „RF“ vom 28.6.79 kam gar unter der Überschrift „Raus aus den Klappen — rein in die Straßen“ auf einer vollen Seite ein schwuler „KPD“-Genosse zu Wort. In der „RF“ vom 26.7. folgte daraufhin ein Leserbrief, der diesen Artikel oder ähnliche auf gar keinen Fall in der „RF“ sehen wollte. In der „RF“ vom 23.8. konnte der schwule Genosse auf diesen Leserbrief antworten und noch einmal seine Meinung deutlich machen, warum „solche“ Artikel auch in die „RF“ gehören. Konkrete Folgen ergaben sich auch in diesem Fall nicht, d.h. das Thema Schwule wurde nicht wieder aufgenommen. Trotzdem auch in diesem Fall ein gewaltiger Warmluft-Vorstoß im eingefrorenen Klima der „KPD“!

Mit dem Auftauchen der „Nebenwidersprüche“ in der „RF“ ging eine Öffnung der „RF“ für das Austragen innerorganisatorischer Differenzen einher. So wurde im März eine China-Diskussion begonnen, allerdings fast ausschließlich mit dem Konsens, die Entwicklung in der VR China zu unterstützen und zu verteidigen. Aus dem Rahmen fiel nur ein sensationell kritischer Reisebericht in der „RF“ vom 22.11. von Mitgliedern der Deutsch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft, die sehr offen über von ihnen vermerkte restaurative Tendenzen, Klassendifferenzierungen usw. in China schreiben konnten. Andererseits waren die Reiseberichte einer „KPD“-Delegation („RF“ vom 4.10. und 25.10.) noch völlig im traditionellen Stil der Hofberichterstattung geschrieben. — Viel beachtet wurde die Tatsache, daß die „KPD“ im Oktober höchst offiziell (Erklärung des „Ständigen Ausschusses“) gegen die Verurteilung eines „Dissidenten“ in Peking protestierte („RF“, 25.10.). Weitere Diskussionsthemen in der „RF“ waren 1979 u.a.:

— Iran. Hier konnten Auffassungen geäußert werden, die sich von der „KPD“-offiziellen Diffamierung des

Die sowjetische Außenpolitik im und nach dem 2. Weltkrieg (Oder-Neiße-Grenze usw.) wurde in der RF vom 25.10. und 1.11. von einer „KPD“ lerin kritisiert. Ihr antwortete am 29.11. ein „KPD“ ler mit einer Warnung vor „leichtfertiger Kritik an Komintern, Sowjetunion, Roter Armee“.

Diese Beispiele reichen aus, um den Wandel im Selbstverständnis der „KPD“ zu dokumentieren. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß diese Öffnung zur kontroversen Diskussion in der RF unmittelbar mit dem Auflösungsprozeß der „KPD“ einhergeht bzw. einen Teil dieses Prozesses bildet. Insofern kann diese plötzliche Öffnung auch als zu spät gekommener Versuch der „KPD“-Spitze interpretiert werden, die Notventile zu öffnen, um „Schlimmeres“ abzuwenden.

Abschied von der „Komintern-Tradition“

Die „KPD“ hatte sich in ihren Kinderjahren, wie viele ähnliche Organisationen, als direkte Alleinverwalterin des „historischen Erbes“ der alten KPD und der Traditionen der 3. Internationale (KI) begriffen. Spätestens mit der Hinwendung der „KPD“ zur Strategie der Vaterlandsverteidigung (1975) war diese Einvernahme der KI-Tradition vollends zur Farce geworden. Auf ihrem II. Parteitag (1977) verabschiedete sich die „KPD“ offiziell von den Versatzstücken, die sie der KI-Tradition entnommen hatte (RGO-Politik, Sozialfaschismus-Theorie). Es dauerte aber noch bis zum Frühjahr 1979, bevor die „KPD“ eine direkte Kritik der KI-Politik vornahm — nun freilich gleich als gnadenloser Totalverriß. In der „KPD“-Theoriezeitschrift „Theorie und Praxis“ 1/79 (April) und 3/79 beschäftigten sich E. Becker und K. Nehring mit der RGO-Politik der KPD. A. von Plato übt in TuP 1/79 umfassende Kritik an der „Einheitsfrontpolitik der Weimarer KPD“. In TuP 2/79 (Juni) wurde eine „Diskussionsvorlage des ZK der KPD“ veröffentlicht, wo unter dem Titel „Über die kommunistische Partei — Bisherige Erfahrungen, Aktualität, notwendige Umgestaltung“ ebenfalls vernichtend mit der KI-Politik abgerechnet wurde. Weitere Schläge gegen die KI hatte außerdem A. von Plato in der Einleitung seines Artikels „Zur Beziehung zwischen Partei und Klasse bei Marx und Engels“ (TuP 1/79) ausgeübt.

Neben vielen konkreten Kritikpunkten an der KI (freilich allesamt keine neuen Entdeckungen) gipfelte dieser Artikel in der These, die gesamte „Revolutionsstrategie“, die „Einheitsfront- und Bündiskonzeption“ und die „Parteitheorie“

des Verhältnisses von Partei, Klasse und Massen“. Sein Fazit nach einem immerhin 1-seitigen Artikel war schließlich so aufgeblasen und hohl wie das ganze Unternehmen: „Man kann von Gramsci lernen, daß eine kommunistische Partei in Westeuropa ideologisch und organisatorisch so strukturiert sein muß, daß sie in der Lage ist, wirksam in der Öffentlichkeit zu wirken, daß sie innerhalb einer demokratischen Volksbewegung für proletarische Hegemonie kämpfen muß“ („RF“, 24.5.).

Die saisonale Entdeckung Gramscis durch die „KPD“ — ohne irgendwelche konkreten Lehren aus dieser Entdeckung herauszuziehen — zielte in erster Linie offensichtlich darauf, die „KPD“ in linken Kreisen als undogmatische und originelle Diskussionspartnerin einzuführen. Dabei wurde mehrfach versichert, die Gramsci-Debatte blühe derzeit in der Linken auf (RF 14.6.) und werde insbesondere in der osteuropäischen Dissidenten-Szene sehr „fruchtbar“ geführt (RF, 24.5.).

Gramsci als praxisbezogenen Theoretiker gegen die gesamte KI auszuspielen (eine Interpretation, die Gramsci wohl zuwider gewesen wäre), ist in jeder Hinsicht ein unsinniges Unterfangen, zumal Gramsci seine Thesen gezwungenermaßen in der Haft, isoliert von den realen Bewegungen und der faschistischen Zensur unterworfen, entwickeln mußte. W. Jasper selbst schreibt an einer Stelle ganz richtig, die Schriften Gramscis seien wegen ihres „fragmentarischen und vorläufigen Charakters sowie dem in der Regel hohen Abstraktionsgrad schwer zugänglich“ (RF, 14.6.). Eben deshalb läßt sich in diese Schriften mancherlei hineininterpretieren. So leitet z.B. die euro-revisionistische PCI ihre „Strategie des historischen Kompromisses“ angeblich von Gramsci her. Bei der „KPD“ freilich bleibt völlig offen, was überhaupt konkret von Gramsci hergeleitet werden soll. Als Hohlformel steht Gramsci neben Bloch und Benjamin (ZK, TuP 2/79, S. 32) für das Bestreben der „KPD“-Spitze, ihren vollständigen Bruch mit der KI-Tradition und ein vorgeblich undogmatisches Theorie-Verständnis zu demonstrieren.

Die letzten Zuckungen der „Avantgarde“

Die „Diskussionsvorlage des ZK der KPD“ (TuP 2/79; auszugsweise in der RF vom 21.6. und 28.6.) erscheint im Rückblick als der allerletzte Versuch, den berüchtigten Avantgarde-Anspruch der „KPD“ über den Strudel des organisatorischen und ideologischen Zusammenbruchs hinwegzu-

ständnis definierte sich die „KPD“ damals immer noch als „Avantgarde“. (RF, 21.6.).

Zusammenbruch des Parteianspruchs

Indessen hatte bereits ein Ablösungsprozeß von Avantgarde- und Parteianspruch begonnen. Bereits in seinen „Thesen zur Einheitsfrontpolitik“ (TuP 1/79) hatte A. von Plato die Behauptung in den Raum gestellt, die „Parteitheorie“ der KI sei gescheitert. In der „Diskussionsvorlage des ZK der KPD“ (TuP 2/79) wurde behauptet, das Leninsche Organisationskonzept („Organisation von Berufsrevolutionären“) sei nur aus dem damaligen historischen Zusammenhang zu erklären. Heute sei dieses Konzept eine „abenteuerrliche Spielerei“ (S.16) und „tödlich“ (S.23). Das Leninsche Konzept passe nämlich nur für ein „spontanes wissenschaftliches Sozialismus und zu revolutionären Klassenaktionen drängendes Milieu“, nicht aber für eine Zeit der „äußerst scharfen Trennung zwischen wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung“ (S.23).

In der „Diskussionsvorlage des ZK“ wurde immerhin noch vom Bestehen einer „marxistisch-leninistischen Bewegung in der BRD“ ausgegangen, aus der freilich der KB und die KPD/ML wegen ihrer „prosozialistischen“ Politik seit längerem ausgeschlossen seien. Angesteuert wurde in dieser „Diskussionsvorlage“ ein Block der „KPD“ mit dem KBW, den Ex-KBW-„Komitees“ und mit der MLD.

Wenig später war auch dieser Ansatz bereits vom Auflösungsprozeß der „KPD“ überholt worden: In der RF vom 12.7. wurde in einem Ausrichtungsartikel zu den „Komitees...“ ausgeführt, daß die „ML-Bewegung“ heute nicht mehr existiere und zur Zeit auch nicht mehr zu „rekonstruieren“ (wiederherzustellen) sei. Es gebe keine neue Möglichkeit mehr für eine vorrangige „Vereinheitlichung“ der „ML-Bewegung“ (im Sinne des traditionellen Konzepts der „Einheit der Marxisten-Leninisten“). Im Gegenteil wäre ein solcher Versuch derzeit schädlich, da er zur Isolierung der „KPD“ von den demokratischen und sozialistischen Kräften führen würde.

Wie weit der interne Diskussionsprozeß in der „KPD“ mittlerweile fortgeschritten war, verdeutlichte das Referat des Westberliner „KPD“-Chefs W. Kaiser auf einer Veranstaltung in WB am 15.11.79. (Textauszüge in „radikal“, 23.11.). Die „ML-Bewegung“ sei „gescheitert und an ihren Endpunkt gekommen“. Eine Wiederholung oder ein neuer Anfang allein aus den „ML“-Kräften heraus sei nicht möglich. Man sei „im vollen Anspruch des Namens“ nicht die „KPD“, sondern nur „eine Fraktion innerhalb der Linken“. Neues könne

Fortsetzung auf Seite 53

Partei-Zeitschrift, „die die verschiedenen Strömungen und Tendenzen in der Partei zum Ausdruck bringen soll“. Die „RF“ solle außerdem auf 14tägiges Erscheinen umgestellt werden.

In derselben „Roten Fahne“ wurde bekanntgegeben, daß „im Frühjahr 1980“ (ohne genaues Datum) der III. Parteitag der „KPD“ stattfinden solle, „um Gemeinsamkeiten und Widersprüche in den grundlegenden Fragen zu erörtern und um über die Zukunft unserer Organisation zu entscheiden“. In einer Stellungnahme des „Ständigen Ausschusses“ der „KPD“ zur Ansetzung des III. Parteitags wurde festgestellt, daß die „KPD“ mit ihren Vorstellungen über den Weg zum Sozialismus und den Aufbau der Partei des Proletariats nach fast zehnjähriger Existenz gescheitert sei. Es handle sich dabei um eine umfassende „Krise marxistisch-leninistischer Theorie und Politik“. Die „KPD“ wolle sich darum für eine „offene und gleichberechtigte Debatte zwischen den Marxisten“ öffnen.

In der „RF“ vom 13.12.79 wurde den Lesern fast beiläufig mitgeteilt, dies sei nun die letzte „RF“ im Jahre 1979. Was 1980 mit der „RF“ geschehe, sei noch ungewiß, darüber „müssen noch konkrete Beschlüsse gefaßt werden“. Angesichts dieser Lage könne man nicht zur Erneuerung des „RF“-Abos aufrufen. Man bitte aber um Spenden, „damit die Rote Fahne vor allem als öffentliches Forum der Vorbereitung des Parteitages und der Wahldiskussion eingesetzt werden kann und dazu beitragen wird, Probleme, die die gesamte Linke betreffen, öffentlich zu diskutieren“.

Die „Nebenwidersprüche“ halten Einzug

Positiv ist in dem Auflösungsprozeß der „KPD“ zu registrieren, daß in dieser versteinerten Organisation im Laufe des Jahres 1979 offen-

geäußert werden, die sich von der „KPD“-offiziellen Diffamierung des kurdischen Befreiungskampfes („Agenten Moskaus“ etc. pp.) etwas abgrenzen.

„Theorie der drei Welten“ und antiimperialistische Bewegung. In der „RF“ vom 5.7.79 veröffentlichte R. Heinrichs (Chef der „KPD“-Hilfsorganisation „Liga gegen den Imperialismus“) einen reichlich wüsten Artikel, in dem er der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung der BRD pauschal vorwarf, sie lasse sich „in den Dienst des russischen Expansionismus“ stellen, werde „in die sozialimperialistische Gesamtstrategie mitbezogen“. Solche Tendenzen gebe es sogar schon in der „Liga“ selbst. Diesen „prosojietischen Zersetzungsmanövern“ müsse man „mutig entgegenreten“, um ein „Abgleiten“ der „Liga“ zu verhindern. Ihm konnte in der „RF“ vom 26.7. ein anderer „Liga“-Funktionär antworten. Neben taktischer Kritik an dem kopflosen Geschimpfe von R. Heinrichs äußerte dieser Verfasser erst- und bisher einmalig in der „RF“ auch Kritik an der chinesischen Außenpolitik: Diese orientiere sich zunehmend mehr an den realpolitischen Interessen Chinas als an den Prinzipien internationaler Solidarität. In der chinesischen Außenpolitik gebe es eine „Tendenz“, nur noch einseitig die Sowjetunion anzugreifen, gegenüber den USA aber stillzuhalten oder sogar das Bündnis zu suchen. China betone einseitig die äußeren Widersprüche der Länder der 3. Welt zum Imperialismus, könne aber auf deren innere Widersprüche nur unzureichende Antworten geben (Zaire, Westsahara).

In der Wahl-Diskussion konnten zwei- oder dreimal auch Auffassungen in der „RF“ geäußert werden, daß man die Kampfbereitschaft breiter Teile der Linken und der Arbeiterbewegung gegen Strauß ernstnehmen und berücksichtigen müsse, um vom traditionellen „KPD“-Image der Strauß-Helfer wegzukommen.

„Einheitsfront- und Bündnistheorie“ und die „Parteiheorie“ der KI seien gescheitert. (A.v. Plato, TuP 1/79, S. 146). Die KI habe „weder über die Wurzeln des Reformismus noch über das Verhältnis von Einheit und Spaltung der Klasse im Imperialismus theoretisch Neues und Weiterführendes ausgesagt“. (ZK, TuP 2/79, S. 36). Die KI habe insgesamt ein „mechanistisches Revolutionskonzept“ gehabt. (ebenda, S. 84).

Die Demontage der „KPD“ an ihrem früher beanspruchten historischen Erbe gipfelte in der These, die KI habe es insgesamt nicht geschafft, den wissenschaftlichen Sozialismus auf die Verhältnisse Westeuropas anzuwenden, sondern habe einen „mechanistisch verkümmerten Marxismus“ praktiziert. (ebenda, S. 32). Den wichtigsten Beitrag in dieser Zeit habe nicht die KI, sondern der italienische KP-Theoretiker Antonio Gramsci (von 1926 bis zu seinem Tod 1937 in faschistischer Haft) geleistet: „Der wesentliche, über Lenin hinausgehende Beitrag Gramscis zum Marxismus und zur Parteiheorie besteht darin, daß er diese Vorstellungen auf die westeuropäischen Verhältnisse bezieht“. (ebenda, S. 41). Gramsci erlebte so eine – wenn auch recht kurzlebige – Konjunktur in der „KPD“ als origineller Theoretiker gegenüber der insgesamt schematischen und unproduktiven KI. In der RF vom 24.5. wurden Gramsci volle zwei Seiten gewidmet, in der RF vom 14.6. nochmals eine Seite. Danach wurde das Thema nicht wieder aufgenommen. In der RF vom 24.5. und 14.6. strampelten sich die „KPD“-Autoren ebenso heftig wie erfolglos ab, um darzulegen, was eigentlich der so besondere, herausragende theoretische Beitrag Gramscis gewesen sei. Ohne konkret Ernsthaftes vorzubringen, versicherte beispielsweise RF-Chefredakteur W. Jasper: Gramsci „überwand die schematischen Positionen der KI hinsichtlich der strategischen Bestimmung

„Rote Fahne“ erscheint weiter

Am 10.1. ist die erste „Rote Fahne“ im neuen Jahr erschienen. Die Ungewissheit über das weitere Erscheinen der RF hat sich damit vorerst gelöst. Die RF soll jetzt als „wichtigstes Instrument der offenen Debatte“ zumindest bis zum III. Parteitag der „KPD“ weiter erscheinen. Allerdings nur noch alle 14 Tage, bei einem gleichbleibenden Umfang von 12 Seiten. Herausgeber und letztendlich politisch entscheidend bleibt das ZK. Anstelle der bisherigen RF-Redaktion wurde eine „Erweiterte Redaktion“ eingesetzt. Ihr gehört die bisherige Redaktion weiter an, jedoch ist für die Mehrzahl von ihnen die bisherige „Freistellung“ aufgehoben worden. Chefredakteur W. Jasper ist von seinem Posten zurückgetreten, da dieser nicht mehr „notwendig“ sei; er gehört jedoch der „Erweiterten Redaktion“ an. Hinzukommen sollen „Repräsentanten unterschiedlicher politischer und ideologischer Strömungen“ innerhalb der „KPD“. Verantwortliche verschiedener Arbeitsfelder (Betrieb und Gewerkschaft, Wahlen) sowie ein Vertreter der „KPD“-Spitze.

Die RF soll bis zum III. Parteitag für die innerorganisatorische Debatte weit offen stehen. Organisationsöffentliche Redaktions-sitzungen sollen diese Öffnung unterstreichen. Die RF enthielt, der neuen Ausrichtung entsprechend, am 10.1. 6 volle Seiten kontroverser Diskussion, bei der vor allem Stalin wieder sein Fett abkriegte, aber auch sonst außer der „Vaterlandsverteidigung“ kaum ein Tabu ungebrochen blieb.

Fortsetzung von Seite 52

nur aus einem Diskussionsprozeß der gesamten Linken hervorgehen.

In der RF vom 6.12. erschienen mit der Erklärung der RF-Redaktion die bisher weitestgehende Infragestellung der „KPD“. Der alte Anspruch des Zentralorgans sei nicht mehr haltbar, da er eng mit einem fragwürdig gewordenen Selbstverständnis als „avantgardistische Kaderpartei“ zusammenhänge. Da es nicht gelungen sei, „auseinanderstrebende Tendenzen in der Partei zusammenzubringen“, sei jetzt die „Perspektive der Partei als einheitlich handelnde Partei“ in Frage gestellt. „Unterschiedliche neue Marxismusvorstellungen“ stünden sich konkurrierend in der „KPD“ gegenüber. „Der vorangeschrittene Prozeß des Verlustes unserer alten Identität und Wertvorstellungen“ lasse keine Konzeption der RF als Zentralorgan (das „die einheitlichen Auffassungen der Partei zum Ausdruck bringt“) mehr zu. Die RF müsse stattdessen „Diskussionsforum“ für die Widersprüche in der „KPD“ werden. Dazu sei die bisherige Herausgabe der RF durch das ZK nicht geeignet. Stattdessen solle bis zur weiteren Klärung auf einer Parteikonferenz (die die RF-Redaktion schon für Jan./Februar 1980 forderte) ein provisorischer „redaktioneller Beirat“ eingerichtet werden, bestehend aus der RF-Redaktion, Vertretern der „KPD“-Spitze, Finanzverantwortlichen, Vertretern des KJVD u.a. „Langfristig“ sei die Umwandlung der RF in ein „wirklich linkes, die verschiedenen marxistischen Positionen als gleichberechtigt tolerierendes Organ“ anzustreben.

In seiner Erklärung zur Einberufung des III. Parteitags (RF, 6.12.) erklärte auch der „Ständige Ausschuß“ der „KPD“, daß der „Avantgarde-Anspruch“ aufzugeben sei. Zugleich betonte er aber die Notwendigkeit einer „kommunistisch-selbstständigen Politik, Theorie und Organisation“. Der RF-Redaktion wurde vorgeworfen, sie sehe keine politische Wirksamkeit für Kommunisten mehr. Außerdem wolle sie mit ihrer Erklärung Ergebnisse des Parteitags einseitig vorwegnehmen.

In der RF vom 13.12. folgten auf gut zweieinhalb Seiten Diskussionsbeiträge zum Thema. Sehr schroff nahm dort die Mitgliederversammlung der „KPD“ Hamburg gegen die RF-Redaktion Stellung: Ihre Erklärung sei „undemokratisch und liquidatorisch“. Mit der Erklärung würden Fakten geschaffen, ohne die „gemeinsame öffentliche Diskussion der Partei“ abzuwarten. Es gehe bei der ganzen Frage letztlich darum, die „KPD“ – „unter Ablegung von falschen Ansprüchen als die Avantgarde-Partei“ und die Kommunistische Partei – weiterhin als politische Partei zu erhalten. Dem gegenüber stünden Kräfte (erwähnt wird ein internes Papier des RF-Chefredakteurs W. Jasper), die in Richtung eines „lockeren Zusammenschlusses“ in Art des SB gehen wollten.

In einem anderen Beitrag nahm der Westberliner „KPD“-Chef W. Kaiser Stellung: Anspruch und Name „KPD“ sollten aufgegeben werden.

In der RF vom 1.11. forderte ein K.S. in einem Artikel „Theorie im Umbruch – Umbruch der Theorie“ eine „Emanzipation“ vom „real-marxistischen Objektivismus und Determinismus“. Das „alte System politischer Orientierungen“ sei in Auflösung. Der Marxismus sei in einer Krise, Theorie und theoretisches Denken selbst seien „fragwürdig“ geworden.

Von einer „Krise marxistisch-leninistischer Politik“ und von der Notwendigkeit der „Gewinnung eines neuen kommunistischen Selbstverständnisses“ spricht auch der Ständige Ausschuß der „KPD“ (RF, 6.12.). Es gibt in dieser Turbulenz des Zusammenbruchs der „KPD“ kaum ein prinzipielles politisches Element, das noch gesichert erscheint. Eine Ausnahme bildet bemerkenswerterweise die Ausrichtung gegen die Sowjetunion („Sozialimperialismus“) und die daraus abgeleitete Strategie der „Vaterlandsverteidigung“.

In der „Diskussionsvorlage des ZK“ (TuP 2/79) vom Juni wurde besonders klar und systematisch versucht, die „antihegemonistische“ Ausrichtung der „KPD“ mit der Krisen-Debatte der Linken zu verknüpfen: Die „ML-Bewegung“ und insgesamt die Linke der frühen 70er Jahre habe sich gegen den US-Imperialismus als „Hauptfeind der Menschheit“ gerichtet, habe den „Hauptschlag“ gegen den BRD-Imperialismus geführt und habe die „sozialimperialistische Gefahr“ vernachlässigt. Dieses „Weltbild“ der Linken stimme schon lange nicht mehr mit der Wirklichkeit überein. Die Linke sei vor allem gerade deshalb in die Krise geraten, weil sie immer noch an der alten Strategie der frühen 70er Jahre stehengeblieben sei und nicht bereit sei, sich auf die veränderte Weltlage („fortschreitende Entwicklung der Sowjetunion zu einer expansiven Hegemonialmacht“ etc. pp.) „einzulassen“, d.h. die chinesische „Theorie der drei Welten“ und deren vaterländische Konkretisierung durch die „KPD“ zu übernehmen. Eine solche „weltweite antihegemonistische Strategie“ sei derzeit die „Kernfrage“, um den „Klärungsprozeß“ innerhalb der Linken voranzubringen (TuP 2/79, S. 127).

W. Kaiser, in der Parteifrage reichlich „undogmatisch“, bekennt sich in der RF vom 29.11. („Thesen zu unserem Internationalismus“) gleichfalls voll und ganz zur „Theorie der drei Welten“. Der Fehler liege gerade darin begründet, daß die „KPD“ bei Übernahme dieser Theorie „die Eierschlacht des Internationalismus der KI nicht völlig abgeworfen“ habe. Was W. Kaiser damit meint, läßt sich nur ahnen. Anscheinend dies: Die „Vorstellung eines einheitlichen welt-revolutionären Prozesses“ müsse aufgegeben werden; die „naive Sieg im Volkskrieg-Solidarität“ sei gescheitert; der Marxismus müsse „relativiert“ werden – er sei nämlich „offensichtlich für nationale-revolutionäre Bewegungen der Dritten Welt nicht immer nötig“. (Er nennt als Beispiele Iran und Afghanistan). Ansonsten führt auch W. Kaiser die von ihm behauptete „Krise

Dabei müsse auch mit den USA „zusammengewirkt“ werden. In der Bevölkerung der BRD müsse der „Gedanke eines gerechten Befreiungskrieges“ gegen die Sowjetunion „verankert“ werden. Chinas Angriff auf Vietnam sei „eine Lektion, von der auch Europa lernen kann – nicht zurückweichen, sondern sich dem Aggressor in den Weg stellen“.

Und wie geht das weiter? ...

Der Ausgang der Krisen-Debatte der „KPD“ scheint derzeit völlig offen. Eine sehr kleine Minderheit dürften diejenigen bilden, die am liebsten „alles beim Alten lassen“ würden. „KPD“-Chef Semler, dessen Schweigen zur Krisen-Debatte auffällig ist, gehört möglicherweise diesem Teil der „KPD“ an. Den Gegenpol bildet ein Block, der letztlich auf die Liquidierung der „KPD“ als selbstständige Organisation zusteut. Dieser Block scheint sich auf starke Positionen in der „Roten Fahne“ und im KJVD stützen zu können. Neben der Auflösung in die Grüne Partei hinein (ein Prozeß, der sich individuell schon vollzieht und der durch einen weitgehenden Opportunismus der Gesamt-„KPD“ gegenüber den Grünen flankiert wird) steht das Modell eines „sozialistischen“ Sammelbeckens zur Diskussion, wie es von den Ex-KBW-„Komitees“ vorgeschlagen wird. Ein solches Modell könnte darüber hinaus auch Teilen der ZL-Gruppe (ehem. Fraktion des KB) attraktiv erscheinen.

Sollte sich die „KPD“ trotzdem auf ihrem bevorstehenden Parteitag „im Frühjahr“ mehrheitlich dafür entscheiden, ihre Existenz als autonome Gruppe fortzusetzen, würden dabei wahrscheinlich beträchtliche Teile der „KPD“ auf der Strecke bleiben und sich anderweitig orientieren.

Der zentrale Punkt zur Beurteilung der „KPD“ (bzw. möglicherweise demnächst ihrer Zerfallsprodukte) bleibt die Frage der „Vaterlandsverteidigung“, ihrer „Hauptfeind“-Bestimmung usw. Solange die „KPD“ diesen zentralen Punkt von jeder Selbstkritik ausspart, würde sie entweder – falls sie als autonome Gruppe erhalten bleibt – einer Verschmelzung mit der MLD entgegengehen, oder sie würde, – falls sie sich in einen „sozialistischen“ Block hinein auflöst – von vorneherein erheblichen Sprengstoff einbringen.

Die „KPD“ hat in der letzten Zeit mehrfach erklärt, sie wolle sich für eine Diskussion mit der Linken öffnen. Das hat die „KPD“ allerdings in den letzten Jahren schon wiederholt versprochen, so daß dieser Ankündigung nicht ohne weiteres zu vertrauen ist. Gut wäre es jedenfalls, wenn eine solche Öffnung zustande käme (z.B. auch durch Einladung anderer Organisationen zum III. Parteitag). Dabei sollte dann kein Thema aus der Diskussion herausgehalten werden. Insbesondere einer Erörterung ihrer vaterländischen „Analyse“ und Strategie müßte die „KPD“ sich endlich ernsthaft stellen.

Quellen:

Westdeutsche Linke

Einige „unfrisierte“ Gedanken zur Frage, wie's weitergeht Brief an meinen Freund

Neulich hatten wir im Ansatz eine Diskussion, die ich sehr gern weiterführen möchte. Stichworte: mangelnde Orientierung im KB auf die Langfristigkeit unserer Arbeit, zu wenig politisch-ideologische Diskussionen, zu wenig inhaltliche Profilierung unserer Position in der Wahlfrage – zumindest aber zu wenig Diskussion darüber. Unsicherheiten über das weitere Vorgehen – und: wo bleiben wir selber in der Auseinandersetzung, wo bleiben wir selber bei dem weiteren „Totaleinsatz“ unserer politischen Arbeitskraft, was geschieht jetzt in unserer geschrumpften Ortsgruppe, was kommt noch alles auf uns zu?

Und nach wie vor mein Problem mit der Erkenntnis, daß man die „Kader“ nicht weiter so auspressen darf, wenn man sie die nächsten Jahrzehnte noch brauchen, einsetzen will. Warum haben diese Erkenntnisse keine praktischen Konsequenzen (ist u.a. im Rechenschaftsbericht des LG benannt)?

Wie können wir von „Keimform“ im KB reden, wenn wir uns selbst und unsere persönlichen Belange und Interessen weiter so unterbuttern? Wie können wir gegen die ZL so empört auftreten in diesen Fragen, wenn es nur Ziel-Vorstellungen sind, die wir verfechten, die aber praktisch nicht angegangen werden?

Richtig und für das weitere politische Leben im KB überaus notwendig finde ich den Grundsatz, den eigenen Kopf zu gebrauchen und bei allem zu fragen, warum. Keine Schlucker-Mentalität, Widersprüche, Unklarheiten usw. äußern – ohne Angst. Und weiter finde ich für meine Arbeit die Leitlinie „lieber weniger, aber besser“ richtig.

Und: ich lebe nur einmal. Habe selbst bestimmte Bedürfnisse, Ansprüche, Erwartungen, Gefühle. Habe ein Kind und überlege mir, ein zweites zu machen.

Ich merke, daß ich auf die Dauer bei meiner bisherigen Lebens- und Arbeitsweise abstumpfe. Abstumpfe mir selbst und anderen gegenüber. Ich kann auf die Dauer auch nur mit jemandem zusammenleben, der Veränderungen in der Lebens- und Arbeitsweise nicht nur im Munde führt, sondern auch versucht, danach zu leben. Unsere Beziehung z.B. kann sich auf die Dauer nicht nähren, halten lediglich aus der Kontroverse im KB.

Ich kann meine Ansprüche noch sehr schlecht formulieren. Ich kann es immer noch besser negativ – in Abgrenzung zu bestimmten Dingen – festmachen. Im Grunde genommen sehe ich in unserem Leben immer noch sehr große Parallelen zu unserem früheren „Apfelsinenkistensein“ (Anmerkung: dieser Begriff

gebrochen sind mit der Frauen- und Kinderfrage und nicht zuletzt auch durch die Auseinandersetzung mit der ZL: mit unseren Kadern „haushalten“, sinnvoller und effektiver Arbeitseinsatz. „Macht das Private öffentlich“, persönliche Probleme sind im KB diskutierbar und müssen berücksichtigt werden, „Kampfgemeinschaft“, gegen Entsolidarisierung, mehr Keimform bitte.

Das alles sind für mich keine „Schnacks“, keine Taktik oder sonstwas gewesen, sondern deshalb bin ich u.a. im KB geblieben. Das unterscheidet ihn u.a. so positiv von anderen Organisationen. Deshalb war ich gegen die ZL.

Aber jetzt möchte ich irgendwie auch „Ergebnisse“ sehen. Wo wirklich wir unsere formulierten Ansprüche bzw. versuchen es? Bisher sind das nur „Schnacks“, weil der tägliche Druck und Streß andere Probleme und Fragen stellt als diese, jedenfalls vordergründig.

Im Grunde genommen muß man/frau also bei sich selbst anfangen. Und das dann auch bei den verschiedenen Anlässen offen begründen.

Ich kann nicht für eine zukünftige Gesellschaft kämpfen (die ich selber ohnehin nicht mehr erleben werde), wenn ich nicht selber heute auch mein Leben lebe. Woher soll ich die Kraft nehmen, mich voll und ganz in den Dienst der Revolution zu stellen, wenn ich mich selber und meine eigenen Bedürfnisse negiere und alles, fast alles daran messe, wie ich am besten einsetzbar bin, wie ich am meisten leisten kann, politisch.

Zumal wir ja heute als Kommunisten Schwierigkeiten damit haben, unsere Arbeit als die „schönste und befriedigendste Sache der Welt“ anzusehen aufgrund unserer Einsicht in die Notwendigkeit und in den Gang der Geschichte. Isolation, Unverständnis, Auslachen auf der einen und Hetze, Antikommunismus, Repression auf der anderen Seite. Erfolge, und seien sie auch noch so klein, sind doch nun wirklich sehr rar. (Wenn man/frau überhaupt schon mal sowas durch die eigene Arbeit erlebt hat). Ich weiß, ich weiß, das hier ist aus meiner ganz subjektiven Sichtweise.

Orientiere ich weg von der politischen Arbeit, hin zu einer ganz normalen kleinbürgerlichen Idylle oder sonstwas?

Ich glaube, selbst wenn jemand das als Fazit meiner Gedanken sehen sollte, ich wollte es trotzdem. Muß nicht jeder – auch im KB – für sich selber entscheiden, was er oder sie für sich richtig und wichtig hält? Und sich darüber mit den anderen auseinanderzusetzen?

Und genau das tun wir nicht. Wir ordnen uns unter, wir führen aus, wir stehen bereit. Alles andere ist unzu-

Kaiser Stellung: Anspruch und Name „KPD“ müssen aufgegeben werden. Dies beinhaltet „auch das Eingeständnis, daß wir eine politische Wochenzeitschrift nicht tragen können“. Die RF müsse in eine „politisch-ideologische Zeitschrift“ umgewandelt werden.

In einer von 6 Mitgliedern der Leitung des „KPD“-Jugendverbandes KJVD unterzeichneten Stellungnahme in der RF vom 13.12. wird dem „Ständigen Ausschuss“ vorgeworfen, er habe ohne Selbstkritik sich Positionen angeeignet, die früher von anderen Genossen gegen ihn vorgebracht wurden. Der Ständige Ausschuss habe z.B. noch bis vor wenigen Tagen eine interne Stellungnahme einer Genossin R. unterstützt, in der es hieß: die „KPD“ sei weiterhin „die einzige Kraft, die sowohl ideologisch als auch politisch polarisieren muß“. Daher „ändert sich an unserem umfassenden Anspruch überhaupt nichts – außer dem Namen“.

Ebenfalls in der RF vom 13.12. abgedruckt war ein Beschluß der MV der Kölner „KPD“, daß man mehrheitlich die „generelle Stoßrichtung“ der RF-Erklärung unterstütze.

Nur die „Vaterlandsverteidigung“ steht noch

Neben dem Zusammenbruch des alten „Avantgarde“-Anspruchs hat sich in der „KPD“ im letzten halben Jahr eine allgemeine „Relativierung“ des Marxismus entwickelt.

W. Kaiser beispielsweise sprach in seiner Rede vom 15.11.79 davon, daß der Marxismus heute gegenüber „der Virulenz neuer, z.T. neokonservativer Theorien“ in der Defensive sei. Man müsse sich der „elementaren Kritik des Marxismus“ durch die osteuropäische Dissidenten-Szene „offen stellen“.

sonst. Ansonsten führt auch W. Kaiser die von ihm behauptete „Krise unseres Internationalismus“ darauf zurück, daß dessen alte Voraussetzungen (US-Imperialismus Hauptfeind etc.) seit der CSSR-Invasion von 1968 „nicht mehr stimmen“. In seiner Westberliner Rede vom 15.11. („radikal“, 23.11.79) drückte W. Kaiser denselben Gedanken so aus: „Die Eierschalen der Realanalyse der 60er Jahre bringen uns heute nicht weiter; dies gilt für andere Teile der Linken fast mehr als für uns. Was bringt das Klammern an bloße Anti-US-Arbeit im antilperialistischen Kampf – Hilflosigkeit angesichts Indochinas. Die fortwährende Beschönigung sowjetischer Hegemonialpolitik und der DDR-Verhältnisse bringt nur Mißtrauen der Bevölkerung, zu Recht, und bringt keine neue Qualität der Politik; die nationale Frage im europäischen Zusammenhang nicht aufzugreifen, die Blockentspannung zu akzeptieren, kann eine realpolitische Analyse eben nicht hervorbringen...“.

Es ist offensichtlich, daß die „KPD“ ihre vaterländische Strategie nicht nur von jeder Selbstkritik ausnimmt, sondern daß sie im Gegenteil sogar hofft, einer ratlosen Linken diese Strategie als betont modisch, undogmatisch und analytisch aufschwätzen zu können. Was dies konkret heißt, wird derzeit von der „KPD“ nicht gern offen angesprochen. Immerhin hat aber „KPD“-Chef Ch. Semler es in der RF vom 18.10.79 noch einmal ausgeplaudert: Die Bundesregierung (Semler: „Unsere Beschwichtigungspolitik“) müßten mehr „Standfestigkeit“ gegenüber der Sowjetunion zeigen; dafür seien „gute Beziehungen zu China“ wichtig. Es gehe nach Ansicht der „KPD“ heute darum, „daß – zunächst im Rahmen der EG – eine unabhängige europäische Verteidigungstreitmacht aufgebaut werden muß“.

Quellen:

- 1) Siehe z.B. AK 112, S.57: „Wer ist das Chamäleon?“
- 2) Rote Fahne Nr. 50, S.10: „Vom Saldo zum Salto“
- 3) Siehe Rote Fahne Nr. 29, Juli '79: „Zur Situation der RF“
- 4) Aus Erklärungen der Redaktion RF 49, S.3, und RF 50, S.11
- 5) Alle Zitate aus RF 49, S.3
- 6) Alle Zitate aus RF, 49, S.2: „Zur Einberufung des 3. Parteitags“
- 7) RF 50, S.11
- 8) RF 50, S.10: „Stellungnahme von Genossen der KJVD-Leitung“
- 9) „Radikal“, 23.11.79, S.6
- 10) Semler: RF 50, S.3
- 11) Plato: RF 50, S.6
- 12) Aus einem Papier der „KPD“-Funktionärin J. Mayr, verteilt in der AL West-Berlin als Antwort auf Vorschläge, sich in die Grünen aufzulösen
- 13) „Theorie und Praxis“ – Theoretisches Organ der „KPD“ – Nr.2/79; alle weiteren nicht gekennzeichneten Zitate entstammen dieser Schrift
- 14) „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“, LW 7/S.480
- 15) vgl. LW 32, S.491f
- 16) LW, Ergänzt. Bd. 17-23, S.328
- 17) Arbeiterkampf 164, S.55
- 18) LW 33, S.417
- 19) Gramsci „Quaderni dal carcere“ (Hefte aus dem Gefängnis)
- 20) Gramsci „Philosophie der Praxis“, S.304; wenn nicht extra gekennzeichnet, zitieren wir aus dieser Schrift
- 21) ebenda S.42
- 22) „Beiträge zum Wissenschaftlichen Sozialismus“ 4/79
- 23) Siehe Anmerkung 12, S.11
- 24) ebenda S.42
- 25) Ann. 21, S.51
- 26) LW 27, S.85
- 27) LW 31, S.5
- 28) Ann. 18, S.1386
- 29) zitiert nach Karin Priester in „Beiträge...“, S.79
- 30) ebenda S.84
- 31) ebenda S.81
- 32) A. Mazzoni in: Gramsci-Debatte 1 der PCI, 1977 VSA, S.112
- 33) ebenda S.164

rem früheren „Apfelsinenkistendasein“ (Anmerkung: dieser Begriff umfaßt für mich das sektiererische Herangehen an das eigene Leben in allen Punkten: Beruf, Geld, Wohnung usw. Das waren noch alles total unwichtige, nebensächliche Dinge, Hauptsache, die revolutionäre Arbeit lief!). Also zu den heutigen Bedingungen:

- Finanzen: reines Chaos, obwohl z.T. bei dir auch durch die politische Arbeit verursacht, ist es unser, dein Privatproblem.
- In sechs Wochen müssen wir eine neue Wohnung haben. Was tun wir dafür, außer mal einen Blick in die Zeitung zu werfen? Und am Wochenende sind stets viele auswärtige Termine.
- Totale Arbeitsüberlastung bei dir – was dir selber in immer kürzeren Perioden aufstößt – du mußt selber irgendwie damit fertig werden, oder meinst es zumindest.
- Keine Zeit, über auftauchende Schwierigkeiten und Probleme zu reden – Termine, Termine, Aufträge und Streß.
- Und die Kinder? Die fangen jetzt an, dagegen zu protestieren, wenn wir abends weg wollen.

Immer wieder das alte Problem, daß Kommunisten irgendwie eine Sondergattung unter den Menschen sind, die auf bestimmte Sachen nicht so angewiesen sind, nicht so viel Wert legen wie „normale“ Menschen.

O.K. – wenn einer so leben kann ohne Mangelerscheinungen und Probleme zu haben, soll er es meinetwegen tun. Aber ich kann und will es nicht mehr. Es stimmt doch auch was nicht, wenn wir uns mit diesen Dingen rumschlagen, diese Sachen uns bedrücken, belasten, wir aber trotzdem weitermachen wie bisher. Nach „außen“ spielen diese Probleme keine Rolle. Sind das „kleinbürgerliche Bedürfnisse“? Ist das „Psycho-Kram“ oder was auch immer?

Ich glaube, ich warte irgendwo auf die Einlösung bestimmter „Versprechen“ (Standpunkte) im KB, die auf-

rem genau das tun, was nicht: wir ordnen uns unter, wir führen aus, wir stehen bereit. Alles andere ist unzulässig – bisher. Oder wir erfinden etwas, werden krank, wenn es tatsächlich mal nicht mehr geht. Das ist zwar überspitzt, aber in der Tendenz angelegt.

Damit ich hier nicht falsch verstanden werde: ich kann und will nicht ohne die politische Arbeit im KB leben. Das weiß ich aus den ganzen Jahren. Aber ich weiß auch, daß ich zwischen meiner politischen Arbeit und meinem sonstigen „Leben“ einen Einklang finden muß, den es bisher nicht gab.

Insgesamt meine ich, daß wir Zuversicht und Kraft heute nicht so sehr aus unserer Arbeit selbst nehmen können (was ist bei Rückschlägen?), sondern daß wir mehr darauf angewiesen sind, uns einen Rückhalt in unserer Organisation, in unserer „Kampfgemeinschaft“ und mit den einzelnen Genossen/innen dieser Organisation schaffen müssen.

Wobei ich eben meine ganzen Punkte, Fragen, Ansprüche dort eingebracht haben will. Die sollen dort ihren Platz haben, ohne daß ich auf „Flip-Trip“ gesehen werden will.

„Manches an den „persönlichen“ Artikeln mag unsinnig sein. Aber warum denn: Weil wir es nicht, noch nicht genug gelernt haben, Politisches und „Persönliches“ in sinnvoller Weise miteinander zu verknüpfen. Das ist aber nicht Schuld der Frauen (oder der Schwulen), sondern liegt in der Verantwortung der kommunistischen Bewegung, die traditionell auf dem Gebiet des „Persönlichen“ teilweise ziemliche Sünden, zumindest aber schwere Unterlassungen begangen hat“ (Kt. in „Zurück zur Scham“, AK 157).

Das hat für mich reale Bedeutung. Und ich möchte und will mich in meiner Organisation, dem KB, dafür einsetzen, daß wir lernen, mit diesen Dingen anders umzugehen, als es „Tradition“ war und teilweise ist.

Eine Genossin

KULTUR

„KULTUR? – KEINE FRAGE!“

„Die ersten Anzeichen auszusteigen sind die, wenn die Leute anfangen, Kultur zu machen.“ So ein ZL-Anhänger im SSB.

Betrachtet man die bisherigen Erfahrungen im KB, so ist an dieser Aussage ein richtiger Kern! In den letzten 2 Jahren sind sehr viele Genoss(inn)en, die den „Schwerpunkt“ ihrer Arbeit auf dem Kultursektor sahen, tatsächlich „ausgestiegen“. Das hat u. E. im wesentlichen zwei Gründe:

– Sehr lange Zeit wurde aktive Kulturarbeit – z.B. Theaterspielen oder Musikmachen – als „Spleen“ gesehen, welcher der eigentlichen „großen Politik“ nur im Wege steht. Ausnahmen gab es nur, wenn diese Kulturarbeit direkt in den Dienst des KB gestellt werden konnte (z.B. bei Veranstaltungen und Demos als „Rahmenprogramm“). Diese Haltung herrscht auch heute mehr oder weniger vor!

– Die Genoss(inn)en, die Kulturarbeit machten, taten dies tatsächlich oft „nur“ aus Spaß. Über die Funktion, welche Kultur in der Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie hat, waren und sind sich viele dieser „Kulturarbeiter/innen“ oft nicht im klaren. Auseinandersetzungen hierüber wurden nicht – oder nur ansatzweise (z.B. wenn es darum ging, Kultur wieder einmal in das „Rahmenprogramm“ abzuschleiben) geführt. Theoretische Grundlagen für Kulturarbeit wurden peinlich gemieden. Daher wurde der Kampf um eine „richtige“ Kulturarbeit innerhalb des KB von Seiten der Betroffenen oftmals nur in Richtung auf Verweigerung geführt (sich nicht im „Rahmenprogramm verheizen“ zu lassen). Ergebnis war dann oft Resignation, sich zurückziehen, um nur noch Kulturarbeit machen zu können! Ein paar der verbliebenen „Kulturfauleute“ haben in der letzten Zeit mehrfach den zaghaften Versuch zum Beginn einer Auseinandersetzung über Kultur im KB unternommen (Kriterien zur Filmkritik im AK, Bericht zu den Hamburger Filmtagen, Dario Fo und die Linken etc.).

Leider gab es hierauf bisher keine Reaktionen. Heute wollen wir einen neuen Versuch unternehmen und fordern euch auf, Stellung zu beziehen.

Kultur – Schwungrad, Rädchen oder Sand im Getriebe der Revolution?

Diese Vernachlässigung des „Ich“ wird nicht selbstkritisch auch als Fehler der Linken gesehen, sondern die Kritik daran wird schlichtweg den Autorinnen als „Antikommunismus“ um die Ohren gehauen!

Einher geht diese Einschätzung mit der Geringschätzung der Leser/innen dieser Bücher. Wer auch nur einen Teil dieser Literatur auf sich beziehen kann – Lehren daraus zieht – der ist gleich „infiziert“. Vertritt reaktionäre und bürgerliche Standpunkte aus irgendeiner „Grauzone“. Wie stellt es sich die ZL eigentlich vor, mit Kulturschaffenden (blöder Begriff) aus dem fortschrittlichen Bereich in Zukunft zusammenzuarbeiten? Was ist eure Bündnispolitik z.B. gegenüber K.Wecker, der ja nun gerade das „Individuelle“ auf seine Fahnen geschrieben hat. Oder Georg Danzer, der mal für das BKA einen Song gemacht hat („Mach dich nicht mit Gewalt kaputt“), sich inzwischen selbstkritisch dazu geäußert und einen Gegensong produziert hat?

Wie soll man klarkommen mit U. Lindenberg, der zwar eine Kandidatur der Grünen unterstützt, aber davor warnt, sich in irgendeiner „Sekte“ zu organisieren?

Diese drei Beispiele, um klar zu machen, daß letztendlich wir (mit „unserer Revolution“) heute auf Kräfte im Bündnisbereich des fortschrittlichen bürgerlichen Lagers angewiesen sind. Und daß wir die Kulturproduktion bestimmter Zeitgenoss(inn)en nicht nur durch die parteipolitische („ML“) Brille betrachten können. Würde man z.B. Danzer, Wecker und Lindenberg mit der Fülle der ZL messen, wären sie der größte Schrott, den man sich als MLer vorstellen könnte! Wir schreiben das nicht, um die Kultur o. g. Damen und Herren vorbehaltlos zu unterstützen. Uns geht es darum, sich differenziert mit deren „Werken“ auseinanderzusetzen!

Es geht darum, ihre „Werke“ – in kritischer Solidarität – gegen die Angriffe und Ignoranz der bürgerlichen Medien in Schutz zu nehmen. In der derzeitigen gesellschaftlichen Situation muß es uns a u c h darum gehen, Kultur (bürgerliche wohlge-

Volke – damals „KPD“ – die Schnauze voll hatten), zu lernen. Entsprechend unserer damaligen Bündnispolitik meinten wir, wir hätten die Weisheit mit Löffeln gefressen und es käme darauf an, die „rückständigen“ Kulturfreaks nun endlich auf unsere Rolle zu bringen. D.h. für uns bedienbar zu machen.

„Erfolg“: Die IFK wurde zur Künstleragentur des KB und sehr vieler Initiativen, die mit dem KB nichts zu tun hatten. In Hamburg war die IFK als „Selbstbedienungsladen“ bekannt. Zur inhaltlichen Diskussion ist es nicht mehr gekommen (das ganze fiel nun auch noch in die Zeit der Brokdorf-, Grohnde- und Kalkar-Demonstrationen, also denkbar „günstig“).

Nachdem die „bündnisfähigen“ Kulturfreaks der IFK schon längst den Rücken gekehrt hatten – denn sie wollten die Diskussion einer „eigenständigen“ Kultur innerhalb der Linken – kam es zum Bruch, weil auch einige der „Hartgesottenen“ es nicht mehr mitmachen wollten, nur Teil im „Rahmenprogramm“ der „Politiker“ zu sein!

Diese „Rahmenprogrammpolitik“ ging und geht aber weiter. Sie wurde fortgesetzt im Rahmen des „Bunte Liste“-Wahlkampfs. Zwar hatte hier der KB nicht das Sagen. Dennoch, es setzte sich das Schielen nach einem kulturellen Rahmen zum „Verkauf“ von Politik fort.

– Da wurde ein riesiges „Open-Air“ Festival veranstaltet. Es ging nicht darum, Kultur darzustellen, sondern möglichst viele „Namen“ zu haben. Dazwischen dann die Politik. Es ging nicht darum, neue Kulturformen und Inhalte vorzustellen und etwa das Publikum einzubeziehen.

Es ging darum, mit vielen „Namen“ viele Menschen anzulocken, um möglichst viele eindimensional mit Politik bedienen zu können.

Gigantische Ausmaße nahm diese Haltung bei dem AntiFa-Wochenende in Frankfurt an. Dort wurden die RgR-Gruppen als „Zugpferde“ im geradezu klassischen Sinn der bürgerlichen Werbung eingesetzt.

– Da die Demo verboten wurde, war dann das Konzert der „Höhepunkt“. Wäre es anders gewesen, hätte die Kultur den Charakter des „Rahmenprogramms“ sehr gut erfüllt (und war ja auch dafür vorgesehen!).



Ein Genosse der Kommission erklärt unseren Standpunkt

FÜR EINE RRREINE KULTUR?!

am Beispiel „APOCALYPSE NOW“

Nun gibt es nicht nur innerhalb der ZL die Meinung, Kultur muß revolutionär sein, ansonsten ist sie reaktionär:

Es gibt einen Film mit dem Titel „Apocalypse now“. Hierzu gab es eine Filmbesprechung der Genossin R. aus der Kulturkommission, die den Film weitgehend als einen fortschrittlichen charakterisiert (AK 164 Seite 44). In dieser Filmbesprechung wird auf zwei Aspekte im wesent-

bern (und deren unablässigem Lärm) mit dem Lied „The End“ von den „Doors“: Mein/e liebe/r he. (auch wenn's belehrend klingt): „The End“ war eines der Lieder der fortschrittlichen APO-Generation. Das Lied im Zusammenhang mit Vietnam im Krieg – nicht gegen den Krieg – zu hören und zu sehen. Gleichzeitig zu hören und zu sehen, daß die – von den Imperialisten gezwungen – Aggressionssoldaten in diesem Lied und anderen (Woodstock-) Liedern „Trost“ gesucht und sie zu ihrer Angriffslust genutzt haben, das ist schon eine neue Geschichte. Es zerstört z.B. den berühmten „Woodstock-Gedanken“ von

Kultur – Schwungrad, Rädchen oder Sand im Getriebe der Revolution?

Nimmt man die Auffassungen der ZL, so ist es wohl hauptsächlich der Sand, der ihnen zu schaffen macht. Er muß weg. Es soll nur reine Kultur geben! Hierzu drei Beispiele: (aus AK 160)

– Verena Stefan hat in ihrem Buch, das Unterdrückungssituationen für Frauen sehr realistisch beschreibt, den Versuch unternommen, den „Geschlechterkampf“ in der Weise aufzulösen, daß die Männer zunächst für Frauen schlichtweg keine Rolle mehr spielen sollten. Sie will sich auf das ausschließlich „Weibliche“ zurückziehen. Gleichzeitig schränkt sie in ihrer Sprache die Weiblichkeit auf ein biologisches Wesen ein, d.h. sie zieht sich auf „Naturbegriffe“ (Pflanzen, Bäume, feuchte Wiesen etc.) zurück. Auf typisch passive Vergleiche also. Hierin liegt das Reaktionsäre ihres Buches!

Andererseits versucht V. Stefan der „normalen“ Sexualitätssprache – die ja wohl anerkanntermaßen eine männliche ist – eine neue Sprache entgegenzusetzen. Hierin liegt der fortschrittliche Ansatz ihres Buches. Kritik unserer Sachverständigen aus der ZL: „... das unverständliche Gesei-ber der Stefan wird von dieser als 'neue Sprache der Frauen' ideologisiert ... (ist) ... Erklärung des Schwachsinn zur Theorie ...“ – Der „Rubinrote Dschungel“ wird zusammenfassend als „ein bürgerliches Buch, dem bestenfalls ein 'aufgeklärter' Kapitalismus vorschwebt, ein Kapitalismus, der 'fähigen' Frauen, 'fähigen' Lesben den ihnen gebührenden Platz in der Gesellschaft ermöglicht“ eingeschätzt. – „Die Scham ist vorbei“ sei schlichtweg „reaktionär und antikomunistisch“.

Letztendlich gehören alle drei Bücher zu dem „Schund gegen Leninismus und Stalinismus“. An allen drei Büchern wird von der ZL (immer ist man versucht, ML zu schreiben) die ML-Elle angelegt. Es gibt anscheinend für sie keine „Zwischentöne“. Nicht einmal im Ansatz wird der Versuch unternommen, zu sehen, daß diese Bücher gerade deshalb in weiten Teilen der Linken gelesen werden, weil sie sich mit dem sehr lange vernachlässigten „Ich“ befassen.

Angriffe und Ignoranz der bürgerlichen Medien in Schutz zu nehmen. In der derzeitigen gesellschaftlichen Situation muß es uns a u c h darum gehen, Kultur (bürgerliche wohlge-merkt) a la Lindenbergetc. etc. in der Musikbranche; Kluge, Herzog u.a. in der Filmbranche; Chotjewitz und P.P.Zahl (nach seinem neuesten Buch für die ZL sicherlich übelster Antikomunist!) in der Literaturbranche zu verteidigen und uns mit dem, was sie aussagen, produktiv auseinanderzusetzen, statt es in Schubladen zu sperren. Tun wir das nicht, können wir uns bald den Spruch – in Abwandlung von Niemöller – zu eigen machen: „Zuerst vertrieben sie die Literaten und Filmemacher... dann die Liedermacher und Rocksänger... usw. usf.“

Soweit zu dem „Sand“ im Getriebe der Revolution. (Sicherlich wäre es auch interessant, sich mit dem „Scheiterhaufen“-Sprachstil unserer ZL'er zu beschäftigen – „Gesei-ber“, „Schund“ etc. – Vielleicht später?)

Im Gegensatz (?) zu dieser „Sand“ (kisten)-Auffassung der ZL gibt es im KB die Erkenntnis, daß Kultur immerhin „Rädchen“ im Getriebe der Revolution ist.

Zu dieser Haltung gehört, daß Kultur immer gut ist. Allerdings nur im „Rahmenprogramm“. Bisher nie aufgearbeitet: die Vergangenheit der IFK (Initiative fortschrittlicher Kulturschaffender).

– Geschaffen nach einem Konzert der „Schmetterlinge“ und „Oktober“ in Hamburg. Aufgabe: „... die fortschrittliche Kultur in den Dienst der Kämpfe gegen die Bourgeoisie zu stellen...“. Die IFK hat es immerhin geschafft 2 LPs zu produzieren („Wehr Euch“ und „Keiner oder alle“). Der entscheidende Fehler jedoch war, daß die IFK sich verstand als „kultureller Vollstrecker“ politischer Anregungen. D.h., es wurde nicht um eine eigenständige Kulturpolitik gerungen, sondern es ging darum, politische Programme in Musik, Theater usw. umzusetzen. Die Vertreter/innen des KB (es waren nicht wenige; einer der Verf. mit eingeschlossen) „knüppelten“ oft genug diese Ansicht gegen andere Auffassungen durch!

Innerhalb der IFK wurde nie der Versuch gemacht, von „Kulturschaffenden“ aus dem bürgerlichen Lager, die anfangs reichlich vorhanden waren (weil sie von der „Kultur und

Rechts“ punk- t. Wäre es anders gewesen, hätte die Kultur den Charakter des „Rahmenprogramms“ sehr gut erfüllt (und war ja auch dafür vorgesehen!).

Sieht man sich die Zusammensetzung des damaligen Musikprogramms an, stellt man fest, daß es um Vorstellung von linker Kultur und deren A u s s a g e n nicht ging, sondern um Sammlung von „Namen“ innerhalb der fortschrittlichen Szene! (RGR hat sich jetzt – zum Glück als eigenständige Initiative – zu einem Ansatz für eine wirkliche Alternative im Punk- und Rockbereich der BRD entwickelt. Sie versuchen, ihre Vorstellungen von Musikkultur darzustellen, in Diskussion zu kommen und sich mit dem Publikum auseinanderzusetzen).

U. E. hat diese „Rädchenpolitik“ den Hintergrund, daß Genoss(innen) meinen, „Kultur sei insofern gut, als sie unserer Politik d i e r z e i t dienlich ist“. Fakt aber ist, daß Musiker, Theaterleute u.a. genauso gut bei offiziellen Veranstaltungen für Vietnamflüchtlinge auftreten könnten, ohne ihren „Wert“ für uns zu verlieren. Hieran zeigt sich die Wahllösigkeit, mit der wir an Kultur herangehen.

Wir wollen damit nicht generell gegen den Auftritt von „Namen“ sprechen, um Leute auch damit zu „gewinnen“. Das ist in dem einen oder anderen Falle unbedingt notwendig (z.B. Benefizkonzerte). Wir sprechen allerdings dagegen, Kultur nur im Rahmen der „großen Politik“ einzusetzen, die „andere“ Kultur – nämlich die der bisher „Namenlosen“ – in kleinster Weise zu beachten (selbst bei Kleinveranstaltungen werden immer die „Prominenten“ verlangt).

Diese „Namenlosen“ sind es nämlich, die nicht nur „Rädchen“, sondern oft „Schwungrad“ einer Gegenbewegung sind: Schwungrad im Sinne von Vermittlung einer Kultur, die nicht die Kultur der Herrschenden ist, sondern Kultur derer, die zuschauen, die mitmachen können deshalb. Es gibt in Hamburg – und sicherlich nicht nur dort – mehrere solcher Gruppen, in der BRD ungezählte! Vielleicht schaffen wir es in Zukunft, mit denen was auf die Beine zu stellen. Wir ersparen uns lange Wartezeiten an den Telefonen der „Namen“!

– Inhaltlich: Auf die Musik, die in dem Film eine Rolle spielt. Hier werden von amerikanischen GIs Woodstock-Stücke gehört und zwar zum Morden, während diese Musik bei denjenigen, die gegen den Krieg protestierten, ganz andere Gefühle hervorrief! Auf die Rolle, die die Aggressorenarmee – aus ihrer Sicht – in Vietnam spielt. Auf die Auswirkungen des Krieges auf die Soldaten der USA. Darauf, daß ein Colonel ausflüppelt, dem es schließlich egal ist, wen er vor die Flinte kriegt, Hauptsache Menschen. Das alles dargestellt als Auswirkung des Krieges.

– Formal: Der Film ist mit derart realistischen – und damit sehr aufwendigen – Mitteln gedreht. Es entsteht der Eindruck, selbst mitten im Geschehen zu sein. Es gibt keine Steigerung von Kriegsfilm im Kino!

Zugegeben, die Genossin konzentriert sich in ihrer Kritik auf den Krieg als „Solchen“, genau wie der Film. Nun hat he. aus Hamburg diese Kritik angegriffen; Kernpunkt: – Der Film sei „in dem Sinne reaktio- när, wie er den Krieg mystifiziert, auf reine Wahnsinnstaten Einzelner reduziert und andererseits die Rolle des Befreiungskrieges für das vietnamesische Volk überhaupt nicht berücksichtigt“ (AK 165/S.59).

Und weiter: – „Partei ergreifen kann für mich in diesem Krieg nur heißen, die Sache des vietnamesischen Volkes zu vertreten.“

Ähnlich wie die ZL legt auch he. die ML-Elle an ein bürgerliches – aber dennoch fortschrittliches – Werk an. „Keine kämpfenden Vietnamesen = kein fortschrittlicher Film“, das ist die Gleichung. Dazu kommt dann noch, daß das Ding 30 Mill. Dollar gekostet hat und schon von daher „ein schmutziges Geschäft mit dem Vietnamkrieg“ ist. (Was meinst du wohl, was „Holocaust“ gekostet hat? Die Verf.) Völlig daneben geht so auch bei he. (vergl. ZL) die Beurteilung eines Kulturprodukts in seiner Allseitigkeit.

So wird einfach von ihm z.B. ignoriert der Zusammenhang zwischen Napalmwerfenden Hubschrau-

– diesen Lied und anderen (Woodstock-) Liedern „Trost“ gesucht u n d sie zu ihrer Angriffslust genutzt haben, das ist schon eine neue Geschichte. Es zerstört z.B. den berühmten „Woodstock-Gedanken“ von der „friedlichen, vereinten Jugend der Welt“.

Zu hören und zu sehen, daß z.B. gute Lieder von J.Hendrix die „An- turner“ waren, „Charly“, den Vietkong, zu küssen, das alles stellt eine neue Sicht des Vietnamkrieges dar. Das sind mit einmahl nicht nur „unsere“ Lieder, es sind eben auch benutzte Lieder der Imperialisten. Benutzt, um ihren „Handwerkern“ die Angst zu nehmen, ihnen Aggressionen zu vermitteln! Das alles wurde in diesem Film gezeigt. Auch wurde die Sinnlosigkeit des Angriffskrieges im Gegensatz zur Kraft des Befreiungskampfes gestellt.

– Ein Commander läßt einen Küstenstreifen durch Napalm „reinigen“, damit „seine Jungs“ dort surfen können! Colonel Kurtz bemerkt: „Der Vietcong weiß wenigstens noch, warum er kämpft.“ Ebenso sieht he. nicht, daß die „Verwandlung“ des Captain Willard in die Person des Colonel Kurtz (den er ja im Auftrag der US-Armee töten soll) eine Verwandlung einer „normalen“ Person zum Killer darstellt, wie sie sich in Kriegen des Imperialismus mit jedem Kollegen abspielen kann (mit jedem Kollegen natürlich nur, wenn dieser nicht aktiv oder passiv Widerstand leistet!). Wie so „ganz nebenbei“ Frust in Aggression umgesetzt wird: Sex auf der Bühne, frustrierte Soldaten, die dann Vietnamesen umlegen, das wird in diesem Film u.E. das erste Mal so klar gezeigt. Und zwar in einem klaren und parteilichen Zusammenhang! Fakt ist, liebe/r he., daß der Krieg eine gewisse „Eigendynamik“ entwickelt. Diese „Eigendynamik“ entwickelt sich auf Seiten der Imperialisten. Ihr Ziel ist es, den Gegner zu vernichten. Diese Ideologie hämmern sie ihren „Handwerkern“ das Leben lang ein! Die reagieren dann entsprechend. Nichts anderes hat der Film gezeigt!

Das Erschreckende – wiederum reicht für diese Wahrnehmung die ML-Elle nicht – ist, daß diese „Handwerker“ gleichzeitig „Woodstock-Generation“ sind, wie viele von uns auch. Die „Handwerker“ sind eben nicht nur die My Lai Mörder, sondern es sind auch die, die heute als Kriegsversehr-

Fortsetzung auf Seite 55

Seite 55 – AK 169 – 14.1.80

3.000 bei Rock gegen Rechts in Marburg

Bereits zur Mobilisierung zum Rock gegen Rechts-Sternmarsch und Festival in Frankfurt am 16./17. Juni 1979 hatte sich in Marburg ein sehr breites Spektrum von antifaschistischen Kräften zusammengefunden, das aus 28 politischen Gruppen und Kulturinitiativen bestand. Die einzigen, die noch fehlten, waren DKP, MSB, SDAJ, VVN, DFG/VK. Eine Teilnahme am Bündnis war von diesen Organisationen trotz wiederholter Aufforderung entweder ohne Begründung abgelehnt worden oder damit, daß RGR in Frankfurt „antigewerkschaftlich“ und die Hamburger RGR-Initiative „antikomunistisch“ sei. Außerdem befürchteten diese Organisationen – wegen der „Mitarbeit von Maoisten“ – demagogisch „Gewalttätigkeiten“ für Frankfurt. Nach dem großen Erfolg in Frankfurt wurde im Marburger Bündnis überlegt, auch in Marburg ein RGR-Konzert zu machen und dazu nochmals die oben erwähnten Organisationen anzusprechen. Diese zeigten sich tatsächlich auch verhandlungsbereit.

Nach einigen zähen Diskussionen war es möglich, sich auf eine Plattform zu einigen, die sehr allgemein etwas über RGR sagt und ebenso allgemein die Rechtsentwicklung beschreibt, als deren momentaner Höhepunkt die Kandidatur von Strauß genannt wird. Dagegen gesetzt wird der Zusammenschluß aller Demokraten, Kommunisten etc. Zu strittigen Punkten, wie Rolle der SPD in der Rechtsentwicklung (treibende oder getriebene Kraft) und Rolle der Gewerkschaften im antifaschistischen Kampf, ließen sich Kompromißformulierungen finden. Die eigentlichen Probleme kamen erwartungsgemäß an anderen Punkten: DKP, SDAJ, MSB und VVN hatten offensichtlich vor, ein völlig neues Bündnis zu konstituieren, das mit dem zum 16./17. Juni entstandenen nichts mehr zu tun haben sollte. Der Grund liegt auf der Hand: auf diese Weise hätten sie ohne Revidierung ihres sektiererischen Verhaltens zu Frankfurt auf den fast schon abgefahrenen Zug aufspringen und von der bereits geleisteten Vorarbeit in Marburg profitieren können.

Um dies zu erreichen wurden von ihnen u.a. die Forderungen gestellt, daß kein Bezug auf die Frankfurter Aktion genommen werde dürfe, und daß das Emblem (Stern im Kreis) nicht mehr verwendet werden sollte, da es das „Frankfurter Emblem“ sei. Als Grund wurde u.a. von ihnen angegeben, daß die Aktion in Frankfurt von der „antikomunistischen“ Hamburger Initiative RGR mitgetra-

gen worden sei.

Eine weitere Forderung von ihnen war, daß das Bündnis auf Basis des Konsensprinzips arbeiten solle. „Konsensprinzip“ bedeutet, daß jedes Bündnismitglied jeder Sache zustimmen muß; bei nur einer Gegenstimme ist ein Vorschlag bereits abgelehnt. De facto ist das also ein Vetorecht, das die Gefahr mit sich bringt, daß – wie in anderen Bündnissen bereits geschehen – Organisationen wie die DKP per Veto das Bündnis arbeitsunfähig machen oder ihm ihren politischen Kurs aufzwingen. Damit wäre die Gefahr einer Spaltung des Bündnisses erheblich heraufgesetzt worden.

Aufgrund des weitgehend geschlossenen Auftretens der seit „Frankfurt“ im Bündnis befindlichen Organisationen und Einzelpersonen sahen sich DKP, VVN etc. gezwungen, auch ohne Konsensprinzip mitzumachen. Das alte Emblem wird weiterverwandt – versehen mit dem Schriftzug „Marburg“.

Ein weiterer, wichtiger Grund für ihr Mitmachen war, daß die DKP sich aufgrund ihres sektiererischen Auftretens zum 16./17. Juni trotz ihrer relativen Stärke in Marburg weitgehend isoliert hatte. Der überwiegende Teil ihrer traditionellen Bündnispartner war bereits im Bündnis. Bis in eigene Reihen hinein hatte es wegen des sektiererischen Verhaltens Kritik gegeben. Eine Nichtteilnahme am Bündnis hätte diese Situation weiter zugespitzt, ein Alleingang wie in Bremen und in Freiburg ebenfalls.

Hat die DKP ihre Bündnispolitik geändert?

Zuerst einmal erscheint das Verhalten der DKP wie der ihr nahestehenden Organisationen widersprüchlich. Denn das Marburger Bündnis ist im Rahmen von RGR einmalig. In allen anderen Städten (z.B. Freiburg, Bremen, Hannover) wurde von Seiten der DKP und SDAJ nicht der Versuch gemacht, Bündnisse herzustellen, die die gesamte Linke oder zumindest einen großen Teil von ihr umfassen, was ihrer bisherigen „Bündnis“politik entspricht. Bisher – und das dürfte sich von Einzelfällen abgesehen nicht wesentlich ändern – wurde also offen spalterisch und sektiererisch vorgegangen. So bleibt als plausible Erklärung wohl nur diese, daß die DKP durch die große Breite des Marburger Bündnisses und aufgrund von Kritik innerhalb der engsten Verbündeten sich unter Zugzwang gestellt sah.



Inwieweit das Marburger RGR-Bündnis für die DKP auch einen Versuchsballon darstellt, der über Marburg hinaus Bedeutung hat, wird sich noch herausstellen. Anscheinend kann sie es sich noch nicht leisten, dieses Bündnis in ihrer zentralen Presse bekanntzugeben. In der „UZ“ stand jedenfalls noch nichts darüber.

Zusammenarbeit mit Musikern

Hier hat es im Bündnis bisher am meisten gehapert. Bei den Bündnisverhandlungen spielten Musiker so gut wie keine Rolle. Erst nach den Verhandlungen machte eine Rockgruppe kontinuierlich mit.

Auf der Veranstaltung (siehe unten) wirkte sich die Tatsache, daß die Musiker kaum an ihrer inhaltlichen Gestaltung mitgewirkt hatten, derart aus, daß zu RGR aus der Sicht von Musikern so gut wie nicht gesagt wurde.

Seit der Veranstaltung ist seitens der Musikleute das Interesse spürbar gestiegen, was hoffen läßt, daß dieses schwerwiegende Versäumnis des Marburger RGR-Bündnisses bald aus der Welt geschaffen wird und RGR auch in Marburg zur Sache der Musiker wird!

Einen beachtlichen Erfolg hatte das Bündnis mit seinem ersten RGR-Konzert am 8. Dezember zu verzeichnen. 3000 Besucher sind für Marburg eine recht große Zahl. Auf dem Konzert spielten hauptsächlich Rock- und Folkgruppen aus dem Marburger Raum, dazu gab's antifaschistische Filme, einen Theaterworkshop und Ausstellungen und Büchertische der unterstützenden Organisationen. Zum Schluß nochmal das gesamte Bündnis: AG für gewerkschaftliche Fragen; Autonome ESG; DFG/VK; Demokratischer Kulturbund Deutschlands; DKP; Fachschaften Gesellschaftswissenschaften, Psychologie, Theologie, Germanistik; Filmclub; GLH; GLU; Graswurzel Revolution; Juso AG; Kommunikations- und Freizeitzentrum; KB; MSB; Marburger Anarchistische Föderation; Schülerzeitung Maulwurf; Schwulengruppe; SHB; SDAJ; Sozialistische Gruppe; Sozialistische Initiative Marburg; Sozial. Zentrum; Sponti-Plenum; TAZ-Ini; VVN; VDJ; Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, Werkstatt Marburg. Musikgruppen: Banquet; Mary Jane; Fetzer KG; Softies; Sunshower.

KB-Gruppe Marburg

KULTUR

Frankfurter Rundscha

vom 13. Oktober 1979 schreibt:

Gegen die Finsternis in den Köpfen der Menschen

Nazim Hikmet „Menschenlandschaften“

Dem Hamburger Reents-Verlag kommt das Verdienst zu, sich in der Bundesrepublik als erster um das in seiner Heimat lange verbotene Werk des türkischen kommunistischen Schriftstellers Nazim Hikmet zu kümmern.

Norbert Ney, auch ein Autor (bisheriges Hauptwerk: „Sterilisation des Mannes – das geringste Übel“), und Üm...



nazim hikmet
menschenlandschaften

Der türkische Volksdichter Nazim Hikmet, der von 1902 bis 1963 lebte, gilt als einer der bedeutendsten Schriftsteller nicht nur in der Türkei sondern in der Weltöffentlichkeit. Sein fünfteiliger Roman in Versform „Menschenlandschaften“ schildert die gesellschaftlichen Verhältnisse der Türkei aus der Sicht verschiedenster Menschen.

Bisher erschien bei uns Band 1 und 2 dieses Werkes, Band 3 ist in Vorbereitung und wird im Frühjahr 1980 erhältlich sein. Jeder Band ist reichhaltig mit Zeichnungen illustriert, die der türkische in Paris lebende Künstler Abidin Dino für diese Bücher herstellte. Von ihm stammen auch die jeweils wechselnden farbigen Cover.

Erstes Buch
120 Seiten
DM 14,-
ISBN
3-88305-021-0

Zweites Buch
184 Seiten
DM 15,-
ISBN
3-88305-022-9



Solidaritätskonzert für ausländische Kollegen

Frankfurt. Am 7.12. gab die Frankfurter Rock gegen Rechts - Musikerinitiative (nicht identisch mit dem Aktionsbündnis vom 16./17.6.79) ihr Debut mit einem Konzert im Volksbildungsheim, das sich thematisch gegen die Diskriminierung ausländischer Kollegen in der BRD wandte. 730 Besucher - darunter ca. 2/3 westdeutsche Jugendliche und

ca. 1/3 Ausländer - kamen trotz gleichzeitig stattfindender Veranstaltungen an diesem Abend (z.B. Biermann).

Insgesamt kann man sagen, daß das Experiment gelungen ist, die Rockmusik mit ausländischer Volksmusik bzw. -theater zusammenzubringen. Hintereinander traten auf:

- eine Blues-Session Frankfurter RGR-Musiker
- ein kurdischer Volksänger mit seinem Ensemble
- das Michael Sagmeister-Trio mit Rock-Jazz
- eine internationale Volkstanzgruppe, die sich als heimlicher 'Hit des Abends' erwies und Begeisterung hervorrief
- ein kurdisches Volkstheater

Fortsetzung von Seite 54

te für Frieden (und Rente und Arbeitsplätze) in ihren Rollstühlen demonstrieren! Denen kommen die „Zinsen“ des Films auch zugute (lt. F.F. Copolla).

Wir sind hier nur auf einige Aspekte des Films eingegangen. Dennoch war es ziemlich lang. U.E. ist es wichtig zu sehen, daß es derzeit keine „reine“ linke Kultur gibt (Dario Fo haben wir leider nicht in der BRD!). Wir müssen uns daher notgedrungen auseinandersetzen mit bürgerlicher Kultur und ihren Ausdrucksformen. Die fortschrittlichen Teile dieser Art von Kultur müssen wir erkennen und würdigen, angesichts dessen, was herrscht. Das soll nicht heißen, sie vorbehaltlos zu unterstützen. Das „Schwungrad“ der Kultur haben wir wohl alle noch nicht betrieben. Dazu müßten allerdings etliche unserer „Kulturkritiker“ den Holzhammer aus der Hand legen und sich vielleicht etwas mehr inhaltlich mit der Materie auseinandersetzen! Für Antworten dankbar.

Ein Genosse der Kulturkommission

- die Bohrmaschine Bornheim, die inzwischen offensichtlich hart an sich gearbeitet hat und sich v.a. instrumental sehr verbessern konnte

- und zum Abschluß New Born Life aus Rüsselsheim mit englischsprachigem Rock.

Die Veranstaltung war auch eine Ermunterung für die RGR-Musikerinitiative zum Weitermachen. Das finanzielle Plus soll zur Vorbereitung der nächsten Veranstaltung verwandt werden. Die RGR-Leute wollen nämlich jetzt den Nazi-Buchladen von Erwin Schönborn im Stadtteil Bornheim aufs Korn nehmen. Die Musiker treffen sich weiterhin regelmäßig montags abends im Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5. KB/Gruppe Frankfurt

Rock gegen AKW

Namhafte Musiker der amerikanischen Musikszenen haben im September 1979 ein viertägiges Konzert zugunsten der amerikanischen Anti-AKW-Bewegung gegeben. Dieses Konzert gibt es jetzt bei uns als Drei-LP-Box unter dem Titel „No Nukes“. Als Abschlag hat die herausgebende Plattenfirma dafür bereits 1,3 Millionen Mark bezahlt, es werden aber mit Sicherheit noch einige hunderttausend hinzukommen. Das Geld wird aufgeteilt zwischen den Grasswurzel-Organisationen, einer Medienkampagne für sichere und Recycling-Technik und anderen. Träger des ganzen ist MUSE, das heißt Musicians United

for Safe Energy. Dem Album liegt ein relativ aufwendiges Heft bei, in dem neben bebilderten Sachbeiträgen auch einige Kontaktadressen angegeben sind. Der „Stern“ irrt zwar, wenn er Bob Dylan als Künstler auf der Platte erwähnt, aber auch ohne ihn ist eine stattliche Zahl versammelt, die auf vielen Stücken gemeinsam spielt: Doobie Brothers, Jackson Browne, Crosby, Stills and Nash, James Taylor, Tom Petty, Nicolette Larson, Poco, Chaka Khan, Bruce Springsteen, um nur einige zu nennen.

AKW-Nein-Kommission



UNSER WEG NR. 4
enthält:
Frauen klagen gegen den „Stern“
Rechts gleich links? Frauenbewegung und Auseinandersetzung
Walpurgisnacht
Polemik der „Courage“
gegen P.P. Zahl
Der kleine Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Frauenbewegung
Buchbesprechungen

Bisher erschienen:

UNSER WEG Nr. 1
Revisionismus-Kritik
50 Seiten A 4 DM 4,-
September 1978

enthält Texte speziell zur DKP, ihrer Programmatik und ihrer Praxis.

UNSER WEG Nr. 2
Zur Kritik
des „realen Sozialismus“
94 Seiten A 4 DM 7,50
Oktober 1978

enthält Texte zur „Oktoberrevolution“, Diskussion um den „realen Sozialismus“, Biermann sowie Bahro.

UNSER WEG Nr. 3
Zur Kritik
des „Eurokommunismus“
38 Seiten A 4 DM 3,-
Januar 1979

enthält Kritiken zu den einzelnen Parteien, sowie Texte über den Streit zwischen den „Eurokommunisten“ und „Realsozialisten“.

reents
verlag

LIEFERUNG NUR GEGEN VORAUSKASSE!
Postbestellungen gehen zu Lasten des Empfängers.
Pauschal sind bei Einzelbestellungen 40 Pfg. mit zu überweisen auf unser Konto
Dresdner Bank Hamburg - BLZ 250 000 00 - Kto. 451 83 78
oder
Postcheckamt Hamburg - BLZ 200 100 20 - Kto. 2405 95 203
J. reents-verlag, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50

Revisionismus

AK 169 - 14.1.80 - Seite 56

Charta der Arbeiterrechte (Polen)

Den Text der „Charta ...“ entnehmen wir dem Info des „Sozialistischen Osteuropa-Komitees“ Nr. 38 (Dez. 79). Das Info enthält neben der „Charta ...“ interessante Fakten über die polnische Opposition, die trotz der politischen Fragwürdigkeit des Artikels des polnischen Oppositionellen Kwiatkowska einen Einblick in die Arbeit der Opposition geben.

Die Zeitung „Robotnik“, deren Herausgeber die „Charta der Arbeiterrechte“ mitunterzeichnet haben, ist eine oppositionelle Zeitung, die sich lt. Kwiatkowska mit „Problemen aus dem Arbeitsrecht, mit Nachrichten über Rechte des Arbeiters, über Interventionen oder Informationen über unabhängige Aktionen (unter anderem Streiks) beschäftigt“.

„Robotnik“ ist ein zweiseitiges Blatt, das eine Auflage von über 10.000 Exemplaren erreicht.

RGW-Kommission

In Erwägung

- daß die Bürger des Rechts beraubt sind, an Entscheidungen, die sie betreffen, mitzuwirken,
 - daß den grundlegenden Rechten der Beschäftigten Beschränkungen auferlegt werden, so dem Recht auf eine sichere und sinnvolle Arbeit, auf einen gerechten Lohn und auf Ruhepausen,
 - daß soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sich zunehmend vertiefen,
 - daß es keine Institutionen zum Schutz der Beschäftigten gibt - die offiziellen polnischen Gewerkschaften sind keine derartigen Institutionen -
 - daß den Arbeitern ihr grundlegendes Verteidigungsrecht, das Recht auf Streik, verweigert wird,
 - daß die Gesellschaft die Kosten sämtlicher Fehler der Regierung zu tragen hat, einschließlich der Kosten der gegenwärtigen Krise, haben wir eine Reihe von Vorhaben in Angriff genommen, deren Ziel die Schaffung eines Systems der Selbstverteidigung der Beschäftigten ist und vor allem von unabhängigen Gewerkschaften ist.
- Wir wollen mit den Problemen beginnen, deren Lösung uns, zumindest teilweise, zum gegenwärtigen Zeitpunkt möglich zu sein scheint.

1. Löhne

- die Lohnzahlungen sollen zumindest im gleichen Maße wie die Lebenshaltungskosten steigen; eine Zulage als Ausgleich für gestiegene Lebenshaltungskosten ist notwendig;
- Jedem sollte ein Mindestexistenzlohn garantiert werden; Experten-Gruppen sollten dieses Minimum festlegen und es jeweils im Verhältnis zu den steigenden Preisen ergänzen; Familien, deren Einkommen unter diesem Betrag liegt, sollten entsprechende Zulagen erhalten;
- es müssen Anstrengungen unternommen werden, um offensichtliche und unbegründete Lohnunterschiede zu beseitigen;
- Produktionsausfälle, Änderungen von Produktionsquoten etc. dürfen keine Lohnkürzungen nach sich ziehen;
- Arbeiter, die die gleiche Arbeit unter gleichen Bedingungen ausführen, sollten Vergütungen nach standardisierten Tarifen erhalten, die unabhängig von dem Industriezweig sind, in dem diese Arbeiter beschäftigt sind.

2. Arbeitszeit

- Es ist unzulässig, daß Überstunden, zusätzliche Arbeit und Arbeit für Gemeinschaftsaufgaben verpflichtend sind; Bergarbeiter müssen arbeitsfreie Sonntage und Feiertage haben;
- Die freien Samstage des gegenwärtigen Systems müssen für alle gesetzlich garantiert werden;
- Es müssen Anstrengungen unternommen werden, eine 40-Stundenwoche ohne Lohnminderung einzuführen.

3. Arbeitssicherheit

- Sicherheitsstandards und -vorschriften müssen ausnahmslos beachtet werden; es sollte eigene Kommissionen geben, die dies überwachen und weitreichende Befugnisse haben, einschließlich des Rechts, eine Fabrik zu schließen; Kommissionen, die die Sicherheit und gesundheitliche Zuverlässigkeit der Arbeitsplätze überwachen, Kommissionen für Arbeitsunfälle und Fabrikärzte müssen institutionell unabhängig von der Werksleitung sein;
- Niemand, dessen Gesundheit durch schädliche Arbeitsbedingungen beeinträchtigt ist, darf ohne die Zulage oder die Arbeitsunfähigkeitsrente bleiben, die ihm zusteht;
- Es ist notwendig, die gegenwärtige Liste der Berufskrankheiten auf den neuesten Stand zu bringen;
- Nacharbeit für Frauen muß abgeschafft werden, es soll nicht erlaubt sein, daß Frauen schwere körperliche Arbeit leisten.

4. Zuteilung von Privilegien

- Die Entlohnung eines Beschäftigten und seine Beförderung sollten nicht von seiner Parteizugehörigkeit, seiner politischen Meinung oder Weltanschauung abhängig sein;

- Vergünstigungen, wie Prämienzahlungen, Wohnungen oder Urlaub müssen öffentlich verteilt werden; die Kriterien ihrer Verteilung und die Namen derer, die sie erhalten, müssen öffentlich bekanntgegeben werden;
- Die Verteilung von Vorrechten an Gruppen, die mit der Regierung in Verbindung stehen (Polizei, Parteifunktionäre), muß ein Ende haben; besondere Zuwendungen von Waren, die stark gefragt sind, wie Wohnungen, Grundstücke, Baumaterial, besondere medizinische Versorgung, luxuriöse Ferienhäuser, besondere Pensionsrechte usw.

5. Zwang, gegen sein Gewissen zu handeln

- Niemand darf gezwungen werden, unmoralische Handlungen zu begehen, Informationen an die Vorgesetzten, die Partei oder den Sicherheitsdienst zu geben, an Angriffen auf unerwünschte Personen teilzunehmen;
- Man sollte nicht verpflichtet sein, minderwertige Waren herzustellen, Anlagen auszuführen, die die eigene Gesundheit oder die anderer gefährden, Unfälle zu vertuschen, falsche Berichte zu schreiben usw.

6. Arbeitsgesetz

Das seit 1975 in Kraft befindliche Arbeitsgesetz muß grundlegend geändert werden. Es hat Vorschriften aufgestellt, die für die Arbeiter von Nachteil sind.

- Seine Paragraphen sind mehrdeutig und können deshalb in jeder Situation zum Vorteil der Betriebsleitung ausgelegt werden und werden auch häufig so ausgelegt. Insbesondere:
- Paragraph 52 muß geändert werden. Er wird wie ein Anti-Streik-Gesetz angewandt (Die zahlreichen Verhaftungen nach dem Juni 1976 wurden mit ihm gerechtfertigt); das Streikrecht muß gesetzlich garantiert werden;

- Gewerkschaftsvertreter, die von den Arbeitern gewählt worden sind, müssen gesetzlich gegen Kündigung geschützt werden, auch für eine gewisse Zeit, nachdem sie ihr Amt niedergelegt haben.
- Wenn jemand entlassen wurde, muß die Betriebsleitung schriftlich die Gründe für die Entlassung darlegen. Der Arbeiter soll seinen Arbeitsplatz so lange behalten, wie sein Fall von den einzelnen Rechtsinstanzen bearbeitet wird. Während des gesamten Prozesses soll er das Recht auf Unterstützung durch einen Rechtsanwalt haben.

Wir sind der Meinung, daß die Verwirklichung dieser Forderungen von unserem eigenen Widerstand abhängt. Den Beweis dafür, daß die Arbeiter die Regierung und die Betriebsleitungen zu Zugeständnissen zwingen können, liefern die großen Auseinandersetzungen von 1956, 1970 und 1976 und zahlreiche Streiks.

Seit mehreren Monaten spüren wir nun die Auswirkungen der Krise am eigenen Leib. Die Lieferungen und die Transporte werden immer schlechter, die Löhne sinken, die Preise steigen, in vielen Fabriken wird die Arbeitszeit verlängert und auf die „freien Samstage“ ausgedehnt, es gibt immer mehr Produktionsausfälle. Wenn wir jetzt nicht selbst damit beginnen, unsere eigenen Interessen zu verteidigen, wird sich unsere Lage immer weiter verschlechtern.

Um siegen zu können, müssen wir uns jedoch von jeglichem Gefühl der Schwäche befreien, damit aufhören, uns passiv mit den Einschränkungen unserer Rechte und der Verschlechterung der Lebensbedingungen abzufinden und müssen nach der wirkungsvollsten Form des Handelns suchen. Es gibt dafür eine große Zahl von Möglichkeiten:

1. Die wirkungsvollste Aktionsform ist zweifellos zu streiken, auch wenn die Streiks kein großes Ausmaß haben. Im allgemeinen sind Streiks jedoch nur kurzfristig wirksam. Damit die Erfolge von Streiks nicht versenken werden, müssen die Streikenden Vertreter wählen, die die Verwirklichung der Forderungen überwachen. Wenn die Arbeiter wissen, wie man solidarisch handelt, und wenn sie furchtlos sind, können sie die Betriebsleitung allein durch die Drohung eines Streiks, durch Petitionen und Abordnungen, zu Zugeständnissen zwingen.

2. Vieles kann bereits durch die einfache Verbreitung von Informationen erreicht werden. Man muß sich laut zu Wort melden und protestieren, wenn einem Unrecht geschieht, wenn man Ungerechtigkeiten sieht; man muß Chiquenwirtschaft an die Öffentlichkeit bringen, die Vergabe von Privilegien, Mißstände und Verschwendung, die Mißachtung von Vorschriften über Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz und die Vertuschung von Unfällen.

Man muß über solche Dinge mit Kollegen und auf Versammlungen sprechen, man muß fordern, daß die Verantwortlichen dazu Stellung nehmen, man muß die unabhängigen gesellschaftlichen Institutionen und die Presse davon unterrichten.

3. Es gibt viele Probleme in der Arbeitswelt, die mit Hilfe der offiziellen Gewerkschaften gelöst werden können. Es wäre sicher besser für uns, wenn diese nicht so tot wären, wie sie es tatsächlich jetzt sind. Wir müssen fordern, daß die Betriebsräte die Interessen der Arbeiter verteidigen, wir müssen die Gewerkschaftsversammlungen für Diskussionen nutzen und Forderungen an sie stellen, und wir müssen Leute als Betriebsräte wählen, die diese Forderungen verwirklichen.

4. Eine Bedingung dafür, daß unsere Aktionen nicht nur kurzfristig und zufällig bleiben, ist die Existenz einer Gruppe von Arbeitern, die ständig wachsam sind. Diese Gruppe kann, wenn auch zunächst nur intern, ein Aktionsprogramm entwickeln, eine Reihe von Aktionen organisieren, auf die öffentliche Meinung einwirken und zu gegebener Zeit öffentlich hervortreten als unabhängige Arbeiterkomitees.

5. Wo immer es starke, organisierte Gruppen von Arbeitern gibt, die in der Lage sind, ihre Vertreter vor Entlassung und Verhaftung zu schützen, sollten freie Gewerkschaftskomitees ins Leben gerufen werden. Die Erfahrung der Beschäftigten in den westlichen Demokratien zeigt, daß dies die wirkungsvollste Weise der Verteidigung der Interessen der Arbeiter ist. Nur unabhängige Gewerkschaften, die die Unterstützung der Arbeiter haben, die sie vertreten, haben eine Chance, den Behörden Widerstand zu leisten. Nur sie werden eine Kraft darstellen, mit der die Behörden rechnen müssen und mit der sie gleichberechtigt verhandeln können. Wir, die Unterzeichner, verpflichten uns, für die Verwirklichung der Forderungen zu arbeiten, die die Charta der Arbeiterrechte enthält. Wir errichten zudem einen Hilfsfonds und verpflichten uns zu regelmäßigen Beiträgen dafür. Die Rücklagen dieses Fonds werden verwendet, um Personen zu unterstützen, die entlassen werden, weil sie sich an unabhängiger Gewerkschaftsarbeit beteiligen.

Anhang

Unsere Tätigkeit steht im Einklang mit den Gesetzen.

Durch die Ratifizierung des Internationalen Arbeitspaktes und der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation hat die Regierung der Polnischen Volksrepublik anerkannt:

1. Das Recht der Arbeiter, Vereinigungen zu bilden.

Artikel 2 der Konvention 87 der Internationalen Arbeitsorganisation („Dziennik Ustaw“, Nr. 29, 1958, 125): „Arbeiter und Arbeitgeber haben ohne Unterschied das Recht, ohne vorherige Genehmigung Organisationen nach ihrem eigenen Belieben zu bilden und gleichfalls sich solchen Organisationen anzuschließen, ausschließlich nach Maßgabe von deren Statuten.“

Artikel 8, Punkt 1a des Internationalen Paktes der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte („Anhang zu „Dziennik Ustaw“, Nr. 38, 1977, 169): „Die unterzeichnenden Staaten dieses Paktes verpflichten sich, für jeden das Recht zu gewährleisten, nach seiner eigenen Wahl Gewerkschaften zu bilden und sich ihnen anzuschließen, um die eigenen wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu unterstützen und zu verteidigen, nach Maßgabe ausschließlich der Befolgung der Statuten dieser Organisation. Die Wahrnehmung dieses Rechtes darf keine anderen Einschränkungen erfahren als die, die in den Gesetzen und Bestimmungen einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der Sicherheit des Staates oder der öffentlichen Ordnung, oder um die Rechte und Freiheiten anderer zu schützen, vorgesehen sind.“

II. Das Recht zu streiken.

Artikel 8, Punkt 1d des Internationalen Paktes der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte: „Die unterzeichnenden Staaten dieses Paktes verpflichten sich, das Recht zu streiken zu gewährleisten unter der Voraussetzung, daß der Streik in Übereinstimmung mit der Verfassung des gegebenen Landes durchgeführt wird.“

ANMERKUNGEN

- * Zum Artikel 52 des Kodex der Arbeit: Es heißt dort im Absatz 1, daß ein Arbeiter vom Unternehmen fristlos entlassen werden kann „im Falle der

schweren Verletzung der Grundpflichten des Arbeiters durch den Arbeiter, insbesondere bei Störung der Ordnung und des Friedens am Arbeitsplatz, bei Verlassen des Arbeitsplatzes ohne Berechtigung, bei Erscheinen auf der Arbeit in betrunkenem Zustand oder bei Gemüht von Alkohol während der Arbeitszeit sowie bei vollendeter mißbräuchlicher Gefährdung von Leistungen aus der Sozialversicherung oder anderer sozialer Leistungen“.

** Wir mühten uns beim Abdruck der „Charta der Arbeiterrechte“ auf die uns vorliegenden Übersetzungen (in der Russen Fassung vom 16.11.1979 und im Labour Focus on Eastern Europe vom September/Oktober 1979) verlassen. Der letzte, mit zwei Sternchen ** gekennzeichnete Abschnitt folgte im Text der Russen Fassung.

Erstunterzeichner der Charta der Arbeiterrechte

Gizycko:
Henryk Wlargo, Slawomir Karolik, Leszek Lechowicz, Mieczyslaw Malinka
Gliwice:
Andrzej Gondzowski, Andrzej Spyra (Herausgeber des „Robotnik“)
Gdansk:
Bogdan Boursiewicz (Historiker, Herausgeber des „Robotnik“), Andrzej Bule (Elektrotechniker, Gründungskomitee der Unabhängigen Gewerkschaft von Pomorz KZWZZ), Joanna Duda-Gwizda (Ingenieur), Andrzej Gwizda (KZWZZ, Pomorz), Andrzej Kosiński (Mechaniker auf der Werft), Zenon Moskal (Metallarbeiter auf der Werft), Alina Pienkowska (Krankenschwester), Andrzej Skowron (Metallarbeiter auf der Werft), Bernard Wachowicz (Metallarbeiter auf der Werft), Anna Walentynowicz (Kranführerin auf der Werft), Lech Walusz (Automechaniker), Blazej Wyszowski (Ingenieur), Krzysztof Wyszowski (Schreiner), Jan Zapolnik, (...)
Gruzdzadz:
Maksymilian Modrzyński, Edmund Zadroznyński (Herausgeber des „Robotnik“)
Katowice:
Kazimierz Switon (Radioingenieur, Unabhängiges Gewerkschaftskomitee in Katowice), Jan Switon (Mechaniker, Unabhängiges Gewerkschaftskomitee in Katowice)
Krakow:
Franciszek Grabczyk (Ingenieur, Herausgeber des „Robotnik“), Zygmunt Kaleja (Maurer)
Lodz:
Jerzy Grzebieluch (Ingenieur), (...)
Lodz:
Jadwiga Szczepina (Verwaltungsangestellte), Stanislaw Szarodski (Weber), Josef Sreniowski (Soziologe, Herausgeber des „Robotnik“), Leszek Witkowski (Elektromechaniker)
Myszkow:
Jan Lasek, Ireneusz Maliglowka
Nowa Ruda:
Stefan Kowalczyk
Pabianice:
Marek Chwalowski
Przemysl:
Stanislaw Frydliewicz
Radom:
Anna Ostrowska, Ewa Sobol (Arbeiterin)
Ruda Slaska:
Maksymilian Kubiczek (Bergmann)
Skawina:
Mieczyslaw Majdok (Schweißer)
Szczecin:
Danuta Grajek (Büroangestellte), Andrzej Jakubowicz, Tadeusz Kociolowicz, Mieczyslaw Kiszczak, Dariusz Kupiec (Mathematiker, Herausgeber des „Robotnik“), Jan Liyski (Mathematiker, Herausgeber des „Robotnik“), Witold Luczywo (Ingenieur, Herausgeber des „Robotnik“), Wojciech Onyszkiewicz (Historiker, Herausgeber des „Robotnik“), Henryk Wjciec (Physiker, Herausgeber des „Robotnik“)
Wodzislaw Slaski:
Boleslaw Cygan
Wroclaw:
Krzysztof Grzelczyk, Jacek Malec, Ludwik Werle (Automechaniker)
Zabrze:
Jacek Wiewiorki (Bergmann)